

HISTORISCH-POLITISCHE
MITTEILUNGEN

Archiv für
Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann

8. Jahrgang
2001



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

8. Jahrgang 2001

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab und Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Redaktion: Dr. Felix Becker

Gedruckt mit Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland

Anschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel 02241 / 246 210

Fax 02241 / 246 669

e-mail: zentrale-wd@kas.de

internet: www.kas.de/geschichte/html

Verlag:

Böhlau Verlag GmbH & Cie, Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

e-mail: vertrieb@boehlau.de

Die Zeitschrift »HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN/Archiv für Christlich-Demokratische Politik« erscheint einmal jährlich mit einem Heftumfang von ca. 260 Seiten. Der Preis beträgt DM 38,-. Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

© 2001 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Bayreuth GmbH
Druck und Verarbeitung: MVR-Druck, Brühl

ISSN 0943-691X

Inhalt

<i>Fritz Hellwig</i> Konrad Adenauer. Zum 125. Geburtstag.	1
<i>Winfried Becker</i> Historische Bewusstseinsbildung im Demokratischen Staat. 25 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik	11
AUFsätze	
<i>Martin Honecker</i> Evangelische Sozialethik	33
<i>Rudolf Uertz</i> Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt, 1952–1956	45
<i>Thorsten Oppelland</i> Der „Ostpolitiker“ Gerhard Schröder. Ein Vorläufer der Sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik?	73
<i>Martin Schaad</i> Eine „gaullistische Inszenierung“: Zur Affäre um den Grafen Huyn . . .	95
<i>Günther Buchstab</i> Sport und Politik im geteilten Deutschland.	113
DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH	
I: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik, 1982–1989/90	
<i>Günther Schulz</i> Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und der Regierungswechsel 1982. Eine Zäsur in der Wirtschaftspolitik?	131

Gerhard Stoltenberg
„Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung war ermutigend...“.
Eine Bilanz der Wirtschafts- und Finanzpolitik 1982–1990. 145

Werner Zohlnhöfer und Reimut Zohlnhöfer
Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl 1982–1989/90.
Eine Wende im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft? 153

DOKUMENTATION

Alexander Latotzky
Mütter mit Kindern in sowjetischen Speziallagern. 175

Michael Richter
Aufbruch an der Basis. Zur Situation in der Ost-CDU vom Beginn
der Gorbatschowschen Reformpolitik bis zum Sonderparteitag
im Dezember 1989: Eine Dokumentation. 189

Günter Wirth
Zu Transformationsprozessen in der DDR-CDU 1989/90.
Mit einer biographisch-editorischen Vorbemerkung
von Manfred Agethen 241

LITERATUR

Rudolf Uertz
Christliche Sozialethik und Christliche Demokratie.
Zur Zukunftsfähigkeit des sozialetischen Dialogs 267

ABSTRACTS – Résumés – Zusammenfassungen 291

Die Mitarbeiter dieses Bandes. 305

Konrad Adenauer Zum 125. Geburtstag*

Von Fritz Hellwig

Herr Oberbürgermeister! Verehrte Familie Adenauer! Sehr geehrte Damen und Herren der Kölner Stadtverordnetenversammlung! Meine Damen und Herren! Sie haben einem Zeitzeugen das Wort gegeben. Er soll zu dem Leben und Werk von Konrad Adenauer Worte der Anerkennung, der Erinnerung und der Würdigung sagen. Ich habe zunächst gezögert; bin ich doch älter, als Adenauer war, als er aus dem Amt des Bundeskanzlers ausschied.

Wenn ich doch die Einladung angenommen habe – natürlich spielte die Eitelkeit von alten Herren dabei eine Rolle –, so aus zwei Überlegungen: Adenauer fing in diesem Alter an, seine Erinnerungen zu schreiben, ein Ansporn also, nun zwar nicht selbst Erinnerungen aufzuschreiben – das möchte ich Ihnen und der Zunft der Fachhistoriker ersparen –, wohl aber das eigene Gedächtnis zu reaktivieren.

Zum andern bewegt mich eine ganz persönliche Bemerkung Adenauers. Vor vierundvierzig Jahren, am 1. Januar 1957, bei der politischen Rückgliederung meiner Heimat, des Saarlandes, begrüßte ich ihn in Saarbrücken nach heftigen Auseinandersetzungen im Parteivorstand mit Dank und Glückwünschen. Seine Antwort: „Sind Sie endlich mal zufrieden mit mir?“

Nun, der Zufriedenheit Ausdruck zu geben möchte ich heute versuchen, in der Hoffnung, dass auch er mit dem hier Vorzutragenden zufrieden sein möge.

In der Erinnerung des jungen Volkswirts, der im Sommer 1947 aus englischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war und im Februar 1948 dem damaligen Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der CDU-Landtagsfraktion vorgestellt wurde, war der Name Adenauer ein fester Begriff: Bei uns Primanern der 20er Jahre hatte er einen legendären Klang: ein Oberbür-

* Festvortrag im Rat der Stadt Köln am 5. Januar 2001. In leicht erweiterter Fassung vorgetragen am 12. Januar 2001 unter dem Titel „Konrad Adenauer: ein Kölner Bundeskanzler – ein Kölner Europäer“ bei der 25. Tagung des „Krone/Ellwanger-Kreises“ ehemaliger Parlamentarier und Repräsentanten der Unionsparteien, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung alljährlich nach Schloss Eichholz (Wesseling) einlädt. Wir dokumentieren hier die am Geburtstag Konrad-Adenauers in feierlicher Sitzung des Rates der Stadt Köln vorgetragene Fassung. Die Festsitzung des Kölner Rates, eine Gedenkveranstaltung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf am selben Tag und ein Pontifikalamt im Kölner Dom eröffneten das „Konrad-Adenauer-Jahr 2001“. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Verlauf dieses Jahres mit zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen das Leben und Werk des ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt.

germeister in Köln, der in der Neugestaltung der Stadt beinahe Unglaubliches zustande gebracht hatte: Universität, Rheinhafen, Mülheimer Hängebrücke, Pressa mit Messehallen und Grüngürtel mit Fußballstadion – genug, um Klassenausflüge nach Köln zu rechtfertigen. Und für Pennäler geradezu aufregend: Hinter vorgehaltener Hand erzählte man sich: Der verdient sogar mehr als der Reichskanzler.

Von den Auseinandersetzungen zwischen dem Kölner Oberbürgermeister und Berlin erfuhren wir im Saargebiet nicht viel. Wohl wurde das ärgerliche Wort von Stresemann, dem langjährigen Außenminister, kolportiert, dass die Oberbürgermeister die wahren Könige in der Weimarer Republik seien.

Und französische Pressestimmen wurden zitiert, wie die im Pariser „Le Temps“ vom 1. Juni 1921 – ich zitiere –: „Das wahre Monument von Köln ist sein Bürgermeister. Er könnte eines Tages den Platz des Reichskanzlers einnehmen, und niemand in Deutschland würde sich darüber wundern.“

Es war natürlich auch in Frankreich nicht unbekannt geblieben, dass Adenauer in den verschiedenen Regierungskrisen der Weimarer Republik als möglicher Reichskanzler im Spiel war. Aber die konkreten Aufforderungen hat er schließlich abgelehnt. Man mag das aus heutiger Sicht als Ausdruck seiner Fähigkeit ansehen, abwarten zu können, Geduld zu haben.

Sicher waren auch die politischen Konstellationen nicht gerade einladend für einen Mann, der nicht nur verwalten, sondern auch gestalten wollte. Dazu aber brauchte er eine stabile Macht- und Arbeitsbasis wie in Köln, die ihm jedoch nicht die Koalitionsregierungen nach Berliner Art bieten konnten. Man vergleiche nur die Länge seiner Amtszeit in Köln mit dem ständigen Regierungswechsel im Reich: Von 1919 bis 1933 20 Koalitionsregierungen mit 12 Reichskanzlern!

Als Student habe ich in der Verwaltungsgeschichte gelernt, was die Besonderheit der Rheinischen Städteordnung war: Der von der Stadtverordnetenversammlung gewählte Oberbürgermeister war der alleinige Repräsentant und Chef der Stadtverwaltung – nicht wie in der Preußischen Städteordnung der kollegial verantwortliche Magistrat. Kein Wunder, dass das Oberbürgermeisteramt in den rheinischen Städten begabte und starke Persönlichkeiten anzog.

Die Begegnung im Februar 1948 war von Franz Etzel veranlasst worden. Er war von Adenauer beauftragt worden, einen Wirtschafts- und Sozialausschuss der CDU in der britischen Zone zu bilden. Es war der Auftakt zu unserer Arbeit an einem Programm für die Soziale Marktwirtschaft. Den stärksten Antrieb erfuhr diese Arbeit durch den Erfolg der Erhardschen Reform in Verbindung mit der Währungsreform, begleitet von den Entscheidungen im Parlamentarischen Rat mit der Formulierung der Grundrechte: persönliche Freiheit, Freiheit der Berufsausübung, Privateigentum usw.

Unter Adenauers Vorsitz nahm der Zonenausschuss der CDU im Februar 1949 die Grundzüge des Programms an. Adenauer hatte Erhard eingeladen,

der in einer seiner besten Reden ein Plädoyer für die Soziale Marktwirtschaft vortrug.

Die hervorragende Wirkung erleichterte es Adenauer, die Widerstände gegen Erhard, der dem Zonenausschuss nicht angehörte und zu dieser Zeit auch noch nicht Mitglied der CDU war, zu überspielen. Die endgültige Fassung des Programms wurde wenig später in Düsseldorf als Wahlprogramm für die bevorstehende Wahl zum ersten Bundestag verkündet.

Für uns, die wir daran beteiligt waren, waren diese Düsseldorfer Leitsätze mehr. Als letzter Überlebender der Redaktion darf ich sagen, dass dieses Programm eine Art Leitfaden für die künftige Wirtschaftsordnung sein sollte – und es schließlich auch wurde.

Der Unterschied der Temperamente war allerdings nicht zu übersehen: Erhard sprach als Missionar einer ordnungspolitischen Gesamtkonzeption, Adenauer entschied als Praktiker, der den unentbehrlichen Beitrag der erhardischen Konzeption zum Wiederaufbau und zur Überwindung der Nachkriegsnot erkannte, zugleich aber auch die werbende Wirkung für die bevorstehende Bundestagswahl richtig einschätzte.

Welchen Rang hatte die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Adenauers politischen Zielen? Golo Mann hat einmal von einer „Instrumentalisierung der Wirtschaftspolitik“ gesprochen. Ja, stimmt. Aber instrumentalisiert zu welchem Zweck? Selbstzweck oder im Dienste einer Politik, einer gesellschaftlichen, einer sozialen Konzeption?

Adenauer hatte zu der Frage nach der besten Wirtschaftsordnung bestimmt kein von Lehrmeinungen oder Dogmen geprägtes Verhältnis. Dies ist wiederholt umschrieben worden mit der Formulierung, dass er Pragmatiker war. Die freiheitliche Wirtschaftsordnung gehörte für ihn eben zu dem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat. Ob sie nun mehr oder weniger einer bestimmten nationalökonomischen Schule entsprach, kam auf die gegebene Situation und ihre Erfordernisse an.

Die Wirtschaftspolitik stand im Dienste der Sicherung des jungen Staatswesens, seiner freiheitlichen Ordnung und seiner Anbindung an die freiheitliche westliche Staatenwelt.

Der Weg in das Amt des Bundeskanzlers führte über den Vorsitz im Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz für die Vereinigung der drei westlichen Besatzungszonen auszuarbeiten hatte. Kein Geringerer als Carlo Schmid, Spitzenrepräsentant der SPD und Vorsitzender des Hauptausschusses im Parlamentarischen Rat, hat die Rolle Adenauers gerühmt. Er hat noch vor Beendigung der Arbeit am Grundgesetz dem Rat eine „Parlamentarische Elegie“ gewidmet; er besang das Gremium im klassischen Versmaß:

Hoch über allen thront Konrad,
dem sinnenden Gotte vergleichbar,
und wie es Fürsten geziemt,
mischt er sich selten dem Volk.
Fast ins Gewölk entrückt,
spinnt kunstreicher Hand er die Weisheit,
die er zu köstlichem Hort sich gestapelt,
als er lenkte Coloniens Geschick.

Prosaischer, aber doch mit anerkennendem Respekt urteilt Carlo Schmid später in seinen „Erinnerungen“: „Konrad Adenauer fühlte sich weniger als Verfasser von Gesetzestexten denn als der Mann, von dem es abhing, dass der Parlamentarische Rat seinen Auftrag zu einem Abschluss bringen konnte ... Er war darauf bedacht, kraft seines parlamentarischen Amtes als der demokratisch legitimierte Sprecher des deutschen Volkes in den Westzonen zu gelten. Es leidet keinen Zweifel, dass ihm dies einen höheren Rang in der politischen Achtung der Deutschen verschafft hat. Ich glaube nicht, dass Konrad Adenauer seine politische Rolle in der Bundesrepublik so schnell hätte spielen können, wäre er nicht zuvor Präsident des Parlamentarischen Rates gewesen.“

So weit Carlo Schmid.

Adenauers Meisterschaft in der Leitung von Verhandlungen und im Vorsitz der verschiedensten Gremien – ob Parlamentarischer Rat, Fraktions- und Parteivorstand, später Bundeskabinett – blieb durch die Jahre hindurch anerkannt und wohl auch beneidet. Sie ließ den souveränen Stil des ehemaligen Oberbürgermeisters erkennen, wie denn auch gelegentlich gegrollt wurde, er habe den Ausschuss mit der Kölner Stadtverordnetenversammlung verwechselt.

Die Teilnehmer an unzähligen Sitzungen unter seinem Vorsitz erinnern sich besonders gern, wenn der Vorsitzende mit rheinischem Mutterwitz vorlaute Diskussionsredner abblitzen ließ oder verfahrenere Diskussionsknäuel durchschlug. Dann kam auch seine überraschend reiche Kenntnis von Zitaten aus der deutschen Literatur zur Geltung.

Ein Beispiel darf hier nicht fehlen: Es wurde heftig diskutiert, ob die CDU eine Spendenaktion bei den Mitgliedern starten sollte. Gegen ablehnende Stimmen antwortete Adenauer plötzlich mit einem allgemein kaum bekannten Goethe-Epigramm:

Mann mit zugeknöpften Taschen,
dir tut keiner was zulieb.
Hand wird nur von Hand gewaschen.
Wenn du nehmen willst, so gieb!

Allzu eifrige, ehrgeizige Mitglieder liebte er mit Sonderaufträgen zu beschäftigen. Viel herausgekommen ist dabei meist nicht. Die so Ausgezeichneten

waren eher Minenhunde in gefährlichem Gelände. Und Adenauer konnte den Versuch abblasen, ehe es zu einer Abstimmungsniederlage gekommen wäre.

Noch war damals die Parlamentsarbeit nicht durch die später üblich gewordenen Koalitionsverträge eingeschränkt. Traten bei der parlamentarischen Beratung innerhalb der Fraktion oder der Koalition Kontroversen auf, so konnte sich Adenauer nächtelang in Kompromissverhandlungen um die Einigung bemühen. Dabei war er bestens präpariert durch die Vorlagen, die ihm die Mitarbeiter im Bundeskanzleramt lieferten – nicht selten besser, auch in strittigen Detailfragen, als der Fachminister.

Adenauer nahm für sich auch das Recht in Anspruch, „sachverständige Einzelpersonlichkeiten“, wie er es nannte, heranzuziehen, um unabhängig von dem Fachministerium informiert zu werden. Versuche etwa des Wirtschaftsministers, dabei mit eingeschaltet zu werden, wies er deutlich zurück: „Sie können nicht erwarten, das Sie das Recht haben zu kontrollieren, mit wem ich Gespräche führe“, schrieb er einmal an Erhard.

Hier sprach er frühere Oberbürgermeister, wie er es im Verhältnis zu seinen Beigeordneten gewohnt war.

Ich kann hier nicht näher auf die Intim-Gegnerschaft Adenauer–Erhard eingehen. Ich wiederhole nur, was ich vor einigen Jahren über Erhard sagte: Trotz aller Spannungen hielt sie das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung zusammen.

Hier ist, meine Damen und Herren, auch an die Einstellung Adenauers zu Fürst Bismarck zu erinnern. In Köln ist dies ein Wagnis; ich weiß es. In einem Elternhaus, das die Reichsgründung von 1871 freudig bejaht hatte, brachten die inneren Konflikte im Bismarckreich die Ernüchterung. Adenauers Kinderjahre fielen in die spannungreichen Jahre des Kulturkampfes und der Sozialistenverfolgung. Noch in hohem Alter erzählte er von Vorgängen, die gerade bei dem als liberal geltenden rheinischen Katholizismus zur inneren Opposition geführt hatten.

Von hier aus ergeben sich Grundzüge der Innenpolitik, die der spätere Bundeskanzler entwickelte: die Überwindung der konfessionellen Zwietracht und die Einbindung der Arbeiterbewegung in ein positives Verhältnis zum Staat. Den ersten Initiativen zur Vereinigung von Katholiken und Protestanten in einer neuen Volkspartei gab er kräftigen Auftrieb: Als Parteivorsitzender war er stets darauf bedacht, die Eiferer auf beiden Seiten nicht zu laut werden zu lassen.

In der Erinnerung an die Versäumnisse Bismarcks und unter dem Einfluss der katholischen Soziallehre ging er die Arbeiterfrage an. Die soziale Frage war in den Trümmern Deutschlands angesichts der Entwurzelung von 15 Millionen Heimatvertriebenen und Kriegsoffern weit über die Arbeiterfrage hinaus gewachsen. Ich kann hier nur Stichworte nennen: Zerstörung der Städte,

Währungsverfall, Lastenausgleich, Wohnungsbau, Kriegsopferversorgung – um das Ausmaß der inneren Neuordnung zu kennzeichnen.

Erhards Wirtschaftsreform schuf die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Sanierung. Adenauers Handschrift war in den wichtigsten sozialpolitischen Entscheidungen spürbar, nicht zuletzt in der Heranziehung der Arbeiterbewegung durch die Mitbestimmungsgesetze. Die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung war schließlich durch sein ganz persönliches Engagement geprägt.

Man hat Adenauer schon nach wenigen Jahren als Bundeskanzler mit Bismarck verglichen. Ich stehe nicht an, den Leistungen in der inneren Stabilisierung des neuen Staatsgebildes einen höheren Rang beizumessen.

Auch der Neubau des Staates nach völliger Zerstörung und die Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Konzert der Mächte geben uns zu denken: Das war nicht wie die Reichsgründung von 1870/71 getragen von militärischer Macht nach einem siegreichen Kriege, sondern musste in der Ohnmacht einer furchtbaren Niederlage mit Geduld, Bescheidenheit und kluger Ausnutzung der politischen Wechsellagen erarbeitet werden.

In dieser Ausgangslage ist Adenauers Europapolitik zu sehen. Die Erlangung gesamtstaatlicher Autonomie, der vollen Souveränität und Gleichberechtigung, zugleich aber die Sicherung der äußeren und inneren Freiheit war die alles überschattende Aufgabe. Der „Kalte Krieg“, verschärft mit der Berliner Blockade 1948/49, eröffnete die Chance, in dem Verhältnis zu den Westmächten ein höheres Maß von Anerkennung zu erreichen.

Der von der jungen Bundesrepublik erwartete Beitrag zur westlichen Verteidigung und die Einbeziehung in das amerikanische Wiederaufbauprogramm für Westeuropa, der Marshall-Plan, wurden von der Regierung Adenauer zielstrebig genutzt. Sie waren von der Frage nach der Organisation und dem Selbstverständnis der europäischen Staaten aber nicht zu trennen.

Während der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik heftig umstritten war, wurde die europäische Bewegung von einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung getragen. Die europäische Einigung, in früheren Zeiten ein Kriegsziel der Sieger, war nun die Hoffnung der Besiegten.

Köln ist in den 20er Jahren einer der Brennpunkte in der Diskussion um die Zukunft Europas nach den Wirren der ersten Nachkriegsjahre und nach dem verhängnisvollen Ruhrkonflikt. Die Auseinandersetzungen um die französische Sicherheitspolitik, die Gefährdung Kölns und des Rheinlandes während der französischen Rheinlandbesetzung hatten das deutsch-französische Verhältnis zu einem Schlüsselproblem für die Neuordnung Europas werden lassen.

Dem Streit um die Ruhrkohle will der Kölner Oberbürgermeister durch eine wirtschaftliche Verständigung ein Ende bereiten. Der Reichsregierung schlägt

er 1925 eine wirtschaftliche Verflechtung der Montanindustrien beider Länder und eine Zollunion vor.

Er ist Vorstandsmitglied der Paneuropa-Union, lädt 1930 gleich zwei Redner nach Köln ein: den Lothringer Graf Jean de Pange und den amerikanischen Unternehmer Danny Heineman. Jean de Pange gehörte der katholischen Erneuerungsbewegung in Frankreich an und sprach über „Staat und Kirche in Frankreich“. Er ist aber vor allem für die Deutschen als ein Hauptgegner des lothringischen Publizisten Maurice Barrès wichtig, der der Wortführer der Annexionisten in der französischen Rheinlandpolitik der ersten Nachkriegsjahre war.

Heineman sprach über das Thema „Skizze eines neuen Europa“. Der temperamentvolle Geschäftsmann, der später in der Zeit der politischen Gefährdung zu den wenigen helfenden Freunden Adenauers gehören wird, beklagte den Konflikt zwischen den wirtschaftlich-technischen grenzüberschreitenden Vorgängen und der kleinräumig nationalstaatlich orientierten Politik.

„Dieser Gegensatz der Politik und der Wirtschaft ist die große Krankheit Europas“, so klagt er. Über die fortschreitende Zusammenarbeit müssten – so Heineman – die administrativen wirtschaftlichen technischen und finanziellen Voraussetzungen eines späteren Europäischen Bundes geschaffen werden.

Es ist öfters die Frage gestellt worden, ob Robert Schuman in diesen Jahren mit Adenauer schon in Verbindung stand. Tatsächlich sind die beiden aber erst im Oktober 1948 zusammengekommen. Der französische Außenminister wollte den als kommender Mann geltenden Präsidenten des Parlamentarischen Rates kennen lernen. Beide – in ihren Studentenjahren in katholischen Korporationen aktiv – fanden leicht zueinander in dem Bestreben, eine deutsch-französische Aussöhnung herbeizuführen, wozu die wirtschaftliche Verflechtung, mit Kohle und Stahl beginnend, der erste Schritt sein sollte. Es galt, einen Rückfall in dem Kampf um die Ruhrkohle wie im Ruhrkonflikt von 1923 zu vermeiden.

Genau diese Überlegung bewog den Berater Robert Schumans, Frankreichs Planungskommissar Jean Monnet, Anfang 1950 seinem Minister zu sagen: Der Frieden kann nur auf Gleichheit gegründet sein. Wir haben 1919 die Gelegenheit zum Frieden verpasst, weil wir Diskriminierung und den Geist der Bevormundung ins Spiel gebracht haben. Wir sind jetzt dabei, die gleichen Irrtümer zu begehen.

Robert Schuman und Jean Monnet leiteten den Kurswechsel der französischen Deutschlandpolitik mit der Erklärung vom 9. Mai 1950, dem Schuman-Plan, ein. Was Adenauer seit den 20er Jahren vorgeschwebt hatte, wurde eingeleitet: Die Aussöhnung beider Länder und die deutsch-französische Verständigung wurden zum Kernstück der europäischen Integrationspolitik.

Die Montanunion, wie die aus dem Schuman-Plan hervorgehende Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bald abgekürzt genannt wurde, wurde

Ausgangsbasis und, was die institutionelle Ausgestaltung angeht, Kern der weiteren Integrationsformen.

Es mag wohl die Erinnerung an den Ruhrkonflikt von 1923 gewesen sein, wenn Adenauer für die Montanunion ein auffälliges Interesse hatte, vor allem nach dem Ausbruch der Kohlenkrise.

Ich war im Sommer 1959 von der Bundesregierung als Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion nach Luxemburg entsandt worden. Adenauer bat um baldigen Besuch zu einem längeren Gespräch, das in seinem Ruheraum im Palais Schaumburg stattfand. Er hatte beim Boccienspiel einen Fuß verknackst und musste liegen. Der Gast musste beim Wechseln des kühlenden Umschlags behilflich sein.

Für den privat genutzten Raum im Bundeskanzleramt musste Adenauer übrigens Miete zahlen. Es folgten viele Gespräche, als in der Kohlenkrise die Bundesregierung mit den Hilfen für den Kohlenbergbau mehrfach in Konflikt mit der Hohen Behörde kam, wobei Adenauer mehr an vertragskonforme Lösungen dachte als das Bundeswirtschaftsministerium, das in der Kohlenfrage entgegen der sonstigen Wettbewerbsphilosophie des Hauses ausgesprochen kartellfreundlich war.

Die Montanunion sollte der erste Schritt zu einer für die Erhaltung des Friedens in Europa notwendigen Föderation sein. Groß war die Enttäuschung bei Adenauer wie bei Robert Schuman, als der nächste Schritt, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, im Sommer 1954 an der Ablehnung in der französischen Nationalversammlung scheiterte.

Die Fortsetzung der Integrationspolitik mit den Römischen Verträgen, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom wurde zwar begrüßt, aber Adenauer hatte weiterhin die Sorge, dass über den ökonomisch-technischen Elementen der Integration die eigentliche politische Zielsetzung, nämlich die politische Einigung in einer Europäischen Union, vernachlässigt würde. Zu dieser Sorge gab das ständige Drängen Ludwig Erhards, Großbritannien zu beteiligen, Anlass.

Auch war Adenauer nicht verborgen geblieben, dass Walter Hallstein, der erste Präsident der EWG-Kommission, in Paris mehr und mehr auf Kritik stieß. Der politischen Zielsetzung mehr Gewicht zu geben, war sicher auch die Absicht des deutsch-französischen Vertrags, den Adenauer mit de Gaulle 1963 abschloss; eine Antwort auf die Aufweichtendenzen, die er in der wieder auflebenden Diskussion um den Beitritt Großbritanniens und um eine große europäische Freihandelszone befürchtete. Der Perfektionismus der sich entwickelnden europäischen Bürokratien war ihm zutiefst suspekt.

Die Römischen Verträge konnten die politische Einigung nicht ersetzen, auch wenn sie die so genannte Westbindung der Bundesrepublik zunehmend verstärkten.

Die innenpolitische Diskussion flammte immer wieder auf um die Frage: Verhindert die zunehmende Integration der Bundesrepublik in die westeuropäische Integration nicht die angestrebte Wiedervereinigung der aus der Nachkriegsbesatzung hervorgegangenen beiden Nachfolgestaaten? Zugespitzt lautete die Frage: West-Integration oder Wiedervereinigung? Für Adenauer lautete die Antwort eindeutig: keine Wiedervereinigung ohne West-Integration. Er hatte die feste Überzeugung, dass die Einbindung der Bundesrepublik in die Wirtschaftsordnung der freien Welt für deren Sicherheit und für den Frieden unerlässlich sei und dass eines Tages auch die Sowjetunion diese Realität erkennen werde.

Bis dahin empfahl er: „Geduld ist und bleibt die stärkste Waffe der Besiegten, und wir sind doch noch immer ein besiegtes Volk“. So meinte er auf dem Parteitag der CDU im März 1966. Seine letzten großen Reden auf dem Parteitag 1966 und noch im Februar 1967 in Madrid galten der deutschen Zukunft in Europa: „Wir bleiben dabei, dass Deutschland in Frieden wieder vereinigt werden muss ... Ich gebe die Hoffnung nicht auf: Eines Tages wird auch Sowjetrussland einsehen, dass diese Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist. Wir müssen aufpassen, ob der Augenblick kommt. Aber wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen!“

Meine Damen und Herren, ein politisches Testament? Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung stehen wir staunend vor dieser Zukunftsvision. War es nur Wunschdenken des alten Mannes?

Ich neige zu einer anderen Interpretation. Am Ende eines langen Lebens, geprägt und bereichert durch insgesamt dreißig Jahre an Schaltstellen politischer Verantwortung und Macht, aber auch durch zwölf Jahre persönlicher Gefährdung und Demütigung, verfügte Adenauer über einen Schatz an Erfahrungen, an Menschenkenntnis und an Einsichten, die ihn weit über das Tagesgeschehen hinaus in langen Zeiträumen an langfristige Entwicklungen denken ließen.

Darin liegt auch der wesentliche Unterschied zu der kurzsichtigen Diskussion, wie sie auch jetzt wieder geführt wird, mit der Fragestellung: Hat Adenauer die Wiedervereinigung jemals gewollt? – Wer so fragt, der sei an eine historische Erfahrung in unserem Nachbarland erinnert. Als Frankreich 1871 Elsass-Lothringen verloren hatte, war die Rückgewinnung das erklärte Ziel aller politischen Kräfte. Aber befolgt wurde der Grundsatz: Immer daran denken, aber nicht davon sprechen!

Bei uns war es mit der Wiedervereinigung in der Schlagzeilen-Publizistik Jahrzehnte hindurch genau umgekehrt: „Ohne zu denken immer davon sprechen“. Das war das Phänomen, das wir in den vergangenen Jahren immer wieder zu bekämpfen und zu vermeiden hatten.

Wie soll ich die Einsichten Adenauers in seinen letzten Jahren besser kennzeichnen? Ich denke immer an ein Wort des dänischen Religionsphilosophen Kierkegaard. Es mag den Rückblick des alten Mannes und seine Zukunftshoffnung erklären:

Das Leben wird im Rückblick verstanden, aber nach vorne gelebt!

Historische Bewusstseinsbildung im demokratischen Staat. 25 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik*

Von Winfried Becker

Parteiarchive oder Archive politischer Stiftungen gehören, anders als die Staatsarchive, zu den verhältnismäßig jungen kulturellen Institutionen. Während die staatlichen Archive in der Regel Behörden- und Verwaltungsschriftgut, von staatlichen Stellen produziert, aufgenommen haben, bewahren Parteiarchive vornehmlich solche Dokumente, die der politischen Willensbildung, sozusagen einer Nahtstelle zwischen Staat und Gesellschaft, entspringen sind. Ihrer Gattung nach können sie im Grunde zu den Verbands- und insofern privaten Archiven¹ gerechnet werden – wir kennen hier z.B. Firmen-, Adels-, Haus-, Familien- und Vereinsarchive oder auch die Archive der Kirchen und Religionsgemeinschaften.² Ihrem Genus nach sind sie eher älter und mannigfaltiger als die Staatsarchive des 16. bis 20. Jahrhunderts, die gewissermaßen die Existenz eines schon entwickelten Territorial- und Verwaltungsstaats voraussetzen. Die Gesellschaft existierte bekanntlich vor dem Staat.

* Festvortrag anlässlich des 25jährigen Gründungsjubiläums des Archivs für Christlich-Demokratische Politik am 18. Mai 2001.

1 Aufbewahrungsorte für die privaten Akten: Den Unterschied zwischen privaten und kaiserlich-königlichen Urkunden führten schon der Innsbrucker Historiker Julius (von) FICKER (1852–79) – bekannt geworden durch seinen Streit mit Heinrich von Sybel über die mittelalterliche Kaiserpolitik – und der kgl. sächsische Archivar Otto POSSE, *Die Lehre von den Privaturkunden*, Leipzig 1887, ein. Posse definierte als privat alle von den Bischöfen, Klöstern, Territorialgewalten, Adeligen und Bürgern ausgegangenen Akten, nachdem die (mittelalterliche) Diplomatie dazu tendiert hatte, als Lehre ausschließlich oder in erster Linie der Kaiser- und Papsturkunden zu gelten; vor Posse schon Julius FICKER, *Beiträge zur Urkundenlehre*, Bd. 1–2, Innsbruck 1877/78, Bd. 1, S. 51, 106. Vgl. Georges TESSIER, *Diplomatique*, in: Charles SAMARAN (Dir.), *L'Histoire et ses méthodes* (L'Encyclopédie de la Pléiade, 11), Brügge 1973, S. 633–676, 661 f. Der Systematik hatten die formalen und inhaltlichen Analysekriterien den Weg gebahnt, die der französische Benediktiner Jean MABILLON in seinem 1681 erschienenen sechsbändigen Werk *De re diplomatica* (mit späteren Supplementen) aufgestellt hatte.

2 Das *Minerva-Handbuch Archive im deutschsprachigen Raum*, 2. Aufl. Berlin–New York 1974, S. 1149 ff., führt neben den staatlichen Archiven auf: Parlaments-, Kommunalarchive, Kirchliche Archive, Archive von Lehr- und Forschungsinstitutionen und anderen kulturellen Einrichtungen, Archive von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Presse-, Rundfunk-, Film-, Theaterarchive, Firmen- und Werksarchive, Privatarchive (von Adligen). Seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts kamen sogenannte freie Archive der außerparlamentarischen Aktivitäten und Bewegungen hinzu, z.B. das Archiv für alternatives Schrifttum in NRW (afas) in Duisburg seit 1985/86. Petra HEINE/Jürgen BACIA, *Plädoyer für die Bewahrung der Geschichte von unten*, in: *Der Archivar* 50 (1997), Sp. 299–310.

Nun sind aber Parteien Phänomene des modernen, eigentlich schon des demokratischen politischen Lebens. Sie waren im Staat zunächst mehr geduldet als zur Regierung berufen, und so ist es auch um die Einrichtungen, die ihr Gedächtnis bewahren sollten, nicht sonderlich gut bestellt gewesen. Die Parteihistoriker des 19. und noch des 20. Jahrhunderts müssen allzuoft auf verstreutes Material zurückgreifen, auf gedruckte Verlautbarungen, publizistische Quellen, Protokolle von Parteiversammlungen und Parlamenten oder auf Nachlässe parteipolitisch aktiver Personen.³ Erst das spät gegründete zentrale Reichsarchiv der Weimarer Republik hat damit begonnen, auch Material von Verbänden und gesellschaftlichen Institutionen zu sammeln.⁴ Generalisierend lässt sich wohl sagen, dass die Bildung moderner Parteiarchive in Deutschland vor allem eine Errungenschaft des demokratischen Staates Bundesrepublik darstellt, obwohl die deutschen Parteien seit ihrem Entstehen von den historischen Zeugnissen ihrer Tätigkeit begleitet worden sind. Die erst während der letzten Jahrzehnte als Affiliationen gemeinnütziger politischer Stiftungen entstandenen Parteiarchive spiegeln in ihrer begrenzten Anzahl den für das Staatswesen Bundesrepublik charakteristischen Konzentrationsprozess auf wenige Parteien. Seit 1968 besteht das Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung. 1969 wurde das Archiv der sozialen Demokratie bei der Friedrich-Ebert-Stiftung eingerichtet.⁵ Es folgten 1976

3 Mehr kultur-, literatur- und staatsgeschichtlich ausgerichtet die Nachschlagewerke: *Verzeichnis der schriftlichen Nachlässe in deutschen Archiven und Bibliotheken*. Bd. 1, *Die Nachlässe in den deutschen Archiven (mit Ergänzungen aus anderen Beständen)*, bearb. von Wolfgang A. MOMMSEN, T. 1–2, Boppard 1971–1983. Bd. 2, *Die Nachlässe in den Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Aufl. bearb. von Tilo BRANDIS, Boppard 1981. Vgl. auch Winfried BAUMGART, *Bücherverzeichnis zur deutschen Geschichte. Hilfsmittel – Handbücher – Quellen*, 13. Aufl. München 1999.

4 Friedrich P. KAHLENBERG, *Deutsche Archive in Ost und West. Zur Entwicklung des staatlichen Archivwesens seit 1945*, Düsseldorf 1972, S. 20, zitiert aus dem Tätigkeitsbericht des Reichsarchivs für die Jahre 1920–1925, Berlin 1925: „Das Reichsarchiv sieht es als zu seiner Aufgabe gehörig an, neben der Sammelstelle für das Urkunden- und Aktenmaterial des Reiches auch das große Nationale Archiv zu werden, in dem Nachlässe und private Aufzeichnungen Angehöriger aller Kreise unseres Volkes aufbewahrt werden können.“ Dadurch solle einem „einseitigen, ja falschen Charakter“ der Geschichtsforschung der neueren Zeit vorgebeugt werden. Tätigkeitsbericht, S. 8 ff., mit einer Liste der bis 1925 erworbenen Nachlässe von Militärs, Politikern und Staatsmännern sowie der akquirierten Archive von politischen Parteien, Verbänden und Vereinen.

5 Klaus SCHÖNHOFEN, *Auf dem Weg zum digitalen Dienstleistungszentrum. 30 Jahre Archiv der sozialen Demokratie und Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vortrag anlässlich einer Jubiläumsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 7. Juni 1999 in Bonn* (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Gesprächskreis Geschichte, H. 26), S. 5–22; vgl. allgemein zu den Partei- und Stiftungsarchiven: Günter BUCHSTAB (Hrsg.), *Das Gedächtnis der Parteien. Parteiarchive in Europa. Tagung der Sektion der Archive und Archivare der Parlamente und politischen Parteien im Internationalen Archivrat in Prag 18.–20. November 1994*, St. Augustin 1996; DERS. (Hrsg./Reinhard SCHREINER (Red.), *Archivalien von Mitgliedern und Fraktionen des Europäischen Parlaments in Archiven der Mitgliedsländer. Kurzübersicht*, St. Augustin Juli 1997.

das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung⁶, 1979 das Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung⁷, schließlich noch das Archiv von Bündnis 90/Die Grünen, Grünes Gedächtnis, der Heinrich-Böll-Stiftung. Einen Sonderfall bildet das SED-Archiv, das wichtige Entscheidungen der Lenkungebene des kommunistischen Staates DDR dokumentiert.⁸

Die Partei- und Stiftungsarchive sind im Unterschied zu den Staatsarchiven auf die aktive Akquisition ihrer Bestände angewiesen. Sie erhalten nicht automatisch aufgrund staatlicher Abgabevorschriften das Material aus in der Regel schon geordneten Behördenregistraturen, sondern müssen sich an bestimmte Individuen oder Stellen wenden, um deren Schriftgutüberlieferung entweder als Eigentum zu erwerben oder als Depositum zu übernehmen. Verträge und Aktenvermerke regeln die Modalitäten der Abgabe und der Offenlegung für die Archivbenutzer. Indes setzte mit der Gründung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik bereits ein gewaltiger Zustrom von Akten ein, für die vorher kein adäquater Aufbewahrungsort hatte gefunden werden können. Letzteres galt übrigens auch für die Akten aus der Provenienz der CSU. Die bayerische Unionsschwester hatte wichtige Aktenbestände allerdings dem Berliner und Passauer Parteihistoriker und Soziologen Alf Mintzel zur Verfügung gestellt, der die Dokumentensammlungen nach Vollendung seiner Geschichte der CSU und weiteren Auswertungen schließlich dem Institut für Zeitgeschichte in München übergab.⁹ Hingegen gelangten die wesentlichen Bestände aus der Frühzeit der CDU, soweit erhalten, sogleich ins Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin bei Bonn. Damit wuchs die-

6 Günter BUCHSTAB (Hrsg.), *Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kurzübersicht*, St. Augustin, 4. Aufl. 1998, S. VII.

7 HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, *Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP). Verzeichnis der Bestände*, [München 1998]; Willibald FINK, *Die Politisch-historische Information im Dienste für Bürger und Staat. Aufgaben und Bestände der Fachbibliothek der Hanns-Seidel-Stiftung*, München 1992; vgl. auch die Angaben in HANNS-SEIDEL-STIFTUNG (Hrsg.), *Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995*, München 1995, S. 742 f.

8 Vgl. Günter BUCHSTAB, Art. „SAPMO (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv)“, in: Rainer EPPELMANN u.a. (Hrsg.): *Lexikon des DDR-Sozialismus* (Studien zur Politik, 29), Paderborn 1996, S. 499–501; Elrun DOLATOWSKI/Anette MEIBURG, *Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv*, in: *Der Archivar* 50 (1997), Sp. 287–300; Hermann SCHREYER, *Entwicklungen im ost-deutschen Archivwesen seit dem 3. Oktober 1990*, in: *Der Archivar*, Sp. 493–516.

9 Alf MINTZEL, „Wissenschaft als Beruf“. *Erfahrungen und Reflexionen eines Grenzgängers. Abschiedsrede vom 24. Nov. 2000* (Passauer Papiere zur Sozialwissenschaft 25), 2000, S. 19, 31, Anm. 63: Laut Findbuch des IfZ war das „Privatarchiv Alf Mintzel gleichsam eine Art Ersatzüberlieferung ... der bayerischen Unionspartei.“ Archivbestand: IfZ, ED 720, Bd. 1–56. Nach Angabe Mintzels stammen zwei Drittel der von ihm und Barbara Fait im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. Quellensammlung: *Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union*, Bd. 1–3 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, 4), München 1993, aus der Sammlung Mintzel.

ser Neugründung die Aufgabe zu, eine Tradition der Partei durch den Erwerb und die Bewahrung ihrer materialen Substrate gleichsam erst zu schaffen und die authentischen Quellen, auf denen eine wissenschaftliche Geschichtsschreibung fußen muss, zu konservieren und bereitzustellen.

Das ACDP entwickelte sich rasch zum Zentralarchiv der Christlichen Demokratie in Deutschland. Es sammelt das Schriftgut ihrer führenden Repräsentanten, Gremien und Organisationen bis hin zu den Kreisverbänden. Es hat auch Bestände der Vorläuferparteien von CDU und CSU aufgenommen, insbesondere der Deutschen Zentrumspartei und ihrer regionalen Wiedergründungen nach 1945, dazu Materialien von Parteien, die in den 1945 gegründeten Unionsparteien aufgegangen waren.

Inzwischen sind insgesamt etwa 18000 laufende Meter Akten akquiriert.¹⁰ Im Februar 2001 bildeten 750 Nachlässe und persönliche Papiere einen Hauptbestandteil des Archivguts. Zu den herausragenden Beständen zählen die Nachlässe der „Gründerväter“ der CDU, z.B. von Andreas Hermes, Josef Kanengießer, Werner Hilpert, Bruno Dörpinghaus, Georg Strickrodt, der geistigen Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft wie Franz Böhm und Alfred Müller-Armack, des früheren Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger sowie zahlreicher Bundesminister und Bundestagsabgeordneter, unter ihnen Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier und Bundesaußenminister Gerhard Schröder. Das Archiv besitzt die umfangreichen Nachlässe engster Mitarbeiter Konrad Adenauers, z.B. von Heinrich Krone, Otto Lenz und Hans Globke, sowie Papiere noch lebender Persönlichkeiten, so des ehemaligen Ministerpräsidenten Hans Filbinger, des amtierenden Ministerpräsidenten Bernhard Vogel oder des ehemaligen Bundesministers und niedersächsischen Landesministers Wilfried Hasselmann, von Vorkämpfern des europäischen Einigungsprozesses wie Walter Hallstein, Hans von der Groeben und Egon Klepsch. Ein Kaleidoskop zeitgeschichtlicher Bildungsschätze von großer Vielfalt steht in beispielhafter Liberalität den Benutzern offen¹¹ und wird, wie eine sorgfältig geführte Be-

10 Zum Folgenden sind interne Unterlagen des ACDP benutzt, für deren Überlassung ich herzlich danke. Zur Bestandsübersicht vgl. G. BUCHSTAB, *Die Bestände* (wie Anm. 6), und das Internet-Angebot unter www.kas.de. Zur ursprünglichen Gliederung der KAS (gegr. 1964), die satzungsgemäß „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke auf christlich-demokratischer Grundlage“ verfolgt, in sieben Institute (darunter ACDP) Giso DEUSSEN, *Konrad-Adenauer-Stiftung* (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 47), Düsseldorf 5. Aufl. 1979, S. 9 f.; zum Stiftungswesen allgemein: ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER STIFTUNGEN (Hrsg.), *Lebensbilder deutscher Stiftungen*, Bd. 1–5, Tübingen 1971–1986.

11 So bemerkte Hans-Peter SCHWARZ 1982 in der bekannten Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*: Die Archive der politischen Stiftungen „praktizieren ohne Ansehen der politischen Verortung des Forschers und im Rahmen des Möglichen jene Liberalität der Forschungspolitik, die man sich auch von allen staatlichen Stellen wünschen würde“. Zitiert nach G. BUCHSTAB, *Die Bestände* (wie Anm. 6), S. VI. Allerdings waren auch die deutschen Staatsarchive, wie schon auswärtige Besucher vor dem Ersten Weltkrieg feststellten, traditionell benutzerfreundlich.

nutzerstatistik zeigt, vor allem von einer jungen Forschergeneration frequentiert.¹² Im lebensnahen Spiegel persönlicher Schicksale reflektieren sich die politische Kultur der ausgehenden Weimarer Republik, die Bedrohung durch den Nationalsozialismus, die Umbrüche der unmittelbaren Nachkriegszeit und das Regierungshandeln der Bundesrepublik Deutschland in Bund und Ländern.

Bei bedeutenden Persönlichkeiten der Parteigeschichte entstand eine Konkurrenzsituation zum Bundesarchiv, weil Parteifunktion und Staatsamt nicht säuberlich voneinander zu trennen waren und das Bundesarchiv Anspruch auf die staatlichen Akten, die Produkte der eigentlich dienstlichen Tätigkeit, erheben konnte. Die Materialien von 417 Kreisverbänden der CDU aus Ost und West dokumentieren die Willensbildung an der gesellschaftlichen und politischen Basis der Partei und ergänzen die – nicht nur in parteihistorischer Hinsicht – oft defizienten kommunalen Archive. Für die frühere CDU im Osten Deutschlands sind diese Hinterlassenschaften darum wichtig, weil sie anders als die uninformen Verhaltensmuster höherer, gleichgeschalteter Parteigremien noch Spuren von Eigeninitiative und Eigenidentität erkennen lassen. Nicht weniger als 53 Bezirks- bzw. Landesverbände gaben ihre von der Gründung bis in die 1990er Jahre reichenden Akten, Drucksachen und Protokolle ins ACDP. Für das Selbstverständnis der CDU als föderalistische Partei sind die Akten der Vereinigungen von Bedeutung, die das Archiv ebenfalls in großer Zahl aufbewahrt: Materialien der schon sehr früh entstandenen Kommunalpolitischen Vereinigung mit Traditionslinien bis in die Zentrums- und Frauen-Union, des Evangelischen Arbeitskreises, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der Mittelstandsvereinigung, der Jungen Union, des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, der Schülerunion und der Senioren-Union. Hiervon sind immerhin 63 meist regionale Bestände verzeichnet. Die parlamentarische Tätigkeit wird dokumentiert durch Landtagsakten der Bundesländer und der SBZ, durch Bürgerschaftsakten der norddeutschen Stadtstaaten sowie Akten der Arbeitskreise und des Fraktionsvorstands der Bundestagsfraktion.¹³ Die obersten Parteigremien mit Bundesvorstand, Bundesausschuss, Präsidium, Bundesgeschäftsstelle und Bundesparteigericht sind ebenfalls dokumentiert; ihren Abteilungen ist ein Bestand mit „Sachthemen“ zur Innen-, Außen-, Deutschland-, Wirtschafts- und Europapolitik (1945–1988) eingegliedert. Nicht zu vergessen ist der wichtige Bereich der Parteipublizistik, die mit

12 Im Juli 2000 verbrachten 34 Benutzer (meist für Magisterarbeiten, Dissertationen, 5 Habilitationsschriften) 144 Benutzer-(Anwesenheits-)Tage im ACDP und liehen 847 Faszikel zum Zeitraum 1898–1999 aus. Interne Unterlagen (wie Anm. 10).

13 Auch liegen Akten von weiteren zentralen Gremien vor: vom Diskussionskreis Mittelstand (ab 1957), vom Büro für Auswärtige Beziehungen (1972–1997, dann Bundesgeschäftsstelle), vom Europabüro (1977–1995), von der Gruppe der Frauen (ab 1970), von der Jungen Gruppe (seit 1992).

(1998) 118 Periodika und Informationsblättern regionaler und internationaler Herkunft vertreten ist. Die Diversifikation und die vielfachen Neuanfänge, die dieses Schriftgut kennzeichnen, spiegeln die stets gegebenen schwierigen Probleme einer adäquaten Selbstdarstellung der Unionsparteien, vornehmlich der CDU, und ihres internen Informationsflusses.¹⁴

Hinterlassenschaften der Nouvelles Equipes Internationales, der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, der Christlich-Demokratischen Internationale zeigen die von vornherein gegebene europäische und internationale Dimension der Unionsgründung auf. Verschiedene Sammlungen, so die von Dokumenten wissenschaftlicher oder politischer Persönlichkeiten, von Stiftungen und Aktionsbündnissen, etwa der Forschungsgemeinschaft 20. Juli oder des Bundes Freiheit der Wissenschaft, runden das Bild einer aktiv in das politische, kulturelle und gesellschaftliche Leben eingreifenden Partei ab.

Dass damit nicht nur eine Nische für abgeschlossene Prozesse geschaffen ist, dass es um mehr als das bloße Bewahren einer vom Vergessen bedrohten Vergangenheit geht, zeigt die dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik angeschlossene Presse- und Mediendokumentation. Jedes Handeln in der von vielfältigen und freien Strömungen belebten Demokratie setzt Information voraus; und es gehören besondere Vorrichtungen und Fähigkeiten dazu, die tägliche Informationsflut problem- oder gar zielorientiert zu befragen und zu nutzen. Die Pressedokumentation widmet sich der Auswertung von rund 50 deutschsprachigen Tages- und Wochenzeitungen, Illustrierten und Magazinen; sie zieht ferner den Basisdienst der Deutschen Presse-Agentur, die Plenarprotokolle und Drucksachen des Deutschen Bundestages heran. Sie beachtet die Verlautbarungen verschiedener Verbände einschließlich der Kirchen, die Veröffentlichungen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, allgemeine Erscheinungen in Kultur und Gesellschaft sowie die auswärtigen Entwicklungen. Die konventionelle Ausschnittsammlung, die Tausende von Ordnern füllt, ist längst ersetzt durch optische Speicherung. Ergänzt wird die Sammlung durch die Mediendokumentation. Die aufgezeichneten Fernsehsendungen werden erschlossen und analysiert; sie stehen nicht nur für die politische Bildungsarbeit, sondern auch für kommunikationswissenschaftliche und zeitgeschichtliche Forschungen zur Verfügung. Dem entspricht, dass ein als vorbildlich geltendes Datenbank-System das Archiv- und Dokumentationsmaterial erschließt. Von Bildschirm aus kann themenorientiert in allen archivischen und dokumentarischen Beständen recherchiert werden.

Für Ausstellungen, für die politische Bildungsarbeit und überhaupt für ein breiteres Publikum stehen die audiovisuelle Abteilung und die gut sortierte Bibliothek des Historischen Archivs zur Verfügung. Das Fotomaterial mit

14 G. BUCHSTAB, *Die Bestände* (wie Anm. 6), S. 303–314.

ca. 120 000 Aufnahmen (1998) enthält zum größten Teil Personenporträts und Bilder von wichtigen Ereignissen der deutschen Politik seit 1945. Das Plakatarchiv hat Tausende (1998: 15 000) von Werbematerialien aus Wahlkämpfen, zurückreichend bis 1918, gesammelt; bevorzugt sind Plakate des Zentrums und der frühen CDU erworben worden.¹⁵ Das Plakat- und Bildarchiv findet Ergänzung durch ein über 1000 Filme (1950–2000) umfassendes Filmarchiv, vornehmlich über die Geschichte der Unionsparteien und der Bundesrepublik, und durch ein umfangreiches Tonarchiv mit ca. 2150 Tonbändern und Schallplatten (1998). Dieses schließt wie das Bildarchiv die Selbstdokumentation der zahlreichen Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung ein und verspricht somit, ein Dokumentationszentrum für politische Bildung in einem demokratischen Staat zu werden. Die Bibliothek unterstützt alle Arbeitsbereiche und Abteilungen der Stiftung bei der Vorbereitung ihrer Forschungsvorhaben und Veranstaltungen. Ihre Schwerpunkte liegen bei aktuellen politischen Themen. Der antiquarischen Bestandsergänzung dienten vor allem die Beschaffung der sog. grauen parteipolitischen Lizenzliteratur der ersten Nachkriegszeit und seit der Wiedervereinigung die Übernahme von Bibliotheksbeständen der Ost-CDU. Darunter befindet sich schwerpunktmäßig Schrifttum über das Verhältnis von Christentum und Marxismus, über die innere Entwicklung und das Bildungssystem der DDR. Die rund 160 000 Titel wachsen durchschnittlich pro Jahr um weitere 6000 Bände. Schon 1994 wurden 437 Zeitschriften und 18 in- und ausländische Zeitungen im Abonnement gehalten und 119 Loseblattsammlungen zu den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht betreut.

Habent sua fata libelli: Welche Gründe haben zu dem Aufbau eines solchen Forschungs-, Bildungs- und Dokumentationszentrums geführt, und ist die parteinahe Institution den in sie gesetzten Erwartungen gerecht geworden?

Die Hauptinitiativen zur Gründung des Archivs gingen von Heinrich Krone, Helmut Kohl und Bruno Heck¹⁶ aus. Das ehrgeizige, doch nie eigentlich im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehende Vorhaben begann in einer bewegten Zeit, in den 1970er Jahren. Die außerparlamentarische Fundamentalopposition

15 Vgl. Gerd LANGGUTH (Hrsg.), *Politik und Plakat. 50 Jahre Plakatgeschichte am Beispiel der CDU*, Bonn 1995.

16 1917–1989, 1950–1952 Regierungsrat im Kultusministerium von Württemberg-Hohenzollern, 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1957–1976 Mitglied des Bundestages, 1962–1968 Bundesminister für Familie und Jugend, 1967–1971 Generalsekretär der CDU, 1968–1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vgl. Klaus GOTTO (Hrsg.), *Bruno Heck. Grundlagen und Wandel. Aufsätze und Reden 1976–1986*, Osnabrück 1987; Jürgen ARETZ, *Bruno Heck (1917–1989)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 8, Mainz 1997, S. 213–231. Heck entfaltete als erster Generalsekretär der CDU ein besonderes Organisationstalent in den Wahlkämpfen der Zeit nach Adenauer und Erhard.

rüttelte erstmals offen an den Grundlagen der bis dahin als vorbildlich stabil geltenden zweiten deutschen Demokratie. Sogenannte fortschrittliche Kräfte klagten den angeblichen CDU-Staat der 1950er und 60er Jahre als Inbegriff der Restauration an und warfen ihm schwerste Versäumnisse auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik vor. Es entstanden kleinere Aktionsbündnisse zur Abwehr der mit hochmütigem Sendungsbewusstsein auftretenden anti- und außerparlamentarischen Bewegungen. Inmitten des Getümmels zielte die Gründung des Archivs der Konrad-Adenauer-Stiftung wohl mehr auf eine produktive Auseinandersetzung grundsätzlicher Art mit den Zeittendenzen. Man wollte gleichsam auf der höheren Ebene historischer Verbindlichkeit um die Wiedergewinnung des in Frage gestellten demokratischen Grundkonsenses ringen. Die Bundesrepublik hatte einen erstaunlichen äußeren, materiellen Aufstieg genommen, doch war ihr Geschichtsbewußtsein wenig entwickelt, wie die unerwartete Durchschlagskraft der Angriffe der zur Radikalität neigenden Minderheiten bewies. Mit dem Aufbau des Archivs wurde von vornherein die Erwartung verbunden, die Zusammenführung bisher unausgewerteten historischen Materials werde Vertreter der Wissenschaft in die Lage versetzen, ein realistisches und zutreffendes Bild von den Absichten und der Wirksamkeit christlich-demokratischer Politik zu entwerfen; diese hatte zwar die Nachkriegsgeschichte wesentlich mitgeprägt, aber offenbar wenig Widerhall im historischen und öffentlichen Bewusstsein gefunden.

Man würde mehrere Vorträge benötigen, um die Fülle der vielfältigen Publikationen zu würdigen, die von Mitarbeitern des Archivs, im Umkreis des Archivs, in den von ihm betreuten Reihen und Ausstellungen seit 1976 ans Licht getreten sind. Am Anfang stand wieder einmal Adenauer, um ein bekanntes Diktum Arnulf Barings aufzugreifen¹⁷, nämlich im Mittelpunkt eines 1976 von Klaus Gotto, dem ersten Leiter des Archivs, Dieter Blumenwitz und anderen herausgegebenen zweibändigen Sammelwerks¹⁸. Dieses stellte den ersten Bundeskanzler in „seine Zeit“, begriff ihn aus der Perspektive ihn begleitender Zeit- und Weggenossen statt als isolierten, überlebten Patriarchen. Schon acht Jahre später hatten Klaus Gotto und Hans-Joachim Veen¹⁹ die Grünen im Visier ihrer zeitpolitischen Aufmerksamkeit – damals noch „Partei wider Willen“, wie der Untertitel des kleinen Werks 1984 kundtat. Die Memoiren

17 Arnulf BARING, *Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie*, München 2. Aufl. 1982.

18 Dieter BLUMENWITZ/Klaus GOTTO u.a. (Hrsg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Bd. 1, *Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Bd. 2, *Beiträge der Wissenschaft*, Stuttgart 1976.

19 Klaus GOTTO/Hans-Joachim VEEN (Hrsg.), *Die Grünen – Partei wider Willen*. Mit Beiträgen von Helmut BERSCHIN u.a., Mainz 1984. Vgl. für die Jahre 1995–1998 mehrere Beiträge von Jürgen HOFFMANN, *Konrad-Adenauer-Stiftung. Bereich Forschung und Beratung, Annotierte Bibliographie*, St. Augustin August 1999, S. 10 f.

von Ewald Ernst²⁰ und Johann Baptist Gradl²¹ beleuchteten den wahrhaft schwierigen „Anfang unter dem Sowjetstern“ 1945–49 in der sowjetisch besetzten Zone; sie hoben ins Zeitbewusstsein, dass auch dort eine freiheitlich gesinnte, ein geeintes Deutschland erstrebende Unionspartei entstanden war, die sich bald der Diktatur hatte unterwerfen müssen. Die für die Durchsetzung des interkonfessionellen Ansatzes der Unionsparteien ausschlaggebende Phase der Verfolgung der Zentrumsanhänger in der nationalsozialistischen Diktatur dokumentierte ein von Günter Buchstab, Brigitte Kaff und Hans-Otto Kleinmann zusammengestellter Band²²; die Zusammenführung der sozialen, konservativen, liberalen und föderalistischen Traditionen in den Unionsparteien behandelte prägnant das Taschenbuch „Die Gründung der Union“, das sogleich ins Englische, Französische und Spanische übersetzt wurde.²³ Wichtige Gestalter verschiedener politischer Funktionsbereiche, die in der Diplomatie, in der Ministerialbürokratie oder im Partei- und Landesdienst tätig waren, erhielten erste Würdigungen oder die Gelegenheit zu authentischer Selbstdarstellung. Unter ihnen befinden sich so unterschiedliche Persönlichkeiten wie der Ministerpräsident Hans Filbinger²⁴, der Jurist Josef Beyerle²⁵, der Bundesminister und erste Vorsitzende der Stiftung Bruno Heck²⁶, alle drei aus Württemberg, die rheinischen Landes- und Bundespolitiker Heinrich Köppler²⁷ und Alois Mertes²⁸, der ostdeutsche Gewerkschaftler Hugo Dornhofer²⁹,

20 *Ein guter Kampf. Fakten, Daten, Erinnerungen 1945–1954*, St. Augustin 1998. Ernst, geb. 1921, 1947–1954 inhaftiert (meist in Bautzen), war 1946 Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt und Jugendreferent des CDU-Landesverbands Sachsen-Anhalt.

21 *Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Köln 1981; Lebenslauf Gradls, 1965/66 Bundesminister für Vertriebene und für Gesamtdeutsche Fragen und Vorsitzender der Exil-CDU, ebd. S. 194.

22 *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 1986, 2. ergänzte Aufl. 1990. Vgl. schon Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hrsg.), *Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930–1933*, Berlin 1984.

23 Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO (Hrsg.), *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten*, München 1981, 2. Aufl. 1990.

24 Antwortend auf Angriffe Rolf Hochhuths gegen Filbingers Tätigkeit als Marinerichter im Zweiten Weltkrieg: Bruno HECK (Hrsg.), *Hans Filbinger. Der „Fall“ und die Fakten*. Eine historische und politologische Analyse von Heinz HÜRTE/Wolfgang JÄGER/Hugo OTT, Mainz 1980.

25 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Josef Beyerle. Beispiel eines christlichen Politikers*, Melle 1981.

26 K. GOTTO, *Bruno Heck* (wie Anm. 16). Hecks dadurch nicht erfasster Nachlass im ACDP, von 1947 bis 1989 reichend, umfasst 16,4 lfm.

27 Friedrich KRONENBERG/Bernhard VOGEL (Hrsg.), *Heinrich Köppler. Christ und Politiker 1925–1980*, Düsseldorf 1990.

28 Günter BUCHSTAB (Hrsg.), *Alois Mertes. Der Primat des Politischen. Reden*, Düsseldorf 1994.

29 Thomas HEDDERGOTT/Ralf KOTHE, *Hugo Dornhofer (1896–1977). Gewerkschafter und Politiker. Verfolgt in zwei Diktaturen*, St. Augustin 1996. – Obwohl es auch eine christliche

die Sozialpolitiker Franz Böhm³⁰ und Fritz Burgbacher³¹, der Diplomat Peter Hermes³² und der Kanzlerberater Hans Globke³³. Die Geschichte der CDU war zwar schon 1976 kein Niemandsland mehr, aber nun wurde durch die Arbeiten von Winfried Becker³⁴, Horstwalter Heitzer³⁵, Wulf Schönbohm³⁶, Hans-Otto Kleinmann³⁷ sowie in einen vom mehreren Archivmitarbeitern erstellten Taschenbuch³⁸ für den Zeitraum von 1945 bis 1994 eine ausgewogene Gesamtbetrachtung angebahnt. Von den Verbänden der föderalistischen CDU erhielt die Frauen-Union 1990³⁹ und 1998⁴⁰ erste Würdigungen im Rahmen ihr gewidmeter Ausstellungen.

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik hat für Editionen und Monographien eine eigene Reihe geschaffen, die „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“. Zwischen 1980 und 2000 sind 35 Titel erschienen. Neben den Darstellungen, die der institutionellen Entwicklung der CDU nachgehen, stehen zeitgeschichtliche Arbeiten über entscheidende Weichenstellungen und Themen der Geschichte der Bundesrepublik. Die Haltlosigkeit des Restaura-

Gewerkschaftstradition gibt und diese (angeblich) in der nach 1945 gebildeten Einheitsgewerkschaft aufgegangen ist, problematisiert K. SCHÖNHOFEN (wie Anm. 5), S. 17 diese Fakten nicht, wenn er nur positiv festhält, dass Anfang der 90er Jahre Archiv und Bibliothek des Deutschen Gewerkschaftsbunds an die Friedrich-Ebert-Stiftung kamen, um dort „auch die gewerkschaftliche Tradition der sozialen Demokratie auf Dauer zu verankern“. Das wirft die Frage auf, wieso eine durch bewussten Zusammenschluss entstandene überparteiliche Einheitsgewerkschaft nicht ein eigenes Institutions- oder Verbandsarchiv unterhält, sondern ihre Unterlagen der der SPD nahestehenden Stiftung überantwortete. Schließlich vertrauen z.B. die Religionsgemeinschaften ihre Akten nicht CDU- oder CSU-nahen Archiven an.

30 Brigitte KAFF (Hrsg.), *Franz Böhm. Beiträge zu Leben und Wirken*, Melle 1980.

31 Günter BUCHSTAB, *Fritz Burgbacher (1900–1978). Ein Lebensbild*, St. Augustin 2000.

32 *Rückblicke und Einsichten 1933–1950*, hrsg. von der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, St. Augustin 1996.

33 Klaus GOTTO (Hrsg.), *Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes*, Stuttgart 1980; über ihn auch Ulrich von HEHL, *Hans Globke (1898–1973)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 3, Mainz 1979, S. 247–259. Eine Dissertation über H. Globke, den die DDR in ihren Propagandafeldzügen gegen die Bundesrepublik benutzte, ist in Arbeit.

34 *CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei*, Mainz 1987.

35 *Die CDU in der britischen Besatzungszone. Gründung, Organisation, Programm und Politik 1945–1949*, Düsseldorf 1988.

36 *Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980*, Stuttgart 1985.

37 *Geschichte der CDU 1945–1982*, Stuttgart 1993.

38 *Kleine Geschichte der CDU*, hrsg. von der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, Redaktion Felix Becker, Stuttgart 1995.

39 Günter BUCHSTAB/Angela KELLER (Hrsg.), *Für Gleichberechtigung und Partnerschaft. Christlich-Demokratische Frauen in der Politik. Katalog zur Ausstellung*, St. Augustin 1990.

40 Angela KELLER-KÜHNE unter Mitarbeit von Sabine KLEIN, *50 Jahre Frauen-Union in der CDU. Katalog zur Ausstellung*, St. Augustin o.J. [1998].

tionsvorwurfs beweist schon die Intensität der früh einsetzenden Sozialpolitik, der allein fünf Darstellungen, von Hans Günter Hockerts⁴¹, Franz J. Bauer⁴², Günther Schulz⁴³ und Ursula Reucher⁴⁴, gewidmet sind – die frühe Flüchtlingspolitik mit ihren eminent sozialpolitischen Folgen für einen erfolgreich integrierten Bevölkerungsteil einmal einbezogen. Forschungen über die Eigentumspolitik⁴⁵ und über die soziale Marktwirtschaft⁴⁶ lassen sich diesem Komplex ebenfalls zuordnen. Die junge Bundesrepublik restaurierte hier nicht ältere Strukturen, sondern sie bahnte eine sozial ausgeglichene Gesellschaft an; problematisch an ihr war nicht der angebliche gesellschaftspolitische Rückschritt, sondern schließlich das Erreichen eines Ausmaßes von Verteilungsgerechtigkeit, das im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel erhebliche Zukunftsprobleme, die den Initiatoren noch nicht bewusst waren, aufgeworfen hat. Der föderalistische Charakter der Bundesrepublik kommt in einer Biographie über den bedeutenden bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard⁴⁷ sowie in drei Darstellungen über die CDU in der britischen Zone⁴⁸ bzw. in Nordrhein-Westfalen⁴⁹ zur Geltung. Drei personenbezogene Monographien sind der amerikanischen Welt- bzw. Deutschlandpolitik gewidmet⁵⁰, eine den russisch-deutschen Beziehungen⁵¹, der aber vielleicht zwei Darstellungen über die Ost-CDU zwischen 1948 und 1971, also im sowjetisch be-

41 *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957*, Stuttgart 1980.

42 *Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950*, Stuttgart 1982.

43 *Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945–1957*, Düsseldorf 1984; DERS. (Hrsg.), *Wohnungspolitik im Sozialstaat. Deutsche und europäische Lösungen 1918–1960*, Düsseldorf 1993.

44 *Reformen und Reformversuche in der gesetzlichen Krankenversicherung (1956–1965). Ein Beitrag zur Geschichte bundesdeutscher Sozialpolitik*, Düsseldorf 1999.

45 York DIETRICH, *Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950–1961*, Düsseldorf 1996.

46 Christine BLUMENBERG-LAMPE (Bearb.), *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943–1947*, Stuttgart 1986.

47 Karl-Ulrich GELBERG, *Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954*, Düsseldorf 1992.

48 H. HEITZER (wie Anm. 35); Ulrich REUSCH, *Deutsches Berufsbeamtenum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943–1947*, Stuttgart 1985.

49 Ludger GRUBER, *Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1980. Eine parlamentshistorische Untersuchung*, Düsseldorf 1998.

50 Christian HACKE, *Die Ära Nixon – Kissinger 1969–1974. Konservative Reform der Weltpolitik*, Stuttgart 1983; Wolfgang KRIEGER, *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*, Stuttgart 1987; Wilfried MAUSBACH, *Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947*, Düsseldorf 1996.

51 Michael BORCHARD, *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949–1955*, Düsseldorf 2000.

herrschten Teil Deutschlands, an die Seite zu stellen sind.⁵² Dass eine den Namen verdienende bundesdeutsche Ostpolitik vor Walter Scheel und Willy Brandt existierte, geht nicht nur aus den Forschungen von Klaus Gotto⁵³, aus einer Dissertation von Daniel Kosthorst⁵⁴ über Heinrich Brentano und aus des Ministerialdirigenten Horst Osterheld⁵⁵ spannender Darstellung der letzten Regierungsjahre Adenauers und der Außenpolitik Ludwig Erhards hervor, sondern auch aus den Lageberichten Adenauers vor dem CDU-Bundesvorstand. Dessen Protokolle aus dem Zeitraum von 1950 bis 1965 hat der langjährige Leiter des Archivs, Günter Buchstab, seit 1986 in vier Bänden vorbildlich ediert.⁵⁶ Die Autorität des ersten Bundeskanzlers erscheint hier oft als erkämpft, jedenfalls war sie eingebettet in Diskussions- und Entscheidungsprozesse engerer und weiterer Beratergremien. Regierungsentscheidungen fielen erst aufgrund intensiven Austausches von Argumenten. Der Meinungsbildungsprozess, der in den CDU/CSU-Fraktionen des Parlamentarischen Rats⁵⁷, des Wirtschaftsrats⁵⁸ und der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU⁵⁹ begann, setzte sich seit 1950 im Bundesvorstand fort. Die Tagebücher des Fraktions-

52 Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf 1991; Martin RISSMANN, *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949–1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei*, Düsseldorf 1995.

53 *Die Sicherheits- und Deutschlandfrage in Adenauers Politik 1954/55*, in: Bruno THOSS/Hans Erich VOLKMANN (Hrsg.), *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtensystem der Jahre 1953–1956*, Boppard 1988, S. 137–151; DERS., *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963*, in: Rudolf MORSEY/Konrad REPGEN (Hrsg.), *Adenauer-Studien*, Bd. 3, Mainz 1974, S. 3–91.

54 *Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961*, Düsseldorf 1993.

55 „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“. *Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht*, Mainz 1986 (noch erschienen als Bd. 5 der von R. MORSEY und K. REPGEN herausgegebenen Adenauer-Studien, wie Anm. 53); Horst OSTERHELD, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt*, Düsseldorf 1992.

56 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953*, Stuttgart 1986; *Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957*, Düsseldorf 1990; *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, Düsseldorf 1994; *Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstand 1961–1965*, Düsseldorf 1998.

57 Rainer SALZMANN (Bearb.), *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion*, Stuttgart 1981.

58 Rainer SALZMANN (Bearb.), *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949*, Düsseldorf 1988.

59 Brigitte KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, Düsseldorf 1991.

vorsitzenden Heinrich Krone⁶⁰ und des Staatssekretärs Otto Lenz⁶¹ machen das vielfach Tastende, Ungesicherte, Gefährdete, aber auch den Aufschwung zur Entschlossenheit im pragmatischen Regierungshandeln des ersten Bundeskanzlers bis in Einzelprobleme hinein sichtbar. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik hat das Verdienst, die CDU vor der Wissenschaft und Öffentlichkeit als gläserne Partei, als durchsichtigste Partei der Bundesrepublik, präsentiert zu haben. Meines Wissens ist nirgendwo in der unglückseligen Spendenaffäre der wichtige Hinweis aufgetaucht, dass die geheime Machenschaften verdächtige Partei Helmut Kohls die interne Willensbildung ihrer Spitzengremien von der ersten Nachkriegszeit bis zu Erhards Kanzlerschaft lückenlos der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Auch das totale Umschlagen in die negative Berichterstattung über den (bisher) am längsten regierenden Bundeskanzler dürfte zu einem für die Forschung klärungsbedürftigen Problem werden, nachdem bis 1990 namhafte Publizisten in zahlreichen Pressestimmen ein farbiges, häufig auch von Sympathie gezeichnetes Bild Helmut Kohls gezeichnet hatten.⁶² Mit der Veranstaltungsreihe „Die Ära Kohl im Gespräch“, die 2000 mit einer Tagung über die Finanz- und Wirtschaftspolitik 1982–1990 begann, hat sich das ACDP auch dieses Problems angenommen.

Schon die genannten Publikationen⁶³ verdeutlichen, dass die Unionsparteien, über ihren Wählerauftrag legitimiert, einen unverzichtbaren Beitrag zum politischen Willensbildungsprozess im Gesamtstaat leisteten, dass das Selbstverständnis dieser für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung repräsentativen Großgruppe zur Identitätsbildung der Bundesrepublik gemäß den Regeln eines entwickelten demokratischen Parteienstaats wesentlich beitrug. Die Wissenschaft, die das Wirken der Parteien erforscht, muss überparteilich bleiben, aber die Parteien stehen heute nicht mehr weit unter dem Staat wie während des vormärzlichen Neo-Absolutismus⁴ und zu Beginn des Kaiserreichs, sondern sie sind in der Demokratie zur substantiellen Mitwirkung am Staat und an dessen pluralistischer Willensbildung berufen. Wir wissen zwar nicht, was die

60 Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.), *Heinrich Krone. Tagebücher. Erster Band: 1945–1961*, Düsseldorf 1995.

61 Klaus GOTTO/Hans-Otto KLEINMANN/Reinhard SCHREINER (Bearb.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953*, Düsseldorf 1988.

62 Bernhard VOGEL (Hrsg.), *Das Phänomen. Helmut Kohl im Urteil der Presse 1960–1990*, Stuttgart 1990.

63 Zu ergänzen um die Nennung dreier umfangreicher, ebenfalls in den „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ (Bd. 4, 15, 25) erschienener Bibliographien: Gerhard HAHN (Bearb.), *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945–1980*, Stuttgart 1982; Brigitte KRAHE/Michaela SEIBEL (Bearb.), *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981–1986. Mit Nachträgen 1945–1980*, Düsseldorf 1990; Thomas SCHAARSCHMIDT/Hildegard KRENGEL (Bearb.), *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1987–1990*, Düsseldorf 1994.

Zukunft bringt und ob vielleicht ähnlich wie jüngst in Italien, wie länger schon in den USA und auch in Frankreich die Persönlichkeiten mehr in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen und der Wahlkämpfe rücken werden, aber der zum jetzigen Zeitpunkt zurückblickende Betrachter wird gewahr: Die Parteiengeschichte ist nicht ablösbar von der Zeitgeschichte der Bundesrepublik, wie schon rein äußerlich die Heranziehung der CDU-Bundesvorstandsprotokolle zu den bahnbrechenden Einzeldarstellungen des sechsbändigen Standardwerks „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“⁶⁴ zeigt.

Wie leicht aber Geschichtsvergessenheit selbst in der Zeitgeschichte Platz greift, beweist die jüngst wieder aufgewärmte These, dass in Deutschland eigentlich erst 1968 und in den 1970er Jahren die Demokratie begonnen habe. Dies wird zumindest indirekt behauptet oder vorausgesetzt, wenn um Verständnis für spontane, sogar gewalttätige Auflehnung in diesen Jahren geworben wird, weil solches Aufbegehren legitimerweise gegen ungerechte Strukturen, gegen den in der Bundesrepublik angeblich fortwirkenden Nationalsozialismus, Autoritarismus, Nationalismus oder Faschismus gerichtet gewesen sei.⁶⁵ Auch ein in manchen Cultural Studies und in der Unterhaltungsbranche auftretender gesellschaftspolitischer Progressismus setzt einfach eine vollständige Distanzierung von den angeblich reaktionären Anfängen der Bundesrepublik voraus, ohne dass er sich noch die Mühe macht, polemisch zu werden.⁶⁶ Anhänger solcher offener oder subkutaner Kontinuitätsthesen sind anschei-

64 Hrsg. von Karl Dietrich BRACHER u.a., Bd. 1–5/II, Stuttgart 1983–1987, den Zeitraum 1945–1982 behandelnd.

65 Als pars pro toto sei angeführt die ironische Referenz in der vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst herausgegebenen, vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift *aviso*: „Wie unglaublich allerdings unfreiwillig recht die grüne Parlamentsvizepräsidentin A. Vollmer um 1995 hatte, als sie, damals zu Recht beföhdet oder verspottet, der Welt mitteilen zu müssen glaubte, es sei nun und etwa zusammen mit der Wiedervereinigung die deutsche Nachkriegsgesellschaft, gründlich zivilisiert worden (nämlich, wenn schon nicht von ihr selber, so von einem anonymen ‚wir‘), sprich: man habe nun die Nazi-Barbarei und dergleichen gründlich hinter sich gelassen, – das konnte Vollmer vor einem knappen Jahrzehnt noch gar nicht wissen – ...“. Eckhard HENSCHIED, *Grand Prix der Kulturen. Ein Wettbewerb mit* (momentan) 567 Teilnehmern, in: *aviso*. Zeitschrift für Wissenschaft und Kunst in Bayern 2/2001, S. 38–41. Vgl. den Schwerpunkt „1968 und die Mythen der Linken“, in: *Die Politische Meinung* 378 (Mai 2001), S. 5–44, Editorial von Wolfgang BERGSDORF.

66 Aus literarischer Perspektive vielleicht nachvollziehbar, historisch jedoch eskapistisch das Urteil von Bernd Eichinger, des Produzenten des neuen Fernseh-Zweiteilers über den „bundesrepublikanischen Hexenprozess“ gegen Vera Brühne: „Die ‚junge Bundesrepublik‘ bzw. die gesamte Nachkriegszeit ist für mich eine Fläche, bei der über dem Vulkan gerade mal die oberste Schicht erkaltet ist. Die kleinsten Bewegungen erzeugen Risse in der Oberfläche, und kaum geht man einen Schritt weiter, schon sieht man tief in den Abgrund und die Lava schießt wie eine Fontäne hoch.“ „Eine Frau hatte so nicht zu sein“. Welt-Gespräch mit Bernd Eichinger über den Zweiseiter „Vera Brühne“ in: *Die Welt* v. 23. Mai 2001, S. 42. Gegen die 68er Attacken auf Rechtsstaat und Marktwirtschaft wehrte sich energisch Helmut SCHOECK, *Die Lust am schlechten Gewissen*, Freiburg i.Br. 1973, S. 11 ff.

nend fest entschlossen, die gesicherten Ergebnisse zeitgeschichtlicher Forschung nicht zur Kenntnis zu nehmen. Denn eine tiefe Zäsur, soviel ist längst erwiesen, trennt das Staatswesen Bundesrepublik vom Dritten Reich. Blicken wir nur einmal auf die Unionsparteien, die ja bezeichnenderweise Neugründungen waren, so fiel ihnen ein entscheidender Anteil an der Neuorientierung zu. Sie vollzogen die entschlossene Abwendung vom Diktaturgedanken des Dritten Reiches. Sie definierten sich geradezu über die Ablehnung jenes Staates, in dem viele ihrer Vorläufer und Gründer schwere Verfolgung oder empfindliche Zurücksetzung erlitten hatten, und überhaupt jeder Diktatur. Wenn sie eine Kontinuität hochhielten, dann war es die antitotalitäre. Die frühe Programmbildung der Unionsparteien konstituiert in dieser Hinsicht ein achtbares und interessantes Kapitel politischer Ideengeschichte. Zumal nach der deutschen Katastrophe von 1933–45 kann die Erforschung der politischen Geistesgeschichte nicht mehr auf die liberale oder nationale, die konservativ-organische oder die sozialistisch-sozialdemokratische Ideenwelt beschränkt bleiben. Ohne die allgemeine Diskussion um eine neue Variante der Sonderwegsthese bereichern zu wollen, können wir doch erkennen, dass die politischen Kulturen, die das 19. Jahrhundert ausgebildet hatte, sich in schwere Rivalitäten und Konflikte verstrickten, dass besonders am Ende der Weimarer Republik ein Zustand friedlicher Normalität in weite Ferne gerückt schien. Kein – gar grenzüberschreitender – politischer Konsens hatte den Zivilisationsbruch des Ersten Weltkriegs verhindert, nachdem schon der Nationalismus des imperialistischen Zeitalters, der auch aufgrund der Säkularisierung der Eliten möglich geworden war, die europäische Völkergemeinschaft von ihren Wurzeln abgeschnitten hatte. Eine scharfsinnige Analyse Konrad Adenauers aus der Nachkriegszeit machte bereits den Säkularismus und Materialismus, der die entstehende Massen- und Industriegesellschaft des Kaiserreichs erfasst habe, für die deutsche Katastrophe mitverantwortlich.⁶⁷ Tiefere Lebensbetrachtung lehrt vielleicht, dass die schicksalhafte Verstrickung einer staatlichen Gemeinschaft in Schuld und Unrecht auch von den Schutzmechanismen vertrauter Prägekräfte nicht aufgehalten werden kann. Da versagen politische Parteien und Weltanschauungen; auch ein hoher Bildungsstand, ein vertrauenswürdiges soziales Milieu, das Lebensalter, das Geschlecht, die landsmannschaftliche Prägung oder die außenpolitische Orientierung nach Westen oder Osten bieten da keine Garantie. Dessen mag man sich im Umkreis der Uni-

67 Vgl. zu diesem Komplex etwa: STIFTUNG BUNDESKANZLER-ADENAUER-HAUS (Hrsg.), *Leitgedanken für die Gegenwart. Zum 125. Geburtstag von Konrad Adenauer am 5. Januar 2001*, Meckenheim o.J. (mit Hinweisen auf die bisher erschienenen Bände der „Rhöndorfer Ausgabe“ von Adenauers Briefen und Gesprächen, der „Rhöndorfer Gespräche“ sowie der „Rhöndorfer Hefte“); Fritz HELLMIG, *Überwindung der Grenzen. Chancen des Föderalismus? Robert Schuman zum Gedenken*, hrsg. von der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG (Straßburger Gespräche, H. 7), Melle 1986.

onsgründungen nach 1945 bewusst gewesen sein, als man inmitten der allgemeinen Ratlosigkeit zur individuellen Rückbesinnung auf erprobte sittliche Bindungen und Grundwerte aufrief, die dennoch im Endeffekt auf eine neue Verhaltensdisposition zielte, auf die Verbreitung von Skepsis und Wachsamkeit, Einsicht und Toleranz, Lebensgestaltung aus dem Dekalog, auf die Wiedergewinnung der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten und der materiellen Lebensgrundlagen. Das ließ sich nicht angehen ohne eine wirkungsvolle politische Organisation, die die Unionsparteien von Anbeginn gewesen sind:⁶⁸ mit Autorität ausstrahlenden Persönlichkeiten, aber vor allem in einer schließlich den Erfolg erst ermöglichenden Einigkeit und Solidarität. Dies ließ sich sehr wohl mit einer Multiperspektivik des politisch-historischen Weltbilds vereinbaren, wie es der fälschlich der Einseitigkeit bezichtigte, lebenserfahrene Staatsmann Adenauer lehrte, wenn er als Katholik mit den Evangelischen zusammenging, als Verfechter der Westpolitik nach Osten blickte⁶⁹, als dezidiertem Europapolitiker nicht die deutsche Geschichte verwarf.

Aus den zahlreichen Publikationen des Archivs, dessen 25jähriges Bestehen wir feiern, treten uns die Worte und Taten einer Gründergeneration der Bundesrepublik heute fast schon wie ein Vermächtnis entgegen. Diese wollte eine neue lebensfähige Demokratie, einbezogen in eine friedliche europäische Völkergemeinschaft, aufbauen, sie setzte im Innern auf eine recht verstandene Mitte, auf die Abwehr der Extreme von links und rechts, auf eine gute Gesinnung und auf bewährte Prinzipien des Gemeinwohls. Dabei sollten erprobte gesellschaftliche Kräfte wie die Kirchen willkommenen Partner sein. Der Maßstab für die Letztorientierung des politischen Handelns wurde jenseits des Politischen gesucht. Möglicherweise liegt darin eine zeitüberdauernde Botschaft, die den Blick frei hält statt ihn einzuengen, die vor der Vergötzung des Erfolgs ebenso warnt wie vor der vordergründigen Propagierung von sog. traditionellen Werten, wenn diese nur der Stabilisierung der Regierung dienen soll, statt ernsthaft auf das Ganze der Gesellschaft bezogen zu werden.

68 Damit wird die „Identitätsthese“, gegen eine Zweiteilung der CDU-Geschichte, vertreten. Vgl. Udo WENGST, *Die CDU aus der Nähe betrachtet. Der Beitrag des Archivs für Christlich-Demokratische Politik zur Geschichtsschreibung über die Union*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 223–240, 233 f.; der Dichotomisierung der beiden (eigenständigen) Parteien CDU und CSU und auch der CSU-Geschichte (Übertreibung des Gegensatzes zwischen „Traditionalisten“ und Interkonfessionalisten, zwischen dem anfänglichen Führungszwischen und der späteren Volkspartei) widerspricht Winfried BECKER, *Replik zu Alf Mintzel*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 30 (1989), S. 390 f.; DERS., *Rez. von Barbara Fait, Die Anfänge der CSU 1945–1948*. München 1995, in: *Politische Vierteljahresschrift* 38 (1997), S. 888 f.

69 STIFTUNG BUNDESKANZLER-ADENAUER-HAUS, *Leitgedanken* (wie Anm. 67), S. 33–37, 47–49; Klaus HILDEBRAND, *Adenauer und Sowjetrußland 1963–1967. Betrachtungen zur außenpolitischen Konzeption des Kanzlers ohne Amt*, in: Dieter ALBRECHT u.a. (Hrsg.), *Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag*, Berlin 1983, S. 519–533 (unter Benützung „archivalischer Materialien“ u.a. der Konrad-Adenauer-Stiftung).

Krisen und Auseinandersetzungen konnten in dem sprunghaften, schon Ende der 1950er Jahre einsetzenden gesellschaftlichen Wandel nicht ausbleiben; aber eine fortdauernde Verhärtung im Ungeist und eine unüberwundene Dauerkrise über den Umbruch von 1945 hinweg hat es in Deutschland nicht gegeben; derartige Unterstellungen, seit 1968 im sog. antikapitalistischen Kampf vorgebracht⁷⁰, gehören ins Reich der zeitgeschichtlichen Fabel.

Dies um so mehr, als die alte Bundesrepublik zeit ihres Bestehens mit dem eigentlich fortdauernden Krisenphänomen auf deutschem Boden konfrontiert blieb, mit dem Kommunismus in der DDR. Wie jämmerlich sind doch die publikumswirksamen Sympathiefeldzüge für den angeblich so reformfähigen real existierenden Sozialismus, gesteuert aus bestimmten Milieus der Bundesrepublik⁷¹, 1989/90 desavouiert worden; nicht zu vergessen allerdings, dass neben den Unionsparteien auch einige Bündnis/Grüne am Ende für die Aufhebung der Freiheitsbeschränkungen in der DDR eingetreten sind. Ein bisher zu wenig beachteter Schwerpunkt der Publikationen des hier zu würdigenden Archivs befasst sich mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Selten wurde die Nutzungsmöglichkeit plötzlich zugänglicher Quellen so konsequent wahrgenommen wie von den Mitarbeitern des ACDP und den durch es gewonnenen Autoren. Die Arbeiten von Ralf Thomas Baus⁷², Michael Borchard⁷³, Günter Buchstab⁷⁴, Rainer Eppelmann⁷⁵, Brigitte Kaff⁷⁶, Manfred

70 Vgl. z.B. Hannes HEER, *Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933* (Sammlung Luchterhand), Neuwied – Berlin 1971. Der Klappentext verrät, indirekt die (alle gesellschaftlichen Gruppen tangierende) spezifische Situation von 1933 herunterspielend, die strukturelle, unhistorische, Übertragbarkeit auch auf die Bundesrepublik insinuiierende Betrachtungsweise: „Die scharfe materialreiche Kritik Heers ... stellt die Frage nach dem politischen und ökonomischen Spielraum der Gewerkschaften innerhalb des kapitalistischen Systems überhaupt.“

71 Vgl. Jens HACKER, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin-Frankfurt/M. 1992.

72 *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung, Programm, Politik*, Düsseldorf 2001; DERS., *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 2 (1995), S. 83–117; Katrin BAUS/Ralf BAUS, *Die Gründung der CDUD in Brandenburg 1945*, in: ebd. 6 (1999), S. 79–107.

73 Michael BORCHARD/Peter ERLER/Leonid P. KOPALIN, *Kriegsgefangene, politische Häftlinge, Rehabilitation* (Zukunftsforum, H. 11), St. Augustin 2000.

74 (Hrsg.), *Jakob Kaiser 1888–1961. Katalog zur Ausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung*, St. Augustin 1991; DERS., (Hrsg.), *Geschichte der DDR und deutsche Einheit. Analyse von Lehrplänen und Unterrichtswerken für Geschichte und Sozialkunde*, Schwalbach/Taunus 1999. Günter Buchstab wirkte als Koordinator und Verfasser u.a. auch mit an Rainer EPPELMANN u.a. (Hrsg.), *Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik*, Bd. 1–2, Paderborn, 2., aktualisierte u. erweiterte Aufl. 1997 (1. Aufl. 1996).

75 Siehe Anm. 74 und Bernd EISENFELD/Rainer EPPELMANN/Karl Wilhelm FRICKE/Peter MASER, *Für Freiheit und Demokratie. 40 Jahre Widerstand in der SBZ/DDR*, Sankt Augustin o.J. [1999].

76 Brigitte KAFF/Franz-Josef KOS (Bearb.), *Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine*

Agethen⁷⁷, Claudia Schute⁷⁸ und anderer, meist noch junger Autoren behandeln das Schicksal der CDU Deutschlands in der SBZ, das Los der politischen Häftlinge, die Problematik des Widerstands, die Fährnisse und Wagnisse erster freiheitlicher Parteibildung 1989/90⁷⁹, aber auch das Gesamtspektrum des DDR-Sozialismus⁸⁰. Das nach der Wiedervereinigung vom ACDP übernommene damalige Archiv der Ost-CDU wurde so rasch ausgewertet. Dabei treten die Gemeinsamkeiten der Unionsgründung in Ost und West hervor und bezeugen insofern ebenfalls eine deutsche Schicksalsgemeinschaft am Ende des Zweiten Weltkriegs. Manche Vorkämpfer des Unionsgedankens erlitten, ähnlich wie der Bischof Preysing von Berlin, Verfolgung in zwei aufeinanderfolgenden Diktaturen: im nationalsozialistischen und im kommunistischen Staat.⁸¹ Sie legen für die demokratische Gesinnung Zeugnis ab, die bei der Gründung der Unionsparteien Pate stand. Betrachtet man die entsprechenden Publikationen des Archivs, so kann ein Vorwurf erst gar nicht aufkommen, den wir aus einem anderen Zusammenhang kennen: Die Geschichtsschreibung der Bundesrepublik habe die Aufarbeitung einer ihr unbequemen Vergangenheit vernachlässigt. Wollte man den Stimmen glauben, die aus der beibehaltenen Existenz der Ost-CDU den Unionsparteien nach dem Motto „Mitgegangen, mitgefangen“ eine Komplizenschaft mit dem DDR-Sozialismus ansannnen, so wurde in der Tat sogar für die eigene Parteigeschichte Unbequemes aufgegriffen. Die Werke, Vorträge und Aufsätze über die seit 1952 endgültig dem strengen Systemzwang unterworfenen Ost-CDU brachten aber doch etwas anderes ans Tageslicht: dass, um nur ganz wenige Zahlen aus der statistisch nur schwer greifbaren politischen Häftlingsquote zu nennen, 1.235 CDU-Mit-

biographische Dokumentation, hrsg. von Günter BUCHSTAB, Düsseldorf o.J. [1998]; Brigitte KAFF (Hrsg.), „Gefährliche politische Gegner“. *Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995.

77 *Die CDU in der DDR*, in: Felix BECKER (Red.), *Kleine Geschichte der CDU*, Stuttgart 1995, S. 201–249; Manfred AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953*, in: Jürgen FRÖLICH (Hrsg.), „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. *Zur Geschichte von CDU, LDP (D), DBD und NDPD 1945 bis 1953*, Köln 1994, S. 47–72; Manfred AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1990. Neuere Literatur (1990–1996)*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 3 (1996), S. 235–253; DERS., *Die Ost-CDU und der Fall Bräusewitz vom August 1976*, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismus-Forschung, Bd. 2), Weimar 1995, S. 201–223. Weitere Arbeiten von M. Richter und M. Rissmann: oben Anm. 52. Vgl. auch die Monographie von Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und Kaltem Krieg*, München 1998.

78 (Hrsg.), *Schicksal Bautzen. Politische Häftlinge der SBZ/DDR erzählen – junge Journalisten porträtieren*, St. Augustin 1999.

79 Wolfgang JÄGER/Michael WALTER, *Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90*, Köln 1998.

80 Vgl. R. EPPPELMANN, *Lexikon des DDR-Sozialismus* (wie Anm. 74).

81 Z.B. Hugo Dornhofer (1896–1977) und Dr. Eberhard Plewe (1905–1986). B. KAFF/F.-J. KOS, *Verfolgt* (wie Anm. 76), S. 109 f., 235.

glieder in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961 aus politischen Gründen verurteilt und 737 ohne Urteil inhaftiert wurden.⁸² Schon im April 1946 war mittels Zwangsvereinigung die SPD-Parteigeschichte in der Geschichte der sozialistischen Staatspartei SED aufgegangen. Das ACDP zieht für diesen Forschungsbereich viel Nutzen aus der ständigen engen Zusammenarbeit mit Forschungsinstitutionen, die sich spezifisch oder vorrangig der Geschichte der SBZ/DDR widmen. Es unterhält Kontakte zur Außenstelle Berlin des Instituts für Zeitgeschichte (München), zum Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden, zum Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin, zur Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, zur Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, zu den Gedenkstätten für Opfer des Stalinismus (Buchenwald, Sachsenhausen u.a.), zur Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft.

Mag seitens des Archivs für Christlich-demokratische Politik ab und zu ein gewisser Rechtfertigungsdruck für die eigene Existenz, verglichen mit den aktuellen, unmittelbar nutzbaren Diensten der Konrad-Adenauer-Stiftung, bestanden haben, so erscheint heute, nach einem Vierteljahrhundert fleißigen Wirkens, die freiere, forschnerliche, vom aktuellen Tageswerk etwas zurückgezogene, aber darum noch keineswegs beschauliche Arbeit des Historischen Archivs als eine großartige Leistung. Seine Publikationen zeigen ein eigenes Profil im verwirrenden Markt des überreichen zeitgeschichtlichen Angebots, halten Stimme im polyphonen Chor zeitgeschichtlicher Erinnerung. Eine unübersehbare Spur in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik und ihrer demokratischen und christlichen Traditionen ist gezogen. Für einen Staat, der nach Selbstvergewisserung strebt und inmitten ökonomischer Umbrüche und übertriebener Selbstzweifel sich auf der Suche nach seiner kulturellen Vergangenheit befindet, halten die Veröffentlichungen des Historischen Archivs Angebote bereit, die zur Selbstvergewisserung, Standortbestimmung oder einfach nur zum Erkenntnisgewinn einladen. Sie bieten, vermittelt über das objektive Genre der wissenschaftlichen Edition und der kritischen historischen Darstellung, eine Bildungschance im Sinne des vielzitierten Ausspruchs von Jakob Burckhardt, dass das Studium der Geschichte nicht sowohl für ein ander Mal klug machen, als weise machen wolle für immer. Wirklich lernen, so könnte man diese Erkenntnis zeitgemäß abwandeln, lässt sich auch jenseits der professionalisierten, medienwirksamen, auf unmittelbare Verwertung berechneten Politikberatung. Deren Notwendigkeit sei unbestritten, aber die Politik bedarf zum Aufbau von Kontinuität, zu ihrer argumentativen Vergewisserung, zu ihrer Relativierung oder Bestätigung jenseits der handlungsleiten-

82 Ebd. S. 57: 311 parteilose Häftlinge wurden als Familienangehörige von CDU-Mitgliedern (Sippenhaft!) oder wegen sonstiger Kontakte zur CDU (1945–1961) verhaftet.

den Operationen der eigentlich historischen Erkenntnis. Auch der heute vielfach propagierte Aufbruch zur Bürgergesellschaft kann sich auf mannigfaltige historische Vorbilder berufen, die weit vor die Zeitgeschichte zurückreichen.

Meine Damen und Herren, der wäre ein schlechter Jubiläumsredner, der die Personen einer Institution gänzlich hinter der Sache zurücktreten ließe. Ich beglückwünsche den Leiter des Archivs, Herrn Dr. Günter Buchstab, und seinem Stellvertreter, Herrn Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann, aber auch den ersten Leiter, Herrn Dr. Klaus Gotto, sehr herzlich zu ihrer bisher geleisteten, erfolgreichen Arbeit, die weit über den Umkreis des Archivs und dessen engeren Bekanntenkreis hinaus große Anerkennung gefunden hat, nicht minder seine ausgezeichneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihre Leistung verdient eine besondere Würdigung. Zielstrebig haben sie die begonnenen Arbeiten zu Ende geführt, in kluger Reaktion auf aktuelle Entwicklungen neue Projekte ins Auge gefasst und ihnen Gestalt gegeben. Stets ansprecherbereit, erfüllten sie mit nie versagendem Fleiß und Engagement die vielfältigen Aufgaben ihres Dokumentations- und Publikationszentrums. Zu der Bereitschaft, sich immer neuen Anforderungen zu stellen, gesellte sich eine vorzügliche historisch-wissenschaftliche Schulung, die sie instand setzte, sich über Jahre im Wettbewerb der zahlreichen Zeitgeschichte betreibenden Institutionen zu behaupten. Ohne viel Aufhebens, mit der jeder echten Gelehrtenarbeit eigenen Bescheidenheit und Zurückhaltung, aber mit staunenswerter Effizienz ist Band um Band solider Zeitgeschichtsforschung erschienen. In aller Stille, jedoch von den Benutzern dankbar vermerkt, wuchsen die wohlverzeichneten Bestände des Archivs Jahr um Jahr beträchtlich. Seit 1994 hat sich die vom Archiv zusätzlich herausgegebene Zeitschrift „Historisch-Politische Mitteilungen“ etabliert, ein Forum für aktuelle Themen. Sie widmet sich verdienstvollerweise vor allem der deutschen Nachkriegsgeschichte, die, von den Zeitgenossen kaum bemerkt, Jahresring um Jahresring ansetzt. Diese Geschichte der Bundesrepublik verdient in ihrer friedlichen Normalität mindestens ebensoviel Aufmerksamkeit wie die großen Katastrophen, die Ausnahmezustände des 20. Jahrhunderts. Die seit den 1960er Jahren sehr intensivierete Auseinandersetzung mit ihnen ist wichtig und bleibt dauerhaft aufgegeben. Doch da so viele Menschen lieber in unserer, der wohlgeordneten Welt der letzten friedlich verlaufenen Jahrzehnte, leben, sollte schon deswegen die Grundlagenforschung gleichgewichtig auf die Geschichte der Bundesrepublik erstreckt werden. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, gedächtnisbildend für eine Großgruppe, lässt sich mit seinen Publikationen und Dokumentationen wohl auch dem großen Strom der intensiveren Erfassung, Konservierung und Verfilmung staatlichen Archivguts nach dem Zweiten Weltkrieg zuordnen, der grenzüberschreitend die Staaten (USA, UdSSR, Frankreich, England) erfasste.⁸³

⁸³ Robert-Henri BAUTIER, *Les archives*, in: Ch. SAMARAN (wie Anm. 1), S. 1120–1161, 1158 f.

Das Archiv hat sich immer auch als Scharnier zwischen der parteinahen Stiftung und der politischen und historischen Wissenschaft verstanden. Ich nehme darum gern die Gelegenheit wahr, stellvertretend zwei wissenschaftlichen Persönlichkeiten besonders zu danken, die mit Rat und Tat, mit großem Engagement und mit der unschätzbaren Hilfe ihrer umfassenden Kenntnis und ihres ausgewiesenen Sachverstands zum Gelingen vieler Pläne entscheidend beigetragen haben, den Herren Professoren, den hochverdienten, doch rastlos tätigen Emeriti Hans-Peter Schwarz⁸⁴ und Rudolf Morsey⁸⁵.

Ein aufrichtiges Wort des Dankes gebührt nicht zuletzt denen, die ihre Papiere und Materialien dem Archiv zur Verfügung gestellt haben. Sie haben damit einen jederzeit aktivierbaren Dialog und Erfahrungsaustausch zwischen der älteren und den jüngeren Generationen grundgelegt, ohne den kein kultiviertes Gemeinwesen bestehen kann. Sie gaben damit auch den unterkühlten, weil leidgeprüften Enthusiasmus weiter, der hervorragende Mitglieder der Gründergeneration der Bundesrepublik beseelte. Stets hat das Archiv die Zeitzeugen-Gespräche und -Befragungen gepflegt⁸⁶, und anfangs haben wohl vor allem Heinrich Krone, Eugen Gerstenmaier und andere aus der ersten Politikergeneration der Bundesrepublik den jungen Historikern eine Ahnung davon geben können, dass sehr Vieles geschehen ist oder gedacht wurde, was nicht in den Akten steht. Die institutionelle und organisatorische Sorgfalt, die das Archiv auf die ständige Ergänzung der schriftlichen Aktenüberlieferung durch „oral history“ verwendet, braucht den nationalen und internationalen Vergleich nicht zu scheuen.

Die Mitarbeiter und Beiträger des Archivs kommen selbstverständlich aus verschiedenen Regionen Deutschlands, ein süddeutsches Element z.B. ist unübersehbar. Doch hat sicherlich die weltoffene Atmosphäre des rheinischen *genius loci*, die kontaktfreudige und gesprächsbereite Lebensart, die hier zu Hause ist, manchen Neuansatz erleichtert, für die notwendige Beharrlichkeit wissenschaftlichen Arbeitens ein freundliches und ermutigendes Umfeld geschaffen. Ich habe noch niemanden getroffen, der nicht gerne als Gast der Stiftung oder als Benutzer ihrer reichen Bestände nach St. Augustin bei Bonn gekommen wäre. Hier vereinen sich wissenschaftliche und menschliche Ausstrahlung zu einem sympathischen Ganzen, und der oft bei Jubiläumsanlässen ausgesprochene Wunsch, mit dem ich schließen möchte, könnte leicht in Er-

84 Peter R. WEILEMANN/Hanns Jürgen KÜSTERS/Günter BUCHSTAB (Hrsg.), *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn 1999.

85 Karl Dietrich BRACHER u.a. (Hrsg.), *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, Berlin 1992.

86 Neben den diversen Jubiläen, Gedenkfeiern, Workshops, Buchpräsentationen, Fachkonferenzen und Expertengesprächen sind hier in erster Linie die Jahrestagungen des Krone/Ellwanger Kreises (seit Januar 1976), die Tagungsfolge „Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1952“ (mit Zeitzeugenberichten) 1986–1989 und die Buchenwald-Gespräche (seit 1991) zu erwähnen.

füllung gehen: Ad multos adhuc annos! Die Arbeit jedenfalls wird Ihnen nicht ausgehen, schon weil nach christlichem Verständnis Menschen oder Parteien nicht darüber bestimmen, dass jetzt oder wann auch immer das Ende der Geschichte gekommen sei.⁸⁷

⁸⁷ Der US-Historiker Fukuyama relativiert jüngst wieder in Interviews seine 1989 in der Zeitschrift *The National Interest* 16 (1989), S. 3–18 (allerdings schon mit Fragezeichen versehene) Prognose „The End of History?“ Er sah vor 12 Jahren einen weltweit „ausgeprägten Trend zu demokratischen Systemen“, obzwar zyklisch, auch „keineswegs kontinuierlich und zielstrebig“ verlaufend: „Der Durchbruch der liberalen Demokratie und der mit ihr verbundene Wirtschaftsliberalismus ist das bemerkenswerteste makropolitische Phänomen der letzten vierhundert Jahre“. Er sieht „in der weltweiten Verbreitung der liberalen Revolution“ einen „fundamentalen Prozess wirksam, in dem alle Gesellschaften in ein gemeinsames Entwicklungsschema gezwungen werden – kurz gesagt eine Universalgeschichte der Menschheit, die sich auf die liberale Demokratie zu bewegt“. Die Deutung ist allerdings faszinierend und regt zur Auseinandersetzung – trotz der inzwischen erlebten Rückfälle – an. Francis FUKUYAMA, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* Aus dem Amerikanischen von Helmut Dierlamm u.a., München 1992, S. 85–89.

Evangelische Sozialethik

Von Martin Honecker

Von Beginn an war evangelische Sozialethik eine umstrittene theologische Fachdisziplin. Bis heute sind Aufgabe und Fragestellung der Sozialethik kontrovers. Sie wird von zwei ganz verschiedenen Seiten her in Frage gestellt. Auf der einen Seite begegnet Sozialethik theologischen Einwänden, die folgendermaßen formuliert sind: So wenig wie es einen christlichen Staat geben könne – oder auch eingeschränkt – heute noch geben könne, so wenig sei eine christliche Gesellschaft, also auch eine christliche Gesellschaftstheorie denkbar. Die dialektische Theologie, deren namhaftester Repräsentant Karl Barth war, hat gegen einen Kulturprotestantismus Front gemacht. Aufgabe der Kirche sei nicht die Pflege der Kultur, sondern Aufgabe der Kirche sei allein die Verkündigung des Wortes Gottes, einziges Thema von Theologie könne nur Gott und Gottes Wort sein. Sozialgestaltung sei Sache der „Welt“. Die Botschaft des Evangeliums sei kritisch gegenüber der Welt; deshalb könne die Kirche lediglich prophetischen Einspruch gegen die falschen Wege der Welt einlegen. Bis heute findet sich diese Forderung nach einem prophetischen Protest gegen ein verweltlichtes Christentum, beispielsweise in manchen Spielarten der Befreiungstheologie. Theologie und theologische Ethik werden durch diese Sichtweise auf Gesellschaftskritik festgelegt. Auf der anderen Seite wird von den Sozialwissenschaften her die Möglichkeit einer Sozialethik unter Berufung auf die Objektivität der Wissenschaft bestritten. Wissenschaft könne nur beschreibend, deskriptiv, analytisch verfahren, und sie müsse darum auf Wertungen grundsätzlich verzichten. Die Vorstellung von einer normativ, präskriptiv sich verstehenden Ethik scheint daher unvereinbar zu sein mit dem Postulat der Wertfreiheit der Wissenschaft, insbesondere einer Sozialethik. Unbeschadet beider Einsprüche gibt es eine evangelische Sozialethik.¹

¹ Literatur: Ernst TROELTSCH, *Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen* (Gesammelte Schriften I), 1912, Neudruck Tübingen 1994. Helmut THIELICKE, *Theologische Ethik*, 4 Bde., Tübingen 1951–1964, v.a. Bd. II, 2: *Ethik des Politischen*. Martin HONECKER, *Einführung in die Theologische Ethik. Grundlagen und Grundbegriffe*, Berlin-New York 1990. DERS., *Grundriss der Sozialethik*, Berlin-New York 1995. Dietz LANGE, *Ethik in evangelischer Perspektive*, Göttingen 1992. Günter BRAKELMANN/Traugott JÄHNICHEN (Hg.), *Die protestantischen Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband*, Gütersloh 1994. Traugott JÄHNICHEN, *Sozialer Protestantismus und moderne Wirtschaftskultur*, München 1998. Ulrich H.J. KÖRTNER, *Evangelische Sozialethik. Grundlagen und Themenfelder*, Göttingen 1999.

Evangelische Sozialethik entstand in der gleichen Zeit wie die katholische Soziallehre. Als „Gründungsdokument“ katholischer Soziallehre gilt die erste Sozialenzyklika „*Rerum novarum*“ von Papst Leo XIII. aus dem Jahr 1891. Inhaltlich wird die katholische Soziallehre oft gleichgesetzt mit den Stellungnahmen des kirchlichen Lehramtes, vor allem des Papstes. Formal beruft sich kirchliche Soziallehre darum auf die lehramtliche Autorität. Inwieweit und in welcher Weise es innerhalb der katholischen Soziallehre neben der offiziellen kirchlichen eine eigenständige wissenschaftliche Soziallehre gibt und geben kann, ist eine vieldiskutierte Frage.

Evangelische Sozialethik kann sich hingegen nicht auf eine formale lehramtliche Lehrautorität stützen und berufen. Gleichwohl gibt es kirchliche Stellungnahmen zu sozialetischen Themen in Form der sogenannten Denkschriften der EKD. Die erste Denkschrift „Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung“ erschien 1962. Neben wirtschaftsethischen Problemen wie Mitbestimmung und Sozialstaat haben vor allem politische Themen des Friedens die EKD beschäftigt. 1965 erschien die wohl bekannteste Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“, die sogenannte „Ostdenkschrift“, 1981 die Friedensdenkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“. 1985 befasste sich die EKD in „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ mit dem Staatsverständnis, 1991 in „Gemeinwohl und Eigennutz“ mit der marktwirtschaftlichen Ordnung. Auch weitere Themen wie die Landwirtschaft, Arbeitslosigkeit, Migration, Entwicklungspolitik waren Gegenstand kirchlicher Denkschriften, Studien, Stellungnahmen. Da evangelische Denkschriften keine besondere lehramtliche Kompetenz und Autorität für sich beanspruchen können, sind sie ein Beitrag zum öffentlichen Dialog. Über Zuständigkeit, Selbstverständnis und Entstehung von Denkschriften informiert die sogenannte „Denkschriften-Denkschrift“ über „Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen“ 1970. Als entscheidender Streitpunkt stellt sich dabei die Zuordnung von Sachgemäßheit und Schriftgemäßheit in kirchlichen Stellungnahmen zu öffentlichen Angelegenheiten heraus.

Am Begriffspaar „sachgemäß“ und „schriftgemäß“ lässt sich eine Grundspannung evangelischer Sozialethik veranschaulichen. Einerseits ist zu klären, was denn überhaupt im strengen Sinne theologisch oder „evangelisch“ bei sozialetischen Aussagen ist oder sein könnte. Andererseits ist die Begriffsverbindung von „sozial“ und „ethisch“ keineswegs selbstverständlich. Denn führt ein spezifisch sozialetischer Anspruch nicht rasch zu einer fragwürdigen Moralisierung der Wahrnehmung von Gesellschaft? Zwar kann man mit Heinz-Dietrich Wendland behaupten: „Alle Ethik ist schließlich und endlich *Sozialethik*“ (Einführung in die Sozialethik, 2. Aufl. 1971, S. 7). Aber diese Behauptung trifft nur zu, wenn man den Begriff sozial sehr weit fasst und darunter das Faktum des Zusammenlebens jedes Menschen mit anderen Menschen be-

greift. Versteht man jedoch Sozialethik in einem begrenzteren Sinne, dann folgt daraus die Frage, ob man nicht statt von Sozialethik zutreffender von Soziallehre oder Gesellschaftslehre sprechen sollte. Der Rückblick auf die Theoriegeschichte ist dabei erhellend; denn unter historischer Perspektive werden tiefgreifend Wandlungen in der Auffassung von Sozialethik sichtbar.

1. Das Wort „Sozialethik“ ist, wie andere vergleichbare Begriffe, eine Neubildung mit „sozial“ aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wie „Soziale Frage, soziale Gerechtigkeit, Sozialpolitik, Sozialrecht, Sozialstaat“ usw. Erstmals gebrauchte der in Dorpat lehrende lutherische Theologe Alexander von Oettingen das Wort im Untertitel seines Werkes „Moralstatistik. Versuch einer Sozialethik auf empirischer Grundlage“ (1868). Von Oettingen war Lutheraner, lehrte aber im Zarenreich; in dieser Grenzlage sah er manche Probleme schärfer. Mit der Verbindung von „sozial“ und „Ethik“ sollte eine doppelte Abgrenzung vollzogen werden. Zum einen grenzt sich das Wort „sozial“ ab gegen eine rein individualistische und personalistische Auffassung von Ethik. Danach sind Verantwortung, Gewissen und damit Ethik stets ausschließlich persönliche Entscheidungen des Einzelnen. Die gesellschaftlichen Bedingungen sind folglich für die Ethik nicht relevant. Zum anderen wird mit der Betonung der Ethik eine deterministische und fatalistische Sicht von Gesellschaft verworfen. Nach dieser Auffassung verlaufen gesellschaftliche Prozesse nämlich eigengesetzlich und sind nicht ethisch zu beeinflussen. Sozialwissenschaft versteht sich nach dieser Deutung als Sozialphysik, die objektiv gesellschaftliche Abläufe untersucht (z.B. Auguste Comte). Evangelische Sozialethik bezeichnet also eine Fragestellung, die auf die im 19. Jahrhundert empirisch ausgerichtete Sozialwissenschaft (Soziologie) reagiert. Auf die damalige Einführung des Begriffs „Sozialethik“ folgte zunächst innerhalb der deutschen evangelischen theologischen Ethik eine grundsätzliche Diskussion, ob es neben der traditionellen Tugend- und Pflichtenlehre überhaupt eine Sozialethik geben könne. Der Einwand lautete, da es keine kollektive, sondern allein persönliche Sittlichkeit gebe, könne es auch keine Sozialethik geben. Neben die individuelle Tugendlehre wurde von deren Befürwortern darum eine kollektive Güterlehre gestellt.

2. Die Sozialethik reagiert also auf die Folgeprobleme der Industrialisierung und des Frühkapitalismus, auf die „soziale Frage“. Der Zerfall der ständischen Gesellschaft warf die Frage nach der sittlich-moralischen Einheit einer sich differenzierenden und vor Klassenkonflikte gestellten Gesellschaft in einer neuen, anderen Weise auf. Von Anfang an waren Träger einer sozialethischen Idee vor allem Repräsentanten eines Sozialprotestantismus, insbesondere aus dem konservativen Lager. Vorstellungen von einer Wiederbelebung der altlutherischen Dreiständelehre (Martin von Nathusius) scheiterten freilich. Eine klare Ablehnung der rationalistischen Vertragstheorien und des liberalen Individualismus kennzeichnen jedoch die Anfänge der Sozialethik. Die Sozial-

ethik diene der Verteidigung der herkömmlichen Gesellschaftsordnung gegen die revolutionären Umwälzungen und Ideen dieser Zeit.

Mit Ernst Troeltschs monumentalem Werk „Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen“ 1912 gewann die sozialetische Reflexion erst ein theoretisches Fundament der Analyse und historischen Betrachtung. Troeltsch entwarf eine Sozialgeschichte des Christentums. Dabei wurde für ihn die Aufklärung mit der Säkularisierung der Gesellschaft zentral. In den Soziallehren will er die soziologischen Auswirkungen der christlichen Idee aufzeigen. Im Blick auf eine gegenwärtige spezifische christliche Mitwirkung an der Gesellschaftsgestaltung ist er freilich außerordentlich skeptisch. Weithin sei heute nur noch eine rein soziologische Einstellung möglich. Das Ergebnis von Troeltschs historischer Analyse trägt Züge der Resignation. Troeltsch verbindet im Anschluss an Max Weber sozialhistorische Betrachtung mit einer Typisierung kirchlicher Gemeinschaftsformen (Kirche, Sekte, Mystik). Der Begriff Soziallehre erhebt für seine Fragestellung einen Anspruch auf wissenschaftliche Objektivität.

Da freilich das Wort „sozial“ nicht eindeutig ist, beinhaltet es von Anfang an ein doppeltes Gegensatzpaar. Einmal steht hinter der „sozialen“ Thematik die herkömmliche Alternative von Individualismus und Kollektivismus. Die Repräsentanten einer Individualitätskultur im liberalen Protestantismus haben deshalb eher Distanz zur Sozialpolitik und Sozialetik christlich-konservativer Gruppen gehalten. Dagegen betonten stärker kirchlich gebundene Theologen ein verbindliches Modell der Gemeinschaftlichkeit (z.B. F. Brunstäd, der Lehrer Eugen Gerstenmaiers, R. Seeberg, H.D. Wendland). Zur Antithese von Individuum und Kollektiv, Gemeinschaft tritt ferner die Antithese von Person und Struktur hinzu. Sozialetik thematisiert Struktur- und Ordnungsfragen der Gesellschaft. Unter dem einem Aspekt geht es um den Aufweis allgemein anerkannter und verbindlicher Grundwerte, die den Zusammenhalt einer Gesellschaft, eines „Volkes“ sichern sollen, um eine Werteordnung. Unter einem anderen Aspekt geht es um Grundsatzfragen der Ordnungspolitik (Wirtschafts-, Sozialpolitik, Rechtsstaat etc.). Wertediskussion und Strukturfragen institutioneller Ordnung überschneiden sich inhaltlich, sind jedoch methodisch zu unterscheiden.

3. Sozialetik im eigentlichen Sinne ist Sozialstrukturenethik. Darin unterscheidet sie sich von Individualethik und Personalethik. Individualethik bedenkt das Selbstverhältnis, die Subjektivität der Person. Personalethik betrifft das Verhältnis zum Nächsten, die Mitmenschlichkeit, die zwischenmenschlichen Beziehungen. Sozialetik als Strukturenethik hat die strukturellen Bedingungen daraufhin kritisch zu prüfen, ob sie menschengerecht und sachgerecht, humanverträglich und effizient sind. Sozialetik setzt insoweit voraus, dass Strukturen und Verhältnisse von Menschen zu gestalten und zu verantworten sind. Voraussetzung der Möglichkeit einer Sozialetik ist die Frage,

ob gesellschaftliche, wirtschaftliche Prozesse einer eigengesetzlichen Kausalität, einem unausweichlichen Sachzwang unterliegen, oder ob sie – unter Beachtung von Sachgegebenheiten – gestaltet werden können. Das Theorem der Eigengesetzlichkeit, des Sachzwangs ist deswegen ein zentrales Thema der Sozialethik. Diskutiert wurde diese Frage auch unter dem Stichwort „Technokratiethese“.

Des weiteren ist zu klären, ob es über die Verantwortlichkeit des Einzelnen hinaus überhaupt eine kollektive Verantwortung (shared responsibility) gibt. Um diese Frage zu klären ist das Zustandekommen von Entscheidungen in Wirtschaft, Politik usw. zu analysieren, sind Leitbildvorstellungen zu prüfen und ist außerdem der Willensbildungsprozess und die Beteiligung des Einzelnen daran zu bedenken.

Sozialethik setzt zunächst einmal deshalb eine empirische Wahrnehmung der sozialen, politischen, ökonomischen Realitäten voraus. Sie verfährt deskriptiv – analytisch, ehe sie präskriptiv Reform- und Handlungsvorschläge machen kann.

Ein spezifisches Problem theologischer Sozialethik bildet die Frage nach deren theologischen Grundlagen, nach einer Sozialtheologie. Wendland spricht von einer „Theologie der Gesellschaft“, im Anschluss an Paul Tillichs Postulat einer „Theologie der Kultur“. Theologische Grundbegriffe, die in diesem Zusammenhang zu bedenken sind, sind beispielsweise Schöpfung, Sünde, Reich Gottes, Heil, strukturell Böses.

4. Gleichzeitig mit der evangelischen Sozialethik entstand, wie erwähnt, die katholische Soziallehre. Papst Leo XIII. veröffentlichte 1891 die erste Sozialenzyklika „Rerum novarum“. Lothar Roos hat die Stellung der Soziallehre der Kirche zur modernen Gesellschaft in einem historischen und thematischen Überblick knapp dargestellt. Die katholische Soziallehre beruft sich auf das Naturrecht und orientiert sich an den Sozialprinzipien der Personalität, Solidarität und Subsidiarität und betont das Gemeinwohlprinzip als ontologische Gegebenheit. Zugleich wird sie außerdem durch lehramtliche Autorität legitimiert. Ein institutionalisiertes kirchliches Lehramt kennen evangelische Kirche und Theologie nicht. Deshalb können evangelische sozialetische Stellungnahmen nur als Beitrag zum Dialog auf Evidenz, auf sachliche Überzeugungskraft sich berufen. Ferner orientiert sich evangelische Sozialethik primär an der biblischen Botschaft, an der biblischen Weisung, die jeweils zeitbezogen auszulegen ist. Die Gefahr dieses evangelischen Ansatzes ist dabei ein naiver Biblizismus oder eine allzu wenig hermeneutisch reflektierte Anwendung und Aktualisierung biblischer Aussagen. Während naturrechtliches Denken die zeitlose Verbindlichkeit stärker betont, hebt evangelische Weltdeutung die Geschichtlichkeit und damit Wandelbarkeit ethischer Vorstellungen hervor. In den Sachfragen gibt es zwischen evangelischer Sozialethik und katholischer Soziallehre allerdings fundamentale gemeinchristliche Übereinstim-

mung in der Grundsicht des Menschen, der Anthropologie und bei der Beurteilung der Stellung des Menschen in der Welt.

5. Klassische Themen der Sozialethik waren und sind: Arbeit, Beruf, Eigentum, der Umgang mit Geld und Gut (Erlaubtheit des Zinsnehmens), Mitbestimmung. In den letzten Jahrzehnten und Jahren vollzog sich unverkennbar eine Differenzierung und Ausweitung der Themen. Die politische Ethik (Staat, Demokratie, Rechtsstaat) bildet traditionell einen eigenen Bereich. Die Staatslehre war von jeher ein relativ selbständiges Thema. Hinzugekommen ist infolge der Wahrnehmung der ökologischen Krise die Umweltethik. Ein eigenes Profil gewonnen hat ebenfalls die Wirtschaftsethik, in welcher die Frage nach der sachgerechten und sozial, human, ökologisch verträglichen Wirtschaftsordnung erörtert wird und nicht nur das individuelle wirtschaftliche Verhalten – wie z.B. unter den Leitmotiven karitative Fürsorge, Almosen – erörtert wird. Für die evangelische Seite ist die zweibändige Wirtschaftsethik von Arthur Rich maßgeblich und beispielhaft. Mit dieser Sicht der Wirtschaftsethik wird die übliche Sicht der Alternative von Sozialismus oder Kapitalismus überwunden, zumal wenn Probleme der Weltwirtschaft, der Entwicklungspolitik und -hilfe, der Weltwährung, der Globalisierung mit bedacht werden. Eine Erweiterung erfährt auch die medizinische Ethik und Bioethik um die sozialetische Dimension, wenn das Gesundheitssystem im Ganzen, das Gesundheitsrecht, die Verteilung finanzieller Ressourcen u.a. in Blick genommen wird. Die thematische Erweiterung und Ausdifferenzierung macht freilich eine übergreifende gesellschaftstheoretische Reflexion nicht entbehrlich, sondern nötigt gerade verstärkt zu ihr.

6. Die evangelische Sozialethik wurde nach 1933 durch die Erfahrungen des Kirchenkampfes und durch die Neuordnung von Staat und Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend geprägt und – verglichen mit der Anfangszeit – tiefgreifend verändert. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde in der deutschen evangelischen Theologie eine grundsätzliche Kontroverse um den theologischen Ansatz unter der Alternative Ordnungstheologie oder christologische Begründung der Sozialethik mit Schärfe ausgetragen. Die Ordnungstheologie berief sich auf die „Eigengesetzlichkeit“ (oder Eigenständigkeit) der weltlichen Ordnungen und wies diese weltlichen Dinge einem theologisch relativ selbständigen Bereich der Schöpfung Gottes zu. Die „christologische Begründung“ betonte hingegen die Ausrichtung aller Aussagen christlichen Glaubens auf die eine Offenbarung Gottes in Jesus Christus. Der Gegensatz wurde auch formelhaft als Antithese von „Zweireichelehre“ oder „Königsherrschaft Christi“ formuliert: Die Zweireichelehre unterscheidet – unter Berufung auf den Reformator Martin Luther – Gottes Handeln im geistlichen Regiment vom Handeln Gottes im weltlichen Regiment, in Geschichte, Beruf, wirtschaftlicher Ordnung, politischen Strukturen usw. Dagegen betont die Lehre von der Königsherrschaft Christi den An-

spruch des christlichen Glaubens auf das ganze Leben des Menschen und enthält insofern ein ideologiekritisches Potenzial gegen ideologische Totalitätsansprüche. Die Barmer Theologische Erklärung verwirft in ihren beiden ersten Thesen jeden Anspruch totalitärer Herrschaft. Karl Barth und die Barmer Theologische Erklärung von 1934 repräsentieren eine Position, die als „christologische Begründung der Ethik“ bezeichnet wird. Während die vor allem vom Luthertum vertretene Ordnungstheologie eher konservativ sich auswirkte, trug die Berufung auf die Königsherrschaft Christi oft gesellschaftskritische Züge und sie optierte immer wieder für radikale politische und gesellschaftliche Entscheidungen. Die gesellschaftskritische Zuspitzung trat vor allem in der bekenntnishaften Ablehnung der Wiederbewaffnung Deutschlands in den 50er Jahren und in Auseinandersetzungen um die Atombewaffnung offen zu tage. Breite Kreise des deutschen Protestantismus lehnten die Politik des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer ab (z.B. Martin Niemöller, Gustav Heinemann, Karl Barth, Helmut Gollwitzer). In den 70er Jahren bildete sich eine Verbindung von theologischer „Götzenkritik“ unter Berufung auf ein prophetisches Wächteramt von Kirche und Theologie mit neomarxistischer Gesellschaftsdeutung heraus, welche die Aufgabe der Sozialethik vor allem im prophetischen Protest und in der Systemkritik sah.

Inzwischen hat sich der Gegensatz von Zweireichelehre und Königsherrschaft Christi jedoch als zu schematisch und zu einfach erwiesen. Neue Konzeptionen wie eine Politische Theologie, zeitweise eine „Theologie der Revolution“, Theologien der Befreiung oder die Konzeption einer Gesellschaftsdiakonie entstanden nach 1968. Die Interpretationsmodelle von Zweireichelehre und Königsherrschaft Christi haben heute nur noch heuristischen Wert und historische Bedeutung für die Zuordnung zu theologischen Schulen; sie betonen je einen Teilaspekt einer insgesamt komplexen Aufgabe der Verhältnisbestimmung von Wahrnehmung der Wirklichkeit, Analyse von Gesellschaft einerseits, theologischer Deutung andererseits.

7. Für gegenwärtige theologische Sozialethik wesentlich ist die Einsicht in die Säkularisierung und Entchristlichung der Gesellschaft. Säkularisierung, Verweltlichung ist allerdings ein mehrdeutiger, schillernder Begriff. Er kann sowohl kirchen- und christentumsfeindliche Vorgänge (wie in der französischen Revolution oder im Sowjetsystem) als auch eine legitime Autonomie weltlichen Lebens bezeichnen. Seit der Aufklärung ist der Staat nicht mehr auf die Prinzipien eines „christlichen“ Staates gegründet, sondern zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet. Die Menschenrechte gelten für alle Bürger. Sie privilegieren nicht Christen und Kirchenangehörige. Das Grundrecht der Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit ist für jedermann verbindlich. Die Gesellschaft selbst ist sozial, kulturell und weltanschaulich pluralistisch. Der weltanschauliche, religiöse und kulturelle Pluralismus führt dazu, dass ein allgemeiner Konsens nur auf nicht-religiöser Grundlage und unter Respektie-

rung der individuellen Glaubensüberzeugung des einzelnen Bürgers zu gewinnen ist. Wenn aber ethische und sozialetische Überzeugungen und Verhaltensweisen für jedermann gelten, ist dies nur auf der Grundlage eines Rationalitätsanspruchs und der Evidenz des „Vernünftigen“ möglich. Gesellschaftliche Wandlungsprozesse wie Säkularisierung, Pluralisierung, Individualisierung führen damit notwendigerweise zur Frage nach der Stellung der Kirche in der und zur Öffentlichkeit wie zur Frage nach dem Beitrag der Theologie bei der ethischen Urteilsbildung. Die Verarbeitung der neuzeitlichen gesellschaftlichen Entwicklung ist ein Grundproblem theologischer Sozialethik. Methodisch hat dies zur Folge eine spezifische Art und Weise der Beteiligung von Theologie und Kirche an der öffentlichen Diskussion. Es können nämlich keine autoritativen Weisungen „von oben herab“ erteilt werden, sondern es muss der Dialog gesucht werden, und sozialetische Überlegungen sind in Form dialogischer Beiträge in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen; sie sollen argumentativ überzeugen. Repräsentativ für dieses Vorgehen ist der konziliare Prozess für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ mit den Veranstaltungen in Stuttgart 1988, Basel 1989, Dresden 1989 und Seoul 1990. Das gemeinsame Sozial- und Wirtschaftswort der beiden Großkirchen in Deutschland „Für eine Zukunft in Gerechtigkeit und Solidarität“ 1997 ist ein weiteres Beispiel für diese Art der Teilnahme am Prozess gesamtgesellschaftlicher Willens- und Urteilsbildung.

8. Die gesellschaftlichen Prozesse der Ausdifferenzierung nötigen sodann dazu, spezifische Bereichsethiken auszubilden. Neben den bereits erwähnten Disziplinen Wirtschafts- und Umweltethik, Bioethik und Ethik der Politik sind dies z.B. Wissenschaftsethik, Technikethik, Rechtsethik, Medienethik, Kulturethik u.a. In solchen Bereichsethiken geht es um eine Verknüpfung und Verbindung von Sachkenntnis mit der Kompetenz ethischen Urteils. Historisch gesehen können solche Bereichsethiken anknüpfen an ein spezifisches Berufsethos, eine Berufsethik. Reformatorisches Ethos verweist bereits auf den weltlichen Beruf als Ort des Dienstes Gottes zugunsten des Nächsten. Das reformatorische Berufsethos hat seine Konkretion in der lutherischen und altprotestantischen Dreiständelehre gefunden, wonach jeder Christ im Hausstand (oeconomia), im politischen Leben (politia) und in der kirchlichen Gemeinschaft (ecclesia) seine je eigene Aufgabe zu erfüllen hat und dadurch seinen Ort öffentlicher Verantwortung im „Beruf“ und in der ständischen Schichtung der Gesellschaft findet. Die Dreiständelehre setzte deswegen eine ständische Gliederung der Gesellschaft voraus. Seit der Aufklärung und wegen des neuzeitlichen Gleichheitsgedankens ist diese Voraussetzung entfallen. Nach wie vor besteht freilich die Aufgabe, die jeweilige konkrete Lebenswirklichkeit in Beziehung zum Glauben zu setzen. Bereichsethiken können allerdings nicht eine Gesamtsicht der Gesellschaft ersetzen; solche Gesamtdeutungen sind derzeit z.B. Individualisierung, Globalisierung, Erlebnisgesellschaft, pluralisti-

sche Gesellschaft und anderes mehr. Gerade die Individualisierungsprozesse einerseits und die Globalisierung der Beziehungen andererseits erfordern eine übergreifende gesellschaftstheoretische Reflexion. Ferner bedarf es einer Organisationsethik im Sinne einer Reflexion struktureller Bedingungen gesellschaftlicher Ordnung, also von Überlegungen zur Vermittlung sozialetischer Impulse in die konkrete Lebenswirklichkeit hinein.

9. Ein besonderes Problem theologischer Sozialethik stellt die Reflexion von Ort und Funktion des Kirchenverständnisses dar. Zunächst einmal ist nach evangelischem Verständnis zu unterscheiden – nicht zu trennen! – zwischen der Kirche als Glaubensgemeinschaft und Kirche als verfasster Institution, als Organisation. Das Begriffspaar sichtbare/unsichtbare Kirche erfasst dieses Spannungsverhältnis zwischen geglaubter und empirischer Kirche freilich nur unzulänglich, da auch die geglaubte Kirche über äußere Kennzeichen verfügt (Bekenntnisse, Sakramente, Gottesdienste, Ämter etc.). Aber Kirche als Gemeinschaft im Glauben ist eben nicht lediglich ein bloßer Verband zur Verfolgung von innerweltlichen Zwecken und Interessen. Das muss gerade auch von Autoren und Initiatoren kirchlicher Stellungnahmen bei ethischen und öffentlichen Äußerungen bedacht werden. Zum anderen gibt es Kirche nur in konfessioneller Gestalt und in unterschiedlicher Erscheinungsform. Das zeigt sich gerade bei sozialetischen Stellungnahmen. Die katholische Soziallehre beruft sich auf die Verbindlichkeit öffentlicher Äußerungen des päpstlichen Lehramtes und der Konzile. Die erste Sozialenzyklika „*Rerum novarum*“ 1891 von Papst Leo XIII. oder die Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute „*Gaudium et spes*“ des 2. Vatikanischen Konzils 1965 sind dafür exemplarisch. Ein autoritativ entscheidendes, institutionalisiertes Lehramt kennt hingegen die evangelische Kirche nicht. Demgemäß ist die Verbindlichkeit von Stellungnahmen seitens der evangelischen Kirche strittiger. Nicht aufgrund einer Berufung auf formale Autorität, sondern kraft Überzeugung sollen sie Zustimmung finden. In diesem Sinne sind Denkschriften der EKD seit der Veröffentlichung der ersten Denkschrift („Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung“, 1962) zu verstehen.

Ein weiteres Problem stellt das Verhältnis der nach außen auf die Gesellschaft hin orientierten Sozialethik (Soziallehre) zur innerkirchlichen Diakonie (Inneren Mission) dar. Denn die Innere Mission ist in der industriellen Gesellschaft abhängig von der staatlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik (Subsidiaritätsprinzip). Eugen Gerstenmaier hat deshalb die Sozialpolitik „*Wichern II*“ genannt. Der wissenschaftlichen Sozialethik zeitlich vorher ging historisch betrachtet die karitative Aktivität der Inneren Mission seit Johann Hinrich Wichern (1808–1881). Da jedoch die Innere Mission ihre Hilfe auf individuelle Notlagen bezog und dabei auf Grenzen stieß, forderte man staatliche Eingriffe. Der Hofprediger Adolf Stöcker (1835–1909) gründete 1878 eine christlich-soziale Arbeiterpartei mit kathedersozialistischem Reformprogramm, die je-

doch erfolglos blieb. Die Sozialgesetzgebung in der Ära Bismarcks ist wesentlich von protestantischen Sozialpolitikern mit veranlasst worden. Sozialstaat und soziale Einbindung der Marktwirtschaft haben protestantische Wurzeln. Der 1890 gegründete Evangelisch-Soziale Kongress führte sozialliberale und sozialkonservative Protestanten zusammen, wie Adolf Harnack, Ernst Troeltsch, Max Weber, Adolf Stöcker, Ludwig Weber. Der geistige Beitrag des nicht-kirchenamtlichen Protestantismus war nach 1890 im Blick auf die soziale und wirtschaftliche Urteilsbildung beträchtlich; die Organisationschwäche eines auf das Individuum bezogenen Protestantismus beeinträchtigte allerdings die politische Umsetzung.

In der Gegenwart ist Sozialethik der Kirchen nur in ökumenischer Kommunikation wirksam und überzeugend. Eine ökumenische Sozialethik hat sich um ein gemeinsames christliches Grundverständnis von Mensch und Welt zu bemühen. Dazu gehört ein realistisches Menschenbild, das den Menschen als Geschöpf und zugleich als Sünder begreift, das aber die Faktizität des Bösen nicht einfach hinnimmt, seine Existenz und Realität freilich nicht verleugnet. Ferner ist die Zusammengehörigkeit von Liebe und Recht, von Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, von Freiheit und Verantwortung zu bedenken. Ambivalenzen der Anthropologie macht der christliche Glaube sichtbar.

Strittig ist und bleibt, wie konkret kirchliche Äußerungen im Einzelfall sein sollen. Im allgemeinen werden kirchliche Voten Grundfragen klären, geistige und weltanschauliche Voraussetzungen ansprechen und die Grundentscheidungen thematisieren. Sie beziehen sich auf eine Tiefenschicht der Grundorientierung. Konkrete Einzelempfehlungen sind hingegen weithin Sache politischer Entscheidungen, zumeist Mehrheitsentscheidungen, vorbehalten. Politische Konkretionen setzen eine Ethik des Komparativs und die Bereitschaft zum Kompromiss, zur Verständigung mit Anderen voraus. Denn es gibt hier je nach Situation bessere und schlechtere, richtigere und weniger richtige Maßnahmen. Deshalb ist kirchliche Berufung auf sozialetische Kompetenz gut beraten, wenn sie sich im allgemeinen auf das Grundsätzliche beschränkt, wie sich exemplarisch an den Kontroversen der Friedensdiskussion in Deutschland in den 50er und in den 80er Jahren veranschaulichen lässt.

10. Abschließend ist nach dem Verhältnis von Sozialethik und Politik zu fragen. Leitbild ökumenischer Sozialethik ist eine menschenwürdige, eine „Verantwortliche Gesellschaft“ (Amsterdam 1948) oder wie später umformuliert wurde: eine gerechte, partizipatorische, überlebensfähige Gesellschaft (just, participatory, sustainable society). Damit ist ein gemeinchristliches Leitbild formuliert, das zudem kommunikabel im gesellschaftlichen Pluralismus ist. Die Umsetzung in Maßnahmen konkreter Politik ist von dieser Grundorientierung zu unterscheiden, wie die Grundwertedebatte der 70er Jahre exemplarisch gezeigt hat. Die Grundorientierung einer Humanität auf der Grundlage von Glaube, Hoffnung und Liebe ist in Kriterien des Menschengerechten, in

allgemein einsichtige und akzeptable Maßstäbe der Verträglichkeit (soziale, kulturelle, internationale, ökologische, humane Verträglichkeit) umzusetzen. Die ökumenische Sozialethik nannte diese Kriterien mittlere Axiome („middle axioms“), weil sie keine zeitlosen Prinzipien, wohl aber normative Regeln von nicht bloß situationsbedingter Geltung sind. Der Bezug solcher Kriterien auf Einzelfragen und ihre Anwendung als soziale und politische Maximen setzt eine Verbindung von Sachkenntnis und ethischer Bewertung voraus. Der Philosoph Hermann Krings unterscheidet in gleicher Weise im Blick auf die politische Programmatik im Zusammenhang mit der CDU-Grundsatzdiskussion 1977 drei Niveaus: Die Ebene der Grundsätze, der Programmsätze und der politischen Pragmatik. In konkrete Entscheidungen gehen nämlich immer empirische Voraussetzungen und die Berücksichtigung faktischer Gegebenheiten ein. Denn sie beziehen sich auf konkrete gesellschaftliche, politische, soziale, wirtschaftliche Problemlagen. Deshalb ist eine Verabsolutierung und Letztbegründung pragmatischer ethischer Vorschläge problematisch und nicht wirklich überzeugend zu begründen, auch wenn Konkretionen exemplarisch durchaus die Folgerungen aus der Grundorientierung veranschaulichen können.

Sozialethik leistet nach allen bisherigen Erwägungen einen Beitrag zur politischen Kultur; sie hat die gesellschaftliche Verantwortung für eine Kultur humanen Zusammenlebens in ihren vielfältigen Bezügen und Aufgaben zu bedenken und einzuüben. In den 50er Jahren bestand eine unverkennbare Distanz evangelischer Theologen und Kirchenführer gegenüber der CDU, bedingt durch eine kritische Sicht der Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik Konrad Adenauers (Barth, Heinemann, Niemöller, Gollwitzer u.a.). Helmut Thielicke hingegen unterstützte Adenauers politische Entscheidungen. Walter Künneth, ein strenger lutherischer Ordnungstheologe in Erlangen, vertrat eine autoritäre Ordnungstheologie, die auch für den liberalen Flügel der CDU nicht zustimmungsfähig war. In der Sozialpolitik waren in den Anfangsjahren der Bundesrepublik überdies weithin Vorstellungen eines sozialen Katholizismus leitend und maßgeblich. Hinzuweisen ist auf die Vorstellungen des Walberberger Kreises von einem christlichen Sozialismus oder auf die Tradition der Sozialpolitik des Zentrums, wie sie sich in Heinrich Brauns vom Zentrum verkörperte, der von 1920 bis 1928 Reichsarbeitsminister war. Die Integrationsleistung der CDU ist heute über das spezifische katholische Milieu hinaus wirksam. Die sozialetischen Aufgaben und Probleme betreffen die Gesellschaft insgesamt und sind folglich nur in ökumenischer Zusammenarbeit effektiv zu bearbeiten. Aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Situation ist evangelische Sozialethik zur Offenheit, Dialogfähigkeit und Kooperationsbereitschaft verpflichtet. Sie muss den Dialog mit anderen Lebens- und Weltanschauungen suchen und führen.

Wenn Sozialethik sich nicht in Detailfragen verlieren will, deren Bearbeitung in den jeweiligen Bereichsethiken unzweifelhaft dringend erforderlich ist,

hat sie prinzipiell ihr eigenes Verhältnis zur Kultur und die Rolle von Christentum und Kirche in der Gesellschaft, auch in der Weltgesellschaft, zu reflektieren. Voraussetzung jeder menschenwürdigen Gesellschaft sind nämlich Kultur, Humanität, Achtung der Person und ihrer Würde, Erfahrungen der Geschichte, die Berücksichtigung der Einsichten von Tradition und Überlieferung. Deswegen ist die Theoriegeschichte evangelischer Sozialethik heute nicht nur von antiquarischem Interesse. Erinnerung an geschichtliche Erfahrungen kann vielmehr beitragen zur Klärung und zum Verstehen gegenwärtiger Aufgaben und Herausforderungen. Kultur schließt zugleich ein die Bereitschaft zum Dialog, zu Toleranz und Respekt gegenüber dem anderen, wie den Willen zur Verständigung über gemeinsame Grundlagen, über einen Grundkonsens menschlichen Zusammenlebens. Sozialethik hat dabei auch zu erwägen, welche Aufgabe und Rolle der christlichen Gemeinde und den Kirchen im Prozess gesellschaftlicher Willensbildung und im Ringen um eine Sozialkultur zukommt. Gewiss ist Kirche nicht nur Kulturträger. Sie verkündet öffentlich die Botschaft vom Heil Gottes, wie sie das Evangelium bezeugt, und hat dadurch ihren eigenen, besonderen Auftrag zu erfüllen, nämlich zum Glauben zu rufen und Glauben zu schaffen. Eine Funktionalisierung von Kirche zugunsten sozialer, politischer, kultureller Interessen tastet das Fundament der Kirche als Geschöpf des Wortes Gottes, als *creatura verbi*, an. Zugleich existiert aber die Kirche in der Welt und ist darum mitverantwortlich für die Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft, in der sie lebt. Will sie diese Verantwortung sachgerecht wahrnehmen, benötigt sie eine fundierte Sozialethik. Evangelische Sozialethik hat somit einen doppelten Verantwortungsbezug: Verantwortung für das öffentliche, gesellschaftlich-politische Reden und Handeln der Kirche einerseits und gesamtkulturelle Verantwortung andererseits bedingen und ergänzen sich gegenseitig.

Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952-1956)*

Von Rudolf Uertz

Mit der Etablierung des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik und der ersten Bundesregierung, der von Konrad Adenauer geführten Koalition aus CDU/CSU, FDP und den kleineren konservativen Parteien, meldeten sich sogleich die Kritiker der neuen Staats- und Gesellschaftsordnung zu Wort. Enttäuscht zeigten sich viele Intellektuelle, Publizisten, Wissenschaftler und auch Kirchenvertreter über das „Verspielen der Chance“, die sich ihrer Meinung nach angesichts der „Stunde Null“ nach 1945 eröffnet hatte. Die Kritik an der neuen bundesrepublikanischen Ordnung speiste sich aus Zukunftsentwürfen, die gegensätzlicher kaum sein konnten. Gemeinsames Merkmal war ein hohes Maß an moralischer Begründung. Der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung wurde nicht bloß als Frage einer äußerlich effektiven Organisation verschiedener gesellschaftlicher Interessen verstanden, sondern vielmehr als umfassende Beheimatung des einzelnen und der Gesellschaft in einer übergreifenden, sinnstiftenden „gerechten Ordnung“, die – nach der Pervertierung aller humanen Werte im Dritten Reich – der wahren geistig-kulturellen Herkunft der Deutschen entsprechen sollte, nämlich der europäisch-abendländischen Idee.¹

Walter Dirks, der linkskatholische Publizist, war einer der ersten, der 1950 in den „Frankfurter Heften“ die westdeutsche Gesellschaft auf dem Weg in die „Restauration“ sah.² Als „restaurativ“ charakterisierte er vor allem die vermeintliche Wiederaufrichtung des alten Parteiensystems von Weimar – träumte Dirks doch stattdessen von einer Art christlicher Labour Party, welche die politischen Zerklüftungen der Arbeiterschaft und der durch den Krieg entwurzelten Bevölkerung überwölben sollte. Von der politischen Sammlungsbewegung der christlich-demokratischen Union war er enttäuscht, da in ihr die alten

* Überarbeitete Fassung der öffentlichen Probevorlesung vom 19. Juli 2000 im Rahmen meiner Habilitation an der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt.

1 Kritik an gesellschaftlichen Entwicklungen, auch wenn sie sich auf den ausschnitthaften Bereich des Staatsaufbaus konzentrieren, wird daher nicht nur als Gesellschaftskritik i.e.S. verstanden, sondern immer auch als Kulturkritik.

2 Walter DIRKS, *Der restaurative Charakter der Epoche*, in: *Frankfurter Hefte* 5. Jg. (1950), S. 942 ff.

politischen und wirtschaftlichen Eliten wieder das Sagen hätten; insbesondere mit der (Sozialen) Marktwirtschaft schreite man zur Restauration des „Kapitalismus“. Für Dirks war dies „Verrat an den europäischen Werten“, die er mit Begriffen wie „Abendland“ oder „abendländisches Menschenbild“ umschrieb. Ein Aufsatz aus dem Jahre 1946 schließt mit den programmatischen Worten: „Das Abendland wird sozialistisch sein, oder es wird nicht sein. Zerfällt Europa in das ‚Abendland‘ und in den ‚Sozialismus‘, so zerfällt es in sich selbst.“³

Auch in christlich-liberalen Kreisen war der Topos „Abendland“ verbreitet. Einer der bedeutendsten Vertreter dieser Richtung war der in Genf lebende deutsche Nationalökonom Wilhelm Röpke. Für ihn lag im Begriff des „abendländischen Denkens“ die Freiheit der menschlichen Person, die dem Staat Schranken setzt. Diese emanzipatorische Kraft des abendländischen Denkens sieht Röpke bereits in den Reformbewegungen des Mittelalters angelegt, aus deren Traditionsbestand auch Humanismus und aufgeklärtes Naturrecht stammten. „Abendland“ sei eine Synthese von antiker, mittelalterlicher und neuzeitlicher Kultur, die in Umschreibungen wie der christlichen Lehre des „Personalismus“ ihren zündenden Ausdruck finde.⁴

Der Begriff Abendland, vielfach auch als Synonym für den Europagedanken verstanden, lag nach dem Zweiten Weltkrieg gewissermaßen in der Luft – galt es doch, die Konzepte für den politisch-gesellschaftlichen Neuaufbau theoretisch und historisch zu fundieren und tragfähige Leitbilder für die nationale, die europäische und die westlich-atlantische Neuordnung zu finden. Die neuen Konzepte mussten in eine griffige Formel gefasst und zugleich und vor allem gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus abgegrenzt werden.

Der Publizist Emil Franzel wandte sich 1946 in der Zeitschrift „Neues Abendland“⁵ gegen jedweden Versuch, den christlichen Abendlandgedanken mit neuzeitlichen Ordnungsideen zu vermengen. Sozialismus, Nationalsozia-

3 Walter DIRKS, *Das Abendland und der Sozialismus*, in: *Frankfurter Hefte* 1. Jg., Heft 3 (1946), S. 67 ff.; hier S. 76.

4 Wilhelm RÖPKE, *Maß und Mitte*, Bern 2. Aufl. 1950, S. 16 ff., entfaltet dort ideengeschichtlich-systematisch die aus dem abendländischen Denken resultierende Idee der sittlichen Autonomie („Gewissensfreiheit“, „Unabhängigkeit“) sowie der personalistischen, humanistischen und antiautoritären Lehre des Christentums. Zur verantwortlichen Person gehört für Röpke deren Selbststand hinsichtlich freiheitlicher Wirtschafts-, Rechts- und Staatsideen. Diese Entwicklung sieht Röpke bereits im mittelalterlich-scholastischen Naturrecht angelegt (Nominalismus), womit er Abälard als Vorläufer des Erasmus und des christlichen Humanismus würdigt.

5 Das „*Neue Abendland*“ knüpft an das „*Abendland. Deutsche Monatshefte für europäische Kultur, Politik und Wirtschaft*“, Gilde-Verlag, Köln–Berlin–Wien (1926–1930) an. Dessen Herausgeber waren führende Politiker des Zentrums und christlich-sozialer Parteien sowie katholische Intellektuelle aus dem Rheinland, aus Westfalen, Bayern und Österreich wie Konrad Beyerle, Theodor Brauer, Goetz Briefs, Wilhelm Hamacher, Hugo Graf Lerchenfeld, Hermann Platz, Friedrich Schreyvogel sowie Bundeskanzler Prälat Ignaz Seipel. Zum Abendland-

lismus, Bolschewismus, Humanismus und Liberalismus seien allesamt anti-christlich und stünden der abendländischen Geisteshaltung diametral entgegen. Die Kritik anderer weltanschaulicher Richtungen aufgreifend, stimmt er wohl dem Befund zu, alle gegenwärtig um Anerkennung ringenden politischen Bewegungen im Nachkriegsdeutschland seien „restaurativ“, insofern sie an Staats- und Gesellschaftsvorstellungen des 18. und 19. Jahrhunderts anknüpften. Aber entscheidend für ihre Beurteilung könne und dürfe nur ein fester Maßstab sein: die „christlich-abendländische Tradition“. Damit beanspruchte die Zeitschrift „Neues Abendland“ das Deutungsmonopol dieses Begriffs.⁶

Die Mitarbeiter der Zeitschrift standen sowohl in Opposition zur Neuordnung der Bundesrepublik als auch in einer Zwei-Fronten-Stellung hinsichtlich anderer Kritiker, wenn sie sich entschieden von dem Kurs der „Frankfurter Hefte“ um Walter Dirks und Eugen Kogon,⁷ zugleich aber auch von liberal-christlichen Ideen abgrenzten. Was ihre an der rechtsstaatlichen Verfassung geübte Kritik „von rechts“ besonders pikant machte, war der Umstand, dass im Kreis um das „Neue Abendland“ namhafte Vertreter des Regierungsbündnisses aus CDU, CSU, FDP und Deutsche Partei,⁸ Mitglieder der Länderparlamente sowie hohe Bundesrichter, Diplomaten und Kirchenvertreter mitwirkten – Persönlichkeiten also, die ihren Eid auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland abgelegt hatten.

Die engen Verbindungen von Prominenten aus Politik, Justiz, Gesellschaft und Kirchen zur Gruppe um das „Neue Abendland“ haben dieser schon früh

Kreis der Zwischenkriegszeit vgl. Guido MÜLLER/Vanessa P LICHTA, *Zwischen Rhein und Donau. Abendländisches Denken zwischen deutsch-französischen Verständigungsinitiativen und konservativ-katholischen Integrationsmodellen 1924–1957*, in: *Zeitschrift für Geschichte der Europäischen Integration*, Nr. 1, Bd. 5 (1999), S. 17 ff. – Zu den Abendlandvorstellungen vgl. Heinz HÜR TEN, *Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen*, in: Albrecht LANGER (Hg.), *Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800*, Paderborn 1985, S. 131 ff.; Jonas JOST, *Der Abendland-Gedanke in Westdeutschland nach 1945. Versuch und Scheitern eines Paradigmenwechsels in der deutschen Geschichte nach 1945*, Phil. Diss. Hannover 1994; Johann Baptist MÜLLER, *Der abendländische Topos in der konservativen Denkfamilie der Vor- und Nachkriegszeit*, in: Reinhard C. MEIER-WALSER/Bernd RILL (Hg.), *Der europäische Gedanke. Hintergrund und Finalität*, München 2000, S. 133 ff.

⁶ Diese Theorie des Abendlandbegriffs basierte einerseits auf einer metaphysisch-naturrechtlichen Argumentation der neuscholastischen Theologie und Philosophie, die die Vorstellung liberal-demokratischer Verfassungs- und Staatstheorie schon vom Prinzip her als unvereinbar mit dem katholischen Denken ablehnte; daneben orientierten sich die Staats- und Gesellschaftstheorien auch an traditionalistischen, ständestaatlich-korporativen Ideen und Vorstellungen des alten Reichsgedankens. Zum Reichsgedanken im Katholizismus der Zwischenkriegszeit vgl. Klaus BREUNING, *Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934)*, München 1969.

⁷ Vgl. Emil FRANZEL, *Walter Dirks und der Kommunismus*, in: NA 7 (1952), S. 129 ff.

⁸ Auch Repräsentanten der traditionalistisch-konservativen Bayernpartei, wie etwa Elimar Freiherr von Fürstenberg, MdB bis 1953, nahmen an den Akademietagungen teil, traten aber als Referenten und Debattenredner nicht sonderlich in Erscheinung.

das publizistische und wissenschaftliche Interesse gesichert. Für Helga Grebing, die 1971 die erste größere Studie zum „Neuen Abendland“ vorlegte,⁹ ist diese Gruppe mit der wichtigste Beleg für ihre Restaurationsthese, die sie auf Walter Dirks stützt. Kennzeichen der Epoche der frühen Bundesrepublik sei das „Wiederanknüpfen aller politischen Kräfte an die Zeit vor Hitler und der Versuch der Wiederherstellung der aus dieser Zeit stammenden Positionen, Rechte und Besitzstände“ gewesen.¹⁰ Für Martin Greiffenhagen bietet die Gruppe um das „Neue Abendland“ „reiches Anschauungsmaterial“ für die frühe Bundesrepublik, für deren Restauration die katholische Naturrechtslehre das theoretische Fundament geliefert habe.¹¹ Diese These ist allerdings schon deshalb fragwürdig, weil der Protestantismus, auch soweit er zum Konservatismus gerechnet wird, das Naturrecht – jedenfalls in der beschriebenen neuscholastisch-kirchlichen Variante – weithin ablehnt.¹² Dessen ungeachtet scheint den Verfechtern der Restaurationsthese die Gruppe um das Neue Abendland gerade den Nachweis zu erbringen, dass sich die Protestanten dem katholisch-konservativen (Naturrechts-)Denken weitgehend angeschlossen hätten, zumal doch in diesem Kreis auch prominente evangelische Theologen aktiv gewesen seien.¹³

9 Die erste wissenschaftliche Beschäftigung mit der Gruppe um das neue Abendland bot Thomas ELLWEIN, *Klerikalismus in der deutschen Politik*, München 2. Aufl. 1955, S. 212 ff., 245 ff.

10 Helga GREBING, *Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945*, Frankfurt a. M. 1971, S. 16.

11 Martin GREIFFENHAGEN, *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1986, S. 273, 309 f. Die Gruppe um das neue Abendland wird – unter Verweis auf Helga Grebing – als repräsentativ für den „katholischen Konservatismus“ angeführt, der mit seiner „Ontologie [...] der älteren Naturrechtslehre“ die Grundlage für die „konservative Theorie“ bereitgestellt habe.

12 Für M. GREIFFENHAGEN (wie Anm. 11), S. 269 ff. führt die „pessimistische Anthropologie des Konservatismus [...] zu einer radikalen Unterscheidung von Moral und Politik“. Für den Konservatismus als Traditionalismus ist diese These zutreffend (Greiffenhagen belegt dies bei Carl SCHMITT, *Politische Theologie*, München 2. Aufl. 1934, und Joseph de MAISTRE, *Vom Papst*. [1819], dt. Frankfurt 1822); für das „katholische Naturrechtsdenken“, das Greiffenhagen nicht genügend vom Traditionalismus unterscheidet, gilt diese (augustinische) Grundthese jedoch nicht. Vielmehr schließt sich das katholische Naturrecht Thomas von Aquin an, der trotz der durch die Erbsünde verletzten Menschennatur eine metaphysisch begründete Sittenlehre annimmt. De Maistre und Carl Schmitt sind keine Vertreter des katholischen Naturrechts. Zur Kritik am katholischen Naturrechtsdenken durch protestantische CDU-Mitglieder vgl. Hans ASMUSSEN, *Die evangelischen Kirchen nach der Wahl*, in: NA 8 (1953), S. 723 f.; vgl. Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981, S. 40 ff.

13 Die These, „dass sich die Protestanten (in der CDU/CSU) den naturrechtlich argumentierenden Katholiken weitgehend an(ge)schlossen“ hätten, vertritt Gerhard KRAIKER, *Politischer Katholizismus in der BRD. Eine ideologiekritische Analyse*, Stuttgart 1972, S. 8, wobei auch für Kraiker die Beiträge in der Zeitschrift „*Neues Abendland*“ als Belege für den restau-

Die jüngere Zeitgeschichtsforschung nimmt in der „Neuvermessung“ der 50er Jahre (Axel Schildt) von solchen Überzeichnungen Abstand.¹⁴ Der Restaurationsbegriff wird als diffus kritisiert, da sich immerhin die Frage stelle, „was denn nun restauriert worden sei“. Mit Hans-Peter Schwarz plädiert Axel Schildt dafür, der Heterogenität der Nachkriegsentwicklung Rechnung zu tragen und „die in jeder Hinsicht aufregenden und interessanten gesellschaftlichen Wandlungsvorgänge in den fünfziger Jahren“ in den Blick zu nehmen.¹⁵ Von einer „Modernisierung unter konservativen Auspizien“ zu sprechen (Christoph Kleßmann) sieht Schildt als problematisch an, da diese Kennzeichnung den Wandel und die wirtschaftlich-technische Modernisierung nicht hinreichend zum Ausdruck bringe.¹⁶ Andererseits dürfe man jedoch die Gegentendenzen traditionalistisch-konservativer Kreise nicht ignorieren, die in die Unionsparteien hinein verwoben waren. Es sei schlüssiger von einer „Formveränderung des Konservatismus“ als einem breitgefächerten ideenpolitischen Spektrum auszugehen, innerhalb dessen die „kultur-pessimistische [...] zugunsten einer heroisch-sachlichen Strömung zurückgedrängt“ worden sei.¹⁷

rativen Charakter der frühen Bundesrepublik fungieren, den er mit „Rechristianisierung“ gleichsetzt. Im Unterschied zu Grebing und Greiffenhagen vermag Kraiker wohl den Naturrechtscharakter der katholischen Soziallehre, insbesondere deren sozialreformerischen Gehalt, präziser zu erfassen, doch sieht er im katholischen Naturrecht (hier stimmt er mit den beiden Genannten wieder überein) eine autoritär-heteronome Theorie, für die vor allem das Neue Abendland repräsentativ sei. Das Problem der ideologiekritischen Arbeiten aus den 1970er Jahren ist, dass die Autoren offenbar im katholischen Naturrecht – der Selbststilisierung der Katholischen Kirche und kirchlicher Kreise folgend – den authentischen Ausdruck des abendländischen Geistes sehen, der keinerlei Spielraum für personal-verantwortungsethische bzw. liberalchristliche Ansätze bietet, wie sie etwa Röpke formuliert (vgl. unten Anm. 73). In Folge dessen sollen Ständegedanke, berufsständische Ordnung, Autoritätsanspruch (des kirchlichen Lehramtes) u.a. den „christlichen Charakter“ der Gesamtepoche in einem betont konservativen Sinne nachweisen, ohne das wesentlich differenziertere christliche ideenpolitische Spektrum (Protestantismus, christlicher Liberalismus, Liberalkatholizismus, Kulturchristentum) genügend in den Blick zu nehmen. Ähnlich argumentiert auch Volker OTTO, *Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1971, S. 198 ff., der die gesamte CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat dem organischen Staatsdenken verbunden sieht. Zur Rolle der Unionsparteien bei der Beratung des Grundgesetzes vgl. *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion*, bearbeitet und eingeleitet von Rainer SALZMANN (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 2), Stuttgart 1981.

14 Zur Zeitgeschichtsforschung der 50er Jahre vgl. Anselm DOERING-MANTEUFFEL (Hg.), *Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945–1967)*, Bonn 1993.

15 Axel SCHILDT, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999, S. 4; vgl. Hans-Peter SCHWARZ: „Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – Herausforderung für die Forschung“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36/1982, S. 3 ff., hier: S. 6.

16 Vgl. Christoph KLESSMANN, *Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), S. 476 ff., hier: S. 485.

17 Axel SCHILDT, *Zwischen Abendland und Amerika (wie Anm. 15)*, S. 4.

Die jüngeren zeitgeschichtlichen Darstellungen der Gruppe um das Neue Abendland zeichnen ein sehr viel differenzierteres Bild. Zugleich sind ihre ideengeschichtlichen Analysen weit weniger ideologiekritisch als die Beiträge aus den frühen 70er Jahren. Bemerkenswerterweise werden nun zum einen mit der eher beschreibenden Darstellungsform theologisch-philosophische Aspekte weitgehend ausgeklammert,¹⁸ zum anderen wird eine Auseinandersetzung mit den Methoden und Ergebnissen der vorangegangenen Untersuchungen nicht angestrebt.

Damit aber bleiben die politischen Vorstellungen, wie sie in den Tagungen der Abendländischen Akademie Eichstätt geäußert wurden, in einem wesentlichen Punkt unbeleuchtet. Diesen Tagungen wird sich die folgende Studie insbesondere widmen. Sie zielt darauf ab, den Stellenwert der Kultur- und Gesellschaftskritik der Zeitschrift „Neues Abendland“ und ihre Haltung zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland unter sozialem und verfassungstheoretischen Gesichtspunkten zu erfassen. Die alternativen Staatsideen sollen mit einzelnen Gegenstimmen aus dem Teilnehmerkreis der Abendländischen Akademie Eichstätt verglichen und in einer Schlussbetrachtung ideengeschichtlich eingeordnet werden. Meine Darstellung wird den Entwicklungsschritten der Gruppe um das „Neue Abendland“ folgen. Es gilt nämlich, die Zeitschrift „Neues Abendland“ von der Abendländischen Aktion, näherhin ihrer programmatisch-politischen Initiative, dem „Abendländischen Manifest“, zu unterscheiden, was seinerseits noch einmal von der Struktur und den Zielen der Abendländischen Akademie abzuheben ist.

Entsprechend ergibt sich folgende Gliederung: (1) Vom „Neuen Abendland“ zur Abendländischen Aktion; (2) „Das Manifest der Abendländischen Aktion“; (3) Von der Abendländischen Aktion zur Abendländischen Akademie; (4) Zusammenfassung und Ergebnisse. Die Untersuchung stützt sich vor allem auf die Jahrgänge 1946 bis 1958 der Zeitschrift „Neues Abendland“ (NA), die Dokumentationen der Akademietagungen in Eichstätt von 1952 bis 1956 und die einschlägigen Presseberichte.¹⁹

18 Nach Axel SCHILDT, *Zwischen Abendland und Amerika* (wie Anm. 15), S. 22 f., rekurriert die „Abendland-Ideologie [...] zwar immer wieder auf theologische Argumentationsfiguren, aber es handelte sich doch um eine politische Ideologie“. Das ist selbstredend zutreffend, doch sollte dies nicht hindern, den theologisch-philosophischen Hintergrund dieser nach politischer Wirksamkeit strebenden Forderungen – auch gemäß dem Selbstverständnis der Autoren – gründlicher auszuleuchten.

19 Zur Gründung der Abendländischen Akademie vgl. Axel SCHILDT, *Zwischen Abendland und Amerika* (wie Anm. 15), S. 56 ff. Unterlagen über die Abendländische Akademie und die Jahrestagungen befinden sich im Diözesan-Archiv Eichstätt, ferner im Fürstlich-Waldburg-Zeil'schen Gesamtarchiv in Leutkirch.

1. Vom „Neuen Abendland“ zur Abendländischen Aktion

Die Zeitschrift „Neues Abendland“ wurde von dem Verleger Johann Wilhelm Naumann²⁰, zu dessen Verlag auch die „Deutsche Tagespost“ gehörte, im Jahre 1946 gegründet. Das „Neue Abendland“ warb mit dem Slogan: „Die kompromisslos-christliche Monatsschrift für Politik, Kultur und Geschichte“.

Im Einführungsartikel der ersten Nummer beschreibt Naumann die Zielsetzung seiner Zeitschrift mit folgenden Worten:

„Der Begriff Abendland hat in der Abwandlung seiner geschichtlichen Bedeutung als einer einheitlichen Kulturauffassung des westlichen und mittleren Europas nur eine Auslegung ermöglicht und erfahren: die christliche. Weder die geographische noch die volkliche Zusammensetzung Europas, sondern eine geistige Haltung gaben ihm einen Sinn. Antike und Christentum, Juno und Ecclesia, *humanitas* und *caritas* prägten ihn; im mittelalterlichen Universalismus war er verwirklicht. – Wer auch immer jeweils nach der Zerstörung der abendländischen Einheit die Ursachen des ‚Unterganges des Abendlandes‘ untersucht hat, kam zu der gleichen Feststellung, nämlich jener: dass die Zerstörung [...] bereits begonnen hat in der Sucht der ratio, Dinge zu erklären, die nur glaubensmäßig zu sehen und zu finden sind.“²¹

Als „Vater der Irrungen“ klagt Naumann Abälard an; der Nominalismus „war der Anfang der Lockerung einer einheitlichen Geistesverfassung des Mittelalters“. Mit Hilfe dieser Schablone hat der Herausgeber des „Neuen Abendlands“ keine Mühe, sämtliche neuzeitlichen politischen und philosophischen Bewegungen als Verfallerscheinungen zu qualifizieren, als Systeme, die der göttlichen und natürlichen Ordnung widersprechen und der Selbstherrlichkeit des Individuums frönten. Der dichotomische Charakter dieser Weltansicht wird augenscheinlich, wenn man bedenkt, dass Naumann in die Genealogie der abendländischen Verfallsgeschichte neben Kommunismus, Sozialismus und Nationalsozialismus selbstverständlich auch den Liberalismus einreicht. Das liberale Verfassungsden-

20 Johann Wilhelm Naumann (1897–1956), geb. in Köln, Studium der Philosophie, war bereits in der Weimarer Republik für katholische Zeitungen als Journalist tätig und arbeitete seit 1937 für das Päpstliche Missionswerk. Ende 1945 wurde er zum Vorsitzenden des „Vereins der Bayerischen Zeitungsverleger“ gewählt und erhielt von der amerikanischen Besatzungsmacht die Lizenz für die „Schwäbische Landeszeitung“; 1948 wurde er Herausgeber der „Augsburger Tagespost“. Das „Neue Abendland“ erschien bis 1951 im Hausverlag der „Schwäbischen Landeszeitung“; ab 1951 gab Naumann die „Deutsche Tagespost“ (heute: „Die Tagespost“) heraus. Diese und die folgenden biographischen Angaben verdanken sich Doris von der BRELIE-LEWIEN, *Katholische Zeitschriften in den Westzonen 1945–1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit*, Göttingen 1986, S. 77 ff.; ferner Axel SCHILDT, *Zwischen Abendland und Amerika* (wie Anm. 15).

21 Johann Wilhelm NAUMANN: *Neues Abendland*, in: NA 1 (1946), S. 1 ff.; vgl. ferner DERS., *Der „Fürst dieser Welt“*, in: NA 3 (1948), S. 257 ff.

ken basiere auf dem Gesellschaftsvertrag Rousseaus, der keine Rückbindung des Individuums an die göttlichen und natürlichen Gesetze kenne. Parlamentarismus und demokratischer Rechtsstaat seien bloße Kaschierung des säkularistischen Zeitgeistes, der notwendigerweise Familie, Staat und Gesellschaft zersetze. Von dieser Beurteilung gelangt das „Neue Abendland“ zu der These, dass die säkularistische Ordnung von Weimar mit dem „Gesetz der bloßen Zahl“ bereits den Todeskeim in sich getragen habe. Die neue Ordnung des Nachkriegsdeutschlands müsse sich davor hüten, erneut einen solchen Verfassungstyp anzustreben. Davor könne nur der Gedanke des „christlichen Abendlands“ bewahren.²²

Wer allerdings nur die Editorials des „Neuen Abendlands“ liest, wird kaum die Ideenvielfalt vermuten, die hier publiziert wird. So öffnet sich die Zeitschrift durchaus auch Autoren, die weder dem katholischen noch dem protestantischen Spektrum zuzuordnen sind. Zu nennen ist etwa Franz Borkenau, der zwar ein Faible für kulturchristliche Betrachtungen hat, aber schwerlich die programmatischen Richtlinien der Redaktion geteilt haben dürfte. Bei vielen Beiträgen handelt es sich zudem um Fachstudien oder Essays aus den Disziplinen Literatur, Geschichte, Kunst – Beiträge, die ein teilweise sehr viel differenzierteres Verständnis von abendländischer Kultur pflegen. Aber bezogen auf den engeren Mitarbeiterstab und die von diesem traktierten Themen Staat – Verfassung – Gesellschaft sind die ersten Jahrgänge der Zeitschrift fraglos von jener doktrinären Haltung geprägt, wie sie das Editorial des Herausgebers vorzeichnet.

Das „Neue Abendland“ enthielt eine Rubrik „Staatswissenschaftliche Rundschau“, in der das politische und gesellschaftliche Programm näher vorgestellt wurde. In den Folgeheften, so hieß es im zweiten Heft 1946, wolle man „Beiträge zur Verfassungsfrage“ unterbreiten. Hierbei gehe es vor allem darum, den modernen mechanistischen Formaldemokratien (der Französischen Revolution und der Weimarer Verfassung) die alten – mehr oder minder – „organischen Demokratien“ gegenüberstellen, zu denen neben der Schweiz und England auch die USA gezählt würden. Als geistiger Vorfahr wird der Konterrevolutionär Joseph de Maistre verehrt, desgleichen sieht man sich in der „katholisch-sozialen und katholisch-staatswissenschaftlichen Tradition der Görres, Jarcke, Buß, Jörg, Mallinckrodt und Vogelsang“ stehend.²³ Mit der Metapher „organische Gesell-

²² Vgl. auch Johann Wilhelm NAUMANN, *Altes und neues Abendland*, Augsburg 1948.

²³ *Föderalismus und Verfassung*, in: NA 1 (1946), S. 23 ff. Das NA gibt zu erkennen, dass es in der Nachfolge der rechten, integralistischen Zentrumstradition steht und im Konflikt zwischen der CDU und der neu gegründeten Deutschen Zentrumspartei zugunsten der letzteren votiert. Der Artikel *Die Zentrumspartei* in: NA 1 (1946), S. 23 ff., plädiert vorsichtig, aber dennoch bestimmt für eine konfessionelle katholische Partei, da nur sie auf dem Boden des Naturrechts stehe, der reformatorische und der rationalistische Protestantismus hingegen – „wie der Atheismus“ – sich nicht zum Naturrecht von Plato bis Thomas, „sondern zum individualistischen Pseudo-Naturrecht der Aufklärung“ bekenne. Zum Stellenwert des Zentrumsgedankens im NA vgl. den Artikel *Hermann Mallinckrodt*, in: NA 1 (1946), S. 25 ff.

schaftsordnung“, ein Synonym für die abendländische Ordnungsidee, knüpfte man an die Theorie der päpstlichen Staatslehre, insbesondere Papst Leos XIII. an, wie sie von einzelnen katholischen Sozialethikern und Zentrumspolitikern des rechten Flügels im Kaiserreich und in der Zwischenkriegszeit verstanden wurde.

Tragend war der Ständegedanke. Dahingehende Vorstellungen enthielten zwar mehr „Kritik“ und nur bedingt Ansätze zu einem praktischen Staatskonzept, aber dieses Modell eines natürlichen Gesellschaftsgebildes sei in der Enzyklika „Quadragesimo anno“ Papst Pius’ XI., „Über die gesellschaftliche Ordnung“ (1931), zu den obersten christlichen Ordnungsgrundsätzen erhoben worden. Mit Hilfe der päpstlichen Soziallehre gelte es nun, die „Formaldemokratie“ des Rationalismus abzuwehren, wie sie sich mittlerweile in den neuen Länderverfassungen abzeichne.²⁴ Einwände, dass der sogenannte „christliche Ständestaat“ der Österreichischen Verfassung vom Mai 1934 äußerst bedenkliche Formen angenommen habe, werden mit der Bemerkung vom Tisch gewischt, es sei dem Dollfuß-Regime eben nicht gelungen, eine Ständeordnung nach dem Vorbild der Enzyklika einzurichten.²⁵ Hinsichtlich der wahren bzw. organischen Volksdemokratie, die man der falschen, d.h. mechanistisch-pluralistischen entgegenstellte, berief man sich auf die Weihnachtsansprache Pius’ XII. von 1944.²⁶

2. „Das Manifest der Abendländischen Aktion“

Die Enttäuschung über die parlamentarischen Verfassungen in den Ländern und im Bund schlug im Laufe des Jahres 1951 im „Neuen Abendland“ um in ein politisches Aktionsprogramm. Die Kritik an der bundesrepublikanischen Kultur nahm zu: Man beklagte das Umsichgreifen von Pornographie, die Zügellosigkeit in Film und Theater, das „Dirnenwesen auf der Straße und in Nachtlokalen“ – kurz: die allgemeine „Nivellierung der Massengesellschaft auf unterstem Niveau“. Politikern und Regierung unterstellte man wohl subjektiv guten Willen; die tiefere Ursache des Kulturverfalls machte man in der neuen Verfassung aus. Das in zahlreichen Artikeln, vor allem von Emil Fran-

²⁴ Bayern, so wird vermerkt, könne durch Bildung einer ständischen Ordnung auf diesem Wege vorangehen. Zu deren politisch-rechtlichem Aufbau vgl. unten meine graphische Darstellung des Staatsaufbaus nach dem Abendländischen Manifest.

²⁵ Nicht Karl Freiherr von Vogelsang (1818–1890) sei das Versagen des österreichischen „christlichen Ständestaats“ anzulasten, sondern der liberalkatholischen Schule M.-Gladbachs: Schmitz, Dobretsberger, Kühn und Meßner hätten sich für diesen Staat, dessen Funktionäre sie gewesen seien, eingesetzt und die Forderung der Enzyklika „Quadragesimo anno“ „nach berufsständischer Wirtschaftsreform in eine solche nach einem ständischen Staat“ verkehrt (*Föderalismus und Verfassung*, in: NA 1 [1946], S. 23 ff.).

²⁶ *Monarchie oder Demokratie?*, in: NA 1 (1946), S. 23 ff.

zel, geäußerte Unbehagen wird ordnungspolitisch kanalisiert und verschafft sich Luft in der Forderung nach einer Revision des Grundgesetzes.²⁷

Im April 1951 wurde die Zeitschrift „Neues Abendland“ aus dem Naumann-Verlag in den neugegründeten Verlag „Neues Abendland“ überführt. Verlags-eigentümer wurde Fürst Erich zu Waldburg-Zeil²⁸, Herausgeber Gerhard Kroll²⁹. In einer Leserinformation heißt es: Die Freunde des christlich-abend-ländischen Gedankens wollen es „keineswegs bei der Kritik bewenden lassen“, sondern ihrer Zielsetzung durch die Gründung der Abendländischen Aktion „größere Wirksamkeit [...] verleihen“. Man trete nun in die „Phase der kämpferischen Auseinandersetzung“ ein.³⁰ Zu den Mitgliedern der Gründungs-ver-sammlung der Abendländischen Aktion im August 1951 in München zählen auch evangelische Christen, so etwa der Redaktionsmitarbeiter des „Neuen Abendlands“ Wolfgang Heilmann aus Bamberg.³¹ Im Zentrum der Grün-dungsversammlung standen die Referate von Professor Georg Stadtmüller und Gerhard Kroll; letzterer hatte das politische Programm der Aktion Anfang 1951 im 150-seitigen „Manifest der Abendländischen Aktion“ zusammenge-fasst.³² Als CSU-Abgeordneter im Bayerischen Landtag und Mitglied des Par-lamentarischen Rates 1948/49 in Bonn schien Kroll dem Kreis der Gründer der geeignete Autor für eine revidierte Staats- und Gesellschaftskonzeption zu sein.

27 Vgl. Emil FRANZEL, *Die restaurativen Tendenzen der Epoche*, in: NA 6 (1951), S. 529 ff.

28 Erich Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchtburg (1899–1953) gründete 1930 zusammen mit Fritz Gerlich die katholische Zeitschrift „*Gerader Weg*“, welche dem Nationalsozialismus gegenüber kritisch auftrat und 1933 eingestellt wurde; nach dessen Tod 1953 war sein Sohn, Georg Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchtburg, geb. 1928, Herausgeber des NA und stellvertretender Leiter, später auch Leiter der Akademie.

29 Gerhard Kroll (1919–1963), geb. in Breslau, Studium der Staatwissenschaften und Volkswirtschaft in Breslau, Wien und Berlin; nach Promotion und Volontariat 1929–1938 Studium der Philosophie und Religionswissenschaften; bis 1933 Mitglied der SPD; illegale Tätigkeit gegen den Nationalsozialismus, 1943–1945 Soldat; die Erfahrungen dieser Zeit führten ihn zu einem tief im Glauben verwurzelten Staats- und Sozialdenken (vgl. A.R.L. GURLAND, *Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953*, Frankfurt a.M 1980, S. 57 f.); 1945 in Bamberg Mitbegründer der CSU; Landrat in Staffelstein und Mitglied des Landesvorstandes der CSU (zu Krolls Einfluss auf das „ständische“ Organisationsprinzip der frühen CSU vgl. Alf MINTZEL, *Die CSU*, Opladen 1975, S. 194 ff.); MdL, Mitglied des Parlamentarischen Rats 1948/49; 1949–1951 Geschäftsführer des Deutschen Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit (seit 1952 Institut für Zeitgeschichte; vgl. Horst MÖLLER, *Das Institut und die Zeitgeschichtsforschung*, in: DERS./Udo WENGST [Hg.]: *50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz*, München 1999, S. 13 ff.).

30 *An die Leser*, in: NA 6 (1951), S. 145.

31 Dr. Wolfgang Heilmann war Studienleiter der Abendländischen Akademie.

32 Zur Gründungsversammlung vgl. *Abendländische Aktion. Zur Gründung am 25.8.1951 in München*, in: NA 6 (1951), S. 508 ff.

Entschieden verwirft das Manifest³³ Parlamentarismus, Parteienwesen und plurale Interessenverbände (vgl. Anlage: *Staatsaufbau*). Der Volkssouveränität des Grundgesetzes wird der „organische Volksbegriff“ entgegengestellt, worin Kroll eine durch die natürliche Seinsordnung vorgegebene, „gesunde“ Gliederungsstruktur sieht. Das Verfassungsideal ist der Typus der gemischten Verfassung nach Aristoteles und Thomas, also eine Synthese von Monarchie, Aristokratie und Demokratie. Der natürliche Staats- und Gesellschaftsaufbau beruht auf zwei Säulen: (1.) der regionalen bzw. landständischen Gliederung und (2.) der leistungsgemeinschaftlichen bzw. berufsständischen Gliederung.

Gemäß der Regionalstruktur (1.) wählt das Volk Persönlichkeiten in den Gemeinderat; Parteien oder parteiähnliche Verbindungen stehen nicht zur Wahl. Der Gemeinderat wählt den Kreistag, der Kreistag den Bezirkstag, dieser den Landtag, der seinerseits die Abgeordneten der Volkskammer wählt. Diese fungiert als föderatives Organ der Länder. Die zweite Säule bildet die berufsständische Gliederung (2.). In ihr wirken Arbeitgeber und Arbeitnehmer (inklusive Gewerkschaften) einträchtig zusammen bei der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen; diese Leistungsgemeinschaften verhindern vermeintlich die Aufspaltung der Gesellschaft in „Arbeit“ und „Kapital“, wie sie für die Marktwirtschaft typisch ist. Das wichtigste Vertretungsorgan des gegliederten Volkes ist der Senat, eine Art Oberhaus. Er wird gebildet zu 1/3 aus Mitgliedern der Volkskammer, zu 1/3 aus Vertretern der Ständekammer und zu 1/3 aus „geachteten Persönlichkeiten“, die erstmals vom Staatsoberhaupt ernannt werden und in der Folgezeit ihre Mitglieder kooptieren. Ebenso werden die Vertreter der Berufsstände erstmalig vom Staatsoberhaupt ernannt, danach kooptieren auch sie ihren Mitgliederanteil, natürlich aus den Reihen

33 Gerhard KROLL, *Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion* (Sonderheft Neues Abendland), Augsburg 1951. Eine Vorarbeit ist die Studie *Was ist der Staat?*, München 1950, in der Kroll seine philosophisch-theologische Gesellschaftsdeutung offenlegt, die er wohl als Antwort auf seine parlamentarisch-politische Arbeit verfasst hat. Mit „*Christliche Union: Bamberger Denkschrift zur Schaffung einer politischen Einheitsfront aller Christen Deutschlands*“, Schwäbisch Gmünd 1946 (konzipiert 1945), legte Kroll ein Vorläuferprogramm der CSU vor (vgl. Alf MINTZEL, *Die CSU in Bayern*, in: Richard STÖSS (Hg.): *Parteienhandbuch*, Bd. 2, Opladen 1983, S. 672), in dem er vor dem Hintergrund der „abendländischen Traditionen“ ein Konzept zum Neuaufbau der deutschen Staats-, Rechts-, Wirtschafts- und Kulturordnung sowie Grundsätze zur Sittlichkeit des Volkes und zum Verhältnis von Kirche und Staat entwirft. Die politisch-rechtliche Ordnungskonzeption ist eine Vorwegnahme seines Manifests, wobei Kroll mit seinen Vorbehalten gegenüber den Parteien und der liberalen Demokratie zurückhaltend ist. Auch seine Äußerungen im Parlamentarischen Rat wird man kaum als prinzipielle Kritik an der demokratischen Grundordnung verstehen können (vgl. die Redebeiträge Gerhard Krolls, aufgelistet im Sach- und Sprechregister zu den Verhandlungen des parlamentarischen Rates und seines Hauptausschusses 1948, Bonn [o.J.], S. 156 f.), wengleich hier bereits im Zusammenhang mit seiner Vorliebe für das Zwei-Parteien-System organologische Ordnungsvorstellungen durchscheinen.

der Berufsstände. Nur die Volkskammer wählt und entsendet ihre Vertreter in den Senat.

Der Staatspräsident wird seinerseits – auf Lebenszeit – in einem Konklave gewählt bzw. designiert, und zwar von einem ca. 40-köpfigen Wahlmännergremium, das aus Mitgliedern der Volkskammer und des Senats besteht. Kroll bevorzugt jedoch die Wahl eines Königs. Aufgrund der sakramentalen Herrscherweihe vermöge am sinnfälligsten ein König die in der göttlichen und natürlichen Schöpfungsordnung angelegte Ordnung und Macht des Staats zum Ausdruck zu bringen. Kroll zitiert den Grundsatz: „*Le roi règne mais il ne gouverne pas*“ (Der König herrscht, aber er regiert nicht).³⁴ Zu den Befugnissen des Staatsoberhauptes gehören die Bestellung und Entlassung der Regierung; in Konfliktfällen obliegt ihm die Letztentscheidung.

Der Regierung schließlich kommt die Gesetzesinitiative zu. Kontrolliert werden die Regierung und ihre Gesetzgebung vom Senat, dem es auch obliegt, den Haushalt mit zu beraten. Im Falle einer Nichtübereinstimmung von Gesetzen mit dem Gemeinwohl ist der Senat befugt, Veto einzulegen und den Obersten Gerichtshof anzurufen. Diesem kommt die Aufgabe zu, Gesetzesvorhaben zu überprüfen und gegebenenfalls für unwirksam zu erklären. Maßstab der Überprüfung, so heißt es, ist das „göttliche und natürliche Recht“.

Die Idee einer berufsständischen Ordnung war in den frühen 30er und den 50er Jahren unter den deutschen katholischen Theologen und Sozialwissenschaftlern weit verbreitet. Ihre Verfechter waren jedoch so weise, diese aus romantischem Gedankengut gespeiste Ordnungsidee lediglich als Leitbild zu titulieren;³⁵ sie begriffen die subsidiäre Gliederung keineswegs als Gegensatz zur liberalen Demokratie. Krolls „Manifest“ geht weit hinter die Genossenschafts- und Ständeideen des 19. Jahrhunderts und gar der Enzyklika „*Quadragesimo anno*“ zurück, indem es eine Ständestaatsordnung propagiert, die mit Elementen der mittelalterlichen Reichsidee und religiös-sakralen Vorstellungen angereichert wird. Mit seinen theologischen Exkursen hatte Kroll schon den Parlamentarischen Rat in Bonn beschäftigt. So wollte er – wie auch andere Abgeordnete – den Gottesbegriff im Grundgesetz stärker verankert wissen. Gegen diesen Antrag hatte Theodor Heuss entschieden Einspruch erhoben. Solche Legitimierungsstrategien provozierten nur theologische Auslegungsdebatten.³⁶

34 Gerhard KROLL (wie Anm. 33), S. 71; die Fahne der Abendländischen Aktion war weiß, mit rotem Georgskreuz, in dessen Schnittpunkt der Doppelkopfadler auf goldenem Grund zu sehen war (vgl. Axel Schildt, wie Anm. 15, S. 54).

35 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING/Hermann SACHER, *Wörterbuch der Politik*, Heft I: *Zur christlichen Gesellschaftslehre*, Freiburg 1954, Sp. 79 ff.; Heft II: *Zur christlichen Staatslehre*, Freiburg 2. Aufl. 1957, Sp. 99 ff.; Oswald von NELL-BREUNING, *Die soziale Enzyklika. Erläuterungen zum Weltrundschreiben Papst Pius' XI. über die gesellschaftliche Ordnung*, Köln 2. Aufl. 1950.

36 In der 6. Plenarsitzung am 20. Oktober 1948, bemerkte Theodor Heuss: „Darüber, ob

Es konnte kaum ausbleiben, dass Krolls revisionistisches „Manifest“ in der Öffentlichkeit Aufsehen erregte. Nicht unwesentlich trugen hierzu auch die flankierenden Stellungnahmen von Emil Franzel³⁷ bei. In einem Artikel im „Neuen Abendland“ von 1952 bezeichnete Franzel Portugal als den „bestregierten Staat“ Europas.³⁸ „Es ist der christliche Freiheitsbegriff, der die Staatslehre Salazars durchdringt und sich in der Verfassung von 1933 spiegelt. Die Grundrechte werden auch in der portugiesischen Verfassung sorgfältig aufgezählt und in einer Reihe von Paragraphen verankert. Sie sind aber nicht Rechte des Individuums, das außerhalb der Schöpfungsordnung steht, sondern Rechte des Menschen, der von Natur aus, das heißt von der Schöpfung her gebunden ist“.

So sei die portugiesische Verfassung im wesentlichen Ausfluss der „christlichen Staatslehre“, die eben den Menschen nur in seiner organischen Eingebundenheit in natürliche Einheiten – wie etwa die Familie – kenne; deren bevorzugte Stellung im Portugal der 50er Jahre drücke sich unter anderem darin aus, „dass nur das Familienoberhaupt das Wahlrecht ausübt“.³⁹

Von einem solchen Verständnis „christlicher“ Staatstheorie her müssen konsequenterweise vorstaatliche Menschenrechte abgelehnt werden. Die Disposition über die Gewissens-, Meinungs- und Pressefreiheit steht einzig dem „rechtmäßigen Staatsoberhaupt“ als dem „Hüter der Gerechtigkeit und [...] Repräsentanten göttlicher Macht“ zu; gegen deren Ausübung können keine individuellen Persönlichkeitsrechte geltend gemacht werden. Als Höhepunkt der Machtbefugnis steht dem Staat die Anwendung der Todesstrafe zu Gebote. In Krolls Manifest wird diese Haltung biblisch begründet.⁴⁰

man eine theologische Formel mit hereinnimmt oder nicht, können wir miteinander reden. Aber von dorthor kommt auch die Sorge, dabei Gott zu bemühen für die Unzulänglichkeiten, die Torheiten und die Missverständnisse, die auf Grund eines sehr menschlichen Werkes entstehen.“ Um der theologischen Position willen müsse man daher sehr vorsichtig sein, „diese sehr diesseitigen Werke zu stark im Metaphysischen verankern zu wollen, weil man sich selber dann in eine quasi Nichtverantwortung begibt“ (*Parlamentarischer Rat. Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen*, Bonn 1948/49, S.75 f. Vgl. Klaus TANNER, *Gehört Gott in die Verfassung? Die Präambel des Grundgesetzes im Licht der europäischen Integration*, in: *Evangelische Kommentare* 5 (1991), S. 260 ff.

37 Emil Franzel (1901–1976), geb. in Haan/Böhmen, Studium der Geschichte und Germanistik in Prag, München und Wien, nach der Promotion (1925) Journalist, bis 1934 Leiter des sozialdemokratischen Parteibildungswesens; 1934–1937 außenpolitischer Redakteur der Prager Zeitung „Sozialdemokrat“; Kontakte zur Zeitschrift „Der christliche Ständestaat“, Verbindung zu Otto Strasser und dessen Wochenzeitschrift „Deutsche Revolution“, 1937 Austritt aus der SPD, Eintritt in die Sudetendeutsche Partei; nach Kriegsende und Vertreibung journalistische Tätigkeiten in Bayern (neben NA in der Deutschen Tagespost).

38 Emil FRANZEL, *Portugal, der bestregierte Staat Europas*, in: NA 7 (1952), S. 266 ff.

39 Emil FRANZEL (wie Anm. 38), S. 269.

40 Gerhard KROLL (wie Anm. 33), S. 54; vgl. auch Johannes PINSK, *Vom Töten Gottes und von der Todesstrafe*, in: NA 8 (1953), S. 65 ff.

3. Von der Abendländischen Aktion zur Abendländischen Akademie

In einem dreiseitigen Artikel vom 10. August 1955 druckte „Der Spiegel“ Krolls Verfassungsentwurf⁴¹ auszugsweise ab und befand: „Das ‚Manifest der Abendländischen Aktion‘ und ihr ‚Ordnungsbild‘ lassen keinen Zweifel, dass die Erneuerungspläne darauf ausgehen, einen Teil der in den Grundgesetz-Artikeln 1 bis 20 verbrieften Grundrechte abzuändern oder ganz aufzuheben. Dies, obgleich der Verfassungsgeber im Grundgesetz-Artikel 79 vorgeschrieben hat, jenes Verfassungsminimum sei für alle Zeiten unabänderlich.“ Den „Abendländern“ gehe es offensichtlich darum, die Verfassung der Bundesrepublik im Sinne eines klerikalen, autoritären und monarchistischen Ständestaates möglichst unauffällig umzuwandeln.⁴²

So sehr das „Abendländische Manifest“ auch gegen die demokratische und rechtsstaatliche Verfassung der Bundesrepublik anschrrieb, es hätte wohl kaum so nachhaltiges öffentliches Interesse geweckt, wenn es bloß das Werk eines relativ unbekanntem, kleinen Aktionskreises, bestehend aus Professoren und Publizisten, gewesen wäre. Zum Politikum konnte das Manifest erst werden, wenn ihm die geistige Mitautorenschaft eines prominenteren Kreises bescheinigt werden konnte. Diesen fanden die Spiegelredakteure in der Abendländischen Akademie, die ihre Jahrestagungen seit 1952 in der bayerischen Bischofsstadt Eichstätt abhielt.⁴³ Die Abendländische Akademie war mit dem Ziel gegründet worden, den abendländisch-europäischen Gedanken in seiner kulturellen Vielfalt tiefer zu durchdringen und ihm national und international größere Resonanz zu verschaffen. Die Gemeinschaft der abendländischen Völker sollte – von einer religiösen Sittenordnung getragen – die diesseitige

41 Vgl. *Das Ordnungsbild der Abendländischen Aktion*, hg. vom Deutschen Landesvorstand der Abendländischen Aktion, München 1952 (2. Aufl. 1953), eine leicht modifizierte Zusammenfassung der Ordnungsententionen des „Abendländischen Manifests“.

42 *Der Spiegel* vom 10. August 1955, S. 12 ff.; vgl. ferner *Der Spiegel* vom 24. August 1955, S. 5 f.; 31. August 1955, S. 4 ff.; 15. Februar 1956, S. 18 f.; ferner Immanuel GEISS, *Auf dem Wege zum „Neuen Abendland“*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 2/Heft 6 (1955), S. 41 ff.

43 Vorsitzender des Vorstands der Akademie und Mitglied der Akademieleitung von 1952 bis 1956 war Friedrich August Freiherr von der Heydte (1907–1994), geb. in München, Studium der Rechtswissenschaften, seit 1951 Professor für Staatsrecht an der Universität Mainz, seit 1954 an der Universität Würzburg. Von der Heydte vertrat die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht zur Frage der Parteienfinanzierung durch steuerbegünstigte Spenden; seit 1947 Mitglied der CSU, von 1948–1956 Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Neben Stählin, Asmussen, Heilmann gehörte auch Dr. Karl Bernhard Ritter, Dekan in Marburg, als Beiratsmitglied zu den evangelischen Vertretern der Abendländischen Akademie, sowie als Referenten die Juristen Dr. Hans Dombois, Fulda, und Professor Ulrich Scheuner, Bonn; zu den evangelischen Mitgliedern vgl. Axel SCHILDT, *Ökumene wider den Liberalismus. Zum politischen Engagement konservativer protestantischer Theologen im Umkreis der Abendländischen Akademie*, in: Thomas SAUER (Hg.), *Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik*, Stuttgart 2000, S. 187 ff.

Welt durchdringen und im Sinne einer organischen und föderativ gegliederten Ordnung prägen.⁴⁴ Mag dabei auch die Absicht mitgewirkt haben, die Abendländische Aktion und ihr „Manifest“ etwas aus der Schusslinie zu ziehen, so wird man doch feststellen müssen, dass eine deutlicher vernehmbare Distanzierung der Akademie von der Aktion und ihrem „Manifest“ erst nach den zum Teil äußerst kritischen Berichten und Kommentaren verschiedener Presseorgane einsetzte.

Neben Auszügen aus dem „Abendländischen Manifest“ druckte das Hamburger Magazin in seinem Artikel auch eine Liste der prominenten Mitglieder der „Abendländischen Akademie“ und ihrer Organe ab, die einem „Who is Who“ des deutschen und europäischen Konservatismus glich. Der Tenor des Berichts lautete: Namhafte Politiker, Kirchenvertreter und süddeutscher Adel finden sich zusammen, um die Errichtung einer übernationalen bzw. völkischen Reichsordnung zu begründen.⁴⁵

Die Liste ist aufgeteilt nach Vertretern des adeligen, bürgerlichen und geistlichen Standes. Genannt werden:

Adelige:

Eberhard Fürst von Urach;
Georg Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchtburg, Verleger der Zeitschrift „Neues Abendland“, stellvertretender Vorsitzender der Akademie;
Elimar Freiherr von Fürstenberg, ehemals MdB, Bayernpartei;
Dr. Friedrich August Freiherr von der Heydte, Professor für Staats- und Völkerrecht in Würzburg, Vorsitzender der Akademie;
Ritter Georg von Gaupp-Berghausen, Generalsekretär der Akademie;
Dr. Heinrich von Brentano, Bundesaußenminister, CDU;
Dr. Hans-Joachim von Merkatz, Bundesratsminister, DP;⁴⁶
Dr. Rudolf Lodgman von Auen, Vorsitzender des Verbandes der Landmannschaften;

44 Vgl. *Abendländische Akademie. Wesen, Ziel und Organisation*, München 1953, S. 3 f.

45 Aufgehängt war der Bericht an der ersten öffentlichen Rede von Heinrich von Brentano als Außenminister anlässlich der St.-Ulrichs-Festwoche in Augsburg zur Tausendjahrfeier der Schlacht auf dem Lechfeld; vgl. Heinrich von BRENTANO, „*Innere und äußere Einheit Europas bringt Frieden. Die Bedrohung des Abendlandes – Lehren aus der Vergangenheit für die Gegenwart*“, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* Nr. 128, vom 14. Juli 1955, S. 1069 f.; zur Verwendung des Abendlandbegriffs bei Adenauer vgl. Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Rheinischer Katholik im Kalten Krieg. Das „christliche Europa“ in der Weltsicht Konrad Adenauers*, in: Martin GRESCHAT/Wilfried LOTH (Hg.), *Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft*, Stuttgart 1994, S. 237 ff.

46 Vgl. die Ausführungen von Joachim von Merkatz, Richard Jaeger u.a anlässlich einer Monarchiedebatte im Deutschen Bundestag, 166. Sitzung vom 10. Oktober 1951, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. I. Wahlperiode 1949, Stenographische Berichte* Bd. 9, Bonn 1951 S. 6789 ff.; dazu NA 6 (1951), S. 637 ff.

Hasso von Manteuffel, Panzer-General a.D. und FDP-MdB;
Walter von Keudell, Reichsminister a.D.

Bürgerliche:

Professor Dr. Theodor Oberländer, Bundesvertriebenenminister;
Dr. Franz-Joseph Wuermeling, Bundesfamilienminister, CDU;
Heinrich Hellwege, Ministerpräsident von Niedersachsen;
Dr. Friedrich Holzapfel, Gesandter in Bern;
Professor Dr. Josef Süsterhenn, Präsident des Verfassungsgerichtshof von Rheinland-Pfalz, ehem. CDU-Abgeordneter im Parlamentarischen Rat;
Dr. Richard Jaeger, Vizepräsident des Bundestages, CSU, früherer Oberbürgermeister von Eichstätt;
Hans Schubert, Bundespostminister a.D., CSU-MdB;
Dr. Hermann Pünder, CDU-MdB, früherer Oberdirektor der Frankfurter Wirtschaftsverwaltung (Bizone/Trizone);
Dr. Alois Hundhammer, Präsident des bayerischen Landtags a.D., CSU

Geistliche:

Lorenz Kardinal Jaeger, Erzbischof von Paderborn;
Joseph Schröffer, Bischof von Eichstätt;
Hugo Lang, OSB, Abt von St. Bonifaz und Andechs;
Basilius Ebel, OSB, Abt von Maria Laach;
Prälat Michael Schmaus, Dogmatikprofessor an der Universität München;
Wilhelm Stählin, ehemaliger evangelischer Landesbischof von Oldenburg;⁴⁷
Dr. Hans Asmussen, Propst der Evangelischen Kirche in Kiel.⁴⁸

Regelmäßige Tagungsteilnehmer⁴⁹ waren außerdem

Otto von Habsburg, Präsident des Europäischen Dokumentationszentrums;
Prinz Bernhard von Preußen.

47 Wilhelm Stählin (1883–1975), geb. in Gunzenhausen/Franken, nach Theologiestudium und Ordination verschiedene Pfarrstellen in Bayern; 1925 Professor für praktische Theologie in Münster, 1945–1952 Bischof der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg, lebte danach in Rimsting/Chiemsee.

48 Hans Christian Asmussen (1898–1968), geb. in Flensburg, 1925–1932 Pfarrer, bis 1935 Leiter der Theologischen Abteilung des Präsidiums der Bekenntnissynode, 1934 Mitautor der Barmer Theologischen Erklärung, 1935–1941 in der Kirchenleitung der Bekennenden Kirche, 1949–1955 Propst in Kiel (Materialien zur Abendländischen Akademie im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin).

49 Teilnehmer der Tagungen der Abendländischen Akademie in Eichstätt waren ferner der Historiker Ernst Deuerlein, der Philosoph Alois Dempf, der Schriftsteller Werner Bergengruen.

Der vom „Spiegel“ erhobene Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit des „Abendländischen Manifests“ wurde von zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften der Bundesrepublik und der Sowjetzone im Laufe des Jahres 1955 aufgegriffen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ titelte: „Nebel über dem Abendland“.⁵⁰ Am 7. Dezember 1955 fragte der SPD-Abgeordnete Helmut Schmidt (Hamburg) in einer Bundestagsfragestunde, ob die Regierung die „Zugehörigkeit von Kabinettsmitgliedern bei der Abendländischen Akademie“ [billige, der], „verfassungsfeindliche Äußerungen“ nachgesagt würden. Bundesinnenminister Gerhard Schröder kündigte eine umfassende „Überprüfung“ an, ohne dass allerdings eine offizielle Reaktion folgte.⁵¹

Der Vorsitzende der Abendländischen Akademie, der Staats- und Völkerrechtler Friedrich August Freiherr von der Heydte, veröffentlichte in der „Deutschen Tagespost“ im Februar und März 1956 zwei eingehende Darstellungen unter der Überschrift: „Fälscher am Werk“⁵². Schon auf einer Tagung im Jahr 1954 hatte sich von der Heydte im Beisein des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Joseph Wintrich, gegen Vorwürfe der Verfassungsfeindlichkeit

50 Vgl. Hansjakob Stehle, FAZ vom 9. Februar 1956. Demgegenüber verteidigte Paul Wilhelm WENGER, *Jakobinische Gespensterjagd. Zum Kesselreiben gegen die Abendländische Akademie*, in: *Rheinischer Merkur* vom 10. Februar 1956, die Abendländische Akademie gegenüber den Angriffen der „formaldemokratische(n) Kapitolswächter“ der „Funktionsdemokratie“. Diesen gehe es darum, Außenminister von Brentano „zur Strecke zu bringen“; die Vorwürfe würden wohl auf Dr. Kroll und die Abendländische Aktion zutreffen, die Abendländische Akademie jedoch sei eine „lose Konfiguration“ und nicht mit Einzelstimmen gleichzusetzen.

51 Vgl. *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953. Stenographische Berichte*, Bd. 27, Bonn 1955, S. 6196 (116. Sitzung vom 7. Dezember 1955); Schröder bestritt in seiner Antwort einen formellen und materiellen Zusammenhang zwischen der Abendländischen Akademie und der Abendländischen Aktion – eine Differenzierung, die Schmidt in Zweifel zog, weil 1. der stellvertretende Generalsekretär der Abendländischen Akademie im August 1955 öffentlich erklärt habe, dass die Aufgaben der Abendländischen Aktion seit zwei Jahren von der Abendländischen Akademie fortgeführt würden, und 2. die Abendländische Aktion und Abendländische Akademie „aus der gleichen Quelle finanziert worden“ seien „und weiterhin finanziert werden“. Helmut Schmidt zitierte als Beleg „verfassungsfeindlicher Äußerungen“, die im Kreise „sowohl der Abendländischen Aktion als auch der Abendländischen Akademie“ getätigt worden seien – ohne Quellenangabe – aus Gerhard KROLL, *Das Manifest der Abendländischen Aktion* (wie Anm. 33), S. 66: „Als Träger der Regierungsverantwortung kann man nicht gleichzeitig Gott in seinem Gewissen verantwortlich sein und die Gesetze aus der Hand Dritter empfangen oder, wie es in der parlamentarischen Demokratie üblich ist, sogar noch vom Vertrauen des Parlaments abhängig sein.“ Bundesminister Schröder erwiderte: „Eine bemerkenswerte Stelle, die Sie zitiert haben, Herr Kollege. Ich möchte sagen, unsere Überprüfung wird umfassend sein.“ Nach einer Agentur-Meldung des Bayerischen Rundfunks vom 25. Oktober 1956 wurde ein staatsanwaltschaftliches Untersuchungsverfahren „mangels Verdachts“ eingestellt. Nach einem Bericht des *Spiegel*, Nr. 45/1956, heißt es, die Begründung berufe sich darauf, dass es sich beim Ordnungsbild der „Abendländischen Aktion“ „offenkundig um wirklichkeitsfremde Vorschläge“ gehandelt habe, bei der „Abendländischen Akademie“ hingegen um „hochgeachtete Persönlichkeiten, an deren Verfassungstreue kein Zweifel gesetzt werden könne“.

52 *Deutsche Tagespost* vom 29. Februar und 12. März 1956.

mit der ironischen Wendung verwarht: „Was auf den Tagungen der ‚Abendländischen Akademie‘ geschieht, ist konstruktiver Verfassungsschutz.“⁵³

Was geschah auf den Tagungen der Abendländischen Akademie? In ihrer Ausgabe von 1955/56 bemühte sich die Freiburger „Herder-Korrespondenz“ in einem Hintergrundbericht, die Zielsetzung der Eichstätter Tagungen vom „Manifest“ Gerhard Krolls abzugrenzen. Dieses enthalte lediglich dessen „private Staatsutopie“, die nicht mit den Intentionen der heutigen Abendländischen Akademie „zusammengemischt“ werden dürfe. Im übrigen sei Dr. Kroll aus der Schriftleitung des Neuen Abendlands und aus der Abendländischen Aktion ausgeschieden.⁵⁴ Allerdings hatten Kroll, Franzel⁵⁵ und andere Mitglieder der „Aktion“ auch bei den Akademietagungen zwischen 1952 und 1956 als Referenten und Debattenredner mitgewirkt, soweit erkennbar jedoch monarchistische und dezidiert ständestaatliche Vorstellungen nicht mehr vertreten.⁵⁶

Generell ist festzustellen, dass in den offenen Foren in Eichstätt berufsständische Ideen und antiparlamentarische Ressentiments keineswegs ungeteilt Beifall fanden.⁵⁷ So verwarf der evangelische Staatsrechtler Hans Dombois aus Fulda die Ständeidee als „Ideologie“ und „Utopie“.⁵⁸ Die gesamte euro-

⁵³ *Der Spiegel* vom 10. August 1955, S. 14.

⁵⁴ Vgl. *Herder-Korrespondenz* 10 (1955/56), S. 492. – Am 22. Februar 1956 war die Akademie mit einem Pressebericht („Ist die Abendländische Akademie verfassungsfeindlich?“) an die Öffentlichkeit getreten. Am 9. März 1956 äußerten sich in einer Pressekonferenz in Bonn der Geschäftsführende Vorsitzende der Akademie, Georg Fürst von Waldburg-Zeil, Bundesminister von Merkatz, Bundestagsvizepräsident Jaeger und Ministerpräsident a. D. Steltzer zu den erhobenen Vorwürfen gegen die Akademie (vgl. *Herder-Korrespondenz*, ebd.). Am 24. Februar 1956 trat Freiherr von der Heydte als Akademievorsitzender zurück, da die Abendländische Akademie „zur Zielscheibe linkstendierender Kräfte geworden“ sei. Um „dieser Hetze mit genügendem Nachdruck und entsprechender Wirkung entgegenzutreten zu können“, hätte es der „Unterstützung durch Gesinnungsfreunde als auch ausreichender Zeit bedurft. [...] Ich hatte weder das eine noch das andere.“ (Schreiben im Diözesan-Archiv Eichstätt, zit. nach Axel SCHILDT, wie Anm. 15, S. 70 f.).

⁵⁵ Emil Franzel bedauerte, dass man nach dem großen Wahlsieg der CDU/CSU 1953 „diese Bewegung nicht durchdrungen (hatte) mit genügend viel konservativem Geist“, weil „zuwenig konservative Männer da waren“ (*Konservative Haltung in der politischen Existenz. Vorträge und Gespräche der 5. Jahrestagung der Abendländischen Akademie 1956*, München [1956], S. 74, 77).

⁵⁶ Die erste Eichstätter Tagung widmete sich dem Thema „Werte und Formen im Abendland. Jahrestagung der Abendländischen Akademie vom 6.–10. August 1952 in Eichstätt“ (hektographiertes Typoskript); einzelne Beiträge wurden auch im NA abgedruckt.

⁵⁷ Erwähnenswert ist die sozial-, arbeits- und vermögenspolitische Programmatik der Gruppe um das NA, die in den meisten Darstellungen über das NA keine Erwähnung findet; vgl. die Artikel von Gerhard KROLL in „*Die Neue Ordnung*“, 10 (1956); 11 (1957), 12 (1958), 13 (1959); ferner Damian van MELIS, *Europapolitik oder Abendlandideologie? Die Dominikanerzeitschrift Neue Ordnung in den ersten Jahrzehnten der BRD*, in: Thomas SAUER (Hg.): *Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik*, Stuttgart 2000, S. 170 ff.; vgl. auch unten Anmerkung 67.

⁵⁸ Vgl. Hans DOMBOIS, *Die Vernichtung der Freiheit im Totalitarismus*, in: *Der Mensch und die Freiheit. Vorträge und Gespräche der Jahrestagung der Abendländischen Akademie*, München (1953), S. 88 ff.; vgl. ferner die Aussprache des 4. Tages, ebd. S. 141 ff.; DERS.,

päische Verfassungsentwicklung laufe heute – 1953 – auf eine Ausweitung der parlamentarischen Demokratie hinaus, wie dies z.B. in England zu beobachten sei; ebenso sei auch schon im Landtag von München ein Antrag auf Abschaffung des Bayerischen Senats gestellt worden. Etliche Politiker und Juristen wie der Präsident des Verfassungsgerichts von Rheinland-Pfalz, Adolf Süsterhenn, sahen im Konservatismus eher eine politische Theorie, die die Gesinnung betrifft, die jedoch einer konstruktiven politisch-parlamentarischen und verfassungsstaatlichen Arbeit keineswegs widerspreche. Im übrigen seien Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit, so Süsterhenn, streng zu unterscheiden.⁵⁹

Konterkariert wurden solche Unterscheidungen zwischen Theorie und Politik durch zahlreiche Referenten, die versuchten, ihre Ordnungsvorstellungen von ontologischen Ideen her zu deduzieren – wie etwa Gustav Gundlach S.J., Professor an der Päpstlichen Universität Gregoriana Rom und Sozialberater Pius' XI. und Pius' XII. Für Gundlach ist die „richtige Machtordnung“ von der göttlichen Schöpfungsordnung nicht zu trennen. So verurteilt der Jesuit nicht nur Sozialismus, Idealismus, philosophischen Existentialismus und Liberalismus als *Systeme*; vielmehr stehe auch die konkrete liberale Verfassungs- und Gewaltenteilungslehre in einem objektiven Widerspruch zur göttlichen Weltordnung.⁶⁰ Auch wenn christliche Prinzipien geschichts- und gestaltungs-

Menschenrechte und moderner Staat, Frankfurt 1948; DERS., *Naturrecht und christliche Existenz*, Kassel 1952; DERS./Erwin WILKENS (Hg.), *Macht und Recht. Beiträge zur lutherischen Staatslehre der Gegenwart*, Berlin 1956.

⁵⁹ Vgl. die Aussprache des 3. Tages über das Subsidiaritätsprinzip (Referent: A. Süsterhenn), in: *Staat, Volk, übernationale Ordnung. Vorträge und Gespräche der 3. Jahrestagung der Abendländischen Akademie 1954*, S. 116 ff. – Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), geb. in Köln, nach Jurastudium, Promotion und Referendariat 1932–1946 Rechtsanwalt in Köln und Unkel/Rhein, Zentrums-Stadtverordneter in Köln; 1946 Vorsitzender der vorbereitenden Verfassungskommission für Rheinland Pfalz; Mitglied des Parlamentarischen Rates 1948/49 (stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion); 1947–1951 Justiz- und Kultusminister in Rheinland-Pfalz; 1951–1961 Präsident des Oberverwaltungsgerichts und des Verfassungsgerichtshofs in Rheinland-Pfalz; 1961–1969 MdB; seit 1951 Honorarprofessor für Staatslehre an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. – Referent und Debattenredner der Eichstätter Tagungen war auch Winfried MARTINI, Verfasser von: *Das Ende aller Sicherheit. Eine Kritik des Westens*, Stuttgart 1954.

⁶⁰ Vgl. Gustav GUNDLACH, *Konservative Haltung in der politischen Existenz*, in: *Konservative Haltung*, S. 27 ff., ferner in Gustav GUNDLACH, *Die Ordnung der Gesellschaft*, Bd. 1, Köln 1964, S. 570 ff.; vgl. ebd., Bd. 2, S. 174 f. die Kritik Gundlachs an Jacques Maritains liberal-christlichen Personalismusbegriff. – Vgl. dagegen das Referat des Frankfurter Philosophiegeschichtlers Johannes HIRSCHBERGER (Beiratsmitglied der Abendländischen Akademie): *Die autonome Freiheit. Die Entstehung des neuzeitlichen Freiheitsbewußtseins*, auf der 2. Jahrestagung 1953, in: *Der Mensch und seine Freiheit. Vorträge und Gespräche der Jahrestagung der Abendländischen Akademie*, München (1953), S. 59 ff., wo der Referent – mit deutlicher Kritik an der Neuscholastik – die Vielfalt und Breite der „großen abendländisch-christlichen Tradition“, ihren Humanismus und ihre „ethische Autonomie“ in Erinnerung ruft und die verengte Kant-Interpretation im Katholizismus kritisiert. Menschliche Freiheit und Verantwortung als *Aufgabe* werden dabei als Produkte der abendländischen Geisteswelt gewürdigt. Der Ver-

offen seien, beinhalteten sie doch „seinssichere“ Normen, an die das menschliche Gewissen gebunden sei. Gundlachs Bild der „geprägten Persönlichkeit“ in überschaubaren Gemeinschaften stieß beim Gros der Tagungsteilnehmer von 1956 offenbar auf Resonanz. Der Politologe Paul Noack, der für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete, bescheinigt vor allem den Referenten Gundlach und Stählin hohes Niveau, registrierte aber zugleich eine Flucht in „glanzvolle Formulierungen“, in denen man sich bisweilen erschöpft habe. Der Berichterstatter bemerkt: „Das, was sich in den Veranstaltungen und Empfängen zeigte, rechtfertigte nicht das Pathos, mit dem man gegen die ‚Abendländische Akademie‘ nach dem Bundesverfassungsgericht gerufen hat. Gewiss erscheint manches zwiespältig. Verfassungsgefährdendes haben wir aber nicht gefunden.“

Was die Rolle der Adeligen angeht, so anerkennt er deren „Ideen [...] und die Überzeugungskraft“ und resümiert: „Man widerstand der Gefahr monarchistischer Plädoyers.“ Auffällig sei jedoch die einseitige Konzentration vieler Referenten und Debattenredner auf antiquiertes Autoritäts-, Hierarchie- und Elitedenken in den Akademiebeiträgen – ein Umstand, den Noack schichten- und standortspezifisch zu erklären sucht. Den Teilnehmerkreis vereine „das Kontra zur modernen Industrie- und Maschinenwelt“. Im übrigen bewirke „die traditionsgebundene Atmosphäre“ von Eichstätt, dass gravierende politische, rechtliche und gesellschaftliche Fragen an die Peripherie gedrängt würden. So resümiert Noack, dass das Echo der Akademie referate wohl ein anderes wäre, wenn diese „zwischen den Schloten und Hochöfen des Ruhrgebiets vorge-tragen würden“.⁶¹

Dass die Abendländische Akademie jedoch auch dezidierte Kritiker des konservativen Verfassungsdenkens zu Wort kommen ließ, demonstrieren – neben Dombois – u.a. die Referate des evangelischen Staatsrechtlers Ulrich Scheuner. Was Scheuner als Grundelemente „abendländisch-christlicher Überlieferung“ kennzeichnet, sind vor allem das humanistische Bildungsideal und das Bekenntnis zu den Menschenrechten. Den Abendlandgedanken deutet Scheuner vor allem im Hinblick auf die europäische Rechtskultur und Verfassungsgeschichte; romantischen und traditionalistischen Ordnungsvorstellungen erteilt er eine klare Absage. Sicher sei der Staat eine menschen- und generationenübergreifende Existenzform, gleichwohl vollzögen sich Entscheidungen stets im Rahmen pluralistischer Willensbildung.⁶²

gleich der Referate von Gundlach und Hirschberger ist aufschlussreich hinsichtlich der Positionen eines liberalen und konservativen katholischen Denkstils.

61 Ulrich NOACK, „Sämänner, umschwirrt von Fragezeichen. Nach der Jahrestagung der Abendländischen Akademie“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Juni 1956.

62 Ulrich SCHEUNER, *Das Verhältnis von Staat und Volk*, in: *Staat, Volk, übernationale Ordnung. Vorträge und Gespräche der 3. Jahrestagung der Abendländischen Akademie*, Mün-

Dass solche Positionen in den Eichstätter Akademietagungen zwar möglich, aber nicht unbedingt mehrheitsfähig waren, bemerkt der Berichtersteller der „Süddeutschen Zeitung“, Burghard Freudenfeld. Er kommentiert die Tagung von 1955:

„Unverhüllt war die Diagnose Deutschlands, die Ulrich Scheuner, der Bonner Staatsrechtler [...] anstellte, als er die Möglichkeiten einer allgemeinen Sinnggebung der gegenwärtigen deutschen Lage ebenso entschieden bestritt wie die verbreitete Ansicht, dass das große Schweigen bereits ein Vergessen sei. Das ‚Reich‘ und die ‚Mittlerrolle zwischen West und Ost‘ – das bleibe ebenso unabwendbar wie die Vorstellung vom ‚Glacis‘. Er empfahl Geduld und Anpassung und vor allem auch Vorsicht mit dem Vorwurf der Restauration, die ja immerhin den Vorteil einer Abkehr von der ewigen Unruhe von Wunschträumen in sich berge. Und dann endlich der Hinweis, dass zum Christentum und zur humanistischen Bildung auch der moderne Staat der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten gehört – eine Selbstverständlichkeit, aber doch notwendig in diesem Kreise, der allzu leicht Gefahr läuft, um der Einheit der Anschauung willen seit 400 Jahren nur noch Verfall zu diagnostizieren.“

Es scheine künftig notwendig, sowohl den Kreis der Themen wie der Referenten zu erweitern. Diagnosen seien nun über Gebühr strapaziert, und doch, so konzidiert Freudenfeld, wäre es „ein empfindlicher Verlust, wenn die Akademie als Partner eines solchen Gesprächs ausfiele“.⁶³ Die letzte Jahrestagung dieser Art fand mit 250 Teilnehmern 1956 im Spiegelsaal der Eichstätter Residenz statt; zwei Jahre später stellte die Zeitschrift „Neues Abendland“ ihr Erscheinen ein. Die Eichstätter Jahrestagungen wurden für die nächsten Jahre ausgesetzt – eine Folge der „Pressekampagne“.⁶⁴

chen 1954, S. 30 ff.; DERS., *Der Beitrag Deutschlands*, in: *Das Abendland im Spiegel seiner Nationen. Vorträge und Gespräche der 4. Jahrestagung der Abendländischen Akademie*, München 1955, S. 58 ff.; vgl. DERS., *Die deutsche Bewußtseinskrise*, in: NA 10 (1955), S. 333 ff.

⁶³ Burghard FREUDENFELD, „*Beschwörung des Abendlandes*“, *Süddeutsche Zeitung* vom 23. April 1955.

⁶⁴ In seiner Eröffnung der Jahrestagung ging Georg Fürst von Waldburg zu Zeil (*Aufgabe und bisherige Arbeit der Akademie*, in: *Konservative Haltung*, S. 9 ff.) ausführlich auf die politischen und publizistischen Angriffe ein und grenzte noch einmal den Akademieauftrag von der Abendländischen Aktion ab. – Im November 1958 fand in München eine Mitgliederversammlung der Abendländischen Akademie statt. Die interkonfessionelle Ausrichtung der Akademie wurde unterstrichen durch neue Mitglieder wie Karl Forster, Direktor der Katholischen Akademie in Bayern, und Hans Schomerus, Leiter der Evangelischen Akademie in Baden. Als Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender und Generalsekretär wurden Walter von Keudell, Dr. Hans Hutter, Oberbürgermeister von Eichstätt, und Alois Graf Waldburg-Zeil berufen (vgl. Axel SCHILDT, wie Anm. 15, S. 77). Zu Karl Forster und der Katholischen Akademie in Bayern vgl. auch meinen Beitrag in diesem Band über „Christliche Sozialethik und Christliche Demokratie“.

Der Oldenburger Altbischof Wilhelm Stählin widmet in seinen Erinnerungen 1968 den Eichstätter Akademietagungen ein längeres Kapitel. Er lobt den offenen Geist und die ästhetischen Reize der Bischofsstadt Eichstätt sowie das literarische und künstlerische Beiprogramm der Akademietagungen.⁶⁵ Vor allem hebt er den ökumenischen Charakter der Treffen hervor; um so mehr bedauert Stählin, dass es ihm nicht gelungen sei, „weitere evangelische Kreise und führende Kirchenmänner für diese Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen“. „Fast immer und überall“ sei er auf eine „argwöhnische Zurückhaltung“ gestoßen, auf ein „kaum verhehltes Misstrauen, zu dem hier wirklich kein Anlass“ bestanden habe. Dieses Scheitern führt er vor allem auf die „im Interesse der Polemik gern verwechselt(e)“ „Abendländische Akademie“ mit „Abendländischer Aktion“ in der Presse zurück; von der „Aktion“ distanziert sich der Geistliche hier ausdrücklich. Die Nachfolgetagungen, die – mit wesentlich geänderter Konzeption – Anfang der 60er Jahre wieder in Eichstätt stattfanden, hätten jedoch nicht mehr das frühere Niveau gehabt. Außerdem habe es den späteren Referenten an einer tieferen Beziehung zum „Abendländischen Akademiegedanken“ gemangelt. Stählin veranschaulicht: „Als einer der Redner sich zu der Behauptung verstieg, für das Recht sei nur die Meinung des (souveränen) Volkes maßgebend, habe ich ‚Pfui‘ gerufen“ – „leider ohne dass es der Vortragende hörte.“

Die Kritik des Bischofs kann wohl auch im Sinne einer – von ihm missbilligten – liberal-demokratischen Modifizierung des abendländischen Rechtsgedankens durch den betreffenden Referenten verstanden werden.⁶⁶

4. Zusammenfassung und Ergebnisse

In meinem Referat habe ich einen Ausschnitt der konservativen Kulturkritik der frühen Bundesrepublik geboten. Die Vision der Herausgeber und Redakteure des „Neuen Abendlands“, die sich im „Manifest der Abendländischen Aktion“ von 1951 verdichtete, verstand sich als Kritik an der bundesrepublikanischen Verfassung. Die aus der „Aktion“ hervorgegangenen Eichstätter Akademietagungen mühten sich, den revisionistischen Charakter des Manifestes, näherhin dessen aristokratisch-ständestaatliche Intentionen zu mildern. So öffnete sich der Kreis der Referenten vorsichtig und ließ auch liberale Rechts- und Verfassungsinterpreten

65 Vgl. Wilhelm STÄHLIN, *Via Vitae. Lebenserinnerungen*, Kassel 1968, S. 713 ff.; besonders eindrücklich war für Stählin die Aufführung des *Ludus de Antichristo* (eines Spiels aus der Zeit Kaiser Barbarossas) durch das Delphische Institut Mainz vor dem barocken Westportal des Eichstätter Domes 1954, zu dem Stählin die Einführung schrieb (vgl. STÄHLIN, *Das Spiel vom Antichrist*, in: *Staat, Volk, übernationale Ordnung*, München 1954, S. 100 ff.); ferner mit Anmerkungen und Literatur in: NA 10/1955, S. 67 ff.)

66 Die Eichstätter Akademietagungen wurden für fünf Jahre unterbrochen. 1960 fanden je eine Veranstaltung in Bensberg und in Mainz statt. 1961 folgte wieder eine Tagung in Eichstätt,

zu Wort kommen. Verschiedene Entwürfe von „Abendland“ in staatsrechtlicher und darüber hinausgehend geistig-kultureller Hinsicht wurden diskutiert, wobei die Akzeptanz des pluralistischen und demokratischen Selbstverständnisses der Gesellschaft gegenüber dem Ideal ständischer Gliederung mehr und mehr Platz griff. Der Wunsch, *diese* Ordnung im Sinne christlich-konservativer und christlich-sozialer Werte mitzugestalten, schob die Ansätze einer konservativen „Revision“ des Grundgesetzes beiseite – doch ohne ausdrücklich und öffentlichkeitswirksam mit ihnen zu brechen. Daher und zumal wegen der personellen Kontinuität von „Aktion“ und „Akademie“ (Kroll, Franzel) konnte eine klare Distanzierung von romantisch-restaurativem Gedankengut letztlich nicht gelingen. Die Verfassungswirklichkeit, die politische Theorie und selbst die katholische Staatslehre sind schließlich über diese Form konservativen Ordnungsdenkens hinweggeschritten.

Den Übergangscharakter des Abendlandgedankens heben neben Axel Schildt auch Guido Müller und Vanessa Plichta als wesentliches Ergebnis ihrer Untersuchung hervor. Müller/Plichta sehen in den späten 50er und frühen 60er Jahren eine „ideen- und gesellschaftsgeschichtliche Umbruchzeit“, in der „Altes“ abgelöst und „überkommene“ Denkhaltungen wie die ältere Europa-Konzeption, d.h. die Vorstellung vom „Abendland“, zurückgedrängt wurden. Die unterschiedlichen, teilweise gar gegensätzlichen verfassungstheoretischen Aussagen der „Abendländer“ und deren theoretische und konfessionellen Hintergründe (katholisches Naturrecht, evangelische Positionen) finden sich in dieser Darstellung, die sich primär den international-europäischen Ideen widmet, praktisch nicht.⁶⁷ Differenzierter ist wohl die Analyse von Axel Schildt,

dokumentiert in: *Pluralismus, Toleranz und Christenheit*. Beiträge von Hans SCHOMERUS u.a., Abendländische Akademie, Nürnberg 1961. Die Mainzer Tagung und die Jahrestagung in Eichstätt 1962 sind wiedergegeben in: *Das europäische Erbe in der heutigen Welt*. Beiträge von Raimondo PANIKKAR u.a., Abendländische Akademie, Nürnberg 1963. Die thematisch eng zusammenhängenden Tagungen in Mainz und Eichstätt waren bereits vom konziliaren Prozeß inspiriert. Namhafte Teilnehmer waren evangelische und katholische Theologen, Philosophen, Historiker Sozialwissenschaftler und Politiker wie Joseph Lortz (Mainz), Raimondo Panikkar (Rom), Karl Rahner (Innsbruck), Georg Vicedom (Augustana-Hochschule Neuendettelsau), Wilhelm Stählin, Clemens Bauer, Arnold Bergstraesser (Freiburg), Arnold Gehlen (Speyer), Max Müller (München), Hans-Joachim von Rintelen (Mainz), Joachim von Merkat, Richard Stücklen, Franz Herre, Nikolaus Monzel (München) sowie Heinrich von Brentano, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, der über die „Geschichtliche Verantwortung in der heutigen Welt“ sprach (in: *Das Europäische Erbe*, S. 243 ff.). Im Oktober 1963 fand – nunmehr in den neuen Räumen der Pädagogischen Hochschule in Eichstätt – die letzte Jahrestagung der Abendländischen Akademie statt. Ihr Thema war: „Die Gesellschaft und ihr Recht“. Teilnehmer bzw. Referenten waren u.a. Joachim von Merkat, Bundesverfassungsrichter Willi Geiger und der Soziologe Arnold Gehlen (Arbeitsbericht für 1963, in: *Mitteilungsblatt der Abendländischen Akademie*, Jg. 1 [1964], S. 3–5).

⁶⁷ Bei Guido MÜLLER/Vanessa PLICHTA, *Zwischen Rhein und Donau* (wie Anm. 5), S. 45 f. heißt es: „Ein Grund für die zunehmende Randständigkeit des abendländischen Denkens in der Bundesrepublik war sicherlich, dass die ‚Abendländer‘, nachdem sie in den späten vierziger Jahren auch linkskatholische Überzeugungen vertreten hatten, mit Beginn der fünfziger Jahre zunehmend in rechtskonservative Kreise gerieten und in Opposition gegen das poli-

der allerdings ebenso wenig die verschiedenen politisch-ideologischen und theologisch-konfessionellen Facetten ausleuchtet, die innerhalb der Eichstätter Akademietagungen erkennbar wurden. Der Eindruck der Homogenität von „Abendländischer Aktion“ und „Akademie“ wird ungebührlich verstärkt. So bemerkt Schildt – durchaus zutreffend –, dass „der gemeinsame Bezug auf das ‚Abendland‘“ die Konfessionen nicht zuletzt auch in ihrem „Kampf gegen den vor allem als gottlos charakterisierten ‚Bolschewismus‘“ zusammengeführt habe, doch scheint sein Zusatz, dass diese Art von Ökumene „allerdings unter katholischer Suprematie“ gestanden habe, fragwürdig.⁶⁸ Offen bleibt nämlich, ob die katholische Suprematie quantitativ (z.B. Überzahl der Katholiken bei den Mitgliedern der Akademieorgane, den Referenten und den Teilnehmern der Akademietagungen) oder qualitativ (Protestanten folgen den Katholiken auch politiktheoretisch, theologisch-naturrechtlich o.ä.) zu verstehen ist. Zumindest letzteres ist zu bestreiten, da die Protestanten sich schwerlich unter die Führung des kirchlich-hierarchischen Lehrgebäudes, gar unter die Enzykliken der Päpste, gebeugt haben würden und vielmehr ihren eigenen, etwa in der Barmer Erklärung (Hans Asmussen) formulierten Zugang zum Staat im christlichen Abendland haben.

So nähren – trotz differenzierter Analysen in Einzelaspekten – Schildt und Müller/Plichta fälschlicher Weise den Eindruck einer fast nahtlosen Übereinstimmung von Abendländischer Aktion und Akademie. Auf die Ergebnisse von Helga Grebing und Martin Greiffenhagen, die in beträchtlichem Maße

tisch-gesellschaftliche System der Bundesrepublik traten.“ Welche rechtskonservativen Kreise die „Abendländer“ von ihren linkskatholischen Positionen (wie sie ähnlich in der Zeitschrift der Walberberger Dominikaner „*Die Neue Ordnung*“ und in den Sozialausschüssen der CDU vertreten wurden) weg ins traditionalistische Fahrwasser gezogen haben sollen, wird nicht gesagt. Offenbar vermögen sich die Autoren das – tatsächliche oder vermeintliche – Spannungsfeld zwischen sozialreformerischen Vorstellungen des „Neuen Abendlands“ und des „Abendländische Manifests“ von Gerhard Kroll einerseits und die traditionalistisch-ständestaatlichen Vorstellungen andererseits nicht zu erklären.

68 Axel SCHILDT (wie Anm. 15), S. 197; eine gewisse Problematik des Protestantismus nach 1945 hinsichtlich anthropologischer und allgemein-sittlicher Begründungen und Rechtfertigung von demokratischem Staat, Verfassung, Grundrechten, christlichen Parteien u.ä. wird man nicht übersehen können (vgl. Hans-Gerd FISCHER, *Evangelische Kirche und Demokratie nach 1945. Ein Beitrag zum Problem der politischen Theologie*, Lübeck 1970) – ein Manko, das zu einer gewissen programmatischen Vorreiterrolle der Katholiken in der Union der frühen Jahre geführt hat, ohne dass allerdings die Protestanten den katholisch-naturrechtlichen Positionen gefolgt wären, wie sie vor allem im Kreis um das „Neue Abendland“ vertreten wurden. (Hermann Ehlers. *Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950–1954*, hg. von Karl Dietrich ERDMANN, Boppard 1991, S. 327, bemerkt, dass „allgemein“ und auch im „besonderen Falle auf evangelischer Seite“ der katholische Naturrechtsbegriff „nicht übernommen werden“ kann. Den Katholiken empfiehlt er eine „sparsamere Verwendung“ des Naturrechts, den Evangelischen „eine klarere Aussage über das Naturrecht“; vgl. auch Hans ASMUSSEN, *Die evangelischen Kirchen nach der Wahl*, in: NA 8 (1953), S. 723 f., ferner oben Anmerkung 12 und 13)

die historische und ideengeschichtliche Forschung beeinflusst haben, wird nicht eingegangen. Immerhin hatte Helga Grebing ihre Behauptung einer beachtlichen Nähe von Abendländischer Aktion und Abendländischer Akademie durch ein theoretisches Konzept abgestützt: So verbindet die Autorin u.a. die Restaurationstheoretiker, wie sie die Abendländische Aktion und ihr Manifest kennzeichnen (Gerhard Kroll, Emil Franzel, Paul Wenger u.a.), mit der katholischen Staats- und Soziallehre, als deren Vertreter Theologen und Sozialethiker wie Gustav Gundlach, Johannes Messner, Jakob Hommes u.a. angeführt werden. Diese theoretisch-ideengeschichtliche Differenzierung ist so voraussetzungsvoll wie folgenreich. Grebing bemerkt, dass es hinsichtlich der Bemühungen um Wiederherstellung eines „christlichen Staates“ (im Sinne etwa Gerhard Krolls und der katholischen Staats- und Soziallehre)⁶⁹ einen grundlegenden gemeinsamen Bezugspunkt gibt: die ontologisch-normative Ordnungsidee, wie sie im Naturrecht der katholischen Kirche entfaltet ist (exemplarisch in der Rede Gustav Gundlachs).⁷⁰ In der Tat wird man diesen Befund nicht leugnen können. Allerdings schließt diese Feststellung stillschweigend eine weitere Behauptung ein: dass nämlich die ontologisch-normative Ordnungsidee in dieser oder ähnlicher Form für den gesamten Katholizismus und damit wohl auch für die Katholiken innerhalb der Unionsparteien Geltung beanspruchen könne. Indem Grebing auf diese Weise den thomistisch-vorneuzeitlichen Vorbehalt gegenüber der Demokratie heraushebt, ist ihre These geeignet, den gesamten Katholizismus einer prinzipiellen Abwehrhaltung bezüglich des demokratisch-rechtsstaatlichen Denkens zu bezichtigen. Eine solche These ist jedoch nicht haltbar; sie lässt sich nicht einmal für die einschlägigen Beiträge der Eichstätter Akademietagungen belegen. Das Staats- und Verfassungsverständnis von Kroll, Franzel und auch Gundlach lässt sich schwerlich auf einen Nenner bringen mit dem der Verfassungsrechtler Hans Dombois, Ulrich Scheuner oder Adolf Süsterhenn, ungeachtet der Tatsache, dass letzterer als Katholik durchaus auf das katholische Naturrecht rekurriert.⁷¹

Die katholische Staats- und Naturrechtslehre, die Helga Grebing nur in kirchenoffizieller und theologisch-akademischer Version analysiert hat, ist

69 Vgl. Helga GREBING (wie Anm. 10), S. 263 ff.

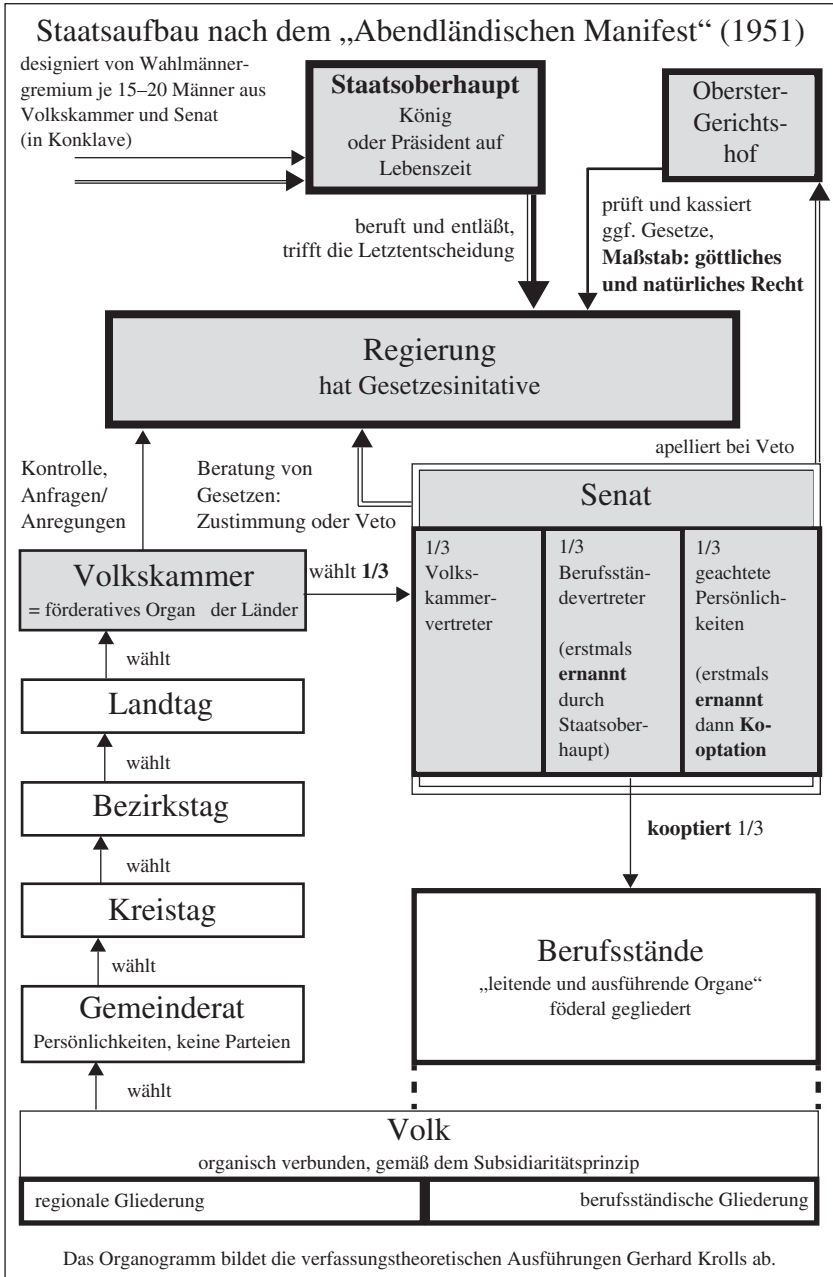
70 Vgl. Helga GREBING (wie Anm. 10), S. 283 ff.; auf diese These stützt Martin GREIF-FENHAGEN (wie Anm. 11) seine Annahme, dass die Gruppe um das Neue Abendland repräsentativ für den westdeutschen Konservatismus und seine Naturrechtsideologie nach 1945 sei.

71 Vgl. Adolf Süsterhenns Beiträge im Parlamentarischen Rat, *Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen (6. Sitzung vom 20.10.1948)*, Bonn 1948/49, S. 71 ff., die ganz selbstverständlich das verfassungstheoretische Instrumentarium wie Grundrechte, Gewaltenteilung, Verfassungsgerichtsbarkeit, pluralistische Entscheidungsbildung u.ä. voraussetzen. Dem neuscholastisch-organologischen Denken, das nicht mit Thomismus identisch ist, fiel dieser Zugang zum liberalen Staatsdenken schwer; vgl. Paul MIKAT, *Grundelemente katholischer Staatsauffassung*, in: Karl FORSTER (Hg.), *Christentum und Liberalismus*, München 1960, S. 85 ff., 100 f.

eben nicht identisch mit der Staats-, Verfassungs- und Gesellschaftstheorie, wie sie sich bei christlich-demokratischen Verfassungstheoretikern findet, die sich – sofern sie Katholiken waren – doch nur sehr allgemein auf die katholische Naturrechtslehre berufen haben und dies mühelos mit Demokratie verbinden konnten.⁷² Mögen sich bei den Akademietagungen in Eichstätt durchaus noch in nennenswertem Maße Reminiszenzen an die überkommenen Vorstellungen des integralistisch-konservativen Katholizismus des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts gezeigt haben, so heißt dies weder, dass es in diesem Kreise nicht durchaus entschiedene Gegenstimmen gegeben hat, noch bedeutet dies, dass die traditionalistisch bis revisionistisch eingestellten Teilnehmer der Akademietagungen repräsentativ für den deutschen (politischen) Katholizismus oder Konservatismus im Umfeld der Unionsparteien gewesen sind.⁷³ Bonn war nicht Eichstätt.

⁷² Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 495 ff., der – auf Adenauer und die frühe CDU-Programmatik bezogen – bemerkt, dass „auch nach 1945“ nicht von einer einheitlichen katholischen Soziallehre ausgegangen werden kann, sondern vielmehr zwischen dem ganzheitlichen Ansatz der Dominikaner und der personal-individualistischen Staats- und Gesellschaftstheorie der Jesuiten unterschieden werden müsse. Dies ist zutreffend, doch ist die personalistisch-individualistische Position der Jesuiten als schultheologische Richtung neuscholastischer Prägung in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten abzuheben von einem „christlichen Personalismus“ (Verantwortungsethik), wie er etwa die CDU-Programmatik seit dem Neheim-Hüstener Programm von 1946 kennzeichnet und schon geraume Zeit vor dem II. Vatikanischen Konzil (1962–1965) von Christen in Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur vertreten wird (vgl. hierzu Rudolf UERTZ, *Die Legitimität politischer Herrschaft. Das katholische Staatsdenken in Deutschland zwischen Naturrecht und politischer Theologie [1789–1965]*, Eichstätter Habilitationsschrift, Paderborn 2002).

⁷³ Die Tagungen bieten u.a. auch Anschauungsmaterial zu den theoretischen Positionen von Vertretern der konservativen Deutschen Partei (u.a. Joachim von Merkatz; seit 1960 CDU; vgl. DERS, *Aufgaben und Möglichkeiten einer konservativen Politik*, in: *Konservative Haltung in der politischen Existenz*). Traditionalistisch-ständische und monarchistische Positionen fanden in den 50er Jahren Widerhall vor allem in den Gebieten Altbayerns im Umfeld der Bayernpartei und des Hundhammer-Flügels der CSU.



Der „Ostpolitiker“ Gerhard Schröder. Ein Vorläufer der sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik?

Von Torsten Oppelland

Anders als der heutige Bundeskanzler, der sozialdemokratische Namensvetter Gerhard Schröders, der nicht alles anders, aber vieles besser als die Vorgängerregierung machen wollte, hat die erste sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Willy Brandt sich stärker von der früheren Zeit distanziert. Brandt hat die erstmalige Ablösung der CDU/CSU aus der Regierungsführung mit erheblichem Pathos als einen demokratischen Neuanfang bezeichnet. Mit den berühmten Worten seiner Regierungserklärung, man wolle „mehr Demokratie wagen“, hat er diesen Anspruch pointiert zusammengefasst.¹ War dies mehr auf die Innenpolitik gemünzt, so stellte die „neue Ost- und Deutschlandpolitik“, die von der sozialliberalen Regierung tatsächlich sehr schnell und zielstrebig in die Tat umgesetzt wurde, das außenpolitische Pendant dieses Neuanfangs dar. Obwohl die außenpolitische Neuansätze der sozialliberalen Koalition anfangs sehr viel stärker in eine Rhetorik der Kontinuität gekleidet wurden,² so wuchs diesen in der innenpolitischen Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Ostverträge eine für die Sozialdemokratie identitätsstiftende Kraft zu. Im Zeichen der Ostpolitik, für die Willy Brandt schon 1971 mit dem Friedensnobelpreis geehrt worden war, wurde der Wahlkampf von 1972 geführt.³ Nicht zuletzt weil die SPD bei dieser Wahl erstmals in der bundesdeutschen Geschichte die CDU/CSU an Stimmen übertraf, wurde die Ostpolitik besonders in der Rückschau zum eigentlichen Erfolg und Erbe der ersten sozialdemokratisch geführten Regierung seit 1930 stilisiert – ein Erbe, das für die SPD in der Opposition nach 1982 fast zu einer Belastung wurde.

Diese besondere Betonung des Neubeginns, der zugleich einen Bruch mit der vorherigen Politik darstellte, hat auch in der SPD-nahen Historiographie Spuren hinterlassen. Peter Bender etwa, der bereits in den sechziger Jahren einer der engagiertesten publizistischen Verfechter einer „neuen“ Ostpolitik im Sinne Brandts

¹ Vgl. Karl-Dietrich BRACHER/Wolfgang JÄGER/Werner LINK, *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart–Mannheim 1986 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest u. Eberhard Jäckel, Bd. 5/I), S. 24 f.

² Vgl. ebd., S. 163 f.

³ Vgl. Albrecht MÜLLER (in Zusammenarbeit mit Hermann MÜLLER), *Willy wählen '72. Siege kann man machen*, Annweiler 1997.

und Bahrs war, und der stellvertretende Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD, Heinrich Potthoff, betonen in ihren Darstellungen zur Ost- und Deutschlandpolitik den Bruch und das Neue an der sozial-liberalen Politik.⁴ Dagegen setzen konservativere Historiker und Politikwissenschaftler deutlich andere Akzente. Den Ton gab bereits 1970 der der CDU nahestehende Konstanzer Politologe Waldemar Besson an. In seiner Untersuchung der bundesdeutschen Außenpolitik, die unter dem Eindruck der neuen sozialliberalen Ostpolitik entstanden ist, diese aber noch nicht mitbehandelt, beschreibt er Schröders Ostpolitik der frühen sechziger Jahre als „Mittelstück“, als eine Art „Brücke“ zwischen der Adenauer-Ära und der Großen Koalition, deren Ostpolitik er bereits als „neu“ bezeichnet.⁵ Diese sehr viel mehr Kontinuität als Bruch konstruierende Wertung Bessons ist auch von späteren Autoren, die die sozialliberale Ostpolitik sehr wohl mit im Blick hatten, aufgegriffen und zitiert worden.⁶ Eine solche Sicht entkleidet die sozial-liberale Außenpolitik der siebziger Jahre ein wenig des Besonderen und des Neuen.

Keht man die Kontinuitätsthese um, so heißt dies nichts anderes, als dass die Schrödersche „Politik der Bewegung“ ihrerseits eine Art Vorläufer der späteren Politik von Brandt, Bahr und Scheel gewesen ist. Indes gehörte Schröder 1972 in der Debatte um die Ratifizierung der Ostverträge zu den entschiedenen Neinsagern in der Unionsfraktion, die sich sowohl gegen die Zustimmung wie auch gegen den Kompromisskurs einer Stimmenthaltung aussprachen.⁷ Stimm-

4 Vgl. Heinrich POTTHOFF, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999, S. 43–55 (zu Schröders Ostpolitik) und S. 57 ff. zu dem „entscheidenden Wandel“, zur „fundamentalen Wende“ in der Ost- und Deutschlandpolitik während der Großen Koalition, wobei Potthoff den Einfluss der SPD-Politiker Wehner, Brandt und Bahr für die neuen deutschlandpolitischen Ansätze der Großen Koalition hervorhebt; sowie Peter BENDER, *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag*, München 2. Aufl. 1989, S. 102–115 (zu Schröder) und S. 135 ff. zur Großen Koalition, der Bender stärker noch als Potthoff vorwirft, dass sie zu einer wirklich „neuen“ Ostpolitik noch nicht fähig gewesen sei. Eine vergleichbar scharfe Kritik der Politik Schröders findet sich auch bei Wolfram HANRIEDER, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994*, Paderborn u.a. 2. Aufl. 1995, S. 182–190. Ähnlich, wenn auch sehr knapp: Wilfried LOTH, *Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung*, München 1998, S. 112, sowie, etwas breiter, Manfred GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 400.

5 Waldemar BESSON, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970, S. 330–341, Zitat S. 336. Die auf eine ähnliche Kontinuitätslinie zielende Brückenmetapher stammt von Andreas HILLGRUBER, *Deutsche Geschichte 1945–1982. Die ‚deutsche Frage‘ in der Weltpolitik*, Stuttgart u.a. 4. Aufl. 1983, S. 89.

6 Christian HACKE, *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. u. Berlin 1993 (tb-Ausgabe), S. 129, und Gregor SCHÖLLGEN, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, München 1999, S. 64.

7 Vgl. zu den verschiedenen Positionen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion Christian HACKE, *Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969*, Köln 1975, sowie Anselm TIGGEMANN, *CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969–1972. Zur ‚Innenpolitik der Außenpolitik‘ der ersten Regierung Brandt*, Frankfurt/M. 1998.

te man der Kontinuitätsthese zu, würde dieses Verhalten Schröders fast einer Selbstverleugnung gleichkommen und wäre mehr als erklärungsbedürftig.

Aus heutiger Sicht lohnt es in doppelter Hinsicht, diese Frage von Kontinuität oder Bruch durch einen neuen Blick auf die Ostpolitik des Außenministers Gerhard Schröder aufzugreifen. Denn zum einen übersehen wir heute die Periode der deutschen Teilung, die mit dem Ost-West-Konflikt einherging, in ihrer Gesamtheit, und zum anderen sind mittlerweile nicht nur die offiziellen Akten der bundesdeutschen Außenpolitik für die sechziger Jahre ediert,⁸ sondern auch der Nachlass von Gerhard Schröder ist der Forschung freigegeben,⁹ so dass in weitaus stärkerem Maße quellengestützte Aussagen über Motive und Ziele, aber auch die Schwächen der Ost- und Deutschlandpolitik in der ersten Hälfte der sechziger Jahre möglich sind. Im folgenden soll deshalb zuerst ein neuer Blick auf Schröders Außenpolitik geworfen werden, um dann in einem zweiten Schritt seine Haltung zur sozialliberalen Ostpolitik zu untersuchen.

I. Gerhard Schröders Ost- und Deutschlandpolitik

Die Ostpolitik des Außenministers Gerhard Schröder, die unter der Bezeichnung „Politik der Bewegung“ bekannt wurde,¹⁰ bestand im wesentlichen darin, unter Ausnutzung des gewachsenen wirtschaftlichen Gewichts der Bundesrepublik Deutschland die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern, ohne das grundlegende Axiom der bundesdeutschen Außenpolitik, den Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland, aufzugeben. Der Weg dazu war in erster Linie der Abschluss von Handelsverträgen mit den osteuropäischen Staaten, an die sich gewisse Hoffnungen knüpften, auch die politischen Beziehungen zu verbessern.¹¹ Da der westdeutsche Alleinvertretungsanspruch jedoch weder für die DDR noch für deren Schutzmacht, die Sowjetunion, akzeptabel war,

⁸ *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland* [AAPD], hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, Hauptherausgeber: Hans-Peter SCHWARZ, Mitherausgeber: Helga HAFTENDORN, Klaus HILDEBRAND, Horst MÖLLER (ab Bd. 1964), Werner LINK u. Rudolf MORSEY. Wiss. Leiter: Rainer A. Blasius: 1963, 3 Tbde., bearb. v. Mechthild Lindemann u. Ilse Dorothee Pautsch, München 1994; 1964, 2 Tbde., bearb. v. Wolfgang Hölscher u. Daniel Kosthorst, München 1995; 1965, 3 Tbde., bearb. v. Mechthild Lindemann u. Ilse Dorothee Pautsch, München 1996; 1966, 2 Tbde., bearb. von Matthias Peter u. Harald Rosenbach, München 1997.

⁹ Nachlass Schröder: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin bei Bonn (ACDP), I-483.

¹⁰ So auch der Titel der jüngsten Studie zu Schröders Außenpolitik: Franz EIBL, *Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 60), München 2001.

¹¹ Schon 1963 wurden Handelsverträge mit Polen (7. März), Rumänien (17. Oktober u. 24. Dezember) und Ungarn (10. November) unterzeichnet, ein Vertrag mit Bulgarien folgte am 6. März 1964, vgl. ebd., S. 264 ff.

blieb diese Politik in ihrer Reichweite von vornherein auf die ost- und ostmitteleuropäischen „Satelliten“ der Sowjetunion begrenzt. Diese waren ihrerseits, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, seit Chruschtschow in seiner berühmten Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU mit dem Stalinismus gebrochen hatte, bestrebt, ihren Spielraum der Hegemonialmacht gegenüber auszuweiten. Spätestens 1967, als es Walter Ulbricht gelang, die Staaten des Warschauer Paktes im Rahmen der nach ihm benannten Doktrin darauf festzulegen, weitere Fortschritte in den Beziehungen zur Bundesrepublik von deren Anerkennung der DDR abhängig zu machen, allerspätestens jedoch 1968, als die SU in Prag bewies, dass sie bereit war, notfalls mit brutaler Gewalt die Erosion ihres Machtbereichs zu verhindern, galt eine Ostpolitik an der DDR und der Sowjetunion vorbei als gescheitert.¹²

Weder die zeitgenössische noch die *ex post* vorgenommene Kritik daran, dass Schröder seine Ostpolitik unter Umgehung der Sowjetunion ins Werk setzte, berücksichtigt jedoch in hinreichendem Maße, dass dies keineswegs die freie, strategische Entscheidung des Außenministers war.

Schon ganz am Anfang seiner Amtszeit als Außenminister musste Schröder erkennen, dass die Sowjetunion die Anerkennung der sogenannten Nachkriegsrealitäten, d.h. in erster Linie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der polnischen Westgrenze, zur Voraussetzung von bilateralen Verhandlungen machte. Spätestens nach einem „Höflichkeitsbesuch“ bei seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko am Rande der Genfer Abrüstungskonferenz¹³ sah Schröder ein, dass es nicht möglich sein würde, ohne Vorbedingungen mit Moskau ins Gespräch zu kommen.¹⁴ Die sowjetischen Bedingungen zu akzeptieren, wäre jedoch zu Beginn der sechziger Jahre, selbst wenn Schröder dies gewollt hätte – was nicht der Fall war – innenpolitisch völlig ausgeschlossen gewesen.

Angesichts dieser kompromisslosen Haltung Moskaus wurden die osteuropäischen Staaten mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zum Adressaten seiner „Politik der Bewegung“; dennoch war Schröder keineswegs daran interessiert, den Gesprächsfaden nach Moskau ganz abreißen zu lassen. Dies wurde ganz deutlich, als sich im Sommer 1964 während des Besuchs des Chruschtschow-Schwiegersohns Adschubej in der Bundesrepublik gewisse Möglichkeiten zu eröffnen schienen.¹⁵

12 So beispielhaft: P. BENDER (wie Anm. 4), S. 106 f. u. 114 f.

13 Dolmetscheraufzeichnung, 12. März 1962, ACDP, I-483, 281/1.

14 Vgl. zu den Einzelheiten des deutsch-sowjetischen Notenwechsels von der Jahreswende 1961/62 meine demnächst als Buch erscheinende Habilitationsschrift: *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Eine politische Biographie Gerhard Schröders (1910–1989)*, Jena 2000, Kap. 7.3.c.

15 Vgl. Daniel KOSTHORST, *Sowjetische Geheimpolitik in Deutschland? Chruschtschow und die Adschubej-Mission 1964*, in: VfZ 44 (1996), S. 257–293, sowie T. OPPELLAND, *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* (wie Anm. 14), Kap. 8.2.b.

Mochte Willy Brandt den Kurs des Außenministers schon in seiner Tutzing-Rede vom Juli 1963 mit den Worten: „Es gibt eine Lösung der deutschen Frage nur mit der Sowjetunion, nicht gegen sie“¹⁶ auch implizit kritisieren, so kann doch kein Zweifel bestehen, dass ein entscheidender Unterschied zwischen der Situation 1962 und der von 1969 bestand, als die sozialliberale Koalition ihre ostpolitischen Ideen umzusetzen begann. Denn seit der Budapester Erklärung vom März 1969 sandte Moskau auf offiziellen und inoffiziellen Kanälen Signale der Verhandlungsbereitschaft, ohne dass die Anerkennung des Nachkriegs-Status quo, d.h. die volle Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze „Vorbedingungen für Verhandlungen“ waren.¹⁷

Die beiden genannten sowjetischen Vorbedingungen hatten im übrigen für Gerhard Schröder eine sehr unterschiedliche Qualität. Ende 1955 hatte er als neuer Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) in dessen Organ, der „Evangelischen Verantwortung“, in einem Ausblick auf das kommende Jahr Breslau und Gleiwitz mit Blick auf das ganze Deutschland noch ohne zu zögern miteinbezogen.¹⁸ Doch schon gut zwei Jahre später klang das bei ihm ganz anders; auf der Jahrestagung des EAK von 1958, die unter dem Motto „Wiedervereinigung – Verteidigung – Europa“ stand, sprach er davon, dass „das Deutschland jenseits von Oder und Neiße durch eine fast restlose Vertreibung der Deutschen eine nationalpolitisch tote Zone geworden“ sei, und setzte noch hinzu, dass zwischen „dieser toten Zone und der Bundesrepublik ... jene 17 Millionen Deutsche [lebten], an die wir in erster Linie denken, wenn wir von Wiedervereinigung sprechen“¹⁹. De facto hatte Schröder hier ganz offen ausgesprochen, dass die Wiedervereinigung nur die Bundesrepublik und die DDR betreffe.²⁰ Diese Einsicht hinderte ihn jedoch nicht daran, eine Anerkennung der

16 Zit. nach Timothy GARTON ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München–Wien 1993, S. 101.

17 Ebd., S. 90 (Hervorhebung von Garton Ash, der die Änderung der sowjetischen Haltung auf den „Erfolg“ bei der Niederschlagung des Prager Frühlings zurückführt, aber auch auf das Interesse an stärkeren wirtschaftlichen Kontakten zur Bundesrepublik; insofern ist bezeichnend, dass die Signale bereits vor dem Wahlsieg der entspannungsbereiteren Kräfte in der Bundesrepublik erfolgte; Garton Ash spricht auch davon, dass sich Adenauers – und hier kann man Schröder, der sich in ostpolitischen Fragen kaum von Adenauer unterschied und seine „Politik der Bewegung“ unter dem alten Kanzler ins Werk setzte, getrost hinzufügen – Hoffnungen tatsächlich teilweise erfüllt hätten). In diesem Zusammenhang darf auch nicht übersehen werden, dass die SPD mit ihren Versuchen, direkte Verhandlungen mit Moskau zu initiieren, Ende der fünfziger Jahre gescheitert ist, vgl. Petra WEBER, *Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie*, München 1996, S. 619 ff.

18 Gerhard SCHRÖDER, *Unsere Aufgabe*, in: *Evangelische Verantwortung* 1/56, S. 2 f.

19 „Die innenpolitischen Voraussetzungen der Wiedervereinigung“, Manuskript der Rede v. 6. Juni 1958, ACDP, I-483, 054/2.

20 Aufgrund derartiger Äußerungen, die besonders im evangelischen Raum große Beachtung fanden, richteten sich bei gerade Polen gegenüber entspannungsbereiten Protestanten wie

Oder-Neiße-Grenze als Voraussetzung von Verhandlungen strikt abzulehnen. Vielmehr sah Schröder in dem aus machtpolitischen Gründen nicht durchsetzbaren deutschen Rechtsanspruch ein Unterpfand für die Verhandlungen über einen möglichen Friedensvertrag. In einem Interview mit der Bonner Rundschau nannte er fast analog zu Kennedys berühmter „four essentials“-Rede als einen seiner vier Grundsätze für eine interessengeleitete, konsequente deutsche Außenpolitik, „dass die Festlegung der deutschen Grenzen einem Friedensvertrag mit dem wiedervereinigten Deutschland vorbehalten bleibt“²¹. Mit anderen Worten, Polen sollte die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nur im Gegenzug für die Wiedervereinigung konzidiert werden.

Was die Anerkennung der DDR, also den zweiten Aspekt der Anerkennung der „Nachkriegsrealitäten“, betraf, so war Schröders Position noch wesentlicher weniger konziliant. Eindeutig erklärte er im April 1964 in einer Rede auf der Mitgliederversammlung des Wirtschaftsverbandes der Eisen, Blech und Metall verarbeitenden Industrie, der er sich aufgrund seiner eigenen früheren Tätigkeit verbunden fühlte,²² was Ost- und Entspannungspolitik nicht beinhalten dürfe: direkte Verhandlungen mit „Pankow“, denn dort gebe es eine Führungsschicht, „die sich nicht in dem Sinn als deutsch betrachtet, in dem wir uns als freie Deutsche empfinden, die ... eine Vollstreckungsschicht ist, nämlich zur Vollstreckung eines kommunistischen Auftrags“. Im totalitären Staat – sie alle hätten das in der Zeit des Nationalsozialismus selbst erlebt – genüge eine schmale Führungsschicht zur Ausübung der Herrschaft. Deshalb sei es „ein falscher und im Grunde undurchführbarer Weg“, sich dem Ziel der Wiedervereinigung durch „mehr und mehr Kontakte mit der kommunistischen Führungsschicht in der sowjetischen Besatzungszone“ annähern zu wollen.²³ Die Anspielung auf Egon Bahrs Tutzingener Rede, die Formel „Wandel durch Annäherung“, ist offensichtlich. Die von Berlin aus, von Brandt und Bahr begonnene Politik der Verhandlungen mit der DDR, die zu den Berliner Passierscheinabkommen führten, sah Schröder außerordentlich ambivalent. Einerseits war er sich der Gefahr der deutschlandpolitischen Stagnation durchaus bewusst, insbesondere der Gefahr der schleichenden Entfremdung zwischen den Deutschen dies- und jenseits der Demarkationslinie, der das Passierscheinabkommen in engen Grenzen entgegen-

den Verfassern des Tübinger Memorandums von 1961 große Erwartungen an den neuen Außenminister, vgl. Martin GRESCHAT, „*Mehr Wahrheit in der Politik!*“ *Das Tübinger Memorandum von 1961*, in: VfZ 48 (2000), S. 491–513, hier bes. S. 509. – Derartige Äußerungen blieben natürlich den Vertriebenen in der Union nicht verborgen und erklären das Misstrauen und die späteren, zum Teil äußerst heftigen Angriffe auf den Außenminister aus diesem Spektrum der Unionsparteien, vgl. T. OPPELLAND, *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* (wie Anm. 14), S. 580 f.

21 Interview mit der *Bonner Rundschau* v. 30. April 1962.

22 Zu Schröders Tätigkeit in der Stahlindustrie vgl. T. OPPELLAND, *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* (wie Anm. 14), Kap. 4.

23 Redemanuskript v. 10. April 1964, ACDP, I-483, 141/1.

wirken konnte.²⁴ Ein Rezept gegen solche Entfremdung besaß Schröder zwar auch nicht, aber er hoffte, dass man sich an die Deutschland zerschneidende Grenze nicht würde gewöhnen können und dass sich die Anziehungskraft der Bundesrepublik auf die Bevölkerung der „Zone“ nicht erschöpfen würde. Andererseits sah er die eigentliche Gefahr des Passierscheinabkommens darin, dass die andere Seite die Situation ausnutzen werde, um schrittweise zu einer Anerkennung der östlichen Drei-Staaten-Theorie zu gelangen. Ohne dass sich institutionell etwas ändere, werde der Osten den Anschein erwecken, „menschlicher zu sein als allgemein angenommen werde, und die Öffentlichkeit werde sagen, man könne mit jenen Leuten verhandeln, und das Ergebnis sei auch ganz erfreulich“. Das würde letztlich zu einer Festigung des Status quo führen.²⁵

Schaut man auf die Prämissen der Schröderschen Ostpolitik – Nichtanerkennung der DDR, Konzessionen in der Grenzfrage erst vom wiedervereinigten Deutschland – so kann man mit Recht fragen, worin sich diese überhaupt von der bis dahin gültigen Politik der Hallstein-Doktrin unterschied.²⁶ Dennoch war es Schröders erklärtes Ziel, gerade in die östliche Richtung neue Wege auszuprobieren.

Um dabei Fortschritte zu machen, versammelte Schröder Ende Mai 1962 einen sehr kleinen Kreis von Mitarbeitern aus dem Auswärtigen Amt zu einem Brainstorming im Kloster Maria Laach. Leider sind davon nur sehr knappe Aufzeichnungen erhalten, die andeuten, dass es um die Frage ging, wie weiter vorzugehen sei: „neue Memoranden?, diplom[atische] Erklärungen, Handelsinitiativen?, kulturelle Betätigung?, Prognosen“.²⁷ Eine besondere Rolle hat dabei offenbar der Leiter des Referats „Sowjetunion“, Hans-Albert Reinkemeyer, gespielt, der damals nicht nur als einer der brilliantesten jüngeren Diplomaten galt, sondern auch mit dem amerikanischen Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski persönlich befreundet war.²⁸ Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Reinkemeyer Schröder bei dieser oder einer anderen Gelegenheit auf einen von Brzezinski mitverfassten Aufsatz von 1961 in der wohl wichtigsten amerikanischen

24 So z.B. in der Fernsehsendung „Bürger fragen – Politiker antworten“ v. 9. Sept. 1963, vgl. die Mitschrift in ACDP, I-483, 141/2.

25 So am 28. Dez. 1963 im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk, der sich sehr befürwortend zum Passierscheinabkommen geäußert hatte, AAPD 1963, Dok. 487, S. 1683.

26 Vgl. zur Hallstein-Doktrin Rüdiger Marco BOOZ, „Hallsteinzeit“. *Deutsche Außenpolitik 1955–1972*, Bonn 1995.

27 Aufzeichnung Schröders v. 23. Mai 1962, ACDP, I-483, 272/2.

28 Interview mit Schröders Persönlichem Referenten, Dr. Klaus Simon, v. 19. Sept. 1995. Schröder hat Reinkemeyer auch persönlich so sehr geschätzt, dass er bei dessen Beerdigung – Reinkemeyer verstarb schon 1964 an Krebs – die Trauerrede hielt, was er sonst bei keinem anderen Beamten getan hat; die Witwe des Diplomaten dankte Schröder am 19. April 1964 dafür, dass er „während der Beisetzungsfeierlichkeiten vor der Öffentlichkeit einen so persönlichen Schmerz über den Verlust Ausdruck verliehen“ habe (ACDP, I-483, 099/2).

Zeitschrift zur Außenpolitik, den *Foreign Affairs*, aufmerksam machte. Auf jeden Fall ist eine gewisse Übereinstimmung zwischen Schröders Politik und dem Denken des aus Polen stammenden Amerikaners auffällig.²⁹ Brzezinski, der der Kennedy-Administration nahe stand, ging es um eine realistische und konstruktive Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Osteuropa, das seit 1956 nicht mehr der monolithische Block war, als der es früher vom Westen aus wahrgenommen wurde. Als Ziele einer solchen Osteuropapolitik nannte Brzezinski drei Punkte, erstens die weitere Diversifizierung innerhalb des Ostblocks zu stimulieren, zweitens dadurch die Möglichkeit der osteuropäischen Länder zu erhöhen, größere Unabhängigkeit von Moskau zu erlangen, und drittens – gewissermaßen als langfristiges Endziel – einen Gürtel von neutralen Staaten zu schaffen, die ähnlich Finnland über innenpolitischen Freiraum verfügen sollten, ohne sich dabei einem Bündnis gegen die Sowjetunion anschließen zu dürfen. Bei einer solchen Politik sollten auch die Alliierten der USA beteiligt werden, wobei Brzezinski eher skeptisch hinsichtlich der Möglichkeiten der Bundesrepublik war. Von deutscher Seite sei wenig mehr möglich, als die Feindschaft, die vor allem in Polen und der Tschechoslowakei angesichts des politischen Erbes des Krieges noch immer herrsche, allmählich abzubauen – z.B. durch Wiedergutmachung gegenüber Opfern des Nationalsozialismus ähnlich wie im Falle Israels. Die Hallstein-Doktrin, so Brzezinski, müsse allerdings überprüft werden; dazu schlug er keine „Geburtsfehler-Theorie“³⁰, sondern eine Unterscheidung zwischen freien und „captive nations“ vor. Zusätzlich müssten die USA der Bundesrepublik klar machen, dass eine Wiedervereinigung ohne eine vorherige Änderung des polnisch-sowjetischen Verhältnisses nicht möglich sei; für eine solche Änderung wiederum sei eine klare Stellungnahme der Vereinigten Staaten hinsichtlich des Bestandes der Oder-Neiße-Grenze für den Fall der deutschen Wiedervereinigung unabdingbar. Diese sei insofern im langfristigen deutschen Interesse. An der Nichtanerkennung der DDR allerdings sollten die USA festhalten, ein „peaceful engagement“ sollte für sie nicht gelten. Dies, zusammen genommen mit dem langfristigen Endziel, einen Gürtel neutraler Staaten in Osteuropa zu schaffen, kann man tatsächlich als eine Strategie interpretieren, die DDR innerhalb des

29 Zbigniew BRZEZINSKI/ William E. GRIFFITH, *Peaceful Engagement in Eastern Europe*, in: *Foreign Affairs* 39 (1960/61), S. 642–654. Vgl. W. BESSON (wie Anm. 5), S. 335, dem bereits aufgefallen war, dass „Schröders Pläne von Anfang an stark unter dem Einfluss“ Brzezinskis entstanden; F. EIBL (wie Anm. 10, hier S. 261 FN 31) weist die Darstellung von Besson zu Unrecht zurück, da er diesen Aufsatz nicht berücksichtigt, sondern sich lediglich auf eine Buchveröffentlichung Brzezinskis aus dem Jahr 1965 bezieht.

30 Zur früheren Überlegungen im Auswärtigen Amt, die Beziehungen der osteuropäischen Staaten zur DDR als eine Art „Geburtsfehler“ zu betrachten und insofern aus dem Geltungsbereich der Hallstein-Doktrin auszuschließen, vgl. Daniel KOSTHORST, *Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 26), Düsseldorf 1993, S. 177–191, bes. 184 f.

Ostens zu isolieren. Brzezinski ging es in erster Linie um Polen und die anderen osteuropäischen Staaten, aber sein Denken war auch für eine deutsche Politik interessant, die nach neuen Wegen für die Wiedervereinigung suchte, wenn auch ein der CDU angehörender Außenminister nicht so weit wie der amerikanische Politikwissenschaftler gehen konnte.³¹

Keine zwei Wochen nach den Beratungen von Maria Laach begann in Dortmund der 11. Bundesparteitag der CDU (1962), auf dem Schröder seine erste programmatische Rede zur Außenpolitik halten sollte – ein Zusammenhang zwischen beidem ist also durchaus zu vermuten. Es gab auf diesem „Parteitag der Diskussion“ vier Arbeitskreise, einen davon zur Außenpolitik, bei dem Schröder das Hauptreferat hielt.³²

Schröders Rede begann mit einem weiten Überblick über die Erfolge in der Entwicklung der Bundesrepublik, die sich aus kleinsten Anfängen zu einer bedeutenden Wirtschaftsmacht entwickelt habe, was er nicht zuletzt auf die Politik der wirtschaftlichen Integration in Europa zurückführte. Das eigentlich neue Element, das er durchaus in Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler in die bundesdeutsche Außenpolitik einführen wollte, nannte er erst ganz am Ende seiner Rede. Hier gab es wirklich – zumal für einen CDU-Parteitag – neue Töne:

„Auch die Völker des Warschauer Pakts gehören zu Europa. Ich meine es wäre gut, wenn die kommunistische Hasspropaganda und wenn die Ressentiments abgebaut würden, die das Verhältnis zwischen den osteuropäischen Völkern und dem deutschen Volk stören. Das ist durchaus möglich, wenn die Regierungen des Ostblocks sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Ein Anfang könnte z.B. damit gemacht werden, bessere kulturelle und menschliche Kontakte zwischen den Deutschen in der Bundesrepublik und den osteuropäischen Völkern herzustellen... Wir sind an der geistigen Auseinandersetzung, die zur Zeit im Ostblock stattfindet, ernsthaft interessiert und sind überzeugt, dass die kulturelle und politische Entwicklung des freien Europas kennen zu lernen, für alle aufgeschlossenen, undogmatisch denkenden Menschen Osteuropas ebenfalls von Wert ist“ (S. 15).

31 Vgl. auch William E. GRIFFITH, *Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1981, S. 347, Anm. 23; der Mitverfasser des damaligen Aufsatzes in den *Foreign Affairs* behauptet, man habe damals für eine Isolierung der DDR plädiert, weil dies der offizielle Kurs der Bundesrepublik gewesen sei, den man unterstützen wollte. Dies kann aber kaum überzeugen, denn die vorgeschlagene Politik der Öffnung nach Osteuropa und gar noch Wiedergutmachungszahlungen an den kommunistischen Machtbereich standen in krassem Widerspruch zur offiziellen westdeutschen Außenpolitik. Tatsächlich hatte die DDR in einer „Finlandisierungsstrategie“ für Osteuropa, wie sie in diesem Artikel konzipiert wurde, keinen Platz, da die DDR nie ein wirklicher Nationalstaat war, der ohne das Korsett der Blockzugehörigkeit hätte überleben können.

32 CDU DEUTSCHLANDS (Hrsg.), *11. Bundesparteitag, Dortmund, 2.–5. Juni 1962*, Hamburg 1962, S. 70–82; im folgenden wird nach dem Sonderdruck des BULLETIN (Nr. 104/1962) zitiert: Gerhard SCHRÖDER, *Deutschland, Europa und die freie Welt*.

Die Nähe dieser Gedanken, die Schröder hier in aller Vorsicht, vor allzu hohen Erwartungen warnend und Geduld anmahnd, entwickelte, zu Brzezinskis „peaceful engagement“ ist offenkundig, wenn auch Schröder weder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen noch etwa Wiedergutmachungszahlungen vorschlug. Eindeutig klar ist auch die hinter dieser Politik der Annäherung stehende Zielsetzung: „Wir Deutschen leben nun einmal in der Mitte Europas, und unser geteiltes Volk leidet unter der Ost-West-Spaltung mehr als alle anderen europäischen Völker. Es ist daher unsere Aufgabe, trotz aller Widerstände der anderen Seite, Brücken zu schlagen und die Spaltung Europas, soweit uns dies möglich ist, zu überwinden“ (S. 15).

Dass das unausgesprochene Ziel dieses Brückenschlages die Wiedervereinigung war, die notwendig aus der Überwindung der Spaltung Europas resultieren musste, ist ebenso offenkundig.

Diese Genese von Schröders ostpolitischer Akzentsetzung ist deshalb so wichtig, weil sie auf den doppelten Kontext hinführt, in dem Schröders „Politik der Bewegung“ stand. Der eine Kontext, der hier klar zutage liegt, ist die direkte Wiedervereinigungsperspektive. Schröder hat dies später weiter elaboriert, indem er ausführte, dass nur ein Weg bliebe, wenn direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion und der DDR nicht möglich bzw. nicht akzeptabel seien, nämlich ein indirekter Weg: „Zu diesen indirekten Mitteln gehört natürlich, dass wir jede Verfestigung in dem kommunistischen Block zu verhindern suchen und uns im Gegenteil bemühen, eher die *natürlichen*, zum Teil *aus dem Nationalen* gespeisten Auflösungskräfte in geeigneter Weise zu unterstützen.“³³ Die Erosion der sowjetischen Herrschaft und eine gewisse Isolierung der DDR im sozialistischen Lager sollten das Ziel der Wiedervereinigung der Verwirklichung näher bringen.

War also Schröder ein Anhänger einer der vielen kursierenden „Halb-Utopien“ im Blick auf die Lösung der deutschen Frage?³⁴ Diese Frage zu bejahen, hieße den zweiten, den amerikanischen Kontext, der sowohl für die Entstehung als auch die Zielsetzung von Schröders Ostpolitik von überragender Bedeutung war und der bereits in der Entstehungsgeschichte von Schröders Ostpolitik erkennbar gewesen war, zu ignorieren. Schröder hatte den Wandel der amerikanischen Außenpolitik seit den späten fünfziger Jahren sehr bewusst wahrgenommen. Er zog daraus jedoch ganz andere Schlüsse als etwa Konrad Adenauer. Der Kanzler zeigte sich zusehends verbittert über die schleichende Abkehr der Amerikaner von der Politik des im Deutschland-Vertrag niedergelegten Junktims zwischen

33 Redemanuskript (wie Anm. 23, Hervorhebung von mir, T.O.). Auch im Zusammenhang mit der Sowjetunion sprach Schröder davon, dass diese unter bestimmten Umständen, etwa aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen des Konfliktes mit China, „ihren eigenen unmittelbaren *nationalen* Interessen unter Umständen einen Vorrang vor den mehr *ideologischen* Interessen geben werde“ (ebd.).

34 So F. EIBL (wie Anm. 10, hier S. 264 FN 42), ein Zeitzeugeninterview mit Horst Osterheld, dem damaligen außenpolitischen Referenten im Kanzleramt, zitierend.

Entspannungs- und Deutschlandpolitik, die er als den zentralen Inhalt des deutsch-amerikanischen Verhältnisses ansah. Um so mehr war er von der kompromisslos harten Haltung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle in der Berlin-Krise beeindruckt. Im Frühjahr 1962, als es zu neuen Konflikten mit den Vereinigten Staaten gekommen war, versuchte er seinem Außenminister klarzumachen, dass es nicht reiche, nur auf das Vertrauen der Amerikaner zu setzen; man müsse deutscherseits vielmehr bereit sein, „mit den Amerikanern einige Jahre in Spannung zu leben“ und verstärkt „auf das deutsch-französische und das europäische Pferd setzen“³⁵. Dies ging Schröder jedoch viel zu weit; er interpretierte das Bündnis mit der amerikanischen Weltmacht als den eigentlichen Kern von Adenauers „Politik der Stärke“ – nicht völlig, aber doch größtenteils unabhängig von der inhaltlichen Ausrichtung der amerikanischen Politik. Deshalb ging er bereitwilliger auf die amerikanische Entspannungspolitik ein und versuchte diese gewissermaßen von innen her zu beeinflussen. Die von Brzezinski entworfene Ostpolitik war aus seiner Perspektive eine ideale Strategie, um sich gleichzeitig der neuen amerikanischen Politik anzupassen und diese für die deutschen (Wiedervereinigungs-) Interessen nutzbar zu machen.

Gerhard Schröder verfügte über einen klaren Machtrealismus, der ihn niemals glauben ließ, allein die Positionsgewinne der Bundesrepublik in Osteuropa oder eine gewisse Isolierung der DDR könne die Wiedervereinigung herbeiführen. In einem Hintergrundgespräch mit einigen Journalisten erlaubte sich Schröder einmal, sehr viel offener über seine Motive und Ziele zu reden, als er das sonst in der Öffentlichkeit zu tun pflegte.³⁶ Der Ausgangspunkt dabei war die Frage eines der beteiligten Journalisten nach dem Stichwort von der „Europäisierung der deutschen Frage“, die damals unter dem Eindruck der Politik de Gaulles beispielsweise von Franz Josef Strauß häufig gebraucht wurde: „Ich glaube auch

35 Horst OSTERHELD, *„Ich gehe nicht leichten Herzens.“ Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht*, Mainz 1986, S. 111. In Schröders Erinnerung war diese Absichtserklärung Adenauers der Punkt, an dem es im Gespräch zu Auseinandersetzungen gekommen war, denn er, Schröder, habe „kräftig“ opponiert und die französische Karte „als ein Kärtchen“ bezeichnet, autobiographisches Interview v. 11. Januar 1972, ACDP, I-483, 262/3 (Manuskript, S. 18). Dies war zugleich der eigentliche Kern im unionsinternen Konflikt zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“; F. EIBL (wie Anm. 10, hier S. 120 f.) sieht das im Prinzip völlig richtig, bezieht es aber nicht auf die Schrödersche Ostpolitik.

36 Wie es Schröder zuweilen im Gespräch mit Journalisten passierte (einige unbedacht offene Äußerungen in der Zeit des Mauerbaus 1961 hätten beinahe seine Berufung zum Außenminister verhindert, vgl. T. OPPELLAND, *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* [wie Anm. 14, hier S. 429 f.]), ließ er auch hier seinen Gedanken so freien Lauf, dass ihm noch während des Gesprächs klar wurde, er habe vielleicht zu offen oder zu viel geredet, denn er insizierte mehrfach und nachdrücklich darauf, dass seine Bemerkungen vertraulich seien; später ließ er durch den Pressereferenten sicherstellen, dass keines der Exemplare des steno-graphischen Protokolls dieses Gesprächs in falsche Hände geriet, vgl. den Vermerk des Pressereferenten Jörg Kastl v. 24. Mai 1965, das Hintergrundgespräch selbst fand am 20. Mai 1965 im Auswärtigen Amt statt, vgl. beides in: ACDP, I-483, 107/1.

gar nicht, dass es eines Tages ein Kartell der ‚Kleinen‘ geben könnte, das zusammenkommt und sagt: Wir müssen endlich hier einen Größeren auf die Beine bringen, der größer ist als wir und eine klar herausragende Rolle hat. Die 58 Millionen des deutschen Volkes müssen um die 17 ergänzt werden und diese Sache schaffen wir Kleinen jetzt. Das haben Sie nirgendwo in der Welt erlebt. Das sind Vorstellungen, die gänzlich gegen jede geschichtliche Erfahrung gehen. Und deswegen soll man sie sich auch nicht einreden lassen“ (S. 27).

Diese sehr offenerzige Äußerung wirft ein bezeichnendes Licht auf die „Politik der Bewegung“ Osteuropa gegenüber. Diese sollte gewiss der allmählichen Überwindung des Status quo dienen und den osteuropäischen Staaten die Besorgnisse hinsichtlich des angeblichen deutschen Revanchismus nehmen. Aber hier zeigt sich, dass Schröder die Reichweite dieser Politik keinesfalls überschätzte. Den berühmten „Schlüssel zur Wiedervereinigung“ wählte er jedenfalls nicht in Warschau oder Prag.

Im folgenden führte Schröder aus, was er für die entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung hielt: „Ich bin fest davon überzeugt, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich ist, ohne dass ein Machtelement seine Berücksichtigung findet, und zwar in doppelter Weise ... Nach meiner Überzeugung kann es nur dadurch zustande kommen, dass wir in eine Situation kommen, in der die Hauptbeteiligten – und das sind auf der einen Seite die Sowjetunion und auf der anderen Seite die Vereinigten Staaten, plus der anderen Beteiligten – vor einer Art von Kräfteveränderung der weltpolitischen Szenerie stehen, die es auch den Sowjetrussen – was wir ihnen oft genug gesagt haben – interessant erscheinen lässt, diesen Vorgang [der Wiedervereinigung, T.O.] auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts geschehen zu lassen ... Also ich meine ein Machtelement nicht im Sinne kriegerischer Auseinandersetzung, sondern wirklich einer Veränderung der Machtverhältnisse.

Deswegen ist für mich jedenfalls das A und O, dass zu allem guten Willen und dem besten Willen und dem best geförderten Willen unserer Nachbarn und Freunde das Gewicht der Amerikaner in dieser Waagschale bleiben muss. Wenn das Gewicht der Amerikaner aus dieser europäischen Waagschale herausgenommen wird, dann ist diese Machtveränderung eben nicht herbeizuführen“ (S. 28).

Diese ins Unreine gesprochenen, nicht vorher hin- und hergewendeten Formulierungen geben ganz unmittelbar Aufschluss über Schröders Denken und seine außenpolitischen Überzeugungen. Sie zeigen auch, warum er zuweilen von den Amerikanern gewisse Zumutungen hinnahm. Das machtpolitische Gewicht der USA war in seinen Augen eben die entscheidende Voraussetzung dafür, die Bedingungen für eine Wiedervereinigung überhaupt erst schaffen zu können. Der Zusammenhang zwischen West- und Ostpolitik ist bei Schröder insofern absolut unauflösbar, und den Vorrang hatte stets die Bindung der Bundesrepublik an die Amerikaner.

Diese klare Priorität bei Schröder wirft im übrigen auch ein etwas anderes Licht auf die Frage nach Erfolg oder Misserfolg seiner Politik. Gewiss, der Wiedervereinigung war man am Ende seiner Amtszeit nicht näher als am Anfang, aber Schröder hatte selbst stets gemahnt, dass zur Überwindung des Status quo ein langer Atem notwendig sei und dass nicht mit kurzfristigen Erfolgen gerechnet werden dürfe. Ein Zeithorizont von wenigen Jahren ist zur Beurteilung einer Politik, deren Grundzüge wenig später aufgegeben wurden, sicher zu kurz. Zudem hat er mit seiner Politik nicht unerheblich dazu beigetragen, die deutsch-amerikanischen Beziehungen durch die schwierige Anpassungskrise der sechziger Jahre zu steuern; zwar waren noch nicht alle bilateralen Probleme am Ende seiner Amtszeit gelöst, die Weichen waren jedoch richtig gestellt.

Fasst man das Ganze im Blick auf die Ausgangsfrage nach der Kontinuität zwischen Schröders und Brandt/Scheels Ostpolitik zusammen, so lassen sich folgende Feststellungen treffen:

1. Schröder stand uneingeschränkt in der Tradition Adenauers, der Chancen für die Wiedervereinigung Deutschlands nur dann erwartet hatte, wenn es zu einer gravierenden Veränderung der machtpolitischen Relationen zwischen den beiden Hegemonialmächten USA und Sowjetunion, und d.h. letztlich einem Umdenken der Sowjets in der deutschen Frage aufgrund einer veränderten Beurteilung ihrer eigenen machtpolitischen, wirtschaftlichen und nationalen Möglichkeiten und Interessen, kommen würde. Damit eine derartige Veränderung der Machtverhältnisse sich zu deutschen Gunsten würde auswirken können, hatte das Bündnis mit den Vereinigten Staaten für Schröder allerhöchste Priorität. Damit geriet er zwar zeitweilig in heftige Gegensätze zu Adenauer und nicht unerheblichen „gaullistischen“ Kräften innerhalb der Union, aber er sah sich jedoch wiederum in der Tradition von Adenauers Politik der fünfziger Jahre, die er, angepasst an veränderte weltpolitische Bedingungen, fortführen wollte.

2. Indem Schröder bei aller größeren Flexibilität gegenüber den mittel- und osteuropäischen Verbündeten der DDR doch an der Nichtanerkennung des „Zonen-Regimes“ festhielt, stand er fest in der Tradition der Hallstein-Doktrin. Man kann sogar Booz zustimmen, dass er dieser mit seiner Osteuropapolitik in gewisser Weise eine offensive Ausrichtung gab.³⁷

3. Ein Akzeptieren des Status quo in der Hoffnung, diesen gerade dadurch allmählich verändern zu können, wie es die Formel Bahrs „Wandel durch Annäherung“ im Kern vorsah, kam für den Außenminister Schröder zu keinem Zeitpunkt in Frage. Vielmehr betrachtete Schröder das Verhältnis zwischen DDR und Bundesrepublik auf der internationalen Bühne als eine Art Nullsummenspiel: Statusgewinne der DDR waren zugleich Statusverluste der Bundesrepublik und

37 R. M. BOOZ (wie Anm. 26), S. 93 f.

beides musste verhindert werden.³⁸ Auch darin stand er in der Kontinuität der Hallstein-Doktrin.

Die Regierung Brandt-Scheel ging in allen diesen Punkten andere Wege. Die vielbeschworenen Nachkriegsrealitäten wurden von der sozialliberalen Regierung – gewiss mit dem Ziel sie zu überwinden – anerkannt. Die Lösung der deutschen Frage wurde nicht mehr von einer gravierenden Veränderung der Machtverhältnisse erwartet, sondern von der Überwölbung des Ost-West-Konflikts im Rahmen gesamteuropäischer kooperativer Strukturen wie der KSZE. Statusgewinne der DDR, die sich von einem praktisch nur im Ostblock anerkannten Außenseiter auf der internationalen Bühne zu einem allseits anerkannten UNO-Mitglied entwickelte – und die Entspannungspolitik durchaus als eigene Erfolgsgeschichte begriff –, galten auf diesem Wege als unvermeidlich. Die Prämissen waren insofern tatsächlich ganz andere als bei Schröder, ein ostpolitischer Kontinuitätsbruch unverkennbar.³⁹ Insofern kann man Schröders Ablehnung dieser „neuen“ Ostpolitik auch keineswegs als einen lebensgeschichtlichen Bruch ansehen. Dennoch sollte noch ein Blick auf die Argumente, mit denen er die sozialliberale Ostpolitik kritisierte, geworfen werden.

II. Gerhard Schröders Haltung zur „neuen“ Ostpolitik

Als Gerhard Schröder in der Ratifizierungsdebatte zu den Ostverträge schließlich sein weithin beachtetes „Nein“ sprach, kam das für die Bonner Beobachter, wohl auch für die Regierung, etwas überraschend. Man hatte sich von Schröders Stil über den Inhalt seiner Position täuschen lassen.

Die sozialliberale Regierung hatte in ihrem Willen, gerade in der Ostpolitik und im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander neue Wege zu gehen, ein enormes Tempo vorgelegt. Schon in Willy Brandts Regierungserklärung war die Formel von den „zwei Staaten in Deutschland“ einer der Hauptstreitpunkte zwischen Regierung und Opposition. Während die Regierung Brandt-Scheel ihre Ost- und Deutschlandpolitik forcierte – schon Ende Januar 1970 begannen Bahrs umstrittene Verhandlungen in Moskau, Anfang Februar die deutsch-polnischen Verhandlungen, im März bzw. im Mai traf Brandt in Erfurt und Kassel den DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph –, gingen große Teile der Opposition, also die

38 Dieses Verständnis Schröders wurde in der „Nahost-Krise“ der deutschen Außenpolitik 1965, als der ägyptische Staatschef Nasser Ulbricht zu einem offiziellen Staatsbesuch empfing, ganz deutlich, denn Schröder gehörte zu denen, die sich energisch dagegen wandten, dies als einen Anwendungsfall für die Hallstein-Doktrin zu betrachten und die Beziehungen zu Ägypten abzubrechen, vgl. T. OPPELLAND, *Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* (wie Anm. 14), Kap. 8.3.a.

39 Gewiss vorhandene, auch etwa von H. POTTHOFF (wie Anm. 4) nicht bestrittene Kontinuitätslinien zur Politik der Großen Koalition unter Kiesinger sind hier nicht das Thema.

Union, zu einem immer konfrontativeren Stil über.⁴⁰ Währenddessen hielt Schröder sich zurück. Zum einen fühlte er sich als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages zu einer gewissen Zurückhaltung verpflichtet, zum anderen hielt er auch in der Opposition an seinem exekutivisch geprägten Politikverständnis fest. „Man muss einräumen,“ so sagte er in einem Interview im Februar 1970, „dass die Exekutive im Unterschied zum Parlament zunächst einmal sowohl das Vorrecht wie die Pflicht hat, in dem diplomatischen Feld aktiv zu sein, zu sondieren, zu testen, Gespräche zu führen, vielleicht Verhandlungen zu führen ... Das gehört zu den normalen Aufgaben der Exekutive. Zu den normalen Aufgaben des Parlaments, insbesondere der Opposition, gehöre eine kritische Begleitung der Schritte der Regierung.“⁴¹ Allerdings dürfe man auch als Opposition erst das Ergebnis beurteilen, und bis dahin müsse man die Regierung, „selbst wenn man bis oben hin angefüllt ist mit Skepsis und trüben Erwartungen“, erst einmal machen lassen. Seine Zurückhaltung besonders in den Bundestagsdebatten ging so weit, dass der bekannte Fernsehjournalist Werner Höfer ihn etwas ironisch als „die Ein-Mann-Apo“ beschrieb,⁴² denn nur durch zahlreiche Interviews, nicht aber durch Polemik im Bundestag hielt Schröder sich noch im Gespräch.

Nach dem Abschluss des Moskauer Vertrages Mitte August 1970 entwarf Schröder ein längeres Exposé, in dem verschiedene Optionen für die Haltung der Opposition diskutiert wurden. Im Ergebnis plädierte er für genau das, was er bis dahin immer praktiziert hatte, nämlich eine „kritisch abwartende Linie“; eine harte Ablehnung des Vertrages verwarf er zu diesem Zeitpunkt noch, weil dies die Union als „kalte Krieger“ hätte erscheinen lassen, die innenpolitischen Gegensätze zu stark anheizen und schließlich eine pragmatische Politik für den Fall, dass man plötzlich wieder die Regierung übernehmen müsse, sehr erschweren würde. Eine Annäherung an die Regierungspolitik schloss er indes ebenso aus, weil es völlig unglaublich gewesen wäre.⁴³ Im Grunde entsprach eine solche Linie der typischen Grundhaltung Schröders, pragmatisch, elastisch, aber dabei fest in den Grundsätzen. Dies hob sich nach wie vor stark von Strauß' kompromissloser Ablehnung ab.⁴⁴

40 Vgl. C. HACKE, *Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU* (wie Anm. 7), S. 27 ff., der eine Verschärfung des Tons besonders seit dem Treffen zwischen Brandt und Stoph in Kassel vom 21. Mai 1970 konstatiert.

41 Interview v. 14. Febr. 1970, ACDP, I-483, 149/1. Schon 1970 hatte sich Schröder sehr kritisch über das umstrittene Bahr-Papier geäußert, das im Juni 1970 durch eine Indiskretion bekannt worden war; er bezeichnete es als „Anerkennungsdiplom“ (*Quick* v. 5. August 1970, in: ACDP, I-483, 150/1); insofern konnte eigentlich hinsichtlich seines Standpunktes wenig Zweifel bestehen.

42 *Die Zeit* v. 6. März 1970, vgl. auch: „The silent Dr. Schröder“, *The Times* v. 9. März 1970, beide ebd.

43 „Die CDU/CSU und der Moskauer Vertrag“, ACDP, I-483, 176/2.

44 Vgl. C. HACKE, *Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU* (wie Anm. 7), S. 36.

Eine gewisse Verhärtung von Schröders Position ist festzustellen, als es um den Warschauer Vertrag ging, der ebenfalls noch 1970 paraphiert wurde. Im CDU-Präsidium gehörte Schröder eindeutig zu den Gegnern dieses Vertrages, was nicht weiter verwunderlich ist, da er sich stets dafür ausgesprochen hatte, Fortschritte in der Grenzfrage an die Wiedervereinigung zu binden.⁴⁵ Doch insgesamt gab es erst einmal eine ostpolitische Atempause, da die Regierung die Ratifizierung der bis dahin paraphierten Verträge auf Eis legte, um erst den Alliierten die Möglichkeit zu geben, ein Berlin-Abkommen auszuhandeln.

Diese Atempause endete im September 1971. Anfang September war das Berlin-Abkommen der vier Siegermächte unterzeichnet worden. Die Sowjetunion drehte nun allerdings das Berlin-Junktim der Bundesregierung, den Moskauer Vertrag erst ratifizieren zu lassen, wenn ein zufriedenstellendes Berlin-Abkommen erreicht sei, ihrerseits um und erklärte, dieses erst zu ratifizieren, wenn die Bundesrepublik den Moskauer Vertrag ratifiziert habe. Angesichts der bröckelnden Mehrheit der Koalition im Bundestag kam der Entscheidung der Opposition in der Ratifizierungsfrage eine unerhörte Bedeutung zu.⁴⁶ Je näher der Termin rückte, desto klarer wurde, dass das Votum der Unionsfraktion ausschlaggebend sein würde. Der Willensbildungsprozess innerhalb der Union war jedoch Ende 1971 noch keineswegs abgeschlossen.

Auch Schröders Haltung zu den Verträgen war noch nicht wirklich klar. In der Öffentlichkeit war, wie beschrieben, besonders beachtet worden, dass er einen zurückhaltenderen Stil pflegte als Strauß und Kiesinger, letztlich auch Barzel. Dass er das Handeln der Regierung, insbesondere ihre Ostpolitik, äußerst skeptisch beurteilte, wurde in der veröffentlichten Meinung weniger beachtet. Schröder hatte besonders die Illusionen kritisiert, auf denen viele Prämissen der Brandtschen Politik seiner Ansicht nach beruhten.⁴⁷ Die Fixpunkte einer endgültigen Bewertung der Verträge hatte er ebenfalls bereits geäußert: erstens, die Bindung an die Vereinigten Staaten und die NATO müsse sichergestellt sein,⁴⁸ zweitens,

45 Notizen von der Präsidiumssitzung v. 23. Nov. 1970, ACDP, I-483, 275. Zur Haltung der Union insgesamt vgl. Clay CLEMENS, *Reluctant Realists. The Christian Democrats and West German Ostpolitik*, Durham, London 1989, S. 79 ff.

46 Ende Oktober 1971 trat der Berliner SPD-Abgeordnete Klaus-Peter Schulz zur CDU über, was auf die Mehrheitsverhältnisse ohne Auswirkung blieb, aber Ende Januar folgte der SPD-Angeordnete und Vertriebenenpolitiker Herbert Hupka und von weiteren Koalitionsabgeordneten war bekannt, dass sie das Vertragswerk ablehnten, vgl. Arnulf BARING, *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982, S. 398 ff.

47 Vgl. die typischen Interviews in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* v. 8. Febr. 1970 u. WDR (Echo des Tages) v. 28. Febr. 1970, beide: ACDP, I-483, 149/1.

48 Vgl. Interview *Die Welt* v. 11. Juni 1970, ACDP, I-483, 149/2. Gerade in dieser frühen Phase war der Bilateralismus zwischen Bonn und Moskau im Westen erheblichem Misstrauen ausgesetzt, das Schröder natürlich nicht verborgen blieb, vgl. etwa Carstens an Schröder v. 11. Juni 1970, ACDP, I-483, 164/3. Im September 1970 war er wieder einmal in Washington, wo er jedoch nicht nur mit Bedenken der amerikanischen Regierung gegen die Ostpolitik der Regierung konfrontiert wurde, sondern auch mit Kritik an der Haltung der Opposition, die dadurch, dass sie

das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen dürfe nicht ausgeschlossen werden und drittens, der Friedensvertragsvorbehalt hinsichtlich der polnischen Westgrenze dürfe nicht aufgegeben werden. Darüber hinaus bekräftigte Schröder, damit ganz im Einklang mit der CDU-Position, dass die Berlin-Regelung der Prüfstein sein werde.⁴⁹ Als das Berlin-Abkommen unterzeichnet war, sparte sich Schröder ein definitives Urteil wiederum auf, bis die deutsch-deutschen Verträge, die das Berlin-Abkommen erst ausfüllen würden,⁵⁰ abgeschlossen seien; aber immerhin gestand er zu, dass das vorliegende Vier-Mächte-Abkommen, „die Chance für eine Verbesserung der Lage bietet... eine Aussicht auf reale Lebenserleichterungen für die Berliner ...“ Ebenso begrüßte er, „dass die Verantwortlichkeit der drei Westmächte für das freie Berlin und damit dessen Sicherheit in vollem Umfang gewährleistet bleibt“⁵¹. Trotz einzelner weniger begrüßenswerter Elemente kam in dieser Stellungnahme eine überwiegend positive Tendenz zum Ausdruck, die sich deutlich von der Haltung der CSU abhob.⁵² Doch einen Automatismus dergestalt, dass die Union auch den Ostverträgen zustimmen solle, da nun das Berlin-Abkommen im wesentlichen befriedigend ausgefallen sei, wies Schröder, wiederum im Einklang mit der Mehrheitsmeinung in der Partei, zurück.

Angesichts von Schröders bisheriger, vergleichsweise moderater Kritik an der Ostpolitik der Regierung Brandt und seiner positiven Wertung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin kam sein „hartes Nein“ zur Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages für alle Beobachter, für die Bundesregierung, aber auch für die sowjetische Seite ziemlich überraschend.⁵³ Verstärkt wurde diese

ein annehmbares Ergebnis der Berlin-Verhandlungen zur Bedingung für die Ratifizierung der Ostverträge machte, die Westmächte unter erheblichen Druck setzte (vgl. die Gespräche mit Helmut Sonnenfeldt v. 8. Sept. 1970 u. Martin Hillenbrand v. 9. Sept. 1970; in den Gesprächen mit Acheson v. 14. Sept. 1970, McCloy v. 15. Sept. 1970, aber auch mit Präsident Nixon v. 15. Sept. 1970 wurde jedoch auch eine erhebliche Skepsis gegenüber der Brandtschen Politik deutlich, gerade deshalb drängte Nixon in dem langen Gespräch mit Schröder auf eine *bi-partisan* Einigung in der Bundesrepublik, alle in: ACDP, I-483, 283/1). Zur amerikanischen Haltung zur Ostpolitik s. Clay CLEMENS, *Amerikanische Entspannungs- und deutsche Ostpolitik 1969–1975*, in: Wolfgang-Uwe FRIEDRICH (Hrsg.), *Die USA und die Deutsche Frage 1945–1990*, Frankfurt/M.-New York 1991, S. 195–230.

49 Vgl. das Interview v. 21. Juni 1970, ACDP, I-483, 150/1.

50 Am 17. Dez. 1971 wurde das Transitabkommen als wichtigstes Element dieser Verträge unterzeichnet.

51 Deutschlandfunk „Interview der Woche“ v. 5. Sept. 1971, ACDP, I-483, 152/1.

52 Vgl. zur Haltung der CSU (und auch der CDU insgesamt) A. TIGGEMANN, *CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969–1972* (wie Anm. 7), S. 83 ff.

53 Vgl. Schröders Interview „Hartes Nein zum Vertrag“ in: *Bild am Sonntag* v. 19. Dez. 1971, ACDP, I-483, 152/2. Für die sowjetische Seite war die Überraschung vor allem deshalb groß, weil Schröder sich auf seiner Reise in die UdSSR im Januar 1971 (vgl. die Aufzeichnungen Jungs über die diplomatischen Gespräche dieser Reise in: ACDP, I-483, 283/1) ebenfalls sehr moderat gegeben hatte (vgl. die positive Wertung dieses Besuchs in: Valentin FALIN, *Politische Erinnerungen*, München 1993, S. 141). Falin äußerte sich im Gespräch mit Helmut Kohl über Schröders Bundestagsrede v. 23. Febr. 1972 (s.u. Anm. 54) „besonders verbittert“, Kohl an Schröder v. 24. März 1972 über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter vom selben Tag, ACDP, I-483, 175/2.

Überraschung dadurch, dass Schröder sich nicht mehr auf Interviews und Artikel beschränkte, sondern in der ersten Lesung der Ostverträge am 23. Februar 1972 doch noch mit einem Paukenschlag im Bundestag aufwartete, in dem er sein Nein begründete.⁵⁴ Zum Teil erzielte diese Rede ihre besondere Wirkung dadurch, dass Schröder sich so lange zum Schweiger stilisiert hatte, zum Teil auch dadurch, dass er der letzte Redner des ersten Debattentages war und seine Argumente auch am folgenden Tag nicht wirklich widerlegt werden konnten, hauptsächlich aber eben doch, weil er mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit und seiner politischen Erfahrung sprach und noch immer auf erhebliches Prestige zählen konnte. Noch über zwanzig Jahre später ist etwas von dem Ärger über die parlamentarische Niederlage, die Schröder der Koalition zugefügt hatte, in der Schilderung von Horst Ehmke, damals Staatsminister im Kanzleramt, spürbar: „Zwar hatte ich Barzel ‚ins Bett gebracht‘, wie Fraktionskollegen es ausdrückten. Die grundsätzliche Oppositionsrede hatte aber nicht Barzel, sondern Gerhard Schröder gehalten. Seine Rede wirkte durch ihre meisterhafte Form wie durch die Tatsache, dass Schröder in der gesamten Auseinandersetzung um die Ostverträge kühl und sachlich geblieben war. Helmut Schmidt antwortete auf Schröder, aber der war in seiner Art schwer zu packen. Mein Fazit der ersten Lesung lautete daher: Barzels Kompromissformel ‚So nicht und jetzt nicht‘ war widerlegt worden, Schröders grundsätzliches ‚Nein‘ aber nicht.“⁵⁵

Im Grunde war Schröders Verhalten durchaus konsequent; er hatte zwar die Verhandlungen kritisch begleitet, sich sein endgültiges Urteil aber vorbehalten. Nachdem er einmal zu der Überzeugung gelangt war, den Verträgen nicht zustimmen zu können, hielt er daran bis zu den Fraktionssitzungen vor der endgültigen Abstimmung am 17. Mai 1972 unbeirrbar fest; diese Konsequenz, die allerdings dadurch begünstigt war, dass Schröder selber nicht in der ersten Linie der Verantwortung stand, seit Rainer Barzel Partei- und Fraktionsvorsitz und damit faktisch auch die Kanzlerkandidatur in einer Hand vereint hatte, hob sich vom Verhalten des Partei- und Fraktionsvorsitzenden in einer Weise ab, die für diesen nicht vorteilhaft war. Barzel hatte die Stimmung der Partei getroffen, als er die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition scharf und polemisch angriff; dies hatte ihm dabei geholfen, den Parteivorsitz zu erringen.⁵⁶ Aber eigentlich wollte Barzel den ostpolitischen Kurs nicht grundsätzlich ändern, sondern die Verträge verbessern und dann passieren lassen; aus diesem Widerspruch konnte er sich nicht mehr befreien. Ein solcher Kurs war allerdings aus der Opposition heraus

⁵⁴ Vgl. StB, Bd. 79, S. 9820–9825.

⁵⁵ Horst EHMKE, *Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit*, Berlin 1994, S. 155 (freilich darf man nicht verkennen, dass diese Lobpreisung Schröders zugleich eine Spitze gegen Ehmkes innerparteilichen Widersacher und Konkurrenten Schmidt darstellt, denn Schmidt redete erst am folgenden Tag und keineswegs direkt auf Schröder antwortend).

⁵⁶ Hierzu und zum folgenden K.-D. BRACHER/W. JÄGER/W. LINK, *Republik im Wandel* (wie Anm. 1), S. 62–67.

überaus schwierig zu verwirklichen. Deshalb nahm Barzel es hin, dass der CDU-Bundesausschuss sich gegen die Verträge aussprach und dass die Fraktion nach der ersten Lesung selbst dann noch an ihrem Nein festhielt, als die Sowjetunion wichtige weitere Zugeständnisse gemacht hatte, die sich auf die Anerkennung der europäischen Integration und die Einbeziehung des Briefes zur deutschen Einheit in ihren eigenen Ratifizierungsprozess bezogen. Deshalb begründete er seinen Versuch, die Regierung mit Hilfe des konstruktiven Misstrauensvotums ablösen zu wollen, mit der Notwendigkeit, die Verträge entweder neu auszuhandeln oder zu verbessern. Erst nach dem Scheitern des Misstrauensvotums, aber der gleichzeitigen Offenbarung der parlamentarischen Patt-Situation in der Haushaltsabstimmung tags darauf schwenkte er auf einen Kooperationskurs zur Regierung ein. Das Ergebnis war die gemeinsame Entschließung des Bundestages, in der das Vertragswerk eindeutig als *modus vivendi* und nicht als Vorwegnahme einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung charakterisiert wurde. Schröder ließ jedoch, obwohl er an den hektischen Aktivitäten jener Wochen nach dem Scheitern des Misstrauensvotums intensiv beteiligt war,⁵⁷ keinen Zweifel daran, dass ihm diese Entschließung nicht ausreichte, dass er sie im Grunde völkerrechtlich als irrelevant ansah.⁵⁸ So ist bezeichnend, dass er zu denen gehörte, die dafür sorgten, dass im Bundesvorstand der Barzels Verhandlungserfolge feiernde und eine Annahme der Verträge nahelegende Beschluss vom 15. Mai durch eine Kautele eingeschränkt wurde, dass die Union kein imperatives Mandat kenne und die Entscheidung selbstverständlich jeder Abgeordnete selber treffen müsse; ein klarer Hinweis darauf, dass er den Vorstandsbeschluss nicht als bindend im Sinne einer Zustimmung verstand.⁵⁹ Während Barzel in der entscheidenden Fraktionssitzung am 16. und 17. Mai auf eine Zustimmung zu den Verträgen hinauswollte, brachte er, wie Jäger treffend schreibt, nicht den Mut auf, dies mit einer Entscheidung über seine Person zu verbinden, sondern versuchte weiterhin, sich alle Optionen offen zu halten. Schröder dagegen blieb bei einem klaren Nein zu den Verträgen.⁶⁰ Erst als in diesen Fraktionssitzungen deutlich wurde, dass eine kleine Gruppe von Unionsabgeordneten um Richard von Weizsäcker, Walther Leisler Kiep und einige andere bereit war, den Verträgen auf jeden Fall zu einer Mehrheit im Bundestag zu verhelfen, akzeptierte auch Schröder

57 Vgl. die von Hermann Jung, seinem persönlichen Mitarbeiter im Auswärtigen Ausschuss, erstellte Chronologie der Ereignisse, die minutiös aufzählt, an welchen Besprechungen Schröder teilgenommen hatte, ACDP, I-483, 171/3.

58 Vgl. sein Interview in der *Rheinischen Post* v. 13. Mai 1972, in: ACDP, I-483, 153/2.

59 Obwohl Schröder in einem Leserbrief an die „Sonde“, der sich auf einen Beitrag von Christian Hacke bezog, auf die Bedeutung dieser Einschränkung hinwies, hat Hacke dies auch in seiner Monographie nicht berücksichtigt, sondern er wirft Schröder wiederum vor, für den Beschluss des Bundesvorstands gestimmt zu haben, vgl. HACKE, *Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU* (wie Anm. 7), S. 76.

60 K.-D. BRACHER/W. JÄGER/W. LINK, *Republik im Wandel* (wie Anm. 1), S. 64 f.

der den Vorschlag Hallsteins, dass sich die Unionsfraktion enthalten und damit die Ratifizierung ermöglichen sollte;⁶¹ den Vertriebenen wurde zugestanden, mit Nein zu stimmen.

Bleibt die Frage, warum Schröder die Ostverträge so konsequent ablehnte. Selbstverständlich gab es auch hier ein ganzes Bündel von Beweggründen. So spielte die mangelnde Konsultation der Opposition durch die Regierung ebenso eine Rolle⁶² wie das Argument, die Regierung habe aufgrund des selbstinduzierten Erfolgsdrucks zu hastig verhandelt und habe das genuine Eigeninteresse der Sowjets an den Verträgen unterschätzt. Hätte sie es richtig eingeschätzt, wäre, so Schröder, sehr viel mehr im deutschen Interesse zu erreichen gewesen, so aber seien im Grunde nur uralte sowjetische Forderungen nach Anerkennung des Status quo erfüllt worden.⁶³ So gewichtig diese Argumente aus Schröders Sicht waren, entscheidend war noch etwas anderes. Die deutsche Frage war für ihn, wie beschrieben, im Kern eine Machtfrage, und genau darin sah er die Gefahr des Moskauer Vertrages, wie auch aus allen Gesprächen hervorgeht, die er in Washington geführt hatte, wo er immer wieder nach den langfristigen Wirkungen der Ostpolitik gefragt und nicht immer beruhigende Antworten erhalten hatte. So standen denn die Auswirkungen der neuen Ostpolitik auf den transatlantischen Zusammenhalt im Mittelpunkt seiner Kritik: „Wir befürchten, dass die Ostpolitik langfristig den Zusammenhalt des Westens, das empfindliche Machtgleichgewicht in Europa und damit unsere Sicherheit gefährdet. Wir haben insbesondere die ernste Sorge, dass die Bindungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten eben nicht intensiviert, sondern dass sie gelockert werden und dass damit die Funktionsfähigkeit der NATO beeinträchtigt wird. Wir befürchten, dass es auf die Dauer gesehen zu einer Machtverschiebung in Europa zugunsten der Sowjetunion kommt.“⁶⁴

Aufgrund dieser langfristigen Gefahr, dass sich wegen der sozialdemokratischen Entspannungseuphorie „ein falsches Sicherheitsgefühl“ mit den oben beschriebenen Folgen entwickeln werde,⁶⁵ war Schröder offensichtlich bereit, eine kurzfristige Verstimmung der USA zu riskieren und deren aktuelles Interesse an der Ratifizierung des Berlin-Abkommens durch die Sowjetunion und daran, den bevorstehenden Moskau-Besuch Nixons nicht von solchen deutschen Problemen überschatten zu lassen, zu ignorieren.⁶⁶

61 Vgl. ebd., S. 65.

62 So in einem Brief an die frühere Bundestagsabgeordnete Else Brökelschen v. 17. Jan. 1972, ACDP, I-483, 164/2.

63 Vgl. StB, Bd. 79, S. 9825.

64 Ebd.

65 Gerhard SCHRÖDER, „*Nein zu den Ostverträgen*“, in: *Die Zeit* v. 4. Febr. 1972.

66 Über diese Interessen der USA war er selbstverständlich informiert, vgl. die Briefe von Giselher Wirsing (v. 25. März 1972) und Kurt Biedenkopf (v. 29. April 1972) aus Washington, ACDP, I-483, 164/1 bzw. 164/2. Auch sein früherer Außenminister-Kollege Dean Rusk, der

Letztlich hat Schröder diese Gefahren wohl überschätzt, zumindest haben sie sich, wie wir heute wissen, nicht materialisiert. Aber andererseits darf man zur Beurteilung dieser im Denken Schröders zentralen Befürchtung nicht verkennen, dass beispielsweise Egon Bahr, einer der Architekten der neuen Ostpolitik, von der Prämisse ausging, dass NATO und deutsche Einheit unvereinbar seien.⁶⁷ Zudem wird man keinen allzu kurzfristigen Zeithorizont an Schröders Befürchtungen anlegen dürfen, denn nur zehn Jahre nach Schröders Warnung vor einer Erosion der engen Bindung Westeuropas an die Vereinigten Staaten hatte sich die entspannungs- und friedenspolitische Zielsetzung der Ostpolitik innerhalb der SPD so weit durchgesetzt, dass die Partei kaum mehr bereit schien, die Sicherheitspolitik ihres eigenen Kanzlers Helmut Schmidt zu unterstützen. Die Haltung der SPD in der Frage der NATO-Nachrüstung, damals von entscheidender Bedeutung für den inneren Zusammenhalt der NATO, war für den FDP-Vorsitzenden und Außenminister Hans-Dietrich Genscher einer der wichtigsten Gründe dafür, den Koalitionswechsel hin zur CDU/CSU einzuleiten.⁶⁸ Und der Zusammenhang zwischen der Umsetzung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses und der amerikanischen Unterstützung der Position der Bundesregierung im deutschen Vereinigungsprozess liegt auf der Hand. Bahr hat – wie er selber eingesteht – hinsichtlich der Unvereinbarkeit von NATO und deutscher Einheit geirrt.⁶⁹ Schröders Diktum, es müsse im Interesse der Wiedervereinigung vor allem darum gehen, das amerikanische Gewicht in der (west-) europäischen Waagschale zu halten, wurde von den tatsächlichen Entwicklungen so nicht widerlegt.

Obwohl Gerhard Schröder später mit den auf die mittel- und osteuropäischen Staaten bezogenen Aspekte der sozialliberalen Ostpolitik seinen Frieden gemacht hat,⁷⁰ so zeigt doch seine erst abwartende, dann aber konsequent ab-

noch 1970 betonte hatte, dass die Verträge eine bloße Anerkennung des Status quo beinhalteten, die er selbst in seiner Amtszeit Gromyko konsequent verweigert habe (Gespräch v. 9. Sept. 1970, ACDP, I-483, 283/1), malte ihm in einem privaten Brief die Gefahren eines amerikanischen Isolationismus an die Wand für den Fall, dass dem Vertragswerk die Zustimmung im Bundestag verweigert würde, vgl. Rusk an Schröder v. 6. April 1972, ACDP, I-483, 132. Noch ein Jahr zuvor allerdings hatte Präsident Nixon in einem Gespräch mit Schröder vor zu großer Entspannungseuphorie in Europa gewarnt, worauf Schröder sofort und sehr bereitwillig eingegangen war, Gespräch im Weißen Haus v. 28. April 1971, ACDP, I-483, 283/1.

⁶⁷ Vgl. Andreas VOGTMEIER, *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung*, Bonn 1996, S. 376.

⁶⁸ Vgl. Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, München 1997 (tb-Ausgabe), S. 445 u. 447 ff.

⁶⁹ Vgl. A. VOGTMEIER, *Egon Bahr* (wie Anm. 67).

⁷⁰ Schröder hatte im Juli 1973 als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses eine zehntägige Reise nach Polen unternommen (die Aufzeichnungen über die politischen Gespräche

lehrende Haltung zur „neuen“ Ost- und Deutschlandpolitik, dass er diese – zu Recht – keineswegs als die Fortführung der von ihm entwickelten ostpolitischen Ansätze begriff. Insofern wird man ihn umgekehrt auch kaum als deren Vorläufer ansehen können. Mit allen ihr inne wohnenden Chancen und – nicht unerheblichen – Risiken im Hinblick auf das Ziel der Wiedervereinigung, das neben der genuin entspannungspolitischen Zielsetzung der Ostpolitik jedoch im Laufe der Zeit spürbar an Gewicht verlor, war dies eine Politik, die sich qualitativ von seinen Ansätzen unterschied.

in: ACDP, I-483, 283/1); vgl. die Schilderung seiner Eindrücke in der Pressekonferenz vom 30. Juli 1973, ACDP, I-483, 154/2; dabei sprach er sich auch deutlich für eine kooperative Politik zwischen Regierung und Opposition bei der Lösung der bilateralen Probleme zwischen Polen und der Bundesrepublik aus. Bereits im Oktober 1975 setzte Schröder sich dafür ein, dass die Opposition dem von der Regierung Schmidt ausgehandelten und am 9. Oktober unterzeichneten deutsch-polnischen Vertrag, bei es um Entschädigungen und im Gegenzug die Ausreise von Deutschstämmigen ging, zustimmen solle; gegen die große Mehrheit in der Unionsfraktion hielt er an dieser Linie fest (vgl. den Vorgang in: ACDP, I-483, 171/1).

Eine „gaullistische“ Inszenierung: Zur Affäre um den Grafen Huyn

Von Martin Schaad

I.

Am Morgen des 21. Oktober 1965 nahm Hans Graf Huyn, Legationsrat im Referat für politische Integration im Auswärtigen Amt, an einer Besprechung der Unterabteilung Europäische politische Angelegenheiten teil. Der Leiter der Unterabteilung, der Ministerialdirigent und spätere Staatssekretär Paul Frank, äußerte sich in dieser Besprechung zu allgemeinen Fragen deutscher Europapolitik und zur Absicht des Ministeriums, die deutsch-britischen Beziehungen zu intensivieren. Der genaue Wortlaut seiner Ausführungen blieb danach umstritten. Sinngemäß jedoch soll Frank die seit Juli des Jahres anhaltende EWG-Krise zum Anlass genommen haben für ein Plädoyer gegen den weiteren Ausbau der Gemeinschaftspolitik und für den Ausbau bilateraler Bindungen. In diesem Zusammenhang erläuterte er kurz die deutsch-britischen Konsultationspläne, eine Initiative, die in der Folge des Deutschland-Besuchs von Queen Elizabeth II. im Frühsommer 1965 formuliert und nun durch den deutschen Botschafter Herbert Blankenhorn offiziell dem britischen Foreign Office unterbreitet worden war.

In Franks Ausführungen glaubte Hans Graf Huyn eine verhängnisvolle Richtungsänderung in der deutschen Außenpolitik zu erkennen. Mit dem Vorschlag bilateraler Konsultationen drohte in seinen Augen eine zusätzliche Belastung der deutsch-französischen Beziehungen, die durch die EWG-Krise, den angekündigten NATO-Austritt und die Ostpolitik Frankreichs zu diesem Zeitpunkt ohnehin stark angespannt waren. In der Annäherung an die vom französischen Staatspräsidenten de Gaulle wenig geschätzten Angelsachsen sah Huyn eine Entwertung des Elysée-Vertrags, mit dem präferentielle deutsch-französische Abstimmungsprozesse vorgesehen worden waren. Als Konsequenz vermutete er ein Ende der gesamten Europäischen Integrationspolitik. Trotz diesen Verdachts wäre der Dissens zwischen Legationsrat und Ministerialdirigent vermutlich folgenlos geblieben, hätte Graf Huyn nicht zudem angenommen, dass Außenminister Gerhard Schröder den Bundeskanzler ganz bewusst über die deutsch-britischen Konsultationspläne im Unklaren gelassen habe.

Huyn beschloss daher – aus „Gewissensgründen“, wie er später reklamieren sollte –, Bundeskanzler Ludwig Erhard unter Umgehung des Dienstwegs auf

den vermeintlichen Alleingang Schröders hinzuweisen. Zu diesem Zweck unterrichtete er am gleichen Tag den ihm persönlich bekannten CSU-Bundestagsabgeordneten Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg über die morgendliche Besprechung. Guttenberg besuchte noch am Abend den CDU-Parteivorsitzenden und Altbundeskanzler Konrad Adenauer, der seinerseits Ludger Westrick, den einflussreichen Chef des Bundeskanzleramts und Bundesminister für besondere Aufgaben, telefonisch um Aufklärung bat. Ohne dessen Auskünfte abzuwarten, beschloss Adenauer außerdem, die ihm zugespielten Informationen breit zu streuen. Zunächst unterrichtete er telefonisch den geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Josef Hermann Dufhues, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rainer Barzel und den CSU-Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß. Am Tag darauf besprach Adenauer sich dann mit Barzel und Strauß über das weitere Vorgehen in dieser Sache.

Unterdessen versuchte Ludger Westrick, eine Klärung des Sachverhalts herbeizuführen. Karl Carstens, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, bestätigte telefonisch die Planungen des Amtes, wunderte sich allerdings über Westricks Unkenntnis; das Bundeskanzleramt sei vorab unterrichtet worden. Auf Nachfrage bestritt Kanzler Ludwig Erhard, von Schröder informiert worden zu sein. Er schien erregt und verärgert über den Vorgang. Erst in einem klärenden Gespräch mit Erhard, Barzel und Westrick überzeugte Außenminister Schröder die Anwesenden davon, dass er den Kanzler doch über die deutsch-britischen Konsultationspläne unterrichtet habe, wengleich Erhard sich der Details wohl nicht bewusst geworden war.

II.

Dies sind die dürftigen Fakten eines Vorgangs, der sich trotz des untergeordneten Dienstgrads des Protagonisten in eine veritable Affäre auswachsen sollte. Eine Flut von Presseberichten¹, drei parlamentarische Anfragen² und publizistische Selbstrechtfertigungsversuche mehrerer Beteiligten waren die Folge.³ Was machte die Indiskretion eines jungen Diplomaten so brisant?

¹ Darunter *Die Welt*, 13., 14. und 17. November; *Frankfurter Rundschau*, 15. November; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. November; *DER SPIEGEL*, 17. und 24. November sowie 15. Dezember, und *DIE ZEIT*, 19. und 26. November 1965. Viele weitere Artikel finden sich gesammelt im Bundesarchiv, Koblenz (nachfolgend BA), Depositum Barzel N/1371/59 und N/1371/60.

² Vgl. Kleine Anfrage der SPD, Bundestagsdrucksache, 5. Wahlperiode, Nr. 113, 9. Dezember 1965, und Schröders Antworten, Bundestagsdrucksache, 5. Wahlperiode, Nr. 160, 6. Januar 1966. Schröder hatte sich schon am 24. November und 2. Dezember vor dem Bundestag zu dieser Sache äußern müssen.

³ Siehe Hans Graf HUYN, *Die Sackgasse. Deutschlands Weg in die Isolierung*, Stuttgart 1966, S. 400 ff.; Paul FRANK, *Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur*, Stuttgart 1981, S. 119 ff.; Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, *Fußnoten*, Stuttgart 1971, S. 117 ff.

Mindestens drei Faktoren spielten hierbei eine Rolle: Zum einen war da die überraschende Vehemenz, mit der Außenminister Schröder auf den Vorgang reagierte. Über den Leiter der Personalabteilung, Ministerialdirektor Paul Raab, ließ er alle Teilnehmer der Abteilungsbesprechung auffordern, eine Ehrenerklärung zu unterzeichnen, sie hätten keinerlei Informationen weitergegeben. Auch nach mehreren Gesprächen – für Huyn „polizeiartige Verhöre“ – weigerte sich der Legationsrat, dieser Aufforderung zu folgen und quittierte den Dienst. Nachdem Gerhard Schröder daraufhin in der Presse verbreiten ließ, Huyn sei wegen eines gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahrens ausgeschieden, sah dieser sich zu einem Dementi gezwungen und machte auch seine Sicht des Vorfalls öffentlich. In den daran anschließenden parlamentarischen Anfragen konnte der Außenminister schließlich nicht belegen, dass ein Disziplinarverfahren zu irgend einem Zeitpunkt tatsächlich eingeleitet worden war.

Der zweite Faktor, der zur Verschärfung der „Affäre Huyn“ beitrug, war eine unglückliche Äußerung des Ministerialdirigenten Paul Frank, nach der man als Diplomat eines demokratischen Staates erst dann Gewissensgründe zur Rechtfertigung einer von der offiziellen Politik abweichenden Haltung geltend machen könne, „wenn man die Schreie der Gefolterten im Keller“ höre. Diese Äußerung wurde in der erhitzten Diskussion nicht nur als Ausdruck von Franks eigener Geisteshaltung gewertet, sondern wurde auch als bezeichnend für einen bestimmten – an vergangene Zeiten erinnernden – Politikstil des Amtes und seines Ministers gedeutet.

Sehr wahrscheinlich hätten jedoch weder die Umstände des Ausscheidens von Graf Huyn noch die Äußerung Franks einen vergleichbaren Sturm ausgelöst, wäre die ganze Sache zu einem anderen Zeitpunkt als dem späten Oktober 1965 publik geworden. Huyns Indiskretion war zweifellos nebensächlich; Brisanz gewannen die Vorkommnisse erst im Kontext einer ganz anderen Auseinandersetzung, die just zu dieser Zeit das Regierungslager spaltete.

Die Bundestagswahl vom 29. September hatte der CDU/CSU einen unerwartet klaren Wahlsieg beschert, der weithin dem öffentlichen Ansehen Ludwig Erhards zugeschrieben wurde. Nun war der Bundeskanzler in der Unionsfraktion nicht im mindesten so populär; offene Kritik äußerten vor allem Konrad Adenauer, Franz Josef Strauß und Baron Guttenberg. Nicht zufällig handelte es sich damit um die prominenten Meinungsführer jener Gruppierung, die in den vorangegangenen Jahren als so genannte „Gaullisten“ für eine außenpolitische Neuausrichtung hin zu einer engeren Zusammenarbeit mit Frankreich plädiert hatten. Ziel ihrer Kritik waren vor allem Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel und Außenminister Gerhard Schröder, deren ablehnende Haltung gegenüber der französischen EWG- und NATO-Politik den Kanzler überzeugt hatte. Mit ihrer Unterstützung des britischen EWG-Beitritts

und einer möglichst engen verteidigungspolitischen Zusammenarbeit mit den USA hatten Erhard und seine Minister sich den Ruf als „Atlantiker“ erworben.

Wenn Erhards Gegner ihre Pläne zur Ablösung des Kanzlers nach dessen Wahlerfolg auch zunächst nicht verfolgen konnten, so hinderte sie das nicht daran, ihn weiterhin – wenn auch mittelbar – unter Druck zu setzen. Der Anlass ergab sich mit der Bildung des neuen Bundeskabinetts. Neben der Diskussion um den höchst umstrittenen, vom Koalitionspartner FDP gestellten Minister für gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende, bot hierbei besonders Gerhard Schröder die Zielscheibe für Angriffe von Seiten der „Gaullisten“. Tatsächlich konnte man in den Wochen nach der Wahl eine unter Parteifreunden beispiellose Kampagne gegen die Wiederernennung eines Ministers erleben.

In der Wahl ihrer Mittel waren Schröders Gegner alles andere als zimperlich: Nachdem sie mit der Mobilisierung einer Anti-Schröder Mehrheit im CDU-Fraktionsvorstand und innerhalb der CDU/CSU-Verhandlungskommission zur Regierungsbildung gescheitert waren, gaben Adenauer und Strauß diverse Zeitungsinterviews, in denen sie die außenpolitischen Lage der Bundesrepublik in den düstersten Farben schilderten und hierfür ganz unverblümt die politische Führung im Auswärtigen Amt verantwortlich machten.⁴ Als diese Versuche der öffentlichen Verunglimpfung ebenso wie die direkte Intervention beim Bundeskanzler keinen Erfolg brachten, verlegten sich Schröders Gegner vollends auf eine Diffamierungstaktik. Hierbei zögerten sie nicht, einen Verfassungskonflikt zu riskieren, als sie versuchten, Bundespräsident Heinrich Lübke davon zu überzeugen, dass er seine Unterschrift unter der Ernennungsurkunde Schröders verweigern könne und solle. Freiherr zu Guttenberg ließ dem Bundespräsidenten ein Dossier zukommen, das nicht nur die außenpolitische Unfähigkeit Schröders belegen sollte, sondern vor allem auch dessen persönliche Integrität in Frage stellte. Die darin enthaltenen Details reichten von vagen Nazivorwürfen über die der Dokumentenfälschung bis hin zu der Unterstellung, Schröder würde seinen Dokortitel zu Unrecht führen.⁵ Mit diesem Material sollte das Bundespräsidialamt eine richterliche Untersuchung gegen Schröder einleiten.⁶ Zeitgleich propagierte Adenauer öffentlich das Recht des Bundespräsidenten, in die Ministerauswahl einzugreifen.⁷

4 Vgl. *BILD-Zeitung*, 9. Oktober, *Welt am Sonntag*, 10. Oktober und *BILD am Sonntag*, 10. Oktober 1965.

5 Vgl. Guttenberg an Hermann Sehrbrock, 25. September 1965, in BA NL Guttenberg N/1397/F/186.

6 Vgl. Gebhard Müller an Berger, 9. Oktober 1965, in NL Hans Berger, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin, (nachfolgend ACDP) I-400/026/6. Siehe auch Tagebucheintrag: Besprechung mit Lübke und Müller, 6. Oktober 1965, sowie Tagebucheintrag: Unterhaltung mit Guttenberg, 7. Oktober 1965, beide in NL Hans Berger ACDP I-400/012/1.

7 Vgl. *Welt am Sonntag*, 10. Oktober. Siehe unterstützend *Rheinischer Merkur*, 15. Oktober 1965.

Selbst als Gegner Schröders bekannt, war Heinrich Lübke durchaus geneigt, diesen Schritt zu wagen; nur der moderierende Einfluss seines Staatssekretärs Hans Berger und die Warnungen des Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Gebhard Müller schienen ihn schließlich davon abzuhalten.⁸ Hier half es dann auch nicht mehr, dass Konrad Adenauer am 19. Oktober ein letztes, eindringliches Schreiben an Lübke richtete, in dem er diesen „anfleht“, standhaft zu bleiben.⁹ Die Kampagne schien gescheitert; die Kabinettsliste sollte am 22. Oktober dem Bundespräsidenten vorgelegt werden.

In dieser für die „Gaullisten“ wenig erfreulichen Situation bot Huyns Indiskretion vom 21. Oktober die unverhoffte Möglichkeit, im allerletzten Moment die Kampagne gegen die Wiederernennung Schröders noch einmal zu beleben. Wäre es Guttenberg, Adenauer und Strauß gelungen, mit Hilfe der Informationen über die deutsch-britischen Konsultationspläne einen Keil zwischen Bundeskanzler und Außenminister zu treiben oder auch den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel zu überzeugen, die Zustimmung zur Kabinettsliste zu verweigern, so hätten ihre Anstrengungen in den vorangegangenen Wochen doch noch Erfolg gehabt. Aber es kam anders: Im entscheidenden Gespräch am 22. Oktober konnte der Außenminister scheinbar mit einem Aktenvermerk belegen, dass er Erhard über die Initiative informiert hatte. So gelang es ihm, sowohl den aufgebrauchten Kanzler als auch den zweifelnden Fraktionsvorsitzenden von seiner Aufrichtigkeit zu überzeugen. Am 26. Oktober schließlich wurde Gerhard Schröder vom Bundespräsidenten zum Außenminister ernannt. Wenn man vom Ausscheiden des Legationsrat absieht, blieb die „Affäre Huyn“ also ohne personelle Folgen.

III.

Wahrscheinlich wäre die Affäre auch längst in Vergessenheit geraten, hätten nicht die ehemaligen Staatssekretäre des Auswärtigen und des Bundeskanzleramts, Karl Carstens und Horst Osterheld, in den 90er Jahren dem Thema mehrere Seiten ihrer Erinnerungen gewidmet.¹⁰ Die Herausgeber der *Akten*

⁸ Vgl. Rudolf MORSEY, *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*, Paderborn 1996, S. 462 ff. Lübke selbst hatte schon seit geraumer Zeit mit diesem Gedanken gespielt und mehrfach bei Verfassungsrechtlern für seine Interpretation des Art. 64 GG geworben. Vgl. Bergers Vermerke über Gespräche mit Prof. Peters, 17. Juli, mit Prof. Scheuner, 19. Juli, und mit Gebhard Müller, 24. Juli 1965, alle in NL Hans Berger, ACDP I-400/026/6, sowie Vermerk über Unterhaltung mit Prof. Kaiser 26. Juni 1965, in NL Hans Berger ACDP I-400/016/1. Siehe auch Gutachten von Scheuner zur Ministerernennung, 12. Oktober 1965, in NL Hans Berger ACDP I-400/030/1.

⁹ Abgedruckt in Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann, 1962–1967* Stuttgart 1991, S. 913.

¹⁰ Vgl. Karl CARSTENS, *Erinnerungen und Erfahrungen*, Boppard 1993, S. 258 ff., und

zur *Auswärtigen Politik* adelten die Episode durch die Aufnahme eines von Carstens verfassten Vermerks in den entsprechenden Jahresband.¹¹ Auch der Erhard-Biograph Volker Hentschel räumte dem Vorgang fast zwei Seiten ein, um des Kanzlers Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung, seine außenpolitischen Schwächen sowie seine schwindenden Führungsfähigkeiten zu illustrieren.¹² Schließlich behandelte eine Arbeit zum politischen Wirken Gutenbergs die „Huyn-Affäre“ auf nicht weniger als vierzehn Seiten, allerdings ohne über das vorhandene Material hinauszugehen. Sie interpretiert die bekannten Tatsachen lediglich neu und benutzt sie für eine Apologie des Barons.¹³

Trotz der Aufmerksamkeit, die der Affäre also jüngst zuteil wurde, bleiben einige Ungereimtheiten. Hatte man im Außenministerium eine richtlinienwidrige Geheimpolitik betrieben? Oder: Hatte der Außenminister tatsächlich das Plazet des Bundeskanzlers für seine Konsultationspläne eingeholt, wie der Erhard-Biograph Hentschel entgegen der Darstellung Osterhelds behauptet? Hatte Schröder seine Wiederernennung nur durch hierfür eigens angefertigte handschriftliche Vermerke retten können, wie die Erinnerungen Huyns und Osterhelds nahelegen?¹⁴ Und waren die Informationen, die Gutenberg vom Legationsrat Huyn erhalten hatte, wirklich neu für den CSU-Bundestagsabgeordneten? Hatte Huyn ihn tatsächlich gebeten, den Schröder-Gegner Adenauer einzuweihen, oder war dies aus eigener Initiative geschehen?¹⁵ Allgemeiner gefragt: War der genaue Zeitpunkt der Indiskretion wirklich nur eine Folge der zufälligen terminlichen Übereinstimmung einer Abteilungsbesprechung mit der weitreichenden Entscheidung über die Zusammensetzung des Bundeskabinetts? Insgesamt ist wohl unstrittig, dass die Informationen von Graf Huyn zur Fortsetzung der Kampagne gegen die Wiederernennung Schröders eingesetzt wurden; ungeklärt bleibt dagegen, ob sich damit für die Gegner Schröders lediglich eine unerwartete Gelegenheit geboten hatte, oder aber ob diese „Intervention im letzten Moment“ als Teil der Inszenierung der Kampagne selbst zu betrachten ist. Der Versuch, dies zu klären, soll nun im Folgenden gemacht werden.

Horst OSTERHELD, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard, 1963–1966*, Düsseldorf 1992, S. 251 ff. und 263 f.

11 Der für die disziplinarischen Konsequenzen der Huyn-Affäre zentrale, aber nachträgliche Vermerk Carstens' vom 18. November 1965 findet sich als Nr. 420 in Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.), *Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1965*, Bd. III, München 1996.

12 Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben* (Taschenbuchausgabe), Berlin 1998, S. 811 ff.

13 Vgl. Ulrich WIRZ, *Karl Theodor von und zu Gutenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition*, Grub am Forst 1997, S. 390 ff.

14 H. Graf HUYN (wie Anm. 3), S. 403.

15 Vgl. hierzu widersprüchlich H. Graf HUYN (wie Anm. 3), S. 402, und K. Th. Frhr. zu GUTTENBERG (wie Anm. 3), S. 118.

IV.

Zunächst soll hier der Ursprung des deutsch-britischen Konsultationsvorschlages näher untersucht werden, um zu ermitteln, inwieweit im Auswärtigen Amt eine Politik entgegen den Richtlinien des Bundeskanzlers betrieben wurde und ob die Initiative bewusst verschleiert worden war.

Der Wunsch nach einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen fand seinen äußeren Anlass in den Deutschland-Besuchen des britischen Premierministers im März und der britischen Königin im Mai 1965.¹⁶ In einem ungewöhnlichen Schritt hatte Harold Wilson dem deutschen Bundeskanzler vorgeschlagen, „die Praxis einzuführen, einander Privatmitteilungen zukommen zu lassen, sobald irgendein bestimmtes Problem es erforderlich zu machen scheint“, eine Anregung, die Ludwig Erhard gerne aufnahm.¹⁷ Nachdem zwei Monate später der Queen-Besuch sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien als ein großer Erfolg gewertet worden war, berichtete Botschafter Blankenhorn erneut vom Wunsch der Briten nach einer „längerfristigen Zusammenarbeit“, und er meinte, dass eine Reihe gewichtiger Gründe dafür spräche, „die vor uns liegende Chance für eine Intensivierung der deutsch-britischen Beziehungen nicht ungenutzt vorbeigehen zu lassen“.¹⁸

Dies waren jedoch nicht die einzigen Anzeichen, dass eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen von London angestrebt wurde.¹⁹ Fast zeitgleich, am 29. Mai, hatten die britischen Liberalen den Vorschlag eines deutsch-britischen Freundschaftsvertrags aus dem Jahre 1963 wieder aufgegriffen, und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Walter Scheel, hatte diese Idee – wenn auch ohne konkretes Ergebnis – mit dem britischen Außenminister besprochen.²⁰ Über all diese Initiativen war das Bundeskanzleramt selbstverständlich informiert; sogar das Telegramm Blankenhorns lag dort in Kopie vor. Zumindest zu diesem Zeitpunkt kann also von einer Verschleierung durch das Auswärtige Amt nicht die Rede sein; im Frühsommer 1965 wurde

16 Tatsächlich war der britische Wunsch nach einem „Konsultationspakt“ bereits einige Jahre vorher bekannt, vgl. Vermerk Carstens für Minister vom 18. Februar 1963 im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (nachfolgend als AA bezeichnet), Büro Staatssekretär B 2/135.

17 Vgl. Wilson an Erhard, 12. März, und dessen Antwort, 19. März 1965, in AA Ministerbüro B 1/218.

18 Vgl. Botschafter Blankenhorn, London, an das AA, 9. Juni 1965, in H.-P. SCHWARZ (Hrsg.), *Akten 1965* (wie Anm. 11), Band II, Dok. 239. Ein Vergleich mit dem Original in AA B 150/54 zeigt, dass eine Kopie hiervon an das Bundeskanzleramt gegangen ist, s.u.

19 Siehe zusammenfassend Meyer-Lindenberg an Carstens und Schröder, 7. Mai 1965, in AA B 31/287.

20 Vgl. Gesandter Freiherr von Ungern-Sternberg, London, an das AA, 2. Juni 1965, in: H.-P. SCHWARZ (Hrsg.), *Akten 1965* (wie Anm. 11), Band II, Dok. 230.

eine mögliche Intensivierung deutsch-britischer Beziehungen schlichtweg vielerorts diskutiert.

Ebenso unzutreffend erscheint der Vorwurf, das Auswärtige Amt habe inhaltlich eine von den Richtlinien des Bundeskanzlers abweichende Politik betrieben. So wurde in internen Papieren der Vorschlag der britischen Liberalen gerade deshalb abgelehnt, weil ein solches vertragliches Arrangement die deutsch-französischen Beziehungen unnötig belasten würde. Ungeachtet dessen sah man im Auswärtigen Amt auch sonst keinen Grund, den Briten allzu weit entgegenzukommen. Die deutsche Position sei ohne vertragliche Verpflichtungen wesentlich stärker, da man erwarte, dass Großbritannien sich bei seiner Hinwendung zu Europa ohnehin ständig um Einvernehmen und Hilfestellung der Bundesrepublik bemühen müsse.²¹ Doch wollte man auch die Briten nicht verprellen, und so griff das Auswärtige Amt die Anregung Blankenhorns auf und stellte erste Überlegungen zu einer nicht-vertraglichen Intensivierung der Beziehungen an. Auf Weisung des Leiters der Europaabteilung, Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg, erarbeitete das für Großbritannien zuständige Referat I A 5 ein erstes Konzept, in dem „ohne besondere Vereinbarung eine Vermehrung der Konsultationen“ erwogen wurde.²² Mit dieser Einschränkung fand das Papier die Unterstützung des Ministers und der beiden Staatssekretäre, Karl Carstens und Rolf Lahr, so dass eine breite Diskussion innerhalb des Amtes eingeleitet werden konnte.²³ Am 23. Juli forderte Meyer-Lindenberg schriftlich alle Referate und Arbeitseinheiten des Hauses auf, bestehende deutsch-britische Konsultationsformen aufzulisten und durch Vorschläge zur Vermehrung der Kontakte zu ergänzen. Auch seine Anweisungen schränkten den Umfang der Initiative unmissverständlich ein: „Es wird hierbei nicht an eine vertragliche Regelung oder an die Schaffung neuer Institutionen gedacht.“²⁴ Der Rücklauf auf diese Anfrage war enorm und wurde später in Listenform zusammengestellt und dem deutschen Botschafter in London für seine Besprechungen an die Hand gegeben.²⁵

Im Zusammenhang mit der späteren Affäre ist der aufwendige hausinterne Abstimmungsprozess insofern bemerkenswert, als dieser es sehr fraglich erscheinen lässt, dass ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes – also auch Graf

21 Vgl. Aufzeichnung von Legationsrat I. Klasse von Plehwe, 31. Mai 1965, in AA B 31/285.

22 Vgl. Aufzeichnung von Legationsrat I. Klasse von Plehwe, 23. Juni 1965, in AA B 31/285.

23 Zur Zustimmung von Carstens, 2. Juli, und Schröder, 10. Juli, siehe deren handschriftliche Bemerkungen auf der Aufzeichnung von Plehwes. Rolf Lahr gab seine Zustimmung am 6. Juli 1965, siehe AA Büro Staatssekretär B 2/135, auch in AA B 31/258.

24 Siehe Meyer Lindenberg an Abteilungsleiter, 23. Juli 1965, in AA B 31/285.

25 Die Antworten von 12 Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amtes – auch von Huyns Referat I A 1 – finden sich alle in AA B 31/285.

Huyn – im Sommer 1965 keine Kenntnis über die Initiative gehabt haben könnte.²⁶ Indes sollte aber auch festgehalten werden, dass das Auswärtige Amt die konkreten Inhalte seiner Planungen zu diesem Zeitpunkt nicht außerhalb des Hauses ventilierte. Im Gegenteil: Hatte das ursprüngliche Konzept des Referatsleiters I A 5 noch die Einbeziehung anderer Bundesministerien vorgesehen, so wurde der entsprechende Passus von Meyer-Lindenberg gestrichen.²⁷

Dennoch lässt sich daraus nicht der Vorwurf einer bewussten Geheimhaltung konstruieren, wie der weitere Verlauf der Angelegenheit zeigen sollte. Nachdem Gerhard Schröder seine Zustimmung zu dem erarbeiteten Konzept gegeben hatte, wurde der deutsche Botschafter in London am 4. Oktober offiziell beauftragt, dem britischen Außenminister gegenüber auszuführen, dass „die „Bundesregierung ... bereit [sei], die bestehenden Konsultationen weiter zu intensivieren,“ wobei sie jedoch nicht „an die Schaffung irgendwelcher neuer Institutionen“ dachte.²⁸ Genau zwei Wochen später, am 18. Oktober, meldete Blankenhorn Vollzug; er habe die Vorschläge dem Staatssekretär im Foreign Office, Sir Paul Gore-Booth, übermittelt.²⁹ Laut aufgedrucktem Verteiler wurden zwei Kopien dieses Schreibens am Tag darauf – also zwei Tage vor Huyns Abteilungsbesprechung – an das Bundeskanzleramt gesandt. Hätte man im Auswärtigen Amt tatsächlich eine Geheimpolitik betreiben wollen, so wäre diese Unterrichtung wohl kaum vor der endgültigen Verabschiedung der Kabinettsliste vorgenommen worden. Mit anderen Worten: Auch ohne Huyns Indiskretion hätte der Kanzler in jedem Fall davon erfahren.³⁰

V.

Wenn also ausgeschlossen werden kann, dass das Auswärtige Amt eine autonome, geheime und den Richtlinien widersprechende Politik verfolgt hat, bleibt dennoch der Vorwurf, der Außenminister habe Bundeskanzler Ludwig Erhard bewusst nicht direkt informiert. Hierzu gibt es widersprüchliche Angaben, die nur mit einiger Akribie aufzulösen sind: Laut Graf Huyn rettete sich Schröder nur durch „einen handschriftlichen Vermerk, den er für sich per-

26 Siehe hierzu unten; Abschnitt VI.

27 Vgl. dessen Korrekturen auf der Aufzeichnung von Legationsrat I Klasse von Plehwe, 23. Juni 1965, in AA B 31/285.

28 Meyer Lindenbergs Drahterlass an Blankenhorn, 4. Oktober 1965. Meyer-Lindenberg hatte Carstens und Schröder schon vor der Wahl, am 13. September, um Zustimmung gebeten und bekam diese am 1. Oktober vom Persönlichen Referenten des Ministers, Dr. Simon, übermittelt, alle in AA Ministerbüro B 1/218.

29 Vgl. Botschafter Blankenhorn (London) an AA, 18. Oktober 1965, in AA B 150/62.

30 So bestätigt im übrigen auch H. OSTERHELD (wie Anm. 10), S. 251: „Ich hatte Westrick am 19. Oktober mündlich und am 20. schriftlich darauf aufmerksam gemacht, und zwar aufgrund eines Telegramms aus London, das über Gespräche Blankenhorns mit der britischen Regierung über engere Konsultationen berichtete.“

sönlich angefertigt hatte“.³¹ Horst Osterheld bestätigt: In der Besprechung der Angelegenheit habe der Bundeskanzler bestritten, vom Außenminister informiert worden zu sein. „Schröder soll daraufhin einen Zettel herausgezogen haben, wonach der Bundeskanzler doch zugestimmt habe. Erhard blieb aber bei seiner Ablehnung.“³² Staatssekretär Carstens hielt dem jedoch entgegen, dass der Außenminister schon kurz nach der Bundestagswahl den Bundeskanzler gefragt habe, ob er „die Schritte für eine Verstärkung der deutsch-britischen Konsultationen schon vor der Regierungsbildung oder erst nachher in die Wege leiten solle. Erhard habe ersterem zugestimmt.“³³ Allerdings konnte das Auswärtige Amt die Version des Staatssekretärs später nicht durch entsprechende Protokolle oder Gesprächsvermerke belegen, auch dann nicht, als Wochen darauf eine 22-seitige minutiöse Aufzeichnung über die „Affäre-Huyn“ zusammengestellt wurde.³⁴

Dennoch gibt es einige Anhaltspunkte dafür, dass Erhard tatsächlich von Schröder informiert wurde. Zum einen findet sich der von Huyn und Osterheld erwähnte handschriftliche Vermerk des Außenministers in seinem Nachlass.³⁵ Hieraus geht hervor, dass er am 28. September im Kanzlerbungalow mit Erhard neben anderen Themen auch über die deutsch-britischen Beziehungen gesprochen hatte. Er notierte hierzu: „BK: 1) Wilson Treffen erwähnen. 2) Konsultationserlaß“. Die Notizen lassen zudem erkennen, dass es bei der Besprechung vor allem um die Regierungsbildung gegangen ist und dass die in diesem Zusammenhang diskutierten Fragen eher der Frühphase dieser schwierigen Verhandlungen zuzurechnen sind, also weit vor der Entscheidung zur Kabinettsliste im späten Oktober. Hiermit scheint das Datum der Besprechung zunächst glaubwürdig zu sein.

All dies spricht aber noch nicht dagegen, dass Schröder die Gesprächsnutzen nachträglich angefertigt haben könnte – wie von Huyn und auch von Osterheld angedeutet wird. In den Akten des Auswärtigen Amtes findet sich jedoch ein weiterer Vermerk, verfasst vom Persönlichen Referenten des Ministers, Dr. Simon, mit dem dieser am 1. Oktober dem Leiter der zuständigen

31 H. Graf HUYN (wie Anm. 3), S. 403.

32 H. OSTERHELD (wie Anm. 10), S. 252.

33 So wiedergegeben von H. OSTERHELD (wie Anm. 10), S. 251. Fast wortgleich – ohne weitere Belege – V. HENTSCHEL (wie Anm. 12), S. 812. Siehe auch Carstens Aufzeichnung über Telefonat mit Westrick, 27. Oktober 1965, in NL Schröder ACDP I-483/109/1.

34 Vgl. Aufzeichnung über Affäre Huyn, 9. November 1965, in NL Schröder ACDP I-483/109/1.

35 Vgl. Schröders handschriftliche Gesprächsaufzeichnung, 28. September 1965, in NL Schröder I-483/109/1. Dass es sich hierbei tatsächlich um den von Schröder später präsentierten Vermerk handelt, ist zweifelsfrei daran festzustellen, dass sich darauf auch Notizen zur besagten Konfrontation am 22. Oktober finden, er diesen also dorthin mitgebracht hatte. Der 28. September wird auch in einem auffällig gut informierten Pressebericht genannt; vgl. *Der Spiegel*, 17. November 1965.

Abteilung I A grünes Licht für die Kontaktaufnahme mit dem britischen Foreign Office gab. Erläuternd hierzu Simon: „Herr Bundesminister hat den beiliegenden Vorgang betreffend Konsultationen mit der britischen Regierung mit dem Herrn Bundeskanzler besprochen. Dieser ist mit dem beabsichtigten Schritt einverstanden. Herr Staatssekretär Carstens ist vom Herrn Minister unterrichtet worden. Der Drahterlaß an Botschafter Blankenhorn kann abgehen.“³⁶ Nach der Aktenlage im Auswärtigen Amt scheint es also, als sei Ludwig Erhard tatsächlich von Schröder über die geplante Initiative unterrichtet worden.

Angesichts der wechselseitigen Vorwürfe der Fehldarstellung und Dokumentenfälschung, die die Affäre prägten, können die beiden Vermerke allein nicht zur Absolution Schröders erhalten. Erst durch die Chronologie der Ereignisse und die jeweiligen Fundstellen entfalten sie ihre entlastende Wirkung. So ist kaum zu vermuten, dass Simon den Vermerk rückdatiert zu den Akten gegeben hat, um eine Schutzbehauptung seines Ministers zu belegen. Das Schriftstück findet sich als Doppel auch in den Akten des Referats I A 5, wo es zur weiteren Veranlassung verwandt wurde.³⁷ Das Papier hätte also sowohl in den Akten des Ministerbüros als auch in denen des Fachreferats hinzugefügt werden müssen; ein Vorgang, der allein aufgrund des daran notwendigerweise zu beteiligenden Personenkreises auszuschließen ist.

Wenn also das Datum von Simons Vermerk – der 1. Oktober – als authentisch zu betrachten ist, bleibt von einem Fälschungs- oder Verschleierungsvorwurf nur noch die Frage übrig, ob das, was der Persönliche Referent dem Abteilungsleiter berichtete, sich tatsächlich so zugetragen hatte. Zweifel sind insofern berechtigt, als der Persönliche Referent nicht erwähnt, ob er bei der Unterredung zwischen Kanzler und Außenminister zugegen gewesen ist. So ist eher anzunehmen, dass Simon den kurzen Vermerk lediglich auf mündliche Weisung des Ministers angefertigt hat. Welches Licht könnte dieser Umstand auf die Konfrontation vom 22. Oktober werfen, in der Außenminister und Bundeskanzler sich uneins über die Angelegenheit zeigten? Zunächst einmal kann ausgeschlossen werden, dass Schröder die Besprechung und ihren Inhalt frei erfunden hat. Den Persönlichen Referenten am 1. Oktober mit der Anfertigung eines entsprechenden Vermerks zu beauftragen, würde voraussetzen, dass der Minister *ex ante* an einer Verteidigungsstrategie gearbeitet hätte. Den Konflikt um Frank und Huyn schon drei Wochen vor der besagten Abteilungsbesprechung zu antizipieren, hätte allerdings hellseherische Fähigkeiten erfordert.

Es ist daher anzunehmen, dass die unterschiedlichen Versionen von Außenminister und Bundeskanzler auf ein Problem des Erinnerungsvermögens be-

³⁶ Vermerk des persönlichen Referenten des Ministers, 1. Oktober 1965, in AA Ministerbüro B 1/218.

³⁷ Vgl. Doppel in B 31/285.

züglich des maßgeblichen Inhalts des Gesprächs zurückzuführen sind. Hier lohnt ein genauerer Blick auf Schröders Gesprächsnotizen.³⁸ Die oben angeführten Versatzstücke „BK: 1) Wilson Treffen erwähnen. 2) Konsultationserlass“ scheinen nicht nur der grammatikalischen Form nach Erinnerungsstützen dafür gewesen zu sein, was der Außenminister zu betonen beabsichtigte. Die Tatsache, dass der verbleibende Rest der mehrseitigen Notizen in anderer Tinte und weit weniger leserlich verfasst ist, deutet daraufhin, dass sie den eigentlichen inhaltlichen Kern des Gesprächs abbilden. Hieraus geht hervor, dass beide Gesprächspartner – je für sich persönlich – von viel wichtigeren Fragen geplagt waren, als sie die deutsch-britische Initiative je hätte aufwerfen können. So sorgte sich der Außenminister zunächst um die eigene Wiederernennung und verwies darauf, dass Parteichef Adenauer in Kurt Georg Kiesinger den neuen Außenminister sah. Schröder versuchte nun, die Gunst des Kanzlers mit Hinweis auf seine Loyalität zu gewinnen. Angesichts des schwelenden Streits um die Koalition und Kanzlerschaft hatte es vor der Wahl eine Auseinandersetzung darüber gegeben, ob sich Erhard vor der Presse schon in der Wahlnacht als zukünftiger Regierungschef präsentieren und so dem Vorschlagsrecht des Bundespräsidenten vorgreifen dürfe.³⁹ Schröder erinnerte den Kanzler: „BK in Wahlnacht? Ich [im Original unterstrichen] für ihn eingetreten“.

So wie der Außenminister also eher um seine Wiederernennung kämpfte, als dass er den Kanzler über außenpolitische Entwicklungen informierte, so schien auch Ludwig Erhard wenig Aufmerksamkeit für die deutsch-britischen Beziehungen übrig gehabt zu haben. Sein Interesse galt vielmehr der eigenen Wiederwahl durch den Bundestag, die trotz des Wählervotums innerfraktionell alles andere als gesichert war. Erhard diskutierte mit dem Außenminister, wie man die diversen Interessen erfolgreich austarieren könne. Neben der Ministerliste ging es in dem Gespräch auch um die Erweiterung des Kabinetts durch die Einführung von Staatsministerposten, um Parteiinteressen und persönliche Ambitionen befriedigen zu können. Der Kanzler war trotzdem voller Sorge, wie Schröder notierte: „BK: und wenn die sagen, sie wählen mich dann nicht?“ Existentieller hätten also auch Ludwig Erhards Probleme nicht sein können; eine halbherzige Initiative zur Förderung der deutsch-britischen Beziehungen konnte dagegen in der Erinnerung leicht verblassen.

38 Für den nachfolgenden Abschnitt, darin enthaltene Zitate und Hervorhebungen, vgl. Schröders handschriftliche Gesprächsaufzeichnung, 28. September 1965, in NL Schröder I-483/109/1.

39 Vgl. unter vielen Vermerk über Besprechung mit Adenauer 13. September, in NL Hans Berger I-400/015/1, und Tagebuch (1964–1966), Eintrag vom 19. September, in NL Krone I-028/076/1. Siehe hierzu auch den Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 10. September 1965.

Das vorhandene Aktenmaterial legt also – trotz Unvollständigkeit – nahe, dass kurz nach der Bundestagswahl ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Ludwig Erhard und Außenminister Gerhard Schröder stattgefunden hat. Wie eingehend bei dieser Gelegenheit die deutsch-britischen Konsultationspläne diskutiert wurden, lässt sich nicht mehr zweifelsfrei feststellen. Sicher ist aber, dass das Treffen zwei innerparteilich in Bedrängnis geratene Politiker zusammenführte, die in erster Linie um ihre jeweilige persönliche Zukunft bangten. Vor diesem Hintergrund wird dann auch einleuchtend, dass erst Schröders Verweis auf diese Gesprächspunkte den Kanzler an die Unterredung erinnerte und ihn schließlich an seinem Außenminister festhalten ließ.

VI.

Gewiss ist die Affäre aber nur zu einem Teil erhellt, wenn sich die Anschuldigungen gegen das Auswärtige Amt und seinen Minister entkräften lassen. Ein zweiter Fragenkomplex gewinnt dadurch nur noch an Relevanz: Wenn die Vorwürfe von Hans Graf Huyn und Baron Guttenberg unberechtigt waren, könnte dies auf unvollständigen Informationen beruhen, über die Schröders Gegner zu diesem Zeitpunkt verfügten. Andererseits sollte aber auch nicht ausgeschlossen werden, dass die Vorwürfe selbst Teil einer Inszenierung waren, gerade wenn man sich der vorangegangenen Kampagne gegen Schröders Wiederernennung erinnert. Ohne Frage ist die Ermittlung von Motivationen und Informationstand aus dem überlieferten Aktenmaterial ungleich schwieriger als die Aufklärung eines offiziellen Sachverhalts, z.B. die Weiterleitung von Telegrammkopien oder die Authentizität eines Referentenvermerks. Trotzdem lassen sich auch hierzu einige Feststellungen treffen.

So zum Beispiel zu Guttenbergs Kenntnis amtsinterner Vorgänge. Eine ganze Reihe der Beamten im Auswärtigen Dienst teilten die Schröder-feindliche Haltung des fränkischen Barons und zögerten auch nicht, diesen auf dem Laufenden zu halten. So war Guttenberg zu jedem Zeitpunkt bestens informiert über die Planungen des Amts.⁴⁰ Es entwickelte sich sogar ein gewisser Corpsgeist unter den Gegnern Schröders. So versorgte der ehemalige Leiter der außenpolitischen Abteilung, Josef Jansen, den Freiherrn auch mit Informationen über weitere mögliche Mitglieder der amtsinternen Opposition. Über den deutschen Botschafter in den Niederlanden schrieb er Guttenberg einmal: „Er ist einer der wenigen, der 100%ig zu uns gehört.“⁴¹ Personalien dieser Art waren

40 In Guttenbergs Papieren finden sich darauf zahlreiche Hinweise, so zum Beispiel Jansen an Guttenberg, 28. August 1964, in BA NL Guttenberg N/1397/F/184, Wilhelm Hartlieb an Guttenberg, 8. Februar 1965, in BA NL Guttenberg N/1397/F/68 oder auch Jansen an Guttenberg, 14. April 1965, in BA NL Guttenberg N/1397/F/35.

41 Jansen an Guttenberg, 10. Dezember 1964, in BA NL Guttenberg N/1397/F/185.

aber nur der weniger wichtige Teil der regelmäßigen Indiskretionen. Mindestens ebenso effektiv war der Informationsfluss über amtsinterne politische Überlegungen; dies ging soweit, dass einige Kabinettsmitglieder sich beschwerten, dass „die Kreise um Guttenberg mit jedem gewünschten Material versorgt würden, um damit gegen den Außenminister zu agieren, während die Freunde des Außenministers gemäß den offiziellen Richtlinien des Auswärtigen Amts knapp gehalten würden.“⁴²

Das war nicht übertrieben. Tatsächlich wusste Freiherr zu Guttenberg bereits im Mai 1965 – also fast ein halbes Jahr vor Huyns Indiskretion – von den deutsch-britischen Konsultationsplänen des Auswärtigen Amts. Mit seinem Wissen versuchte er zunächst brieflich, den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zu bewegen, den Außenminister zu diskreditieren. Aus gut unterrichteten Kreisen habe er gehört, dass an einem „deutsch-britischen Freundschaftsvertrag“ nach dem Muster des deutsch-französischen Vertrags gearbeitet werde. Einen Vorschlag zur Verwendung dieser Information hatte Guttenberg auch parat: „So wird es gut sein, den Kanzler darauf aufmerksam zu machen, dass von einer derart absurden Idee gesprochen werde. Da unter dem gegenwärtigen Außenminister mit den abenteuerlichsten Ergebnissen seiner antifranzösischen und philobritischen Grundeinstellung gerechnet werden muß, wollte ich Sie sogleich benachrichtigen.“⁴³ Strauß blieb jedoch untätig.

Warum aber nahm Baron Guttenberg die Sache nicht selbst in die Hand? Weshalb wartete er über sechs Monate, bevor er auf Umwegen den Kanzler auf Schröders Pläne aufmerksam machte? Vielleicht wollte er sich nicht zu offensichtlich aus der Deckung wagen, solange seine Ambitionen auf einen neu einzurichtenden Staatsministerposten im Auswärtigen Amt noch Realisierungschancen boten.⁴⁴ Möglicherweise wollte er aber auch die Regierungsbildung abwarten, um in einer von ihm favorisierten Großen Koalition gar den Außenministersessel einzunehmen.⁴⁵ Beide Varianten könnten erklären, warum er die Information erst nach der Bundestagswahl verwandte, nachdem Erhards Wahlsieg seine Hoffnungen zunichte gemacht hatte. Andererseits sind solche Spekulationen gänzlich ungeeignet, den genauen Zeitpunkt seiner Initiative – den 21. Oktober – zu erklären. Guttenberg und andere hatten ja vor diesem Datum bereits fast einen ganzen Monat lang versucht, den amtierenden Außenminister mit allen Mitteln zu diskreditieren. Neben diversen „Enthüllungen“ – über dessen Doktorarbeit und ähnliches – war ihr Hauptvorwurf, dass Schröder mit seiner anglophilen und frankophoben Politik die Richtlinien des Kanzlers ignorieren würde. Die deutsch-britischen Konsulta-

42 Staatssekretär Rolf Lahr an Gerhard Schröder, 14. Oktober 1965, in AA B 150/61.

43 Guttenberg an Strauß, 12. Mai 1965, in BA NL Guttenberg N/1397/F/47.

44 Vgl. zum Beispiel *Handelsblatt*, 8. September 1965.

45 Siehe hierzu U. WIRZ (wie Anm. 13), passim.

tionspläne hätten dafür den besten Beweis liefern können. Umso erstaunlicher ist es, dass Baron Guttenberg sein Wissen nicht schon vor dem 21. Oktober eingesetzt hatte, etwa in seinem umfangreichen Dossier über Schröders Fehlverhalten, das er an den Bundespräsidenten weiterleitete. Eine andere Erklärung für Guttenbergs zeitweilige Zurückhaltung ist also nötig.

Auch hierzu findet sich ein Hinweis. In seinem Brief an Strauß vom 12. Mai schlug Guttenberg zwar vor, den Kanzler auf Schröders vermeintlichen Alleingang hinzuweisen, fügte jedoch hinzu: „Ich bitte aber, meinen Namen zunächst nicht zu nennen, da sonst meine Quelle entdeckt werden könnte.“⁴⁶ Warum aber scheint Guttenberg im Oktober plötzlich seine Meinung in dieser Frage geändert zu haben? Die Grund liegt auf der Hand: Die Quelle schien jetzt nicht gefährdet. Mit Huyns Bericht über die Referentenbesprechung bot sich dem Baron die Gelegenheit, offen auf die deutsch-britischen Konsultationspläne hinzuweisen, ohne dass er einen individuellen Beamten des Auswärtigen Amtes bloßstellte; zur fraglichen Besprechung waren außer Huyn selbst nicht weniger als 14 Personen anwesend.⁴⁷ Eine so gründliche Untersuchung – in Guttenbergs Worten eine „Christenverfolgung“⁴⁸ –, wie sie der Außenminister danach in Gang setzen sollte, hatte der Baron wohl nicht erwartet.

Darauf zu vertrauen, dass das Amt die Angelegenheit auf sich beruhen lassen würde, war jedoch naiv. Denn die Aktennotiz über Huyns Indiskretion, mit der Guttenberg die Affäre ins Rollen brachte, indem er sie Altbundeskanzler Konrad Adenauer übergab, war alles andere als ein sachlicher Bericht über die Planungen des Auswärtigen Amtes. Ein solcher wäre wohl kaum geeignet gewesen, den gewünschten Sturm der Entrüstung hervorzurufen; gegenüber der britischen Regierung war ja lediglich eine Intensivierung einiger bestehender diplomatischer Kontakte angeregt worden.

Um den dramatischen Effekt zu erhöhen, hatte Guttenberg deshalb die dürftigen Notizen über sein Gespräch mit Huyn derart ausgeschmückt, dass die Themen der Referentenbesprechung nur noch die Einleitung zu einem Generalangriff auf bestimmte Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes darstellten.⁴⁹

46 Guttenberg an Strauß, 12. Mai 1965, in BA NL Guttenberg N/1397/F/47.

47 Vgl. Carstens an Westrick (mit Sitzordnung), 18. November 1965, in NL Schröder ACDP I-483/109/1.

48 Gespräch Guttenbergs mit Lübke, 27. Oktober 1965, in NL Hans Berger ACDP I-400/026/6.

49 Die Entwicklung dieser „Ausschmückungen“ ist sehr plastisch nachzuvollziehen anhand dreier Vermerke, die Guttenberg über das Gespräch mit Huyn anfertigte. Das erste Papier – handschriftliche Notizen – gibt das Gespräch selbst wieder; der zweite Vermerk weist auf eine Verlagerung von der Integrationspolitik zum Bilateralismus hin, aber erst das dritte, längste (und in diesem Abschnitt zitierte) Papier versucht, den Zusammenhang mit der behaupteten Zerstörung des deutsch-französischen Verhältnisses herzustellen. Vgl. Vermerke Guttenbergs, 21. Oktober 1965, in BA NL Guttenberg N/1397/F/48.

Um seine Behauptung von einem „Kurswechsel“ in der Außenpolitik zu untermauern, verwies Guttenberg auf diverse Äußerungen von Paul Frank und Dr. Simon, dem Persönlichen Referenten des Ministers, die in der Referentenbesprechung selbst gar nicht gefallen und auch sonst völlig sachfremd waren. Hierbei ging es nämlich nicht etwa um die deutsch-britischen Beziehungen, sondern um die fragwürdige Haltung, die diese beiden zum deutsch-französischen Vertrag eingenommen haben sollten. So habe Simon darauf bestanden, dass „nicht [der] deutsch-französischen Vertrag, sondern die Präambel hierzu als [...] Bibel anzusehen“ sei, während Frank zugegeben haben soll, dass „Schröder das deutsch-französische Verhältnis zerstört“. Selbst vor Andeutungen über die persönliche Integrität der beiden machte er nicht Halt. Simon sei in viel zu kurzer Zeit vom Oberregierungsrat zum Ministerialdirigenten aufgerückt, und Paul Frank sei prinzipienlos. Letzterer sei bis vor kurzem „unbedingter Anhänger“ der deutsch-französischen Freundschaft gewesen; seinen Gesinnungswandel würde er nun wie folgt begründen: „Ein deutscher Diplomat muss jede Politik mitmachen, bis zu dem Zeitpunkt, da die Schreie der Gefolterten vom Keller des Auswärtigen Amtes bis in den vierten Stock hinauf zu hören sind; sonst ist er für seinen Beruf nicht tauglich.“ Auch das den weiteren Verlauf der Affäre prägende Zitat war also Teil der von Guttenberg hinzugefügten Ausschmückungen, wobei Frank diesen Ausspruch mehrere Monate zuvor, und durchaus nicht als Begründung eines persönlichen Gesinnungswandels, formuliert hatte.⁵⁰

VII.

Die „Affäre Huyn“ war also zumindest teilweise eine „gaullistische“ Inszenierung. Nicht nur war der Vorwurf einer richtlinienwidrigen Geheimpolitik des Auswärtigen Amtes unzutreffend. Diejenigen, die die Affäre ins Rollen brachten, waren sich genau darüber auch völlig im Klaren. Trotzdem konnte mit der reichlich ausgeschmückten – und wohl orchestrierten – Entrüstung über den vermeintlichen außenpolitischen Kurswechsel der Stuhl von Außenminister Gerhard Schröder noch einmal ins Wanken gebracht werden.

Das Wissen um die deutsch-britischen Konsultationspläne des Auswärtigen Amtes, war ebenso wie die Absicht, damit den Außenminister beim Bundeskanzler in Misskredit zu bringen, schon seit geraumer Zeit vorhanden. Der auslösende Faktor für die Affäre selbst ergab sich dann aber doch eher zufällig.

⁵⁰ Frank hielt später dagegen, dass er Monate vorher mit diesem Satz die Beschwerde eines Referatsleiters zurückgewiesen habe, der behauptet hatte, die eigene Beförderung würde wegen seiner pro-französischen Haltung vom Minister verzögert, vgl. P. FRANK (wie Anm. 3), S. 123 f. Der betreffende Beamte bestätigte diese Version später, siehe Stellungnahme Schmidt-Schlegel, 5. November 1965, in NL Schröder ACDP I-483/109/1.

Erst die Referentenbesprechung bot dem Freiherrn zu Guttenberg die unverhoffte Möglichkeit, nach allen Anstrengungen der vorangegangenen Wochen seinen letzten Trumpf der Kampagne gegen Schröder doch noch auszuspielen, ohne die Quelle preisgeben zu müssen.

Das vorrangige Ziel wurde sicher nicht erreicht; Schröder blieb Außenminister. Auch in Sachen Quellenschutz hatte sich der CSU-Abgeordnete Guttenberg verrechnet. Doch wäre es sicher falsch, dieses Lehrstück der Skandalinszenierung – in Stil, Methode und Informationsmanagement – als einen Misserfolg zu betrachten. Die öffentliche Aufmerksamkeit, die der Angelegenheit zuteil wurde, erlaubte es Guttenberg, weiter gegen den Außenminister zu agieren. So war er es auch, der den Vorsitzenden der SPD-Fraktion mit den nötigen Details für die späteren parlamentarischen Anfragen versorgte.⁵¹ Auch dem Bundesaußenminister ließ die Angelegenheit danach keine Ruhe. Als ein Jahr später die Erinnerungen von Hans Graf Huyn erschienen, las Gerhard Schröder jede einzelne der zahlreichen Rezensionen.⁵²

51 Siehe U. WIRZ (wie Anm. 13), S. 402, Fußnote 49.

52 Vgl. Pressesammlung zu Huyns Buch, Herbst/Winter 1966; gelesen, abgezeichnet und vom Minister mit Randbemerkungen versehen, in NL Schröder ACDP I-483/109/1.

Sport und Politik im geteilten Deutschland

Von Günter Buchstab

Erstmals in der deutschen Geschichte existierten zwischen 1949 und 1990 zwei Staaten ohne ein übergeordnetes Organ, das ihren Zusammenhalt gewährleistet hätte. Deutschland war 1945 eine „Nation ohne Haus“ (Adolf M. Birke) geworden. Die westlich orientierte Bundesrepublik Deutschland erklärte sich zur Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches und sah sich in der Kontinuität von über tausend Jahren deutscher Geschichte mit all ihren positiven und negativen Seiten. Sie bezog die Legitimation, die „alleinige ... staatliche Organisation des deutschen Volkes“ zu sein und für alle Deutschen zu sprechen,¹ aus dem Festhalten am Gesamtstaat, aus der in freien und geheimen Wahlen bekundeten Zustimmung der Bevölkerung zum demokratischen Rechtsstaat bei fester Verankerung in den freien Westen wie auch aus der Abwehr totalitärer Gefahren aus dem kommunistischen Osten.

Die DDR brach bewusst aus den als „feudalistisch-kapitalistisch“ diffamierten Traditionen des Reichs aus. Ihr Maß wurde der Sozialismus als ein qualitativ neues „fortschrittliches“ Zeitalter der Menschheitsgeschichte. Als erster „Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ begründete sie ihre Existenz aus den Zielen der marxistisch-leninistischen Ideologie; die zweite deutsche Diktatur (Karl-Dietrich Bracher) bezeichnete sich in ihrer Verfassung seit 1968 als „sozialistischer Staat deutscher Nation“ (Art. 1), ab 1974 sogar nur noch als „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ (Art. 1) unter Aufgabe einer deutschen Staatsangehörigkeit und einer gemeinsamen nationalen Geschichte. Unabhängig von diesem sukzessive veränderten Selbstverständnis war es das Bestreben der DDR, als eigenständiger Staat die volle Anerkennung und Gleichberechtigung in der internationalen Staatenwelt zu erlangen, wenn nicht ein einheitliches Deutschland im SED-Verständnis und die Übertragung des „antifaschistisch-demokratischen“ Modells auf die Bundesrepublik zu erreichen war.²

Schon in den ersten Nachkriegsjahren hatte die Entzweiung der alliierten Siegermächte die Weichen in Richtung Teilung gestellt und im Ergebnis 1949 zur Gründung der beiden Staaten auf deutschem Boden geführt. Die schritt-

1 Vgl. Regierungserklärung Konrad Adenauers vom 21. Oktober 1949. *Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages* (Sten. Ber.), 1. WP, S. 307–309.

2 Vgl. Michael LEMKE, *Die DDR und die deutsche Frage 1949–1955*, in: Wilfried LOTH (Hg.), *Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit*, Berlin 1994, S. 152 f., 166.

weise Erlangung von Souveränität bis Mitte der 50er Jahre festigte eine jeweils eigene Staatspersönlichkeit. Doch fand nur die Bundesrepublik internationale Anerkennung, und sie vermochte bis in die 60er Jahre mit ihrer Strategie der sog. Hallsteindoktrin eine völkerrechtliche Aufwertung der DDR und damit die Anerkennung der Zweistaatlichkeit zu verhindern.³ Den Durchbruch erreichte die DDR erst nach dem beginnenden Ost-West-Dialog 1969 mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kambodscha und zu Ägypten sowie anderen arabischen Staaten. 1971, im Jahr des Berlin-Abkommens und ein Jahr vor Abschluss des „Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“, der der DDR die Respektierung ihrer Staatlichkeit durch die Bundesrepublik und die internationale Gleichberechtigung einbrachte, unterhielt sie volle diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene zu allen 13 sozialistischen Staaten des Warschauer Pakts und zu 16 nichtsozialistischen Staaten, zu einer Reihe anderer auf der Ebene von Konsulaten, Handelsmissionen und ähnlichen Vertretungen. In einigen Unterorganisationen der UN (z. B. UNESCO, ECE, ILO), in zahlreichen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie in fast allen internationalen Sportorganisationen⁴ war die DDR hingegen bereits vorher Mitglied geworden und hatte so den Weg zur allgemeinen Anerkennung vorbereitet. Trotz dieser Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland waren sie füreinander nicht Ausland. Das Beharren auf einer einheitlichen Staatsbürgerschaft und das 1970 im „Brief zur deutschen Einheit“ formulierte Ziel der Bundesrepublik, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“⁵, hielten die Option für Deutschland als Ganzes aufrecht und bildeten wenigstens eine fiktive Klammer.

Während der Zeit des Kalten Krieges und der Eiszeit zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten war der Sport ein Bereich (von den Kirchen abgesehen), durch den jenseits der völkerrechtlichen Problematik eine gesamtdeutsche Option nicht nur Fiktion zu bleiben schien. Allerdings nutzte die DDR-Führung den Sport keinesfalls dazu, den Zusammenhalt zu festigen und zu pflegen. Sie sah darin vielmehr die Möglichkeit, ihre politischen Konzeptionen und ihren Anspruch auf Anerkennung als vollwertiges Mitglied der Staatengemeinschaft sukzessive durchzusetzen. Für sie war der Sport „nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck“, wie Erich Honecker schon 1948

3 Vgl. dazu neuerdings Werner KILIAN, *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Weg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien*, Berlin 2001, S. 251–274.

4 Vgl. Gunter HOLZWEISSIG, *Diplomatie im Trainingsanzug. Sport als politisches Instrument der DDR*, Wien 1981, S. 191–196.

5 Bulletin vom 12. August 1970, S. 1058.

auf der konstituierenden Sitzung des Deutschen Sportausschusses verkündete. Der Sport diene als Mittel, um gegenüber der eigenen Bevölkerung wie der Weltöffentlichkeit das staatliche und nationale Legitimationsdefizit abzubauen, Eigenständigkeit und Stärke zu beweisen und auf diesem Wege die spätestens seit 1955 offiziell formulierte Zweistaatentheorie zu untermauern. Für die SED bildeten „Sport und Politik eine Einheit“⁶. Demnach war für sie „die Theorie des ‚unpolitischen Sports‘ ... die größte Zweckklüge der modernen Sportgeschichte“⁷.

Die Bundesrepublik, ihre Regierungen, Parteien und Parlamente kannten hingegen keine dezidierte Sportpolitik. Der organisierte Sport wahrte bewusst Distanz zur Politik, um nicht in die Gefahr einer Abhängigkeit vom Staat zu geraten oder politisch bevormundet zu werden. Gleichwohl wies Willi Daume, der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB) schon 1951 dem Sport eine staatstragende Rolle zu: „Er ist nicht Selbstzweck. Er tut schlichten Dienst am Vaterland.“⁸ Der Sport als ein Stück innerdeutscher Verklammerung war insofern durchaus „politisch“, fand allerdings in dieser Funktion lange Zeit nur nachrangiges Interesse bei der bundesdeutschen Regierung und den Parteien – anders als etwa der innerdeutsche Handel. Im Kabinett war er kein Thema, wie die bisher edierten Protokolle ausweisen; allerdings wurden die Spitzenverbände von den Politikern durchaus für den Erhalt des Alleinvertretungsanspruchs und gegen die Zweistaatentheorie in Anspruch genommen. Symptomatisch für diese Haltung war die Erklärung des Bundesinnenministers in der Auseinandersetzung um Flagge und Hymne der DDR: „Die Bundesregierung erwartet, dass sich die deutschen Sportler in dem Konflikt, in den sie geraten sind, für ihre staatsbürgerlichen Pflichten entscheiden werden.“⁹ Den Sportlern und ihren Verbänden war damit eine politische Verantwortung zugewiesen, der sie nicht gerecht werden konnten. Die westdeutsche Sportführung, die im Prinzip vom Primat eines unpolitischen Sports ausging, hatte aufgrund ihrer Politikferne und angesichts der immer deutlicher werdenden DDR-Strategie, den Sport für ihre politische Ziele zu instrumentalisieren, zunehmend Mühe, den gesamtdeutschen Sport im Sinne des Verfassungsauftrags zu pflegen und aufrechtzuerhalten. Dennoch blieb das politische Gewicht des DSB in der Bundesrepublik von geringer Bedeutung; sein Verhältnis zur

6 *Sozialistische Sportbewegung*, 11/1960.

7 *Theorie und Praxis der Körperkultur*, H. 6/1958.

8 Zit. nach Ulrich PABST, *Sport – Medium der Politik? Der Neuaufbau des Sports in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und die innerdeutschen Sportbeziehungen bis 1961*, Berlin 1980, S. 120.

9 Zit. nach „Bonner Rundschau“ vom 15. März 1963. Vgl. dazu auch Adenauer in einem Gespräch mit Sportjournalisten am 7. Juni 1961: „Die deutschen Sportler sind in erster Linie Deutsche und in zweiter Linie Sportler“ in: *Teegespräche 1959–1961*, hg. von Rudolf MORSEY und Hans-Peter SCHWARZ, Berlin 1988, S. 516.

Sportführung der DDR war von Anfang bis zum Zusammenbruch der DDR politisch brisant.

Mit Zielstrebigkeit und Härte setzte die DDR-Führung die Massenwirksamkeit des internationalen Sports auf ihrem Weg zur völkerrechtlichen Anerkennung ein. Dieser Weg war deshalb so erfolgversprechend, weil es bei Turnieren, Europa- und Weltmeisterschaften und den Olympischen Spielen zunächst nicht um die Staatsqualität der DDR ging, sondern vordergründig nur um den sportlichen Wettstreit, der im globalen Rahmen allen Sportverbänden offen stand, Ausschlusskriterien nicht vorsah und im übrigen von Millionen von Zuhörern am Rundfunk- und später Zuschauern am Fernsehgerät verfolgt wurde. Ihr besonders Augenmerk richtete die DDR auf die Olympischen Spiele, deren weltweite Popularität als Plattform für Agitation und Propaganda wie auch als Arena im Wettkampf um das bessere System besonders geeignet schien. Kurzzeitige Rückschläge nahm die SED auf diesem Weg in Kauf, um dann mit weiteren Schritten und neu aufgeworfenen Problemen das IOC in den deutschen Zwist hineinzuziehen, es allmählich der dauernden „querelles allemandes“ überdrüssig werden zu lassen und schließlich ihre Vorstellung von der Existenz zweier deutscher Staaten im internationalen Bewusstsein zu verankern. Die Anerkennung der DDR müsse von der Bevölkerung in den Zielländern ausgehen, und „wir müssen das fördern“, so die Strategie der SED.¹⁰

1949 wurde das Nationale Olympische Komitee für Deutschland (NOK) in Bonn gegründet, 1951 das Nationale Olympische Komitee der DDR. Zwar sollte es den Zusammenschluss mit dem NOK der Bundesrepublik anstreben, brachte aber nur den Anspruch auf Eigenständigkeit und Gleichwertigkeit der beiden Verbände sichtbar zum Ausdruck.¹¹ Während das bundesrepublikanische NOK 1950 unter dem Namen „Bundesrepublik Westdeutschland“ provisorisch und bei der 45. IOC-Session in Wien einstimmig als vollberechtigtes Mitglied am 6. Mai 1951 im IOC Aufnahme fand, wurde der Antrag des NOK der DDR auf Mitgliedschaft mit dem Hinweis abgelehnt, dass nicht zwei NOK aus einem Land anerkannt werden könnten. (Allerdings war auf französisches Drängen bereits 1950 als erstes NOK das des Saarlandes anerkannt worden, das mit einer eigenen Mannschaft an den Spielen 1952 teilnahm. Nach der Volksabstimmung 1955 löste sich das Saar-NOK auf.) Noch traf das Anerkennungsbestreben der DDR auf Widerstand. An beide deutschen NOK erging

¹⁰ Besprechungen mit den Leitern der Auslandsvertretungen vom 5. April 1956; Polit. Archiv des AA, Bestand MfAA, A 15470 Bl. 11, 233. Zit. nach Michael LEMKE, *Die Außenbeziehungen der DDR (1949–1966)*, in: Ulrich PFEIL (Hg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001 S. 68–80, hier S. 73.

¹¹ Vgl. Walter SCHULZ, *Die Stellung der Kultur- und Sportpolitik im System der auswärtigen Politik der DDR und ihre Bedeutung für das Staatsbewusstsein der DDR-Bevölkerung*, Diss. Bonn 1978, S. 131.

allerdings der Auftrag, gemeinsame Mannschaften für die Olympischen Spiele und gegebenenfalls ein gemeinsames NOK zu gründen. Ein derartiges Ansinnen traf bei der DDR-Führung auf taube Ohren. Es scheiterte auch an der Haltung der bundesrepublikanischen Sportvertreter, die die Ansicht vertraten, mit politikhörigen Sportfunktionären kein gemeinsames Komitee bilden zu können.

Immerhin kam es zu einer Vereinbarung über die Entsendung einer gesamtdeutschen Mannschaft zu den Spielen in Oslo und Helsinki 1952 unter der verantwortlichen Leitung des bundesrepublikanischen NOK, was faktisch eine Eingliederung des DDR-NOK bedeutete. Die DDR-Vertreter hatten zugestimmt in der Meinung, die ganze Frage werde in Helsinki im Sinne der DDR wieder aufgegriffen, was aber so nicht vorgesehen war. Die Abmachung wurde am 22. Mai 1951 in Lausanne vom damaligen Vizepräsidenten des IOC, Avery Brundage, dem Präsidenten des NOK der Bundesrepublik, Karl Ritter von Halt, und dem Vertreter des NOK der DDR, Kurt Edel, unterzeichnet. Doch schon unmittelbar nach Rückkehr der DDR-Unterhändler nach Ost-Berlin war das Vereinbarte bereits Makulatur. Das Sekretariat des ZK der SED unter Vorsitz von Walter Ulbricht verwarf die Abmachung als unannehmbar, weil weder das NOK der DDR anerkannt noch eine gesicherte Repräsentanz in der Führung der gemeinsamen Mannschaft durchgesetzt war. Er zog die Unterschriften zurück und entthob die DDR-Unterhändler ihrer Posten.¹² Vermittlungsversuche des IOC schlugen im Februar 1952 in Kopenhagen fehl, da die angereiste DDR-Delegation nicht rechtzeitig bei den Verhandlungen erschien. Die mitteldeutschen Sportler waren damit von den Spielen 1952 durch ihre Staatsführung und ihre eigene Leitung, die sich als politischer Erfüllungshelfer der SED verstand, ausgeschlossen worden. Die Brückierung des IOC durch Ulbricht, der in einer Note die gleichberechtigte Anerkennung des NOK der DDR verlangte, führte dazu, dass der IOC-Präsident Sigfrid Edstroem sich schließlich weigerte, nochmals mit DDR-Vertretern zu verhandeln.

Der zweite, 1954 eingeleitete Versuch, die Anerkennung des Ost-NOK durchzusetzen, war schon erfolgreicher. 1955 wurde es auf der Pariser Tagung als provisorisches Mitglied aufgenommen, allerdings mit der Maßgabe, für die Spiele 1956 gemeinsam mit dem bundesrepublikanischen NOK eine gesamtdeutsche Mannschaft zu bilden. 1956, 1960 und 1964 traten Sportler aus beiden deutschen Staaten in einer Mannschaft auf, in der jedoch wegen der ständigen politischen Auseinandersetzungen und der umstrittenen Ausscheidungsmodalitäten von Teamgeist wenig zu spüren war. Für Ulbricht bedeutete die provisorische Mitgliedschaft allenfalls das Erreichen eines Etappenziels.

12 Karlheinz GIESELER, *Sport als Mittel der Politik. Die Sportbeziehungen im gespaltenen Deutschland*, Mainz 1968, S. 34 f.

Mit großer Beharrlichkeit wurde der Weg zur vollständigen Anerkennung in den internationalen Sportverbänden weiterverfolgt.

Bis 1962 waren die Sportverbände der DDR in 42 von 44 internationalen Verbänden als gleichberechtigte Mitglieder aufgenommen. Nachdem der DDR-Sport in kleinen Schritten erste Ansätze zur internationalen Anerkennung gefunden hatte, sollte bei den folgenden Olympischen Spielen endgültig seine Eigenständigkeit und damit die staatliche Souveränität der DDR vor aller Welt dokumentiert werden. Mittel zum Zweck waren die DDR-Staatsymbole. Die Verordnung vom 1. Oktober 1959, wonach bei allen internationalen Sportveranstaltungen mit Beteiligung von DDR-Sportlern die DDR-Fahne mit Hammer und Zirkel im Ährenkranz zu hissen sei, schuf neuen Zündstoff. Sie war ein erfolgversprechender Versuch von DDR-Regierung und -Sportführung, den zeremoniell- und prestigeträchtigen internationalen Sportverkehr zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen zu nutzen. Eine entscheidende Rolle dabei spielte Manfred Ewald, seit 1961 Präsident des 1957 gegründeten Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) und gleichzeitig Mitglied des ZK der SED sowie Abgeordneter der Volkskammer, der schon am 24. September 1959 erklärt hatte: „Wir kennen kein Deutschland mehr! Unsere Realität sind zwei deutsche Staaten und Siege für die DDR.“¹³ Die Bundesregierung erließ am 4. November 1959 schnell eine Richtlinie, wonach das Hiszen der DDR-Fahne eine Störung der öffentlichen Ordnung bedeute.¹⁴ Die „Spalterflagge“ wurde damit aber nicht verboten, sondern allenfalls als Störfaktor eingeschätzt, was nur zu Irritationen führte und die Lage keineswegs klärte.

Bereits vor den Spielen in Melbourne 1956 hatte die Frage der staatlichen Symbole zu quälenden Auseinandersetzungen zwischen der DDR und den Sportverbänden der Bundesrepublik geführt. Im Streit um die Hymne einigte man sich als Kompromiss auf Beethovens Hymne „An die Freude“. Vor den Olympischen Spielen in Rom und Squaw Valley 1960 warf die DDR dann aber auch die Frage der Flagge sowie der Kleidung mit eigenen Wappen auf. Bundesdeutsche Missionen und ausländische Botschaften wandten sich an die Bundesregierung um Rat, wie auf die Forderungen und das Auftreten der DDR-Sportler mit ihren Emblemen auf internationalen Sportveranstaltungen zu reagieren sei. Damit waren die Bundesregierung und die sie tragenden Unionsparteien, die sich bis dahin weitestgehend aus dem Sport herausgehalten hatten, offiziell mit den weitreichenden politischen Konsequenzen der DDR-Sportpolitik konfrontiert, auch wenn verschiedentlich schon in früheren Jahren – etwa durch Visa-Verweigerungen für osteuropäische Sportler – der „Absicht einer kommunistischen Infiltration über den Sport“ entgegengetreten

¹³ Zit. nach Bulletin vom 15. September 1961.

¹⁴ Bulletin vom 17. Dezember 1959.

worden war.¹⁵ Wie brisant die DDR-Maßnahmen für die Deutschlandpolitik der Regierung eingeschätzt wurden, machte Bundesaußenminister Heinrich von Brentano am 25. November 1959 vor dem CDU-Bundesvorstand deutlich: „Das Dulden dieser Fahne aus irgendeinem Vorwand öffnet diesem Emblem im Ausland endgültig Tür und Tor, und damit wäre ein weiterer Schritt zur Anerkennung der DDR als eigener und souveräner Staat gegeben. Denn in der Konsequenz dieser Haltung verliert unsere Haltung bezüglich der Wiedervereinigung in der ganzen Welt ihre Glaubwürdigkeit.“¹⁶ Bundeskanzler Adenauer befürchtete ein nachlassendes internationales Interesse an der deutschen Frage, wenn die DDR auf diese Weise aufgewertet und der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik unterlaufen werde. Zu einer generellen Regelung oder einem Verbot kam es aber nicht, vielmehr sollten die Embleme, wenn das Zeigen schon nicht zu vermeiden war, einfach „übersehen“ werden¹⁷.

Neben diesen allgemein-politischen Fragen ging es auch darum, ob der Präsident des IOC mit seinem Kompromissvorschlag, die deutsche Fahne mit den olympischen Ringen zu versehen, in eigener Machtvollkommenheit eine Änderung der Nationalflagge vornehmen dürfe – eine Frage, die die Souveränität der Bundesrepublik berührte. Der Vorschlag war von Willi Daume bei Verhandlungen mit Ewald über die gesamtdeutsche Mannschaft ins Spiel gebracht und vom IOC aufgegriffen worden. Zwar war die Antwort des CDU-Vorstands wie auch der Bundesregierung (am 20. November 1959) eindeutig: Der Kompromissvorschlag Brundages wurde verworfen. Die Sportfunktionäre wurden sogar gedrängt, den gesamtdeutschen Sportverkehr aufzugeben und – wenn nötig – auch auf eine gemeinsame Olympiamannschaft zu verzichten.

Doch hatte bereits vor der amtlichen Stellungnahme der Präsident des DSB, Willi Daume, wie auch der Präsident des NOK, Ritter von Halt, diesem Vorschlag zugestimmt und damit gegen die Bundesregierung und für die Unabhängigkeit des NOK von politischer Intervention entschieden. Nach wie vor vertraten die Sportfunktionäre die Ansicht, internationale Sportveranstaltungen trügen privaten Charakter¹⁸ und sportliche Kontakte und das Aufrechterhalten menschlicher Gemeinsamkeiten hätten Vorrang vor übergeordneten politischen Absichten. Immerhin verkannte die bundesdeutsche Sportführung nicht – und dies zeigt die Ambivalenz ihrer Haltung –, dass sie „sich ... in

15 So Bundesinnenminister Gerhard Schröder vor dem Bundestag am 20. Januar 1956 – Sten.Ber. 2. WP, S. 6558.

16 Adenauer: „...um den Frieden zu gewinnen“. *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, bearb. von Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1994, S. 560.

17 Vgl. die Dokumentation des DSB-Generalsekretärs Karlheinz Gieseler in AA-Akte IV 5, Bd. 1618, S. 24, sowie Vermerk von Staatssekretär Rolf Lahr vom 5. Oktober 1966 ebd.

18 „Die Welt“ / FAZ vom 6. August 1960.

den Freiheitskampf für die westliche Demokratie einordnen“ müsse¹⁹, was vor allem durch den innerdeutschen Sportverkehr geschehen sollte, wo auf unterster Ebene die Idee der Wiedervereinigung wachgehalten werden könne. Auch die DDR-Führung hatte diesem Kompromiss nach anfänglicher Ablehnung zugestimmt, weil sie nach den Erfahrungen der letzten Jahre zur Einsicht gelangt war, nicht mit einer Politik des Alles-oder-Nichts Fortschritte auf ihrem Weg zur weltweiten Anerkennung erzielen zu können, sondern nur mit einer Politik der kleinen Schritte. Sie setzte darauf, dass nicht sie, sondern die Bundesregierung mit ihrer Ablehnung der Olympiafahne als internationaler Störenfried empfunden werden würde und lenkte deshalb vorerst ein.

Einer vergleichbaren Strategie begegnet man auf der Ebene der innerdeutschen Sportbeziehungen: So gab der DTSB auch der Forderung des DSB vom 15. Oktober 1960 zunächst nach, im innerdeutschen Sportverkehr auf das Staatselement der DDR zu verzichten und lediglich Klubabzeichen zu tragen. Doch war dieses Einlenken nur von kurzer Dauer. Allein 97 Sportveranstaltungen mussten in der zweiten Jahreshälfte 1960 wegen der Emblemforderung ausfallen.²⁰ Tatsächlich hatten bis zum 13. August 1961 die innerdeutschen Sportbegegnungen eine aufsteigende Tendenz gezeigt:

1958: 396 Treffen mit 7.356 Teilnehmern
 1959: 624 Treffen mit 11.393 Teilnehmern
 1960: 683 Treffen mit 13.294 Teilnehmern
 1961: 783 Treffen mit 14.838 Teilnehmern.

Im Februar 1961 befasste sich auch die Konferenz der Innenminister – zum wiederholten Male – mit der Frage der Embleme, nachdem das SED-Regime auf seiner Anordnung bestand, und sprach ein Verbot aus, die „Spalterflagge“ in der Bundesrepublik zu benutzen. Im März 1961 beurteilte der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofs den DTSB sogar als eine verfassungsfeindliche Organisation, was zwar nicht sanktioniert wurde, aber schon vor dem Bau der Berliner Mauer zu einem erheblichen Rückgang von West-Reisen der DDR-Sportler führte.

Die sich zuspitzende politische Entwicklung in der von Chruschtschow 1958 provozierten Berlin-Krise, die mit dem 13. August 1961 ihren Höhepunkt fand, beendete endgültig die Illusion, Sport und Politik auseinanderhalten zu können. Am 16. August brachen das NOK und der DSB den innerdeutschen Sportverkehr zunächst ab. Nach dem Mauerbau war NOK und DSB klar, dass Sportbeziehungen mit freiem Meinungs-austausch nicht mehr möglich waren,

¹⁹ So Daume an Bundesinnenminister Gerhard Schröder am 26. Januar 1956 – zit. nach PABST (wie Anm. 8), S. 218.

²⁰ Bulletin vom 10. August 1961.

sondern die Begegnungen nur noch „jenen Bewohnern der Sowjetzone möglich gewesen wäre, die als absolut zuverlässig gelten konnten“²¹. Mit den „Düsseldorfer Beschlüssen“ und der Aufkündigung des Sportverkehrs, die die Bundesregierung immer wieder angemahnt hatte, zog der bundesdeutsche Sport die Konsequenz und verabschiedete sich von seiner bislang in den Sportbeziehungen zur DDR vertretenen Haltung eines unpolitischen Sports, zumal die DDR nun im Einklang mit der sowjetischen Drei-Staaten-Theorie ein drittes NOK für West-Berlin forderte. Vom 1. Januar 1966, also nach Wiederaufnahme der Beziehungen, bis Ende 1970 gab es nur noch insgesamt 292 innerdeutsche Sportbegegnungen mit 4.965 Teilnehmern.²²

Nicht nur im nationalen Rahmen und auf der Ebene der olympischen Bewegung ergaben sich aus der spezifisch deutschen Situation Probleme im Sportverkehr. So verweigerten verschiedene NATO-Staaten in den 50er Jahren Sportmannschaften aus dem Ostblock die Einreise, wenn deren Mitglieder kommunistischen Parteien angehörten. Die größten Schwierigkeiten aber schufen die DDR-Symbole – Becher-Hymne, die Flagge mit Hammer und Sichel im Ährenkranz und das rote DTSB-Emblem – bei internationalen Sportveranstaltungen, bei Turnieren, Europa- und Weltmeisterschaften oder bei Olympischen Spielen.²³ Je mehr der DDR-Sport dabei seinen Leistungsstandard dokumentierte und Medaillenträger stellte, desto schwieriger wurde es für den bundesdeutschen Sport, gegen das DDR-Protokoll und seine allgemeine Anerkennung zu intervenieren. Auch die bundesdeutsche Politik tat sich zunehmend schwer, das Problem zu ignorieren und die Politik der Ausgrenzung der DDR weiterzuverfolgen.

Die Bundesregierung hatte die Bedeutung des Sports in der langfristig angelegten DDR-Strategie zur internationalen Anerkennung lange Zeit unterschätzt. Dabei hatte Daume schon 1956 vor der „sehr gefährlichen Entwicklung“ gewarnt, die sich durch den Leistungsboom des DDR-Sports anbahnte, der allmählich die sportliche Gesamtvertretung Deutschlands in der Welt übernehmen könne.²⁴ Erst die Auseinandersetzung um die Olympiaflagge öffnete der Regierung die Augen und führte zur Intensivierung der Kontakte mit den Sportverbänden.²⁵ Sie reagierte nun endlich auf die Bestrebungen der DDR, über zwei deutsche Olympiamannschaften „ihr politisches Ansehen zu

21 UPI vom 17. August 1961.

22 Willi KNECHT, *Die ungleichen Brüder. Fakten, Thesen und Kommentare zu den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Sportorganisationen DSB und DTSN*, Mainz 1971, S. 12, 15.

23 Vgl. dazu PABST (wie Anm. 8), S. 232–238.

24 PABST (wie Anm. 8), S. 221 f.

25 1959 wurde deshalb im Bundespresseamt ein Sportreferent eingestellt, der mit den Sportverbänden in ganz enger Beziehung stehen sollte. Vgl. *Teegespräche 1959–1961*, S. 521.

mehren“.²⁶ Erstmals fand am 5. August 1960 ein umfassendes Gespräch mit den führenden Vertretern des DSB (Willi Daume) und des NOK (Ritter von Halt und Georg von Opel) statt, an dem neben Bundeskanzler Adenauer Innenminister Gerhard Schröder, die Staatssekretäre Georg Anders, Hilger van Scherpenberg und Hans Globke teilnahmen und bei dem die hohe Bedeutung und die werbende Wirkung des Sports im Ausland, vor allem in den Entwicklungsländern, zur Sprache kam. Die Politik war – spät – zu der Einsicht gekommen, dass sportliche Erfolge, insbesondere bei Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen, außenpolitisch zu Buche schlagen und als Aushängeschild und Demonstration für die Leistungsfähigkeit eines Staates angesehen werden. Deshalb erging an das Auswärtige Amt die Anweisung, aus seinem Kulturretat Mittel für Zwecke des Sports einzusetzen. Auch wurde eine finanzielle Unterstützung für den „Goldenen Plan“ der Deutschen Olympischen Gesellschaft in Aussicht gestellt.

Von ganz anderen Voraussetzungen ging die DDR aus, deren Sport am Gängelband der SED gehalten wurde und stets mit der Frage der internationalen Anerkennung des SED-Staates verbunden war. Diesem politischen Ziel diente ein enormer Personal- und Finanzaufwand mit immer perfekteren Organisations-, Trainings- und Dopingmethoden für sportliche Spitzenleistungen. Schon vor dem Mauerbau erlebte der Leistungssport der DDR einen enormen Aufschwung. Mit sportlichen Höchstleistungen sollte „die Überlegenheit unserer Ordnung über das kapitalistische System in Westdeutschland“ demonstriert werden (Beschluss des DTSB vom 5. März 1958). 1960 in Rom war der Anteil von DDR-Sportlern gegenüber den Spielen von Melbourne bereits stark angestiegen. Dieser Aufschwung setzte sich fort, obwohl nach dem 13. August 1961 aus den Sportclubs, den Schwerpunkten der Leistungsförderung, alle Spitzensportler entfernt wurden, deren politischer Standort nicht eindeutig war oder die verwandtschaftliche Beziehungen in die Bundesrepublik besaßen. Innerhalb Jahresfrist wurden 25 Spitzenathleten aus dem Sportclub Wissenschaft der Deutschen Hochschule für Körperkultur (gegr. am 22. Oktober 1950) ausgeschlossen.²⁷

Ungeachtet des nach dem Mauerbau unterbrochenen gesamtdeutschen Sportverkehrs wurde dennoch auf der olympischen Ebene an der Idee einer deutschen Vertretung festgehalten und für Tokio 1964 eine gemeinsame Mannschaft nach vorhergehenden Verhandlungen der beiden NOKs vorbereitet, zumal die nationalen Sportverbände der westlichen Länder, die internationalen Föderationen und das IOC die im September 1961 beschlossenen Sanktionen des NATO-Rats (Einreiseverbot für DDR-Sportler in NATO-

²⁶ Bulletin vom 2. August 1960.

²⁷ Vgl. KNECHT (wie Anm. 22), S. 14 f.

Länder) wegen der Störung des weltweiten Sportverkehrs einhellig ablehnten. Deutschlandpolitische Gesichtspunkte zählten nicht. Trotz des durch den Mauerbau bedingten Aderlasses der DDR-Athleten übertraf 1964 in Tokio ihre Zahl die der Bundesrepublik, so dass die DDR den Chef de Mission stellen konnte. Hinter den USA und der UdSSR erreichte die DDR-Mannschaft den dritten Rang der inoffiziellen Länderwertung. Unbeeindruckt von dieser Verschiebung des Kräfteverhältnisses und trotz seiner eigenen Erkenntnis von der politischen Zielsetzung des DDR-Sports beharrte Willi Daume 1964 nach den Spielen in Tokio auf seiner Linie, denn „das Festhalten an der Gemeinsamkeit hat nicht nur menschliche, sondern auch sportliche Gründe“²⁸. Ein Halten gab es nun aber nicht mehr.

Den sportlichen Erfolgen der DDR und ihrer Repräsentation in fast allen Weltverbänden des Sports konnte sich das IOC auf Dauer nicht verschließen. Außerdem hatten die IOC-Mitglieder genug von der andauernden Blockade ihrer Sitzungen durch die zunehmende Problematik der deutschen Frage. Der IOC-Vizepräsident, der Brite Baron Burghley 6. Marquess of Exeter, der lange für gesamtdeutsche Mannschaften eingetreten war, brachte die Meinung des Gremiums auf den Punkt: „Das IOC ist nicht dazu da, die politischen Probleme der Deutschen zu lösen.“²⁹ Möglicherweise war seine persönliche Haltung auch nicht unbeeinflusst geblieben von der Politik einer schleichenden De-facto-Anerkennung durch Großbritannien, das im Verlauf der 50er Jahre die Handelsbeziehungen zur DDR stetig ausgebaut und dessen Premier Macmillan überhaupt kein Interesse an der deutschen Wiedervereinigung hatte. Auch der Amerikaner Brundage hatte seine ursprünglich ablehnende Haltung gegenüber der DDR revidiert. Bei einem Besuch des Turn- und Sportfests in Leipzig stellte er 1969 fest: „Die Entwicklung in der DDR und die starke Unterstützung, die dem Sport von der Regierung gewährt wird, sind geeignet, ein sehr gutes Beispiel für viele andere Länder zu geben.“³⁰ Die Anerkennung der DDR als eigenständiges Mitglied erfolgte auf der 63. IOC-Session in Madrid im Oktober 1965. Vergeblich hatte das NOK der Bundesrepublik versucht, unterstützt von der Bundesregierung³¹, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik zu erhalten und der DDR auf Dauer nur den Status eines provisorischen Mitglieds zu konzedieren. Daumes Appell, „wenn Sie heute die Mannschaft teilen, kann das als Vorgriff auf eine politische Entscheidung verstanden werden“, beeindruckte die IOC-Mitglieder nicht. Immerhin konnte für

28 Zit. nach KNECHT (wie Anm. 22), S. 38.

29 Zit. nach MUNZINGER 2001.

30 Zit. nach Klaus Ullrich HUHNS, *Die DDR bei Olympia 1956–1988*, Berlin 2001, S. 14, der die Entwicklung einseitig aus der SED-Perspektive beleuchtet.

31 Vgl. dazu Runderlass des Staatssekretärs im AA Rolf Lahr vom 21. Juli 1965 – AAPD 1965 Bd. 2, S. 1266 Anm. 17.

1968 in Mexiko noch eine Übergangsregelung vereinbart werden, nach der zwei selbständige deutsche Mannschaften unter denselben Symbolen antreten sollten. Die Bundesregierung und alle Parteien bedauerten diese Entscheidung und wiesen auf die weitreichenden politischen Konsequenzen hin.

Unverkennbar war, dass der Madrider Beschluss von 1965 für die DDR den bislang größten Triumph in ihrem Kampf gegen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik bedeutete. Für sie dokumentierte er in aller Deutlichkeit das Scheitern ihrer Ausgrenzungspolitik gegenüber der DDR. Ihr war es erfolgreich gelungen, mit dem Sport ein wirksames Mittel gegen die Hallstein-Doktrin zu finden: das Universalitätsprinzip des Sports, über dessen Brückenfunktion sie ihre politischen Vorstellungen durchzusetzen und ihre Isolierung aufzubrechen vermochte. Willy Weyer, stellvertretender Vorsitzender der FDP, stellte 1966 nüchtern fest, dass das Bestreben der DDR „schon zum Ziele geführt habe“, über den Sport ihre „vollgültige Anerkennung ... vor aller Welt“ zu erreichen.³² Und Herbert Wehner, der „Deutschlandpolitiker mit Leidenschaft“³³, Gesamtdeutscher Minister in der Großen Koalition und stellvertretender SPD-Vorsitzender, forderte rechtliche Grundlagen zur Ordnung des Verhältnisses zwischen dem staatlichen Rechtsanspruch der Bundesrepublik und den Regeln für den innerdeutschen und internationalen Sportverkehr, um den „Manipulationen der DDR“ zu begegnen.³⁴ Einen gangbaren Weg, wie dies geschehen könnte, zeigte er allerdings nicht auf. Eine Erklärung, wonach das Zeigen der DDR-Embleme bei Sportveranstaltungen keine völkerrechtliche Relevanz habe, war in den früheren Jahren unterblieben. Sie hätte das Erpressungspotential der DDR möglicherweise reduziert, ihre Aufwertung im Prozess der Anerkennung allerdings auch nicht verhindern können.

Auf der 67. Session des IOC am 12. Oktober 1968 in Mexiko kam die DDR schließlich ans Ziel der vollen Anerkennung und Gleichberechtigung: Mit 44 gegen 4 Stimmen wurde für die Zukunft verbindlich geregelt, die DDR-Mannschaft unter eigener Flagge und Hymne ab den Spielen in Sapporo und München 1972 antreten zu lassen. Mit der Trennung der gesamtdeutschen Mannschaft war die letzte Klammer gelöst, die die beiden Teile Deutschlands bis dahin optisch noch miteinander verbunden hatte. Nach der IOC-Entscheidung beendete die SED-Führung ihren indirekten Konfrontationskurs gegen den Austragungsort München, da die Bundesregierung und das bundesdeutsche NOK den öffentlichen Auftritt einer DDR-Auswahl mit DDR-Hymne und -Flagge hinzunehmen gezwungen waren.³⁵ Sorgfältig wurden die DDR-Ath-

32 dpa vom 31. August 1966.

33 Peter Graf KIELMANSEGG, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 516.

34 SPD-Pressemitteilungen und -Informationen vom 30. Januar 1967.

35 Vgl. dazu AAPD 1968 Dok. 340, S. 1366–1368 sowie Dok. 390, S. 1515–1517.

leten darauf vorbereitet, „dem westdeutschen Imperialismus ... im eigenen Land eine sportliche Niederlage beizubringen“³⁶. In einem konsequent vorangetriebenen Prozess hatte die DDR mit ihrer Sportpolitik vorweggenommen, was wenige Jahre später mit der Anerkennung durch den Grundlagenvertrag seinen staatsrechtlichen Abschluss fand. Dazu war der Sport der erste Wegbereiter.

Das Missbehagen der bundesdeutschen Politik an der Entscheidung des IOC war zunächst unverkennbar. Die Bundesregierung unterstrich ihre wiederholt geäußerte Ansicht, „dass der Sport nicht der Politik zu dienen hat“³⁷. Doch die Dämme waren gebrochen. Zwar beschloss das Bundeskabinett am 11. Dezember 1968, das Verbot von DDR-Flagge und -Hymne im innerdeutschen Verkehr aufrechtzuerhalten, wollte sich aber zum IOC-Beschluss erst später äußern. Dabei hatte bereits die Mehrheit der Länderinnenminister zu erkennen gegeben, aufgrund des IOC-Beschlusses zukünftig nicht mehr gegen die „Zonen“-Embleme einzuschreiten. Das Bundesinnenministerium legte sich nicht fest, doch ließen seine Sportvertreter erkennen, „sie seien des ewigen Kampfes mit den Sportverbänden, der nach den Beschlüssen von Mexiko noch schwieriger werde, müde“³⁸. Die Meinungen in der Union waren geteilt; Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, Staatssekretär Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Generalsekretär Bruno Heck und andere vertraten die Auffassung, die bisherige Haltung sei nicht fortzusetzen. Tatsächlich führte das dilatorische Behandeln keineswegs zu einer Beruhigung der Diskussion, da noch im gleichen Monat führende SPD-Politiker, der Gesamtdeutsche Minister Herbert Wehner und der Parlamentarische Staatssekretär Gerhard Jahn, forderten, die Frage müsse wenn nicht generell entschieden, so doch zumindest überprüft werden. Nachdem sich auch Regierungssprecher Conrad Ahlers (SPD) zu einer „verzerrenden“ Interpretation (Horst Osterheld) des Kabinettsbeschlusses geäußert hatte, war die Entwicklung nicht mehr zu stoppen. Schon vorher hatten SPD und FDP die Entscheidung des IOC zwar mit Bedauern zur Kenntnis genommen, gleichzeitig aber die Meinung vertreten, diese Entscheidung könne für weitere Kontakte der beiden Teile Deutschlands auch von Vorteil sein³⁹ – eine Vorwegnahme der Deutschland- und Ostpolitik ihrer Koalition nach 1969. Der SPD-Pressedienst vom 2. Dezember 1968 forderte ein Ende des „Trauerspiels“ um „DDR-Embleme und Hymne im Sport“ und die unverzügliche Abgabe einer „Sportregierungserklärung“, um den „Start eines neuen gesamtdeutschen Sportversuchs“ zu ermöglichen. Doch dazu war

36 Zit. nach Jochen STAADT, *Die SED und die Olympischen Spiele 1972. Arbeitspapier des Forschungsverbunds SED-Staat* 5/93, S. 6.

37 Zit. nach KNECHT (wie Anm. 22), S. 41.

38 Zit. nach AAPD 1968 Bd. 2, S. 1516 f. Anm. 5.

39 dpa sowie SPD-Fraktion vom 14. Oktober 1968.

es jetzt zu spät. Das Kabinett der Großen Koalition erklärte schließlich am 22. Juli 1969, die „ordnungsgemäß zustande gekommenen Regeln“ zwar nicht behindern zu wollen, ihre Duldung sei aber „ohne Bedeutung für ihre Politik der Nichtanerkennung der DDR“⁴⁰. Der erfolgreichen Strategie der DDR-Führung hatte die Bundesregierung, die – anders als die DDR-Führung – alles andere als geschlossen war, nichts mehr entgegenzusetzen. Wenige Wochen nach Bildung der SPD/FDP-Regierung, im Dezember 1969, empfahl der neugebildete Kabinettsausschuss für innerdeutsche Beziehungen die offizielle Zulassung von Flagge und Hymne der DDR in der Bundesrepublik, was der SPD-Pressedienst vom 10. Dezember 1969 als „Beseitigung eines Tabus“ und einer „unvernünftigen und aus dem Geist des Kalten Krieges geborenen Regelung“ begrüßte. Die dabei ausgesprochene Hoffnung, damit „die Einheit der Nation zu bewahren und ihren inneren Zusammenhalt auch durch das Treffen junger Menschen aus beiden Teilen zu stärken“⁴¹, war allerdings trügerisch. Denn für die SED waren und blieben die DDR-Sportler „Diplomaten im Trainingsanzug“⁴² – ein Titel, der 1955 dem ersten DDR-Sportler in England Siegfried Herrmann vom Briten Baron Burghley 6. Marquess of Exeter zuerkannt worden war („Diplomat der Aschenbahn“) –, „ihre Erfolge dienten der Ehre unserer Republik“⁴³. Solange die westlichen Staaten der DDR den diplomatischen Status verwehrten, setzte das SED-Regime seine Sportler als populäre Botschafter ein. Tatsächlich hatten sie mit ihren Erfolgen, mit denen sich die Welt bei den Siegesfeiern an die DDR-Embleme gewöhnte, erheblichen Anteil an der staatlichen Aufwertung der DDR, die im Jahr 1972/73 mit der weltweiten Anerkennungswelle ans Ziel ihrer Wünsche kam.

Wenn denn ein geregeltes Miteinander im Sport zwischen Bundesrepublik und DDR auf Dauer nicht möglich war, so waren und blieben die „ungleichen Brüder“ (Willi Knecht) doch eng aufeinander bezogen. Diente der DDR der bundesdeutsche Sport zur Abgrenzung und eigenen Profilierung, zur Ausbildung eines eigenen Staatsbewusstseins und als Vorbereitung staatlicher Anerkennung, so verdankte der bundesdeutsche Sport dem „Sportwunder DDR“ auf internationalem Parkett die Sicherung seiner materiellen Basis und seine wachsende finanzielle Unterstützung durch staatliche Programme und privates Mäzenatentum. Erst spät hatte die bundesrepublikanische Politik die gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports auch im internationalen Verkehr und die Notwendigkeit einer engen Partnerschaft zwischen Staat und Sport erkannt. Es hatte lange gedauert, bis Politik und Sport im Verhältnis zu den jeweiligen

40 AdG 1969, S. 14811 C.

41 Zit. nach „Die Welt“ vom 11. Dezember 1969.

42 Vgl. Walter GLOEDE, *Sport – die unbekannte Größe im politischen Spiel*, München 1980, S. 213.

43 Erich Honecker in „Neues Deutschland“ vom 13. September 1972.

ideologischen Prämissen gesehen wurden. Vermutlich wäre ohne das Beispiel des DDR-Sports die Motivation für den enormen Aufwand bei den Olympischen Spielen in München weit geringer gewesen. Auch die bundesdeutschen Sportfunktionäre, die lange einer Trennung von Sport und Staat/Politik das Wort geredet hatten, konnten sich dem von der DDR ausgehenden politischen Druck und dem sportlichen Vorbildeffekt nicht entziehen.

Die bundesdeutsche Politik reagierte erst spät auf die Herausforderung durch die von der SED konsequent vorangetriebene Entwicklung. Im Grundgesetz sind Sport und Sportorganisation unerwähnt geblieben. Der Bund hat dafür nicht einmal eine Rahmenkompetenz. In den Regierungserklärungen von 1949 bis 1961 blieb der Sport ausgespart. Infolgedessen war der Einfluss der Politik auf den Sport und seine Spitzenorganisationen wie auch umgekehrt eher marginal. Die Sportverbände besaßen – im Gegensatz zur DDR – eine fast völlige Autonomie gegenüber der Politik; das gegenseitige Verhältnis blieb weitgehend undeterminiert. Das Hauptinteresse des Staates richtete sich, nachdem die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften für die Olympischen Spiele 1956 und 1960 sich zu einem politischen Problem entwickelt hatte, mehr und mehr auf die Sportbeziehungen zur DDR bzw. zwischen DSB und DTSB. Nur langsam und stillschweigend bildeten sich Kompetenzen direkter Sportförderung durch den Bund aus. Von 1950 bis 1958 stiegen die Mittel für die Spitzensportförderung von 300.000 auf 2.240.000 DM.

Erst als die Brisanz des deutschen und internationalen Sports zu einem aller Welt offenkundigen Politikum geworden war und die Konflikte zwischen der Sportführung – die nicht immer bereit war, der Deutschlandpolitik und dem Alleinvertretungsanspruch der Regierung zu folgen – und der politischen Führung sich verschärften, kam es zu einem ersten offiziellen Kontakt auf höchster Ebene zwischen DSB und Bundesregierung im Jahr 1960. Eine zukunftsweisende Alternative für den bundesdeutschen Sport, der auf der internationalen Ebene vor einer unlösbaren Aufgabe stand, konnte Adenauer allerdings nicht anbieten. Dies wurde auch bei einem erstmals 1961 geführten Gespräch mit Sportjournalisten deutlich.⁴⁴ Er hielt konsequent am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und an der Wiedervereinigung fest.⁴⁵ Immerhin war ein Ergebnis dieses Treffens, dass sich der Bund zur Förderung des Breitensports am „Goldenen Plan“ beteiligen wollte; doch erst ab Mitte der 60er Jahre wurde die Finanzierung nennenswert ausgeweitet⁴⁶ und die konstruktive Partnerschaft zwischen Staat und Sport maßgeblich befördert, als sich abzeichnete, dass der sportliche Konkurrenzkampf mit der DDR mit den bisherigen Methoden nicht zu bestehen war. Die Folge war eine verstärkte insti-

44 *Teegespräche 1959–1961*, S. 516.

45 Vgl. PABST (wie Anm. 8), S. 238.

46 Dazu Jürgen PEDERSEN, *Sportpolitik in der BRD*, Lollar 1977, S. 53 ff.

tutionelle Verschränkung von Sport und Staat über die „Stiftung Deutsche Sporthilfe“, die „Deutsche Sportkonferenz“, das „Bundesinstitut für Sportwissenschaft“, den „Bundesausschuss zur Förderung des Leistungssports“ und nicht zuletzt durch die Behandlung des Themas Sport im Deutschen Bundestag und in den Parteien, die die Arbeit ihrer Sportbeiräte intensivierten. In ihren Zielvorstellungen wichen die Parteigremien kaum voneinander ab. Spät war realisiert worden, dass der Sport über die Identifikation mit den Kommunen, dem Land und der Nation einen wesentlichen Beitrag zur Integration des gesellschaftlichen und politischen Systems zu leisten vermag. Ein wesentliches Kriterium für diesen Bewusstseinswandel war die bundesdeutsche Leistungsfähigkeit im Spitzensport, insbesondere der Niederschlag im Medail­lenverhältnis der Bundesrepublik zur DDR, d. h. die sportliche Vertretung Deutschlands bei internationalen Wettkämpfen. Eine wichtige Rolle bei der „sportlichen Nachrüstung“⁴⁷ spielte nicht nur die Tatsache, dass der bundesdeutsche Spitzensport von dem der DDR eingeholt und überholt wurde, sondern auch das Näherrücken der Olympischen Spiele in München.

Aufgrund dieser Herausforderungen und aus Sorge vor weiteren Prestige­verlusten änderten auch die bundesdeutschen Sportverbände sukzessive ihre lange gepflegte politikferne Haltung und reagierten 1966 mit der Verabschie­dung einer „Charta des deutschen Sports“; weitere Sportprogramme folgten, in denen die subsidiäre Partnerschaft zwischen Sport und Politik festgeschrieben wurde. Für Josef Neckermann, Promotor der 1967 gemeinsam von DSB und der Deutschen Olympischen Gesellschaft gegründeten gemeinnützigen Stiftung Deutsche Sporthilfe, war es eine Tatsache, dass „der Hochleistungs­sport heute ein nationales Aushängeschild ist und dass die Gesellschaft sich im Sport und in ihren Spitzensportlern repräsentiert sieht und sich mit ihnen identifiziert“⁴⁸. Leistungsverbesserungen schienen nur durch verstärkte staatliche Förderung bzw. staatlichen Einfluss auf den Sport möglich zu sein. Dies bedeutete den endgültigen Abschied von der These, der Sport sei unpolitisch, die die bundesdeutschen Sportführer annähernd zwei Jahrzehnte aufrechterhalten hatten. In diesem Sinn meinte Neckermann am 10. Juni 1970 – indirekt auf die Erfolge des DDR-Spitzensports eingehend: „Der Leistungsstandard im deutschen Sport entspricht trotz guter Einzelerfolge noch nicht den hohen Anforderungen, die im harten, internationalen Wettkampf gestellt werden. Auf allen Gebieten des Lebens würde es in unserer vom Leistungsprinzip geprägten

47 Die DDR sprach von „Aufrüstung“. Vgl. Sportpolitische Argumentation für die weitere Vorbereitung unser Olympiakader auf die Olympischen Spiele 1972 in Sapporo und München, o.J., S. 8. Druck bei Jochen STAADT (wie Anm. 36).

48 Josef NECKERMAN, *Eine Verpflichtung unserer Gesellschaft*, in: *Stiftung Deutsche Sporthilfe* (hg. von der Deutschen Sporthilfe), o.O. u. o.J., S. 5.

Zeit geradezu grotesk anmuten, wenn ein Talent nicht entwickelt und gefördert würde.“

Auch nachdem die innerdeutschen Sportbeziehungen in der Tendenz rückläufig waren und durch die IOC-Beschlüsse die Möglichkeit hinfällig geworden war, über gesamtdeutsche Mannschaften den Fortbestand des Wiedervereinigungsanspruchs in der Weltoptik zu demonstrieren, blieb doch die gesamtdeutsche Perspektive im Blick. Dafür sprach nicht nur die Aussage von Bundeskanzler Willy Brandt: „Wenn DDR-Sportler siegen, siegen wir ja immer etwas mit.“⁴⁹ Auch die Bundesbürger freuten sich über die Erfolge der „Staatsportler von drüben“ und stellten Überlegungen an über die Leistungsstärke einer gesamtdeutschen Mannschaft im Vergleich etwa zu den USA und hielten so das Denken in nationalen Bezügen aufrecht. In diesem Zusammenhang sollten – trotz restriktiver DDR-Maßnahmen⁵⁰ – auch die menschlichen Begegnungen, die das Aufeinandertreffen bei Sportveranstaltungen ermöglichten, nicht unterschätzt werden.

Da der DDR als Teil des sowjetischen Imperiums jede nationale und demokratische Legitimation abging, konnte sie nur gestützt auf die Rote Armee existieren und sich in Abgrenzung zur Bundesrepublik Deutschland profilieren. Eines der Mittel dazu war der Sport. Wie gering jedoch die Loyalität der Bevölkerung zum eigenen, ungeliebten Staat war und blieb, zeigen die Fluchtbewegungen bis zum Bau der Mauer 1961, die im Jahr 1989 sofort wieder einsetzten, als sich ein Spalt im Eisernen Vorhang in der Grenze Ungarns öffnete. Stets blieb die Bundesrepublik für die DDR der Magnet, der zumindest partiell eine enorme Anziehungskraft besaß. Aber auch in der Bundesrepublik sind bestimmte Entwicklungen ohne die Konkurrenz und Konfrontation mit der DDR nicht zu verstehen. Der Sport, wo im Wettbewerb der Systeme beiderseits Höchstleistungen angestrebt wurden, ist in dieser symbiotischen Beziehung nur ein Aspekt unter anderen, der zudem weit über den nationalgeschichtlichen Rahmen hinausweist. Er ist aber ein gutes Beispiel für die Verflechtungen, Gemeinsamkeiten, Bindungen und Verbindungen zwischen den Deutschen und ihren beiden Staaten auch über die langen Jahre der Spaltung hinweg. Bundesrepublik Deutschland und DDR blieben in ihrem Gegensatz aufeinander bezogen und miteinander verklammert.

Die Konzeption einer gesamtdeutschen Perspektive für die Nachkriegsgeschichte steht noch aus; sie bedarf der Erforschung zahlreicher Einzelaspekte. Die deutsche zeitgeschichtliche Historiographie steht vor einer besonderen Herausforderung, um – unter Berücksichtigung der prinzipiellen Gegensätze zwischen den beiden Staaten – Wechselwirkungen, Vernetzung und Zusam-

49 Zit. nach KNECHT (wie Anm. 22), S. 58.

50 Vgl. STAADT (wie Anm. 36), S. 10 ff.

menhalt der Nation in den Jahren 1945 bis 1989/90 herauszuarbeiten.⁵¹ Für die These von der „Unteilbarkeit der deutschen Nachkriegsgeschichte“ spricht einiges. Daraus jedoch den Schluss abzuleiten, unter Vernachlässigung freiheitlich-demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien „die deutsche Nachkriegsgeschichte nicht pauschal in eine reine Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik und eine ‚Desastergeschichte‘ der DDR zu zerlegen“⁵², sondern die Entwicklung „als einen Versuch von Konfliktregulierung, Schadensbegrenzung und begrenzter Kooperation zu verstehen“, dürfte dieser Herausforderung nur bedingt gerecht werden.

51 Vgl. dazu Günter BUCHSTAB, *Vergangene Spaltung – Gespaltene Vergangenheit?* In: *Civitas. Widmungen für Bernhard Vogel zum 60. Geburtstag*, hg. von Peter HAUNGS u.a., Paderborn 1992, S. 381–396; Christoph KLESSMANN, *Der schwierige gesamtdeutsche Umgang mit der DDR-Geschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 30–31/2001, S. 4.

52 So die Meinung von Michael LEMKE, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*, Köln 2001, S. 14.

Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und der Regierungswechsel 1982. Eine Zäsur in der Wirtschaftspolitik?

Von Günther Schulz

Zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft

Die Auswirkungen des Staatsinterventionismus während der Weimarer Republik und der staatlichen Wirtschaftslenkung in der NS-Zeit ließen die Väter der Sozialen Marktwirtschaft nach ordnungspolitischen Möglichkeiten suchen, um den Vorrang der privatwirtschaftlichen Sphäre vor staatlichen Eingriffen wiederherzustellen. Kern der neuen Ordnung sollte ein leistungsorientierter Wettbewerb sein. Der von freien und selbstverantwortlichen Individuen verfolgte Eigennutz sollte eine wirtschaftliche Dynamik zum allgemeinen Nutzen auslösen und tragen. Doch sollte keineswegs das Laissez-faire-Prinzip gelten, vielmehr wies man dem Staat wichtige Aufgaben zu, die die Rahmenbedingungen sichern und sozialen Ausgleich innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems herstellen sollten. Die beiden wichtigsten Ziele – das der Freiheit und das des sozialen Ausgleichs – stehen in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander, oft gibt es mehrere Möglichkeiten, sie umzusetzen. Bereits Alfred Müller-Armack, einer der „Gründerväter“, hat immer wieder betont, dass die Soziale Marktwirtschaft „kein fertiges System, kein Rezept“ ist, das für alle Zeiten gleich angewendet werden kann, sondern „eine evolutive Ordnung, in der es neben dem festen Grundprinzip, dass sich alles im Rahmen einer freien Ordnung zu vollziehen hat, immer wieder nötig ist, Akzente neu zu setzen gemäß den Anforderungen einer sich wandelnden Zeit“¹.

Entwicklungslinien in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wurde in einer spezifischen historischen Situation entwickelt und in Funktion gesetzt. Seine Fähigkeit, sich Veränderungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeldes anzu-

¹ Alfred MÜLLER-ARMACK, *Zur Einführung: Zeitgeschichtliche Notizen*, in: DERS., *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte*, 2. Aufl. Bern-Stuttgart 1981, S. 11–18, hier 15. – Für Unterstützung bei Vorarbeiten für den vorliegenden Beitrag danke ich Herrn Thorsten Beckers.

passen, musste die Zukunft erweisen. Dass im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft das Verhältnis von Markt und Staat sowie von Marktwirtschaft und Sozialpolitik nicht dogmatisch festgelegt war, kam dem Regierungsstil des ersten Kanzlers der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, entgegen. Schon in seiner ersten Regierungserklärung machte Adenauer deutlich, dass die politisch Verantwortlichen bei der Umsetzung der neuen Wirtschaftsordnung „starrten Doktrinismus“ vermeiden und „sich den ändernden Verhältnissen anpassen“ sollten.² Dennoch vermochte die praktische Wirtschaftspolitik, die in den ersten Jahren der Bundesrepublik vor allem mit dem Namen Ludwig Erhard verbunden war, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, der trotz heftiger politischer Auseinandersetzungen den neuen Leitvorstellungen recht nahe kam. Schon mit dem mutig durchgesetzten Leitsatzgesetz von 1948 und später in den langjährigen Auseinandersetzungen um ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wurde der politische Wille sichtbar, trotz der langen Kartelltradition Deutschlands dem Markt entscheidende Bedeutung zuzumessen. Flankiert von stabilitätsorientierter Geldpolitik der Bank deutscher Länder, von Bemühungen um die Freiheit des Außenhandels und um solide Finanzpolitik versuchte man, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bewahren: Soziale Probleme sollten in erster Linie dadurch gelöst bzw. verhindert werden, dass das Wirtschaftswachstum Vorrang vor der Umverteilung erhielt. Eingriffe in den Wirtschaftsprozess erfolgten unter Erhard ohne prinzipielle Starrheit ‚mit leichter Hand‘, wenn und solange dies erforderlich schien. Um seine Vorstellungen durchzusetzen, zog der Bundeswirtschaftsminister Überzeugungsarbeit dem umfassenden Einsatz staatlicher Instrumente vor. Ein Beispiel sind seine berühmten, aber vergeblichen Maßhaltappelle zu Beginn der sechziger Jahre.

Trotz des weitgehend unbestrittenen Erfolgs der liberal geprägten Wirtschaftspolitik weisen Kritiker darauf hin, dass bereits unter Erhard in mehreren Bereichen von der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft abgewichen wurde. Besonders die Dynamisierung der Renten leitete ihrer Meinung nach eine allmähliche Lösung der Sozialpolitik aus dem ursprünglichen ordnungspolitischen Zusammenhang von Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Sie betrachten die Rentenpolitik als Ausgangspunkt für eine Entwicklung, die unter Vernachlässigung des Prinzips der Subsidiarität dahin führte, „dass die Grenze für den sozialpolitischen Auftrag“ an „die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft“ gebunden wurde. Schon Erhard musste feststellen, „dass mit wachsendem Wohlstand der Anspruch an kollektive Leistungen nicht zurückgehe, sondern immer noch größer werde“. Unbestritten ist, dass die wiedererstarbten organisierten Inte-

² *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode 1949. Stenographische Berichte*, Band 1, S. 25.

ressengruppen immer mehr Ansprüche an den Staat stellten und damit immer stärkere Interventionen forderten.³

Bereits in der ersten Hälfte der sechziger Jahre kündigte sich mit der von der letzten Adenauer-Regierung initiierten Einrichtung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und mit dem Entwurf eines Stabilitätsgesetzes der Erhard-Regierung an, was die Große Koalition bei der ersten Nachkriegsrezession 1966/67 schließlich in die Tat umsetzte: eine Neuakzentuierung der Wirtschaftspolitik im keynesianischen Sinne. In einem stark veränderten gesellschaftlichen Umfeld, das sich an kräftige Zuwachsraten, steigende Löhne und Vollbeschäftigung gewöhnt hatte, wurden die eher angebotsorientierte Politik der Wiederaufbauphase sowie die bewusste Selbstbeschränkung der öffentlichen Hand aufgegeben und von dem Bestreben abgelöst, den Staat stärker aktiv in die gesamtwirtschaftlichen Abläufe einzubinden. Mit den im Stabilitätsgesetz proklamierten gesamtwirtschaftlichen Zielen – Geldwertstabilität, hoher Beschäftigungsstand, stetiges Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht – wurden dem Staat ehrgeizige Aufgaben gestellt. Deren Lösung versprach sich die Regierung von der „Globalsteuerung“, die vor allem mit Hilfe antizyklischer Steuer-, Finanz- und Geldpolitik den Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung bilden sollte.⁴

Im Schwung des Wiederaufbaus schien nahezu alles „machbar“ und finanzierbar zu sein. Man traute dem Staat zu, die marktwirtschaftlichen Konjunkturschwankungen zu bändigen und das Individuum in allen Lebenslagen großzügig sozial abzusichern. Doch waren der Anstieg der Produktivität und die Dynamik des Wachstums bereits rückläufig, und gleichzeitig verschärften sich die Verteilungskämpfe zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Die Krise der Jahre 1966/67 wurde weniger dadurch überwunden, dass die aufgelegten Konjunkturprogramme Wirkung gezeigt hätten, sondern dadurch, dass die Exportnachfrage wieder ansprang. Die nachfolgende hochkonjunkturelle Phase wurde von hohen Inflationsraten begleitet. Zudem bereitete die erste Ölpreiskrise 1973/74 große Schwierigkeiten. Nun wurden die Grenzen der Globalsteuerung sichtbar, die – so urteilten zeitgenössische Beobachter – vor dem Hintergrund struktureller Anpassungskrisen eher „hektischem Aktionismus“

3 Kurt H. BIEDENKOPF, *Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik*, in: *Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik. Ein Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn am 16. Januar 1986*, Stuttgart-New York 1986, S. 5–19, hier 13 (Zitate); Manfred E. STREIT, *Die Soziale Marktwirtschaft – Auslauf- oder Exportmodell?* in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, 4 (1997), S. 239–259, hier 242 ff.

4 Werner MEISSNER/Rainer MARKL, *Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland*, in: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.), *Soziale Marktwirtschaft. Bilanz und Perspektive*, Darmstadt (1988), S. 29–48, hier 32 f.

als planvoller Wirtschaftspolitik geähndelt habe. Andere hingegen beklagten, seit Beginn der siebziger Jahre seien wichtige Prinzipien des Keynesianismus verletzt worden.⁵ Jedenfalls hatten die Bemühungen der Wirtschaftspolitik besonders bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur wenig Erfolg. Im übrigen erhöhten sie das Haushaltsdefizit und schränkten die Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung immer weiter ein.

In dieser Krisensituation wirkten sich die im Laufe der Jahre fortschreitend ausgebauten Sozialleistungen und Transferzahlungen, etwa im Renten- und Krankenversicherungswesen, fühlbar schmerzhaft auf die öffentlichen Haushalte und auf die Wirtschaftskraft der Unternehmen aus und bewirkten „in der Summe eine zunehmende Erosion der wirtschaftlichen Basis“⁶. Die Ausrichtung der Sozialpolitik daran, was die Wirtschaft zu leisten im Stande war, drohte eben diese Leistungsfähigkeit zu lähmen. Wenige Zahlen mögen dies demonstrieren: Von 1970 bis 1980 stiegen die Lohnnebenkosten für gesetzliche und tarifliche Sozialleistungen der Unternehmen von 51 Prozent der Lohnaufwendungen auf 75 Prozent. Die negativen Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft ließen nicht lange auf sich warten. Die Sozialleistungsquote erhöhte sich in den siebziger Jahren um sechs Prozentpunkte, während gleichzeitig die öffentliche Investitionsquote in ähnlichem Umfang abnahm. Im selben Zeitraum stieg die Staatsquote von 39 Prozent auf 51 Prozent. Die Verschuldung des Bundes wuchs allein zwischen 1974 und 1980 von 160 auf 240 Mrd. DM.⁷

Viele Experten prangerten die strukturellen Probleme – neben der Höhe der Sozialleistungsquote insbesondere die Inflexibilität des Arbeitsrechts, die starke Zunahme der konsumtiven öffentlichen Investitionen, der ständige Inflationsdruck und das dichte Subventionsnetz – spätestens seit Mitte der siebziger Jahre an. Sie sahen die Grenzen der Belastbarkeit erreicht, die sich in Stagnation und Arbeitslosigkeit zeigten. Der Sachverständigenrat machte seit Mitte der siebziger Jahre in seinen Jahresgutachten wiederholt darauf aufmerksam, dass die finanz- und steuerpolitischen Konjunkturmaßnahmen nur geringe Wirkung hatten und empfahl, angebotspolitische Mittel einzusetzen, um

5 Gerold AMBROSIUS, *Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert* (Enzyklopädie deutscher Geschichte, 7), München 1990, S. 112; Karl SCHILLER, *Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik*, in: *Kontinuität und Wandel* (wie Anm. 3), S. 21–31, hier 28 f.

6 Martin GRÜNER, *Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik*, in: *Kontinuität und Wandel* (wie Anm. 3), S. 49–64, hier 53.

7 Fritz Ullrich FACK/Peter HORT, *Soziale Marktwirtschaft. Stationen einer freiheitlichen Ordnung*, Freiburg–Würzburg 1985, S. 54, 68 ff.; Norbert KLOTEN, *Vom Wirtschaftswunder zum Reformstau*, in: LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG (Hrsg.), *Die deutsche Wirtschaftsordnung 50 Jahre nach dem Leitsatzgesetz*, Bonn 1999, S. 27.

die Rentabilität von Investitionen zu steigern und die Lohn-Preis-Spirale zu durchbrechen.⁸

Die veränderten Realitäten drangen jedoch nur langsam in das Bewusstsein der Bevölkerung und der Mehrzahl der Politiker ein, da die Wirtschaftsdaten der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre im internationalen Vergleich weiterhin gut waren und da während des Konjunkturhochs im Jahre 1980 die Stimmung in der Wirtschaft optimistisch war.⁹ Die Bundesregierung unter Helmut Schmidt traf punktuelle Entscheidungen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und zur Entlastung der Sozialsysteme, vertraute aber im Grundsatz weiterhin auf die Instrumentarien der Schillerschen Globalsteuerung.¹⁰ Nach dem Urteil des Sachverständigenrats aus dem Jahr 1984 führte dieser wirtschaftspolitische Kurs der späten siebziger Jahre zu außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht, zum Verfall des Wechselkurses und zu zunehmender Verschlechterung der Staatsfinanzen, während das „herkömmliche Instrumentarium der Beschäftigungspolitik“ versagt habe.¹¹

Erst die erneute Stockungsphase der Jahre 1981/82, die überwiegend außenwirtschaftliche Ursachen hatte, aber von den inländischen Strukturproblemen verschärft wurde, entfachte schließlich eine breite, scharfe Diskussion über die Zukunft der Wirtschaftspolitik, ja der Sozialen Marktwirtschaft selbst. Otto Graf Lambsdorff brachte die wichtigsten Argumente in seinem „Wendepapier“ vom 9. September 1982 auf den Punkt.¹² Die Auseinandersetzungen fanden ein vorläufiges Ende mit dem Regierungswechsel 1982.

Der Regierungswechsel 1982 und die Wirtschaftspolitik

Mit welchen Ansprüchen die neue Koalition antrat, belegen die beiden Regierungserklärungen von Helmut Kohl nach seiner Wahl zum Bundeskanzler im Oktober 1982 und nach der Bundestagswahl im Mai 1983.¹³ Er bezog sich ausdrücklich auf das Erbe der Adenauerzeit und kündigte eine Neugestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an, die überzogenen Anforderungen an den Staat und die sozialen Sicherungssysteme ein Ende setzen

8 GRÜNER, *Kontinuität* (wie Anm. 6), S. 57.

9 EBD., S. 63.

10 Dietrich THRÄNHARDT, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. 1996, S. 210 ff.

11 SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, *Chancen für einen langen Aufschwung. Jahresgutachten 1984/85*, S. 11.

12 Otto Graf LAMBSDORFF, *Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*, wieder abgedruckt u.a. in DERS., *Frische Luft für Bonn. Eine liberale Politik mit mehr Markt als Staat*, Stuttgart 1987, S. 64–89.

13 Zu folgenden Ausführungen und Zitaten: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 9. Wahlperiode. Stenographische Berichte*, Band 122, S. 7214–7219, 7225 f. und *10. Wahlperiode. Stenographische Berichte*, Band 124, S. 56–62.

solle. Die Vergangenheit habe deutlich gemacht, dass eine Wirtschaftsordnung umso erfolgreicher sei, je mehr sich der Staat zurückhalte und dem einzelnen Freiheit lasse. Zu lange habe der „Staat auf Kosten der Bürger, Bürger auf Kosten von Mitbürgern und [...] alle auf Kosten der nachwachsenden Generationen“ gelebt. Der Staat solle auf den „Kern seiner Aufgaben“ zurückgeführt werden. Ansprüche seien an der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Bürger zu orientieren. Das Prinzip der Subsidiarität sollte also wieder in den Vordergrund rücken. Durch „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ wollte die neue Regierung zur Entfaltung von „Freiheit, Dynamik und Selbstverantwortung“ beitragen. Individuelle Leistung und Verantwortung sollten sich wieder lohnen, und der Kanzler erinnerte daran, dass es erforderlich ist, Gewinne zu erwirtschaften, um Investitionen finanzieren zu können.

Die Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollten, kündigte Kohl bereits im „Dringlichkeitsprogramm“ der Regierung vom Oktober 1982 an: steuerliche Entlastung der Unternehmen, eine rückzahlbare, unverzinsliche „Investitionshilfeabgabe“, Konsolidierung des Bundeshaushalts, eine „Atempause in der Sozialpolitik“, gekennzeichnet durch Kürzungen in der Renten- und Krankenversicherung, Flexibilisierung des Arbeitsrechts und Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen als Ausgleich für Lohnzurückhaltung.

Erste Bewertungen

Schon kurze Zeit nach dem Regierungswechsel lobte der Sachverständigenrat die „beeindruckenden“ Erfolge der Stabilisierungspolitik, die nach der Expansionspolitik der späten siebziger Jahre „unausweichlich“ gewesen sei. Geldpolitische Maßnahmen und Haushaltskonsolidierung hätten gemeinsam dazu beigetragen, das „schwere außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der frühen achtziger Jahre“ zu überwinden und die „dämpfenden Einflüsse, die sich aus einem rasch fortschreitenden Entzug konjunkturstützender staatlicher Ausgabenimpulse“ ergaben, zu bekämpfen. Zwar betonte der Sachverständigenrat, dass die Bewältigung großer Probleme – wie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen – noch ausstehe. Er vertraute aber auf die langfristig wirkenden Kräfte der Angebotspolitik, deren Fortsetzung er als vorrangige Aufgabe der Regierungspolitik ansah.¹⁴

Aus größerer zeitlicher Distanz fällt das Urteil der meisten Ökonomen über die Umsetzung der angestrebten Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, gemessen an den zeitgenössischen Erwartungen, zurückhaltender aus. Zweifellos

14 SACHVERSTÄNDIGENRAT, *Jahresgutachten 1984/85* (wie Anm. 11), S. 11, 13, 19 ff.

wandte sich die Wirtschaftspolitik der Angebotsorientierung zu. Doch diese wurde – vor allem, wenn man sie mit den gleichzeitigen Entwicklungen in den USA und in Großbritannien vergleicht – nicht so radikal umgesetzt, dass die überkommenen Strukturprobleme nachhaltig gelöst worden wären.¹⁵ Mit Blick auf die Politik der vorangegangenen Regierung urteilen viele Ökonomen, dass in einigen Bereichen, z.B. der Haushaltskonsolidierung, lediglich der bereits unter Helmut Schmidt seit Beginn der achtziger Jahre eingeschlagene Weg weiter beschritten worden sei, allerdings in forciertem Tempo. Zwar sei es gelungen, die Staatsquote bis 1989 wieder auf 45,3 Prozent zu senken, aber das Verhältnis von konsumtiven zu investiven Ausgaben habe sich kaum verändert. Zudem stiegen die Lohnnebenkosten bis 1984 weiter auf 80 Pfennig pro 1 DM Lohn an. Die Maßnahmen zur Steuersenkung blieben vergleichsweise bescheiden und ließen die Steuerquote nur langsam sinken. Auch die Deregulierungen durch das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 gelten als nicht genügend weitreichend; das nur langsame Absinken der Arbeitslosenzahl scheint dies zu bestätigen.¹⁶

Man wird also bezweifeln müssen, ob die beabsichtigte Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und freien, mitverantwortlichen Individuen tatsächlich erreicht wurde. Zohlhoyer macht besonders zwei Sachverhalte für die mangelnde Durchschlagskraft der Wirtschaftspolitik verantwortlich: erstens den Konflikt zwischen dem Arbeitnehmerflügel von CDU/CSU, der weitreichende angebotspolitische Maßnahmen abbremste, auf der einen Seite, und der F.D.P. sowie dem Wirtschaftsflügel der Union auf der anderen Seite, und zweitens die Interessenkonflikte zwischen der Bundesregierung und den unionsgeführten Ländern. War also die wirtschaftliche Erholung nach der politischen Wende ein vorwiegend psychologisches Phänomen, da die Bürger Sparmaßnahmen und Förderung von Unternehmensgewinnen einer unionsgeführten Regierung eher zutrauten bzw. von dieser Regierung eher hinnahmen? War der Wirtschaftsaufschwung nach 1982 in erster Linie nicht auf die Änderung der Wirtschaftspolitik, sondern vor allem auf die Erholung der Weltwirtschaft zurückzuführen? Welche Bedeutung hatte der Regierungswechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl in der Wirtschafts- und Finanzpolitik? Dominierten Kontinuitäten, war es ein gleitender Übergang, oder war es ein harter Bruch, eine veritable Zäsur?

15 Reimut ZOHLNHÖFER, *Rückzug des Staates auf den Kern seiner Aufgaben? Eine Analyse der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland seit 1982*, in: Manfred G. SCHMIDT (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil*, Opladen 2001, S. 227–261, hier (235); Norbert KLOTEN, *Vom Wirtschaftswunder zum Reformstau*, in: LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG (Hrsg.), *Die deutsche Wirtschaftsordnung 50 Jahre nach dem Leitsatzgesetz* (41. Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung), Krefeld 1999, S. 15–441, hier 31 ff.

16 R. ZOHLNHÖFER, *Rückzug* (wie Anm. 15), S. 236 ff.

Die Bedeutung historischer Zäsuren

„Die menschliche Zeit wird sich immer der unerbittlichen Gleichförmigkeit und der starren Segmentierung der Uhrzeit widersetzen. Sie verlangt Maßeinheiten, die der Veränderlichkeit ihres Rhythmus’ angepasst sind.“ Dieses Zitat aus Marc Blochs Schrift *„Apologie der Geschichte. Oder: Der Beruf des Historikers“*¹⁷ lässt erahnen, wie wichtig historische Zäsuren sind. Es sind Bojen im Fluss der Zeit, die über sich hinaus verweisen auf Veränderungen am Grund des Gewässers, die Grenzlinien anzeigen. Historische Zäsuren sind deutend gesetzte Bojen, zugemessene Orientierungen. Die Historiker haben stets die Bedeutung solcher Wendemarken erkannt. Wenn sie über Periodisierungsfragen diskutieren, dann steht dahinter stets auch die Auseinandersetzung über Deutungen.

Mit dem Ende der Nachkriegszeit 1989/90 ist der Zeitraum seit dem Zweiten Weltkrieg plötzlich unübersichtlicher geworden als je zuvor. Dies gilt für die Außengrenzen der Nachkriegszeit ebenso wie für ihre Binnengrenzen. In der Geschichtswissenschaft hat eine umfangreiche Diskussion darüber stattgefunden, wie bedeutend das Jahr 1945 als Epochengrenze war. Im Ergebnis wurde die Bedeutung relativiert, die dem Kriegsende als Zäsur auf einer Reihe von Feldern zukommt, vor allem auf den Feldern der Institutionen, der Mentalitäten und überhaupt der gesellschaftlichen Themen. Stattdessen rücken gegenwärtig die späten fünfziger Jahre in den Blick. Sie gewinnen bedeutend an Gewicht, weil man erkennt, dass sie die Inkubationsphase eines Umbruchs der Generationen, insbesondere der Mentalitäten waren, den man bislang an den Sechzigern festmachen zu können glaubte. Nun findet gewissermaßen die Entmystifizierung der 68er statt, und man erkennt zunehmend, dass sie weniger ein Aufbruch aus eigener Kraft waren, vielmehr Ausdruck von tiefer liegenden, und voraufgegangenen Ursachen.

Bis zu den Achtzigern ist diese Diskussion zeitlich noch nicht vorgedrungen. Das hat damit zu tun, dass diese Zeit – gewissermaßen die jüngste Zeitgeschichte – noch so frisch ist, dass wir sie jetzt noch nicht überblicken können. Wir sind zu nahe dran. Zwar schauen wir auf ein Gebirge von Informationen, von Fakten und Details; bei vielen wichtigen Ereignissen können wir tage- und stundenweise – mitunter ja sogar minutenweise – sagen, was sich ereignet hat – und zwar für jeden der Akteure, zum Beispiel beim Regierungswechsel 1982. Aber vieles, was den Mitlebenden als Gebirge und Fels erscheint, stellt sich für die Nachlebenden nur als Gesteinsbrocken dar, vielleicht gar nur als Sandkorn. Die Schutzfrist von 30 Jahren, in denen die Archive für den forschenden Historiker noch gesperrt sind, liegt wie ein Glacis vor dem Rand

¹⁷ Marc BLOCH, *Apologie der Geschichte, oder: Der Beruf des Historikers*, zuerst Paris 1949. Hier zitiert nach der Übersetzung der 6. Auflage, München 1985, S. 144.

der Gräben, aus denen das publizistische Sperrfeuer der politischen Bataillone dringt. Aber auch nach Ablauf der 30 Jahre festigt sich erst allmählich das Bild *sine ira et studio*.

Das Thema der Tagung

In dieser Situation soll die Chance genutzt werden, dass hinsichtlich der frühen achtziger Jahre einerseits die Hitze des politischen Tagesgeschäfts abgenommen hat. Die Jüngeren – zum Beispiel die gegenwärtig Studierenden, die ja nur wenig älter sind als das Jahr 1982 – kennen das, was damals geschah, überhaupt nur aus Erzählungen, aus der Publizistik und dem Geschichtsbuch. Andererseits ist erst so wenig Zeit verstrichen, dass noch Gelegenheit ist, Akteure von damals zu befragen und mit ihnen über die Gewichtung der Entscheidungen und Ereignisse zu diskutieren.

Unser Thema ist die Frage, ob beim Regierungswechsel 1982 von der sozialliberalen Koalition unter Kanzler Helmut Schmidt zur christlichliberalen Koalition unter Kanzler Helmut Kohl ein Paradigmawechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik stattfand. Dies berührt unmittelbar (auch) die Frage, welches Gewicht der Regierungswechsel 1982 für die Nachkriegsgeschichte überhaupt hatte, ob er ein veritabler Kurswechsel war.

Nicht zu unseren Themen gehören alle anderen Fragen, die die deutsche Politik auch bestimmten, sei es die Innen- oder die Europapolitik, die Sozialpolitik, das Verhältnis von Regierung und Opposition und vieles andere mehr, wie die Deutsche Einheit, die neue wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Bedingungen schuf, ferner die gegenwärtig so heiß diskutierte Parteienfinanzierung etc.

Wir wollen eine Analyse und Gewichtung aus der Distanz von knapp 20 Jahren nach Beginn der Ära Kohl und rund zwei Jahre nach ihrem Ende in Angriff nehmen. Wir wollen keine von der CDU oder von der Konrad-Adenauer-Stiftung bestimmte Deutung der achtziger Jahre – gewissermaßen eine „Hausdeutung“ statt einer „Ausdeutung“. Deshalb ist es wichtig, dass wir sowohl Vertreter der Union als auch der FDP sowie der Sozialdemokraten hören und befragen.

Die Referenten

Der erste Referent, Dr. Gerhard Stoltenberg, gab 1982 sein Amt als Ministerpräsident in Schleswig-Holstein auf. Er hatte die Landtagswahl im März 1982 mit 50,1 Prozent der Stimmen gewonnen und wechselte nun, im Alter von 54 Jahren, als Finanzminister in das erste Kabinett Kohl. Der nachfolgende Referent, Otto Graf Lambsdorff, war damals 56 Jahre alt. Er war 1982 Wirtschaftsminister im Kabinett von Helmut Schmidt und ebenso wieder im ersten

Kabinett von Helmut Kohl. Wolfgang Roth, der dritte Redner, ist heute Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg. Er gehörte damals dem Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion an. Er ist Diplom-Volkswirt und hatte sich als wirtschaftspolitischer Sprecher der Sozialdemokraten profiliert. Damals war er 41 Jahre alt. Ob dies das Alter war, in dem sich seine marktwirtschaftlichen Überzeugungen festigten oder ob er das Image als „linker Außenseiter“ (Munzinger-Archiv) bereits vorher abgestreift hatte, das er 1964 als Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses an der Freien Universität Berlin und 1965/66 als Vorsitzender des Berliner Landesverbandes des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) sowie 1972/74 als Bundesvorsitzender der Jungsozialisten erworben hatte, ist eine Frage, auf die er in der Diskussion eingehen könnte. Professor Dr. Werner Zohnhöfer war damals 47 Jahre alt. Er lehrt seit 1980 als Volkswirt in Mainz; sein Schwerpunkt sind die Volkswirtschaftspolitik, insbesondere die Wettbewerbspolitik, die Sozialpolitik, die wirtschaftspolitische Willens- und Entscheidungsbildung und die europäische Wirtschaftspolitik.

1982 – eine Zäsur in der Wirtschaftspolitik? Die Einschätzung in neueren Darstellungen

Über unseren Themenbereich ist viel geschrieben worden. Freilich – die Darstellungen über die Person und die Ära Helmut Kohl¹⁸ sind vornehmlich vom Interesse an Personen und an Themen der damaligen Tagesaktualität bestimmt bis hin zum Interesse an Personal- und Machtpolitik und an Affären. Langfristige und konzeptionelle Fragen werden dabei bislang kaum angesprochen. Das soll heute geschehen. Über die einführenden Bemerkungen hinaus kann jetzt nicht weiter auf die Entscheidungen und Ereignisse eingegangen werden; dies werden die Referenten „aus der Sicht der Politik“ bzw. „aus der Sicht der Wissenschaft“ tun. Aber ich kann doch immerhin ansprechen, wie die Autoren von neueren geschichtswissenschaftlichen, insbesondere wirtschaftshistorischen Darstellungen die Zäsuren sehen. Einigkeit herrscht darüber, dass die Regierung Kohl das Ruder in einer wirtschaftlichen Krisensituation ergriff, nachdem die Regierung Schmidt die Wirtschaft eine zeitlang einem Wechselbad von Investitionsprogrammen und Sparmaßnahmen, von Ausweitung und Konsolidierung des Haushalts ausgesetzt hatte. Keine Einigkeit aber herrscht darüber, welches Jahr als einschneidende, veritable Zäsur anzusetzen ist.¹⁹ In neueren Überblicks-

18 Stellvertretend seien genannt Klaus DREHER, *Helmut Kohl, Leben mit der Macht*, Stuttgart 1998; Werner MASER, *Helmut Kohl. Der deutsche Kanzler*, Taschenbuchausgabe Frankfurt/M. 1993; Werner FILMER/Heribert SCHWAN, *Helmut Kohl*, Düsseldorf–Wien 1985.

19 Siehe zum Folgenden Harm G. SCHRÖTER, *Von der Teilung zur Wiedervereinigung (1945–2000)*, in: Michael NORTH (Hrsg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick*, München 2000, S. 351–420, hier 391.

darstellungen aus der Feder von Historikern und Politologen wird der Regierungswechsel 1982 in der Regel auch als grundlegende wirtschaftspolitische Weichenstellung angesehen. So überschreibt Manfred Görtemaker die Darstellung des politischen Wechsels 1982 mit „Wende in der Wirtschaftspolitik“ und betont, die wirtschaftspolitischen Erfolge der neuen Regierung seien „beträchtlich“ gewesen.²⁰ Der Politologe Peter Graf Kielmannsegg urteilt, mit dem Wechsel von Schmidt zu Kohl sei „die keynesianische Epoche der deutschen Wirtschaftspolitik [...] definitiv beendet“ gewesen. Er bescheinigt der christlich-liberalen Regierung, sie habe in der Fiskal- und Wirtschaftspolitik – nachdem die sozialliberale Koalition bereits Kurskorrekturen eingeleitet hatte – „deutliche Akzente“ gesetzt, eine neue Politik allerdings nicht „mit wirklicher Konsequenz und Entschlossenheit“ realisieren können oder wollen.²¹

Manche Ökonomen ziehen die zeitlichen Grenzlinien anders. Bundesbankpräsident Otmar Emminger setzte die wichtigste Zäsur nicht 1982 an, sondern 1973. Er weist auf das Ende von Bretton Woods hin und verankert in diesem Jahr auch das Ende der keynesianischen oder – vielleicht besser – Karl Schillerschen Globalsteuerung, und den Beginn des Übergangs zu einer angebotsorientierten Politik. Ähnlich datieren Werner Polster und Klaus Voy, wenn sie das Jahr 1973 als den Beginn einer neuen Phase sehen, in der wirtschaftliches Wachstum als oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik allmählich vom Ziel der Stabilität abgelöst wurde. Bei der Formulierung des Wachstumsziels habe die Politik vor allem die unselbständigen und selbständigen Erwerbstätigen im Blick gehabt, bei der Formulierung des Stabilitätsziels hingegen vornehmlich die Interessen der Vermögens- bzw. Kapitaleigner. Eine Konsolidierung durch Abbau der öffentlichen Verschuldung habe Schmidt schon 1981 eingeleitet.²² Hingegen datieren Hermann Adam und andere Autoren eine ökonomische Wende mit dem Regierungsantritt von Helmut Kohl. Sie stützen dies unter anderem darauf, dass die Lohnquote seit 1983 sank und die Unternehmensgewinne entsprechend stiegen.²³ Ähnlich sieht es offenbar der Volkswirt

20 Manfred GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 704 f.

21 Peter Graf KIELMANNSEGG, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 474. – Heinrich August WINKLER geht in seiner voluminösen Darstellung *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung* (Der lange Weg nach Westen, Band 2), München 2000, auf die Fiskal- und Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre nicht näher ein.

22 Werner POLSTER/Klaus VOY, *Von der politischen Regulierung zur Selbstregulierung der Märkte. Die Entwicklung von Wirtschafts- und Ordnungspolitik in der Bundesrepublik*, in: Klaus VOY/ Werner POLSTER/Claus THOMASBERGER (Hrsg.), *Marktwirtschaft und politische Regulierung. Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989)*, Band 1, Marburg 1991, S. 169–226, hier 201–205, 211, 216.

23 Hermann ADAM, *Wirtschaftspolitik und Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. 3. Aufl. Opladen 1995, S. 141, 150 ff., 189 ff. passim.

Wolfgang Kitterer. Er gab seiner Darstellung der öffentlichen Finanzen und der Notenbank in der Ära Schmidt die Überschrift: „Hoffnungen und Überforderungen der Geld- und Finanzpolitik“. Das Kapitel über die achtziger Jahre hingegen überschreibt er mit „Konsolidierung und Koordination“.²⁴ Dies zeigt die unterschiedlichen Akzente deutlich an.

Thesen: Kontinuitäten – Neuakzentuierung – Erweiterung und Beschleunigung

Im Blick auf diese Befunde sollen hier drei Leitthesen für die weitere Diskussion formuliert werden:

1. Das Jahr 1982 markiert keinen Bruch in dem Sinne, dass das bis dahin geltende Paradigma der Wirtschaftspolitik durch ein gänzlich anderes ersetzt oder abgelöst worden wäre. Die Soziale Marktwirtschaft war weiterhin das Leitbild. Die Ära Kohl wies in der Wirtschafts- und Finanzpolitik mehr Kontinuitäten als Brüche gegenüber der Ära Schmidt auf.

2. Allerdings wurde die Soziale Marktwirtschaft seit 1982 anders akzentuiert als zuvor. Es ist, wie eingangs dargelegt, alles andere als statisch. Johann Eekhoff und Mitarbeiter haben sieben ordnungspolitische Dimensionen bzw. „Bausteine“ benannt, auf bzw. mit denen die Politik flexibel auf die jeweiligen zeitgenössischen Erfordernisse reagieren kann. Dies sind die Steuerung der Wirtschaftstätigkeit über den Preis, die Stabilität des Geldwertes, die Vorherrschaft des Wettbewerbs, die Gewährleistung des Eigentums bzw. von Eigentumsrechten, die Vertragsfreiheit, die Verantwortlichkeit für das eigene Handeln und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung.²⁵ Durch Variation dieser Instrumente lassen sich, auch wenn man an dem zu Grunde liegenden Leitbild festhält, erhebliche Kursänderungen durchführen. Und in der Tat: Viele zeitgenössische Beobachter sahen in der Politik Kohls eine Neuakzentuierung, die durchaus das Gewicht einer wirtschaftspolitischen Zäsur hatte. Nun wurde die nachfrageorientierte Politik nachhaltig von der angebotsorientierten Politik abgelöst. Das Schwergewicht der politischen Visionen verlagerte sich von der Staatstätigkeit zur Selbsthilfe, von der – fraglos weiterhin praktizierten – staatlichen Planung zur dezentralen Planung der einzelnen Wirt-

²⁴ Wolfgang KITTERER, *Öffentliche Finanzen und Notenbank*, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948*, München 1998, S. 199–256, hier 222–237.

²⁵ Johann ECKHOFF/Jochen PIMPERTZ, *Ordnungspolitik: ein unbequemer, aber erfolgversprechender Weg*, in: LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG (Hrsg.): *Ludwig Erhard 1897–1997. Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung. Bewertungen und Ausblicke. Eine Festschrift zum hundertsten Geburtstag von Ludwig Erhard*, Düsseldorf (1997), S. 23–50, hier 28–33.

schaftssubjekte. Trifft die These von der Neuakzentuierung des Leitbildes zu? Wenn ja: welche Wirkungen hatte die wirtschaftliche Entwicklung dabei, welche die Wertorientierung der Politik? Wir dürfen nicht bei der qualitativen, dogmengeschichtlichen Sicht stehen bleiben, sondern müssen zur quantitativen, empirischen, wirkungsgeschichtlichen Realität vordringen.

3. Neben die erste These vom Weiterbestehen des sozialmarktwirtschaftlichen Leitbildes und die zweite These von der Neuakzentuierung dieses Leitbildes sei als dritte die These von der Beschleunigung marktwirtschaftlicher Ansätze gestellt. Nicht wenige Ansätze, die in der Ära Schmidt inhaltlich angelegt waren, aber nicht zur Entfaltung gelangten, kamen in der Ära Kohl zum Durchbruch. Als Beispiel sei darauf verwiesen, dass die Regierung Schmidt begann, Einkommen aus Unternehmertätigkeit zu entlasten und Arbeitseinkommen zu belasten. Die Abgabenquote der Selbständigen sank, die der unselbständig Beschäftigten nahm zu. Diese Scherenbewegung setzte schon 1977 ein, ist also nicht allein der Regierung Kohl zuzuschreiben.²⁶ War die wirtschaftspolitische Neuorientierung des Regierungswechsels 1982 weniger ein umfassender Paradigmawechsel als vielmehr eine – und wie stark einschneidende – Erweiterung und Akzeleration lange vorhandener Ansätze und latenter marktwirtschaftlichen Trends?

26 SCHRÖTER, *Von der Teilung* (wie Anm. 19), S. 402.

„Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung war ermutigend ...“ Eine Bilanz der Wirtschafts- und Finanzpolitik 1982–1990

Von Gerhard Stoltenberg

Die letzten Jahre der SPD-FDP-Koalition vor dem Regierungswechsel 1982 waren durch wachsende Spannungen unter dem Vorzeichen der Rezession bestimmt. Die Regierung Schmidt entschloss sich mangels einer ernsthaften Alternative zu einer Reihe unpopulärer Kürzungen sowie Steuer- und Abgabenerhöhungen im Bundeshaushalt. Das verstärkte neben dem Streit über die Nachrüstung vor allem in der SPD die Konflikte.

Es löste auch eine breite Debatte über strukturelle Fehlentwicklungen seit den Anfängen der Regierung Brandt 1969 aus. Bis 1975 war die Staatsquote von 39 auf 45 Prozent angestiegen. In den folgenden, wirtschaftlich günstigeren Jahren stabilisierte sie sich, wurde allerdings nicht zurückgeführt. Vor allem die Folgen der Rezession bewirkten dann einen erneuten starken Anstieg auf über 50 Prozent.

Die dramatische Steigerung der Ausgaben des Staates und der Sozialversicherung, vor allem in der Regierungszeit Brandt, führte erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik zu einer beunruhigend hohen Staatsverschuldung, die auch in den besseren Jahren nach 1974/75 nur geringfügig zurück ging. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich beträchtlich. Wenn auch die weltwirtschaftlichen Erschütterungen, vor allem im Gefolge der OPEC-Preisdiktate hierzu beitrugen, waren weit überzogene innenpolitische Verheißungen und ernste Konflikte, wie die maßlose Lohnrunde des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker in der Konfrontation mit Brandt 1973/74, hierfür mit ursächlich.

Dem weit überzogenen Glauben an die Machbarkeit, die Steuerbarkeit wirtschaftlicher und sozialer Prozesse, und der Planungseuphorie folgte um 1980 eine verbreitete Ernüchterung. Das war eine wesentliche Voraussetzung für die Mehrheitsfähigkeit alternativer Konzepte der Union und zunehmend der FDP, die wieder stärker an die Prinzipien und Methoden der Sozialen Marktwirtschaft in der Tradition Ludwig Erhards anknüpften. So gewannen in der CDU/CSU in der nicht immer harmonischen Debatte mit den Vertretern einer weitgehend autonomen Sozialpolitik die Wirtschafts- und Finanzpolitiker an Gewicht. In der FDP manifestierte sich der neue Ansatz am eindeutigsten in dem sogenannten Lambsdorff-Papier, das einen Kurswechsel zu einer konsequenten marktwirtschaftlichen Politik forderte.

Nach dem Zerbrechen der bisherigen Mehrheit mussten Union und FDP unter großem Zeitdruck die Grundsätze und wichtigsten Ziele einer neuen Koalition vereinbaren. Wir erreichten dies in etwa zehn Tagen. Schon am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt. In der Koalitionsvereinbarung vom 29. September und der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 13. Oktober standen die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im Zentrum des neuen Kurses. Als wesentliche mittelfristige Aufgaben wurden die deutliche Verringerung der strukturellen Defizite in den öffentlichen Haushalten, die Umgestaltung des Steuersystems zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung sowie die Verringerung der Gesamtbelastung der Betriebe und Arbeitnehmer hervorgehoben. Dies galt auch als wesentliche Voraussetzung für die Rückführung der überhöhten Staatsquote, die dauerhafte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und der Ermütigung zu größerer personaler Verantwortung.

So wurden kurzfristig schon für 1983 weitere Einsparungen in den öffentlichen Etats von 8,5 Milliarden DM im einzelnen abgesprochen und durchgesetzt, die Erhöhung der Bezüge von Beamten und Rentnern ab 1983 um sechs Monate verschoben; ein Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wurde eingeführt, die Eigenbeteiligung in der Krankenversicherung vorsichtig erweitert. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent schuf Spielraum für die Senkung von direkten Steuern vor allem für den Mittelstand. Eine Auflockerung des starren Mietrechts, u.a. durch die Einführung von Staffelmieten, sollte wieder stärker privates Kapital für den rückläufigen Mietwohnungsbau mobilisieren.

Trotz der heftigen Kritik der Opposition und des DGB wurde das Ziel, durch schnelles Handeln Vertrauen bei den Investoren und Verbrauchern zu schaffen, weitgehend erreicht. Dies zeigte der große Erfolg vor allem der Union bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 und die im Verlauf dieses Jahres einsetzende wirtschaftliche Belebung mit einem nicht erwarteten realen Wachstum von fast zwei Prozent. Der 1982 eingeschlagene Kurs wurde, wie vor der Wahl angekündigt, in den Koalitionsgesprächen bekräftigt und konkretisiert. Für 1984 bis 1986 vereinbarten wir für die öffentlichen Hände und die Sozialversicherung weitere Einsparungen von 38 bis 40 Milliarden DM. Es bewährte sich in diesen Wochen die enge Zusammenarbeit zwischen den hauptbeteiligten Ministern für Finanzen, Wirtschaft und Arbeit besonders. Es wurden schärfere Bedingungen für die Bewilligung von Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten festgelegt, die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld für Empfänger ohne Kinder abgesenkt.

Es ging hierbei nicht nur um fiskalische Entlastungen, vielmehr sollte das Abstandsgebot zwischen den Einkommen der arbeitenden Menschen und dem Empfänger der Sozialleistungen in vergleichbaren Lebenslagen durch die er-

wählten Maßnahmen wieder wirksamer werden. Auch diesmal stimmten der Bundestag und Bundesrat den Regierungsvorlagen zu. Allerdings gab es jetzt bei einzelnen unionsregierten Ländern Vorbehalte zu einigen Punkten. Gravierender war, dass bestimmte Folgeentscheidungen nicht mehr getroffen wurden. So kam es auf Grund des Widerstandes von Sozialpolitikern nicht mehr zu der vereinbarten grundlegenden Reform des Systems der Sozialhilfe. Weiterhin bezogen hier vor allem Eltern mit Kindern höhere Einkommen als Arbeitnehmer der unteren Lohngruppen ebenfalls mit Kindern. So war es auch in manchen Gebieten hoher Arbeitslosigkeit unverändert schwierig, freie Arbeitsplätze zu besetzen. Die Mobilität ließ nach, die Schwarzarbeit nahm deutlich zu. Dies war ein Beispiel, dass nicht selten überzogene soziale Leistungen im Ergebnis zu sozialer Ungerechtigkeit führen.

Ab 1983 verbesserten sich die wesentlichen makroökonomischen Daten. 1984 senkte die Bundesbank den Diskontsatz von sieben auf vier Prozent; 1987 ging er auf drei Prozent zurück. Dies führte auch zu einem deutlichen Rückgang der Kapitalmarktzinsen. Die Inflationsrate verringerte sich beträchtlich. 1987 sank sie auf weniger als ein Prozent ab. Durch die Sparbeschlüsse und eine restriktive Ausgabenpolitik konnte das jährliche Wachstum der Bundesausgaben von 1983 bis 1987 auf durchschnittlich zwei Prozent begrenzt werden; gegenüber einer Steigerungsrate unter Brandt von mehr als zehn und bei Schmidt von immer noch fast acht von hundert eine grundlegende qualitative Veränderung. Allerdings überschritten die meisten Länder und Kommunen bald wieder den im Finanzplanungsrat vereinbarten Rahmen für die Entwicklung ihrer Haushalte.

Trotz der beträchtlichen Stabilisierungsfortschritte verschärfen ab 1984 mehrere Gewerkschaften ihren Kurs. Die Forderung der IG-Metall auf Einführung der 35-Stunden-Woche führte 1984 zu einem siebenwöchigen Streik, der mit einem problematischen Kompromiss endete. Jetzt setzte der Bundeskanzler eine Neufassung von § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes durch, um die Finanzierung der indirekt von punktuellen Streiks betroffenen Arbeitnehmer aus den öffentlichen Kassen der Bundesanstalt auszuschließen.

Als Alternative zur Arbeitszeitverkürzung beschloss die Bundesregierung für die nächsten fünf Jahre eine Wahlfreiheit der Arbeitnehmer, mit 58 Lebensjahren und mindestens 65 Prozent der letzten Bezüge in Rente gehen zu können. Folgeeregungen verstärkten später noch die Tendenz zur Frühverrentung, mit erheblichen Mehrbelastungen für die Rentenkassen und schließlich Beitragserhöhungen als Ergebnis. Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz wurden der Abschluss befristeter Arbeitsverträge und die Teilzeitarbeit attraktiver, sehr vorsichtige Auflockerungen eines verkrusteten und bürokratisierten Arbeitsmarktes, die von DGB und SPD erbittert bekämpft wurden.

1984 einigte sich die Koalition auf das Konzept für die erste Stufe einer Neuordnung der Einkommensteuer. Es wurde eine Reduzierung von zunächst

20, später fast 25 Milliarden DM für 1986 und 1988 eingeplant. Die wichtigsten Punkte waren die starke Anhebung des 1983 wieder eingeführten steuerlichen Kinderfreibetrages und eine durchgehende Verbesserung des Tarifs. Die eigentliche Steuerreform mit Einführung des linear-progressiven Tarifs, einer Absenkung auch der Körperschaftssteuer und einer gleichmäßigeren Besteuerung durch den Abbau zahlreicher Vergünstigungen sollte zu Beginn der nächsten Wahlperiode beschlossen werden. Zusätzlich gab es bei den Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude beträchtliche Verbesserungen. Das selbstgenutzte Wohnungseigentum wurde steuerlich freigestellt und eine neue differenzierte Ausgestaltung der Kraftfahrzeugsteuer zur beschleunigten Einführung des abgasarmen Autos eingeführt.

Unbestritten war die Priorität einer stärkeren Förderung der Familien mit Kindern. Für sie hatte sich die Situation seit Mitte der siebziger Jahre verschlechtert. So verständigten wir uns auf die Einführung eines Erziehungsgeldes von 600 DM monatlich für ein Jahr nach der Geburt eines Kindes und eine generelle Erhöhung des Kindergeldes für Mehrkinderfamilien. Einschließlich der bereits erwähnten beträchtlichen Anhebung der steuerlichen Kinderfreibeträge bedeutete dies eine Verbesserung von zwölf Milliarden DM jährlich.

Zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung führte kurz darauf die Forderung des Sozialministers nach einem vom Bund zu finanzierenden Erziehungsjahr im Rentenversicherungsrecht. Blüm bezeichnete die gewünschte Neuregelung als wesentliche Voraussetzung für eine Rentenstrukturreform. Auch wenn sein Ausgangsmodell in den ersten Jahren nur geringe Belastungen gebracht hätte, erhöhten sich diese längerfristig auf einen zweistelligen Milliardenbetrag pro Jahr. Ich plädierte in den Koalitionsgesprächen mit Nachdruck für eine Konzentration der begrenzten Mittel auf die Familien, die unmittelbar für ihre heranwachsenden Kinder erhebliche Aufwendungen zu erbringen hatten, so wie es soeben in der Koalition vereinbart worden war. Aber der Bundeskanzler und die Führung der Fraktion unterstützten den Arbeitsminister. Das Ergebnis war, wie von mir befürchtet, dass in der jetzt ausbrechenden emotionalen Diskussion die Einbeziehung aller älteren Frauen in die Neuregelung gefordert wurde. Hier gaben CDU und CSU schließlich nach, mit erheblichen sofortigen Mehrbelastungen für den Bundeshaushalt. Nach meiner Überzeugung war dies ein falsches Signal für eine nicht mehr an klaren Prioritäten orientierte expansive Sozialpolitik.

Die meisten der 84 direkten und fast 1000 mittelbaren Beteiligungen des Bundes an Industrieunternehmen, Banken und Versicherungen waren seit 1969 dem Bundesfinanzministerium zugeordnet. Eine von mir veranlasste Bestandaufnahme zur Geschäftspolitik und Ertragssituation ergab 1983 ein insgesamt recht unbefriedigendes Bild. In den Jahrzehnten seit 1949 hatte der

Bund ihnen mehr Kapital aus Haushaltsmitteln zuführen müssen als an Dividenden für ihn anfielen.

1984 begannen wir mit einer konsequenten Privatisierungspolitik. Große Unternehmen, wie die VEBA, VIAG, die Industrieanlagengesellschaft und die Deutsche Pfandbriefanstalt, wurden völlig privatisiert, bei anderen der Anteil der öffentlichen Hand in einem ersten Schritt beträchtlich verringert. Wir wünschten eine breite Streuung, wo immer es möglich war. So gab es bei der VIAG rund 400.000 Ersterwerber. Andere Unternehmen mussten durch Strukturveränderungen und eine neue Geschäftspolitik erst aus den roten Zahlen herausgeführt werden. Ein großer Konzern wie die Salzgitter AG verzeichnete 1982 noch 700 Millionen DM Verlust, 1989 konnte er nach Erreichen der Gewinnzone an die Preussag veräußert werden.

Trotz heftiger Proteste, vor allem der SPD und des DGB, erwies sich die Privatisierung betriebswirtschaftlich eindeutig als erfolgreich. Das spiegelte sich in Umsätzen, Gewinnen, Beschäftigungszahlen und Aktienkursen der Folgezeit wieder. Mit der grundlegenden Postreform Anfang der neunziger Jahre und der stürmischen Entwicklung des Telekommunikationsmarktes ergab sich für meinen Nachfolger Theo Waigel ein neuer, sehr großer Spielraum für die Fortsetzung dieser Politik.

Die Koalition ging mit einem insgesamt recht positiven Datenkranz in die Auseinandersetzung vor der Bundestagswahl 1987: Anhaltendes, fast inflationsfreies, moderates Wachstum, niedrige Zinsen, 800.000 Arbeitsplätze mehr als 1981, freilich aus den schon genannten Gründen kein nennenswerter Rückgang der Erwerbslosigkeit, Erfolge der Konsolidierungspolitik bei Bund, Ländern und Gemeinden, niedrigere Steuern, zusätzliche Leistungen für die Familien waren die wichtigsten Stichworte. Aber vor den Wahlen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der CSU und FDP über das Asyl- und Demonstrationsrecht und schließlich auch über die Entspannungspolitik. Hinzu kam die starke Verunsicherung vieler Menschen durch das Reaktorunglück in Tschernobyl. So erreichte die Union nur noch 44,3 Prozent der Stimmen, 4,3 von Hundert weniger als 1981. Auch die Sozialdemokraten verloren, während die FDP und die GRÜNEN zulegten.

In der CDU-Führung gab es erkennbare Unruhe und Spannungen, die sich sofort auf die Koalitionsverhandlungen auswirkten. Als ich im Präsidium mein Konzept zur Steuerreform vortrug, gab es vor allem von den Sozialpolitikern Einwände zur Absenkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer. Ich wollte ihn von 56 auf 50 Prozent zurückführen, bei der Körperschaftsteuer etwas stärker auf 47 von Hundert. Der Bundeskanzler vertagte daraufhin diesen Punkt, was ihm und mir bei den folgenden Gesprächen mit der CSU und FDP zunehmend Schwierigkeiten bereitete. Bald bemächtigte sich die Presse dieses Streitthemas, und nach fast drei Wochen griff Strauß in einem stark beachteten Interview Kohl frontal an. Jetzt lenkte die CDU-Führung ein. Die

Reduzierung erfolgte nunmehr auf 53 bzw. 50 Prozent, was bei den Wirtschaftsverbänden zu zahlreichen Äußerungen des Unmuts führte. In den meisten anderen Punkten akzeptierten Union und FDP meine Vorschläge. Der linear-progressive Tarif fand Zustimmung, der Satz für die untere Proportionalzone wurde abgesenkt, der Grund- und Kinderfreibetrag weiter erhöht. Das Entlastungsvolumen betrug insgesamt fast 45 Milliarden DM, davon sollten etwas über 20 Milliarden durch den Abbau von Steuervergünstigungen ausgeglichen werden. Allerdings wurden die Einzelentscheidungen hierzu auf den Herbst vertagt.

Es war kein guter Start in die neue Wahlperiode. Zwar einigten sich die Fraktionen im Oktober schnell auf die Vorschläge der Bundesregierung. Aber jetzt setzte der Proteststurm der betroffenen Verbände ein. Zum Schluss der Beratungen im Juli 1988 mussten wir den finanzschwachen Ländern noch einen Ausgleich von fast jährlich drei Milliarden DM bewilligen, um die Mehrheit im Bundesrat zu sichern.

Während sich das Klima in der Koalition verschlechterte, gewann die wirtschaftliche Dynamik 1988 und 1989 sichtbar an Kraft und positiven Wirkungen. Es wurden ökonomisch die besten Jahre seit zwei Jahrzehnten. Das reale Wachstum betrug 1988 3,7, 1989 4 Prozent. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen preisbereinigt um 7,5 bzw. fast 9 Prozent an. Jetzt nahm auch die Zahl der Arbeitsplätze kräftig zu, bis Ende 1989 gegenüber 1983 um mehr als 1,3 Millionen. Es kam auch zu einer spürbaren Reduzierung der Erwerbslosigkeit. Allerdings bereitet im zweiten Jahr der Anstieg der Lebenshaltungskosten auf 2,8 von Hundert Sorgen. Die Bundesbank erhöhte den Diskont- und Lombardsatz. Die starke Konjunktur führte auch zu unerwartet hohen Steuer- und Sozialabgaben. So ging der Finanzierungssaldo von Bund, Ländern und Kommunen jetzt auf 27 Milliarden DM zurück. Da sich für die Sozialversicherung beträchtliche Überschüsse ergaben, verzeichnete der öffentliche Gesamthaushalt erstmals seit zwei Jahrzehnten wieder einen Überschuss.

Zugleich war das innenpolitische Klima rauer geworden. Nach der Steuerreform standen die Gesundheits- und Rentenreformen auf der Tagesordnung und teilweise im Mittelpunkt heftiger Auseinandersetzungen. Blüms sehr weitreichendes Konzept für eine Entlastung der Krankenversicherung sah Festbeträge für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel, gewisse Einschränkungen bei Badekuren und Fahrtkosten und eine punktuelle Erweiterung der Selbstbeteiligung, vor allem bei Zahnersatzleistungen, vor. Er begegnete massivem Widerstand bei den Heilberufen und der Industrie ebenso wie bei den Gewerkschaften. In den ersten drei Jahren kam es zu spürbaren Entlastungen. Aber schon 1992 setzte wieder ein kräftiger Anstieg der Ausgaben und Beiträge ein, der zu neuen Reformdebatten führte.

Bei der Rentenreform gelang es Blüm demgegenüber, ein Einvernehmen mit der Opposition zu erreichen. Das hatte politische eindeutige Vorteile. Aber

es bedeutete auch eine Abschwächung des Ausgangskonzepts der Regierung. Dies sah die eindeutige Orientierung der künftigen Erhöhungen an den Nettolöhnen, eine schrittweise Anhebung der Altersgrenze auf 65 Jahre und einen höheren Bundeszuschuss vor, dessen Anteil an den Ausgaben zuvor zurückgegangen war. Die SPD setzte eine spätere und verhaltenere Erhöhung der Altersgrenze, geringe Anreize für eine längere Lebensarbeitszeit sowie die Einführung einer „Teilrente“ durch.

1989 wurde das Jahr der großen friedlichen Transformation in Europa. Die Auflösung zunächst des Sowjetimperiums, dann der Sowjetunion, der Erfolg der Bürgerbewegungen in den Ländern Mittelost- und Osteuropas schuf die Spielräume, die von Helmut Kohl umsichtig und konsequent für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands genutzt wurden. Dabei wurde bereits in den Wintermonaten 1990/91 immer deutlicher erkennbar, dass die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft zuvor im Westen weit überschätzt worden war und die Kosten der Umstrukturierung, des Aufbaus Ost, gegenüber den ersten Annahmen um ein Vielfaches höher sein würden.

Das veränderte die Prioritäten und den Umfang staatlichen Handelns gegenüber den achtziger Jahren grundlegend. Zweifellos hat die Finanz- und Wirtschaftspolitik nach 1982 dazu beigetragen, dass überhaupt die Ressourcen mobilisiert werden konnten, um die neuen gewaltigen Aufgaben zu finanzieren. Allerdings stiegen der zuvor deutlich zurückgegangene Staatsanteil, die ebenfalls rückläufige Steuern- und Abgabenquote wieder kräftig an; hinzu kam eine erheblich höhere Neuverschuldung, vor allem des Bundes, der gemeinsam mit der Sozialversicherung die Hauptlasten trug.

Die staatlichen Entscheidungen und die Lohnpolitik nach 1990 im einzelnen zu beurteilen bleibt einer besonderen Betrachtung vorbehalten. In meiner Schilderung der vorhergehenden Zeit sind bereits einige Bewertungen über Erfolge und Versäumnisse angesprochen worden. Auch im internationalen Vergleich konnte sich die bundesdeutsche Entwicklung durchaus sehen lassen. Der qualitative Vorsprung der USA, was Wachstum, Beschäftigung und Entwicklung der öffentlichen Haushalte anbetrifft, war noch nicht gegeben, auch wenn in der Reagan-Ära wichtige Voraussetzungen hierfür geschaffen wurden.

Schwachpunkte der deutschen Finanzpolitik waren fehlende nachhaltige Erfolge beim Abbau von Subventionen sowie der weiter rückläufige Anteil des Gesamtstaates an den Steuereinnahmen auf weniger als 50 von Hundert. In der Wirtschaftspolitik hätte die Deregulierung konsequenter vorangebracht werden können. In der Sozialpolitik nahmen im Laufe der Jahre die Entscheidungen zu, die nicht mehr an Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientiert waren. Dazu gehörte vor allem die Missachtung des Abstandsgebotes zwischen den arbeitenden Menschen und den Empfängern von Transferleistungen in vergleichbaren Lebenslagen und die Zurückhaltung gegenüber innovativen Entwicklungen in einigen anderen westlichen Staaten, wie die Er-

gänzung der traditionellen öffentlichen Rentensysteme durch die Förderung des Aufbaus privater Kapitalbildungen für die Alterssicherung.

Dennoch – die wirtschaftliche Gesamtentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von 1982 bis 1989 war ermutigend, die Verbesserung des makroökonomischen Datenkranzes eindeutig. Es hat sich gelohnt, an den wesentlichen finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen jener Zeit mitzuwirken.

Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl 1982–1989/90. Eine Wende im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft?

Von Werner Zohnhöfer und Reimut Zohnhöfer

Einleitung

Wenn Politiker der Opposition eine „Wende“ in Aussicht stellen, schlagen sie damit mehrere Fliegen mit einer Klappe: Zum einen distanzieren sie sich mit dieser Aussage – mindestens implizit – von der Politik der amtierenden Regierung. Zum anderen kündigen sie damit – pauschal, aber griffig – an, dass sie selbst sich neuen Wegen und/oder Zielen zuwenden wollen. Sie versuchen auf diese Weise, die Akzeptanz der amtierenden Regierung durch das Wahlvolk zu reduzieren und die unzufriedenen (Wechsel-)Wähler für sich zu gewinnen. Im Interesse einer möglichst großen Wählerwirksamkeit empfehlen sich dafür vergleichsweise vage und inhaltsoffene Aussagen.

Allerdings schlägt früher oder später die Stunde der Wahrheit: Spätestens nach der angestrebten Übernahme der Regierungsverantwortung muss die angekündigte „Wende“ programmatisch konkretisiert und in politische Entscheidungen umgesetzt werden. Erst dann wird der den Wählern in Aussicht gestellte Wechsel eingelöst; denn erst dann wird sich zeigen, inwieweit die mit der „Wende-Rhetorik“ geweckten Erwartungen erfüllt werden.

Dieses allgemeine Muster eines Regierungswechsels in Demokratien beschreibt – abgesehen von konkreten Einzelheiten – auch den Übergang von der sozial-liberalen Regierungskoalition unter Helmut Schmidt zur christlich-liberalen Koalition Helmut Kohls im Jahr 1982. Deshalb erscheint es zweckmäßig, die hier intendierte Untersuchung an diesem Verlaufsmuster zu orientieren. Entsprechend soll die interessierende Thematik in fünf Schritten behandelt werden. In einem ersten Schritt sollen kurz die wirtschaftspolitischen Probleme und deren Genesis vorgestellt werden, die die Regierung Kohl von ihrer Vorgängerin übernommen hatte; denn nur vor diesem Hintergrund kann die Aufgabe, vor der die neue Regierung stand, und die dann praktizierte Politik angemessen bewertet werden. Die sich anschließenden zwei Schritte sind einer Darstellung der Programmatik und der praktizierten Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl gewidmet. In einem vierten Schritt wird dann eine kritische Beurteilung dieser Politik versucht, wobei als Maßstab das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft dient, auf das die christlich-liberale Koalition selbst immer wieder Bezug genommen hat. Im fünften Teil wird abschließend der Frage nachgegangen, worin die Gründe dafür zu sehen sind, dass eine weit-

reichende Neuorientierung der Wirtschaftspolitik im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft ausgeblieben ist.

1. Das Erbe der Regierung Schmidt

Die Regierung Kohl übernahm 1982 von ihrer Vorgängerin ein Erbe, das ein stabilitätspolitisch wenig erfolgreiches Jahrzehnt widerspiegelte. Es markiert die Zäsur zwischen der Wirtschaftspolitik der 50er und 60er Jahre, die stabilitätspolitisch so erfolgreich war, dass sie weltweite Beachtung fand, und einer Wirtschaftspolitik, die ihre stabilitätspolitischen Ziele zunehmend verfehlte. Stand die Arbeitslosenquote im Jahr 1970 noch bei 0,7%, so sprang sie bis 1982 auf 7,2%. Wie unter diesen Bedingungen nicht anders zu erwarten, sank gleichzeitig die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von gut 5% auf -1,1%, während die Inflationsrate von 3,4% auf 5,3% zunahm. Schließlich kam es zu einem starken Anstieg der öffentlichen Verschuldung (von 19,7% des BIP 1969 auf 38,7% des BIP 1982).

Wie erklärt sich diese ausgeprägte Fehlentwicklung? Dieser Frage kann hier zwar nicht im einzelnen nachgegangen werden, doch sollen wenigstens die Grundzüge eines Erklärungsversuchs kurz skizziert werden; denn nur eine tragfähige Diagnose ermöglicht einerseits die Ableitung einer zielwirksamen, weil ursachenadäquaten Therapie und andererseits eine fundierte Beurteilung der von der Regierung Kohl verfolgten Wirtschaftspolitik, die auf eine Bewältigung der sie konfrontierenden Probleme gerichtet sein musste.

Die beschriebene Fehlentwicklung hatte viele Ursachen. Es erscheint zweckmäßig, zwischen internen und externen Ursachen zu unterscheiden: Während die externen Ursachen als Auswirkungen des weltwirtschaftlichen Geschehens gleichsam als Schock von außen auf eine offene Volkswirtschaft zukommen, sind die internen Ursachen „hausgemacht“, d.h., sie stellen Fehlentscheidungen dar und wären daher durch eine sachgerechte Wirtschaftspolitik zu vermeiden gewesen. Anders ausgedrückt: Externe Ursachen sind als solche durch nationalstaatliche Maßnahmen nicht zu vermeiden oder abzuwehren; sie begründen in den betroffenen Volkswirtschaften stets mehr oder weniger großen Anpassungsbedarf. Aufgabe einzelstaatlicher Wirtschaftspolitik kann es daher nur sein, die möglichst rasche und friktionslose Bewältigung des Anpassungsbedarfs zu ermöglichen oder auch gezielt zu fördern. Dadurch werden freilich sonst vorhandene Entscheidungsspielräume nationaler Wirtschaftspolitik eingeengt. Wird dies nicht erkannt oder missachtet, kommt es nicht nur zu extern bedingten, sondern gleichzeitig zu „hausgemachten“ Fehlentwicklungen: Beide Kategorien von (unerwünschten) Auswirkungen schaukeln sich dann – über eine wirtschaftspolitische Interventionsspirale – wechselseitig hoch und resultieren in einer ausgeprägten Beeinträchtigung der wachstums- und stabilitätspolitischen Ziele (Vollbeschäftigung, Geldwertsta-

bilität, Haushaltsgleichgewicht). Die die 70er Jahre kennzeichnende Entwicklung des wirtschaftlichen Geschehens und der Wirtschaftspolitik in (West-) Deutschland ist ein geradezu klassisches Beispiel für das beschriebene Szenario. Das zeigt schon ein kurzer Blick auf dieses Jahrzehnt.

Deutschland sah sich – z.T. mehr noch als andere Länder – in den 70er Jahren mit gravierenden Herausforderungen konfrontiert. Eine massive DM-Aufwertung dämpfte nicht nur die Auslandsnachfrage, sondern erhöhte auch den Importdruck und damit die Absatzschwierigkeiten verschiedener (traditioneller) Wirtschaftszweige auf dem Binnen- und auf dem Weltmarkt. Diese Entwicklungen wurden durch die allmähliche Erstarkung einer Reihe von Ländern der Dritten Welt noch verstärkt. Hinzu kamen die beiden Ölpreiserhöhungen, die nicht zufällig bis heute als sogenannte Ölpreisschocks bezeichnet werden, sowie Preissteigerungen anderer Rohstoffe, die zu erheblichen Kostenbelastungen der Unternehmen (und Haushalte!) führten. All diese Entwicklungen steigerten nicht nur den Anpassungsbedarf der Unternehmen (vor allem in Form von Kostensenkungen durch Rationalisierung sowie der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren), sie engten auch den verteilungspolitischen Spielraum ganz beträchtlich ein.

Angesichts des skizzierten extern bedingten Kosten- und Anpassungsdrucks hätte eine verantwortliche Wirtschaftspolitik die dringend erforderliche Bewältigung des Anpassungsbedarfs dadurch ermöglichen können, dass sie zusätzlichen, intern bedingten Kostensteigerungen vorgebeugt und durch Erweiterung der Entscheidungsspielräume der Unternehmen deren Anpassungsflexibilität erhöht hätte. Die damalige wirtschaftspolitische Praxis folgte jedoch nicht diesem Weg. Vielmehr kam es nach wie vor zu Erhöhungen der Lohn- und Lohnnebenkosten, die zum Teil erheblich über dem (durchschnittlichen) Fortschritt der Arbeitsproduktivität lagen und damit die Lohnstückkosten erhöhten. Gleichzeitig trieben die wachsenden Defizite der öffentlichen Haushalte die Zinsen und damit auch die Kapitalkosten in die Höhe. Da die Geldpolitik – spätestens seit 1977 – eine Überwälzung der ständig steigenden (Stück-)Kosten nicht mehr alimentierte, war es nur eine Frage der Zeit, bis „Unternehmensgewinne und Umsatzrenditen nachhaltig fallende Tendenz aufwiesen“¹. Das dämpfte nicht nur die private Investitionstätigkeit insgesamt, sondern führte zusätzlich dazu, dass ein steigender Anteil der sinkenden Gesamtinvestitionen Rationalisierungsinvestitionen waren, so dass kontinuierlich weniger Arbeitsplätze geschaffen wurden als durch Rationalisierung und Unternehmenszusammenbrüche verloren gingen.

Hinzu kam, dass durch die bis in die 70er Jahre hinein gesetzlich ausgebaute Regulierung des Arbeitsmarktes (Betriebsverfassungsgesetz von 1972; Mit-

¹ Werner ZOHLNHÖFER, *Wachstumsminderung und Wirtschaftsordnung*, in: DERS. (Hrsg.), *Wachstumsminderung und soziale Gerechtigkeit*, Limburg 1982, S. 77–114.

bestimmungsgesetz von 1976) und vor allem die (zunehmend) arbeitnehmerfreundliche Rechtsprechung der Arbeitsgerichte zum Kündigungsschutz die so dringend erforderliche Anpassungsflexibilität der Unternehmen stark eingeschränkt wurde.² Dies führte zu einer Verteuerung von Entlassungen durch Abfindungen, die im Rahmen von Sozialplänen ausgehandelt oder gerichtlich festgelegt wurden, machte die Arbeitskosten in weiten Teilen zu Fixkosten und verringerte dadurch nicht nur die Anpassungsflexibilität der Unternehmen, sondern auch deren Bereitschaft zu Neueinstellungen. Daher haben diese Regulierungen vermutlich wesentlich zu dem (weiteren) sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit zu Beginn der 80er Jahre beigetragen.

Dieser knappe Versuch einer Genesis der wirtschaftspolitischen Probleme, die die Regierung Kohl bei Amtsantritt übernahm, verdeutlicht den strukturellen Charakter der Fehlentwicklung(en), die zu korrigieren sie angetreten war. Mit eher kosmetischen Korrekturen, ja selbst mit einer konjunkturellen Belebung der Wirtschaftstätigkeit allein war dieser Problematik nicht beizukommen. Um die wirtschaftlichen Abläufe wieder zielkonform zu gestalten, waren deshalb – vor allem in der Finanz- und Haushaltspolitik, in der Steuerpolitik und in der Rahmensetzung für den Arbeitsmarkt – Korrekturen im Sinne neuer Weichenstellungen erforderlich.

2. Die Programmatik der Regierung Kohl

Die CDU betonte in der Opposition stets, dass die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft durch die Politik der sozial-liberalen Regierung zunehmend verletzt worden seien, und forderte daher regelmäßig deren Erneuerung.³ Auch in Helmut Kohls Regierungserklärungen spielte diese Forderung eine wichtige Rolle: „Eine Wirtschaftsordnung ist um so erfolgreicher, je mehr sich der Staat zurückhält und dem einzelnen seine Freiheit lässt. Die Soziale Marktwirtschaft ist wie keine andere Ordnung geeignet, Gleichheit der Chancen, Eigentum, Wohlstand und sozialen Fortschritt zu verwirklichen. Wir wollen nicht mehr Staat, sondern weniger; wir wollen nicht weniger, sondern mehr persönliche Freiheit.“ „Wir führen den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurück“⁴. Helmut Kohl kündigte entsprechend „eine neue Wirtschafts- und eine neue Ge-

2 Zur Entwicklung der gesetzlichen und tarifvertraglichen Grundlagen sowie der Rechtsprechung zum Kündigungsschutz und zu Sozialplänen vgl. Oliver FINK, *Die Bedeutung von Lohnnebenkosten für die Arbeitskosten in Deutschland. Empirische Befunde und wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen* (Studien des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, Bd. 61), Mainz 1997, S. 244–263.

3 So beispielsweise mit einem Beschluss des Bundesparteitages 1981 in Hamburg: „Die Soziale Marktwirtschaft erneuern“.

4 So Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983, Plenarprotokoll der 10. Wahlperiode, 4. Sitzung, S. 57 und 56.

sellschaftspolitik“ an, mit der ein „historischer Neuanfang“⁵ gesetzt werden sollte. Konkretisiert wurde diese allgemeine Programmatik in den Regierungserklärungen von 1982 und 1983 vor allem durch die Forderungen nach einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Mit der Übernahme der Regierung im Oktober 1982 und dem überwältigenden Erfolg bei der Bundestagswahl 1983 erlangte die CDU die Möglichkeit, ihr Programm auch umzusetzen, ja sie geriet unter den Zwang, die zunächst eher allgemein gehaltenen Forderungen zu konkretisieren. Dieser Zwang verstärkte sich noch durch die im Sommer 1983 immer deutlicher in der Öffentlichkeit artikulierte Enttäuschung darüber, dass die Wende weitgehend ausgeblieben war. Ein neuer Anlauf zu einer umfassenden wirtschaftspolitischen Konzeption sollte daher durch ein vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht erarbeitetes Positionspapier initiiert werden.

Albrecht setzte bei einer Analyse der Arbeitslosigkeit an, für deren Hartnäckigkeit er fünf strukturelle Gründe verantwortlich machte: Erstens sei die Entlohnung des investierten Kapitals zu gering, was zu einem Verfall der Eigenkapitalausstattung und einem völlig unzureichenden Investitionsvolumen geführt habe. Zweitens habe die Ökonomie die Fähigkeit verloren, auf Veränderungen flexibel zu reagieren. Dafür machte er u.a. die Verpflichtung zu Sozialplänen, den Kündigungsschutz, die Mitbestimmung und die langwierigen Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren verantwortlich. Drittens sei der Faktor Arbeit zu teuer, was in erster Linie an der Höhe der Lohnnebenkosten liege. Viertens sei das soziale System zu kostspielig und unwirtschaftlich und setze, fünftens, die Anreize falsch, weil es finanziell nicht mehr lohne, besondere Anstrengungen zu erbringen.

Daraus ergaben sich für ihn die Forderungen, die Unternehmensbesteuerung „spürbar, also etwa um 20 Prozent“ zu senken und den thesaurierten Gewinn gegenüber dem entnommenen besser zu stellen. Auch die Einkommen- und Lohnsteuertarife sollten reformiert werden – allerdings nur in dem Maße, wie es die finanzielle Konsolidierung erlaubte. Eine Erhöhung der Personen- oder Verbrauchssteuern hielt Albrecht u.U. für notwendig, um die Entlastung bei den Unternehmenssteuern finanzieren zu können. Entscheidend für die Verringerung der Arbeitslosigkeit sei daneben, die Arbeitskosten real zu senken, was in erster Linie über die Lohnnebenkosten zu leisten sei. Dafür sollten erstens die Fehlzeiten verringert, zweitens die Beitragssätze zur Sozialversicherung gesenkt und drittens die Finanzierung des sozialen Netzes geändert werden. Es komme darauf an, den Versicherten ein Eigeninteresse an der sparsamen Verwendung der Gelder zu vermitteln; die Senkung der Beiträge sollte

⁵ Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982, Plenarprotokoll der 9. Wahlperiode, 121. Sitzung, S. 7215 und 7216.

durch eine Mehrwertsteuererhöhung finanziert werden. Daneben forderte er eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die den genannten Rigiditäten Rechnung trüge.

In eine ähnliche Richtung wiesen die „persönlichen Denkanstöße“ des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der Unionsfraktion, Haimo George. Auch für ihn lag der Schlüssel zur Erklärung und Verringerung der Arbeitslosigkeit in den Lohn- und Lohnnebenkosten sowie den arbeitsrechtlichen Regelungen, die sich – zum Schutz der Beschäftigten gedacht – als Einstellungshindernis erwiesen hätten. Entsprechend schloss George: „Der Schlüssel für die Lösung der heutigen Probleme liegt in den Kosten – vor allem der Arbeit, damit also im Tarifsystem, das aus der heutigen (Besitzstands-)Erstarrung gelöst werden muss.“ Daher schlug er etwa eine an bestimmte Bedingungen geknüpfte Zulassung untertariflicher Löhne und mittelfristig eine Senkung der Reallöhne vor, da der Staat nur Rahmenbedingungen sichern solle und dürfe.

Während diese Konzepte vom Wirtschaftsflügel der CDU unterstützt wurden, stießen sie nicht nur beim politischen Gegner, sondern insbesondere auch in der eigenen Partei auf massiven Widerstand; besonders die Sozialausschüsse lehnten die Vorschläge strikt ab. Um diese konträren Standpunkte zu harmonisieren, wurde eine Programmkommission eingesetzt, die ein neues wirtschaftspolitisches Profil der Partei ausarbeiten sollte. Mitglieder dieser Kommission waren Finanzminister Stoltenberg, Generalsekretär Geißler, Arbeitsminister Blüm, die Ministerpräsidenten Albrecht (Niedersachsen) und Späth (Baden-Württemberg) sowie der ehemalige Generalsekretär Biedenkopf. Schon die Besetzung dieser Kommission – Geißler und Blüm als Sozialausschüssler, Stoltenberg, Biedenkopf und Albrecht als Vertreter einer eher liberalen Position – zeigt, dass es hier nicht darum ging, eine bestimmte wirtschaftspolitische Position in der Partei durchzusetzen. Vielmehr sollten (und mussten) alle Flügel der Partei in die Beratungen einbezogen werden.

Das Ergebnis, die „Stuttgarter Leitsätze“, die auf dem Bundesparteitag 1984 beschlossen wurden, betrachteten Verfechter einer stärker marktorientierten Wirtschaftspolitik als enttäuschenden Kompromiss, weil dem Markt zu wenig Raum gelassen werde.⁶ Insgesamt lesen sich die einschlägigen Passagen des Papiers tatsächlich als eine „domestizierte“, nämlich sozial- und verteilungspolitisch entschärfte Fassung der Vorschläge Albrechts. Seine Analyse wurde zwar in wesentlichen Punkten akzeptiert, etwa, wenn gefordert wurde, die Erlös-Kosten-Situation der Unternehmen von der Kostenseite her zu verbessern; andererseits wurde auf einschneidende Schritte, etwa auf weitere Kürzungen von Leistungsgesetzen, zusätzliche Senkungen von Unternehmenssteuern oder

6 Vgl. z.B. Ernst Günter VETTER, „Eine Sternstunde für die Wirtschaftspolitik“, in: FAZ, 8. März 1984.

den Abbau arbeitsrechtlicher Regelungen etwa im Bereich des Kündigungsschutzes verzichtet. Vielmehr trug das Dokument den Charakter eines Kompromisses zwischen beiden Parteiflügeln und war keineswegs das Dokument einer konsequent an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientierten wirtschaftspolitischen Wende.

Dass unterschiedliche Flügel der CDU und der Koalition, in der die FDP dem Wirtschaftsflügel der Union nahestand, unterschiedlich weitreichende wirtschaftspolitische Reformen favorisierten, war jedoch nicht auf die ersten Jahre der Ära Kohl beschränkt, sondern blieb kennzeichnend für viele Bereiche der Wirtschaftspolitik der Jahre 1982–1989/90. Der Politikwissenschaftler Josef Schmid konstatierte daher, dass es scheine, „als ob über die Sanierung der Staatsfinanzen und eine allgemeine Beschwörung der Kräfte der Marktwirtschaft hinaus kein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept im Regierungsbündnis konsensfähig gewesen wäre“.⁷ Im nächsten Schritt dieses Beitrages soll daher geprüft werden, ob die praktische Politik trotz dieser programmatischen Differenzen innerhalb der Koalition eine Wende hin zu einer Neukonzeption der Wirtschaftspolitik im Lichte der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft bewerkstelligte.

3. Die Wirtschaftspolitik der christlich-liberalen Koalition in den Jahre 1982–1989

Deshalb soll nun die Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl in den Jahren 1982 bis 1989/90 untersucht werden.⁸ Dabei sind im wesentlichen drei Politikfelder von Interesse, nämlich die Finanz-, die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungs-

⁷ Josef SCHMID, *Der Machtwechsel und die Strategie des konservativ-liberalen Bündnisses*, in: Werner SÜSS (Hrsg.), *Die Bundesrepublik in den 80er Jahren*, Opladen 1991, S. 19–34; hier S. 25. Ähnlich Paul J.J. WELFENS, *Theorie und Praxis angebotsorientierter Stabilitätspolitik*, Baden-Baden 1985, S. 195.

⁸ Es liegen eine Reihe von Untersuchungen zur deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen 1982 und 1989/90 vor. Zunächst ist natürlich auf die jeweiligen Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu verweisen, zusammenfassend JG 1989, Ziffer 151–185. Einen Überblick aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht bieten zudem Martin HELLWIG und Manfred J.M. NEUMANN, *Economic Policy in Germany: Was There a Turnaround?*, in: *Economic Policy* 5 (1987), S. 103–147, sowie Bernhard MOLITOR, *Ist Marktwirtschaft noch gefragt? Eine ordnungspolitische Bilanz der Jahre 1982 bis 1992*, Tübingen 1993. Aus politologischer Sicht ist etwa auf die Beiträge von Douglas WEBBER, *Kohl's Wendepolitik after a Decade*, in: *German Politics* 1 (1992), S. 149–180, sowie vergleichend von Gerhard LEHMBRUCH, *Marktreformstrategien bei alternierender Parteiregierung: Eine vergleichende institutionelle Analyse*, in: *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft* Bd. 3 (1989), S. 15–45, zu verweisen. Die ausführlichste Studie zu diesem Thema hat Reimut ZOHLNHOFFER, *Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998* (vor allem Kap. 3 und 4) vorgelegt, die im Herbst 2001 beim Verlag Leske+Budrich in Opladen erscheint. Auf diese Arbeit stützt sich der folgende Teil dieses Beitrages vornehmlich.

wie die Entstaatlichungspolitik, verstanden als der Teil der Wettbewerbspolitik, der in erster Linie auf die Förderung bzw. Wiederherstellung wirtschaftlichen Wettbewerbs gerichtet ist. Andere zentrale Bereiche können bzw. müssen dagegen in diesem Abschnitt weitgehend außer Betracht bleiben, weil sie der Verantwortung anderer Akteure anvertraut sind. Dies gilt einerseits für die Geldpolitik, die von der Bundesbank bestimmt wurde, andererseits für die Lohnpolitik, die aufgrund der Tarifautonomie in die Hände von Arbeitgebern und Gewerkschaften gelegt ist. Sie werden im Folgenden nur insoweit berücksichtigt, wie dies zum Verständnis der hier thematisierten Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl und zur Beurteilung ihrer Zielwirksamkeit erforderlich ist.

3.1 Finanzpolitik: Quantitative Konsolidierung und leicht sinkende Abgabenbelastung

„Rückführung des Staates auf den Kern seiner Aufgaben“ konnte in der Finanzpolitik nur bedeuten, dass es zu einer Senkung der Staatsquote, die 1982 nur wenig unter 50% lag, kommen musste.⁹ Dieses Ziel erreichte die Koalition in erheblichem Umfang. Der Anteil staatlicher Ausgaben am Bruttosozialprodukt sank nach 1982 fast kontinuierlich Jahr für Jahr und erreichte 1989 einen Wert von nur noch 45,3%.¹⁰ Dies wurde erreicht durch eine Konsolidierung des Bundeshaushaltes, die vor allem auf der Ausgabenseite ansetzte. Eine solche Rückführung der Neuverschuldung war sogar das oberste und unbestrittene Ziel der Finanzpolitik der christlich-liberalen Koalition in den ersten Jahren nach dem Regierungswechsel. Auch dieses Ziel erreichten die Regierungen unter Helmut Kohl bis 1989 zumindest in quantitativer Hinsicht in der Tat. Insbesondere in den ersten Jahren nach dem Regierungswechsel setzte die neue Regierung mit den Haushaltsbegleitgesetzen 1983 und 1984 eine Reihe bedeutender Sparmaßnahmen, nicht zuletzt im Sozialbereich, und hier besonders bei den Leistungen der passiven Arbeitsmarktpolitik, durch. Diese führten gemeinsam mit der sich wieder verbessernden gesamtwirtschaftlichen Situation zu einer Abnahme des Haushaltsdefizits und insbesondere des „strukturellen Defizits“ im Sinne der Definition des Sachverständigenrates.

Ein in der Diskussion häufig wiederkehrendes Argument besagt allerdings, dass die Wende in der Finanzpolitik nicht auf das Jahr 1982, sondern bereits auf 1975 zu datieren ist, da in diesem Jahr bereits die sozial-liberale Koalition mit dem Haushaltsstrukturgesetz 1975 erste Kürzungsmaßnahmen durchsetzte. Diese Kürzungsmaßnahmen gingen aber nicht mit einer prinzipiellen Ab-

⁹ Einen guten Überblick über die Finanzpolitik der Jahre 1982–1989 bietet Ulrich VAN SUNTUM, *Finanzpolitik in der Ära Stoltenberg*, in: *Kredit und Kapital* 23 (1990), S. 251–276.

¹⁰ Alle Zahlen basieren, soweit nicht anders vermerkt, auf Daten des Statistischen Bundesamtes.

kehr von einer nachfrageorientierten Fiskalpolitik einher, so dass auch in der Einschätzung der Wirtschaftssubjekte die finanzpolitische Wende erst 1982 stattfand,¹¹ wie sich insbesondere an der Zinspolitik der Bundesbank unmittelbar nach dem Regierungswechsel zeigt: Sie senkte nämlich den Diskont- und den Lombardsatz in den ersten sechs Monaten nach dem Machtwechsel um jeweils drei Prozentpunkte.

Gleichwohl wurde dieser Konsolidierungserfolg auch mit Maßnahmen erreicht, die keineswegs einem Konzept nachhaltiger Haushaltskonsolidierung entsprachen. Zwar mag man die rückzahlbare „Zwangsanleihe für Besserverdienende“, die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 eingeführt und wenige Jahre später vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben wurde, eher als symbolische Politik einstufen. Dennoch bleibt ein Makel in der haushaltspolitischen Bilanz jener Jahre, nämlich der ausbleibende Erfolg bei der Umschichtung des Haushaltes von konsumtiven zu investiven Ausgaben. So blieb der Anteil von Subventionszahlungen des Bundes am Sozialprodukt über den gesamten Beobachtungszeitpunkt fast unverändert, nominal nahmen die entsprechenden Ausgaben also deutlich zu. Auf der anderen Seite nahmen die Investitionen des Bundes von vergleichsweise niedrigem Niveau aus noch ab.

Neben der Haushaltskonsolidierung strebte die Finanzpolitik nach 1982 auch eine Entlastung der Steuer- und Beitragszahler an. In der Koalition war allerdings unbestritten, dass einer Senkung der Abgabenbelastung eine Konsolidierung der Haushalte des Bundes und der Sozialversicherungen vorangehen müsse. Entsprechend wurden mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 vom Dezember 1982 einerseits zwar einige steuerliche Entlastungen für Unternehmen vorgenommen, andererseits aber die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt sowie die Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung um 0,6 bzw. 0,5 Prozentpunkte erhöht. Bei den direkten Steuern erfolgte eine Entlastung erst mit der dreistufigen Steuerreform 1986–90, deren Hauptteil auch tatsächlich erst 1990 in Kraft trat, während die beiden ersten Stufen von 1986 und 1988 lediglich die durch die „kalte Progression“ entstandenen zusätzlichen Steuereinnahmen zurückgaben. Die dritte Reformstufe umfasste dann allerdings tatsächlich eine nennenswerte Steuersenkung, die durch einen neuen „linear-progressiven“ Steuertarif vornehmlich mittlere Einkommen entlastete. Gerade im internationalen Vergleich fiel dagegen die Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer sowie der Körperschaftsteuer bemerkenswert gering aus. Der Finanzminister hatte hier eine stärkere Senkung vorge-

11 Vgl. hierzu beispielsweise Bernd ROHWER, *Der Konjunkturaufschwung 1983–1986. Ein Erfolg des wirtschaftspolitischen Kurswechsels der christlich-liberalen Koalition? Einige Anmerkungen zur konjunkturtheoretischen Beurteilung des gegenwärtigen Aufschwungs*, in: *Konjunkturpolitik* 32 (1986), S. 325–348, hier S. 326 f., sowie M. HELLWIG/M. J. M. NEUMANN (wie Anm. 8), S. 138.

sehen, die aber insbesondere gegen den Widerstand des Arbeitnehmerflügels der CDU nicht durchgesetzt werden konnte.

Betrachtet man die Entlastungseffekte quantitativ anhand der Steuer- und der Abgabenquote, fällt ein insgesamt bescheidenes Ergebnis auf: Die Steuerquote, also der Anteil der Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden am Bruttosozialprodukt, sank erst 1990 infolge der dritten Stufe der Steuerreform mit 22,7% deutlich unter den Wert von 1982 (23,7%); betrachtet man die Abgabenquote, also den Anteil von Steuern und Sozialversicherungsabgaben am BSP, ist das Ergebnis kaum günstiger: Diese Quote sank zwischen 1982 und 1990 von 42,8 auf 40,7%.

3.2 Entstaatlichungspolitik: Moderate Liberalisierung bei voranschreitender Privatisierung

Auch im Bereich der Entstaatlichungspolitik setzte die christlich-liberale Koalition nur eine moderate Wende durch, die zudem erhebliche Zeit in Anspruch nahm. So kam es etwa erst 1989, also sieben Jahre nach Übernahme der Regierungsverantwortung, bei der Deutschen Bundespost (DBP) zu einer ersten Reform, die vor allem den Telekommunikationssektor betraf. Doch blieb dieser Liberalisierungsimpuls begrenzt, denn auch nach dieser Reform konnte die DBP Telekom noch 90% ihres Umsatzes in Bereichen erwirtschaften, die von Monopolschranken geschützt waren. Weder kam es zu einer auch nur formalen Privatisierung des Unternehmens, für die eine Verfassungsänderung notwendig gewesen wäre, die aufgrund der ablehnenden Haltung der Opposition jedoch (noch) nicht zu erreichen war, noch wurde das Netzmonopol oder das Monopol beim Sprachtelefondienst aufgehoben.¹² „Insgesamt war die Postreform I kaum mehr als eine Organisationsreform, bei der auch die bescheidenen Liberalisierungsansätze und die Trennung von hoheitlichen und unternehmerischen Zuständigkeiten nur den EG-rechtlichen Vorgaben folgten.“¹³ Weitere nennenswerte Liberalisierungsmaßnahmen lassen sich in der Zeit zwischen 1982 und 1989 kaum feststellen. Die Einführung des Dienstleistungsdonnerstags, der mit kürzeren Ladenöffnungszeiten an Samstagen erkauft werden

12 Allerdings ist darauf zu verweisen, dass immerhin Wettbewerb an den (wachstumsstarken) Rändern der Telekommonopole, insbesondere im Bereich des digitalen Mobilfunks, zugelassen wurde. Insbesondere der Vergleich zu den britischen Telekommunikationsreformen der Jahre 1982 und 1984, die u.a. Wettbewerb in allen Bereichen des Telekommunikationsmarktes zuließen und schließlich auch die materielle Privatisierung von British Telecom herbeiführten, macht aber deutlich, wie vorsichtig die deutsche Reform zu diesem Zeitpunkt blieb. Vgl. hierzu Edgar GRANDE, *Vom Monopol zum Wettbewerb. Die neokonservative Reform der Telekommunikation in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 1989.

13 So Alfred BOSS/Claus-Friedrich LAASER/Klaus-Werner SCHATZ u.a., *Deregulierung in Deutschland. Eine empirische Analyse*, Tübingen 1996, S. 185.

musste, kann in diesem Zusammenhang ebenso wenig als Schritt in Richtung „Rückzug des Staates auf den Kern seiner Aufgaben“ gesehen werden wie die Einsetzung einer „Deregulierungskommission“. Diese Kommission, der fünf Professoren der Wirtschaftswissenschaften und vier Vertreter der Wirtschaft angehörten, wurde 1987, also nachdem die Koalition bereits fünf Jahre im Amt war, eingesetzt und sollte gemäß der Koalitionsvereinbarung für die 11. Wahlperiode „Möglichkeiten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch Abbau von marktwidrigen Regulierungen“ aufzeigen. Ihren endgültigen Bericht legte die Kommission sogar erst 1991 vor, so dass er für die Entstaatlichungspolitik der hier untersuchten Periode keine Bedeutung mehr hatte.

Auch der Bereich der Privatisierung erlangte in Deutschland keineswegs die große Bedeutung, die er etwa für den Thatcherismus besaß. Dies lag sicherlich zu einem erheblichen Teil daran, dass der staatliche Besitz an Industrieunternehmen in der Bundesrepublik schon zu Beginn der 80er Jahre vergleichsweise klein war; hinzu kam jedoch auch, dass an eine Privatisierung der großen staatlichen Unternehmen Post und Bahn in den 1980er Jahren noch gar nicht ernsthaft gedacht wurde. Immerhin ist jedoch festzuhalten, dass sich die Bundesregierung im Verlauf der 80er Jahre vom Großteil ihrer Beteiligungen an Industriekonzernen trennte, nachdem diese aus der Verlustzone geführt worden waren. Die Privatisierungserlöse des Bundes beliefen sich zwischen 1983 und 1989 auf immerhin etwa 9,4 Mrd. DM.¹⁴

3.3 Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik: Wenig Wandel in der Arbeitsmarktpolitik, bescheidener Einstieg in die Liberalisierung des Arbeitsrechts

Als dritter Bereich ist noch die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu analysieren. Hier ist zunächst darauf aufmerksam zu machen, dass die christlich-liberale Koalition weitgehend darauf verzichtete, die Fiskalpolitik beschäftigungsorientiert einzusetzen. Auf der anderen Seite gab es auch keine ernsthaften Versuche – sei es in Form korporatistischer Verhandlungssysteme oder auch nur durch „moral suasion“ –, auf eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik hinzuwirken. Insofern machte die Regierung also keinen nennenswerten Versuch, Einfluss auf die Gestaltung dieser für die Beschäftigungsentwicklung maßgeblichen Größe zu nehmen.

Betrachtet man dagegen die aktive und passive Arbeitsmarktpolitik, ist in diesem Bereich neben einigem Wandel auch viel Kontinuität zur sozial-liberalen Vorgängerregierung festzustellen. So kam es beispielsweise beim Versuch der Konsolidierung der Finanzen der Arbeitslosenversicherung einerseits zu etwas

¹⁴ Vgl. hierzu U. VAN SUNTUM (wie Anm. 9), S. 271–273, sowie B. MOLITOR (wie Anm. 8), S. 22–23.

einschneidenderen Kürzungen bei den passiven Leistungen, als sie in den letzten Jahren der sozial-liberalen Koalition durchgeführt worden waren.¹⁵ Andererseits ähnelten sich viele der Konsolidierungsmaßnahmen, von der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bis zu vorsichtigen Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Zudem waren diese Kürzungen nicht nachhaltig: So kam es auch unter der christlich-liberalen Koalition erneut zu einem Ausbau der Maßnahmen der passiven Arbeitsmarktpolitik; auch die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nahmen ab 1984 wieder zu, und erreichten 1987/88 ein Niveau, das deutlich über dem in der sozial-liberalen Ära erreichten lag. Den Schwerpunkt setzte die Regierung hier einerseits auf eine „Qualifizierungsoffensive“ und entsprechend auf einen Ausbau vor allem von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, andererseits auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Diese Betonung der aktiven Maßnahmen dürfte nicht zuletzt auf wahlpolitische Überlegungen zurückgehen, denn die Ausrufung der „Qualifizierungsoffensive“ z.B. war eine Reaktion auf schlechte Landtagswahlergebnisse im Jahr 1985, vor allem in Nordrhein-Westfalen, die darauf zurückgeführt wurden, dass die Wähler die beschäftigungspolitische Kompetenz der CDU als gering veranschlagten.

Eine optische Entlastung des Arbeitsmarktes wurde – und auch hierin ist Kontinuität zur sozial-liberalen Koalition zu sehen – zusätzlich durch eine Politik der Verringerung des Arbeitsangebots angestrebt. Zu denken ist hier etwa an die (allerdings nur befristet implementierte) Politik zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern, vor allem aber an die Politik der Frühverrentung, die ebenfalls über das Niveau der sozial-liberalen Ära hinausging.

Mindestens so viel Kontinuität wie Wandel gab es nach 1982 auch im Bereich der Mitbestimmung, die im wesentlichen konsolidiert und nicht – wie es aufgrund branchenstruktureller Entwicklungen möglich gewesen wäre – „kalt“, d.h. durch schlichtes Nicht-Anpassen der einschlägigen Regelungen, abgeschafft wurde. Auch die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes blieb eher vorsichtig, wenngleich hier mit der Einführung von bestimmten Minderheitenrechten bei Betriebsratswahlen und von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte auch eigene Vorstellungen durchgesetzt wurden.

Dagegen wollte die Koalition im Bereich des Arbeitsrechts neue Wege beschreiten. Insbesondere mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 sollten „Einrichtungen und Vorschriften geändert werden, die gestern ihren Zweck erfüllten, heute aber in Gefahr sind, sich ins Gegenteil zu verkehren.“¹⁶ Es

15 Insbesondere ist hier die Kürzung des Arbeitslosengeldes für Bezieher ohne Kinder sowie die Veränderung des Verhältnisses zwischen beitragspflichtiger Beschäftigung und Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld mit der Wirkung einer Senkung der Anspruchsdauer zu nennen.

16 So Arbeitsminister Blüm bei der ersten Lesung des Gesetzes im Deutschen Bundestag am 18.10.1984, Plenarprotokoll der 10. Wahlperiode, 91. Sitzung, S. 6716.

sollte also zu einer Liberalisierung des Arbeitsrechts kommen mit dem Ziel, durch die Abschaffung von Regulierungen, von denen angenommen wurde, dass sie Arbeitgeber von Einstellungen abhielten, die Beschäftigung zu erhöhen. Betrachtet man allerdings die tatsächlich verabschiedeten Maßnahmen, fällt das Ergebnis eher bescheiden aus, insbesondere blieb das Kündigungsschutzgesetz von Änderungen fast vollständig ausgenommen. Statt dessen setzte die Koalition vor allem auf die Erleichterung des Abschlusses von auf maximal 18 Monate befristeten Arbeitsverträgen, um die Dispositionsfreiheit der Unternehmen in Personalfragen zu erhöhen. Diese Regelung wurde zudem nur befristet eingeführt, allerdings mehrfach verlängert.¹⁷ Daneben kam es zu ebenfalls moderaten Änderungen bei Sozialplanregelungen sowie zu einer vorsichtigen Ausweitung der Arbeitnehmerüberlassung. Außerdem wurde angestrebt, Teilzeitarbeit sozialverträglicher und damit attraktiver auszugestalten. Auch in anderen Gesetzen fanden sich Ansätze zu einer Liberalisierung des Arbeitsrechts, so etwa bei den Novellen des Schwerbehinderten- und des Jugendschutzgesetzes sowie beim Gesetz über befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Ein weiteres höchst umstrittenes Gesetz im Bereich der Regulierung der Arbeitsmarktverfassung war das „Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen“, mit dem der „Streik-“ oder „Neutralitätsparagraf“ 116 des Arbeitsförderungsgesetzes geändert wurde. Die Bundesregierung wollte mit dieser Neuregelung Schwerpunktstreiks der Gewerkschaften, wie sie vor allem die IG Metall bei der Tarifauseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche im Jahr 1984 benutzt hatte, erschweren. Aufgrund des heftigen Widerstandes des Arbeitnehmerflügels der Union gegen eine zunächst vorgeschlagene einschneidende Änderung¹⁸ blieb die Neuregelung des Paragraphen 116 letztlich jedoch ebenfalls eher bescheiden.¹⁹ Daher lässt sich auch in der Zusammenschau dieser Maßnahmen Hellwigs und Neu-

17 Die begrenzte Wirkung des Beschäftigungsförderungsgesetzes lässt sich auch empirisch belegen: Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung ergab, dass lediglich 7% der befristeten Verträge, die in den ersten beiden Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen wurden, ohne das Gesetz nicht möglich gewesen wären; damit trug es gerade einmal zu 2% aller Neueinstellungen in der Privatwirtschaft in diesem Zeitraum bei; vgl. Christoph F. BÜCHTEMANN, *Employment Security and Deregulation: The West German Experience*, in: DERS. (Hg.): *Employment Security and Labor Market Behavior*, Ithaca 1993, S. 272–296.

18 Vgl. zu diesem Gesetzgebungsverfahren Thomas von WINTER, *Die CDU im Interessenkonflikt. Eine Fallstudie zur parteiinternen Auseinandersetzung über den Paragraphen 116 AFG*, in: *Leviathan* 17 (1989), S. 46–84, sowie R. ZOHLNHÖFER, *Wirtschaftspolitik der Ära Kohl* (wie Anm. 8), Kap. 4.2.2.

19 Die Reichweite der Änderung des §116 AFG ist in der Literatur umstritten. Neben der Einschätzung, es habe sich dabei um eine einschneidende Reform gehandelt, wird der Standpunkt vertreten, die Reform habe die Position der Gewerkschaften eher gestärkt als geschwächt; so Hugo SEITER, *Das Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in*

manns Urteil aufrechterhalten: „The Kohl government has not really changed the rules of the game in the labour market.“²⁰

4. Gelungene „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“?

4.1 Das Leitbild der „Sozialen Marktwirtschaft“

Nach dieser – notwendigerweise knappen – Darstellung der praktizierten Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl kann und soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit damit die immer wieder in Aussicht gestellte „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ gelungen ist. Die Beantwortung dieser Frage hängt allerdings entscheidend davon ab, was unter Sozialer Marktwirtschaft – als wirtschaftspolitischer Leitvorstellung sui generis – zu verstehen ist.²¹ Sieht man in diesem Begriff nicht bloß ein Vehikel zur Konsensmobilisierung oder einen Pleonasmus (wie z.B. die Aussage, eine freie Marktwirtschaft sei immanent sozial), bleibt nur der Bezug auf Alfred Müller-Armack: Er hat nicht nur diesen Begriff geprägt, sondern ihn auch wie kein anderer mit Inhalt gefüllt. Deshalb wird hier auf seine Konzeption zurückgegriffen.

Danach ist es zentrales Anliegen der Konzeption, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte“ mit einer Politik „des sozialen Ausgleichs zu verbinden“.²² Durch Schaffung und Sicherung einer Wettbewerbsordnung soll mit anderen Worten „die freie Initiative“ und damit das kreative Potential einer Gesellschaft in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes gestellt und „sozialer Fortschritt“ ermöglicht werden. „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) kommt daher nicht dadurch zustande, dass möglichst viel Einkommen und Vermögen umverteilt wird, sondern dadurch, dass sich möglichst viele Mitglieder der Gesellschaft aktiv am Prozess der Leistungserstellung beteiligen (können) und – ihrer Marktleistung entsprechend – am Ergebnis teilhaben. Nur wer aus Gründen, die er nicht selber zu vertreten hat, kein ausreichendes

Arbeitskämpfen, in: *Neue Juristische Wochenschrift* 40 (1987), S. 1–8. In jedem Fall ist aber empirisch evident, dass die Gewerkschaften auch nach der Reform noch in der Lage waren, glaubhaft mit Streik zu drohen oder ihn durchzuführen; so Klaus ARMINGEON, *Einfluss und Stellung der Gewerkschaften im Wechsel der Regierungen*, in: Bernhard BLANKE/Hellmut WOLLMANN (Hg.), *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel*, Opladen 1991, S. 271–291, hier S. 275. Auch die Tatsache, dass die 1998 gewählte rot-grüne Regierung die Reform jedenfalls noch nicht rückgängig gemacht hat, spricht dafür, dass ihre Bedeutung nicht überschätzt werden darf.

20 M. HELLWIG/M. J. M. NEUMANN (wie Anm. 8), S. 127.

21 Vgl. hierzu ausführlicher Werner ZOHLHÖFER, *Die ordnungspolitischen Grundlagen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft*, in: Günther RÜTHER (Hg.), *Ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Entstehung, Grundlagen, Instrumente*, Bonn 1997, S. 19–41.

22 Alfred MÜLLER-ARMACK, *Soziale Marktwirtschaft*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften* Bd. 9, Tübingen-Göttingen 1956, S. 390–392, hier S. 390.

Leistungseinkommen zu erzielen vermag, hat Anspruch auf Unterstützung. Diese Politik des sozialen Ausgleichs soll ihrerseits vor allem zwei Gestaltungsprinzipien genügen: Die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips soll sicherstellen, dass das hilfsbedürftige Individuum nicht staatlich versorgt und (weitgehend) entmündigt, sondern durch Hilfe zur Selbsthilfe in die Lage versetzt wird, möglichst weitgehend selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu handeln. Demgegenüber zielt das Postulat der Marktkonformität auf eine Gestaltung der Politik des sozialen Ausgleichs ab, die den Funktionsbedingungen wettbewerblicher Marktsteuerung Rechnung trägt. Dies ist kein Postulat liberaler Dogmatik, sondern ein Gebot praktischer Vernunft: Nur marktkonforme Interventionen erweisen sich als zielwirksam und bleiben ohne unerwünschte Nebenwirkungen (in größerem Umfang), die ihrerseits in der Regel sehr kostspielige Interventionsspiralen auslösen.²³ Für die Beurteilung der dargestellten Wirtschaftspolitik im Lichte der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft erscheint es zweckmäßig, zwischen Wettbewerbsordnung („Freiheit des Marktes“) und Sozialordnung (Politik des „sozialen Ausgleichs“) zu unterscheiden.²⁴

4.2 Zur Umsetzung des Leitbildes

Was die Wettbewerbsordnung anlangt, so wurde hier bereits in den ersten Jahrzehnten bundesdeutscher Wirtschaftspolitik buchstäblich grundlegende Arbeit geleistet. Zu nennen ist hier vor allem die Schaffung einer die Freiheit und Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs ermutigenden und sichernden Rahmenordnung, die Liberalisierung des Außenhandels und die institutionelle Verankerung einer von der Regierung unabhängigen Zentralbank. Es waren ganz wesentlich diese ordnungspolitischen „Errungenschaften“, die zum „deutschen Wirtschaftswunder“ beitrugen. Diese „liberale Komponente“ der Sozialen Marktwirtschaft hatte sich so bewährt, dass auch spätere, SPD-geführte Regierungen daran festhielten: So stellt die 1973 eingeführte Fusionskontrolle sogar eine konsequente Weiterentwicklung der Politik zur Sicherung der Wettbewerbsordnung dar, während Versuche, die Geldpolitik für die antizyklische Nachfragesteuerung zu vereinnahmen, letztlich an der Autonomie der Bundesbank scheiterten. Dies vermochte freilich die Bundesregierung in den 70er Jahren nicht daran zu hindern, die öffentliche Verschuldung ganz erheblich in die Höhe zu treiben und damit eine für die Leistungsfähigkeit wettbewerb-

²³ Das bekannteste Beispiel für eine solche Interventionsspirale ist sicherlich die Gemeinsame Agrarpolitik der EU.

²⁴ Da sich dieser Beitrag mit der Wirtschaftspolitik der christlich-liberalen Koalition beschäftigt, wird im folgenden das Hauptaugenmerk auf die Wettbewerbsordnung gelegt werden.

licher Marktsteuerung konstitutive Bedingung zu verletzen – mit negativen Folgen für Geldwertstabilität, Beschäftigung und Wachstum.

Es ist deshalb wohl auch kein Zufall, dass die Kohl-Regierung in der Sanierung des Bundeshaushalts und in der konsequenten Rückführung der Verschuldung nicht nur die wichtigste Herausforderung erblickte, sondern hier auch ihren gr o ten Erfolg – im Sinne einer Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft – verbuchen konnte. Weniger überzeugend waren die anderen Beiträge zur Fortentwicklung der Wettbewerbsordnung: Zwar folgt eine Politik der Entstaatlichung durch Privatisierung und Deregulierung klar aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft; zur Verwirklichung dieser Ansätze kam es jedoch nur sehr zögerlich.

Tabelle 1: Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in West-Deutschland 1982–1990

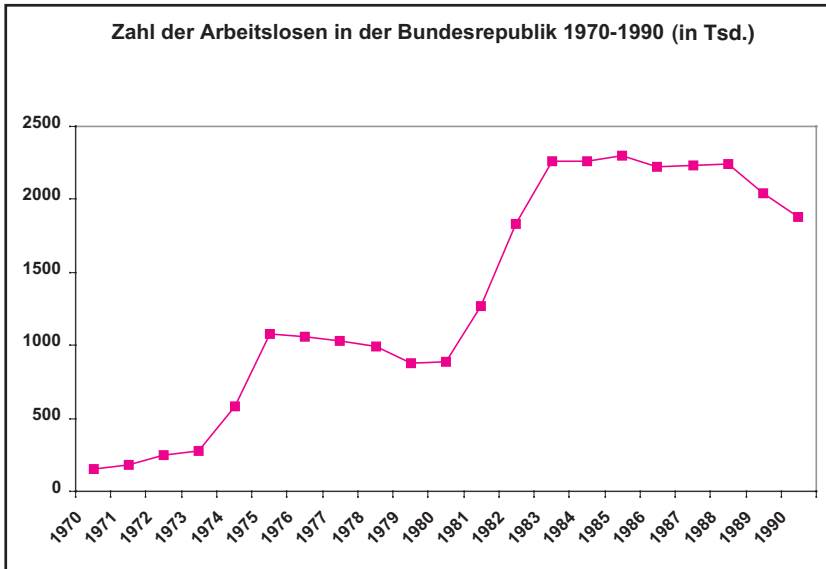
	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990*
Staatsquote	49,8	48,7	48,4	47,8	47,2	47,4	47,0	45,3	46,1
Sozialleistungsquote	33,3	32,2	32,0	31,1	31,5	31,4	31,2	30,7	29,3
Inflationsrate	5,3	3,3	2,4	2,2	-0,2	0,2	1,2	2,8	2,7
Investitionsquote	20,0	20,3	19,7	19,4	19,7	19,8	20,0	20,6	21,4
Wirtschaftswachstum	1,1	1,9	3,1	1,8	2,2	1,5	3,7	3,8	4,5
Arbeitslosenquote	7,5	9,1	9,1	9,3	9,0	8,9	8,7	7,9	7,2
Erwerbsquote	46,3	46,4	46,8	47,4	47,8	48,1	48,1	48,0	48,0

* Zahlen für 1990 beziehen sich auf Westdeutschland.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Staatsquote, Arbeitslosenquote, Erwerbsquote; Wirtschaftswachstum); Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Sozialleistungsquote); OECD (Inflationsrate, Investitionsquote)

Insgesamt hat die Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl in den 80er Jahren bei der Gestaltung der Wettbewerbsordnung somit wenigstens Kurs gehalten: Sie hat Bewährtes nicht gefährdet, die Kontrolle über die öffentlichen Finanzen weitgehend wiedererlangt und bescheidene Schritte einer konsequenten Weiterentwicklung in die Wege geleitet. Dies trug vermutlich auch zur im ganzen recht positiven Erfolgsbilanz bei, wie sie sich in den relevanten Indikatoren niederschlägt. Staatsquote, Sozialleistungsquote und vor allem Inflationsrate gingen spürbar zurück, während die Wachstumsrate stieg. Auf der anderen Seite blieb die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote enttäuschend niedrig (vgl. Tab. 1).

Weniger günstig fällt das Ergebnis auf dem Arbeitsmarkt – der nun in den Mittelpunkt der Betrachtungen rückt – aus. Zwar nahm die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1982 und 1990 um knapp zwei Millionen zu, doch zeigt bereits ein Blick auf die Arbeitslosenquoten von 1982 (7,5 %) und 1990 (7,2 %), dass die Arbeitsmarktprobleme auch in der ersten Hälfte der „Ära Kohl“ nicht gelöst werden konnten. Allerdings ist der Vergleich der Zahlen von 1982 und 1990 etwas irreführend, und das aus mindestens drei Gründen: Zum einen liegen zwischen diesen Jahren wesentlich höhere Werte der Arbeitslosenquote, so dass die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt dieses Zeitraums bei 8,5 % lag. Zum zweiten kann man beispielsweise die Arbeitslosenquote des Jahres 1983 noch nicht auf das Konto der Regierung Kohl buchen, da deren wirtschaftspolitische Maßnahmen natürlich Zeit brauchten, um Wirkungen zu zeitigen. Drittens endlich erschließt sich die Dynamik des Geschehens auf dem Arbeitsmarkt in dieser Periode nur einer längerfristigen Betrachtung.



Wie ein Blick auf Abb. 1 zeigt, ist die Arbeitslosigkeit seit 1970 durch ein Verlaufsmuster gekennzeichnet, das vorher nicht beobachtbar war:²⁵ Im Gegensatz zur konjunkturellen Arbeitslosigkeit, die um einen konstanten Mittelwert schwankt, ist dieses Verlaufsmuster dadurch gekennzeichnet, dass die Arbeitslosigkeit treppenartig steigt. Darin manifestiert sich die (seit dem 1973 beginnenden konjunkturellen Abschwung beobachtbare) Tatsache, dass eine konjunkturelle Belegung nicht mehr annähernd zur Vollbeschäftigung führt, so dass der nächste Abschwung stets bereits auf einem Sockel an im Aufschwung nicht abgebauter (struktureller) Arbeitslosigkeit aufbaut. Diese sogenannte Sockelarbeitslosigkeit ist vermutlich auf die Lohnpolitik (zu hohes Niveau und zu geringe Differenzierung der Löhne nach unten) und die hohe Regulierungsdichte auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen, die sich in den 70er Jahren herausgebildet hat.

Obwohl die Höhe der Unterbeschäftigung in den 80er Jahren noch ein Novum darstellte, hat eine Arbeitslosenquote von immerhin durchschnittlich 8,5% die Regierung Kohl seiner Zeit augenscheinlich nicht dazu bewegen können, einschneidendere Maßnahmen zur Erreichung eines Arbeitsmarktgleichgewichtes durchzusetzen. Das ist zunächst vor allem deshalb bemerkenswert, weil damit ein grundlegendes Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft berührt wird: Wenn „Wohlstand für alle“ vor allem dadurch zu schaffen ist, dass alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft ihre wirtschaftliche Existenz durch aktive Beteiligung am Prozess der Leistungserstellung sichern, bedeutet Unterbeschäftigung nicht nur eine massive Verletzung der Postulate der Sozialen Marktwirtschaft als wirtschaftspolitischer Konzeption, sondern auch und vor allem Ressourcenverschwendung und Wohlstandseinbußen. Zudem wird der Arbeitslose nicht nur in seinem Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit erheblich beschränkt, sondern er verliert auch die Chance, seiner Verpflichtung nachzukommen, durch Eigenverantwortung und Selbstvorsorge sein Schicksal wirtschaftlich selbst in die Hand zu nehmen.

Was für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (mindestens) erforderlich gewesen wäre, zeigen die (beschäftigungsrelevanten) Vorschläge von Albrecht und George, die oben kurz dargelegt wurden. Betrachtet man sie als Maßstab, so wird gleichzeitig deutlich, wie weit die von der Regierung Kohl in Angriff genommenen Maßnahmen von einer beschäftigungspolitisch wirksamen Politik entfernt waren. So blieb die Lockerung des Kündigungsschutzes durch die Erleichterung befristeter Arbeitsverträge weitgehend wirkungslos. Sie war schon für sich betrachtet zu gering, um den personalpolitischen Spielraum der Arbeitgeber spürbar zu erweitern, zumal sie auch noch

²⁵ Vgl. zum Folgenden: Werner ZOHLNHÖFER, *Sockelarbeitslosigkeit. Eine Dauererscheinung der Sozialen Marktwirtschaft?*, in: *Forschungsmagazin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz* 11 (1995) Heft 2, S. 16–25.

eng befristet war. Hinzu kam die Ungunst des relevanten Umfeldes: Das Beschäftigungsförderungsgesetz änderte wenig an der Unberechenbarkeit der (arbeitnehmerfreundlichen) Entscheidungspraxis der Arbeitsgerichte, die die Arbeitgeber dauerhaft verunsicherte und sie jedes arbeitsrechtliche Risiko vermeiden ließ. Die Regierung Kohl verzichtete aber nicht nur auf eine einschneidendere Deregulierung des Arbeitsmarktes, sie vermied auch jede nennenswerte Einmischung in tarifpolitische Auseinandersetzungen. Das gilt im Grunde selbst für die wochenlangen Streiks im Zusammenhang mit dem Versuch der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Obwohl die Regierung hier mit der Novellierung von §116 AFG auf die Strategie der IG Metall reagierte, die mit Schwerpunktstreiks zum Erfolg zu kommen versucht hatte, betraf diese Reform allenfalls einen „Randbereich der geltenden Arbeitskampfordnung“²⁶ und dürfte letztlich – wie oben schon angesprochen – kaum nennenswerten Einfluss auf die „Waffengleichheit“ der Tarifparteien gehabt haben.

Die Zurückhaltung der Regierung Kohl gegenüber lohnpolitischen Auseinandersetzungen entspricht zwar dem landläufigen Verständnis von Tarifautonomie. Da die Bundesregierung gesamtpolitische Verantwortung trägt, kann ihr jedoch selbst die verfassungsrechtliche Verankerung der Tarifautonomie nicht das Recht streitig machen, eine stabilitätskonforme Lohnpolitik einzufordern. Eine Regierung, die sich der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlt, ist politisch dazu sogar gehalten; denn die in diesem Leitbild verankerte Sozialpartnerschaft bindet die Akzeptanz der Tarifautonomie an die (politische) Verpflichtung der Tarifparteien, bei lohnpolitischen Vereinbarungen gesamtwirtschaftlichen Belangen (sprich: der Sicherung von Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung) Rechnung zu tragen. Gefordert ist damit nichts anderes als eine marktkonforme Handhabung der Tarifautonomie, die den Gefährdungen gesamtwirtschaftlicher Stabilität durch die Resultate kollektiver Lohnverhandlungen vorbeugen soll. Ludwig Erhard versuchte mit seinen sprichwörtlich gewordenen Maßhalteappellen an die Sozialpartner in den 50er und 60er Jahren sicherzustellen, dass eine stabilitätsgerechte Wirtschaftspolitik der Regierung nicht durch eine aus dem Ruder laufende Lohnpolitik durchkreuzt wurde. Diese Chance, die Tarifparteien öffentlich an ihre beschäftigungspolitische Verantwortung zu erinnern, haben die Regierungen Kohl kaum genutzt. Angesichts der Sockelarbeitslosigkeit, die sich bereits damals hartnäckig auf hohem Niveau hielt, wirft dieser Befund schwerwiegende Fragen auf, die allerdings so weitreichend sind, dass sie hier nicht erörtert werden können.²⁷

26 Ulrich MÜCKENBERGER, §116 AFG: *Stadien eines Gesetzgebungsprozesses*, in: *Kritische Justiz* 19 (1986), S. 166–186, hier S. 168.

27 Vgl. weiterführend hierzu: W. ZOHLNHÖFER, *Die ordnungspolitischen Grundlagen* (wie Anm. 21), S. 34 f., sowie DERS. (Hrsg.), *Die Tarifautonomie auf dem Prüfstand* (Schriften des

Insgesamt erlebte der Arbeitsmarkt somit unter der Regierung Kohl keine Entwicklung, die als „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ betrachtet werden kann. Durch die erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist es zwar gelungen, den konjunkturell bedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit (bis auf 9,3% im Jahr 1985) in erheblichem Umfang (nämlich auf 7,2% im Jahre 1990) wieder abzubauen. Am weiteren Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit vermochte die Regierung jedoch nichts zu ändern. Abgesehen von den bereits erwähnten zaghaften Maßnahmen gab es auch keine Aktivitäten, die als ein zielwirksamer Versuch, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, interpretiert werden könnten.

Dagegen könnte die praktizierte Arbeitsmarktpolitik unfreiwillig dazu beigetragen haben, die Sockelarbeitslosigkeit zu verfestigen und zu erhöhen. Zu denken ist hier vor allem an die forcierte Politik der Frühverrentung älterer Arbeitnehmer, die zwar statistisch-kosmetisch zu einer „Entlastung des Arbeitsmarktes“ führte, realiter aber tendenziell – nämlich über die Sozialversicherungsbeiträge – die Arbeitskosten und damit auch die Sockelarbeitslosigkeit erhöhte.

Alles in allem drängt sich damit folgendes Fazit auf: Die Wirtschaftspolitik der Regierungen Kohl wird in den 80er Jahren nur im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik dem Anspruch, sich am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft zu orientieren, einigermaßen gerecht. Auch die Politik der Entstaatlichung folgt diesem Konzept, bleibt jedoch (noch) in Ansätzen stecken, insbesondere was die Deregulierung angeht. Durch diese „Sanierung“ und ansatzweise Fortentwicklung der liberalen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft gelang es, die Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft zu erhöhen.

Dagegen gelang es der Regierung nicht, die aus den 70er Jahren überkommene Sockelarbeitslosigkeit abzubauen. Eine erfolversprechende Korrektur dieser Fehlsteuerung wurde auch nicht ernsthaft in Angriff genommen. Der Anspruch einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft wurde hier also nicht eingelöst. Deshalb kann im Hinblick auf die hier interessierende Wirtschaftspolitik der Regierungen Kohl in den 80er Jahren in keinem Fall von einem Paradigmenwechsel die Rede sein; es kann höchstens von einer „partiellen“ oder „halben Wende“ (Josef Schmid) im Sinne einer Erneuerung der Grundpositionen der Sozialen Marktwirtschaft gesprochen werden.

Vereins für Socialpolitik, Bd. 244), Berlin 1996, und DERS., *Wie sozial ist die Soziale Marktwirtschaft?*, in: HEIDELBERGER CLUB FÜR WIRTSCHAFT UND KULTUR (Hrsg.), *Sozialfall Sozialstaat. Wie sicher ist unsere soziale Sicherung?* Münster-Hamburg 1996, S. 224–237, bes. S. 232 ff.

5. Gründe für die „halbe Wende“

Vor dem Hintergrund dieses Befundes sollen abschließend noch einige wenige Hinweise darauf gegeben werden, wieso nicht weiterreichende Schritte implementiert wurden. Zwei zentrale Variablen lassen sich hier herausfiltern, nämlich zum einen die mutmaßlichen Wirkungen des Wettbewerbs um Wählerstimmen, zum anderen die mangelnde programmatische Kohärenz der Regierungskoalition.²⁸

Vom Parteienwettbewerb ging ein Anreiz für die christlich-liberale Koalition aus, nur moderate Veränderungen durchzusetzen, da die meisten einschneidenden Reformen – mit der Ausnahme der Sozialkürzungen in den ersten Jahren nach der Übernahme der Regierung, die durchaus auf das Verständnis der Bürger stießen²⁹ – von den Wählern zumindest skeptisch beurteilt wurden. Insbesondere die Änderung von § 116 AFG könnte nach Einschätzung von Wahlforschern der CDU bei der Bundestagswahl 1987 geschadet haben.³⁰ Daher überrascht es kaum, dass nach dieser Wahl, die der Union erhebliche Verluste einbrachte, der bisherige wirtschaftspolitische Kurs wenigstens in Teilen wieder in Frage gestellt und in der Folge gerade im Bereich des Arbeitsrechts bis 1990 keine nennenswerten Reformen mehr durchgesetzt wurden. Doch ein solches Infragestellen des eingeschlagenen Kurses angesichts ungünstiger Wahlergebnisse ließ sich bereits früher beobachten, so insbesondere nach der herben Niederlage der CDU bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Mai 1985; in deren Folge wurde nicht nur wie bereits erwähnt die „Qualifizierungsoffensive“ gestartet, sondern sogar wieder über Beschäftigungsprogramme diskutiert.

Die zweite Variable, die erklären hilft, warum die wirtschaftspolitische Wende nach 1982 in Ansätzen stecken blieb, war die geringe programmatische Übereinstimmung innerhalb der Koalition, insbesondere innerhalb der CDU. So bildeten einerseits die unionsgeführten Bundesländer eine mitunter bedeutende Hürde für die Durchsetzbarkeit von Reformen. Bei der Steuerreform 1990 etwa konnte eine Reihe von Steuerprivilegien nicht, wie vom Finanzminister ursprünglich geplant, gestrichen werden, weil verschiedene unionsregierte Länder diese Kürzungen nicht mittragen mochten; Niedersachsen tat sich zudem noch dadurch hervor, dass es seine Zustimmung zur Steuerreform

28 Vgl. zum Folgenden R. ZOHLNHÖFER, *Wirtschaftspolitik der Ära Kohl* (wie Anm. 8), Kap. 4.

29 Vgl. Jens ALBER, *Der Wohlfahrtsstaat in der Wirtschaftskrise. Eine Bilanz der Sozialpolitik in der Bundesrepublik seit den frühen siebziger Jahren*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 27 (1986), S. 28–60, hier S. 50.

30 Vgl. Franz-Urban PAPPI/Thomas KÖNIG/David KNOKE, *Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik. Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze. Ein deutsch-amerikanischer Vergleich*, Frankfurt–New York 1995, S. 115.

im Bundesrat von großzügigen Finanztransfers des Bundes abhängig machte. Ein anderes Beispiel für die reformbremsende Wirkung der unionsgeführten Länder ist die Postreform von 1989, bei der eine Beseitigung des Netzmonopols der Telekom spätestens am Widerstand Bayerns und anderer der Bundesregierung parteipolitisch nahestehender Länder gescheitert wäre.³¹

Daneben – und von noch größerer Bedeutung für die Durchsetzbarkeit von marktorientierten Reformen – mussten häufig, wie schon bei der Betrachtung der „Stuttgarter Leitsätze“ gezeigt, Kompromisse zwischen den verschiedenen Flügeln der CDU gefunden werden. Dabei gelang es insbesondere dem Arbeitnehmerflügel der Partei, die Reichweite verschiedener Reformen erheblich zu verringern. Beispiele für diesen Einfluss des Arbeitnehmerflügels waren etwa die Steuerreform 1990, bei der der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer nur um drei Prozentpunkte gesenkt werden konnte, während der Finanzminister und die Koalitionspartner eine wesentlich deutlichere Senkung angestrebt hatten. Ähnliches lässt sich für die Ausweitung der aktiven wie der passiven Arbeitsmarktpolitik ab Mitte der 80er Jahre nachweisen. Außerdem gelang es den Sozialausschüsslern, die Reformen des Beschäftigungsförderungsgesetzes und des §116 AFG zu „verwässern“.

Alles in allem reichten somit die Gemeinsamkeiten innerhalb der CDU/CSU nicht aus für eine Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik, die als „Wende“ bezeichnet werden könnte. In allen nicht-konsensfähigen Bereichen – und dazu gehörten alle hier diskutierten Politikfelder mit Ausnahme der Haushaltskonsolidierung – besaßen die Gegner weitergehender Reformen, vor allem die Mitglieder des Arbeitnehmerflügels der Union, faktisch eine Vetoposition, die sie auch nutzten.

31 Vgl. E. GRANDE (wie Anm. 12).

Mütter mit Kindern in sowjetischen Speziallagern*

Von Alexander Latotzky

Vieles ist seit der Wiedervereinigung über die sowjetischen Speziallager, die von 1945 bis 1950 in Deutschland bestanden, geschrieben worden. Meinem Thema hat sich bisher aber noch kein Historiker zugewandt. Es geht um Kinder. Kinder, die zwischen 1945 und 1950 in einem der zehn sowjetischen Lager geboren worden und die mit ihrer Mutter bis zur Entlassung dort lebten. Manche von ihnen nur ein paar Monate, andere mehrere Jahre. Fast zehn Jahre lang habe ich mich mit einem Thema beschäftigt, das auch bei ehemaligen Häftlingen häufig unbekannt ist, waren doch die Mütter mit ihren Kindern fast immer von der Masse der anderen Lagerinsassen isoliert.¹

Mütter mit Kindern gab es in allen Lagern, die damals in den Besatzungszonen Deutschlands bestanden. Allerdings gab es sie in den Internierungslagern des Westens nie in dem Umfang und unter den Bedingungen wie in den Lagern der sowjetischen Zone. So findet sich zum Beispiel in einem Bericht aus dem britischen Lager Staumühle bei Paderborn folgende Beschreibung über schwangere Frauen: „Einige andere Frauen, es waren sechs oder sieben, wurden im Lagerhospital entbunden und später mit ihrem Säuglingen ins Frauenlager verlegt. Für diese Mütter wurde eine Baracke besonders hergerichtet, von internierten Männern frisch gestrichen und mit selbstgezimmerten Säuglingsbetten ausgestattet. Die Lagerkommandantur stellte Bettwäsche und veranlasste die Anlieferung zusätzlicher Lebensmittel für Mütter und Kinder.“²

* Am 26./27. Oktober 2000 fand in der Gedenkstätte Buchenwald zum zehnten Mal eine Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit ehemaligen politischen Häftlingen, Politikern und Historikern statt. Annerose Matz-Donath, Journalistin aus Dresden, zwölf Jahre inhaftiert, beschrieb mit der Lesung aus ihrem neuen Buch „Die Spur der roten Sphinx“ das harte Schicksal der von sowjetischen Militärtribunalen verurteilten Frauen. Klaus Dieter Müller von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten berichtete über die Verfolgung von Studenten. Jürgen Haschke berichtete aus seiner Erfahrung als Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Thüringen über die Aufarbeitung der SED-Diktatur: Akteneinsicht der Opfer, sorgfältige Überprüfung der Politiker und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, Auswertung der Stasi-Unterlagen für die Forschung. Nachfolgend dokumentieren wir einen Beitrag von Alexander Latotzky, der über etwa 60 von ihm ermittelte Kinder berichtete, die in den Speziallagern geboren wurden. Ihre genaue Zahl ist unbekannt, da sie erst 1948 teilweise registriert wurden. Latotzky selbst ist Betroffener.

¹ Literatur zu diesem Thema: Alexander LATOTZKY, „*Man möchte alle beim Namen nennen*“, Leipzig 2001.

² Aus *Frauen hinter Stacheldraht*, S. 63.

Wie anders dagegen die Situation bei den Sowjets. In keinem Bezirk der SBZ und DDR hatten die zuständigen sowjetischen Behörden auch nur die geringsten Hemmungen, schwangere Frauen – teilweise sogar noch kurz vor der Niederkunft – zu verhaften und in die Lager einzuweisen. Aber auch Fälle, in denen Mütter mit ihren eben erst geborenen Säuglingen verhaftet und in ein Speziallager eingewiesen wurden, sind von Zeitzeugen berichtet worden. Bereits am 3. August 1945, also nur drei Monate nach dem Ende des Krieges, wurde mit Hans-Joachim in Ketschendorf das erste Kind geboren. Möglicherweise hat es auch schon davor Geburten gegeben, über die bisher aber noch keine Angaben gefunden werden konnten.

Doch nicht nur schwangere Frauen wurden inhaftiert, in einigen Fällen wurden Frauen auch erst im Lager schwanger. Die Ursachen dafür waren in jedem einzelnen Fall unterschiedlich. So wird aus Sachsenhausen berichtet, dass dort Frauen vom Wachpersonal unter Alkoholeinfluss gesetzt und so entsprechend „gefügt“ gemacht wurden,³ aber auch Fälle, in denen das sowjetische Personal die Frauen mit bewusst falschen Versprechungen „überredete“, sind bekannt. So versprach ein russischer Dolmetscher im Lager Fünfeichen mehreren Frauen als Belohnung später in deren Akte einen entsprechenden Vermerk zu machen, der eine schnellere Entlassung für sie bewirken würde, was er in Wirklichkeit aber überhaupt nicht konnte.⁴ Auch Vergewaltigungen hat es in allen Lagern gegeben, wobei davon auszugehen ist, dass sich nicht alle Frauen danach ihren Mitgefangenen anvertraut haben und ihr Fall somit unbekannt blieb.

Abtreibungen waren in allen Lagern verboten, auch nach Vergewaltigungen. Sie fanden, wenn überhaupt, dann stets nur illegal statt. Wurden Abtreibungen bekannt, führten dies zu strenger Bestrafung der Betroffenen.

Die Suche nach in Lagern geborenen Kindern ist extrem schwierig, denn Kinder wurden in der Lagerbuchführung nicht gesondert ausgewiesen. Wenn sie Glück hatten, dann wurde ihre Geburt aber wenigstens in den Unterlagen der Sanitätsabteilung festgehalten oder auf irgend einer Karteikarte ihrer Mutter erwähnt. Eigene Unterlagen über sie gab es jedenfalls in keinem mir bekannten Fall. Für die Bürokratie der Lagerverwaltung existierten Kinder, wenn überhaupt, nur insofern, als sie einen Einfluss auf die „Kopfzahl“ aller Lagerinsassen und damit auf die Anzahl der Verpflegungsrationen hatten. So blieb es in der Regel auch dem einzelnen Lagerkommandanten überlassen, wie er darauf reagierte. Besonders in den ersten Jahren waren die Überlebenschancen der Kinder daher oft auch nicht höher als die der anderen Häftlinge. Viele Frauen verloren ihr Kind unter den in den Lagern herrschenden Bedingungen oft auch schon vorzeitig.

3 Gespräche mit Lottchen Fischer aus Sachsenhausen.

4 Generalarchiv der Russischen Föderation (GARF) f. 9409, op. 1, d.271, l. 21–22.

Entbindungen fanden in den Lagern an den unterschiedlichsten Stellen und unter den unterschiedlichsten Bedingungen statt. In einigen Lagern konnten die Frauen im Krankenrevier entbinden, wofür andere Kranke dann häufig zuvor das Bett räumen mussten, in anderen fanden die Entbindungen in der Zelle auf einer gewöhnlichen Pritsche mit Matratze statt.⁵ Unterstützt wurden die gebärenden Frauen durch Häftlingsärzte, Häftlingshebammen oder auch nur durch andere Mitgefangene. Die Bedingungen für die Entbindung konnten sich aber auch in kürzester Zeit innerhalb eines Lagers wieder ändern. Feste Vorschriften für die Handhabung dafür gab es anscheinend in keinem Lager, jedenfalls konnten nirgendwo welche gefunden werden, was aber auch nicht verwundert, denn offiziell gab es keine Kinder in den Lagern.

Ein neuer Verwalter

Im August 1948 wurden alle Speziallager bis auf drei aufgelöst. Die noch bestehenden wurden der GULag des MWD der UdSSR überstellt und unterstanden damit nicht mehr dem NKWD. Ihr neuer Leiter, Oberst Zikljaew, war wohl ein sehr guter Verwalter, denn er machte – wie alle guten Verwalter – zunächst erst einmal eine Bestandsaufnahme über sein neues Aufgabengebiet, um festzustellen, was er denn überhaupt so alles habe. Nun erst, bei diesem Wechsel, wurde man sich scheinbar auch des Umstands bewusst, dass es in den Lagern auch schwangere Frauen und Mütter mit Kindern gab.

Zikljaew richtet daraufhin am 30. November 1948 eine Anfrage an die noch verbliebenen Speziallager Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen und bat um Auskunft über Häftlinge mit psychischen Erkrankungen sowie über Frauen mit Kindern. Die Unterlagen sollten ausführliche Personendaten sowie Angaben darüber enthalten, wann, aus welchem Grund und durch wen die Verhaftung erfolgte. Bei den Verurteilten war die Kopie des Urteils beizufügen sowie auch eine Bescheinigung über den Gesundheitszustand und ein ausführlicher Bericht über die Kinder.⁶

Daraufhin erfolgte am 11. Dezember 1948 vom damaligen Leiter des Speziallagers Nr. 2 Buchenwald, Major Andrejew, die Meldung über 14 psychisch Kranke und fünf Mütter mit Kindern.

Demzufolge gab es in Buchenwald im Dezember 1948 fünf junge Mütter, alle Jahrgang 1922 bis 1924, deren Kinder – Bärbel, Birgit, Karin, Hubert und Joachim – ein bis zwei Jahre alt waren. Die Mütter gehörten nach der sowjetischen Sprachterminologie zum sogenannten Spezialkontingent, waren also nicht von einem sowjetischen Militärtribunal (SMT) verurteilt worden. Die angeforderten „ausführlichen Berichte“ über die Kinder enthalten lediglich

⁵ Gespräch mit Waltraud Thiele über ihre Geburt im Roten Ochsen (Halle).

⁶ GARF, f. 9409, op. 1, d. 274, l. 2.

das Geburtsdatum sowie den Namen des Kindes und ein knappes ärztliches Attest von einem Satz.

Fünf Tage später schickte der Leiter des Speziallagers Nr. 3 Bautzen, Oberst Kasakow, die geforderte Meldung nach Berlin. In Bautzen gab es zum damaligen Zeitpunkt sechs Mütter mit Kindern, drei Jungen und drei Mädchen. Ihre Mütter waren zwischen 23 und 30 Jahren alt. Fünf SMT-Urteile sind dem Schreiben beigelegt, vier davon mit einer Haftstrafe von 25 Jahren. Eine dieser Frauen – wie es im Urteil heißt, eine staatenlose Tatarin aus Berlin – wurde zum Beispiel wegen „Spionage“ und „antisowjetischer Propaganda“ als „Agentin des amerikanischen Geheimdienstes“ zu 25 Jahren verurteilt und kam später mit ihrer Tochter nach Sachsenhausen. Von dort wurden sie 1950 in ein Straflager nach Workuta deportiert. Die Tochter starb nach Aussagen von Häftlingen noch während des Transports in Deutschland. Hier werden in den Berichten noch nicht einmal die Namen der Kinder angegeben, sondern nur die Geburtsdaten.

Die letzte Meldung kam am 24. Dezember 1948 aus dem Speziallager Nr. 1 Sachsenhausen vom Oberstleutnant Kostjuchin. Er meldete 15 psychisch Kranke und 25 Kinder.⁷ Aus seinen Unterlagen geht zwar nicht hervor, wie die Mütter und Kinder untergebracht waren, wohl aber erfährt man hier die Geburtsdaten und Namen. Die verurteilten Mütter waren von einem SMT zu Haftstrafen zwischen zwei und fünfzehn Jahren verurteilt worden. In einigen Fällen waren die Väter der Kinder ebenfalls verurteilt worden und befanden sich im Lager. Die jüngste Mutter war zu dieser Zeit gerade 20 Jahre, ihre Tochter drei Monate alt. Die älteste Mutter war bereits 42 und hatte ebenfalls eine drei Monate alte Tochter. Sie starb, wie Zeitzeugen erzählen, wenig später, und ihre Tochter wurde einer anderen Frau zugewiesen, deren Tochter wiederum kurz zuvor im Lager verstorben war, eine Vorgehensweise, die auch aus anderen Lagern berichtet wird.⁸ Von den elf Mädchen und neun Jungen waren Christa und Manfred mit zwei Jahren die ältesten Kinder.

Viel mehr als ein paar Eckdaten über diese Mütter und Kinder sind in den angeforderten Berichten nicht zu finden. Es sind Verwaltungsunterlagen mit einer nüchternen Sprache. Sie enthalten kein Wort über die Lebensumstände, Sorgen und Nöte der Mütter.

⁷ GARF, f. 9409, op.1, d. 225, l.108.

⁸ Bericht von Christa-Maria Kirchner, Mutter des ersten in Sachsenhausen geborenen Mädchens, mit dem Autor im Sommer 1999.

Ich bitte um Ihre Weisung

Bemerkenswert ist jedoch, dass dieser nüchterne Bericht den Leiter der Abteilung Speziallager, Oberst Nikolaj Zikljaew, dazu veranlasste, im Januar 1949 folgendes Schreiben nach Moskau zu senden:

Streng geheim.

An den GULag-Leiter des MWD der UdSSR, Generalmajor Genosse Dobrynin, Moskau.

In den Speziallagern in Deutschland befinden sich 31 internierte und verurteilte Deutsche mit psychischen Erkrankungen sowie 36 Frauen mit minderjährigen Kindern. Unter Berücksichtigung der Zustände in den Speziallagern halte ich es für möglich, die psychisch kranken Deutschen zur Heilung an deutsche Krankenhäuser zu übergeben, die internierten Frauen mit ihren Kindern zu entlassen und die Kinder der zu langfristigen Haftstrafen Verurteilten an Angehörige zu übergeben. Ich bitte um Ihre Weisung.

Leiter der Abteilung Speziallager
des MWD der UdSSR in Deutschland
Oberst Zikljaew⁹

Als auf diese Anfrage offensichtlich keine Reaktion erfolgte, verfasste Zikljaew am 18. April 1949 noch einmal ein kurzes Schreiben mit der Bitte um eine beschleunigte Antwort. Dieses Schreiben enthält jedoch keinen Postausgangsstempel und ist nie abgeschickt worden. Aus einer quer über das Blatt geschriebenen Gesprächsnotiz geht hervor, dass nach einer von ihm geführten telefonischen Rücksprache mit Moskau zu diesem Zeitpunkt von dort eine solche Geste nicht erwünscht war.¹⁰

Diese Zählung war nach bisherigen Erkenntnissen auch die einzige, die während der ganzen Zeit des Bestehens der Speziallager gemacht wurde. Alle anderen Lager waren inzwischen aufgelöst und konnten somit bei der Zählung auch nicht mehr erfasst werden. Daher geben die genannten Zahlen auch nur den Stand für den Winter 1948 in den eben noch bestehenden drei Lagern wieder. Zahlenangaben über alle Lager und über den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1950 konnten bisher nicht ermittelt werden. Bekannt ist aber, dass bereits bei der ersten großen Entlassungsaktion im Sommer 1948 Frauen mit Kindern aus verschiedenen Lagern entlassen wurden. Für den Zeitraum von Dezember 1948 bis zur Auflösung der Lager im Frühjahr 1950 konnten noch nicht alle Mütter und Kinder ermittelt werden. Letztendlich wurden die Kinder in den meisten Fällen ja überhaupt nur durch die zusammen mit der Zählung stattfindende medizinische Untersuchung aktenkundig. Wie an der Meldung

⁹ GARF, f. 9409, op.1, d. 225, l.108. Quelle DRK-Suchdienst.

¹⁰ GARF, f. 9409, op. 1, d. 225, l. 316.

aus Bautzen zu ersehen ist, wurde selbst dabei aber auch nicht immer der Name des Kindes festgehalten. Manchmal ist eben nur ein Vermerk auf das Geburtsdatum, den Geburtsort und eventuell noch das Geschlecht vorhanden. Durch Angaben von Zeitzeugen, Unterlagen der DDR-Behörden und entsprechende Recherchen konnten von mir weitere Kinder ermittelt werden. Insgesamt beläuft sich die Zahl inzwischen auf über sechzig Kinder.

Bessere Verpflegung

Für Kinder und Mütter erfolgte ab 1948 aber wenigstens eine etwas bessere Verpflegung. Bis dahin war es ja den Kommandanten der einzelnen Lager überlassen, ob und wie sie auf das Vorhandensein von Kindern reagieren wollten. Dementsprechend unterschiedlich erging es den Kindern. Nach der Aussage von Betroffenen kann man für das Lager Buchenwald zum Beispiel noch von einer relativ guten Behandlung sprechen. Die Kinderbaracke verfügte sogar über fließend warmes Wasser. In Torgau oder Bautzen dagegen existierten Kinder für die Lagerführung überhaupt nicht. In Jamlitz wiederum stellten die sowjetischen Offiziere sogar Windeln, Seife und normale Essen-Rationen für die Kinder zur Verfügung. Dennoch kam auch dort zu Todesfällen unter den Kindern.

Bis auf das Lager Buchenwald, wo es nach Angaben von Betroffenen teilweise sogar Sonderrationen gab, wurden Mütter und ihre Kinder in keinem Lager besonders bevorzugt behandelt. Beide Gruppen, Mütter wie Kinder, litten daher besonders stark unter den sowieso schon schweren Haftbedingungen.

Die geringen Essensrationen ließen auch das im Mutterleib entstehende Kind leiden. Bedingt durch den schlechten körperlichen Zustand der Frauen kam es immer wieder zu Frühgeburten mit tödlichem Ausgang. Nahezu alle Kinder litten nach ihrer Geburt unter Mangelerscheinungen, die sich teilweise noch bis heute auswirken. Viele Kinder wurden, wie auch ihre Mütter, mit der in den Lagern grassierenden Tbc infiziert. Aber auch andere Infektionskrankheiten, wie Typhus und Diphtherie, kamen immer wieder vor. Neben den erbärmlichen Hungerrationen wirkte sich besonders das Fehlen von Milchprodukten, Windeln, Kinderkleidung und Pflegemitteln auf die Kinder aus. Windeln und Bekleidung wurden, wie noch lebende Mütter berichten, aus der Bekleidung der Toten hergestellt oder beispielsweise aus dem Material von alten Zuckersäcken neu gestrickt. Kinderschuhe waren fast nie vorhanden. Die Kinder waren barfuss oder trugen notdürftig aus Stoff gefertigte Schuhe.

Nachdem das Lager Sachsenhausen ab dem Sommer 1948 zentrales Lager für alle verurteilten Frauen mit einer geringen Haftstrafe, d. h. eine Strafe von 15 Jahren und weniger wurde, konzentrierte sich von da an die Mehrzahl der Kinder auf dieses Lager. Hier lebten bis zur Auflösung des Lagers im Frühjahr 1950 noch über 30 Kinder abgesondert mit ihren Müttern in zwei Baracken

in einer Ecke des Lagers, während es in Bautzen und Buchenwald nur noch Einzelfälle gab.

Zur Belobigung vorgeschlagen

1950 wurden die Speziallager geschlossen. Damit endete aber noch immer nicht für alle Mütter und Kinder die Leidenszeit. Die Mütter, die zum sogenannten Spezialkontingent gehörten, entließ man mit ihrem Kind. Fast alle SMT-Verurteilten wurden jedoch den DDR-Behörden zum weiteren Strafvollzug übergebenen. Aus Sachsenhausen verließen daher im Februar 1950 bei grimmiger Kälte 1.119 Frauen teils zu Fuß, teils auf LKWs das Lager und wurden zum Bahnhof Oranienburg gebracht. In Viehwaggons, bei eisiger Kälte ohne Heizung auf Stroh liegend, ohne ausreichende Verpflegung und Toiletten, wurden sie nach Stollberg im Erzgebirge gefahren, von wo sie in die hoch über der Stadt liegende Strafvollzugsanstalt Hoheneck gebracht wurden. Es muss für die Frauen ein fürchterlicher Transport in eine ungewisse Zukunft gewesen sein. Einen guten Einblick über diese Transporte, die auch aus anderen Lagern und in andere Gefängnisse führten, gibt der Abschlussbericht der Volkspolizei. Er enthält nicht nur konkrete Angaben über die genaue Zahl der an die DDR-Behörden übergebenen Personen, es finden sich hier auch Aussagen über die Abwicklung der Transporte.¹¹ Wir erfahren so zum Beispiel, dass das Begleitkommando den ersten Transport unter sehr harten Witterungsbedingungen durchführen musste und dafür dem Chef der Deutschen Volkspolizei zur Belobigung vorgeschlagen wurde. Erstmals erfahren wir hier aber auch von deutschen Stellen etwas über die Existenz von Kindern in den Lagern. „Etwa 30“ gibt der Bericht der Volkspolizei für den Transport am 11. Februar 1950 an und weitere zwei Frauen „mit noch zu stillenden Kindern“ werden beim Transport vom 16. Februar nach Waldheim gemeldet, die dann ebenfalls nach Hoheneck verlegt wurden. Nicht extra erwähnt, aber ebenfalls mit dabei waren auch etliche schwangere und hochschwangere Frauen. So brachte schon am 6. März, also nur vier Wochen später, Johanna R. ihren Sohn Gert in Hoheneck zur Welt. Ihm folgte am 26. März Viktor Harald und am 9. April das Kind von Hildegard B., das jedoch noch am selben Tag starb. Das Kind von Lieselotte H. starb noch im selben Jahr in Hoheneck. Am 12. April wurde der Sohn von Erika R. geboren, am 4. Juni Heinz-Rüdiger, am 1. Juli Dorothea. Noch viele Kinder wurden in Hoheneck geboren. Als letzte der aus Sachsenhausen kommenden Frauen brachte Elfriede L. am 13. November 1950 ein Kind in Hoheneck zur Welt. Es war eine Totgeburt, die

11 Bundesarchiv Berlin (BArch) Do I/II/HVDVP/1577.

daher standesamtlich nicht registriert, sondern nur auf der Haftkarteikarte der Anstalt handschriftlich vermerkt wurde.¹²

Mit diesen Frauen, die neben den etwa 30 Säuglingen beziehungsweise Kleinkindern aus verschiedenen Lagern innerhalb weniger Tage in Hoheneck eintrafen, war die Anstalt völlig überfordert. Sie war weder auf die große Zahl von Häftlingen noch auf das Vorhandensein von Kindern vorbereitet.

Kinder waren im Strafvollzug der DDR nicht vorgesehen und so stand die Anstalt mit der Übernahme der SMT-Verurteilten vor einem Problem. Entlassen konnte sie die Mütter nicht, denn die Verfügungsgewalt über die SMT-Verurteilten lag bis 1954 noch immer bei den Sowjets. Einzig und allein über die Kinder, die ja nicht verurteilt waren, sondern nur ein „Anhängsel“ der Frauen, konnte sie verfügen. Man suchte nach einer Lösung.

Ellen Kuntz von der Landesleitung der SED-Sachsen war es vermutlich, die diese Lösung fand. Zumindest wird sie in den Protokollen der Volkspolizei als Verantwortliche für diese Aktion bezeichnet: Eines Tages fuhren Kleinbusse in der Haftanstalt vor, und dann ging man auf unterschiedliche Weise vor: Den ersten Frauen erzählte man noch, die Kinder sollten zu einer ärztlichen Untersuchung oder zum Fotografieren gebracht werden, und während die Frauen in ihren Zellen warteten, führte man die Kinder aus dem Gebäude und verlud sie auf die Fahrzeuge. Später mussten die Kinder dann von der Mutter persönlich am Bus abgegeben werden, was oft nur unter der Anwendung von Zwangsmitteln gelang. Das jüngste Kind war zu dem Zeitpunkt gerade acht Wochen alt, das älteste drei Jahre.

Ohne irgend welche Rücksicht riss man Mütter und Kinder auseinander und trennte sie auf Jahre. Alle der von mir befragten Frauen empfanden diese Trennung als ein massives Trauma, das noch viele Jahre später, selbst über den Zeitpunkt ihrer Haftentlassung hinweg, anhielt. Veranlasst wurde die Aktion, die am 28. Februar 1950 durchgeführt wurde, vom damaligen Staatssekretär beim Ministerium des Inneren, Hans Warnke, über die Leiterin der HA Mutter und Kind im Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen, Käthe Kern.

Ein kleines Bild

Den Zustand der Mütter nach der Trennung von den Kindern beschreibt der Bericht eines Mitarbeiters der evangelischen Kirche recht eindringlich: „Unter den ihrer Kinder beraubten Mütter befand sich auch eine Frau D. aus Sachsenhausen. Ihre kleine Tochter war in Sachsenhausen verstorben. Bald darauf gebar ihre Freundin ein Kind und starb bald nach der Geburt. Frau D. nahm das kleine Mädäl an Kindesstatt an und pflegte es mit rührender Liebe. Von

¹² Eigene Recherchen in den Unterlagen im Archiv der JVA Stollberg.

ihrer eigenen Tochter besaß sie ein kleines Bild, das ihr jemand auf ein Stück Papier skizziert hatte. Sie hing sehr an diesem Bild und hielt es gut versteckt, da Zeichnungen solcher Art in den Lagern verboten waren. Nachdem ihr das adoptierte Kind abgenommen worden war, nahm ihr die Bewachung auch noch das Bild der eigenen Tochter fort. Frau D. erlitt einen Nervenzusammenbruch. Das verzweifelte Schreien der Frau war tagelang auch außerhalb der Strafanstalt zu hören.“¹³

Die Kinder kamen zunächst in ein Kinderkrankenhaus nach Leipzig. Im Archiv des Diakonischen Werkes der EKD in Berlin liegt der Bericht der damaligen Oberin des Krankenhauses. Sie selbst flüchtete 1951 in den Westen und schilderte im Januar 1953, was sie damals erlebt hatte.¹⁴ Danach erhielt sie im Frühjahr 1950 die Aufforderung, dass sie in ihrem Krankenhaus unverzüglich eine Kinderstation einrichten müsse, da noch am selben Abend ca. 20 bis 30 Kleinkinder eintreffen würden. Das Krankenhaus in der Waldstraße hatte damals 350 Betten und eine Abteilung für ca. 20 kranke Kinder im Alter von acht bis fünfzehn Jahren. Für Säuglinge war die Anstalt nicht eingerichtet.

Durch Tatkraft und private Initiative gelang es ihr, das Notwendigste wie Windeln, Decken, Milchflaschen und Betten zu besorgen und eine Etage des Krankenhauses für die Kinder einzurichten. Am späten Abend des nächsten Tages trafen dann zehn Kinder im Alter von neun Monaten bis drei Jahren ein. Der sie begleitende Offizier sagte der Oberin, dass die Kinder keinen Namen haben und unter der Bezeichnung ‚Kinder der Landesregierung‘ zu führen sind. Es wurde ihr verboten, eine Kartei darüber anzulegen. Außerdem hatte sie darauf zu achten, dass kein Wort davon an die Öffentlichkeit dringen würde.

Am folgenden Tag versuchte die Oberin dann, Lebensmittelkarten für die Kinder zu besorgen. Die Kartenstelle lehnte es zunächst ab, für Kinder ohne Namen Karten auszugeben. Es gelang ihr dann mit Hilfe der VP, Blechmarken mit Nummern für die Kinder zu erhalten, die den größeren um den Hals, den Säuglingen ans Bettchen gehängt wurden. Dann erst war die Kartenstelle bereit, Lebensmittelkarten und später sogar auch Schuhscheine für die Kinder auszustellen, da alle ohne Schuhe waren. Sie hatten lediglich primitiv zusammengenähte Segeltuchschuhchen. In den Strümpfen war vielfach der Name „Sachsenhausen“ eingenäht.

Nach einigen Tagen traf ein weiterer Transport von 15 Kleinkindern ein. Die Oberin benutzte den Augenblick, als sie mit dem Polizeiarzt allein war, und bat nochmals dringend um die Namen der Kinder. Sie wies darauf hin, dass ein Kind sterben könnte und ihr der Friedhofsvorsteher niemals eine Leiche ohne Namen abnehmen würde. Das leuchtete dem Arzt wohl ein, und er

13 Archiv des Diakonischen Werkes der EKD ADW/BSt 48.

14 Ebenda.

stellte ihr die Akten für eine Stunde zur Verfügung. In großer Eile schrieb sie sich die Namen ab und stellte dabei fest, dass die Mütter in der Strafanstalt Hoheneck bei Stollberg inhaftiert waren. In den Akten waren auch die Vergehen der Mütter verzeichnet: illegaler Grenzübertritt, Spionage, Sabotage. Die Mütter waren alle zuvor in Sachsenhausen interniert gewesen.

Für fast jedes Kind war ein Bündel beigebracht mit zum Teil verwaschenen Sachen und oft einem herzerreißenden Brief der Mutter, geschrieben auf abgerissenen Zetteln mit Mörtel oder Kohle und mit Angaben von Gewohnheiten des Kindes sowie der Bitte, es liebevoll zu behandeln. Auch Wünsche über die Weitergabe an bestimmte Verwandte waren dabei. Hinweise wie „Sascha hat nur in meinen Armen geschlafen, seid gut zu ihm“ oder „Seid nett zu Dag, er kennt kein Bettchen“ und andere erschütternde Bitten waren häufig. Das Personal des Krankenhauses versuchte, allem nachzukommen, doch es war anfangs sehr schwer, da die Kinder Tag und Nacht nach ihrer Mutter riefen. Auch die Säuglinge waren schwer zu beruhigen, da sie teilweise eben erst entwöhnt waren. Fünf Kleinstkinder, darunter einige mit zwei bis drei Monaten, waren beim Transport nicht mitgekommen, da die Mütter nicht so schnell abstillen konnten, ohne Schaden zu erleiden. Diese fünf Kinder wurden später in ein Dresdener Kinderheim gebracht.

Die Betreuung der Kinder wurde immer schwieriger, da es im Krankenhaus an Personal mangelte. Die Kinder mussten alle gefüttert werden, und so entschloss sich die Oberin, ihre Lehrlinge zu den Kindern zu schicken. Ein Lehrling hielt die Schweigepflicht nicht ein und erzählte zu Hause von den „Kindern der Landesregierung“. Dort hörte es ein Besucher aus Gera, der es wiederum nach dort brachte und nach einer Woche erschien die Großmutter eines Kindes aus Gera und verlangte stürmisch die Auslieferung des Kindes. Die Oberin musste die Frau abweisen, meldete aber sofort den Vorgang dem Polizeipräsidenten. Sehr bald darauf ereignete sich ein zweiter peinlicher Vorfall. Es erschien ein Vater aus Hamburg und verlangte nach seinem Kind. Er war mit seiner schwangeren Frau 1946 verhaftet und nach Sachsenhausen gebracht worden. Er wurde in Januar 1950 entlassen und seine Frau mit dem Jungen im Februar nach Stollberg abtransportiert. Im Krankenhaus Leipzig ging er kurzerhand in den Garten und rief seinen Sohn an. Der Kleine lief ihm sofort entgegen, und beide lagen sich in den Armen. Er musste dann sein Kind aber wieder verlassen und wurde mit Glück, so kann man heute sagen, mit Bewachung wieder über die Grenze in den Westen abgeschoben.

Nach diesen beiden Vorfällen waren die „Kinder der Landesregierung“ nicht mehr zu verbergen. Die Oberin trug dem Polizeipräsidenten noch einmal energisch vor, die Kinder den Großeltern zu übergeben, da sie ihnen auch nicht die rechte Pflege angedeihen lassen könne. Nach weiteren Wochen durfte die Oberin dann Briefe an die Angehörigen schreiben und abschicken. Für Briefe

an Adressaten im Westen behielt sich der Polizeipräsident das Schreiben selbst vor.

In der nächsten Zeit erschienen neun Großeltern oder andere Verwandte, um die Kinder abzuholen. Der Hamburger Vater schickte eine Schwester der evangelischen Mission, um seinen Sohn zu holen. Im Krankenhaus Leipzig blieben schließlich 16 Kinder übrig, die, wie der Polizeipräsident höhnisch meinte, keiner haben wollte.

Die Oberin war nun darum bemüht, die restlichen Kinder in einem Kinderheim unterzubringen. Nach vielen vergeblichen Versuchen gelang es ihr schließlich im November 1950, die Kinder in drei Leipziger Kinderheimen unterzubringen. Sechs Kinder kamen ins Kinderheim Naunhof bei Leipzig, fünf ins Säuglingsheim Langestraße und fünf ins Säuglingsheim Mothestraße. Jedem Kind wurde auf Weisung des Polizeipräsidenten ein Abmelde-Verpflegungsschein mit vollen Namen mitgegeben. Als letzter Aufenthalt und demnach auch als Geburtsort galt das Krankenhaus Waldstraße. Die Kinder galten als Waisen. Der gesamte Schriftwechsel mit den Behörden und den Angehörigen wurde dem Polizeipräsidium ausgeliefert. Laut Bestimmung des Innenministeriums vom Jahr 1952 sollten diese Kinder in der DDR verbleiben.

Den Müttern in der Haftanstalt teilte man lediglich mit, dass sich ihre Kinder in einem Kinderheim befänden, dass es ihnen gut gehe und der Staat für ihre Erziehung aufkomme, womit auch eine Erziehung im sozialistischen Sinne gewährleistet war. In einigen Fällen durften die Mütter zwar ab und zu Briefe schreiben, den Familienangehörigen war es jedoch verboten, die Kinder zu besuchen. Pakete wurden von den Heimleitungen stets mit der Begründung abgelehnt, den Kindern fehle es an nichts.

Ab und zu erhielten einige der Mütter dann während ihrer Haftzeit Fotos von ihrem Kind, die vermutlich auf Anordnung staatlicher Stellen vom Aufsichtspersonal in den Heimen gemacht wurden. Wie die Frauen erzählten, bekamen sie diese Fotos jedoch nur wenige Stunden lang zur Ansicht, dann mussten sie wieder zurückgegeben werden und kamen zu den Akten.

1952 stellte die Volkspolizei, Hauptabteilung Strafvollzug, eine Ermittlung über den Verbleib der aus Hoheneck verlegten Kinder an.¹⁵ Diese Formulierung lässt vermuten, dass die Hauptabteilung inzwischen selbst nicht mehr wusste, wo die Kinder abgeblieben waren. In seinem Bericht schreibt der für die Ermittlung zuständige VP-Hauptwachmeister, das er zunächst erst einmal die Heime finden müsse, in denen die Kinder sein könnten. Zudem würde er eventuell nicht in die Heime eingelassen, da fremden Personen und Angehörigen der Kinder kein Zutritt gewährt wird. So beschreibt er auch einem Zwischenschied, der sich kurze Zeit zuvor in einem der Kinderheime ereignet hatte.

15 BArch, DO1/11/1573, MdI der DDR, HV DVP, 1948–1956, BI 54–56.

Dort war die Angehörige eines Kindes erschienen, und die Oberschwester wusste nicht, wie sie sich nun verhalten soll. Sie konnte das Besuchsverbot nicht begreifen, da die Kinder ja nie Besuch von irgendwelchen Angehörigen erhielten. Der dafür zuständige VP-Oberkommissar gab dann die Anweisung, dass in diesem besonderen Fall das Kind bis an die Glastüre geführt werden dürfe und die Angehörige sich das Kind einmal ansehen kann. „Denn wenn die Angehörigen die Kinder nicht einmal sehen dürfen“, würde seines Erachtens ein falsches Bild entstehen, und die Angehörigen müssten annehmen, „dass die Kinder vielleicht sehr schlecht und elend gepflegt werden“.

Ab hier verliert sich die Spur der Kinder total, da inzwischen alle Unterlagen, die sie betreffen, unauffindbar sind. In keinem der von mir angeschriebenen Stadt-, Kreis- oder Staatsarchive oder im Bundesarchiv ließen sich Unterlagen über die Heime finden. Vom Bürgermeister der Stadt Naunhof wurde auf eine entsprechende Anfrage schriftlich mitgeteilt, dass die noch vorhandenen Akten über die Kinder 1966/67 verbrannt worden seien. Nach seiner Aussage geschah dies, „da sie sich in einem unbrauchbaren verschimmelten Zustand befanden“. Mir ist nicht bekannt, wie lange Unterlagen in der DDR aufbewahrt werden mussten. Sie jedoch schon zehn Jahre nach Schließung des Heimes zu vernichten, ist auch in der DDR nicht üblich gewesen. Ähnliches spielte sich auch mit den Unterlagen für alle anderen Kinderheime ab. So sind zum Beispiel im Kreisarchiv Marienberg über das Heim in Seiffen nur noch vereinzelt Unterlagen aus den Jahren von 1946 bis 1949 und dann erst wieder von 1963 bis zur Auflösung des Hauses 1984 vorhanden. Für den Zeitraum dazwischen fehlt jeglicher Beleg. Auch dort konnte keiner eine konkrete Erklärung für diesen Sachverhalt geben.

Das Sächsische Staatsarchiv gab auf eine Anfrage nach Unterlagen über das Heim in Seiffen folgende Antwort, die hier als symptomatisch für alle Antworten auf Anfragen nach jenen Heimen zitiert werden soll: „Vom Ref. Jugendhilfe/Heimerziehung der Abt. Volksbildung des Rat des Bez. Karl-Marx-Stadt sind mehrere Aktenbände mit Berichten von Kinderheimen aus der Zeit von ca. 1950 bis 1960 überliefert. Vom Landkreis Marienberg befanden sich in diesen Akten Berichte der Kinderheime in Probersau, Wernsdorf und Lippersdorf, jedoch nicht von einem Kinderheim in Seiffen. Dieses Kinderheim wird in keiner einzigen Meldung an den Rat des Bezirkes erwähnt. Vermutlich ist dieses Heim nie in der Trägerschaft des Landkreises Marienberg geführt worden.“ Und weiter heißt es in einem anderen Schreiben dazu: „Eine Prüfung des Findbuches zum Aktenbestand Landesbehörde Sachsen der VP brachte keine Hinweise auf Unterlagen zu Kinderheimen, dies kann auf eine zentrale Unterstellung dieser Heime beim MdI hindeuten.“ Vieles liegt hier noch im Dunkeln und bietet von daher immer wieder Raum für alle möglichen Spekulationen.

Nachdem im März 1954 die UdSSR die Zuständigkeit für die SMT-Verurteilten an die DDR übergeben hatte, wurden noch im selben Jahr die ersten Frauen begnadigt und kamen frei. Diejenigen unter ihnen, die Kinder hatten, konnten sie dann nach Jahren der Trennung aus den Heimen abholen und mit ihnen ein neues Leben aufbauen. Dass das nicht immer leicht war, liegt auf der Hand. Nicht nur die Jahre der Trennung von Mutter und Kind waren ein Problem: Nach ihrer Entlassung kamen die meisten Frauen in eine Gesellschaft, die sich mitten im Wiederaufbau befand. Viele, besonders die jüngeren unter ihnen, hatten in den Kriegsjahren keine Möglichkeit für eine Berufsausbildung erhalten und durch ihre Verhaftung auch danach keine Möglichkeit dazu. In der Wirtschaft beider deutscher Staaten suchte man damals wie auch heute jedoch Fachkräfte und kaum Hilfsarbeiter. Einige der Frauen konnten unter großen Entbehrungen ihr Studium wieder aufgreifen, andere kehrten in ihren erlernten Beruf zurück. Doch für diejenigen unter ihnen, die das nicht konnten, und das war die Mehrheit, blieben nur die gering bezahlten Tätigkeiten am Fließband oder in den Putzkolonnen übrig. Für eine Qualifikation fehlten Ihnen die entscheidenden Jahre ihres Lebens. So erlebten viele auch nach ihrer Entlassung aus der Haft eine indirekte Fortsetzung ihrer Strafe.

Eine der Frauen drückte ihre Situation im Gespräch einmal mit dem Satz aus: „Wir hatten keinen Beruf und wir hatten keine Chancen, wir waren krank und bis heute hat uns keiner jemals wirklich geholfen.“ Ein Satz, der auch heute noch auf viele von ihnen zutrifft.

Einige Kinder haben sich durch meine Arbeit inzwischen zusammengefunden. Sie treffen sich mit noch lebenden Müttern einmal im Jahr wechselweise an ihren Geburtsorten, die heute häufig Gedenkstätten sind und sie versuchen gemeinsam, weitere Kinder aus jener Zeit zu finden. Das ist schwierig, da die meisten Mütter inzwischen verstorben sind, nur wenige Dokumente aus der Zeit vorhanden sind und – wie ich eingangs schon sagte – selbst ehemalige Lagerinsassen oft nichts über das Vorhandensein von Kindern in den Lagern wussten.

Meine Bemühung seit dem Ende der DDR-Diktatur ist es, die Erinnerung an das Leid, aber auch die enorme Leistung jener Mütter zu erhalten. Mit Unterstützung der Stiftung zur Aufarbeitung des SED-Diktatur habe ich in jahrelanger Arbeit Dokumente, Berichte und Betroffene gesucht und eine Dokumentation über das Schicksal von Müttern und Kindern aus den Lagern erstellt. Diese Arbeit, die mir nicht immer leicht gefallen ist, war gleichzeitig auch eine Aufarbeitung meiner eigenen Geschichte, denn jener Sascha, dessen Mutter bei der Trennung von ihrem Kind in Hoheneck in ihrer Verzweiflung mit Mörtel auf ein Stückchen Stoff schrieb, dass er nur in ihren Armen eingeschlafen sei und die den ihr unbekanntem Finder der Nachricht darum bat, gut zu ihrem Sohn zu sein – das bin ich. Sie selbst starb elf Jahre nach ihrer Entlassung nach langer Krankheit im Alter von nur 41 Jahren.

Aufbruch an der Basis.
Zur Situation in der Ost-CDU vom Beginn der
Gorbatschowschen Reformpolitik bis zum
Sonderparteitag im Dezember 1989. Eine Dokumentation

Von Michael Richter

Um den Aufbruch an der Basis der CDU in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre angemessen bewerten zu können, ist ein Rückblick auf die wesentlichen Existenzbedingungen der Blockpartei im sozialistischen Staat geboten. Die Situation des „Bündnispartners“ der SED war vor allem durch zwei Faktoren bestimmt: zum einen durch ihre mit Zwang herbeigeführte und aufrechterhaltene Rolle als nachgeordnetes Transmissionsinstrument der SED sowie zum anderen durch ihren Doppelcharakter als Zielgruppe und Beeinflussungsinstrument in einem, der in der starken Polarität von Basis und SED-bestimmter Führung zum Ausdruck kam.¹

Hatte die CDU bis in die siebziger Jahre für die SED noch wichtige Aufgaben bei der Verstaatlichung privater und halbstaatlicher Betriebe erfüllt, reduzierte sich ihre Funktion seitdem vor allem auf die Beeinflussung der Kirchen und die ideologische Indoktrinierung sowie die Kontrolle der eigenen Mitglieder.

Von der SED gestellte Aufgabe war es, den „Differenzierungsprozess“ zwischen „reaktionären“ und „progressiven“ Kräften innerhalb der Kirchen zu unterstützen, alle „fortschrittlichen Christen“ in das sozialistische System zu integrieren und an die Politik der SED heranzuführen. Mit der ideologischen Floskel, der Sozialismus sei der „Humanismus der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“, wurde begründet, warum Christen im „real existierenden Sozialismus“ am wirksamsten mithelfen könnten, eine neue Gesellschaft aufzubauen. De facto trug die offizielle CDU über Jahrzehnte zur Zerstörung der volkskirchlichen Strukturen in der DDR bei. Sie war in ihrem Wirken kirchenfeindlich.

¹ Lothar de Maizière, seit 1956 CDU-Mitglied, schreibt dazu: „Es gab in der CDU wahrscheinlich die größte Diskrepanz aller Ostparteien zwischen ‚oben faul‘ und unten ‚christlich‘. Zit. in: Lothar de MAIZIÈRE, *Anwalt der Einheit. Ein Gespräch mit Christine de Mazières*, Berlin 1996, S. 59. Zur Rolle und Bedeutung der CDU in der DDR vgl. ausführlicher: Michael RICHTER, *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die CDU*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom DEUTSCHEN BUNDESTAG, Band II, 4, S. 2587–2638.

Innerhalb der Zielgruppe Christen konzentrierte sich die CDU dabei vor allem auf die eigenen Mitglieder, Amtsträger der Kirchen, Mitarbeiter aus dem Gesundheits- und Sozialwesen sowie aus Wirtschaft, Handwerk und Gewerbe. Die mit Abstand wichtigste Aufgabe der CDU war die ideologische Indoktrinierung und Kontrolle der eigenen Mitglieder. Da die CDU-Mitglieder die wichtigste Zielgruppe der CDU bei der Umsetzung der SED-Politik waren, beschäftigte sich die Partei im wesentlichen mit sich selbst.²

Die Aufgabe der CDU, ihre eigenen Mitglieder an die Politik der SED heranzuführen und sie in deren Sinne ideologisch zu indoktrinieren, wurde in den monatlichen Ortsgruppenversammlungen und Schulungsveranstaltungen des „Politischen Studiums“ umgesetzt. Hinzu kamen Veranstaltungen für parteilose Christen. Es gelang der CDU, zahlreiche Veranstaltungsreihen aufzubauen, an denen regelmäßig Vertreter der Amtskirche teilnahmen. Trotz erheblicher Vorbehalte seitens der Kirchen gab es eine Vielzahl direkter Kontakte. Alle Gliederungen der CDU von der Ortsgruppe bis zum Hauptvorstand waren verpflichtet, mindestens einmal im Jahr Veranstaltungen mit kirchlichen Amtsträgern durchzuführen. Auf zentraler Ebene waren dies vor allem die Tagungen des Präsidiums des Hauptvorstandes mit dem Titel „Tradition und Verpflichtung“, die Bezirksvorstände organisierten Veranstaltungen unter dem Thema „Bürgerpflicht und Christenpflicht“. Auch die CDU-Mitglieder erhielten den Auftrag, in kirchlichen Einrichtungen aller Art, in Gemeindekirchenräten, Kirchenvorständen und Pfarrgemeinderäten mitzuarbeiten und dort für die CDU bzw. die Staatspolitik zu werben. An der CDU-Basis war es üblich, zu den Jahreshauptversammlungen auch parteilose Christen, Pfarrer und Theologen einzuladen.

Aktiv war die CDU auch in den kommunistisch gelenkten Regionalgremien der „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK) und der „Berliner Konferenz europäischer Katholiken“ (BK). Allerdings ließen sich trotz intensiver Bemühungen kaum evangelische Geistliche zum Beitritt in die CDU bewegen. Katholischen Priestern war eine Mitgliedschaft ohnehin untersagt.

Auch in den „Arbeitsgruppen Christlicher Kreise“, die auf allen Ebenen der Nationalen Front bis zur Kreisebene existierten, versuchte die CDU parteilose Christen zu erreichen. Offizielle Aufgabe dieser Arbeitsgruppen war es, die Beschlüsse der Nationalen Front unter den Christen zu propagieren und auf deren Probleme und Fragen einzugehen.

Eine Interessenvertretung christlicher Belange war der CDU-Führung bereits seit der ersten Hälfte der fünfziger Jahre untersagt. Nachdem sich Otto Nuschke noch gelegentlich für kirchliche Interessen eingesetzt hatte, nahm die Parteileitung unter August Bach und Gerald Götting in allen Konflikten zwi-

2 Vgl. Martin RISSMANN, *Die Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR*, in: *Historisch Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 3.

schen Staat und Kirche konsequent für die SED Position. Die CDU sollte nicht Vermittler zwischen Staat und Kirche sein, sondern gegenüber Christen die Positionen des Staates vertreten und den „Differenzierungsprozess“ vorantreiben.

Wie das gesamte System des „real existierenden Sozialismus“ waren die Blockparteien nur durch ständigen Druck in ihrem Zustand der Unterordnung unter die Ziele und Interessen der SED zu halten. Nicht umsonst erachtete es die SED als notwendig, die Blockparteien mittels spezieller Abteilungen im Partei- und Staatsapparat permanent zu kontrollieren und zu steuern. Jede Beschreibung von Rolle und Funktion der CDU, die die Tatsache des andauernden Zwanges außer acht lässt und innerhalb der Partei nicht zwischen dem in die CDU integrierten Repressionssystem der SED und der „Zielgruppe Mitglieder“ unterscheidet, wird dem Zustand der CDU nicht gerecht. Der von Götting ab 1950 etablierte Sekretärsapparat der CDU war seit seiner Entstehung integraler Bestandteil des Herrschaftsapparates der SED.³ Die offizielle CDU hatte mehr mit der SED als mit den meisten Mitgliedern der eigenen Partei zu tun. Die Führung der Blockpartei stand der SED-Führung und deren Auffassungen entschieden näher als selbst viele einfache SED-Mitglieder.

Wenn die CDU dennoch Mitglieder gewinnen konnte, dann in erster Linie deswegen, weil diese die Gemeinschaft der Zielgruppe suchten, die in der Blockpartei versammelt war und dort den relativen Vorteil hatte, in der Diktatur wenigstens auf spezifische, ihrer Lage und ihren Ansichten entsprechende Weise agitiert zu werden. Eine Beschreibung der CDU, die nur ihre Funktion im Rahmen der Herrschaftssicherung der SED benennt, wird ihrer Rolle in der DDR-Gesellschaft daher nicht gerecht. Für die Mitglieder erfüllte die CDU auch Funktionen, die mit ihrer offiziellen Aufgabe im SED-Staat wenig zu tun hatten.

Eine Bedeutung hatte die CDU für die Mitglieder vor allem wegen ihres Charakters als „Nischenpartei“, als eine der „Parteien des geschützten Rückzugs vor den Ansprüchen der SED“⁴. Diese politische Schutzfunktion war wichtiger als alle anderen Funktionen. Viele Mitglieder wollten das Leben vor Ort verbessern, ohne Mitglied der kommunistischen Partei werden zu müssen. In den Blockparteien hatten sie mehr Möglichkeiten, sich kommunalpolitisch

3 Zur inneren Struktur der CDU vgl. Markus KIEFER, *Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen der CDUD und deren Wirksamkeit von 1952 bis 1989*, in: Michael RICHTER/ Martin RISSMANN (Hg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 2), Weimar-Köln-Wien 1995, S. 139–158. Zur Kaderpolitik vgl. auch Martin RISSMANN, *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949–1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 27), Düsseldorf 1995.

4 Wolfgang MLECZKOWSKI, *Bewegung im Monolith. Das „sozialistische Mehrparteiensystem“ der DDR*, in: APuZG B 16 bis 17 (1984), S. 3.

zu betätigen. Die CDU-Versammlungen wurden oft als Treffen von Gleichgesinnten empfunden. In vielen Ortsverbänden herrschte eine freundschaftliche bis familiäre Atmosphäre. In der CDU konnten Handwerker, Selbständige und andere Personenkreise, die zum Teil materiell privilegierten Schichten angehörten, ganz offiziell ihre Kontakte pflegen und das Netz notwendiger Beziehungen ausbauen.

Oft suchten die Mitglieder auch nach Aufstiegschancen in weniger bedeutsame, aber dennoch für erstrebenswert gehaltene Funktionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Für Christen waren die Aussichten einer beruflichen Karriere besser, wenn sie sich für eine Mitgliedschaft in der CDU entschieden. Wer etwa als angehender Pädagoge Mitglied der CDU wurde, konnte sich Hoffnung auf einen Stellvertreterposten an einer Schule machen und war vor ideologisch-politischen Nachstellungen durch die SED sicher. Andererseits erhielten Pädagogen mit dem Parteibuch der CDU aber auch den Garantieschein, nicht Direktor werden zu können.⁵ Ungünstiger waren die Aussichten in der Wirtschaft. Hier erhielten Blockparteimitglieder nur gelegentlich Stellvertreterposten. Die Leitungspositionen, die seit den frühen fünfziger Jahren noch traditionell im Besitz der Blockparteien waren, wurden in den siebziger und achtziger Jahren mehr und mehr an SED-Mitglieder vergeben. Berufliche Vorteile waren in der Wirtschaft nur dort zu erwarten, wo der CDU nach dem von der SED bestimmten Verteilerschlüssel Positionen zustanden, so für Handwerker, Gewerbetreibende und Freiberufler.

Wie in allen DDR-Organisationen hinderte das diktatorische Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ die CDU-Mitglieder bis zum Herbst 1989 daran, irgendeinen Einfluss auf die Zusammensetzung ihrer Führung zu nehmen. So wurde die CDU über Jahrzehnte vom überzeugten Kommunisten Gerald Götting geleitet, der intern aus seiner Abneigung von Kirche und Glauben keinen Hehl machte und die SED-Belange mit mehr Entschiedenheit vertrat als mancher SED-Funktionär. Götting wurde nie durch eine Mitgliederversammlung bestätigt. Er lenkte die CDU im Auftrag der SED nicht nur, sondern arbeitete eng mit dem MfS zusammen. So wurden u.a. alle wichtigen Kaderentscheidungen mit der SED und dem MfS abgestimmt, haupt- und ehrenamtliche Kader – so eine interne MfS-Studie aus dem Jahr 1987 – „erst eingestellt bzw. berufen, wenn das MfS dazu keine Einwände“ hatte.⁶ Die Mitglieder der

5 Vgl. Siegfried SUCKUT, „*Persönlicher oder politischer Eigensinn im demokratischen Block? DDR-Parteien in den 50er und 60er Jahren. Bisher verschlossene Archive geben neue Informationen über die Haltung der SED gegenüber den Blockparteien*“, in: *Das Parlament* 20 vom 8. Mai 1992, S. 10.

6 Analyse zur politisch-operativen Lage in den Bezirksverbänden der befreundeten Parteien – Berlin, 27. November 1987. Ministerium für Staatssicherheit – Bezirksverwaltung Ber-

CDU wussten zwar, dass die leitenden Funktionäre ihre Positionen mit Förderung und Billigung der SED einnahmen, hatten aber keine Möglichkeit, gegen diese Praxis zu opponieren.

Zwar gestatteten die repressiven Machtverhältnisse den CDU-Mitgliedern kein Aufbegehren gegen die SED-gelenkte Führung oder gar eine Demokratisierung der Partei von unten, andererseits konnte nicht einmal das MfS verhindern, dass der überwiegende Teil der Mitglieder den führenden CDU-Funktionären sowie dem offiziellen Kurs der Partei distanziert gegenüberstand und die Beschlüsse der Zentrale zum Teil demonstrativ ignorierte. Schon auf Kreisebene ließ der Einfluss des Hauptvorstandes erkennbar nach. Offizieller Anspruch und vor Ort feststellbares Erscheinungsbild differierten stark. Innerhalb des Apparates wiederum gab es Unterschiede zwischen der völlig auf SED-Linie liegenden Führung und der mittleren Funktionärsschicht. Durch die CDU lief wie durch die gesamte Gesellschaft eine in ihrem Verlauf schwer definierbare und in ihrer Struktur diffuse Frontlinie, an der sich Beeinflussende und zu Beeinflussende, „Täter“ und „Opfer“ gegenüberstanden. Diffus war die Linie, weil sich oft in einzelnen Mitgliedern und Funktionären beide Elemente in schizoider Weise verbanden.

Durch die andauernde Diskrepanz zwischen Führung und Basis blieb die CDU aus Sicht der SED immer eine latent instabile Organisation. Die jetzt zugänglichen Archivalien bestätigen, dass die SED in ihnen „nicht nur abhängige Dauerverbündete, sondern stets auch potentielle Konkurrenten um die Macht“ sah und jede Emanzipationstendenz registrierte und zu unterdrücken versuchte.⁷ Die Quellen zeigen ebenso, dass die Basis der Partei keinesfalls völlig gleichgeschaltet war, sondern dass es zu allen Zeiten geäußerte Unzufriedenheit und Widerstandspotentiale gab.⁸ Das lag unter anderem daran, dass sich bei vielen Mitgliedern ein Selbstverständnis erhalten hatte, das sich aus der Gründungs- und Frühgeschichte nährte und nicht aus den der CDU aufgezwungenen Funktionen. Seit ihrer Gleichschaltung wurde in der CDU das Wissen um die demokratische Herkunft der Partei weitergegeben.⁹ Um dem

lin, Abt. XX/I (ZAN). Zit. bei Stefan WOLLE, *Der Weg in den Zusammenbruch. Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989*, in: Eckhard JESSE/Armin MITTER (Hg.), *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft*, Bonn 1992, S.89.

⁷ Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen*, in: Jürgen WEBER (Hg.), *Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur*, München 1994, S. 102.

⁸ Vgl. Manfred AGETHEN, *Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“*, in: *Historisch Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 90. Zum Widerstand seit den 50er Jahren vgl. Günter BUCHSTAB, *Widerspruch und widerständiges Verhalten der CDU der SBZ/DDR*, in: *Materialien der Enquete-Kommission* (wie Anm. 1), Band VII,1, S. 504–539.

⁹ Zur Phase der Gleichschaltung der CDU vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Düsseldorf 1990.

entgegenzuwirken, fälschten die parteioffiziellen Historiker zwar die Geschichte der CDU, leugneten die Herkunft oder diffamierten die demokratische Praxis in der Frühzeit der Partei, aber dennoch gab es während der gesamten DDR-Zeit – vor allem an der Basis – einen Tradierungsprozess geistig-kultureller Werte, den die SED nicht unterbinden konnte und der die politisch-geistige Monokultur der SED-Diktatur aufzulockern half.¹⁰ Besonders unmittelbar nach der mit Zwang durchgesetzten Gleichschaltung der CDU Anfang der fünfziger Jahre war die Unzufriedenheit unter den CDU-Mitgliedern groß und selbst bei offiziellen Veranstaltungen schwer zu verbergen. Ein typischer Stimmungsbericht aus dieser Zeit beschreibt die damals gängige Meinung an der Parteibasis wie folgt: „Wie kann sich nur der Generalsekretär der CDU für eine derartige Verherrlichung der SED hergeben. Wir wissen doch ganz genau, dass das Volk davon nichts wissen will, und nun macht doch die CDU alles mit und unterstützt noch die SED in ihren Machtbestrebungen. Macht endlich freie Wahlen, dann ist es sowieso vorbei mit dem Führungsanspruch.“¹¹ Diese kritische Haltung der meisten CDU-Mitglieder veränderte sich im Laufe der Zeit kaum. Auch in den sechziger Jahren beurteilten SED und MfS die politische Zuverlässigkeit der überwiegenden Mehrheit der CDU-Mitglieder negativ. Die Diskussionen in den Parteiversammlungen trugen aus SED-Sicht eindeutig „reaktionären“ Charakter und die Zustimmung zur DDR beschränkte sich auf formale Bekenntnisse. Aber auch die Stimmungsberichte der folgenden Jahrzehnte ließen eine klare Westorientierung der Basis erkennen. Es gab die gleichen Vorbehalte gegen die SED-Diktatur wie in den Jahrzehnten zuvor. Kritische Stimmen richteten sich noch immer vor allem gegen die politische Grundordnung, die Einheitslistenwahlen und die Abgrenzung von der Bundesrepublik Deutschland. Bis zum Herbst 1989 war es immer nur ein kleinerer Teil der Mitglieder, der die SED-Diktatur aus innerer Überzeugung oder aus Opportunismus unterstützte.¹²

So war die Tatsache, dass es seit Beginn der Reformpolitik Gorbatschows Mitte der achtziger Jahre auf zahlreichen Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen wieder zu kritischen Diskussionen über die Politik der SED, über sozioethische

10 Vgl. Wolfgang MLECZKOWSKI (wie Anm. 4), S. 3.

11 Bericht über die Stimmung und Meinung von Funktionären und Mitgliedern der CDU zu dem Artikel des Generalsekretärs Gerald Götting in der NZ Nr. 62 vom 14. März 1954 (Archiv für Christlich-Demokratische Politik [ACDP] VII-013-1291).

12 Vgl. Mitteilung von Ufrd. Börner an Abt. Parteiorgane, Informationsbericht für April 1970. Bericht über Argumente, 2. April 1970 (ACDP VII-013-2094). Vgl. Martin RISSMANN, *Die Rolle der Ost-CDU* (wie Anm. 2), S. 17; vgl. Lothar de Maizière, Einführende Worte des stellv. Parteivorsitzenden der CDU, Lothar de Maizière, anlässlich der Präsentation des Buches „Die Ost-CDU 1948–1952 – Zwischen Widerstand und Gleichschaltung“ von Michael Richter am 5. Dezember 1990 (Privatarchiv Richter [PAR], Ost-CDU 2) S. 9. Das Gegenteil behauptet Christian von DITFURTH, *Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt*, Köln 1991, S. 180.

Fragen und Möglichkeiten der Eigenprofilierung der CDU kam, weniger auf eine veränderte Stimmungslage an der Basis zurückzuführen, sondern auf die Auswirkungen, die der KSZE-Prozess und die Reformentwicklung in der UdSSR sowie in Polen und Ungarn auf die innenpolitische Situation in der DDR hatten. Gegen den Willen der SED-Führung wuchsen in der DDR Freiräume, die vor allem in den Kirchen genutzt wurden. Von kirchlichen Gruppen und einigen Kirchenleitungen formulierte gesellschaftskritische Thesen fanden auch in der CDU Gehör. Vor allem in sozialetischen Fragen gab es hier frühzeitig Profilierungstendenzen, die die CDU über ihre Rolle als „Transmissionsriemen“ der SED hinauswachsen ließen. Seit der verstärkten Menschenrechts-, Friedens- und Umweltschutzarbeit der Kirchen orientierten sich vor allem kirchlich engagierte CDU-Mitglieder mehr an den Vorgaben der Synoden der Evangelischen Landeskirchen als an den ideologischen Plattitüden der SED-hörigen Parteiführung.¹³ Die Folge war, dass viele Mitglieder einen größeren Einfluss auf die Partei im Sinne der kirchlichen Interessen ausübten, als dass sie umgekehrt den bündnispolitischen Auftrag in die Partei hineintrugen.¹⁴ Daher war dem Versuch der SED, die CDU mit MfS-Hilfe zur „Zersetzung und Paralyisierung“ der neuen oppositionellen Gruppen unter dem Dach der Kirchen zu benutzen, von vornherein wenig Erfolg beschieden. Mit ihrer wie mit der Hilfe anderer „gesellschaftlicher Kräfte“ sollte die Wirksamkeit der kirchlichen Gruppen eingeschränkt, ein Teil der Akteure zurückgewonnen und Aktivitäten in „gesellschaftsgemäße Bahnen“ kanalisiert werden.¹⁵ Die Möglichkeiten der SED, mit Hilfe der CDU Einfluss auf den erwünschten „Differenzierungsprozess“ zwischen „progressiven“ und „reaktionären“ Kräften in den Kirchen zu nehmen, die ohnehin immer sehr gering gewesen waren, sanken in den achtziger Jahren weiter. Stattdessen änderte sich die Richtung der Transmission. In dem Maße, in dem sich viele CDU-Mitglieder stärker an den Aktivitäten und Entwicklungen in den Kirchen beteiligten, schwächten sich auch die Animositäten zwischen dem „Bund der evangelischen Kirchen in der DDR“ und der CDU ab. Im Februar 1986 erklärte Altbischof Albrecht Schönherr, seine Kirche stelle fest, dass CDU-Mitglieder sich verstärkt bemühten, in kirchlichen Gemeindeleitungen und anderen kirchlichen Gremien mitzuarbeiten und für die Belange christlicher Bürger einzutreten.¹⁶ Die Kreisverbände der CDU berichteten über eine Verbesserung

13 Vgl. Peter Joachim LAPP, *Ehemalige DDR-Blockparteien auf der Suche nach Profil und Glaubwürdigkeit*, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 62.

14 Vgl. Siegfried SUCKUT, in: *Protokoll der 22. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 11. Dezember 1992 in Bonn*, in: *Materialien der Enquete-Kommission* (wie Anm. 1), Band II, 1, S. 320.

15 MfS, ZAIG, Nr. 150/89, Berlin, 1.6.1989. In: Armin MITTER/Stefan WOLLE, *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989*, Berlin 1990, S. 54 f.

16 Vgl. Peter Joachim LAPP, *Die „befreundeten Parteien“ der SED. DDR-Blockparteien heute*, Köln 1988, S. 73.

der Beziehungen zu den kirchlichen Gemeinden,¹⁷ und auch das MfS konstatierte „Erscheinungen des Einbringens reaktionären kirchlichen Gedankengutes als speziell zu beobachtende Form ideologischer Einflussnahme in die Blockparteien“. Andererseits stellte die Staatssicherheit jedoch auch fest, „dass die Wirksamkeit der CDU bei der Auseinandersetzung mit von der Kirche und ihren Amtsträgern vertretenen reaktionären Auffassungen nur durch wenige Funktionäre auf Bezirks- und Kreisebene getragen“ werde. An der Basis sei „die fehlende Akzeptanz der CDU als christliche Partei als Ursache für unzureichende Wirksamkeit gegenüber den Kirchen zu nennen.“ Seitens der CDU seien jedoch „Absichten und Bemühungen erkennbar, dem ‚C‘ in der Bezeichnung ‚CDU‘ zu mehr Gewicht und Wirksamkeit zu verhelfen und dadurch die eigene Ausstrahlung zu verbessern.“¹⁸ Angesichts der sich ändernden politischen Rahmenbedingungen sahen die Mitglieder in der Partei nicht mehr nur einen Schutzraum, sondern forderten stärkere Mitbestimmung, deutliche Signale der Eigenprofilierung und ein Abrücken von der unbedingten Gefolgschaft zur SED. So wuchs vor dem Hintergrund der Reformentwicklungen in der UdSSR, in Polen und Ungarn der Druck der CDU-Mitglieder auf ihre Parteileitung.¹⁹ Hier aber gab es keine erkennbaren Reaktionen. Die Proteste von der Basis wurden ignoriert bzw. gehorsam den Arbeitgebern in SED und MfS weitergemeldet. Da sich Gerald Götting jeder Diskussion über Veränderungen verschloss, dominierte im offiziellen politischen Alltag der CDU weiterhin die „altvertraute Subalternität, wie man sie aus den veröffentlichten Beschlüssen jener Jahre kennt“.²⁰ Die CDU-Führung blieb nachgeordneter Vollstrecker des Willens der Einheitspartei und übte sich ungetrübt von eventuellen Emanzipationserwägungen in vorausgehendem Gehorsam gegenüber der „Partei der Arbeiterklasse“. Wie vom senilen Honecker wurde die Lage

17 Vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Bautzen, an die Parteileitung der CDU Berlin, Bautzen, 6. April 1988, Informationsbericht 1/88; vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Görlitz, an: Sekretariat des Hauptvorstandes, Abtlg. Parteiorgane Berlin, 21. Dez. 1988, betrifft: Quartalsbericht IV/88 (ACDP Zentralbestand Ost-CDU).

18 MfS, Hauptabteilung XX, Streng geheim, Berlin, 3. Mai 1989, Information über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und LDPD, unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion (BStU, ZA, HA XX, AKG-84, Bl. 15-24). Zit. in: *Materialien der Enquete Kommission*, Bd. VII,2, S. 1540.

19 Vgl. Peter Joachim LAPP, *Die „befreundeten Parteien“* (wie Anm. 16), S. 141; vgl. DERS. In: *Protokoll der 22. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 11. Dezember 1992 in Bonn*, in: *Materialien der Enquete Kommission*, Band II,1, S. 295; vgl. Manfred AGETHEN (wie Anm. 8), S. 104; vgl. Günter BUCHSTAB (wie Anm. 8), S. 536.

20 Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen* (wie Anm. 7), S. 102.

in der krisengeschüttelten DDR auch von Götting schöngeredet und die führende Rolle der SED vorbehaltlos anerkannt (Dokument 1). Trotz des erkennbaren Niedergangs der Wirtschaft, wachsender Engpässe in allen Bereichen der Versorgung, der Stagnation im Wohnungsbau und einer völlig maroden Infrastruktur bezeichnete Götting in der Grußadresse des CDU-Hauptvorstandes an den 11. Parteitag der SED im April 1986 das letzte Jahrfünft als den bislang erfolgreichsten Abschnitt in der Entwicklung der DDR. Das Volk habe „sein materielles und kulturelles Lebensniveau weiter erhöht“ und das Sozial- und Wohnungsbauprogramm vorangebracht. Götting dankte der SED „herzlich für das gute Miteinander“ im Block und in der Nationalen Front und dem „lieben Freund“ Honecker für dessen regelmäßige Instruierung der Vorsitzenden der Blockparteien. Die Gespräche mit der SED-Führung seien für die CDU „stets eine wichtige Hilfe“. Die „Einheit von Führungsrolle und Bündnispolitik der SED“ betrachte die CDU als „eine der kostbarsten Errungenschaften“ der sozialistischen Gesellschaft (Dokument 2). Es war absurd: Der führende CDU-Funktionär, der die CDU im SED-Auftrag lenkte und bespitzelte und dessen politische Heimat die SED war, bedankte sich bei der SED für die untergeordnete Rolle, die die mit seiner Hilfe unterdrückte CDU in der SED-Diktatur zu spielen hatte. Die SED konnte zufrieden sein. Auch in Auswertung des 11. Parteitages der SED bilanzierte Götting die angeblichen Erfolge beim Aufbau und bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus, sprach vom „Vertrauen der christlichen Demokraten in die Politik der Arbeiterklasse“ als der führenden Kraft der Gesellschaft und bekräftigte die Bereitschaft, die „kameradschaftliche Gemeinsamkeit zum Besten des Volkes fortzusetzen“. Sein Stellvertreter, Wolfgang Heyl, wie Götting nicht nur SED-Marionette, sondern offizielle Kontaktperson des Hauptvorstandes zum MfS, pries die SED ebenfalls als „führungserprobte und bündnisoffene Partei, die sich den Massen zugewandt“ habe und die allen „internationalen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik voll gewachsen“ sei (Dokument 3).

Die ideologischen Eingebungen der SED-gelenkten CDU-Führung hatten mit der Alltagssituation der Bevölkerung freilich nichts zu tun. An der CDU-Basis stießen sie – wie schon immer seit Anfang der fünfziger Jahre – auf Ablehnung. Neu war jedoch, dass nach der Machtübernahme Gorbatschows Kritik wieder recht deutlich geäußert wurde. Schon im Sommer 1986 wandten sich erste Ortsgruppenvorstände in Briefen an Götting, um Veränderungen anzumahnen. Die Vorstöße der CDU-Ortsgruppen – im Bezirk Dresden waren dies z. B. Grossenhain, Radebeul, Zittau, Coswig, Meißen und viele kleinere Gemeinden – wurden von SED und MfS argwöhnisch registriert. Bekannt geworden sind in den letzten Jahren vor allem die Aktivitäten der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen, in der bereits seit Mitte der achtziger Jahre jede Versammlung unter ein anderes provokantes Thema gestellt wurde. Schon 1985 wurde hier die Frage diskutiert, ob die DDR nicht mehr Demokratie brauche. Unter

Federführung ihrer Vorsitzenden, Else Ackermann, forderte die Ortsgruppe im Juni 1988 Reformen im Sinne Gorbatschows, bezeichnete die Gesellschaft der DDR als „ideologische Deformation“ und „Anachronismus“ und rief die CDU zu mehr Eigenständigkeit auf.²¹ Die heute zugänglichen CDU-Unterlagen zeigen jedoch, dass der couragierte Aufruf der brandenburgischen Ortsgruppe durchaus kein Einzelfall war. Er unterscheidet sich vor allem hinsichtlich seines Bekanntheitsgrades von verschiedenen ähnlichen Aktivitäten. Nicht nur in der Ortsgruppe Neuenhagen, sondern in der gesamten Blockpartei verstärkte sich vor allem seit 1988 die Reformdiskussion. Ihren Niederschlag fand die Unzufriedenheit der CDU-Basis in zahlreichen Briefen an die Parteiführung sowie in den monatlichen Informationsberichten der Kreissekretariate an die Bezirkssekretariate und in den Quartalsberichten an den Hauptvorstand.

Die Funktionäre berichteten, dass die Mitglieder wesentlich kritischer als zuvor diskutierten, an der Basis der Partei eine allgemeine Unzufriedenheit über die Verhältnisse herrsche (Dokumente 4 und 12) und die Stimmung unter dem überwiegenden Teil der CDU-Mitglieder wie fast unter der gesamten Bevölkerung als pessimistisch einzuschätzen sei (Dokument 9). Immer deutlicher würden wachsendes Unbehagen und Kritik am Erscheinungsbild der CDU formuliert. Bemängelt wurden ausbleibende Reaktionen der Parteiführung auf die politische Entwicklung. Angesichts der Tatsache, dass die Mitglieder vom Hauptvorstand keine Antworten auf ihre Anfragen erhielten, wurde gefordert, Berichte von der Basis künftig auszuwerten und nicht einfach zu ignorieren. Offen kritisiert wurde, dass die CDU-Führung in keinem einzigen Bereich eine eigene, von der SED-Linie abweichende Meinung vertrete. Angemahnt wurde dies zum Beispiel angesichts der staatlichen Zensurmaßnahmen gegenüber den Kirchenzeitungen, der im Bildungsbereich praktizierten Erziehung zum Hass, der gesamten vormilitärischen Ausbildung in den Schulen sowie angesichts der rigiden Praxis staatlicher Stellen bei der Ablehnung von Anträgen auf Besuchsreisen in die Bundesrepublik Deutschland (Dokument 9). Die Kritik galt aber auch der Informationspolitik der Partei, dem Erscheinungsbild der CDU-Presse sowie den Reden Göttings. Einzelne Kreisverbände berichteten im Sommer 1988 von Ortsgruppen, die sich darüber beklagten, dass die CDU eine reine Mitläufer- und Satellitenpartei der SED sei. Wenn sie keine eigene Meinung vertrete, so die Mitglieder, sei sie eigent-

21 „Gedanken der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen zu gesellschaftspolitischen Fragen in der DDR.“ Text in: Manfred AGETHEN (wie Anm. 8), S. 105–114. Zu den Hintergründen vgl. ebd. S. 99–104; vgl. *„Mut und Initiative wurden in jahrzehntelanger Entmündigung erstickt. Gedanken der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen (DDR) vom 27. Juni 1988 an den Hauptvorstand der CDU“*, in: *Begleittexte auf dem Weg zur Einheit*, hg. von der Exil-CDU, Berlin 1990, S. 23–29; vgl. Stefanie HOFFMEISTER, *„Auch die Mauerzeit ließ mich reifen. Leben vor und nach der Wende – Ärztin und CDU-Abgeordnete“* (Beitrag über Else Ackermann, d.A.), In: *Das Parlament* vom 9. Februar 1996.

lich völlig überflüssig (Dokumente 5, 8 und 12). Gefordert wurden immer wieder mehr Eigenständigkeit und ein eigenes, christlich geprägtes Selbstverständnis (Dokumente 4, 5, 8 und 10). Die CDU dürfe sich nicht nur auf Nationale-Front-Arbeit „mit Hakke und Schaufel“ eingrenzen lassen, sondern müsse ein „echtes politisches Mitspracherecht in allen Fragen“ verlangen (Dokument 5). Vereinzelt wurde die Parteileitung aufgefordert, ihre Kontakte zur CDU/CSU nach dem Vorbild der LDPD, die Beziehungen zur FDP unterhielt, zu intensivieren (Dokument 5).²²

Die Kritik konzentrierte sich aber nicht nur auf die eigene Partei. Immer wieder berichteten Kreisverbände von Forderungen nach einem offenen und ungehinderten gesellschaftlichen Dialog über alle drängenden Probleme der DDR sowie nach tatsächlicher Meinungsvielfalt in politischen Fragen (Dokumente 7 und 8). Strikt zurückgewiesen wurde die gesamte Informationspolitik in der DDR, bei der eine völlig einseitige positive Berichterstattung die erlebte Alltagswirklichkeit in kaum erträglicher Weise konterkarierte (Dokumente 5, 7, 8, und 12). Offene Kritik gab es bereits auch an der SED und am Staatsapparat. So war die Rede von der „Arroganz der Macht“ (Dokument 8) und der Überheblichkeit der SED (Dokument 10). Der Kreisverband Bautzen berichtete im April 1988 von einer Versammlung der Stadt, bei der ein CDU-Mitglied den meisten Beifall für die Bemerkung erhielt, „dass der Staatsapparat bei uns weithin zum Hemmschuh der gesellschaftlichen Entwicklung geworden“ sei (Dokument 4). Überall, so in anderen Berichten, gebe es Privilegierte mit Positionen, Beziehungen und ungerechtfertigtem Einkommen (Dokument 10). In allen Ortsgruppen werde Kritik an verbreiteter Unehrlichkeit, an Bürokratismus, unsachgemäßer Information, Nichtbeachtung der „sozialistischen Demokratie“ und am „Nichteingehen auf Dinge, die unsere Menschen bewegen“, formuliert (Dokument 5). Bemängelt wurde in diesem Zusammenhang die ständige Diskriminierung von CDU-Mitgliedern im Staatsapparat (Dokument 8). Es wurde darauf hingewiesen, dass Abgeordnete der CDU ihre Mandate niederlegen wollten, da es keinen Sinn habe, an Beratungen teilzunehmen, die doch nur verlorene Zeit bedeuteten (Dokumente 4 und 10). Die Arbeit als Abgeordneter bringe kaum sichtbare Ergebnisse, die Abgeordneten schämten sich vor einer Rechenschaftslegung gegenüber den Wählern (Dokument 6) und fühlten sich in ihrem Wirkungsfeld durch zentrale Beschlüsse eingeschränkt, durch die örtlich dringliche Vorhaben verhindert würden (Dokument 12).

In den Berichten der Kreisverbände spiegelt sich ein breites Spektrum kritischer Stellungnahmen zu den verschiedensten Bereichen des gesellschaftli-

²² Zur Problematik der Kontakte zwischen Ost- und West-CDU vgl. Carsten TESSMER, *Innerdeutsche Parteienbeziehungen vor und nach dem Umbruch in der DDR*, Erlangen 1991, S. 125–127.

chen Lebens sowie zur Wirtschaft und zur Politik der SED wider. In Ansätzen wird, setzt man die Kritikpunkte zu einem Gesamtbild zusammen, ein – wenn auch unscharfes – programmatisches Profil erkennbar. Es kennzeichnete die CDU als eine Partei, deren Basis sich für Dezentralisierung der Wirtschaft, Eigenverantwortung der Betriebe sowie die Durchsetzung eines effektiven Leistungsprinzips einsetzte und dem Ausbau der Infrastruktur größere Bedeutung beimaß. Im politischen Bereich war die Ablehnung der Diktatur, ein Eintreten für politischen Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und die Durchsetzung der Menschenrechte erkennbar. Es gab aber auch zahlreiche Stellungnahmen, in denen die SED-Politik vom Standpunkt eines alternativen Sozialismusmodells aus kritisiert wurde.

Hauptfelder der Auseinandersetzung waren jedoch die Wirtschaft und das System der zentralen Planung in der DDR, das als Ursache der Versorgungsschwierigkeiten angesehen wurde (Dokument 8). Es wurde darauf hingewiesen, dass die Fachleute in den Betrieben immer mehr in Widerspruch zu den zentralen staatlichen Festlegungen gerieten. Beklagt wurde die schlechte Ersatzteilversorgung in den Betrieben und die ständige Zunahme des nichtproduktiven Sektors (Dokument 12). Gefordert wurde die Trennung der Aufgabenbereiche der Betriebsleitungen, der Betriebsparteiorganisationen der SED und der Betriebsgewerkschaftsleitungen des FDGB (Dokument 5). Im Bereich der Versorgung galt die Kritik unter anderem den steigenden Preisen im Bereich des privaten Konsums (Dokument 8), die im wachsenden Widerspruch zum Lohngefüge eines großen Teiles der Bevölkerung stünden und mit Argumenten über stabile Preise für Grundnahrungsmittel oder gleichbleibend niedrige Mieten nicht mehr zu rechtfertigen seien (Dokument 9). Besonderen Ärger löste 1988 die Preissteigerung für den Pkw „Wartburg“ auf über 30 000 Mark hervor, für die die CDU-Basis wie fast die gesamte Bevölkerung „absolut kein Verständnis“ aufbrachte. Da die meisten Antragsteller nach über 17 Jahren Wartezeit den auf mehr als das doppelte angestiegenen Preis nicht zahlen konnten, meldeten sich viele von ihnen auf die Wartelisten für den „Trabant“ um, wodurch sich dort die Wartezeiten ebenfalls erheblich verlängerten (Dokumente 9 und 10). Angesichts der prekären Versorgungslage der bereits völlig überschuldeten DDR waren Themen wie die Versorgung mit „Waren des täglichen Bedarfs“, insbesondere mit Nahrungs- und Genussmitteln, „Erzeugnissen der Haushaltchemie“, Kinderbekleidung und -schuhen, Ober- und Untertrikotagen für Damen und Herren, Möbeln und „Heimelektronik“, mit Ersatzteilen und Baustoffen sowie die permanenten Engpässe im Dienstleistungsbereich ständig wiederkehrende Themen der Diskussionen. Hingewiesen wurde auch auf die Benachteiligung der Berufstätigen im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“, die nach Feierabend vor leeren Regalen stünden und deswegen gezwungen seien, während der Arbeitszeit einkaufen zu gehen (Dokumente 7, 8, 9, 10, 11 und 12). Weitere Themenfelder waren der Wohnungs- sowie der

Verkehrs- und Straßenbau. In den Stadtzentren gebe es keine Rekonstruktionsmaßnahmen mehr, stattdessen würden die „Bauhauptleistungen gegenüber Berlin“ immer weiter erhöht (Dokument 6). Die Lage im Verkehrs- und Straßenbau sei völlig unzulänglich (Dokument 8), die Versorgung mit Wohnraum mangelhaft, die Altbausubstanz abrisssreif und der Wohnungsbau stagniere (Dokumente 9 und 10). Ähnlich unzureichend sei die Gesundheitsversorgung. Es gebe wochenlange Anmeldezeiten und monatelange Wartezeiten bei speziellen Behandlungen (Dokument 11). Die Versorgung mit Medikamenten werde immer schlechter, und die Bausubstanz der Krankenhäuser und Kliniken verfallende. Angesichts der prekären Lage könne der verbreitete Pessimismus unter Medizinern nicht verwundern (Dokument 12). Aber nicht nur die Probleme in Wirtschaft und Versorgung führten zu allgemeiner Verärgerung, auch die kommunistische Erziehung stieß unter den CDU-Mitgliedern auf wachsenden Widerspruch. Im Bereich der Volksbildung wie in der FDJ sei eine „Uniformierung von Meinungen“ (Dokument 5) feststellbar, die sich im Verbot niederschläge, in der CDU über Fragen der Volksbildung auch nur zu diskutieren (Dokument 12).

Während sich die CDU-Führung für das Jahr 1989 die Aufgabe stellte, „die sozialistische Staatsmacht weiter zu stärken, die sozialistische Demokratie zu vertiefen, das bewährte Bündnis aller in der Nationalen Front vereinten politischen und gesellschaftlichen Kräfte zu festigen und das Bekenntnis aller Bürger zu der auf Friedenssicherung und Volkswohl gerichteten Politik unserer Republik auszuprägen“ (Dokument 13), stellten die Proteste an der Basis Ende 1988 bereits eine massenhafte Erscheinung dar und zielten auf die grundsätzliche Infragestellung der gesellschaftlichen Strukturen. Damit nahm der Widerspruch zwischen Basis und Führung weiter zu. Der Aufbruch unter den CDU-Mitgliedern beschränkte sich jedoch nicht auf Kritiken und damit verbundene Aktivitäten im Rahmen der eigenen Organisation. Unter den etwa eine halbe Million Mitgliedern aller Blockparteien gab es von Anfang an Zehntausende, die sich im Vorfeld der friedlichen Revolution an Demonstrationen beteiligten, sich Bürgergruppen anschlossen, in kirchennahen Gruppen oder in den Kirchen mitarbeiteten und im Rahmen des konziliaren Prozess engagierten.²³

Die 1989 weiter anwachsende Zahl kritischer Stellungnahmen in Briefen an Götting und den Hauptvorstand²⁴ veranlassten die SED zu Gegenmaßnahmen. Bereits im Jahr 1988 hatte das MfS die „Sicherung und Beherrschung der Lage in den Blockparteien und deren Medien“ durch eine verstärkte „ope-

23 Vgl. Hans-Hinrich JENSSEN, „*Wo wart Ihr vor Gorbatschow?*“ In: *Neue Zeit* vom 14. Dezember 1989. Vgl. Peter Joachim LAPP, *Ehemalige DDR-Blockparteien* (wie Anm. 13), S. 62.

24 Ein großer Teil dieser Briefe findet sich in: ACDP VII-010-3368.

orative Durchdringung der Kreisvorstände“ mit Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS beschlossen. „Tendenzen des ideologischen Aufweichens, des Zurücktretens vor gegnerischen Argumenten und der Überbetonung der Eigenständigkeit der Blockparteien“²⁵ sollten aufgeklärt und „operativ verhindert“ werden. In der Jahresplanung des MfS für 1989 war vorgesehen, den „Durchdringungsprozess, einschließlich der Schaffung inoffizieller Quellen in den Bezirksvorständen der CDU und LDPD“, weiter zu erhöhen, um das Anwachsen des „kritischen Potentials“ effektiver bekämpfen zu können.²⁶ Bereits im Mai 1989 wurde durch die Bezirksverwaltungen des MfS eingeschätzt, „dass die politisch-operative Sicherung des Bereiches befreundete Parteien gewährleistet“ sei. Die Anzahl „inoffizieller Kräfte zur Einschätzung der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien“ wurde ebenfalls als ausreichend angesehen. Insbesondere die Bezirksvorstände von CDU und LDPD waren „umfangreich inoffiziell gesichert, der Einsatz entsprechender IM in Schlüsselpositionen gewährleistet und eine wirksame operative Einflussnahme auf politisch-ideologische und kaderpolitische Entscheidungen“ gegeben.²⁷ Deutlicher konnte die personelle, organisatorische und programmatische Lenkung der CDU durch das MfS kaum zum Ausdruck gebracht werden. Im August 1989 arbeiteten zum Beispiel im Bereich der Kreisdienststelle des MfS Rostock 35 Inoffizielle Mitarbeiter bzw. „Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit“ (GMS). Davon entfielen fünfzehn auf die NDPD, acht auf die DBD, sieben waren in der CDU und fünf in der LDPD tätig.²⁸ Die Kreisdienststelle Rostock des MfS war in den Kreisvorständen der LDPD, der CDU und der DBD, wie es hieß, „inoffiziell verankert“.²⁹ Anders jedoch war die Lage an der Basis. Wurde die Situation in den Kreisen insgesamt als „ausreichend“ bewertet, so konstatierte das MfS, dass bislang „der zielgerichteten

25 Geheime Verschlussache 0043–515/88, in: *Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit*, hg. vom UNABHÄNGIGEN UNTERSUCHUNGAUSSCHUSS ROSTOCK, Rostock 1990, S. 65.

26 Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Abteilung XX: Jahresplan 1989 des Leiters der Abteilung XX. Geheime Verschlussache 153/88. Leipzig, 28. Dezember 1988. Bestätigt: Leiter der Bezirksverwaltung, Hummitzsch, Generalmajor. Bl. 23 (Forschungsstelle für die Verbrechen des Stalinismus [FVS] Dresden, Bezirksverwaltung Leipzig).

27 MfS, Hauptabteilung XX. Streng geheim. Berlin, 3. Mai 1989. Information über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und LDPD, unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion (Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik [BStU], ZA, HA XX, AKG-84, Bl. 15–24). Zit. in: *Materialien der Enquete Kommission*, Bd. VII, 2, S. 1541.

28 Information der KD Rostock/Referat III vom 30.08.89, in: *Arbeitsberichte über die Auflösung (wie Anm. 25)*, S. 66.

29 Bericht des Leiters der KD Rostock des MfS vom 29.08.89, in: ebd. S. 67.

inoffiziellen Absicherung und Durchdringung unmittelbar in den Grundeinheiten und Ortsgruppen zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet“ worden sei.³⁰ Gerade hier aber sammelte sich seit eh und je das kritische und oppositionelle Potential der Blockpartei.

Mit Hilfe ihrer Inoffiziellen Mitarbeiter gewann die Staatssicherheit ein recht genaues Bild von der Situation an der Basis der Blockpartei. In einem Bericht vom Mai 1989 wurde die Stimmungslage wie folgt skizziert:

- „Zweifel an der Richtigkeit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Subventions- und Preispolitik im Zusammenhang mit auftretenden Problemen und Schwierigkeiten in diesbezüglichen kommunalen Bereichen.
- Einseitige Orientierung an den Propagierungen westlicher Medien zu politischen Umgestaltungsprozessen in einigen sozialistischen Ländern und Übernahme gegnerischer Argumentationen im Sinne feindlicher Interpretationen zu ‚Glasnost‘ und ‚Perestroika‘ – damit verbunden sind Forderungen nach mehr Rechten für Blockparteien, Veränderungen des Wahlsystems sowie der Informations- und Medienpolitik.
- Entwicklung einzelner Ortsgruppen zu ‚politischen Debattierclubs‘, in denen der Versuch unternommen wird, Fehlerscheinungen unserer sozialistischen Entwicklung und Fehlverhalten einzelner Funktionäre des Staatsapparates und der SED als gesellschaftstypisch darzustellen bzw. diese Parteiveranstaltung/Mitgliederversammlung als ‚Ventil‘ zu nutzen, um angestaute Unzufriedenheit abzulassen bzw. abzubauen.
- Eine sichtbare Zunahme an Resignationserscheinungen und politisch motivierter Passivität resultierte u.a. auch daraus, dass das Tragen gesellschaftlicher Verantwortung und Engagement durch Parteifreunde nicht die gleiche Anerkennung findet wie bei Mitgliedern der SED bzw. parteilosen Bürgern und damit verbunden eine Benachteiligung bei der Übertragung bestimmter Funktionen/Stellungen einhergeht.“³¹

Im Frühjahr 1989 musste das MfS konstatieren, dass sich der Veränderungswille bereits nicht mehr auf die untere und mittlere Parteiebene beschränkte. In einer Einschätzung der Bezirksverwaltung Rostock des MfS vom März 1989 hieß es zur Haltung von Funktionären und Mitgliedern der CDU, LDPD und NDPD zu Grundfragen der Außen- und Innenpolitik der SED, der außen-

30 MfS, Hauptabteilung XX. Streng geheim. Berlin, 3. Mai 1989. Information über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und LDPD, unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion (BStU, ZA, HA XX, AKG-84, Bl. 15–24). Zit. in: *Materialien der Enquete Kommission*, Bd. VII, 2, S. 1541.

31 Ebd. S. 1539.

politische Dialog der SED zur Sicherung des Friedens werde zwar weiterhin unterstützt, aber es würden „zunehmend kritische und zum Teil auch ablehnende Positionen zur Informationspolitik und zur Wirtschaftsführung zum Ausdruck gebracht“. Nicht nur in verschiedenen Ortsgruppen, sondern auch in den Bezirks- und Kreisvorständen seien Bestrebungen erkennbar, gegenüber der SED ein größeres Mitspracherecht bei innenpolitischen Entscheidungen durchzusetzen. Hinweise auf sozialismusfeindliche Ziele seien bislang jedoch nicht bekannt. Die Grundpositionen eines großen Teils der Funktionäre in den Blockparteien würden, so die Einschätzung des MfS, „nachhaltig geprägt durch die gesellschaftliche Umgestaltung in der UdSSR“. Auch im Hauptvorstand der CDU registrierte das MfS im März 1989 „erkennbare Ansätze, unter dem Aspekt der Eigenständigkeit der Partei die Zusammenarbeit mit der SED zu unterlaufen“.³² So gab es „Bestrebungen einzelner Funktionäre, die Grundprinzipien der Bündnispolitik und weiterer Teilbereiche der Gesellschaftsstrategie der SED abzulehnen, die Anwendung von Prinzipien des Pluralismus im bürgerlichen Sinn zu fordern und im Rahmen ihrer Tätigkeit entsprechende Wirkung zu erzielen.“³³ Im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 registrierte die Staatssicherheit in mehreren Bezirken Bemühungen von Funktionären aller Blockparteien, „in einzelnen Wahlkreisen mehr Mandate für die Parteien zu erhalten, Einfluss auf die Mandatsverteilung zu nehmen und stärker mit Funktionen in Wahlvorständen präsent zu sein“.³⁴

In der CDU gelang es den Funktionären, die sich zu Fürsprechern des Veränderungswillens der Mitglieder machten, jedoch nicht, den offiziellen Kurs der Partei zu beeinflussen oder sich gar in irgendeiner Weise gegen Götting und die SED-gelenkte Parteiführung durchzusetzen. So wuchs die Diskrepanz zwischen Basis und Führung weiter und war im Sommer 1989 größer denn je. Die Bereitschaft, den politischen Maximen Göttings zu folgen, hatte inzwischen auch im mittleren Funktionärsapparat abgenommen. Hier wuchs stattdessen die Neigung, ein stärkeres Eigenleben zu führen und die Direktiven der Parteiführung zu ignorieren. Im September 1989 wies der SED-Kreissekretär von Brandenburg bereits darauf hin, dass leitende Funktionäre der

32 AKG BVfS Rostock: Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock. Rostock, 17. März 1989. Zit. in: *Arbeitsberichte über die Auflösung (wie Anm. 25)*, S. 69–72.

33 MfS, Hauptabteilung XX. Streng geheim. Berlin, 3. Mai 1989. Information über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und LDPD, unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion (BStU, ZA, HA XX, AKG-84, Bl. 15–24). Zit. in: *Materialien der Enquete Kommission*, Bd. VII,2, S. 1538. 34 Ebd. S. 1541.

Blockparteien anfangen, „die gleichen Fragen zu stellen, wie sie vom Klassegegner gestellt“ würden.³⁵ Auch unter den Funktionären der CDU im Bezirk Rostock registrierte die SED inzwischen „kritische Positionen zur Wirtschafts-, Informations- und Bildungspolitik“.³⁶

Im Prozess der zunehmenden Polarisierung in der Partei schwankten die Sekretäre der Bezirks- und Kreisebenen zwischen Loyalität gegenüber der Führung und Zustimmung zur Parteibasis. Unter den Mitgliedern aber war die Stimmung Anfang September 1989 angesichts der stagnierenden gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR weitgehend von Resignation und Frustration bestimmt (Dokumente 14, 18 und 19). Die Situation in der DDR wurde mit der Entwicklung im übrigen Ostblock verglichen, wo es bereits in mehreren Staaten zu Reformentwicklungen gekommen war (Dokument 16). Immer häufiger wurden nun Fragen nach der dortigen Entwicklung so-wie zur Massenflucht von DDR-Bewohnern über Ungarn gestellt (Dokument 21).³⁷ In diesem Zusammenhang wurde weiterhin die Informationspolitik der DDR – einschließlich die der CDU – kritisiert und eine offene und differenzierte Berichterstattung verlangt. Die ständigen Erfolgsmeldungen, so die Berichte der Bezirks- und Kreissekretariate, stünden in einem schwer erträglichen Kontrast zum Alltag, wie ihn die Bevölkerung vor Ort erlebe (Dokumente 17, 19 und 21). Die Kritik beschränkte sich freilich nicht nur auf die Informationspolitik der CDU, sondern betraf immer direkter den Hauptvorstand, dem vorgeworfen wurde, eine wirkliche Mitwirkungsmöglichkeit der Parteibasis zu verhindern. Götting wurde zum wiederholten Male aufgefordert, auf kritische Fragen von der Basis einzugehen (Dokument 19).³⁸ Es sei, so die Mitglieder, an der Zeit, ein eigenes politisches Profil der CDU zu entwickeln und eigenständig zu agieren (Dokumente 15, 17 und 18). Hingewiesen wurde auf das Beispiel des LDPD-Vorsitzenden, Manfred Gerlach,³⁹ der sich in verschiedenen Äußerungen seit Ende 1988 für eine Diskussion von Reformschritten im Rahmen der sozialistischen Gesellschaft ausgesprochen hatte. Nach den Kommunalwahlen im Mai 1989 gab es Pro-

35 SED Kreisleitung Brandenburg: Monatsbericht September 1989. An: Bezirksleitung der SED. 1. Sekretär, Genossen Dr. Günther Jahn. Brandenburg, den 18. Sept. 1989. Gez. Winfried Mitzlaff (Brandenburgisches Landeshauptarchiv [Brandenburg. LHA], Rep.530 Nr.47).

36 Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock: Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweise unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock. Rostock, 17. März 1989. Zit. in: *Arbeitsberichte über die Auflösung (wie Anm. 25)*, S.69–72.

37 Vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Wolgast. An den Bezirksverband der CDU, Sekretariat. Wolgast, den 1.9.1989 (ACDP III-043-033/1); vgl. Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Bad Doberan. An: Hauptvorstand der CDU, 1080 Berlin. 10.9.1989 (ACDP III 043-032/3).

38 Vgl. auch Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Bad Doberan. An: Hauptvorstand der CDU, 1080 Berlin. 10.9.1989 (ACDP III 043-032/3).

39 Vgl. diverse Schreiben an Gerald Götting. In: ACDP VII-010-3370.

teste gegen die Fälschungen und Forderungen nach einer Diskussion des Wahlsystems im Vergleich mit dem anderer sozialistischer Staaten (Dokumente 15 und 16).

Einen Schwerpunkt der Kritik stellten 1989 weiterhin die Bereiche Wirtschaft und Versorgung dar. So wurde bemängelt, dass die Werterhaltung in den Betrieben vernachlässigt werde (Dokument 16) und die Versorgung – einschließlich der medizinischen – mangelhaft sei. Die Städte würden dem Verfall preisgegeben (Dokument 17) und der Straßenbau stagniere. Es gebe kaum Ersatzteile, laufend würden Güter produziert, die niemand brauche, und die Preise stiegen ständig. In die Kritik geriet erneut die Subventionspolitik (Dokument 14). Verlangt wurde eine stärkere Beachtung des Leistungsprinzip in der Wirtschaft (Dokument 18, 20, 21) und Preisstabilität für die Waren des Grundbedarfs (Dokumente 15). Der Kreisverband Bad Doberan wies auf das Mißverhältnis der Berichte über Planerfüllungen hin, die mit dem ständig sinkenden Angebot und dem Qualitätsverlust der Konsumgüter kontrastierten und erklärte: „Der Kreisvorstand will in den Diskussionen innerhalb der Ortsgruppen auch zu den genannten Fragen Antworten geben können, die im Einklang mit der Auffassung der Parteiführung stehen. Ein Ausweichen dieser Fragen wird von vielen Ortsgruppen nicht mehr akzeptiert. Der Kreisvorstand kann diese Fragen gegenwärtig nicht alleine beantworten.“⁴⁰ Bemängelt wurde auch die Umweltverschmutzung und die technologische Rückständigkeit der DDR (Dokument 17). Angesichts der Fülle wirtschaftlicher Probleme stellten viele Mitglieder die angebliche Überlegenheit des Sozialismus bereits offen in Frage (Dokument 16). Zu den Kritiken an der wirtschaftlichen Situation kamen die an der Rechtspraxis, an der unzureichenden Glaubensfreiheit (Dokument 15) und an der Bürokratie in der DDR (Dokument 18). Längst berührte die Kritik, wie die Informationsberichte der Bezirks- und Kreissekretariate im Juli und August 1989 deutlich zeigen, jedoch auch direkt das politische Grundgefüge des SED-Staates. So bemängelte der Bezirksverband Magdeburg das Verhältnis von SED und CDU auf Ortsebene und formulierte Zweifel am „wahren demokratischen Charakter unserer praktizierten sozialistischen Demokratie“. Zur Demokratie gehöre Widerspruch, „der durch die bei uns praktizierte Widerspruchslosigkeit und völlige Ergebenheit in eine zentral geleitete Politik ausgeschaltet“ sei. Recht offen wurden vor diesem Hintergrund die Führungsrolle der SED, der demokratische Zentralismus und die Rolle der Blockparteien hinterfragt. Das Kreissekretariat Osterburg berichtete, dass Mitglieder „neue Wege zur Demokratie“ forderten. Sie zweifelten die Berechtigung der Führungsrolle der SED an und wünschten sich „mehr Einfluss der mit ihr befreundeten Parteien“ (Dokument 17).

40 Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Bad Doberan. An: Hauptvorstand der CDU, 1080 Berlin. 10.9.1989 (ACDP III 043-032/3).

Eine wesentliche Zäsur in der Entwicklung der CDU markierte der am 10. September auf der Eisenacher Synode des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR veröffentlichte „Brief aus Weimar“,⁴¹ mit dem sich vier im Bereich der evangelischen Kirche tätige Mitglieder der CDU⁴² an alle Ortsgruppen und Vorstände der CDU wandten.⁴³ Mit seinen inhaltlichen Forderungen nach gesellschaftlichen und politischen Reformen gab er die Stimmung an der Basis der CDU adäquat wider und fügte sich nahtlos in die Reihe der bislang formulierten Kritiken der CDU-Basis ein. Angemahnt wurden in dem Schreiben unter anderem freie Reisemöglichkeiten, ein neues Wahlgesetz, innerparteiliche Demokratie, Daten über die Umweltverschmutzung und die Wiederaufnahme der Zeitschrift „Sputnik“ in die Postzeitungsliste.⁴⁴ Inhaltlich war er „nahezu identisch“ mit dem „Brief aus Neuenhagen“.⁴⁵ Die Tatsache, dass er dennoch wesentlich mehr Wirkung entfaltete, lag zum einen an der Mitte September 1989 bereits zugespitzten politischen und gesellschaftlichen Situation in der DDR und war zum anderen der Tatsache geschuldet, dass die Initiatoren die Eisenacher Synode nutzten, um den Brief einer internationalen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Angesichts der bisherigen Haltung der CDU-Führung gegenüber allen Reformansätzen waren die Beteiligten wohl nicht besonders überrascht, als der Hauptvorstand innerhalb von zwei Stunden nach Erscheinen des Briefes „Maßnahmen zur Verhinderung seiner weiteren Popularisierung“ festlegte.⁴⁶ Da der „Brief aus Weimar“ in einer gezielten Postaktion allen Kreisverbänden der CDU zugeschickt worden war, wurde er in den Vorständen und Mitgliederversammlungen schnell aufgenommen und diskutiert.⁴⁷ Hier gab es inzwischen bereits eine Kontinuität kritischer Diskussionen, und so diente der Brief in erster Linie als wesentlicher Kristallisationspunkt für die gesamte Blockpartei, der das breite Reformverlangen an der Basis der CDU fokussierte und ihm damit eine veränderte Qualität verlieh.

Am 19. September, noch während der Synode, wies die CDU-Führung unter Gerald Götting den Brief offiziell zurück.⁴⁸ Zu dem von Götting angestrebten

41 Der „Brief aus Weimar“ in: *Neue Zeit* vom 26. Oktober 1989.

42 Martina Huhn (Rechtsanwältin aus Sachsen, Synodale des DDR-Kirchenbundes), Christine Lieberknecht (Pastorin aus Ramsla), Martin Kirchner (Leitender Jurist im Thüringer Landeskirchenrat, Oberkirchenrat und wichtiger IM des MfS) und Gottfried Müller (Chefredakteur der thüringischen Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“).

43 Vgl. Manfred AGETHEN (wie Anm. 8), S. 94 f.

44 Ena vom 28. Sept. 1989; *Frankfurter Rundschau* vom 3. Oktober 1989.

45 Manfred AGETHEN (wie Anm. 8), S. 100.

46 Horst KORBELLA, Die personelle und programmatische Erneuerung der CDU seit dem Sommer 1989. Bonn, den 25. Febr. 1991, S.10 (PAR, Ost-CDU 2).

47 Vgl. Helmut LÜCK, *Ein Mehr an Demokratie. Die neue CDU*, in: Hubertus KNABE (Hg.), *Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes*, Reinbek 1989, S. 127 f.

48 *Neue Zeit* vom 19. September 1989.

Parteiausschluss der Autoren kam es jedoch nicht, da einige Mitglieder des Hauptvorstandes darin angesichts der breiten Resonanz des Briefes ein falsches Signal sahen. Stattdessen fand daher am 26. September ein einlenkendes Gespräch der Autoren mit den Mitgliedern des Präsidiums und des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU, Werner Wünschmann und Adolf Niggemeier, statt, bei dem sich die Parteiführung zu weiteren Gesprächen bereit erklärte.⁴⁹ Dass es sich dabei um eine reine Hinhaltetaktik handelte und die CDU-Führung nicht daran dachte, von ihrem SED-Kurs Abstand zu nehmen, bezeugen interne Schreiben, die der Hauptvorstand nach dem Treffen an alle Bezirkssekretariate schickte und in denen es hieß, dass in der DDR für die Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten „alle politischen, gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen“ bestünden und dass nicht behauptet werden könne, die CDU sei eine „nachgeordnete Partei“. Vielmehr arbeite sie völlig gleichberechtigt und gleichverpflichtet mit.⁵⁰ Mit ihrer unbeweglichen Haltung verschenkte die CDU-Führung so – die von der LDPD-Führung in ihrer Partei genutzte – Möglichkeit, einen ersten Schritt zur Überwindung der extremen Polarität zu tun, die es zwischen ihr und der Parteibasis gab. Es kennzeichnete die neue Situation, dass die Haltung der CDU-Führung an der Basis kaum noch besondere Beachtung fand. Ungeachtet von deren Restriktionsdrohungen ging, angeregt durch den „Brief aus Weimar“, die Reformdiskussion weiter. Beim Sekretariat des Hauptvorstandes häuften sich Briefe, Beschwerden und Eingaben, in denen sich Mitglieder, Ortsgruppen und Kreisvorstände die Forderungen des Reformpapiers zu eigen machten und ergänzten.⁵¹ Die CDU-Basis begann ein Eigenleben zu entwickeln, wie es dies seit über vierzig Jahren nicht mehr gegeben hatte. In den Diskussionen entwickelte sich bereits das programmatische Gerüst für die bald folgende innerparteiliche Demokratisierung. Auch die nötigen organisatorischen Änderungen des Parteaufbaus standen bereits auf der Forderungsliste. Verlangt wurde erstmals ein vorgezogener Parteitag und der Rücktritt der gesamten Parteiführung.⁵² Die Entmachtung der SED-hörigen CDU-Führungsclique als Teil der Zerschlagung der gesamten SED-Diktatur zeichnete sich als Hoffnungsschimmer am politischen Horizont ab. Die Diskussionen wurden in einem sich selbst beschleunigenden Prozess immer offener. So berichteten in der zweiten Septemberhälfte alle Bezirksverbände über die breite Zustimmung, die der „Brief aus Weimar“ in den Kreisverbänden fand und über die zuneh-

49 Akte Weimar (ACDP VII 011-3508); vgl. Ralf Georg REUTH, „*Wie de Maizière an die Spitze kam. Wendungen in der Wende der einstigen Blockpartei*“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. Juli 1991.

50 Information des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU. Für die Bezirkssekretariate. Parteiinternes Material. Nr. 14/1989. Berlin, 26. Sept. 1989 (ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet).

51 Vgl. Akte Weimar (ACDP VII 011-3508).

52 Vgl. Helmut LÜCK (wie Anm. 47), S. 129.

mende Zahl kritischer Diskussionen unter den Mitgliedern. Der Bezirksverband Gera informierte über Forderungen nach einem offenen „Eingeständnis der Fehler in Leitung und Planung unserer Volkswirtschaft“ und die „stärkere Herausarbeitung eines eigenständigen Standpunktes der CDU“. Im Bericht des Bezirksverbandes vom 27. September 1989 hieß es: „In den vielen politischen Gesprächen, die unsere Vorstände mit Mitgliedern unserer Partei, mit parteilosen Christen und auch Mitgliedern der SED führen, wird kritisiert, dass die CDU auf die vielen Fragen der Bevölkerung im Prinzip keine andere Antwort gibt als die SED bzw. die Staatsführung.“ Das spiegele sich auch in der wachsenden Zahl von Parteiaustritten nieder. Der Stadtverband Magdeburg sprach von einem wachsenden „Vertrauensdefizit“ zum Hauptvorstand und zur gesamten CDU-Führung. Die Ausstrahlung der CDU sinke, weil sie „für viele Mitglieder, besonders aber für Außenstehende sprachlos ist und scheinbar völlig hilflos in der politischen Landschaft steht“. Es werde gefragt, „ob die Parteiführung überhaupt noch auf die Meinung der Mitglieder Wert“ lege. Auch der Bezirksverband Karl-Marx-Stadt zitierte kritische Stimmen aus den Kreisverbänden: „Die Machtfrage ist wichtig und entschieden, muss aber auch effektiver zugunsten einer echten Vorwärtsentwicklung im Sozialismus im Interesse aller Werktätigen ausgeübt werden.“ Daher müsse „die Selbstherrlichkeit ‚Wir machen keine (oder kaum) Fehler‘ und ‚Schuld sind immer die anderen‘“ endlich fallengelassen werden.⁵³

Auch den „staatlichen Organen“ blieb der Stimmungsumschwung an der CDU-Basis nicht verborgen. So informierte die Bezirksverwaltung Neubrandenburg des MfS die Bezirksleitung der SED darüber, dass „feindlich-negative Kräfte, kirchliche Amtsträger, einzelne Künstler und Mitglieder der LDPD bzw. der CDU ihre Aktivitäten“ verstärkten, „Vorstellungen wie das ‚Neue Forum‘ an der Basis zu verbreiten und Wirkungen zu erreichen“.⁵⁴ Die Bezirksverwaltung Erfurt des MfS registrierte im September 1989 an der Basis von LDPD und CDU deutliche „Bestrebungen einer Neuprofilierung ihrer Parteien“. Die Leiter aller MfS-Dienststellen wurden daher angewiesen, mit Hilfe der Inoffiziellen Mitarbeiter, die für die programmatische Ausrichtung in den Blockparteien zuständig waren, „Beeinträchtigungen bzw. Störungen der Bündnispolitik rechtzeitig zu erkennen und durch geeignete operative Maßnahmen zu unterbinden“.⁵⁵

53 Information über die Meinungsbildung der Mitglieder der CDU zu einigen aktuellen politischen Fragen, 1989. Zit. b. Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien (wie Anm 7)*, S. 178-185.

54 Ulrich von SASS/Harriet von SUCHODELETZ (Hg.), *Feindlich-negativ. Zur politisch-operativen Arbeit einer Stasi-Zentrale*, Berlin 1990, S. 135 f.

55 MfS BV Erfurt. Leiter, gez. Schwarz, Generalmajor. Erfurt, 27.9.1989. Tgb. Nr. 563/89: Rückflussinformation zur politisch-operativen Lage unter feindlich-negativen Kräften im Verantwortungsbereich der BV Erfurt im Zusammenhang mit den gegenwärtig republikweit durchgeführten feindlich-negativen Aktivitäten zur Schaffung sogenannter Sammlungsbewegungen politisch-oppositioneller Personen. Bl. 27 (FVS Dresden, BV Erfurt).

Ende September Anfang Oktober 1989 überschlugen sich die Ereignisse in der DDR. In der Zeit um den 40. Jahrestag am 7. Oktober 1989 erlebte der SED-Staat Großdemonstrationen, wie es sie zuletzt im Juni 1953 gegeben hatte. Durch den Massensexodus drohte die DDR auszubluten. Auch in der CDU gärte es immer stärker. Am 10. Oktober 1989 erschien in der Dresdner CDU-Zeitung „Die Union“ der „erste Glasnost-Artikel“⁵⁶ der Redakteurin Uta Dittmann unter dem Titel: „Es ist möglich, miteinander zu reden“. Am 11. Oktober setzte sich auch das CDU-Zentralorgan „Neue Zeit“ über die üblichen Regeln der Berichterstattung hinweg, verkürzte eine ADN-Meldung über die Unruhen am 10. Oktober und setzte den eigenen Bericht im Konjunktiv fort.⁵⁷ Was nach westlichen Maßstäben lapidar schien, hatte in der DDR erhebliche Bedeutung. Auch der Hauptvorstand kam nun nicht mehr umhin, sich mit dem Aufbruch an der Basis intensiver auseinander zu setzen. In einem vertraulichen Bericht über die Meinungsbildung unter den Mitgliedern war die Rede davon, dass alle Hoffnungen auf einen eigenständigen Beitrag der CDU enttäuscht worden seien, dass es keine Antworten auf die Fragen der Bevölkerung gebe und daher die Zahl der Austritte schnell zunehme. Überall gebe es Zustimmung zum „Brief aus Weimar“ und Proteste gegen die Haltung des Parteivorstandes. Gefordert würde die Herausarbeitung eines eigenen Standpunktes der CDU, eine realistische Berichterstattung in den Medien, die Anerkennung der Mündigkeit der Bürger sowie die Beseitigung von Bevormundung und Manipulierung der öffentlichen Meinung.⁵⁸

Nachdem die SED ab dem 11. Oktober offiziell auf Dialogpolitik umschwenkte und im ganzen Land bereits offizielle Wende-Erklärungen abgegeben wurden, zeigte auch der Hauptvorstand der CDU erstmals Bewegung. Aber auch darin folgte er nur den Vorgaben der SED. Die CDU-Presse veröffentlichte am 12. Oktober einen Artikel Göttings, in dem dieser erklärte, es gebe viele Fragen, die einer gründlichen Diskussion und überlegter Entscheidungen bedürften. Den „Brief aus Weimar“ nannte Götting nun plötzlich einen „Anstoß“, durch den die CDU „ihr Profil als politische Partei von Christen unverwechselbar“ zeige.⁵⁹

Die Politik des Hauptvorstandes der CDU lag – im Gegensatz zur LDPD – zu diesem Zeitpunkt jedoch weiterhin voll auf der Linie Honeckers. Das zeigte sich, als Honecker am 13. Oktober die Vorsitzenden der „befreundeten

56 So Dresdens Oberbürgermeister Herbert Wagner auf einer Tagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung am 9. November 1990 in Bayreuth. Mitschrift des Autors (PAR 4023).

57 Vgl. Gunter HOLZWEISSIG, *DDR-Presse im Aufbruch*, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 226.

58 Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Parteiorgane. Berlin, den 10. Okt. 1989. Vertraulich! Zur Meinungsbildung der Mitglieder der CDU in der gegenwärtigen Situation (ACDP VII-010-3529).

59 Gerald GÖTTING, „*Unsere Verantwortung*“, in: *Neue Zeit* vom 12. Oktober 1989.

Parteien“ sowie den Präsidenten des Nationalrats der Nationalen Front, Lothar Kolditz, zu einer „Beratung über aktuelle Aufgaben bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR“ empfang. Honecker betonte, angesichts der Entwicklung dürfe kein Eindruck von Zweigleisigkeit entstehen. Zwar solle der Sozialismus durch „tiefgreifende Wandlungen und Reformen“ weiter verbessert werden, das Entscheidende bleibe aber, „unbeirrt an unseren Grundwerten festzuhalten, am Sozialismus in der DDR nicht rütteln zu lassen“. In Zukunft solle die Nationale Front eine größere Rolle spielen. In der Volkskammer werde die SED künftig Anfragen und Antworten erlauben.⁶⁰ Götting, Homann, Kolditz und Maleuda stimmten den Ausführungen Honeckers uneingeschränkt zu. Nur Gerlach drängte auf kritische Formulierungen im Kommuniqué. Er kritisierte die Führungs- und Sprachlosigkeit der SED. Man dürfe mit Entscheidungen nicht bis zum XII. Parteitag der SED warten. Auf der Tagesordnung stünden öffentlicher Dialog, Reisefreiheit, mehr Demokratie im politischen Leben, Änderungen im politischen Strafrecht und ein neues Wahlsystem.⁶¹

Die CDU-Führung dachte auch zu diesem Zeitpunkt nicht daran, derartige Forderungen zu übernehmen oder gar selbst zu formulieren. Nur äußerst langsam, immer parallel zur SED und unter dem Druck der Ereignisse entwickelte sich hier eine zaghafte Diskussion über den weiteren Weg der DDR und der eigenen Partei. An der Basis wurde unterdessen die Forderung nach der Einberufung eines Sonderparteitages der CDU immer lauter. Am 16. Oktober tagte das Präsidium der CDU mit den Bezirkssekretären. Auch bei diesem Treffen konnte Götting keine Änderung des politischen Standortes abgerungen werden. Die Bezirksvorsitzenden von Karl-Marx-Stadt und Schwerin, Klaus Reichenbach und Lothar Moritz, erklärten unter dem Beifall der Anwesenden, dass es in der CDU längst eine andere CDU gebe als die, die Götting noch zu führen meine. Götting verbot daraufhin jede Beifallskundgebung und prognostizierte, die Entwicklung werde durch den Einsatz sowjetischer Truppen bald wieder ein Änderung erfahren.⁶² Trotz der starren Haltung Göttings sah sich das Präsidium des Hauptvorstandes angesichts der Forderungen der Bezirkssekretäre veranlasst, noch am selben Tag erstmals Selbstkritik zu üben. Man habe im Bestreben, „die imperialistischen Aktionen gegen unsere Gesellschaft abzuwehren“ vor allem auf Kontinuität gesetzt. Dabei seien Signale aus den eigenen Reihen nicht früh genug erkannt worden. Der Hauptvorstand schloss sich jetzt den allgemein erhobenen Forderungen nach Dialog, Reisefreiheit etc. an, erklär-

60 Vgl. Günter SCHABOWSKI, *Der Absturz*, Berlin 1991, S. 258; vgl. Manfred GERLACH, *Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat*, Berlin 1991, S. 287 f.

61 Vgl. ebd. S. 288–290; Vgl. Interview mit Manfred Gerlach, in: *Der Spiegel* vom 6. November 1989.

62 Vgl. Horst KORBELLA (wie Anm. 46), S. 11.

te aber zugleich, für die CDU sei „all das unverzichtbar ..., was zum Sozialismus in der DDR und zu seinen eigenen Zügen beigetragen“⁶³ habe. Nach der offiziellen Selbstkritik gaben nun nacheinander auch die meisten Bezirks- und Kreisvorstände der CDU offizielle Erklärungen ab, in denen sie sich der neuen Linie der Hauptvorstandes anschlossen oder aber bereits ihre zum Teil wesentlich weitergehenden Forderungen formulierten. Noch einmal wurde deutlich bemängelt, dass sich der Hauptvorstand der CDU erst spät mit einer Erklärung zu den Problemen des Landes an die Öffentlichkeit gewandt habe.⁶⁴

Ausgelöst durch die beginnende friedliche Revolution setzte nun auch in den oberen Etagen der CDU ein Differenzierungsprozess ein, der bald erkennen ließ, wie heterogen die Kräfte waren, die sich unter dem Dach der CDU zusammengefunden hatten. Nachdem beim Hauptvorstand weiterhin Schreiben von der Basis eintrafen, die eine offene Diskussion über Ursachen der Ausreise, mehr Eigenständigkeit der CDU und mehr Mündigkeit für den Bürger forderten und sich gegen die Diskriminierung Andersdenkender wandten,⁶⁵ kam es am 25. Oktober 1989 auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU zu einer weiteren Auseinandersetzung über den zukünftigen Kurs der Union. Götting hatte zuvor den Entwurf eines Positionspapiers verschickt, das auf der Tagung beraten werden sollte.⁶⁶ Wie er forderte auch sein Stellvertreter, Wolfgang Heyl, die führende Rolle der SED weiterhin anzuerkennen, gleichzeitig aber das Profil der Blockpartei zu modifizieren.⁶⁷ Mit dieser SED-freundlichen Politik konnten sich beide Funktionäre jedoch nicht länger durchsetzen. Der Unmut, der sich seit Anfang Oktober 1989 gegen die Führung der Blockpartei aufgestaut hatte, explodierte bei einer Parteitagung der CDU mit Künstlern und Kulturschaffenden am 27. Oktober in der Zentralen Bildungsstätte der CDU in Burgscheidungen.⁶⁸ Auslöser war eine Rede des Schriftstellers Uwe Grüning „über die Abschaffung der Wirklichkeit“ in der DDR, bei der dieser auf die gesellschaftli-

63 *Neue Zeit* vom 17. Oktober 1989.

64 Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Presseorgane. Berlin, den 25. Okt. 1989: Vorschläge aus Briefen von Unionsfreunden und Ortsgruppen sowie Informationsberichte von Vorständen der CDU (ACDP VII-0101-3529).

65 Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Parteiorgane. Berlin, den 25. Okt. 1989. Vorschläge aus Briefen von Unionsfreunden und Ortsgruppen sowie Informationsberichten von Vorständen der CDU (2. Teil) (ACDP VII-0101-3529).

66 Schreiben Gerald Göttings an alle Mitglieder des Parteihauptvorstandes vom 25. Okt. 1989 (ACDP VII-011-3518).

67 *Neue Zeit* vom 27. Oktober 1989.

68 Vgl. Ute SCHMIDT, *Transformation einer Volkspartei – Die CDU im Prozess der deutschen Vereinigung*, in: Oskar NIEDERMAYER/Richard STÖSS (Hg.), *Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern*, Opladen 1994, S. 44.

chen Verhältnisse einging und die SED-Führung offen kritisierte.⁶⁹ Nach den Ausführungen kam es zu einer offenen Abrechnung mit der Politik Göttings und zur Forderung nach seinem Rücktritt.⁷⁰

Am selben Tag wurde der „Brief aus Weimar“ in der gesamten Unionspresse abgedruckt. Einen Tag später veröffentlichte die „Neue Zeit“ den Diskussionsentwurf eines Positionspapiers des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU, in dem nun in acht Grundforderungen u.a. freie Wahlen, eine am Markt orientierte Wirtschaft, ein grundlegend verändertes öffentliches Leben, das sich „durch lebendige Demokratie, strikte Rechtsstaatlichkeit und realistische Medien politisch auszeichnet“ sowie eine „neue Qualität innerparteilicher Demokratie“ formuliert wurden. Betont wurde jedoch erneut, dass die CDU eine eigenständige Partei in der DDR und für den Sozialismus sei und bleibe. Das Präsidium des Hauptvorstandes rief auf, den Entwurf zu diskutieren und kurzfristig den 17. Parteitag einzuberufen.⁷¹ Vor allem die mit den Kirchen verbundenen CDU-Mitglieder, die Kontakt zu oppositionellen Bürgergruppen hatten, forderten jedoch bereits einen eindeutigen Kurswechsel der Partei und die Absetzung Göttings. So forderten die vier Initiatoren des „Briefes aus Weimar“ und Vertreter aus den Bezirken Götting am 1. November in einem Gespräch zum Rücktritt auf.⁷² Nach „streng internen“ Berichten Inoffizieller Mitarbeiter des MfS in der CDU-Führung bestand jedoch inzwischen auch hier „die Auffassung, dass Götting nicht in der Lage sei, sich den veränderten Bedingungen anzupassen. Ihm würden die erforderlichen wissenschaftlich-theoretischen und organisatorischen Fähigkeiten für die jetzt notwendige neue Qualität der Führungstätigkeit fehlen“, außerdem leiste er Widerstand gegen alle Reformbestrebungen in der Partei. Die Inoffiziellen Mitarbeiter wiesen darauf hin, dass es Aktivitäten von Funktionären aus Bezirks- und Kreisorganisationen der CDU gebe, noch vor dem XII. Parteitag der SED – bis spätestens März 1990 – einen Sonderparteitag der CDU einzuberufen, auf dem „der Rahmen für eine tatsächlich eigenständige Politik der CDU im Zusammenwirken mit den anderen Parteien im Demokratischen Block abgesteckt“ wer-

69 Uwe Grüning bezeichnete die Veranstaltung später als „Aufbruch einer Partei aus ihrer nicht selbstverschuldeten, wohl aber geduldeten Unmündigkeit“ und als „Sternstunde der CDU, vielleicht ihre bedeutsamste“, in: Uwe GRÜNING, *Weltfremdheit und Wirklichkeitsnähe*, in: *Eichholz Brief. Zeitschrift für politische Bildung*, Heft 2/1991: *Christliche Demokraten in der Herbstrevolution*, S. 40.

70 Bericht von Nikolaus Flämig aus Hennersdorf. An den Bezirksverband Dresden der CDU und die Redaktion der Union. Hennersdorf, am 30.10.1989 (ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnetes Material).

71 Neue Zeit vom 28. Oktober 1989.

72 Teilnehmer waren u.a. Martin Kirchner, Martina Huhn, Christine Lieberknecht, Gottfried Müller, Walter Riedel, Heinz Hellwig, Peter Zimmermann.

den sollte.⁷³ Am 2. November fand eine außerordentliche Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes statt, zu der Götting zwar noch eingeladen hatte, an der er aber selbst nicht mehr teilnahm. Heyl eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, es gehe „längst nicht mehr allein um eine Solidarisierung mit dem Brief aus Weimar, sondern um ganz konkrete Forderungen nach personellen Veränderungen“. Er informierte darüber, dass Götting darum gebeten habe, ihn von seiner Funktion als CDU-Vorsitzenden zu entbinden. Beraten wurde auch ein Rücktritt des gesamten Präsidiums des Hauptvorstandes.⁷⁴ Die Mitglieder des 1987 eingesetzten Hauptvorstandes beauftragten Wolfgang Heyl mit der vorläufigen Wahrnehmung des Vorsizes der CDU. Heyl lehnte es jedoch ab, für die Wahl eines neuen Vorsitzenden am 10. November zu kandidieren. Statt dessen schlug er u.a. Lothar de Maizière vor. De Maizière hatte bis zu diesem Zeitpunkt keine Parteifunktionen innegehabt, besaß als Vizepräsident der evangelischen Bundessynode jedoch kirchliches Vertrauen und schien von daher besonders geeignet, die Nachfolge Göttings anzutreten. Zuletzt hatte er durch den kritischen Artikel „Die Bundessynode und die brennenden Fragen“, der am 18. Oktober erschien, auf sich aufmerksam gemacht.⁷⁵ Götting erklärte am 2. November offiziell seinen Rücktritt und Heyl übernahm kommissarisch die Leitung der Partei.

Nach dem Wechsel an der Parteispitze avancierte die CDU nun „rasch zur Vorreiterin der Reformbestrebungen unter den Blockparteien“.⁷⁶ Bereits einen Tag nach Göttings Rücktritt verlangte die CDU-Fraktion der Volkskammer die sofortige Einberufung der Volkskammer und forderte die Regierung auf, die Vertrauensfrage zu stellen. Angesichts des Unmutes über die Kommunalwahlen gelte es nun, ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten und die Kommunalwahlen zu wiederholen.⁷⁷ Offen verkündetes Ziel der CDU war nun eine demokratische Reform des Sozialismus. De Maizière erklärte am 6. November 1989 in der „Neuen Zeit“, die DDR brauche endlich „einen Sozialismus, der diesen Namen wirklich verdient“. Nicht der Sozialismus sei am Ende, so de Maizière einige Tage später, sondern „seine administrative diktatorische Ver-

73 Ministerium für Staatssicherheit. Streng geheim! Nr. 487/89. Berlin, den 2.11.89: Information über einige beachtenswerte Aspekte der aktuellen politischen Lage in den befreundeten Parteien (BStU, ZA, ZAIG 3750, Bl. 14–21). Zit. in: *Materialien der Enquete Kommission*, Bd. VII, 2, S. 1548 f.

74 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. März 1991.

75 Vgl. Lothar de MAIZIERE (wie Anm. 1), S. 58 f.

76 Siegfried SUCKUT, *Vom Blocksystem zur Konkurrenz. Zum Wandel der ehemaligen Blockparteien in der DDR seit dem Herbst 1989*, in: Ilse SPITTMANN/Gisela HELWIG (Hg.), *Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen. Drei- und zwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 5. bis 8. Juni 1990*, Köln 1990, S. 131.

77 Vgl. Hannes BAHRMANN/Christoph LINKS, *Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989. Eine Chronik*, Berlin 1990, S. 81.

zerrung“.⁷⁸ In zahlreichen weiteren Stellungnahmen setzte sich der am 10. November zum neuen Vorsitzenden gewählte de Maizière⁷⁹ bis zum Sonderparteitag der CDU im Dezember 1989 immer wieder für einen demokratisch erneuerten Sozialismus ein. Am 19. November 1989 nannte er den Sozialismus „eine der schönsten Visionen menschlichen Denkens“.

Auch die Bezirks- und Kreisverbände der CDU schlossen sich nach dem Führungswechsel dem neuen Kurs einer Demokratisierung der Gesellschaft an, lehnten aber die sozialistischen Bekundungen der Parteiführung teilweise ab. In der Dresdener Stadtverordnetenversammlung erklärte die CDU-Fraktion bereits am 26. Oktober den Auszug aus dem Demokratischen Block.⁸⁰ Das Bezirkssekretariat der CDU in Erfurt forderte am 14. November 1989 die Herstellung der Eigenständigkeit des Bezirkstages als höchstem gewählten Machtorgan des Bezirkes und eine „selbständige und unabhängig von Parteiinstanzen praktizierte Machtausübung“. Die CDU kündigte für die nächste Sitzung an, als Fraktion aufzutreten und forderte vom Ratsvorsitzenden die Akzeptierung von Fraktionsbildungen, rechtzeitige Information der Abgeordneten, Wahl einer unabhängigen Tagungsleitung, die Bildung eines Beschwerdeausschusses, die Anrede aller Abgeordneten als „Abgeordnete“, eine einheitliche Pausenversorgung, ein Ende der Bevorzugung der SED im Bezirkstag und eine Revision des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985. Zu seiner Sitzung am 17. November trat der Bezirkstag Erfurt bereits fraktionsweise an.⁸¹ Die CDU-Fraktion erklärte, dass sie den „Block“ nicht mehr als Plattform der Zusammenarbeit ansehe und das Einstimmigkeitsprinzip nicht mehr akzeptiere.⁸²

Ähnlich, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, lief die Entwicklung nun fast überall ab. Dass es sich bei den Forderungen der CDU nicht um leere Worthülsen, sondern um konkrete Schritte hin zur angestrebten politischen Mitarbeit handelte, zeigten die vom Amt für Nationale Sicherheit registrierten „Anstrengungen zur Schaffung einer Kaderreserve“ der CDU, die bis Ende November 1989 unternommen wurden, um auch auf unterer staatlicher Ebene (Bezirk, Kreis, Kommunen) Positionen durch CDU-Abgeordnete besetzen zu können.⁸³

78 *Neue Zeit* vom 18. November 1989.

79 Vgl. *Neue Zeit* vom 11. November 1989.

80 Vgl. Horst KORBELLA (wie Anm. 46), S. 11.

81 Schreiben des Bezirksvorsitzenden der CDU Erfurt, Schnieber, an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Erfurt, Swatek, vom 14. November 1989 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar [ThHSTA], 041494).

82 Rat des Bezirkes Erfurt. Der Sekretär: Hinweise, Vorschläge und kritische Bemerkungen aus der Diskussion der 16. Tagung des Bezirkstages, ihre Klärung, Entscheidung sowie Beantwortung. Abg. B. Schnieber (CDU). Erfurt, 23.11.1989 (ThHSTA 041492).

83 Bezirksamt für Nationale Sicherheit Halle, Abteilung XX: Einschätzung zur politisch-operativen Lageentwicklung. Halle, 24. November 1989 mü-ki. Gez. i.V. Steffen, Major, Gröger, Oberst, Leiter der Abteilung, in: *Keine Überraschung zulassen! Berichte und Praktiken*

Bei der vom 20. bis 22. November in Burgscheidungen tagenden Hauptvorstandssitzung kam es zu heftigen Debatten darüber, ob der Sozialismus noch ein tragfähiger Begriff für die zu erneuernde Gesellschaft sei. Bei einer Abstimmung im Plenum forderte die Mehrheit der Hauptvorstandsmitglieder, auf den Begriff „Sozialismus“ zu verzichten. Ein Bericht des AfNS über die Sondersitzung des Hauptvorstandes der CDU in Burgscheidungen spiegelt diesen Konflikt wider. Hier hieß es, es gebe unter den Mitgliedern „äußerst widersprüchliche Auffassungen zur weiteren Perspektive und Zielen der CDU“. Dabei zeichne sich eine Auseinandersetzung zwischen dem neuen Vorsitzenden, der an den humanistischen Traditionen der Partei festhalte, und jenen Mitgliedern ab, die eine stärkere Machtbeteiligung in Staat und Regierung fordern.⁸⁴

Da sich de Maizière mit seinen Vorstellungen durchsetzte, legte die CDU nach der Sitzung den Entwurf eines demokratisch-sozialistisch orientierten Programmpapiers vor, in dem ein Volksentscheid über eine neue Verfassung ohne Führungsanspruch einer Partei gefordert wurde. Der Hauptvorstand sprach sich für eine „Koalition der Vernunft und Verantwortung“ aus, die allen gesellschaftlichen Kräften offen stehen sollte. In einem zweiten Entwurf des Grundsatzpapiers „Position der CDU zu Gegenwart und Zukunft“ bekannte sich die CDU am 25. November erneut zu ihrer Mitschuld an den gesellschaftlichen Deformationen und sprach sich für eine humane und demokratische Gesellschaft, für einen „Sozialismus nach christlichem Verständnis“⁸⁵ aus. Die wesentliche Frontlinie in der CDU lief nun zwischen den Befürwortern einer demokratischen Reform des Sozialismus um de Maizière, der sich auf dieser Grundlage für freie Wahlen 1990 und für eine Konföderation aussprach,⁸⁶ und den sich an der Politik der westlichen Union orientierenden Reformkräften.

Unerwartet rief die SED über Nacht zum 28. November die Parteien und Massenorganisationen zu einer geheimen Sitzung des „Demokratischen Blockes“⁸⁷ zusammen. De Maizière stellte gleich bei der Eröffnung „einem

der Staatssicherheit in Halle bis Ende November 1989, hg. von Mitgliedern der Redaktion „Das andere Blatt“, 2. Aufl. Halle 1991, S. 117–121.

⁸⁴ Vgl. ebd.

⁸⁵ *Neue Zeit* vom 25. November 1989.

⁸⁶ Unterlagen der VIII. Tagung des Hauptvorstandes der CDU vom 20.–22.11.1989 in Burgscheidungen (ACDP VII-011-3506).

⁸⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll. Sitzung des Demokratischen Blocks am 28. Nov. 1989. Beginn: 14.00 Uhr (Bundesarchiv, Außenstelle Potsdam [BArchP], Akte z 3/32). Text in: Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen* (wie Anm. 7), S. 186–197; vgl. Stenografischer Bericht. „Demokratischer Block“ vom 28. November 1989. Zit. b. Uwe THAYSEN, *Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk?* In: ZParl 21 (1990) 1. Teil S. 71–100, 2. Teil S. 285–287.

Paukenschlag gleich⁸⁸ für die CDU den Antrag, „diese Sitzung als unsere letzte zu betrachten und von ihr an den Runden Tisch zu gehen“. Dieser schien ihm besser geeignet als der Block, die neue, gleichberechtigte Zusammenarbeit der demokratisch-sozialistischen Parteien zu demonstrieren und zu realisieren. Auch die anderen Parteien und Massenorganisationen bekundeten ihre Bereitschaft, sich an einem Runden Tisch zu beteiligen.⁸⁹ De Maizière warf der SED vor, das angeblich ursprüngliche Verständnis des Blocks als „Beratungs- und Entscheidungsorgan gleichberechtigter, eigenständiger politischer Kräfte“ unterminiert zu haben und trat für eine vollständige Selbständigkeit der Mitglieder des Blocks ein. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits zahlreiche CDU-Vorstände ihren Austritt aus dem Block erklärt und bereits dasselbe von der Parteiführung gefordert. Für die SED wies Krenz den Vorschlag zurück und erklärte, dass sich der Block in 40 Jahren Existenz der DDR bewährt hätte. Krenz forderte die Blockmitglieder auf, dem Vorschlag nicht zu folgen und stattdessen eine gemeinsame Position für den Runden Tisch festzulegen. Daraufhin unterstützten alle Parteien und Massenorganisationen – mit Ausnahme der CDU – das Anliegen der SED. Dennoch blieb dies die letzte Sitzung. Der 1945 ins Leben gerufene Block ging auch ohne einen Auflösungsbeschluss in den Wirren der kommenden Ereignisse sang- und klanglos unter.

„Die entscheidende Zäsur“⁹⁰ in der Entwicklung der CDU während der friedlichen Revolution stellte ihr Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 dar. Die in Urwahlen demokratisch gewählten 800 Delegierten des Sonderparteitages beschlossen eine neue Satzung und wählten einen neuen Parteivorstand. Unter dem Druck der Mitglieder, die zum überwiegenden Teil jede Form eines Sozialismus ablehnten, aber auch um die CDU nicht als im Parteienspektrum weiter links stehend als die Sozialdemokratische Partei (SDP) erscheinen zu lassen,⁹¹ revidierte de Maizière auf dem Parteitag überraschend seine prosozialistische Haltung und strich unter tosendem Beifall den Sozialismus als „leere Hülse“⁹² aus dem Vokabular der CDU. Stattdessen bekannte sich die CDU nun zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, zur parlamentarischen Demokratie und zur Einheit der deutschen Nation. Auch der Vorsitzende der Exil-CDU der SBZ, Siegfried Dübel, gratulierte de Maizière zu dessen Wahl. Erstmals habe die CDU in Mitteldeutschland seit der Absetzung Jakob Kaisers wieder einen „legalen Vorsitzenden und legitimen Sprecher“.

88 Manfred GERLACH, *Mitverantwortlich* (wie Anm. 60), S. 338.

89 Brief von Lothar de Maizière an Martin Ziegler vom 28. November 1989 (BArchP A-3 I Bl. 21f.)

90 Ute SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 48.

91 Vgl. Siegfried SUCKUT, *Vom Blocksystem* (wie Anm. 76), S. 131.

92 *Union teilt mit*, Heft 1/1990, S. 2.

Die politische Verpflichtung der Exil-CDU, für die christlichen Demokraten in Mitteldeutschland zu sprechen, ende mit der Wahl de Maizières.⁹³

Binnen weniger Wochen und Monate hatte die CDU die ihr aufgezwungene Rolle als Blockpartei und Transmissionsinstrument der SED-Diktatur abgeschüttelt, die alte, SED-hörige Führung weitgehend entmachtet und sich in einem Prozess innerparteilicher Demokratisierung, organisatorischer Umstrukturierung und programmatischer Profilierung von der Basis her erneuert. Getragen wurde dieser Prozess von den Mitgliedern, die ihre politischen Überzeugungen in der Hoffnung auf eine Veränderung der Verhältnisse seit Jahren und Jahrzehnten „gewissermaßen geparkt und quasi stillgelegt hatten“⁹⁴ und die nun die Möglichkeit der friedlichen Revolution nutzten, ihre christlich-demokratischen Ideen zu reaktivieren. Möglich wurde die rasche Erneuerung der Partei dadurch, dass sich unter den Mitgliedern seit der Gleichschaltung der CDU ein kritisches Potential erhalten hatte, das die SED-Diktatur ablehnte und seit Beginn der Gorbatschowschen Reformpolitik begann, die Eigenständigkeit der CDU durch kritische Diskussionen und programmatische Überlegungen vorzubereiten. Die damit einhergehende Entmachtung der alten, SED-hörigen Führungselite um Gerald Götting im Verlauf des Herbstes 1989 aber war ein wichtiger Bestandteil der Zerschlagung der SED-Diktatur im Rahmen der friedlichen Revolution und der daraus resultierenden Demokratisierung der Gesellschaft in der DDR.

Dokumente

Dokument 1: *Christlich-Demokratische Union, Präsidium des Hauptvorstandes. Vertraulich! Protokoll der 23. Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes am 9. Juli 1985*

[...] Die vier Jahrzehnte Existenz des Demokratischen Blocks haben bestätigt, dass die vor vierzig Jahren getroffene Entscheidung für das Zusammenwirken

⁹³ Schreiben des 1. Vorsitzenden der Exil-CDU, Siegfried Dübel, an den Vorsitzenden der CDU Deutschlands in der DDR, Lothar de Maizière, vom 17. Dezember 1989 (ACDP VII 010–3522). Zur weiteren Entwicklung der CDU bis zum Vereinigungsparteitag vgl. Michael RICHTER, *Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990*, in: Michael RICHTER/Marin RISSMANN, *Die Ost-CDU* (wie Anm. 3), S. 235–251.

⁹⁴ So Peter Joachim LAPP, in: *Protokoll der 22. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 11. Dezember 1992 in Bonn*, in: *Materialien der Enquete Kommission*, Band II, 1, S. 295.

aller demokratischen Kräfte richtig war. Sie gehört zu den Voraussetzungen für die gemeinsam erbrachten Leistungen, die unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat heute zu einem international geachteten Staat haben werden lassen, der zu einem Garanten des Friedens in Europa geworden ist. Mit der in den zurückliegenden Jahrzehnten gewachsenen Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei hat sich für die christlichen Demokraten in der DDR eine ständig zunehmende Mitverantwortung ergeben, die auch künftighin große Perspektiven für eine schöpferische Mitarbeit an der weiteren Gestaltung unserer entwickelten sozialistischen Gesellschaft bietet. In diesem Zusammenhang verweist Götting auf die vielfältigen Möglichkeiten, die sich dabei jetzt aus einer initiativreichen Mitarbeit an der Volksbewegung im Vorfeld des XI. Parteitag-tes der SED ergeben. Die 10. Tagung des Zentralkomitees hat die entscheidende Etappe dafür eingeleitet. Vor allem die richtungweisende Rede Erich Honeckers bietet eine gute Grundlage für die politisch ideologische Arbeit. Die Mitglieder des PHV stimmen in der sich anschließenden Aussprache den Ausführungen Göttings voll inhaltlich zu. [...]

Quelle: ACDP VII-010-3092.

Dokument 2: In unzerstörbarer Bündnispartnerschaft. Grußadresse des Hauptvorstandes an den XI. Parteitag der SED vom 17. April 1986

Sehr verehrter, lieber Freund Erich Honecker! Werte Delegierte! [...] Ihr Parteitag ist uns willkommener Anlas, der Partei der Arbeiterklasse herzlich für das gute Miteinander zu danken, das uns im Block und in der Nationalen Front in der täglichen Arbeit verbindet. Insbesondere danken wir Ihnen, lieber Freund Erich Honecker, dass Sie immer wieder auf freimütige, freundschaftliche Art den Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit den Vorsitzenden der befreundeten Parteien führen. Solche Gespräche waren und sind für uns stets eine wichtige Hilfe. Diese Einheit von Führungsrolle und Bündnispolitik der SED, dieses gemeinsame Vorangehen unserer Parteien in der gemeinsamen Verantwortung für das Ganze betrachten wir als eine der kostbarsten Errungenschaften unserer sozialistischen Gesellschaft, auf der ihre politische Kraft und Dynamik wesentlich beruhen. Immer stärker spürt jeder Bürger die verfassungsgemäße Gleichberechtigung und Gleichachtung, unabhängig von Weltanschauung oder Religion. Dadurch wächst sein Vertrauen in die Staatspolitik und steigt sein Leistungswille, sie zu unterstützen. [...] Als Mitglieder einer Partei, die Treue zum Sozialismus, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft des Sozialismus und Freundschaft zur Sowjetunion zu den unverrückbaren Leitlinien ihres politischen Denkens und Handelns erhoben hat, werden wir christlichen Demokraten, davon dürfen Sie, liebe Freunde, überzeugt sein – stets an Ihrer Seite stehen. Im Eintreten für

Sozialismus und Frieden, im Wirken für das Wohl des Menschen, bei der allseitigen Stärkung und planmäßigen Weiterentwicklung unserer Republik werden Sie in uns jederzeit verlässliche Mitstreiter finden. In freundschaftlicher Verbundenheit Gerald Götting, Vorsitzender der CDU.

Quelle: Dokumente der CDU. Band 12: 1981–1986. Ost-Berlin 1987, S. 300–302.

Dokument 3: *Christlich-Demokratische Union, Präsidium des Hauptvorstandes. Vertraulich! Protokoll der 28. Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes am 29. April 1986*

[...] Götting legt ausführlich dar, dass der XI. Parteitag der SED einen neuen, bedeutsamen Abschnitt in der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR eingeleitet hat. Seine Aussagen und Beschlüsse sind für unsere Republik, für die Angehörigen aller Klassen und Schichten, für die Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und Glaubensüberzeugung von großer, weitreichender Bedeutung. [...] Die führende gesellschaftliche Kraft, so führt Götting aus, hat Vorschläge zum künftigen Entwicklungsweg der DDR vorgelegt, die nun in Vorbereitung der Volkswahlen und im Zusammenhang mit der Diskussion über die Direktive zum Fünfjahrplan in den Mittelpunkt einer breiten Volksgespräche rücken. [...] Alle diese Aussagen und Beschlüsse des Parteitags, so legt Götting dar, haben das Vertrauen der christlichen Demokraten in die Politik der Arbeiterklasse bestätigt. Sie hat ein weiteres Mal gezeigt, dass sie ihren Aufgaben als führende Kraft unserer Gesellschaft mit Weitsicht und Tatkraft gerecht wird, und dass sich ihre führende Rolle untrennbar mit ihrer Bündnispolitik verbindet. [...] Heyl knüpft an Göttings Darlegungen an und unterstreicht den Charakter der SED als führungserprobte und bündnisoffene Partei, die sich den Massen zugewandt hat. Als Initiator und Beherrscher der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist sie den internationalen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik voll gewachsen. [...]

Quelle: ACDP VII-010-3093.

Dokument 4: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Bautzen. An: Parteileitung der CDU Berlin. Bautzen, 6. April. 1988. Informationsbericht 1/88*

[...] Die Aussagen des Parteitages bestimmten auch im ersten Quartal 88 weiterhin die Diskussion mit unseren Freunden. In allen 46 OG wurde mindestens

eine Versammlung mit diesem Thema durchgeführt. Dabei zeigte sich bis in die Gegenwart,

- dass die Mitglieder interessiert zuhören
- nach der stärkeren eigenen Meinung der Partei fragen
- offen und ohne Zurückhaltung sich kritisch zu Problemen der Zeit äußern.

In jedem Falle ist festzustellen, dass die Aussprachen lebhafter, aber ebenso die Fragen ungeduldiger geworden sind. [...] Nach der jetzigen Übersicht zeigt sich, dass ein großer Teil der Freunde aus der Tätigkeit als Abgeordnete ausscheiden will. Im wesentlichen gibt es dafür nur einen Grund:

- Wir sind müde an Beratungen teilzunehmen, die zu 80 % verlorene Zeit sind. [...] Hierbei spielt als Grund der Unzufriedenheit immer eine Rolle
- gefasste Beschlüsse werden nicht eingehalten oder durch Weisungen kreislicher Stellen zunichte gemacht. [...] In einer Versammlung in der Stadt Bautzen fand der Freund den meisten Beifall, der die Ansicht vertrat, dass der Staatsapparat bei uns weithin zum Hemmschuh der gesellschaftlichen Entwicklung geworden ist. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 5: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Sebnitz. An: CDU-Hauptvorstand, Abt. Parteiorgane Berlin. 30. Juni 1988. Bericht des KV Sebnitz zum II. Quartal 1988*

[...] In erster Linie spürte man in den JHV und vielen Gesprächen die echte Sorge unserer Freunde um die eigene Partei, dass die CDU wirklich präsent werde bei parteilosen Christen und alles tut, um dort bestehende Vorbehalte zur CDU abzubauen. Besonders vermisst man von unserer Zentrale wirkliche Eigenständigkeit und kritische Worte zu Fragen des Lebens in unserem Lande. [...] Auch haben unsere Mitglieder und parteilose Christen in Presse, Rundfunk und Fernsehen die aktive Dialogpolitik der LDPD mit der FDP verfolgt. Und dadurch kommt immer wieder der Fakt stärker zum Ausdruck, dass man Kontakte unserer CDU mit der CDU/CSU erwartet. [...] Weiter standen folgende politisch-ideologische Fragen im Mittelpunkt: [...] Die Notwendigkeit auch in unserem Lande sich mehr mit neuem Denken und Handeln nicht nur in der Außenpolitik, sondern notwendigerweise auch in der Innenpolitik zu befassen und wirklich auch die in den Gründerjahren unserer Republik festgeschriebenen sozialistischen Normen in allen Bereichen und im Zusammenleben der Menschen zu sichern. Gegenwärtig seien wir davon sehr weit entfernt. Dabei sei es notwendig, die Dinge und Probleme so offen anzusprechen und ihre Lösung in Angriff zu nehmen wie in der Sowjetunion. Gegenwärtig würde durch Unehrllichkeit, Bürokratismus, unsachgemäße Information, Nichtbeach-

tung der sozialistischen Demokratie und durch Nichteingehen auf Dinge, die unsere Menschen bewegen, verärgern und bedrücken, eine gefährliche Gleichgültigkeit geschürt. In diesem Zusammenhang werden auch immer Versäumnisse z.B. der Erziehung in Volksbildung und Jugendverband angeschnitten. Dabei geht es um Ehrlichkeit, Wahrheit und Aufrichtigkeit und keine Uniformierung von Meinungen nur um guter Noten willen.

- Zu unserer Wirtschaft (die ja schon lange nicht mehr positiv planmäßig verläuft) und zu anderen Bereichen ist man der Meinung, der nichtproduktive Sektor hätte in den letzten Jahren immer mehr und unvertretbar zugenommen. Zudem würden Kompetenzstreitigkeiten (zu viele reden in alle Dinge hinein) bei der Leitungstätigkeit z.B. in den Betrieben viele Probleme schaffen und auch dazu führen, dass keiner mehr Verantwortung übernehmen will. Die Aufgabenbereiche der Betriebsleitungen, BGL und BPO müssten strenger getrennt werden. Alle Freunde, die in der Wirtschaft tätig sind bestätigen uns, dass die Pläne nur nach Korrekturen und rein finanziell erfüllt werden. Unsere Wirtschaft könne so wie bisher nicht mehr weiter betrieben werden. Über Jahre hätte man sich etwas vorgegaukelt und wäre gleichzeitig immer weiter in Verzug geraten.
- Weiterhin ist man mit den nur positiven Berichterstattungen zu innenpolitischen Fragen unserer Medien nicht einverstanden, weil unsere Menschen im Alltag etwas ganz anderes erfahren und erleben. [...] Besonders darf sich eine politische Partei nicht nur auf NF-Arbeit mit Hacke und Schaufel eingrenzen lassen, sondern ihr muss auch echtes politisches Mitspracherecht in allen Fragen gewährt werden. [...]

Die Vorbereitung der Kommunalwahlen spielt bei uns eine wichtige Rolle. Wir hatten erwartet, dass viele Freunde im Verlauf der Vorbereitung und Durchführung der JHV ihre Bereitschaft zur Kandidatur abgeben würden. Doch leider müssen wir feststellen, dass es sehr schwer ist, die Freunde zur Abgeordnetentätigkeit zu überzeugen. Die bisherigen Abgeordneten sind nicht mit ihrer bisherigen Tätigkeit zufrieden, weil sie immer mehr nur zum „Handheben“ gebraucht würden, aber echt gar keine Möglichkeiten hätten, die Politik im Territorium im Interesse der Bürger mitzubestimmen. Ähnlich sieht es mit der Bereitschaft zur NF-Mitarbeit aus. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 6: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Bautzen. An: Parteileitung der CDU Berlin. Bautzen, 27. Juli 1988. Informationsbericht 2/88*

Die Arbeit des Sekretariats und des Kreisvorstandes konzentrierte sich im Berichtszeitraum, neben den Aufgaben die sich aus dem Rahmenarbeitsplan für das 1. Halbjahr 1988 ergaben, auf folgende Schwerpunkte: [...]

- Gewinnung von Abgeordneten für die Wahl 1989. Obwohl hier der größte Teil feststeht, gibt es nicht wenige Schwierigkeiten. Das „Nicht-mehr-Weitermachen-wollen“ hat nur eine Hauptursache: Wir sehen zu wenig Ergebnisse in der Arbeit als Abgeordnete. Diese Ansicht konzentriert sich auf die Städte und größeren Landgemeinden. Meinung eines bisher sehr aktiven Abgeordneten in Bautzen: „Ich schäme mich vor einer Rechenschaftslegung vor den Wählern.“ Über 3 Jahre hat der Abgeordnete mit den Bürgern seiner Straße über die Rekonstruktion der Häuser und die zeitlich erforderliche Umsiedlung gesprochen. In dieser Zeit ist die Rekonstruktion über 6 Häuser nicht hinausgekommen. Jetzt kann niemand sagen, ob und wann jemals weitergemacht wird. Nur der Plan sieht die Fortführung vor.

Wir haben wiederholt auf den baulichen Verfall des Altstadtkerns von Bautzen hingewiesen und fragen uns, in Vorbereitung der Wahlen 1989, wie hier ein Abgeordneter noch glaubhaft vor seine Wähler treten kann. Der Kreis Bautzen besitzt mit einem Leistungsvolumen von 16 Millionen Bauhauptleistungen einen der leistungsfähigsten Baubetriebe in der Republik. Seit 3 Jahren tätigt dieser Betrieb im Altstadtbereich Bauleistungen von ganzen 500 TM. Seit 1985 wurde nicht eine einzige Reko-WE im Innenstadtbereich fertiggestellt (!). Das ist der klägliche Rest, der nach bezirklichen Festlegungen übrig bleibt und der „Erhaltung“ eines durch die UNESCO festgelegten Flächendenkmals dient. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 7: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Grevesmühlen. An: CDU Bezirksverband Rostock. 3. August 1988. Betreff: Informationsbericht – August 1988*

[...] Neben den mit der IV. HVS verbundenen Problemen findet in der gesamten Bevölkerung die XIX. Parteikonferenz der KPdSU, vor allem die Rede des Generalsekretärs Gorbatschow, großen Widerhall. Sehr viele Unionsfreunde sowie uns nahestehende Bürger begrüßen die kritische Gesellschaftsanalyse und den Kurs der Umgestaltung. Sie fordern, dass auch bei uns bestehende Probleme offen angesprochen und Wege zu deren Veränderung gesucht wer-

den sollten. Bei uns werde alles nur positiv dargestellt – die Praxis sehe aber fast in allen Fällen völlig anders aus. In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf die seit Jahren bekannten Diskrepanzen in der Bereitstellung von Konsumgütern, Ersatzteilen und Baustoffen hingewiesen. Wiederholt habe das ZK der SED, die Volkskammer und der HV der CDU auch dazu offen Stellung genommen und Veränderungen in Aussicht gestellt – geändert habe sich aber nichts. [...] Bei der Einschätzung des Erreichten gibt es global Zustimmung – im Detail aber vielfältige Anfragen. So äußern viele Ufr. ihr Unverständnis zur Situation in der Versorgung der Betriebe mit Ersatzteilen, Material und Zubehör sowie der Bevölkerung mit Konsumgütern, Ersatzteilen, Baustoffen, bestimmten Nahrungs- und Genussmitteln. So berichtete z.B. Ufr. Schier, Vorsitzender der PGH „Hans Sachs“ Grevesmühlen darüber, dass im 1. Halbjahr ein Minus in der Konsumgüterproduktion zugelassen werden musste, weil Sesselgestelle, Standfüße und Schrauben nicht bereitgestellt wurden. Unsere Ufr. in der Landwirtschaft klagen sehr über nicht einsatzbereite Traktoren, Mähdrescher und weitere Landmaschinen, weil Ersatzteile nur ungenügend bereitgestellt werden. Besonders unsere Eigenheimbauer, aber auch viele weitere Bürger beklagen sich über nicht erhaltbaren Zement und Zementprodukte, wie Hohlblocksteine, Deckendielen u.a. Diesen Freunden ist oft nicht zu erklären, warum diese Mängel bestehen, die z.T. monatelange Stillstandszeiten zur Folge haben. Weitere Versorgungsfragen sind die Bereitstellung von Edelfleischteilen, inländ. Filterzigaretten, billigen Weinbränden, Ersatzteilen im Haushalt und Kfz-Bereich, Techn. Konsumgütern, Schuhen und Bekleidung. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/3.

Dokument 8: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Großenhain. An: Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU Berlin. 30. August 1988. Informationsbericht zum III. Quartal 1988*

[...] Seit Monaten werden in immer stärkerem Maße in den Beratungen unserer Ortsgruppen, im Kreisvorstand und wie wir zuverlässig informiert sind auch in weiteren Kreisen unseres Bezirksverbandes politische Diskussionen geführt, die in ihrer Tendenz ein wachsendes Unbehagen bzw. eine kritische Haltung zum Erscheinungsbild unserer Partei ausdrücken. Die dabei geäußerten Fragen und Argumente sind breit gefächert und betreffen praktisch alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens und Wirkens. Besonders wird kritisiert, dass die Parteiführung zu bestimmten Informationen bzw. politischen Ereignissen entweder überhaupt nicht reagiert oder ohne eigene Meinung. Diese besorgniserregende Feststellung kann uns natürlich nicht gleichgültig bleiben und ist uns sowohl Verpflichtung wie unmittelbarer Anlas, dem Hauptvorstand auf direktem Wege dazu nähere Informationen zuzuarbeiten. [...]

Zu einigen konkreten Argumenten und Fragen: Bei aller Vielfalt der Äußerungen dominiert eindeutig die Kritik am derzeitigen öffentlichen Auftreten unserer Partei, mit der Feststellung, dass unsere Partei praktisch in keiner einzigen Frage eine eigene, von der der SED abweichende Meinung vertritt, obwohl es dazu immer wieder reichlich Gelegenheiten gab. Dabei wird auf solche Vorgänge verwiesen, wie die staatlichen Eingriffe bei einigen Kirchenzeitungen nach Landessynoden, auf die nach wie vor stattfindende Erziehung zum Hass und die vormilitärische Ausbildung in unseren Bildungseinrichtungen, auf die rechtlich sehr bedenkliche Praxis staatlicher Organe bei der Ablehnung von Anträgen unserer Bürger auf Besuchsreisen in die BRD ohne Begründungen u.a.m., alles Probleme, wo unsere Partei eine Klarstellung, entsprechend unserem Verständnis von Meinungsfreiheit, Friedenspolitik, Rechtssicherheit und Demokratie nicht unterlassen dürfte.

Unsere Parteipresse schweigt zu diesen Ereignissen oder gibt die Meinung des „ND“ wieder. Mit dieser Informationspolitik und Selbstdarstellung unserer Partei sind unsere Freunde absolut nicht mehr einverstanden. In den Diskussionen dazu werden u.a. solche Meinungen erhoben wie: „Die CDU ist eine Satellitenpartei der SED“, „die CDU ist eine reine Mitläuferpartei“, „die CDU hat keine eigene Meinung und damit völlig überflüssig“ u.a.m. Noch herbere Worte hören wir vor allem bei Gesprächen mit christlichen Bürgern, die wir für unsere Partei gewinnen wollen. So die Frage: Was unterscheidet die CDU von der SED? [...] In diesem Zusammenhang gehen die Fragen weiter, wie etwa: Wo steht geschrieben dass alle Bürger und somit auch alle Parteien zu allen Fragen der Politik, der Kultur, der Wirtschaft usw. immer eine Meinung haben müssen? Ist es denn noch immer nicht allen genug bewiesen, dass das eine völlig falsche Vorstellung vom Wesen eines demokratischen Systems ist und dass die Meinungsvielfalt, Kritik und der Streit um den rechten Weg unserer weiteren Entwicklung fruchtbar ist und die gesamte Menschheit seit Jahrtausenden gefördert hat? Als Kronzeuge wird dabei immer öfter M. Gorbatschow angerufen, der von der Notwendigkeit des „Meinungspluralismus“ spricht, um die „Stagnation“ und die „Bremsmechanismen“ zu überwinden, was sind das anderes als Reformen?

Die Fragen gehen weiter: Kann man sich ein Staatswesen vorstellen, ohne das ständige Bemühen um Reformen? Ohne Reformen kommt es zu den zuvor genannten Erscheinungen mit den bekannten, frustrierenden Auswirkungen auf die Menschen. Es wird dabei durchaus realistisch beachtet, dass die Machtverhältnisse in unserem Staat zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Partei geklärt sind, was aber keineswegs bedeuten kann, dass es andere Meinungen und Vorstellungen zu bestimmten Fragen als die der SED nicht geben darf. Neben diesen Grundsatzfragen werden natürlich weitere Fragen und Sorgen diskutiert. Auch hierzu eine Auswahl mit wenigen Worten der Erläuterung:

- Die seit dem Bestehen unseres Staates permanenten Versorgungsprobleme, die wir mit unserer Wirtschaftsplanung nicht zu lösen vermochten. Dabei reicht die Palette von fehlender Kinderbekleidung über die Obst- und Gemüseversorgung bis zum leidigen Problem Autoersatzteile, ganz zu schweigen von den völlig ungerechtfertigten Versorgungsstufen von Berlin bis zum kleinen Dorf, von den Wartezeiten bei hochwertigen Industriewaren (PKW) und den rapide steigenden Preisen für diese Waren.
- Die sozialen Fragen, wie Rentenhöhe und Mindestrente, Lebensarbeitszeit und Wochenarbeitszeit, Steuergerechtigkeit (so zahlen die Genossenschaftsbauern nur einen Bruchteil von Grundsteuern, keine Lohnsteuern usw. im Gegensatz zu den Arbeitern und Angestellten) und nicht zuletzt das Gesundheitswesen, von dessen einstigem Glanz nichts mehr zu sehen ist. Dazu der Volksmund: „Wir haben das beste Gesundheitswesen, doch wehe dem der krank wird!“
- Im Dienstleistungsbereich nicht zu übersehende Engpässe, so beim Antrag um die Installation eines Telefons, bei der Energieversorgung, im Bereich Gastronomie usw.
- Im Bereich des Verkehrs- und Straßenwesens, die Buslinien sind auf das Niveau von 1950 reduziert, der Zustand der Autobahnen ein Bild des Jammerns und letztlich die Reichsbahn mit Reisegeschwindigkeiten wie vor 50 Jahren.
- Ein besonderer Stein des Anstoßes ist für viele Freunde die ständig wachsende „Arroganz der Macht“ vieler Funktionäre und die Diskriminierung unserer Freunde in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens, eine Tendenz, die bis in die obersten Gremien und Organe unseres Staates wirksam und sichtbar ist. [...] Einige von uns sind nach über 40-jähriger Mitgliedschaft im Rentenstand, unser Bemühen ist, wie in allen den vergangenen Jahrzehnten auf das ständige Wachstum unserer Partei, auf die möglichst starke Mitbestimmung bei der weiteren Gestaltung unseres Staates und der Lebensbedingungen für unsere Menschen gerichtet. Viele von uns haben in allen diesen Jahren auch Kompromisse schließen müssen, das ist ein wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Ordnung. Es gibt aber Fragen, bei denen es die Selbstachtung erfordert, einfach nein zu sagen, sofern man nicht mitschuldig bei Fehlentwicklungen werden will. Das gebietet unsere Lebenserfahrung aus dem „tausendjährigen Reich“ und natürlich auch aus der Zeit des Neubeginns nach 1945. Wir bitten den Hauptvorstand, unsere Fragen und Meinungen zu prüfen und in seine Entscheidungen einzubinden. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 9: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Freital, 11. November 1988. An: Sekretariat des Hauptvorstandes Berlin. Berichterstattung IV. Quartal*

[...] Einen nicht zu übersehenden Faktor bei der z.T. negativen Meinungsbildung unter allen Teilen der Bevölkerung stellt der Preis des „neuen“ PKW-Wartburg 1.3 dar. Für sehr, sehr viele Bürger, die vor 17 (!) Jahren ihren PKW „Wartburg“ bestellt haben, ist es nahezu unmöglich, den auf über das Doppelte des damaligen Verkaufspreises angestiegenen jetzigen Preis zu begleichen. [...] Steigende Preise auch auf vielen anderen Gebieten, so bei Konsumgütern oder Textilien, beispielsweise Schuhen, die in einem sich immer vergrößern den Widerspruch zum Lohngefüge eines großen Teiles der Bevölkerung stehen, sind bei Diskussionen mit Bürgern, auch unseren Unionsfreunden, kaum noch mit Argumenten über stabile Preise für Grundnahrungsmittel oder gleichbleibende niedrige Mieten zu rechtfertigen. Ein weiteres großes Problem im gesamten Kreisgebiet stellt die Lösung der anstehenden Wohnungsfragen dar. Bedingt durch eine sehr hohe Altbausubstanz, die zum größten Teil nur noch abrisseif ist, sowie durch teilweise Stagnation des Wohnungsneubaus im Kreisgebiet wird es außerordentlich schwierig, bis einschließlich 1990 alle Wohnungsprobleme zu lösen. [...] Immer öfter werden wir von unseren Unionsfreunden, aber auch von parteilosen Bürgern über die z.T. mangelhafte Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs informiert. Ein voll berufstätiger Werktätiger ist kaum in der Lage, nach Feierabend aus dem ohnehin spärlichen Angebot noch etwas kaufen zu können, so dass er praktisch gezwungen ist, während seiner Arbeitszeit die Verkaufsstellen aufzusuchen, um am Abend nicht vor leeren Regalen zu stehen. Da dies natürlich nicht zu übersehende Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität der Betriebe hat, ist dann nur eine Folge. Ein weiterer Faktor mit negativem Einfluss auf die derzeitige Meinungsbildung sind die derzeit wieder praktizierten Einschränkungen im Reiseverkehr nach der BRD, so z.B. für Ehepaare und Ärzte. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die derzeitige Stimmung unter dem größten Teil unserer Unionsfreunde, wie fast unter der gesamten Bevölkerung als pessimistisch einzuschätzen ist. [...]

Besonders erwähnenswert sind in letzter Zeit die verstärkten Kontakte unserer Ortsgruppen, vor allem in ländlichen Gebieten, zu den Kirchgemeinden. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 10: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Sebnitz. An das Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abt. Parteiorgane. 15. November 1988. Bericht III. Quartal 1988*

[...] Absolut kein Verständnis gibt es weiter zu innenpolitischen Problemen über die wir bereits mehrfach berichtet haben. Dabei hat sich die Lage besonders durch folgende Ereignisse zugespitzt:

- die neue Valutaregelung,
- die Preise des Wartburgs,

die völlig ungerechtfertigten (bei unserer Lage) Schauveranstaltungen wie erst neulich das Pioniertreffen (kostet wohl ca. 160 Mill. Mark).

Wo blieb hier z.B. auch die sogenannte gute Bündnispolitik? Bei uns, so wird immer betont, wollte man eine klassenlose Gesellschaft errichten. Doch wie kaum woanders gibt es noch so viel Privilegierte mit Positionen, Beziehungen, Valutavermögen oder ungerechtfertigtem Einkommen. (Bei manchem kommt gleich alles zusammen). Aber auch das entsprechende Abzeichen wird dazu missbraucht, dass sich Menschen über andere heben wollen. Unsere Freunde spüren das in allen Bereichen und seien nur gefragt, wenn es um Einsätze mit Harke und Schaufel geht. [...] Auch Versorgungsfragen und Wohnungsprobleme und und tragen zu sich verbreitender Unzufriedenheit, Pessimismus, Resignation und Gleichgültigkeit bei. Unsere Menschen sind müde geworden, weil vieles zulange an ihnen vorbeigelaufen ist und ihre berechtigten Anliegen und Kritiken in der Vergangenheit nur zerredet worden sind. [...] Viele Fragen gibt es zur wirklichen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der CDU. Die „zu neuem Denken und Handeln“ aufrufenden wirklich guten Aussagen des 16. Parteitages der CDU würden verflachen, zumindestens was die Zentrale beträfe. Hier hätte die jahrelange stagnierende und monotone Sprücheklopfererei wieder Einzug gehalten, mit der an der Basis nicht viel anzufangen ist. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 11: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Großhain. An: Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU Berlin. 13. Dezember 1988. Informationsbericht zum IV. Quartal 1988*

[...] Ausgehend von den aktuellen Ereignissen werden weitere Fragen durch unsere Freunde sowie parteilose christliche Bürger diskutiert. So z.B.

- die von Erich Honecker im Bericht an die 7. Tagung des ZK der SED getroffene Feststellung, dass der Lebensstandard in der DDR „im Grunde genommen höher (ist) als der Lebensstandard der BRD“. Wenn sie diese Aussage mit den täglich auftretenden Problemen beim Einkauf bestimmter Nah-

rungs- und Genussmittel, von Erzeugnissen der Haushaltchemie, von Kinderbekleidung und -schuhen, von Ober- und Untertrikotagen für Damen und Herren sowie von Möbeln und Erzeugnissen der Heimelektronik vergleichen, dann fällt es ihnen schwer, eine Übereinstimmung von Theorie und Praxis zu finden. [...]

- Fragen des Gesundheitswesens. Kritik gibt es zu diesem wichtigen Bereich unseres Lebens insbesondere deshalb, weil die fachärztliche Betreuung im Kreis nicht den Anforderungen entspricht, z.B. in solchen Disziplinen wie Urologie, Augenheilkunde, Hautkrankheiten u.a. Bemängelt werden auch wochenlange Anmeldezeiten bei Zahn- und Fachärzten sowie die oft noch Monate dauernde Wartezeit auf Zahnprothesen. Auch die Termine für bestimmte Operationen sind unglaublich lang, sie betragen z.B. in unserem Bezirk bei Hüftoperationen 5 und mehr Jahre! [...]

Wenn auch nach wie vor unsere Freunde zu einigen Bereichen unseres Lebens eine kritische Haltung einnehmen, so leisten sie andererseits im Beruf, in unserer Partei, in den Volksvertretungen und Räten sowie in Kommissionen und gesellschaftlichen Organisationen eine engagierte Arbeit, um mit ihren Kräften dazu beizutragen, dass manche der kritisierten Erscheinungen möglichst bald positiv verändert werden. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 12: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Görlitz. An: Christlich-Demokratische Union, Sekretariat des Hauptvorstandes, Abtlg. Parteiorgane Berlin. 21. Dezember 1988. Quartalsbericht IV/88*

[...] Trotz Gewinnung ausreichender neuer Kandidaten als Abgeordnete ist eine Unzufriedenheit zu ihrer persönlichen Wirkungsmöglichkeit nicht zu verkennen. Sie sehen sich in ihrem Wirkungsfeld zunehmend eingeschränkt; durch zentrale Beschlüsse, die örtlich dringliche Vorhaben stark einschränken oder unmöglich machen. Sie sehen sich zunehmend im Widerspruch zwischen der geforderten Wahrnehmung von berechtigten Bürgerinteressen und den objektiven Möglichkeiten. Sie kritisieren zunehmend, dass auch die Ratsmitglieder nicht in der Lage sind, verständliche Fragen echt zu beantworten bzw. sich nicht festlegen, bestenfalls „auf die Zentrale“ verweisen. Die 7. Tagung des ZK der SED ist erwartungsvoll verfolgt worden, weil man Antwort auf viele Fragen und Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung erwartete. Besonders die erste Berichterstattung der AK hat zu einer breiten Enttäuschung geführt:

- es höre sich so an, als sei alles in Ordnung;
- einziges Problem sei, dass wir mehr arbeiten müssten, also Voraussetzungen z.B. in der Materialbereitstellung, im Verkehrswesen usw. voll gegeben sind;
- wer so spricht, weiß entweder nicht um die Situation oder setze sich über alles hinweg.

Es darf nicht übersehen werden, dass es auch besonders sich für die sozialistische Ordnung voll einsetzende Funktionäre sind, die die gegenwärtige wirtschaftliche Situation mit zunehmender großer Sorge betrachten und ihre Fragen als nicht beantwortet bezeichnen. Diese Tendenz strahlt sichtbar auch von Genossen aus. Ähnliche Reaktionen gibt es unter Funktionären und Mitgliedern unserer Partei auch zur V. Tagung unseres Hauptvorstandes. „Es sei nichts Falsches gesagt, aber die mit großer Besorgnis von unseren Mitgliedern gestellten Fragen sind nicht beantwortet.“ Viel kritische Stimmen, auch aus dem kirchlichen Raum, gab es wiederum zur Form der Berichterstattung der AK zur Rede unseres Parteivorsitzenden. Es werde ständig aus seinen Reden immer das gleiche gebracht, nämlich: unsere Haltung zur Bündnispolitik und die Forderung, noch mehr für unsere Republik zu leisten. Funktionäre unserer Partei sehen in dieser Form geradezu eine Diskriminierung unseres Parteivor-sitzenden und unserer Partei, „der man mit einer solchen primitiven Bericht-erstattung bescheinige, dass sie eigentlich nichts zu sagen habe“. Es wurden, teils sehr erregt, Fragen gestellt, wie lange sich unsere Partei und unser Parteivorsitzender eine solche billige Berichterstattung bieten lassen. [...] Ein breites Feld sind Meinungsäußerungen bzw. Fragen zur Innenpolitik bzw. Wirtschaftspolitik. Generell ist festzuhalten, dass die Diskussionen offensiver, zugespitzter geführt werden.

- Der Sozialismus verliere an Attraktivität, wenn die Entwicklung sich so weiterhin vollziehe.
- Der Bürger spüre immer weniger vom Ergebnis seiner Arbeit [...].
- Die Ersatzteilproduktion ist kontinuierlich schlechter geworden, wirke sich sowohl in der Industrie wie unter der Bevölkerung sehr negativ aus. In vielen Fällen wird zentral geradezu zur individuellen Ersatzteilproduktion aufgerufen. Soll das die Lösung sein?
- Fachleute fühlen sich zunehmend im Widerspruch zu zentralen Festlegungen.
- In der medizinischen Intelligenz ist eine pessimistische Stimmung weit verbreitet. Neben einer generell unbefriedigenden Situation in Görlitz (z.B. auf kulturellem Gebiet), der unzureichende Zustand der Bausubstanz des Bezirkskrankenhauses und anderer med. Einrichtungen usw. wird die sich ständig verschlechternde Versorgung mit Medikamenten, Verbandsmaterial, Einwegspritzen usw. nicht verstanden. [...]

Auf kirchenpolitischem Gebiet ist festzuhalten: Die Kontakte unserer Partei zur evgl. Kirche des Görlitzer Gebietes, einschließlich Konsistorium und Kirchenleitung sind beachtlich enger geworden. [...] Nicht akzeptiert wird die staatliche Haltung, keine Diskussion zu Volksbildungsfragen durchzuführen. Das sei nicht haltbar und wirke belastend. Man müsse sich z.B. fragen lassen, was unter „kommunistischer Erziehung“ zu verstehen sei, und man müsse sich staatlicherseits „zitierfähig äußern“ [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 13: *Sekretariat des Hauptvorstandes. Vorlage für die Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU. Rahmenplan für die Arbeit der CDU im Jahre 1989*

[...] Unter dem Leitgedanken des 16. Parteitages „Parteiarbeit ist Dienst am Nächsten und am Frieden“ bereiten die christlichen Demokraten den 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vor. Dabei handeln sie nach der Erkenntnis: Was den Sozialismus stärkt, kommt dem Wohl der Mitmenschen zugute und macht zugleich den Frieden sicherer. So entsprechen sie gesellschaftlichen Konsequenzen christlicher Ethik wie den Erfordernissen unserer Zeit. So prägen sie den historischen Prozess tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen mit, der die entwickelte sozialistische Gesellschaft charakterisiert. [...] Parteiarbeit bei der weiteren Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse im 40. Jahr der DDR erfordert, in Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen die sozialistische Staatsmacht weiter zu stärken, die sozialistische Demokratie zu vertiefen, das bewährte Bündnis aller in der Nationalen Front vereinten politischen und gesellschaftlichen Kräfte zu festigen und das Bekenntnis aller Bürger zu der auf Friedenssicherung und Volkswohl gerichteten Politik unserer Republik auszuprägen. Aufgabe der Vorstände ist es deshalb, bei allen Mitgliedern folgende Überzeugungen zu vertiefen und Aktivitäten zu wecken:

- Die Verfassung unseres sozialistischen Staates garantiert vielfältige Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung für alle Bürger. Jeder einzelne ist, unabhängig von Weltanschauung oder religiöser Überzeugung, gleichberechtigt mit seiner Sachkenntnis und seiner Tatbereitschaft gefordert. Daraus erwächst die Aufgabe, staatsbürgerliche Rechte und Pflichten in vollem Umfang wahrzunehmen und die Vorzüge der sozialistischen Demokratie immer wirksamer zur Geltung zu bringen.
- Die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Parteien und Organisationen im Demokratischen Block und in der Nationalen Front erweist sich als unerlässlich für die weitere Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes der DDR. [...]

Quelle: ACDP VII-010-3394.

Dokument 14: *Christlich-Demokratische-Union, Kreisverband Rügen. Bergen, 28. Februar 1989. Informationsbericht an den Bezirksvorstand zum 5. März 1989*

[...] Bei all den guten Vorsätzen und Verpflichtungen, bei der positiven Bilanz des bisher Geleisteten, ist aber der Unterton der Unzufriedenheit über bestehende Unzulänglichkeiten unüberhörbar geworden. Sehr schwer wird es, wenn es darum geht, Antwort auf Fragen der Freunde zu finden, die über die Problemkreise „Bananenverkauf“ und „Ersatzteilversorgung“ hinaus in Regionen vorstoßen, die Grundsatzentscheidungen bedürften, zu deren Lösung bisher keine Schritte spürbarer Art zu erkennen sind. Die Freunde, die trotz vorhandener Versammlungs- und Organisationsmüdigkeit bereit sind, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, erkennen in der Art und Weise intensiver Beschäftigung mit realen Gegebenheiten in unserer Republik, dass bestehende Schwierigkeiten und Hemmnisse auf althergebrachtem Wege kaum noch zu meistern und zu überwinden sind. Dabei wird sehr oft die Subventionspolitik im Zusammenhang mit Industriepreisreformen, die Verschleierung einer ständig steigenden Tendenz in der Festlegung von Preisen, die über das Sortiment des Grundbedarfes hinausgehen und die Befürchtung von einschneidenden Maßnahmen nach dem Abschluss der Kommunalwahlen im Mai 1989 offen in die Diskussion mit einbezogen. [...]

Quelle: ACDP III-043-032/5.

Dokument 15: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Wolgast, 29. Juni 1989. An: Bezirksverband der CDU, Sekretariat Rostock. Informationsbericht per 5. Juli 1989*

[...] 1. Ausgehend von den politischen Entwicklungen in anderen sozialistischen Ländern wird das Wahlsystem in der DDR immer wieder diskutiert. Hierzu besteht die Meinung, dass unser Wahlsystem so geändert werden müsste, dass z.B. die Kandidaten mit den meisten Gegenstimmen als nicht gewählt gelten. [...]

2. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Themenbereiche: Friedenspolitik, Glaubensfreiheit, Lebensstandard und Rechte der Bürger. Die Aussagen zur Friedenspolitik sowie zunehmende Glaubensfreiheit in der DDR fanden die Zustimmung der Teilnehmer. Um so mehr wurde über den „steigenden Lebensstandard“ sowie zu den Rechten der Bürger diskutiert. Daraus ergaben sich folgende offene Fragen bzw. Probleme:

- Preisstabilität für Waren des Grundbedarfs.
 - Was sind Waren des Grundbedarfs?

- Ist es nicht auch Grundbedürfnis, sich zu kleiden, und wenn ja, wo gibt es diese preisstabilen Waren.
- Ist Haushaltchemie zum Grundbedarf der Bürger zu rechnen?
- Zu den Rechten der Bürger wurde bemängelt:
 - dass es so viele Gesetze gibt, dass der Bürger verwirrt wird.
 - Es wurden Beispiele genannt, wie unterschiedlich das Recht in der DDR angewendet bzw. ausgelegt wird.
 - Wie groß ist oft der Aufwand bis ein Bürger sein Recht verwirklichen kann?
 - Gleiche Rechte ohne Ansehen der Person wurde durch Beispiele widerlegt. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/1.

Dokument 16: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Grimmen. 3. Juli 1989. An den Bezirksverband der CDU Rostock. Information zum 5. Juli 1989*

[...] Mit besonderem Interesse werden die Vorgänge in Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der Sowjetunion verfolgt. Bleibt das bisherige enge Bündnis der sozialistischen Staatengemeinschaft erhalten? Wie sieht es mit der wirtschaftlichen Entwicklung aus? [...] Wo bleibt die Überlegenheit des Sozialismus? Die Argumente, mit denen wir gegenzuhalten versuchen, werden von vielen Bürgern belächelt. Auch sind die Wahlen noch in Erinnerung, wo es negative Erscheinungen beim Endergebnis gab, so dass die Zahlenveröffentlichungen als unrichtig empfunden werden. Man sollte ehrlich sein, dann würde die Wahl glaubhafter erscheinen. [...]

In der Tierproduktion werden die Tiere laut Plan gehalten. In mehreren LPG will man weniger Tiere halten, weil die Ställe den Anforderungen in keiner Weise gerecht werden. Über Jahre wurden keine Werterhaltungen durchgeführt, noch war ein Neubau möglich. Die LPG hat genügend Geld, um bauen zu können, kommt aber nicht in die Bilanzierung rein. Außerdem steht das Arbeitskräfteproblem, so dass die Leiter fast täglich, auch am Wochenende, im Stall mitarbeiten, z.T. auch ganz alleine dastehen. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/4.

Dokument 17: *Auszüge aus Informationsberichten der Bezirks- und Kreissekretariate*

BV Schwerin (15. Juli 1989): [...] Konkreter erwarten unsere Unionsfreunde von unseren HV-Tagungen das Aufzeigen des eigenen politischen Profils, wel-

ches auch u.a. durch Konstruktivität und Einflussnahme auf Veränderbares wirksam wird. Hier wird auch wieder die Frage nach dem eigenständigen und schöpferischen Anteil unserer Partei aufgeworfen. Globales Anzeigen, wie sie sagen, des Mittuns wird als unzureichend ausgewiesen. Wären wir besser in der Lage zu zeigen, wo ganz gezielt unsere Mitarbeit einfließt, wären größere und qualitativere Möglichkeiten in der Ausstrahlungskraft und Mitgliedererwerbung vorhanden. Verschiedentlich wird das eigene politische Profil auch stärker in unseren Presseorganen gefordert. Da treten Fragen auf zur Einflussnahme auf die Ökologie, die Ökonomie und auf eine eigene Bewertung außereuropäischer Ereignisse. Insgesamt ist festzustellen, dass unsere Freunde und parteilose Christen sensibler auf Informationen und Meldungen unserer Parteipresse reagieren, insbesondere dort, wo zum Teil noch sehr pauschale Wertungen erfolgen und der Bezug zur politischen Realität nur bedingt hergestellt wird.

BV Suhl (15. Juli 1989): [...] Es gibt unter unseren Mitgliedern und parteilosen Christen große Vorbehalte hinsichtlich der Einschätzung der Ereignisse in China und über die Berichterstattung in unserer Parteipresse. Missverständnisse wurden auch dadurch ausgelöst, dass auf Grund der Überschriften in den Zeitungen bei den Berichten über die 9. Tagung der Volkskammer der Eindruck entstanden ist, als habe Gerald Götting die Erklärung der Volkskammer zu den Ereignissen in der VR China eingebracht. Abgesehen davon fragen unsere Freunde, warum die CDU nicht auf einer differenzierteren Darstellung bestanden hat. [Ähnliche Meinungen enthalten die Berichte der BV Leipzig, Neubrandenburg, Halle und Gera.]

BV Erfurt (15. August 1989): [...] Eine Reihe unserer Freunde hat in den Materialien der VI. Tagung des Hauptvorstandes eindeutigere Aussagen zu diesen Problemen (China, Polen, Ungarn, UdSSR u.a.) erwartet. Sie sind der Meinung, dass es richtig ist, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, es aber durchaus legitim und wirksam erscheint, diese Entwicklungen, die ja in hohem Maße auch unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen können, nicht nur zu beobachten, sondern zu werten und unsere Mitglieder über mögliche Konsequenzen aufzuklären. Unsere Freunde halten zur Problematik der Umgestaltung den Hinweis, dass wir in der DDR ja schon seit Jahren Reformen, besonders seit dem VIII. Parteitag der SED, durchführen, für eine völlig unzureichende Antwort. Sie sind der Auffassung, Prozesse des Umdenkens und Umgestaltens seien permanenter Natur und müssten alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassen.

Angesichts der vielfältigen Probleme in unserer Wirtschaft und des oft unzureichenden Warenangebotes, sehen viele Freunde die Erfolgsmeldungen unserer Massenmedien als Versuch an, die Probleme zu vertuschen. Diese „Informationspolitik“ – hier ist auch die CDU nicht ausgenommen – ist nach Meinung unserer Freunde nicht geeignet, Leistungsreserven zu erschließen.

BV Magdeburg (15. August 1989): [...] Allgemein kann festgestellt werden, dass sich unsere Mitglieder der Orientierung stellen, die auf der VI. Tagung des Hauptvorstandes gegeben wurde. In der Meinungsbildung wird aber deutlich, dass gerade derart wichtige Beratungen mit mehr Interesse und auch neuen Maßstäben gewertet werden. So finden alle Aussagen, die unser außenpolitisches Wirken betreffen, vorbehaltlose Zustimmung. Aussagen zur Innen- und besonders Wirtschaftspolitik werden jedoch oft kritisch bewertet. Hier haben viele Mitglieder erklärt, dass sie mehr und mehr einen neuen Stil erwartet hätten. [...] Vorrangig auf der Ebene einiger Kreisvorstände und Ortsgruppen wurden die Aussagen über das ständig wachsende Vertrauensverhältnis diskutiert. Dabei wurde mit der Praxis vor Ort verglichen und wohl bestätigt, dass es positive Entwicklungen gibt, dass sich aber das, was auf zentraler und bezirklicher Ebene mit Selbstverständlichkeit an Miteinander vollzieht, auf örtlicher Ebene zu oft verloren geht. So heißt es z.B. im Bericht des KV Oschersleben: „Hier sitzen zumeist noch Leute in Leitungsfunktionen, die aus der Führungsrolle einen unabdingbaren Führungsanspruch ableiten. Dazu gibt es immer wieder neue Beispiele menschlicher Misskreditierungen, von denen auch Mitglieder unserer Partei nicht verschont werden.“ Grundsätzlich muss eingeschätzt werden, dass unsere Freunde nicht sehr viel Neues in den Aussagen der VI. Tagung gefunden haben. Der überwiegende Teil unserer Mitglieder bemerkte kritisch, dass besonders im Referat im Abschnitt ‚Möglichkeiten des Sozialismus immer wirksamer erschließen‘ kaum etwas gesagt wurde, was bei der Argumentation behilflich ist [...] Haben wir nicht den Mut, Fehler zuzugeben? Die Zeit drängt auch in unserer Republik, offene Fragen konkret zu beantworten. Es zeigt sich, dass Initiativen zurückgegangen sind bzw. Gleichgültigkeit sich breit macht oder Desinteresse [...]

Typische Meinungen sind auch folgende:

- Nicht Erfolgsmeldungen, Presse- und Fernsehinformationen, Appelle und Parolen prägen unsere Meinung, sondern unser Alltagsleben.
- Die politischen Reformkurse in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Staaten regen zum Nachdenken über die eigene Situation an und lassen Zweifel aufkommen über den wahren demokratischen Charakter unserer praktizierten sozialistischen Demokratie. Begriffe wie Führungsrolle der Partei der Arbeiterklasse, demokratischer Zentralismus, die Rolle der CDU und der anderen Parteien werden hinterfragt, und es wird geäußert, dass zur Demokratie auch der Widerspruch der Meinungen gehöre, der durch die bei uns praktizierte Widerspruchslosigkeit und völlige Ergebenheit in eine zentral geleitete Politik ausgeschaltet ist. Typisch ist nachstehende Einschätzung des Kreissekretariats Osterburg: Einige Freunde meinen, dass die DDR ebenso wie die UdSSR, Ungarn und Polen neue Wege zur Demokratie suchen sollte. Sie zweifeln zum Teil die Berechtigung der Führungsrolle der SED an und wünschen sich mehr Einfluss der mit ihr befreundeten Parteien.

Im Kreis Osterburg ist es gegenwärtig sehr schwierig, neue Mitglieder für die CDU zu gewinnen, andere Parteien haben diese Probleme ebenfalls. Die Stimmung unter der Bevölkerung ist nicht gut, viele Bürger haben den Eindruck, dass wir ökonomisch gesehen eine Rückwärtsentwicklung zu verzeichnen haben, andere meinen, dass es politische Veränderungen geben sollte. Bedenklich ist auch, dass viele Bürger eine abwartende Position einnehmen und sich völlig zurückhalten, sich nicht äußern und sich parteilich nicht binden möchten. Es häufen sich die Ausreiseanträge.

Quelle: ACDP VII-010-3529.

Dokument 18: *Kreisverband der CDU Greiswald. 1 September 1989. Informationsbericht für den Monat September*

[...] Um es ganz klar zu sagen: Der Bürger, der vergeblich nach einem der 1.000 kleinen Dinge sucht, der Schlange stehen muss oder gar noch unfreundlich und bürokratisch behandelt wird, ist kaum mit dem Argument zu besänftigen, dass die Friedenspolitik der DDR weltweit anerkannt wird. Die Bevölkerung ist größtenteils frustriert. Wie lange soll das noch gehen, wenn man Vertrauen gegen Vertrauen erhalten will! Die Preisdiskussion zum neuen „Trabant“ knüpft an das an, was wir bereits im letzten Jahr um die gleiche Zeit hatten – Kopfschütteln! [...] Es fällt uns gegenwärtig sehr schwer, neue Mitglieder zu gewinnen, es ist durchaus nachweisbar, dass eine Reihe von Gesprächen geführt wurde, aber letztlich die Entscheidung lange hinausgezögert wird. Immer wieder die Fragen: Was sagt die CDU dazu? Was sind die eigenständigen Beiträge der CDU? Hier tun sich unsere Medienorgane „Neue Zeit“ „Demokrat“ zumindest auf den ersten Seiten sehr schwer! Eine Verbesserung der Informationspolitik (lt. Parteitag) ist für außenstehende nicht erkennbar. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/2.

Dokument 19: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Rügen. Bergen, 3. September 1989. Information 5. September 1989*

[...] Im Vergleich der Presseerzeugnisse der CDU und der Kirche konnte in der OG-Versammlung in Göhren festgestellt werden, dass zu brisanten Themen der Standpunkt der Kirche klarer umrissen ist als das z. B. in der „Neuen Zeit“ zu lesen ist. Wir brauchen in unserer Presse keine Schönfärberei oder Unterschlagung von Problemen, vielmehr eine freimütige Diskussion über anstehende Probleme, in die jeder Unionsfreund und alle Bürger einbezogen sind, damit uns die Zukunft, in Gestalt der Jugend, nicht wegläuft. [...] Es wird immer schwieriger, Unionsfreunde vor dem Resignieren zu bewahren. Sollte die

politische Landschaft sich nicht bald ändern, wird auch in unserer Partei die Mitwirkungsmöglichkeit infrage gestellt, da auch vom Hauptvorstand eine Distanzierung nicht sichtbar wird. [...]

Quelle: ACDP III-043-032/5.

Dokument 20: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Grimmen. 4. September 1989. An den Bezirksverband der CDU Rostock. Information zum 5. September 1989*

[...] Viele Probleme, die die Bürger verärgern, sei es bei der Versorgung oder die Ersatzteilfrage, sind nicht erst seit gestern bekannt. Und es ändert sich nichts, trotz gefasster Beschlüsse oder anderer Kontrollmaßnahmen. Es wird viel produziert, was der Kunde nicht kauft, weil es nicht seinen Vorstellungen entspricht. Produktionsumstellungen dauern zu lange. Es kann eingeschätzt werden, dass unsere Menschen arbeiten wollen, Ausnahmen gibt es überall, aber nicht immer ist Material vorhanden. Schlechte Arbeit wird ebenfalls bezahlt, die Spanne des Lohnes im Verhältnis zur Qualitätsarbeit ist oft gar nicht vorhanden. Das ärgert natürlich die Werktätigen. Es wird auch noch zuviel Ausschuss produziert. Das Leistungsprinzip muss mehr durchgesetzt werden. Die Friedenspolitik unseres Staates kostet Geld, ebenso die Realisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, das sieht jeder ein, und trotzdem wünschen die Menschen nach 40 Jahren DDR etwas mehr für Ihre persönliche Ansprüche. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/4.

Dokument 21: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Rostock-Land. An den BV Rostock. 5. September 1989. Informationsbericht zum 5. September 1989*

[...] In Vorbereitung des Kreistages zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem im Kreis wurden große Schwierigkeiten aufgezeigt. [...] In der Versorgung der Bevölkerung mit Süßwaren zum Schulanfang kam es in der Verkaufsstelle in Klein-Kussewitz ebenfalls zu erheblichen Schwierigkeiten, die soweit führten, dass die Kreisleitung der SED zur Klärung des Sachverhaltes eingeschaltet wurde. Unverständnis besteht bei unseren Freunden auch darüber, wenn zur Eröffnung der IGA berichtet wird, dass eine Gemüseproduktion von bisher 38.300 Tonnen über den Plan erreicht wurde und in den Verkaufsstellen des Landkreises Rostock davon nichts zu spüren ist. Es häufen sich mehr und mehr Klagen über die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs. So erhalten die Mütter von Kleinkindern in Thulendorf

und Steinfeld letztmalig am Freitag frische Milch und dann erst wieder am Montag. Dieser Zustand ist zumindest in den Sommermonaten nicht vertretbar. Auch die Versorgung mit Schwarzbrot ist in diesen Verkaufsstellen nicht in ausreichender Menge gesichert. Diese Fragen wurden durch unsere Unionsfreunde in einer Sitzung der Gemeindevertretung in Thulendorf angesprochen, führten jedoch zu keiner Veränderung. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/5.

Dokument 22: Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Parteiorgane. Berlin, 10. Oktober 1989. Vertraulich! Zur Meinungsbildung der Mitglieder der CDU in der gegenwärtigen Situation

Alle Bezirks- und Kreisvorstände haben anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR Beratungen durchgeführt. Dabei wurden zunächst die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen der Mitglieder unserer Partei herausgestellt und gewürdigt. In den von hohem politischen Verantwortungsbewusstsein und großem persönlichen Engagement bestimmten Aussprachen identifizierten sich viele unserer Vorstandsmitglieder erneut mit den Grundwerten und Vorzügen des Sozialismus. Sie wandten sich entschieden gegen die antisozialistische Kampagne unterschiedlicher politischer Kräfte der BRD gegenüber der DDR. Zusammen mit der Diskussion aktueller politischer Fragen geht es unseren Freunden zunehmend um Probleme, die die weitere Arbeit unserer Partei in den 90er Jahren in der Einheit von Kontinuität und Erneuerung betreffen. Wesentliche Elemente des gegenwärtigen Meinungsbildungsprozesses sind:

- Die vom 16. Parteitag der CDU bei den Mitgliedern geweckten Hoffnungen auf einen den Erfordernissen der Zeit angemessenen eigenständigen Beitrag der CDU seien nur unzureichend erfüllt worden. Es wird kritisiert, dass die CDU auf viele Fragen der Bevölkerung keine Antworten gibt. Das macht eine Reihe von Mitglieder unzufrieden. Die Austritte nehmen zu. Selbst Freunde, die jahrelang aktiv und ergebnisreich in den verschiedensten Funktionen unserer Partei mitgearbeitet haben, erklären ihren Austritt. Sie sagen, die CDU verliere an politischer und moralischer Glaubwürdigkeit.
- Der „Brief aus Weimar“ stehe nicht im Widerspruch zu der in der Satzung verankerten innerparteilichen Demokratie, wie in der „Neuen Zeit“ dargestellt. Er enthalte vielmehr eine Reihe Gedanken, die unsere Mitglieder seit langem bewegen und auf die das Sekretariat des Hauptvorstandes in Berichten immer wieder aufmerksam gemacht worden sei. Es könne nicht hingegenommen werden, dass den Mitgliedern dieser Brief vorenthalten werde. Es sei kein Brief gegen die CDU. Er könne vielmehr unserer Partei helfen, den Erwartungen der Mitglieder zu entsprechen. Absicht der Ver-

fasser sei es doch wohl gewesen, Kirchen aus einer politischen Stellvertreterrolle herauszuführen und nachzuweisen, dass die CDU bzw. ihre Mitglieder offen für kritische Hinweise seien und bessere Lösungen für so manches Gebiet anstreben. Das Vorgehen der Unterzeichner dagegen, nicht das Gespräch mit der Parteiführung abzuwarten, sondern sogleich in die internationale Öffentlichkeit zu gehen, wurde von vielen Freunden abgelehnt. Es gab aber auch Stimmen, die besagen, dass das offensichtlich die einzige Möglichkeit gewesen sei, um sich in einer breiten Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Ähnlich wird auch das Auftreten von Winfried Wolk, Mitglied des Hauptvorstandes, in Medien der BRD gewertet.

- Die bisherige Argumentation, wie sie in den Tagungen des Hauptvorstandes erarbeitet wurde, reichen einem großen Teil unserer Freunde nicht mehr aus. Sie erwarten die stärkere Herausarbeitung eines eigenständigen Standpunktes der CDU im Sinne von einem breiteren, auch öffentlich geführten Meinungs austausch, dem Erörtern von Varianten zur Lösung von Problemen unseres gesellschaftlichen Lebens. Sie sind der Auffassung, dass es nicht angehe, Menschen auszugrenzen, nur weil sie nicht gewillt seien, ein Entscheidungsmonopol der SED hinzunehmen. Im übrigen sei in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach deutlich geworden, dass sich auch eine politisch führende Kraft irren könne.
- Unsere Freunde erwarten eine realistische Informationspolitik unserer Medien. Sie sind der Meinung, dass Kritik und Selbstkritik, wenn sie sachkundig und konstruktiv angelegt sind, uns noch nie geschadet, sondern vorangebracht haben. So wird gefragt, warum es von unserer Parteiführung in der gegenwärtigen Situation in der „Neuen Zeit“ keine Stellungnahmen zu den die Mitglieder bewegenden Problemen gibt. Immer wieder wird auf die besondere Rolle und Verantwortung der CDU-Presse verwiesen, auf ihre Verpflichtung zur Wahrheit und Offenheit im Umgang mit unseren Freunden. Das sei letztlich eine wichtige Seite des Vertrauens zwischen Mitgliedschaft und Parteiführung.
- Gefordert wird die Anerkennung der Mündigkeit der Bürger der DDR, die Beseitigung aller Formen der Bevormundung und Manipulierung der öffentlichen Meinung. Viele Unionsfreunde und parteilose Christen sehen eine gewichtige Ursache für das legale oder illegale Verlassen der Republik, besonders von jungen Menschen, im fehlenden Meinungsstreit zwischen den Regierenden und der Bevölkerung über drängende gesellschaftliche Probleme. Es gebe bei uns keine Kultur des Meinungsstreits. Die sich verschärfenden Töne in unseren Medien hätten nicht zur Klarheit in den Köpfen, sondern eher zur Ablehnung unserer Staatspolitik bei einer ganzen Reihe von Bürgern beigetragen. Wenn die allgemein missbilligte Abwanderung von DDR-Bürgern in die BRD nur als Ausdruck von mangelnder Urteilsfähigkeit dieser Bürger oder der Verführungskraft westlicher Me-

dien dargestellt werde, so stimme dies nicht. Es müssten auch kritische Fragen an Elternhaus, Schule, Jugendverband und die bisherigen Arbeitskollektive gerichtet werden. [...]

Quelle: ACDP VII-010-3529.

Dokument 23: *Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Parteiorgane. Berlin, 25. Oktober 1989. Vorschläge aus Briefen von Unionsfreunden und Ortsgruppen sowie Informationsberichten von Vorständen der CDU (2. Teil)*

[...] Wir sollten als CDU unsere Eigenständigkeit auf gesellschaftlichem Gebiet konkreter beweisen, ohne dabei die Grundlagen einer offensiven Bündnispolitik zu untergraben. Ich meine schon, dass es die Unfehlbarkeit einer Partei nicht gibt und noch nie gegeben hat und Probleme nur durch starkes Bündnis zu bewältigen sind, indem die einzelnen Parteien einen gleichberechtigten Status haben.

Joachim Dirschka, Mitglied des HV, Leipzig

[...] Worin besteht eigentlich der eigenständige Beitrag der CDU in der gegenwärtigen Situation? Worin besteht eigentlich der Unterschied zwischen der CDU und der SED im Beitrag zur Lösung der aktuellen Probleme? Warum hat die LDPD den Mut zum öffentlichen Bekenntnis zu den in der Vergangenheit gemachten Fehlern und die CDU nicht?

Mitglieder der CDU-OG Reinstädt, KV Jena-Land

[...] Deshalb fordern wir aktuell von der Leitung unserer Partei: eine klare Einstellung mit einer eigenen und nicht einer gepachteten Meinung zu beziehen. Dass die CDU aus ihrer Alibifunktion heraustritt, alles tut, damit sich Menschen auch in unserer Partei mündig fühlen und das Vater-Kind-Verhältnis (Staat-Bürger) aufgehoben wird.

CDU-OG Eichholz-Dröbzig, KV Finsterwalde

[...] Warum hat sich die CDU nicht konsequent gegen von Staat und SED unterstützte inhumane Aufrufe in unseren Massenmedien gewandt? Warum hat der Hauptvorstand nicht den Mut, sich zur Massenflucht aus unserer Republik und deren Ursachenermittlung zu äußern oder sich dagegen zu verwehren, dass Andersdenkende generell als Konterrevolutionäre und Rowdys bezeichnet wurden? Warum hat unser Parteivorsitzender sich nicht an seine Unionsfreunde gewandt? Hat er zu all dem nichts Entscheidendes zu sagen? Wartet er auch hier wieder die Richtungsvorgabe durch die SED ab?

CDU-OG Eilenburg

Quelle: ACDP VII-010-3529.

Zu Transformationsprozessen in der DDR-CDU 1989/90

Von Günter Wirth

Günter Wirth und die DDR-CDU. Eine biographisch-editorische Vorbemerkung von Manfred Agethen

Günter Wirth kennt Geschichte und Innenleben der CDU in der SBZ/DDR wie kaum ein Zweiter. Während fast der gesamten Dauer ihrer Existenz – über vierzig Jahre lang – hat er ihr in verschiedenen Ämtern und Funktionen gedient und ihr geistig-ideologisches Profil mitgeprägt. 1929 in Brand-Erbisdorf im Kreis Freiberg geboren, trat er schon im Frühjahr 1947 als Oberschüler der Union bei. Nach seinem Selbstzeugnis hatten ihn Jakob Kaisers Vorstellungen eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ und dessen „Brücke“-Konzept stark beeindruckt. Dazu kam der Einfluss seines Deutschlehrers Hellmut Döring, des CDU-Fraktionsvorsitzenden in der Freiburger Stadtverordnetenversammlung, und des CDU-Kreisvorsitzenden Prof. Dr. Gerhard Gruß, der zugleich Rektor der Freiburger Bergakademie war; beide wiesen ihn auf die Betonung christlicher Werte in der neu entstandenen CDU hin. Die christlich-demokratischen und freiheitlich-pluralistischen Positionen der CDU konnten allerdings unter dem Gleichschaltungsdruck der politisch bestimmenden Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone, der Sowjetischen Militäradministration und der SED, die seit Ende 1948 mit dem Aufbau des Sozialismus begannen, nicht zum Tragen kommen.

Als aktives CDU-Mitglied nicht zum Studium der Germanistik an der Universität Leipzig zugelassen, wurde Wirth Ende 1948 Redaktionssekretär des CDU-Organs „Märkische Union“ in Potsdam. In dieser Zeit (1949/50), in der die CDU schon fast vollständig dem Führungsanspruch der SED unterworfen worden war, geriet Wirth immer mehr unter den Einfluss des seit 1948 amtierenden CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke, der Mitglied des Landtages in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt war. Damals verkürzte sich Wirths ursprüngliche Orientierung an Kaisers Modell eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ auf das Bekenntnis zum „realer werdenden“ Sozialismus in der DDR. Neben der zwangsweisen Sozialisierung war dabei für Wirth wie für zahlreiche seiner Altersgenossen in der SBZ/DDR die Einsicht ausschlaggebend, dass der Sozialismus und das Christentum, die den Nationalsozialismus weltanschaulich-politisch relativ unbeschadet überstanden hatten, bei der Neugestaltung der Gesellschaft und der Erneuerung der Kultur mitarbeiten müssten.

*Entsprechend seinen Neigungen und Fähigkeiten entschloss sich Wirth unter den neuen Bedingungen, die christlichen Ansprüche der CDU vor allem im kulturpolitischen Umfeld zu verwirklichen. Einflussreiche Ämter in der CDU-Parteihierarchie und in leitenden Stellungen bei CDU-eigenen oder -nahen Verlagen oder Institutionen gaben ihm dazu die Möglichkeit: 1954 bis 1958 war er Sekretär des Hauptvorstandes, 1964 bis 1970 – nach Abschluss des dann möglichen Studiums, dem 1977 die Promotion folgte – war er Cheflaktor im Union Verlag, wo er u.a. Werke von Teilhard de Chardin, Martin Luther King, Albrecht Goes, Karl Barth, Fritz Baade und Günther Anders herausgab. Auf diese bislang zu wenig beachteten kulturpolitischen Verdienste der CDU in der DDR-Gesellschaft hat Wirth in seinem Aufsatz „Erinnerungen und Erwägungen zur CDU-Kulturpolitik“ hingewiesen (in: *Befremdlich anders. Leben in der DDR*; hrsg. von Evemarie Badstübner, Berlin 2000, S. 472–512).*

*Der kultur- und gesellschaftspolitische Schwerpunkt wird auch in Wirths weiterem beruflichen, parteipolitischen und ehrenamtlichen Wirken klar erkennbar. 18 Jahre lang (1968–1986) war er Vorsitzender der Ständigen Kommission Kultur in der Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung, der er von 1967 bis 1990 angehörte. 1961 bis 1963 war er stellvertretender Chefredakteur des CDU-Zentralorgans *Neue Zeit*, zuständig für Kulturpolitik. Von 1972 bis 1990 war er Vizepräsident des Kulturbundes, einer der Massenorganisationen in der DDR. 1973 bis 1985 war er zunächst Chefredakteur, von 1986 bis 1990 Herausgeber der einzigen evangelischen Monatszeitschrift in der DDR, des „Standpunkt“. Das Redaktionsarchiv übergab Wirth 1996 dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik in der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Dokumentation der Kultur-, Gesellschafts- und Bildungsgeschichte der DDR in den 70er und 80er Jahren. Von 1985 bis 1993 nahm Wirth eine Honorarprofessur für Neueste Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität Berlin wahr. Er ist Mitglied des Vorstandes der Gertrud-von-le-Fort-Gesellschaft.*

Von 1972 bis 1989 war Günter Wirth Mitglied des Präsidiums des Hauptvorstandes der Ost-CDU, gehörte also dem engen Leitungskreis seiner Partei an. Mit seinen intellektuellen und analytischen Potenzen hat er deren geistiges und politisch-ideologisches Profil mitbestimmt – so war er etwa Mitte der 50er Jahre für ihre Schulungsarbeit verantwortlich –, doch blieb er gerade als Intellektueller in der Blockpartei auch Außenseiter. Zu dieser Rolle passte es auch, dass er beim Sonderparteitag der sich erneuernden DDR-CDU Mitte Dezember 1989 in Berlin als einziger aus der früheren Parteileitung seine persönliche Mitschuld an den Fehlentwicklungen in der DDR bekannte. Er gehörte auch zu der Kommission, die Anfang Januar 1990 das Programm der gewandelten CDU vorlegte. Auf eine Kandidatur für den neuen Parteivorstand verzichtete Wirth; er war überzeugt, dass der Erneuerungsprozess der CDU

nicht entscheidend von Kräften der alten Parteiführung mitgetragen werden könne.

Bis zum Oktober 1990 war Wirth als Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe beim Vorsitzenden der DDR-CDU, also als enger Mitarbeiter de Maizières, insbesondere mit parteigeschichtlichen Arbeiten befasst. In der Folgezeit trat er vor allem publizistisch mit Arbeiten zur Literatur der inneren Emigration, zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte (Ernst Troeltsch, Romano Guardini) und zur Preußen-Problematik hervor. 2000 erschien bei Suhrkamp sein Buch „Der andere Geist von Potsdam“.

Günter Wirth beschreibt in seinem Beitrag den von der Basis der Partei her kommenden Erneuerungsprozess der Ost-CDU im Verlauf der friedlichen Revolution seit dem Herbst 1989. Die retrospektiven Reflexionen eines aktiv Beteiligten sind von hohem historischen Interesse. Die vom Verfasser mitgelieferten Anmerkungen mussten aus Platzgründen leider wegfallen.

* * *

Man muss sich einmal die Konstellationen in der DDR-CDU am 10. November 1989, an dem Tag, an dem Lothar de Maizière Parteivorsitzender wurde, vergegenwärtigen, um sich über die eigentliche Bedeutung dieses Vorgangs klar zu werden.

Acht Tage zuvor war der seit 1966 amtierende Parteivorsitzende Gerald Götting, der bis dahin als Generalsekretär mindestens seit Ende 1957 den dominierenden Einfluss in der Partei hatte („System Götting“), zurückgetreten, nachdem er noch Mitte Oktober 1989 in einer Sitzung des Parteipräsidiums mit Bezirksvorsitzenden und Abteilungsleitern des Sekretariats erklärt hatte, die Sowjets hätten noch nicht das letzte Wort gesprochen, die Panzer stünden durchaus bereit. Als ihm daraufhin von einigen Bezirksvorsitzenden, u.a. von dem Schweriner und dem Karl-Marx-Städter (Chemnitzer) sowie von Präsidiumsmitgliedern (u.a. Dr. Dietmar Czok und dem Verfasser) entgegengehalten wurde, er erkenne die Gesamtsituation und speziell die innere der eigenen Partei, diese sei schon längst keine einheitliche Partei mehr, und vor allem gebe es in ihr die unterschiedlichsten reformerischen Strömungen, die die Positionen des „Weimarer Briefs“ vom September längst transzendiert hätten, wusste er keine andere Antwort als die, den für solche Auffassungen aufgenommenen Beifall unter den Sitzungsteilnehmern brüsk zu verbieten. Ich übergehe hier weitere Details zur doktrinären Haltung Göttings, die wir damals ohnehin zu sehr nur im letztlich nicht so großen prinzipiellen Kontrast zur reformfreundigeren Haltung Manfred Gerlachs sahen und von letztlich illusorischen Erwartungen hinsichtlich der reformerischen Kräfte in der SED um Hans Modrow konterkarieren ließen, nicht aber in der Konfrontation mit den tatsächlichen Entwicklungen in der DDR-Gesellschaft.

Interessanterweise traten diese Strömungen dort unmittelbar in die zur Entscheidung drängenden innerparteilichen Klärungsprozesse ein, wo man sie am wenigsten erwartet hätte, nämlich im kulturell-künstlerischen Milieu. Dort hatte und hätte man sie wohl deshalb am wenigsten erwartet, weil christliche Künstler in der DDR bisher nicht gerade als die politisch agilsten zu identifizieren gewesen waren, und auch deshalb nicht, weil die kulturpolitischen Bemühungen der DDR-CDU selbst in der Zeit der Stagnation der achtziger Jahre noch Elemente einer gewissen Eigenständigkeit und Authentizität aufgewiesen hatten, unübersehbar in der Programmatik der CDU-Verlage.

Die ersten offenen und öffentlich ausgesprochenen direkten Aufforderungen zum Rücktritt erhielt Götting am 27. Oktober 1989 auf der jedes Jahr regelmäßig Ende Oktober abgehaltenen Begegnung der Parteiführung mit Kulturschaffenden in der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ im landschaftlich reizvoll gelegenen Barockschloss Burgscheidungen, für das Götting gleichsam als Mäzen viel denkmalpflegerischen Elan eingesetzt hatte. In dieser „Begegnung“ 1989 waren es vor allem der damals noch parteilose, viel im Unionverlag publizierende thüringisch-sächsische Schriftsteller Uwe Grüning, seit 1990 kulturpolitischer Sprecher der CDU im Sächsischen Landtag (zuvor in der Volkskammer), und der in den fünfziger Jahren aus der Bundesrepublik in die DDR gekommene katholische Komponist und Schriftsteller Wolfgang Schoor (Bezirksverband Potsdam), die diese Aufforderung ebenso nachdrücklich wie souverän artikuliert hatten. Analoges musste Götting bei seinem letzten öffentlichen Auftreten als Parteivorsitzender erfahren, nämlich bei der 200-Jahr-Feier des Verlages Koehler & Amelang, Leipzig/Berlin, der seit 1950 der CDU gehörte.

Dass in Burgscheidungen die letzte Stunde Göttings als Parteivorsitzender eingeläutet worden war, erhellt daraus, dass der in Berlin zurückgebliebene stellv. Parteivorsitzende von den dortigen Vorgängen (offensichtlich von Adolf Niggemeier) informiert worden war und zu ersten Gegenmaßnahmen schritt. Jedenfalls wurde ich am Nachmittag des 27. Oktober 1989 (ich war wegen eines Vortrags in einer Berliner Kirchengemeinde am Abend des 26. Oktober und einer CFK-Konferenz am 27. Oktober nicht nach Burgscheidungen gefahren) zu Wolfgang Heyl gerufen und dort mit der Frage überrascht, ob ich bereit wäre, Nachfolger Göttings als Parteivorsitzender zu werden. Es war für mich klar, dass ich ohne zu zögern verneinen müsste, und zwar einerseits mit dem Hinweis auf meinen Gesundheitszustand, vor allem aber andererseits mit der für mich sofort wie selbstverständlichen Feststellung, dass es für eine Lösung dieses Problems aus dem bisherigen inneren Kern der Parteiführung heraus (selbst wenn ich da letztlich ziemlich fremd gewesen wäre) längst zu spät sei (und meine Fremdheit in der Parteiführung, wenn sie denn jetzt als Legitimation für mich in Anspruch genommen würde, sei doch so

nur in den inneren Zirkeln der Partei – als „Kavaliersopposition“ wie ich schon lange zu sagen pflegte – bekannt, sei aber nicht nach draußen gedrungen).

An den folgenden Tagen standen alle möglichen weiteren Kandidaten zur Debatte. Interessanterweise kamen viele Vorschläge aus dem Umfeld Horst Korbellas, des Dresdner Bezirksvorsitzenden, der wiederholt, begleitet von Dr. Walter Riedel, einem angesehenen ehemaligen Unternehmer, der als bekennender Baptist auch große moralische Autorität besaß, mit Heyl zusammentraf (und auf dem Weg in Heyls Büro bei mir vorbeischaute). Alle personellen Vorschläge, die bei diesen Gelegenheiten erörtert wurden, hatten aber die Achillesferse, auf die ich im Zusammenhang meines Gesprächs mit Heyl hingewiesen hatte.

Wenn ich mich richtig erinnere, spielten in solchen Erörterungen mögliche Kandidaten aus dem Umfeld des „Weimarer Briefes“ charakteristischerweise keine Rolle. Offenbar war man im Krisenmanagement der bisherigen „Partei-führung“ überzeugt, noch davon ausgehen zu können, aus ihrer Mitte heraus trotz allem zu einer Lösung zu kommen; die „Weimarer“ hatten mit ihrem Brief ebenso „Unbehagen“ hervorgerufen, wie die im bisherigen Sinne „professionelle“ Reaktion der Parteiführung auf sie letztlich als blamabel empfunden worden war. Doch war in Weimar nicht noch ein Synodaler gewesen, der sich dem Kreis der Unterzeichner nicht angeschlossen hatte, weil er trotz Sympathie mit deren Position als Mitglied der Präsidiums der Bundessynode es ablehnen musste, in eine direkte politische, dazu parteipolitisch profilierte Aktion hineingezogen zu werden? Lothar de Maizière!

Der knapp fünfzigjährige Rechtsanwalt schien aus verschiedenen Gründen ein für alle Seiten akzeptabler Kandidat zu sein: Aus einer alten CDU-Familie kommend (sein Vater war ebenfalls Rechtsanwalt, Synodaler, führender Repräsentant der Hugenotten, Ortsgruppenvorsitzenden in Berlin-Treptow), war er schon als 16jähriger Schüler CDU-Mitglied geworden – 1956, als für eine Zeit ein relativ eigenständiger Kurs Otto Nuschkes in kirchen- und kulturpolitischer Hinsicht auch für junge Leute wie ihn attraktiv erschien. Hinzu kamen weitere familiäre Bezüge, die für de Maizière sprachen: Sein Großvater mütterlicherseits, Dr. Johannes Rathje, war ein bedeutender protestantischer Publizist, dessen Buch über Martin Rade und die Welt des freien Protestantismus vor über vierzig Jahren Gegenstand eingehender Debatten gewesen war – bis hin zu Karl Barth, seine Schwester fungierte als Pröpstin in der provinzsächsischen Kirche und vor allem: Sein Onkel Ulrich de Maizière, Bruder seines Vaters, war der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und NATO-Befehlshaber (und die Berliner de Maizières hatten den Kontakt zu ihm weitgehend aufrechterhalten). Mitte Oktober 1989 hatte de Maizière über die Ergebnisse der Weimarer Synode in der Arbeitsgemeinschaft Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU referiert, und sein Vortrag war unmittelbar darauf in der „Neuen Zeit“ gedruckt worden (am 17. Oktober 1989). Nach dem 2. No-

vember 1989, nach Göttings Rücktritt und nach allen nur möglichen Fehlkalulationen des bisherigen Krisenmanagements erschien Lothar de Maizière als Retter in der Not. Tatsächlich erklärte sich dieser nach einigem Zögern (den Konsultationen in der Familie und mit der Kirchenleitung, zumal Bischof Dr. Gottfried Forck geschuldet) bereit, am 10. November 1989 im Hauptvorstand als dem dafür satzungsmäßig zustehenden Organ zu kandidieren (nachdem übrigens noch zwei Abende zuvor in der Französischen Kirche eine Diskussion über die Zukunft des Parteiensystems in der DDR stattgefunden hatte, u.a. mit Lothar de Maizière und Gottfried Müller).

Ein Tag nach dem 9. November 1989

Zu den einleitend beschriebenen Konstellationen dieses Vorgangs gehört, dass dieser sich im Schatten oder im Licht der gerade geöffneten Mauer abspielte, und es war dies ein Ereignis, das von vornherein auch den provisorischen Charakter aller weiteren innerparteilichen Entscheidungen der CDU markieren musste, deshalb nämlich, weil damit die „innere“ Lösung der Probleme der DDR-CDU, der Überwindung des „Systems Götting“ und der Neuorientierung, in eine Klammer geriet, die ganz andere Vorzeichen erhielt, als man sie noch unter dem Eindruck der Berliner Großdemonstration vom 4. November 1989 (zwar mit Manfred Gerlach als Redner, aber keinem von der CDU) erwartet hätte. Anders formuliert: Nach dem „Staatsstreich“ des Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz und seines Agitations- bzw. PR-Chefs Günter Schabowski war die innere Lösung auch der CDU-Probleme suspendiert, jedenfalls in ihrer Substanz, und es trat die äußere Lösung auf die politische Agenda, d. h. makrokosmisch: Aufgehen der DDR-Probleme in den Prozess der Wiedervereinigung, und mikrokosmisch: Erneuerung der CDU in Kompatibilität zu den Vorgaben der CDU in der Bundesrepublik.

Sicherlich konnten wir diese Alternativen damals noch nicht in dieser pointierten Zuspitzung sehen (ich erinnere mich allerdings sehr genau, den Begriff des „Staatsstreichs“ in einem damals gemeinsam vom Sektionsdirektor der theologischen Sektion Prof. Dr. Heinrich Fink und mir abgehaltenem Seminar, übrigens mit der Theologie studierenden Tochter de Maizières als Teilnehmerin, schon im November 1989 gebraucht zu haben), aber irgendwie ahnten wir es, obwohl sozusagen vordergründig im Alltag eher der immer unaufhaltsamer werdende Akzelerationsprozess der Öffnung und totalen Veränderung der innenpolitischen Szene unsere Haltung bestimmte.

Dieser Akzelerationsprozess hatte schon vor dem 9. November Ausmaße angenommen und zu Auffassungen in der Öffentlichkeit geführt, die die kühnsten Hoffnungen und Vorstellungen in den reformerisch-dissidentischen Gruppen weit übertrafen. (Immerhin habe ich von Dr. Wolfgang Ullmann am

19. Oktober 1989 gesprächsweise gehört, dass er sich mit „Demokratie jetzt!“ auf baldige freie Wahlen vorbereitete.)

Bei der Würdigung der Konstellationen am 10. November 1989 kam hinzu, dass parallel zur Wahl eines neuen Parteivorsitzenden der CDU die Ergebnisse der Tagung des Zentralkomitees der SED (sozusagen diesseits vom Zettel Schabowskis) zu verarbeiten waren, konkret die mit dem Wegspülen der bisherigen Protagonisten der Nomenklatura ins Haus stehende Neubildung der Regierung der DDR unter Hans Modrow (an den ich während der ZK-Tagung einen Brief dahingehend geschrieben hatte, dass ich von kirchlichen Kreisen – konkret von Pfarrer Christfried Berger, einem engen Freund von Markus Meckel und Ehemann der heutigen Ausländerbeauftragten in Brandenburg – informiert und inspiriert worden sei, ihm nahezulegen, den Einfluss Manfred Stolpes in der neuen Regierung zu sichern). Die Neubildung der Regierung erfolgte dann noch einmal auf der Basis von Verhandlungen im Block, was angesichts der Umstände (Druck der äußeren Verhältnisse, fragile Lage in den einzelnen Parteien, mangelnde Kommunikation des neuen Personals usw.) nicht ohne Schwierigkeiten ablief. Hinzu kam, dass de Maizières Plan, als (parteilosen) Vertreter der CDU Manfred Stolpe für die neue Regierung vorzuschlagen, und zwar für das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten, nicht zustande kam, weil Stolpe nach wohl ursprünglicher persönlicher Zusage dann doch deshalb ablehnte, weil er nicht den Konsens der Kirchenleitung hierfür hatte erreichen können. Daraufhin musste de Maizière nolens volens etwas tun, was er eigentlich hatte vermeiden wollen, nämlich seinerseits in dieser Eigenschaft in die Regierung einzutreten (nach kurzfristig einberufener Beratung des Präsidiums).

Doch ich habe mit diesen Feststellungen zur objektiven („äußeren“) Situation chronologisch vorgegriffen und die rasanten *inner*parteilichen Auseinandersetzungen außen vor gelassen:

Am 10. November 1989 war nämlich zweierlei geschehen – und diese zwei Vorgänge in einem hatten auch einen doppeldeutigen Charakter. Es war einerseits ein neuer Parteivorsitzender gewählt worden – von jenem Hauptvorstand, der zwei Jahre zuvor auf dem letzten Götting-Parteitag in Dresden bestätigt worden war. (Allerdings entsprach, um es noch einmal zu unterstreichen, die Wahl des Parteivorsitzenden durch den Hauptvorstand der noch gültigen Satzung.) Bevor de Maizière gewählt wurde, waren aber ausdrücklich in eben diesem Hauptvorstand das Präsidium und das Sekretariat zur Disposition gestellt worden. Hierbei stellte sich heraus, dass mit Ausnahme Heyls alle bisher führenden und in repräsentativen Funktionen tätigen Parteifunktionäre abgewählt wurden, also Dr. Heinrich Toeplitz, der Präsident des Obersten Gerichts, Rudolph Schulze, stellv. Vorsitzender des Ministerrates, dessen Vorgänger Max Sefrin, stellv. Parteivorsitzender, Günther Grewe, Mitglied des Nationalratspräsidiums, und Ulrich Fahl, einziger CDU-Vorsitzender eines

Volkskammerausschusses. Aus dem bisherigen Präsidium hatten nur wenige, diesem harten Kern der Parteiführung eher ferne Mitglieder „überlebt“, so der Weimarer Oberbürgermeister Professor Baumgärtel, der Berliner Bezirksvorsitzende Berghaus und ich, merkwürdigerweise aber drei (katholische) Sekretäre des Hauptvorstandes (und unter ihnen nicht nur der wirklich kritische Dr. Czok, sondern auch der jeweils durch Anpassung bekannte Adolf Niggemeier, während im Gegensatz hierzu bedauerlicherweise der Kultursekretär Werner Wünschmann die Mehrheit knapp verfehlte).

Doppelherrschaft

Dies hieße also in anderen Worten, dass der im Anschluss hieran gewählte neue Parteivorsitzende mit einem Restpräsidium und einem Restsekretariat (außer Wünschmann fehlte Fahl) aus dem System Götting auszukommen hatte – abgesehen davon, dass in der Volkskammerfraktion, der de Maizière ja nicht angehörte und mit der er (zumal nach seinem Eintritt in die Regierung Modrow) irgendwie rechnen musste, die alten, im bisherigen Hauptvorstand abgewählten Parteioberen verblieben waren und (schon wegen der Diäten) zu verbleiben gedachten. Wir haben es also bei einer solchen Konstellation mit der in revolutionären Prozessen nicht unbekanntem und nicht unüblichen Doppelherrschaft zu tun.

Diese allein schon von den formellen Akten der Sitzung am 10. November 1989 bedingte Doppelherrschaft sollte dann auch bereits am 11. bzw. am 13. November 1989 zur ohnehin auf die Dauer unausweichlichen Konfrontation führen. Wolfgang Heyl, der in der Hauptvorstandssitzung die meisten Stimmen erhalten hatte und seit den frühen achtziger Jahren als Hoffnungsträger im „System Götting“ galt, als eine Art „Schäuble“ der DDR-CDU (wenn man denn füglich einen solchen Vergleich machen kann), hatte für den 11. November 1989 die nicht „ausgemusterten“ Sekretäre (neben Dr. Czok und Niggemeier Dr. Hans Zillig) zu einer Besprechung ins Parteihaus gerufen, was der neue Parteivorsitzende, der sich wohl zur gleichen Zeit dort befand, als einen feindseligen Akt der alten Parteiführung gegen ihn ansah und ansehen musste. Er stellte dann auch sofort die „Kabinettsfrage“, die sich freilich dahingehend erledigte, dass Heyl wenige Tage später aus einer Sitzung der Volkskammer mit dem Notarzwagen weggefahren wurde und nach seiner Genesung nicht wieder ins politische Geschäft (auch nicht das des Vorsitzenden der Volkskammerfraktion) zurückkehrte. Damit war zwar für de Maizière die Symbolgestalt der alten Partei, der gegenüber er bis dahin durchaus Sympathie bezeugt hatte, ausgeschaltet, aber das Geflecht des „Systems Götting“ war auf diese Weise noch längst nicht beseitigt, das bürokratische Geflecht des zentralen und regionalen (bezirklichen) Apparats vor allem, der kaum eigene Initiativen hatte entfalten dürfen und der immer nur auf „Weisungen“ gewartet

hatte, offenbar auch jetzt. Hierbei muss allerdings eine gewisse prekäre Seite dieser Erscheinung berücksichtigt werden: Die Kreissekretäre der CDU etwa hatten ja bis 1989 nicht nur die Weisungen ihres zentralen Apparats zu beachten, sondern auch vor allem die der Kreisleitungen der SED – und nicht zuletzt standen sie fast jeden Abend vor den kritischen Fragen der CDU-Mitglieder in den Ortsgruppen.

Sicherlich hatte die Doppelherrschaft durch die Sezession Heyls ihren dramatischen Charakter verloren, und möglicherweise blieb sie von nun an, also im Grunde beinahe unmittelbar nach der Wahl de Maizières für Außenstehende eher verborgen. Tatsächlich aber blieb sie in den Realitäten bestehen – über den Sonderparteitag hinaus, und auch in der Folgezeit bis zum 1. Oktober 1990 waren Elemente hiervon erkennbar. Für Außenstehende deutlich wahrnehmbar wurde freilich ein anderer Vorgang, der seinerseits das Stigma des Ambivalenten trug, und es sollte sich bald herausstellen, dass sich aus solcher Ambivalenz eine andere Art Doppelherrschaft entwickeln sollte, die noch heute fassbar ist.

Es war nämlich so, dass mit der Wahl de Maizières und mit den sich aus ihr ergebenden, ihrerseits von Akzeleration gekennzeichneten Entwicklungsprozessen in der alten DDR-CDU Signale in die gärende DDR-Gesellschaft drangen, die in dem der alten DDR-CDU kritisch gegenüberstehenden Milieu so aufgenommen wurden, dass man dort meinte: Jetzt sei wohl doch die Möglichkeit oder sogar die Notwendigkeit gegeben, solchen Signalen zu folgen und diese sich erneuernde CDU zu unterstützen, ja sich ihr anzuschließen. Dies gilt vor allem für katholische Christen unterschiedlicher sozialer Lage und für protestantische bildungsbürgerliche Kräfte, wobei die Katholiken von vornherein einen höheren Grad des Engagements bezeugten. Es kam aber auch früh zu Kontakten mit dem dissidentischen Umfeld, und zwar mit den dort zu ortenden Kräften, die eine mehr bürgerlich-konservative gesellschaftliche Option und Vision hatten, für die schon damals die Frage der Erneuerung des Sozialismus keine relevante mehr war. Es ist wohl kein Zufall, dass es vor allem in Sachsen, etwa in Dresden, zu solchen Kontakten kam, aus denen feste Parteibindungen erwachsen. Man denke nur an den heutigen Bundestagsabgeordneten Dr. Arnold Vaatz und an den langjährigen Oberbürgermeister Wagner.

Drei Hauptströmungen – und eine vierte

So waren in der DDR-CDU Mitte November 1989 – im Schatten der Maueröffnung und der zunächst noch blockpolitisch angelegten Zu- bzw. Einordnung zur bzw. in die Modrow-Regierung – drei Hauptströmungen festzustellen: 1. die CDU-Funktionäre, die im Grunde für die Position eines nur geringfügig zu reformierenden realen Sozialismus eintraten, 2. diejenigen, die mit dieser

Position zu brechen bereit waren und zur „echten Idee“ der Union von 1945/46 zurückkehren wollten – und zu dieser Idee zurückzukehren, bedeutete Ende 1989 natürlich, deren mögliche Perspektiven und ihre realen Ausgestaltungen in der alten Bundesrepublik zu analysieren und zu verarbeiten. 3. ging es um jene politisch-geistigen Kräfte, die aus ihrer bisherigen Nischen- bzw. Dissidenten-Existenz heraus die Option vertraten, das organisatorische Medium der CDU, ihr jetzt erkennbares Erneuerungspotential und die allerdings auch in DDR-Zeiten nicht infragegestellte weltanschauliche Haltung (zumaß im kulturellen Umfeld), machten die CDU für die zu fällenden Entscheidungen zu einem geeigneten Instrument.

In der Folgezeit kam es innerhalb dieser Strömungen und zwischen ihnen zu tiefgehenden Auseinandersetzungen. Dabei war klar, dass diese nicht in einem abgeschlossenen und sterilen Raum stattfanden, sondern in der Ende 1989/Anfang 1990 in besonderer Weise aufgeheizten politischen Atmosphäre der DDR-Gesellschaft, in die nach der Maueröffnung ohnehin rasch und definitiv die Lösungen und Alternativen aus der Bundesrepublik einwirken konnten, eindeutig geprägt vom dort herrschenden Parteiensystem, das seinerseits nach geeigneten Medien für die je eigenen Lösungen und Alternativen in der DDR suchte. Insofern war neben den drei Strömungen in der DDR-CDU spätestens ab Ende des ersten Quartals 1990 eine vierte von christlichen Demokraten aus der alten Bundesrepublik zu registrieren, die neue Wirkungsstätten in der DDR gefunden hatten (prominentestes frühestes Beispiel: Biedenkopfs Leipziger Professur).

Zur Auseinandersetzung der beiden erstgenannten Strömungen wäre zu bemerken, dass der Radius der ersten alsbald wesentlich eingeschränkt war. Auch in der Volkskammerfraktion mussten sich die ehemals führenden Parteifunktionäre eher zurückhaltend verhalten (wenn man von Dr. Toeplitz absieht, der sich plötzlich in die Funktion eines „Sittenwächters“ der ganzen Volkskammer katapultiert hatte). Allerdings kam es zunächst doch nicht zu einem totalen unter den Funktionsträgern in den Bezirksverbänden, in denen keineswegs alle führenden Funktionäre entfernt wurden, sehr früh freilich der Potsdamer Bezirksvorsitzende Friedrich Kind, Mitglied des Staatsrats seit 1960, der aus dem Parteipräsidium schon länger auf eigenen Wunsch ausgeschieden war). Offensichtlich hing dieser merkwürdige Vorgang weniger mit Inkonsequenz, sondern mehr mit der überraschenden Tatsache zusammen, dass sogar in den mittleren und unteren Rängen der Parteihierarchie sich die bis 1989 bekundete „ideologische Geschlossenheit und Festigkeit“ als reine Fiktion, sozusagen als plakativer Ausweis gegenüber der früher führenden Partei erwiesen hatte. Die bisher amtierenden Bezirksvorsitzenden, die sich früh kritisch gegenüber Götting geäußert hatten, also der Schweriner und der Karl-Marx-Städter, der Leipziger und mit einer gewissen Einschränkung der Dresdner, erst recht viele Kreisvorsitzende, Kreissekretäre, Staatsfunktionäre der mittleren und unteren

Ebene zeigten sich der neuen Situation gegenüber flexibler. Dies war freilich oft genug eine Flexibilität, die den Pegelstand eines durchaus auch anzutreffenden Opportunismus transzendierte und echte demokratische Substanz zutage förderte. Ich nenne nur als Beispiele den früheren Finanzstadtrat von Cottbus, der seit 1990 Oberbürgermeister ist – Waldemar Kleinschmidt, oder die Kreisvorsitzenden von Gotha und Berlin-Treptow, Josef Duchac und Horst Gibtner.

Übrigens muss für diesen Zeitraum eine andere merkwürdige Erscheinung ins Auge gefasst werden, die mit den Wandlungen in der SED und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft, aber auch damit zusammenhängt, wie sich etablierte Funktionäre der SED ihre Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten in einer offenen Situation zu erhalten suchten: Wo früher SED-Funktionäre wie Schuldirektoren, Schulräte usw. das Sagen hatten, zogen sie sich oft „rechtzeitig“ zurück in ein zweites Glied, wo sie zu überleben hofften, und ließen CDU- oder LDP (D)-Mitglieder ins erste Glied aufrücken. Um ein Beispiel aus dem kulturellen Umfeld anzuführen: Unionsfreund Volker Kahl, der im Archiv des Hauptvorstands tätig gewesen war, hatte die Stelle eines Archivars in der Akademie der Künste inne. In der Wendezeit trat der bisherige Abteilungsleiter (und Parteisekretär) ins zweite Glied, und der CDU-Mann wurde Abteilungsleiter. Beide sind heute noch in ihren Funktionen tätig. Oder nehmen wir das Beispiel der Greifswalder Universität, in der endlich wieder ein Theologe Rektor wurde, Unionsfreund Prof. Dr. Hans-Jürgen Zobel, der kürzlich verstorbene alttestamentliche Ordinarius.

Ähnlich war es in der sog. Massenorganisationen: Die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft wurde von Pfarrer C. Pech übernommen, einem aus dem Sorbischen stammenden Unionsfreund, der katholische Theologie studiert hatte, Kaplan gewesen war und dann konvertierte. In der Volkssolidarität wechselte der bisherige stellvertretende Vorsitzende Jost Biedermann (CDU) in das Amt des Vorsitzenden, das er heute noch erfolgreich ausübt, und ich sollte nach den Vorstellungen der (SED-)Bundessekretäre des Kulturbundes im März 1990 als Präsident des Kulturbundes kandidieren. Ich hatte dies ebenso abgelehnt wie seinerzeit den Vorschlag Heyls.

Insgesamt sehen wir, dass sich das vordergründig womöglich der ersten Strömung zuzurechnende Personal dieser doch nicht eindeutig zuordnen ließ, sondern weitgehend auf die zweite bezogen wurde. Ohnehin ließ sich die Apologetik des realen Sozialismus nicht länger durchhalten, es sei denn im engeren oder weiteren Umfeld der am 10. November 1989 abgewählten Spitzenfunktionäre (zumal vom Typus Grewe). Es blieb in diesem Umfeld die parallel zur Entwicklung von SED/PDS festzustellende Beschwörung eines idealistisch-utopischen Sozialismus, der als Alternative gegenüber dem realen in Stellung gebracht wurde, und merkwürdigerweise orientierten sich einige frühe scharfe Kritiker des „Systems Götting“, etwa Wolfgang Schoor, Ende 1989

kurzzeitig Kreisvorsitzender in Königswusterhausen, in diese Richtung, und einige andere verlängerten (oder verkehrten?) diese Linie, indem sie die CDU verließen und zur SPD übertraten, so der Nachfolger Kinds als Bezirksvorsitzender in Potsdam, Dr. Seidel, heute SPD-Stadtverordneter, oder Schoors Nachfolgerin in Königswusterhausen, Petra Ketzer.

Geistige Auseinandersetzung

Interessant und bisher viel zu wenig oder noch gar nicht analysiert ist das, was sich in der 1989/90 noch vorhandenen Breite der CDU-Mitgliedschaft – einschließlich der unteren und mittleren Etagen der Funktionäre – an politisch-geistigen Auseinandersetzungen abgespielt hat, also in der beschriebenen zweiten Strömung, die sich einerseits innerhalb der herrschenden Paradigmen der ersten Strömung im Diskurs abgrenzen musste und andererseits von den Alternativen der dritten und dann auch der vierten Strömung herausgefordert wurde. Leider ist seit Anfang 1990 jene von den Bündnisgrünen ausgegebene Losung von den „Blockflöten“ (die nicht wieder die „erste Geige spielen“ dürften – eine Anspielung auf de Maizière als Musiker) schnell und pauschal auf die Mitglieder der CDU im allgemeinen angewendet worden – in fantastischer Einmütigkeit von Dissidenten über PDS-Propagandisten, den heutigen Bundestagspräsidenten, dessen Vater Mitglied des Bezirksvorstands Erfurt der CDU gewesen war, bis zu führenden Politikern der bundesdeutschen CDU. In solcher Perspektive konnten natürlich die tatsächlichen geistig-politischen Auseinandersetzungen in der Mitgliedschaft der DDR-CDU in den Wendezeiten überhaupt nicht ins Blickfeld treten. Dabei war es so gewesen, dass tatsächlich ein echtes demokratisches Potential in der Breite dieser Mitgliedschaft, zumal in der auch quantitativ durchaus respektablem Intelligenz und unter denen, für die das „hohe C“ das entscheidende Element ihrer CDU-Zugehörigkeit gewesen und geblieben war, existierte ein Potential, das weitgehend marginalisiert worden ist, weil sich die von den „Blockflöten-Klischees“ Stigmatisierten nach und nach aus der CDU zurückzogen.

Hinsichtlich der Dimensionen dieser politisch-geistigen Auseinandersetzungen in der damals noch vorhandenen Breite der Mitgliedschaft sollte sich zwischen dem 10. November 1989 und dem Vereinigungsparteitag in Hamburg am 1. Oktober 1990 herausstellen, dass in einem knappen Jahr innerhalb der DDR-CDU, vor allem in ihrer „zweiten Strömung“ die für eine christliche Partei in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts relevanten politisch-geistigen Orientierungen und Entscheidungen nachgeholt (nach dem NS-Regime, nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Auschwitz) und in einem von Akzeleration bestimmten Prozess „exekutiert“ wurden:

Am 10. November 1989 hatte sich Lothar de Maizière in eigenständiger Weise auf den authentischen Kern von Otto Nuschkes Erbe, das im „System

Götting“ längst obsolet geworden war, bezogen; wegen Otto Nuschkes kirchen- und kulturpolitischer Position sei er 1956 als Sechzehnjähriger in die CDU eingetreten. War damit zunächst die Rückkehr de Maizières zu den besseren Zeiten der DDR-CDU markiert worden, mussten Mitte November 1989 in ersten Gesprächen mit Politikern der bundesdeutschen CDU neue Akzente gesetzt werden, und sie führten in die Jahre 1945 bis 1947, in die Vorstellungswelt von Jakob Kaiser, über den „Sozialen Staat“ und den Sozialismus aus christlicher Verantwortung zurück. In der Tat spielten solche Überlegungen damals in den innerparteilichen Auseinandersetzungen im Lande ebenso eine Rolle wie auf der Führungsebene. Ich erinnere mich noch genau, im Laufe des November 1989 einen Anruf des persönlichen Referenten de Maizières, Gerhard Wilkening, bekommen zu haben, in dem ich gebeten wurde, rasch Materialien über die Genealogie des christlichen Sozialismus im 19. und 20. Jahrhundert zusammenzustellen. Ich habe in Erinnerung, dies sei für ein Gespräch mit Generalsekretär Volker Rühle gewesen, aber de Maizière hat im Dezember 1999 gegenüber der F.A.Z. erklärt, dieser habe erst viel später den Kontakt zu ihm aufgenommen. Jedenfalls hatte ich den Eindruck, dass de Maizière seinem bundesdeutschen Gesprächspartner deutlich machen wollte, dass christliche Referenz auf den Sozialismus nicht erst von der DDR-CDU bekundet worden sei, allerdings war ihre Reverenz vor ihm unverkennbar.

Damit war der Rückgriff der DDR-CDU auf das geistige Inventar der Ost-CDU von 1946/47 erfolgt, als die CDU, mit Kaiser und Lemmer, dem Blockgedanken verpflichtet war, freilich in einer eigenen Interpretation, der Ernst Lemmer 1946 in einem Aufsatz der Kulturbund-Zeitschrift „Aufbau“ (er war damals Vizepräsident des Kulturbundes und blieb es über den Dezember 1947 hinaus!) Ausdruck verliehen hatte: Block als zeitweilige, von bestimmten historischen und politischen Konstellationen definierte Methode, nicht als permanenter Endzweck. In der zweiten Hälfte 1947 war es dann, und zwar im Zusammenhang mit der Frage der sog. überparteilichen Organisationen, zu einer Umorientierung der CDU und zur Infragestellung des Blocks gekommen. Gleichsam analog hierzu kam es Ende November 1989 – aus dieser Position einer demokratisch und christlich geprägten Sozialismusvorstellung heraus – zu der wichtigsten, Eigenständigkeit manifestierenden Entscheidung der neuen Führung der DDR-CDU, die damit allerdings nur das auf der obersten Ebene praktizierte, was inzwischen in weiten Teilen des Landes in der CDU-Basis schon vorgemacht worden war, nämlich die Blockpolitik aufzukündigen. Ich kann mich an die von der CDU federführend einberufene Sitzung des Zentralen Blocks gut erinnern, weil ich (erstmalig!) als Vertreter des Kulturbundes an dieser Sitzung beteiligt war: Es ging dort für Krenz und Schabowski – in Kooperation mit Gerlach – darum, die Position der „Blockparteien“ zum bevorstehenden Zusammentreten des „Runden Tisches“ zu bestimmen und festzulegen, also nach der alten Manier zu operieren und von vornherein etwa eine

Beteiligung der SDP abzulehnen oder zu erschweren. Wie konsterniert waren sie (auch der „Reformer“ Gerlach), als de Maizière mit einer kühlen souveränen Geste für die CDU die Mitarbeit im Block als beendet erklärte und damit das Ende der Blockpolitik überhaupt signalisierte. Damit wurde die Eigenständigkeit der CDU von 1947 (die als Losung und innerer Halt bis 1949 in der Partei lebendig war) auf neue Weise verifiziert.

Phasen der Neuorientierung

Dieser grundlegend wichtigen Entscheidung gingen Diskussionen auf der dreitägigen Hauptvorstandssitzung um den 20. November 1989 in Burscheidungen voraus, in der de Maizière erstmals seine Vorstellungen – entsprechend der damaligen, sich in dauernder Veränderung befindlichen Situation entwickeln konnte. So überraschte es nicht, dass die Burscheidungen Debatten nicht nur von Ambivalenzen geprägt, sondern auch weitergehenden Modifikationen unterworfen waren. War der Ausgangspunkt de Maizières zu Beginn der Beratungen zunächst in Verbindung mit der kritischen Würdigung der realsozialistischen Verhältnisse und erst recht der Ineffizienz und des Immobilismus des „Systems Götting“ noch von eigenständigen Sozialismus-Vorstellungen bestimmt („humane und demokratische Gesellschaft, wie sie nach christlichem Verständnis dem Sozialismus entspricht“), wurde in den Debatten „auf der Burg“ zunehmend die vom 9. November her gestellte Frage nach der Einheit aufgenommen und als entscheidend für die weitere Politik der CDU angenommen. Dass hierbei zunächst noch der Konföderations-Gedanke im Vordergrund stand, ist gut verständlich; interessant ist allerdings, wie früh de Maizière über den inneren Zusammenhang von deutscher Wiedervereinigung und europäischer Einigung meditierte. Die damals von de Maizière in einigen Punkten zusammengefasste Einheitskonzeption hatte dabei einen wesentlich anderen Charakter als jene Einheits-Rhetorik, der wir uns in der DDR-CDU in den fünfziger Jahren verpflichtet gefühlt hatten. Allerdings darf auch bei Nuschke nicht übersehen werden, dass für ihn die Kategorie „deutsche Einheit“ einen übergreifenden, authentischen Charakter hatte, was ja im Februar 1957 nach dem 30. Plenum des Zentralkomitees der SED, auf dem letztlich die Einheitslosungen aufgegeben wurden, zu einem heftigen Konflikt zwischen Nuschke und der SED führte.

Für de Maizière existierte auf dieser Sitzung von Anfang an bis an deren Ende ein Fixpunkt: Es sollte alsbald ein Sonderparteitag einberufen werden. So wie er unmittelbar nach seiner Wahl „die Hauptbücher“ hatte schließen und neu eröffnen lassen, so wollte er absolute Klarheit in allen politischen und geistigen Entscheidungen, verbunden mit einem neuen personalpolitischen Korsett der Partei, letztlich also die politische Rückkehr zur „echten Idee“ und zur Satzung, zur rechtlichen Basis der Union. Überdies wollte er

hier die Verifizierung seiner Wahl durch einen Parteitag. Es gab damals kaum einen DDR-Politiker der wie Lothar de Maizière in der politischen Analyse der DDR-Irrwege dem „demokratischen Zentralismus“ als verheerendes Grundübel eine so herausragende Bedeutung zumaß und das repräsentativ-pragmatische Hierarchie-„System Götting“ derart als die Achillesferse der CDU herausstellte.

In der Vorbereitung des Sonderparteitags hatte daher inhaltlich diese Positionsbestimmung Vorrang: Innerparteilich die abschließende Auseinandersetzung mit der ideologischen Sanktionierung des Realsozialismus durch die CDU und die Restitution des „hohen C“, dessen Herauslösung aus der Allianz mit dem Realsozialismus, dann die Herausarbeitung einer neuen Demokratie- und Gesellschaftsverständnisses, schon weitgehend in Absehung von Sozialismus-Modellen (auch utopischen Zuschnitts), und, im Kontext der Forderung nach einer neuen Verfassung und nach freien Wahlen, Überlegungen zu einer neuen Wirtschaftsordnung jenseits von Planwirtschaft, aber auch von purem Kapitalismus, Stärkung der CDU als eigenständige Kraft, die in freien Wahlen bestehen könnte, und Option für die Wiederherstellung der deutschen Einheit, in Übereinstimmung mit den vier Mächten der Antihitlerkoalition und den Prärogativen europäischer Sicherheit, mit klarer Absage an jeglichen Nationalismus. Parteipolitisch implizierte zumal die zuletzt genannte Position das Bestreben der DDR-CDU, eine gewisse Kompatibilität zu den Auffassungen der bundesdeutschen CDU zu erreichen.

Auf solche Weise ist im wesentlichen die Grundlinie der Erörterungen des Sonderparteitags Mitte Dezember 1989 in Berlin erfasst. Auf diesem Sonderparteitag mussten die letzten Elemente der „Doppelherrschaft“ zurückgedrängt werden. Dabei brauchte der Personalpolitik insofern keine Bedeutung zugemessen zu werden, weil natürlich aus der ersten Reihe der alten Führungsriege niemand mehr direkt die Möglichkeit und auch nicht den Mut hatte anzutreten. Überdies war es am Abend des ersten Tages zu einer aufgeheizten Atmosphäre gekommen, in der wegen der Erörterung finanzieller Aspekte und der Privilegien des „Systems Götting“ die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden musste. Mein Diskussionsbeitrag in der Nacht war dann nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit der – wohl auch gelungene – Versuch, nicht nur zur Sachdebatte zurückzukehren, sondern durch meinen selbst- und „system“-kritischen Ansatz zur Reinigung der Atmosphäre beizutragen. Es zeigte sich auch, dass sich aus der zweiten und dritten Reihe des Funktionskörpers der CDU eine Reihe von Exponenten hervortaten, und es war schon überraschend, mit welcher Forscheit sie gegen das alte repressive System in Staat, Gesellschaft und Partei auftraten, etwa Peter Mugay, Mitglied des Redaktionskollegiums der „Neuen Zeit“, nach dem 18. März 1990 Volkskammerabgeordneter und bis 1994 oder 1995 Chefredakteur der Potsdamer „Märkischen Allgemeinen“, oder Herbert Goliasch vom Leipziger CDU-Kunstverlag Schmiedicke, der

dann in den Sächsischen Landtag gewählt wurde und bis 1994 CDU-Fraktionsvorsitzender war. Es stellte sich hieraus, dass ihre Forschungsreise für Stasi-Dienste oder solche der Politabteilung der Kriminalpolizei gewesen war. Weniger überraschend war das forsche Auftreten von Oberkirchenrat Martin Kirchner, Eisenach, einem der Verfasser des „Weimarer Briefs“ und am Ende des Parteitags gefürchteter Generalsekretär. Auch er konnte dies nur bis Sommer 1990 bleiben. Sicherlich waren diese Erscheinungen von verheerender Wirkung in die Breite der sich neu orientierenden Mitgliedschaft und in die sich schon herausbildende gesamtdeutsche Öffentlichkeit hinein. Es war klar, dass das „Blockflöten“-Syndrom auf solche Weise zusätzliche dramatische Konturen annahm.

DDR-CDU kompatibel?

Zweifellos hingen diese Erscheinungen auch damit zusammen, dass sich die Führung der CDU in der Bundesrepublik schwer getan hatte, mit CDU-Mitgliedern in der DDR in Kontakt zu kommen. Die westdeutsche CDU-Führung hat sich immer und erst recht ab Anfang der achtziger Jahre gerühmt, im Gegensatz zur FDP und deren unterschiedlichen Gesprächsebenen mit der LDP(D) keinerlei Berührungsfelder mit der Führung der DDR-CDU gehabt zu haben. Sicher hatte dies seinen Sinn, aber nicht mehr da, wo es um Kontakte mit der CDU-Basis gegangen wäre. Es ist anzunehmen, dass der stärkere reformerische Ansatz in der LDP(D) im Vergleich zur CDU der DDR auch hierin begründet lag. Selbst nach der Wende in der DDR-CDU kam es nur zögerlich zu Gesprächen mit de Maizière und anderen neuen Politikern in den sich entwickelnden ostdeutschen Ländern. Ein Vorreiter war zweifellos Eberhard Diepgen, auch dank der verwandtschaftlichen Beziehungen seines Mitarbeiters Thomas de Maizière zu Lothar de Maizière, und Walter Wallmann. Im Dezember 1989 musste es auffallen, dass zu einer Konferenz der CDU in Berlin-West zwar de Maizières geschlagener Gegenkandidat, der Maler Winfried Wolk, (der Noch-Nicht-Generalsekretär) Martin Kirchner und Dr. Czok eingeladen wurden, nicht aber der neue Parteivorsitzende. Ich dagegen erhielt eine Einladung zum SPD-Parteitag, die ich nicht wahrnahm.

Offensichtlich spielte bei diesem Verhalten eine Rolle, dass sich die bundesdeutsche CDU-Führung noch nicht darüber im klaren war, wie sie sich insgesamt zur DDR-CDU stellen, ob sie ihre bisherige Haltung fortsetzen oder verändern sollte. Für ersteres schien zu sprechen, dass sich die als „revolutionär“ aufgefasste Wende-Szene in der DDR Ende 1989/Anfang 1990 auch im christlich-demokratischen Umfeld als so „produktiv“ erwies, dass die altbundesdeutsche CDU-Führung meinte, genügend Auswahl an kompatiblen Verbündeten in der DDR jenseits der „belasteten“ CDU zu haben. Bald stellte sich jedoch heraus, dass die fast 30 sich als Parteien gerierenden Gruppen und

Cliquen wie Kartonhäuser zusammenfielen, außer der weit nach rechts ausholenden DSU und des nicht von Anfang an als Partei agierenden Demokratischen Aufbruchs, der denn aber das Problem bekam, dass sein autoritärer Vorsitzender Wolfgang Schnur sich als IM erwies. Ohne hier diese bereits ausführlich dokumentierte Problematik weiter aufzugreifen, soll nur festgehalten werden, dass offenbar auch diese beiden Gruppierungen der CDU-Führung in der Bundesrepublik keine Gewähr für Effektivität, geschweige denn für Wahlerfolg boten, so dass letztlich doch der Blick auf die ehemalige Blockpartei geworfen werden musste – „domestiziert“ in einer „Allianz für Deutschland“, in der sie gleichwohl die *dominierende* Rolle spielte, nicht allein wegen ihrer organisatorischen Infrastruktur und ihres (inzwischen angeschlagenen) Personals, sondern womöglich auch wegen ihrer politisch-geistigen und weltanschaulichen Statur (die sie in der „zweiten Strömung“ herauszuformen begonnen hatte). In einer Zeit äußerster politischer Anspannungen (Doppelherrschaft in der DDR-Gesellschaft durch Regierung Modrow und Runden Tisch, Debatten um Stasi-Verstrickungen und -Auflösungen, „antifaschistische“ Demonstrationen, Einwirkungen auf die DDR von außen) hatte dieser Tatbestand dazu geführt, dass sich die DDR-CDU immer mehr zu einer vom „hohen C“ geprägten, christlich-konservativen Partei „mauserte“.

Dieser Prozess ging auf unterschiedlichen Ebenen vonstatten: in den Debatten an der Parteibasis vor allem, widergespiegelt in der sich erneuernden Parteipresse, in der zumal jüngere Journalistinnen und Journalisten beachtliches Profil zu zeigen vermochten (ich nenne nur die kürzlich zu Recht ausgezeichnete Uta Dittmann von der Dresdener „Union“); dann in der parlamentarischen Arbeit und am Runden Tisch, in beiden Fällen mit der Einschränkung, dass die parlamentarische Arbeit durch das „Sitzfleisch“ der alten Funktionäre behindert wurde, während die CDU-Führung nach anfänglich starkem Engagement – am 8. Dezember 1989 lobte bei der Ehrenpromotion für Bischof Joachim Rogge Wolfgang Ullmann im Gespräch mit mir Lothar de Maizière – den Runden Tisch nicht überschätzte und als eher transitorisch annahm; weiter in Gesprächen mit der bundesdeutschen CDU, zumal in Berlin auf relativ breiter Basis in Berlin (wie beim Treffen der „alten“ Ostberliner Stadtverordneten mit der Abgeordnetenhaus-Fraktion, wie dem von mir organisierten Vortrag Dr. Hassemers vor Ostberliner CDU-Intellektuellen, oder bei Grundsatzdebatten über Sachfragen wie z. B. mit Frau Dr. Laurien über Schulpolitik usw.); schließlich in der vom Sonderparteitag eingesetzten Programmkommission zur Ausarbeitung eines Parteiprogramms – es gab nämlich noch keins!). All dies mündete in die politisch-geistige Vorbereitung der Wahlen und schließlich in einen militant und niveauvoll geführten Wahlkampf, der früher einzusetzen hatte, weil aus unterschiedlichen taktischen Kalküls – gerade auch der Sozialdemokratie – der Wahltermin auf den 18. März 1990 vorgezogen worden war.

Frühe Schatten des Wahlkampfes

Vordergründig mag im Januar/Februar 1990 der Wahlkampf und seine Vorbereitung der Hauptgegenstand der Parteiaktivitäten und -interessen gewesen sein, immer wieder tagespolitisch zugespitzt durch die Frage, wie sich die CDU zum Modrow-Kabinett verhalten solle. Zum Teil ergab sich diese Problematik aus der inneren Situation der DDR und weniger aus der „Doppelherrschaft“ Regierung – Runder Tisch, hatten doch respektable Vertreter der sozusagen „außerparlamentarischen Opposition“ inzwischen am Kabinetttisch Platz genommen. Eigentlich hing sie mehr mit der sich entwickelnden „Tripleherrschaft“ zusammen, also der stärker werdenden Einflussnahme der bundesdeutschen Politik, auch Parteipolitik, auf die Entscheidungsebenen in der DDR. Die F.A.Z. (Frank Pergande, 22. Dezember 1999) führte dazu aus: „Eine der Hauptforderungen der West-CDU war es, die Modrow-Regierung zu verlassen. De Maizière hielt aus Verantwortungsgefühl dagegen. Als es jedoch auch aus den inzwischen wieder gegründeten Landesverbänden Kritik gab wie auch am zentralen Runden Tisch, traten die drei CDU-Minister – neben de Maizière Gerhard Baumgärtel und Klaus Wolf – aus der Regierung aus, nahmen ihre Ämter aber geschäftsführend wahr. Ein Trick, wie es de Maizière mit einem Lächeln heute sagt. Es war ein Kompromiss zwischen seiner Auffassung, das Land dürfe nicht weiter destabilisiert werden, und dem stärker werdenden Druck, die CDU müsse sich im Wahlkampf von der PDS abgrenzen, die Regierungsbeteiligung sei nur eine Fortsetzung der alten SED-Blockpolitik.“

Überhaupt war, unabhängig von der in der Bundes-CDU so lange hinausgezögerten Entscheidung über die Frage von Verbündeten in der DDR, auffällig, dass es dort, wo es zu Kontakten zwischen DDR-CDU-Leuten und solchen der bundesdeutschen und besonders Westberliner CDU kam, sehr stark um vordergründige Fragen der Taktik und des Wahlkampfes ging und fast nicht um Programmatik und Fragen, die sich aus unserer Vergangenheit ergaben. So erinnere ich mich eines frühen und sehr schönen Gesprächs mit Volker Hassemer im Januar 1990 (daraus ging der oben erwähnte Vortrag vor Ostberliner CDU-Intellektuellen hervor) im Club der Kulturschaffenden. Ich hatte natürlich darauf hingewiesen, dass dort Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer bis Ende 1948 ein- und ausgegangen seien und ich fand es, jenseits der von mir in den Mittelpunkt gerückten geistig-weltanschaulichen Fragen und unserer Verstrickung, bezeichnend, dass der frühere und spätere Kultursenator seinerseits ganz andere Fragen als zentral empfand: Die LDP(D) hatte damals noch gute Quoten in den Prognosen, z.T. bessere als die CDU, der Gerlach-Effekt wirkte nach, zumal der LDP-Vorsitzende ja als amtierender Staatsratsvorsitzender stärker im Lichte der Öffentlichkeit stand (etwa beim Mitterrand-Besuch in der DDR). Hassemer insistierte daher: hierauf müsst Ihr

euch konzentrieren, die müssen von euch verdrängt werden ... Wieder anders – um dies hinzuzufügen – verliefen meine späteren Gespräche mit Dr. Lehmann-Brauns. Der kulturpolitische Sprecher der CDU in Westberlin schöpfte in vielen Gesprächen mit mir und z.T. Wolfgang Sparing, dem Landesgeschäftsführer der Osterberliner CDU, meine Kenntnisse über das Ostberliner kulturelle Leben ab, die ich als langjähriger Vorsitzender der Kulturkommission der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung hatte – und als er mich abgeschöpft hatte, existierte ich nicht mehr für ihn. Wirklich prinzipielle Debatten hatte ich demgegenüber mit Frau Dr. Laurien, ohne dass es die Möglichkeit gegeben hätte, das Thema der Verstrickung zu vertiefen. Ich hatte sie gefragt, ob sie wisse, mit wem sie es zu tun habe: Ihre Antwort war bejahend, und sie fügte hinzu, es falle ihr schon schwer, mit mir Gespräche zu führen, und sie würde es auch nicht tun, wenn sie nicht den Auftrag dazu hätte. Ich erwähne das mit völliger Zurückhaltung, ja Verständnis hinsichtlich des subjektiven Faktors, aber doch mit dem Zusatz, dass er objektiv so wohl letztlich nicht günstig für das Zusammenwachsen der CDU in Ost- und Westdeutschland war.

Zweifellos war es von großem aktuellen Wert, dass sich die CDU in den ersten zehn Wochen des Jahres 1990 im tagespolitischen Kampf bewährte, einerseits gegenüber den alten blockpolitischen Versuchungen von SED/PDS, dann gegenüber den bürgerlichen Konkurrenten, nicht zuletzt aber gegenüber SDP/SPD, die ja rebus sic stantibus der eigentliche Rivale geworden war, allerdings blockiert durch die ambivalente Haltung der SPD-Führung in der Bundesrepublik zur Frage der Wiedervereinigung. À la longue und in historischer Perspektive gesehen kam indes – es war ja der große Wahlerfolg mit 41 Prozent so nicht vorauszusehen – der damaligen programmatischen Auseinandersetzung die eigentliche Bedeutung für die Erneuerung der Partei zu.

Zu der auf dem Sonderparteitag eingesetzten Programmkommission gehörten u.a. einige Intellektuelle, die in der DDR-CDU aktiv waren und bei aller Loyalität eine gewisse Eigenständigkeit bewahrt hatten (Peter Schmidt, zuerst Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, dann Dozent in Burscheidungen, als Vorsitzender, Professor Dr. Hans-Hinrich Jessen von der Theologischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität und ich), weiter andere Parteimitglieder, die an der Basis eine kritische Distanz eingenommen hatten, so der Leipziger (katholische) Psychologe Dr. Dr. Karl Zwiener und Dr. Else Ackermann, die Initiatorin und Mitautorin des „Neuenhagener Briefs“.

Programmatische Erneuerung im Zeichen des „hohen C“

In dieser Kommission, die in einer gewissen Klausur im CDU-Ferienheim Grünheide bei Berlin tagte, kam es zu einer unerhört fruchtbaren Diskussion und geistigen Auseinandersetzung, in der gleichsam in nuce das im weltanschaulich intonierten Diskurs aufgeworfen und dann in programmatische Form

und Formulierung gegossen wurde, was an der Parteibasis jeweils spontan und vom Thematischen her selektiv in der (tages)politischen Auseinandersetzung erörtert wurde. Anders gesagt: Was an der Basis zu dieser oder jener Problematik selektiv zur Geltung gebracht wurde, das kam im Programmentwurf im Zusammenhang, in der Interdependenz der einen Sachfrage zu den anderen zur Wirkung. Auffällig am Programmentwurf und seiner stilistischen Gestaltung ist, dass die Verfasser rasch jenen Sprachduktus hatten überwinden können (einige waren ihm ohnehin nicht erlegen gewesen), der im „System Götting“ auch dann (oder soll man nicht sogar sagen: erst recht dann?) gebraucht wurde, wenn man sozusagen in Klammern etwas Eigenes hatte zur Sprache bringen wollen.

Vor allem aber ist an diesem Text die weltanschauliche Grundlinie des „hohen C“ auffällig, die ihn von Anfang an durchzog. Dies bedeutete, dass man einerseits in einer gewissen Kontinuität zur alten DDR-CDU blieb, in die man doch wegen des C eingetreten war. Andererseits machte der Programmentwurf deutlich, dass es darum ging, die Verklammerung des C in der alten DDR-CDU (also des „Eigenen“) mit dem realsozialistischen DDR-System (also dem „Fremden“) aufzulösen. Ich hatte dies auf dem Sonderparteitag in meinem Beitrag dahingehend formuliert, dass ich sagte, vielleicht hätten wir dort am meisten gefehlt, wo wir gemeint hatten, besonders richtig zu handeln. Dies geschah im Text durch den als programmatisch zu bezeichnenden Rückgriff auf den „Konziliaren Prozess“, der ja in der DDR bis 1989 als ein die weitverzweigte dissidentische Bewegung zusammenführender Vorgang verstanden und gefürchtet wurde, so dass auf diese Weise programmatisch die Erneuerung der DDR-CDU auch im Anschluss an die Oppositionsbewegung erfolgte, in dialektischer Spannung zu dem, was sich in der „zweiten Strömung“ herausgeformt hatte.

So ist der I. Hauptteil des Programmentwurfs überschrieben: „Christliches Menschenbild“ (Würde des Menschen, Gemeinschaft, sittliche Bindung), und von dort geht der Schritt zum II. Hauptteil „Grundwerte“ u.a. mit den Stichworten Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, also den Hauptlösungen des Konziliaren Prozesses. Im Programmentwurf traten dann noch die Hauptstichworte Freiheit und Verantwortung hinzu.

Es wäre eine unangemessene dialektische Verknüpfung von Gedankengut der alten DDR-CDU mit Erneuerungspotential auch aus der dissidentischen Bewegung gewesen, wenn zuvor nicht eine ausdrückliche Schulderklärung formuliert worden wäre: „Entgegen der Mahnung standhafter Demokraten und trotz des mit großen Opfern verbundenen Widerstandes vieler verantwortungsbewusster Mitglieder hat die CDU nach der Gründung der DDR den Weg in die wirtschaftliche, soziale und moralische Katastrophe nicht verhindert. Vor dem deutschen Volk bekennen wir die Schuld unserer Partei: Sie hat sich der Diktatur unterworfen und hat sie mitgetragen. Sie hat zu Unrecht und Macht-

missbrauch in der Öffentlichkeit geschwiegen. Die Führung unserer Partei hat das wache freiheitliche und demokratische Gewissen vieler unserer Mitglieder nicht beachtet. Die CDU hat heute ihre Mitschuld an der Fehlentwicklung der DDR zu tragen und zu bewältigen.“

Eine solche Positionsbestimmung war in verschiedener Hinsicht bemerkenswert: einmal, dass in aufgeregter, politisch aufgeheizter Atmosphäre eine solche grundlegende Besinnung auf die „echte Idee“ der Union und eben auf das „hohe C“ möglich war, zum anderen, dass dies sich aus der alten DDR-CDU hatte herauskristallisieren können – ein Zeichen, dass dort eben mehr vorhanden war als „Blockflöten“-Noten im intellektuellen und „ideologischen“ Inventar, und schließlich, dass solche grundsätzliche Positionsbestimmung sich auch günstig auf die sich bald (zuerst in Thüringen) herausformende Bewegung zur Bildung der Landesverbände im Rahmen der 1992 aufgelösten Länder auswirkte und zudem als Wahlprogramm für den 18. März 1990 der Öffentlichkeit übergeben werden konnte. Letzteres kann auch dahingehend gedeutet werden, dass an diesem Wahltag nicht nur (wie viele Kommentatoren zynisch geäußert hatten) die D-Mark gewählt worden war, Wolfgang Ullmann äußerte unmittelbar nach dem 18. März 1990 gegenüber der „taz“, man dürfe nicht übersehen, dass die alte DDR-CDU zumal im kulturellen Umfeld Eigenständiges aufzuweisen gehabt hätte, und er nannte Johannes Bobrowski als Kronzeugen.

Übrigens wird man darauf hinweisen müssen, dass das, was für die große Linie des Programms gilt, auch in den Details, in den sachlichen Positionsbestimmungen, zum Ereignis geworden ist. Ich erwähne hier einerseits nur die Programmpunkte 66 und 70 bzw. 71, Geisteswissenschaften und Kulturpolitik:

- „Daher tritt die CDU für ein erneuertes ... Bildungswesen ein,
- das den Hochschulen und Universitäten gesetzliche Autonomie einräumt sowie die Eigenverantwortlichkeit und den Handlungsraum der Ordinate wieder herstellt, das Freiheit und Verantwortung der Lehre und Forschung auf allen Gebieten anerkennt und der Wissenschaft als freier Wissenschaft ihre Würde zurückgibt,
- das sich eine völlige Neugestaltung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre als geisteswissenschaftlicher Forschung und Lehre zum Ziel setzt,
- das den notwendigen Diskurs mit den philosophischen Strömungen in der Welt fördert,
- das Rang und Würde der theologischen Forschung und Lehre an den Universitäten (theologische Fakultäten) achtet ...“.

„Das kulturelle Leben einer Gesellschaft ist Ausweis ihrer Freiheit, ihrer Toleranz und ihres geistigen Reichtums. Der Weg zu den Gütern der Kultur muss

allen in gleicher Weise offen stehen. Dabei geht es auch um die Förderung eines künstlerischen Lebens in der Fülle unterschiedlicher Ausdrucksweisen und Gestaltungsformen, sich gründend auf die Entfaltung von Individualität und Schöpferkraft.

Wir wollen eine Gesellschaft, die ihr Selbstbewusstsein nicht nur aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft bezieht, sondern die sich auch als Kulturgesellschaft versteht. Neben der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung werden gerade Kunst und Geist, Bildung und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft bestimmen.

Die CDU tritt für eine Kulturpolitik ein, die alle Versuchungen zur Indoktrination und jeglichen Provinzialismus überwindet, die die weltanschauliche Pluralität des kulturellen Lebens sichert ...“.

Ebenso ließe sich Punkt 109 heranziehen: „Wir christlichen Demokraten sehen in einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft die freiheitliche und menschengerechte Alternative zum bisherigen dirigistischen Zwangssystem. Sie ist ein Wirtschaftssystem, in dem sich Leistung lohnt und in dem Schwächeren geholfen wird. Ihre Grundlagen sind

- Leistung und soziale Gerechtigkeit
- Wettbewerb und Solidargemeinschaft
- Eigenverantwortung und ökosoziale Rahmenbedingungen...“

Vor allem aber wird Punkt 117 zu zitieren sein:

„Grundelement einer ökologischen Ordnung, wie sie die CDU vertritt, sind:

- Erziehung zu Förderung von Umweltbewusstsein und Umweltmoral,
- Primat der Vorsorge vor der Schadensbeseitigung,
- Aufbau einer leistungsfähigen Umwelttechnik-Industrie, die Arbeitsplätze schafft und die Lebensqualität verbessern hilft,
- Strukturwandel der Wirtschaft zugunsten abfallfreier, umweltfreundlicher und marktgerechter Produktion,
- staatlicher gesetzlicher Ordnungsrahmen, einschließlich Strafrecht,
- Finanzierung der Schadensbeseitigung primär nach dem Verursacherprinzip,
- Umweltüberwachung und Kontrolle der Einhaltung der Gesetzgebung,
- vorsorgende Prüfung von Produktion und Produkten auf Umweltverträglichkeit,
- Öko-Fonds zur Beseitigung und zum Ausgleich vorrangig von Folgeschäden ...“

Mit dem Programm war der Um- und Neuorientierungsprozess der DDR-CDU im wesentlichen abgeschlossen. In der Präambel hatte es hierzu geheißen, dass sich die CDU „im Verlaufe der friedlichen Revolution im Herbst 1989 ... von

der Basis aus grundlegend gewandelt“ habe. Er konnte auch insofern als abgeschlossen gelten, als er sich am 18. März 1990 in den ersten freien Wahlen, also im politisch-geistigen Konkurrenzkampf mit den Kräften des Alten (SED/PDS), mit den Dissidenten (Bürgerbewegung, Grüne), mit anderen bürgerlichen Parteien und vor allem mit der Sozialdemokratie bewährt hatte. Das geistig-politische Experiment hatte also nicht nur Laboratoriumsreife gezeigt und sich gegen alle möglichen Einflüsse von außen durchgesetzt, es hatte auch in den gesellschaftlichen Realitäten des Übergangs funktioniert – zur Überraschung der bundesdeutschen CDU, aber natürlich auch der Sozialdemokratie, die wie die dissidentische Bewegung nicht ohne Unbehagen dieses Wahlergebnis und das dadurch legitimierte Experiment zur Kenntnis nehmen musste. Möglicherweise sind sogar die Polarisierungsprozesse in der dissidentischen Bewegung Ende der neunziger Jahre trotz der abgrenzenden Positionsbestimmungen zum Ehrhart Neuberts gegenüber der alten DDR-CDU doch auch hiermit in Zusammenhang zu bringen.

In Richtung Hamburger Parteitag

Vom „Block“ konnte jetzt natürlich überhaupt keine Rede mehr sein. Dessen Reste sammelten sich am linken Rand der DDR-Gesellschaft und ihrer parlamentarischen Vertretungen, zersetzten sich dort aber im Sommer 1990, indem es ausgerechnet in der Partei, die 1948 zur Liquidation und zum Auffangen der DDR-CDU gegründet worden war, breite Kreise gab, die diese Partei mit der CDU vereinigen wollten: der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD). Diese Bewegung ging einerseits von pragmatisch orientierten DBD-Funktionären aus, die sich ausgerechnet hatten, dass die Partei in einem wiedervereinigten Deutschland ohne kompatiblen Partner und daher ohne Zukunft sei, Interessenvertreterin der bäuerlichen Kreise aber seien CDU/CSU. Diese pragmatischen Funktionäre blieben zwar ohne Mehrheit in der Partei, die den Schritt zur CDU nicht vollzog, aber diese hatten für sich richtig gerechnet, bekamen sie doch vor dem 1. Oktober 1990 und danach Funktionen und überlebten zumeist in ihnen, ja, einige von ihnen machten eine glänzende Karriere: *Ihre* „Blockflötentöne“, so die des heutigen Stellvertreters des brandenburgischen CDU-Landesvorsitzenden, störten nicht so sehr. Andererseits hatte es in der DBD Mitglieder gegeben, die eine gewisse christliche Bodenhaftung hatten. Es gab für manche Teile der ehemaligen DDR statistische Erhebungen, die besagten, dass unter den Mitgliedern von Gemeindekirchenräten, die einer Partei angehört hatten, die meisten DBD-Mitglieder waren!

Ebenso kam es im Sommer 1990 zum Übertritt einiger dissidentischer Kräfte in die CDU, vor allem durch Fusion mit dem Demokratischen Aufbruch, und das hieß, dass damit auch Rainer Eppelmann CDU-Mitglied wurde, der von der alten CDU (von einigen Berliner Unionsfreunden abgesehen) nicht

gerade gut behandelt worden war, der aber seinerseits keine Skrupel hinsichtlich dieses Schritts hatte (oder jedenfalls zu haben schien). Dass dieser Vorgang auch (wenn vielleicht auch schwer nachweisbar) mit dem programmatischen Vorlauf zu tun gehabt hat, mit der Auseinandersetzung im Umfeld der „zweiten Strömung“, hatte ich schon angedeutet und unterstreiche es hier noch einmal.

An dieser Stelle soll wenigstens andeutungsweise vermerkt werden, dass für die Wahlen am 18. März 1990 und für die Landtagswahlen im Herbst 1990, aber auch im innerparteilichen Umgang vor und kurz nach dem 3. Oktober 1990 im Personal der DDR-CDU (d.h. auf Kandidatenlisten usw.) eine gewisse Ausgewogenheit zwischen Mitgliedern der alten DDR-CDU, neuen Mitgliedern, Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik, die in die DDR übergesiedelt waren, und Dissidenten sowie Kräften aus DBD und Demokratischem Aufbruch geherrscht hat, also von Linkspopulisten wie Dr. Diestel über Eppelmann und Grüning aus dem dissidentischen Umfeld, über Dr. Ingo Zimmermann (Sächsischer Landtag), Rehberg und Caffier (im mecklenburgischen Landtag) und Habermann (brandenburgischer Landtag) aus der „zweiten Strömung“ über Junghähnel und Helm (Brandenburg) oder Dr. Sklenar (Thüringen) von der DBD bis zu Kurt Biedenkopf. (Nur zum Vergleich hierzu: Bei den Landesvorstandswahlen der Berliner CDU Februar 2000 wurden vier Ostberliner/innen gewählt, alle erst Mitglieder der CDU nach 1990).

Ehe ich abschließend zu meinen Erörterungen, darunter auch zu der zuletzt aufgeworfenen Frage etwas ausführe, will ich noch folgendes festhalten: Ich habe zu zeigen versucht, dass es in der Folge des programmatischen Erneuerungsprozesses und der gewonnenen Wahlen im März 1990 samt der damit verbundenen Regierungsverantwortung zu einer Stärkung der DDR-CDU kam, die damit in die Lage versetzt worden war, den seit dem 9. November 1989 unaufhaltsam gewordenen Wiedervereinigungsprozess so gestalten zu können, dass (außenpolitisch in den 2+4-Verhandlungen) Identität und Kontinuität erhalten blieb. Die DDR-CDU konnte auf solche Weise in aufrechter Haltung am 1. Oktober auf dem ersten gesamtdeutschen Parteitag in Hamburg den Schritt in die eine Christlich-Demokratische Union gehen. Sie brachte als Gabe an den Parteitag nicht nur die Broschüre mit den Protokollen des Gründerkreises von 1945/46 („Echte Idee“ der Union!) mit, sondern die Ergebnisse ihrer inneren praktischen und programmatischen Erneuerung. In einem Aufsatz für das „Deutschland-Archiv“ 11/90 hat Peter Schmidt, enger Mitarbeiter de Maizières, hierzu geschrieben: „Die ganze Einheit Deutschlands wird ja nicht zwischen zwei Märtyrervölkern hergestellt, sondern sie führt ein normales Volk zusammen, in dem nur wenige die Kraft und Einsicht aufbrachten, als einzelne gegen Nazidiktatur und Stalinismus zu kämpfen. Und von diesen wenigen sind noch weniger gegen beides aufgestanden. Von denen allerdings waren viele in der CDU. Wer gehofft oder befürchtet hatte, der Beitrag der

Ost-CDU, der ‚Erben Jakob Kaisers‘, würde bereits auf dem Hamburger Parteitag zu einer Art ‚Linksruck‘ führen, sah sich getäuscht. Keine Richtungsverschiebung, sondern mehr Frauen, mehr Jugend, mehr kirchliche Mitarbeiter und soziale Berufe und vielleicht mehr selbstbewusste Basis sind das erste Ergebnis der Wiedervereinigung der Partei. ‚Die Partei wird nicht anders. Sie wird stärker‘ (de Maizière).“

Es bedürfte der gesonderten Analyse, was sich aus dieser Voraussage der Maizières ergab – oder auch nicht ergab, zumal in Verbindung mit seiner anderen, 1990 wiederholt geäußerten Auffassung, das wiedervereinigte Deutschland werde östlicher und protestantischer werden. Ich will nur so viel sagen, dass in den neunziger Jahren diese Voraussagen so nicht eintreten konnten, weil es nicht gelang, in der CDU in den neuen Bundesländern das durchzuhalten, was noch 1990 Ereignis gewesen war. Es kam eben nicht zu einem klärenden Gesprächsprozess der verschiedenen Strömungen in der erneuerten CDU, also nicht zu dem, was sich 1989/90 von der „zweiten Strömung“ her ergeben hatte. Viele alte Mitglieder fühlten sich als „Blockflöten“ denunziert und verließen die Partei, in der sie nicht die programmatischen Ansätze aufgehoben sahen, für die sie 1990 eingetreten waren. Hinzu kam, dass der durch den dialektischen Materialismus in DDR-Zeiten forcierte Säkularisierungsprozess nicht aufgehalten werden konnte, sondern sogar verstärkt wurde – verstärkt durch einen besonders effizienten praktischen Materialismus. Von einem „Protestantischer-Werden“ konnte also überhaupt nicht die Rede sein.

So müsste die hier aufgeworfene Problematik bis zum 10. Jahrestag der Maueröffnung gesehen werden. Danach haben die Entwicklungen aus der „alten CDU“ in der Bundesrepublik heraus („System Kohl“) einige neue Aspekte ergeben, wobei ich der von manchen Beobachtern herausgestellten Schadenfreude ehemaliger Mitglieder der DDR-CDU keine Beachtung schenke. Es könnte dies ohnehin auch nur eine Schadenfreude aus dem Ungeist der „ersten Strömung“ sein. Für relevanter sehe ich allerdings an, dass im Umfeld der Ost-CDU andere Fragen aufgeworfen werden, die prinzipiellen Charakter haben, nämlich die Frage nach den Grundwerten der Partei (und ihrer Beschädigung), die nach dem „hohen C“ (und seiner stärkeren Würdigung) und womöglich danach, was aus dem programmatischen Vorlauf der DDR-CDU vor zehn Jahren geworden ist. Es soll dies hier am Ende meiner Erwägungen nur ganz zurückhaltend angemerkt werden, evtl. mit der zusätzlichen Bemerkung, dass es jetzt in der CDU nicht nur um Krisenmanagement und um „neue Köpfe“ geht, sondern um geistige Auseinandersetzung, vielleicht im Anschluss an die Erfahrungen von 1989/90.

Christliche Sozialethik und Christliche Demokratie. Zur Zukunftsfähigkeit des sozialetischen Dialogs*

Von Rudolf Uertz

Die christliche bzw. katholische Sozialethik stand im letzten Drittel des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zur christlich-sozialen und christlich-demokratischen Bewegung in einem symbiotischen – wenn auch nicht spannungsfreien – Verhältnis. Angesichts der Schattenseiten der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts, nämlich angesichts der Sozialen Frage, wurde die moderne Sozialethik des Katholizismus durch die Sozialrundschriften Papst Leos XIII. (1878–1903), insbesondere dessen Enzyklika *Rerum novarum* (1891), angeregt.¹ Zugleich schöpfte die päpstliche Soziallehre als kirchenamtliche Doktrin ihrerseits aus dem, was Moraltheologen und Sozialethiker an sozialtheoretischem Gedankengut in Hochschulen und Forschungsinstituten feilboten – aus einer Sozialethik, die auch als Sozial- oder Gesellschaftslehre, mitunter als christliche Sozialwissenschaft bezeichnet wurde. Dank der engen Verbindungen von Amtskirche, katholischen Verbänden und Zentrumspartei seit den 1870er Jahren wurde die christliche Sozialethik in Deutschland keineswegs bloß als wissenschaftliches Fach an den Universitäten und kirchlichen Hochschulen gelehrt, vielmehr war sie darüber hinaus auch eine praxisrelevante Disziplin, die den Katholiken in Gesellschaft, Kultur und in den katholischen Verbänden und Parteien als politische und soziale Leitidee diente.²

Mit der Zerschlagung der Parteien und der katholischen Verbände 1933 brach diese Tradition zunächst ab. Die Neuformierung der christlichen Parteien nach 1945 und die Gründung der interkonfessionellen Unionsparteien bedeutete zwar eine Absage an die Figur des politischen Prälaten und die kon-

* Der Aufsatz wurde angeregt durch: *Christliche Sozialethik im Dialog. Zur Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Lothar Roos*, hg. von Ursula NOTHELLE-WILDFEUER/Norbert GLATZEL, Graftschaft 2000, 672 Seiten (zitiert: FS Roos).

1 Vgl. Hans MAIER, „*Rerum novarum*“ und die Entstehung der christlich-demokratischen Bewegungen in Europa, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 5 (1992), S. 289 ff. Zum Ganzen: Winfried BECKER, *Zur Geschichte und Konzeption der Christlichen Demokratie*, in: Günter BAADTE/Anton RAUSCHER (Hg.), *Christen und Demokratie*, Graz 1991 S. 11 ff.

2 Der erste Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre wurde 1893 an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster eingerichtet. Erster Lehrstuhlinhaber war der führende katholische Sozialpolitiker seiner Zeit, der Geistliche und zeitweilige Abgeordnete des Preußischen Landtags und des Reichstags Franz Hitze.

fessionell-parteilpolitischen Engführungen der Weimarer Zeit, doch blieb die christliche Sozialethik, die sich nach 1945 auch in der evangelischen Theologie als eigenständiges Fach etablierte, weiterhin eine wichtige Leitdisziplin, die sich teilweise unmittelbar in den Programmen und Programmreden der CDU³ und CSU⁴ niederschlug. So war es auch keine Seltenheit, dass katholische Sozialethiker in ihre Disziplin ganz selbstverständlich auch historische und aktuelle Probleme des christlich-sozialen und -demokratischen Gedankenguts einbezogen.⁵

Lothar Roos, Professor für christliche Gesellschaftslehre und Pastoralsoziologie an der Universität Bonn, zählt zu den wenigen noch lehrenden Sozialethikern (seit 2000 Emeritus), die diese Tradition noch pflegen. Dies konstatieren auch die Herausgeber der Festschrift zu seinem 65. Geburtstag in ihrem Vorwort und verweisen auf die einschlägigen Arbeiten von Roos zum christlich-sozialen Ideenspektrum. „Bei aller Frage nach der Zukunftsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts“, so heißt es, „vergisst der Sozialethiker Roos doch niemals, den Blick zurück in die Sozialgeschichte zu werfen“, wobei ihn vor allem die „Weichenstellungen des 19. Jahrhunderts mit seiner sozialen Frage“ im „Kontext der neu entstehenden christlich-sozialen und christlich-politischen Bewegung“ interessieren.⁶ Doch enthält die Festschrift leider keinen ausgewiesenen Beitrag zu diesem Themenfeld.

3 Zum Einfluss der christlichen Soziallehre auf die CDU-Programmatik vgl. Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981.

4 Zu den christlich-sozialen und -demokratischen Ideen der CSU vgl. Hanns SEIDEL, *Weltanschauung und Politik. Ein Beitrag zum Verständnis der Christlich-Sozialen Union in Bayern* (Schriftenreihe der CSU in Bayern, Bd. 1), 2. Aufl. München 1961. Auf die Grundsatzprogrammatik der CSU Einfluss genommen hat u.a. Gerhard KROLL, *Christliche Union! Bamberger Denkschrift zur Schaffung einer politischen Einheitsfront aller Christen Deutschlands*, Schwäbisch-Gmünd 1946 (ein „Programmvorläufer“); vgl. Alf MINTZEL, *Die Christlich-Soziale Union in Bayern*, in: Richard STÖSS (Hg.): *Parteihandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Bd. 2, Opladen 1983, S. 661 ff.; vgl. auch Gerhard KROLL, *Was ist der Staat?* München 1950; zu den ständisch-organologischen Vorstellungen Krolls sowie einem weithin konservativen christlichen Staatsverständnis insbesondere des deutschen Katholizismus in den späten 1940er und 1950er Jahren vgl. meinen Beitrag in diesem Band: *Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956)*.

5 Vgl. Franz-Martin SCHMÖLZ, *Chance und Dilemma der politischen Ethik*, Köln 1966, S. 64 ff., wo sich schon die Ausdifferenzierung von christlicher Sozialethik und Christlicher Demokratie anzeigt.

6 FS Roos, S. 6. Beiträge von Lothar ROOS zur christlich-sozialen und -demokratischen Bewegung sind u.a.: *Was heißt christlich-sozial heute?*, in: *Erwachsenenbildung* 18 (1972), S. 155 ff.; *Die soziale Verantwortung der Kirche. Wege und Erfahrungen von Ketteler bis heute* (hg. gemeinsam mit Anton RAUSCHER), 2. Aufl. Köln 1979; *Kirche, Politik, soziale Frage. Das verpflichtende Erbe Bischof Kettelers*, Köln 1977; *Soziallehre heute. Impulse aus den Erfahrungen der christlich-sozialen Bewegung*, in: BUNDESVERBAND DER KATHOLISCHEN AR-

In Lothar Roos' Studien- und Hochschulzeit fiel die Neuorientierung der katholischen Sozialethik, die mit der Lehre Johannes XXIII. (1958–1963) und des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965) einsetzt. Die jüngere kirchliche Soziallehre wendet sich nicht mehr nur an Katholiken, sondern – so ihre Adressierung seit Johannes XXIII. – an „alle Menschen guten Willens“. Erst von dieser Wende an ist die katholische Sozialethik als „dialogisch“ zu bezeichnen, wie dies der Titel der Festschrift ausweist. Dialogisch bedeutet unter anderem, dass die jüngere christliche Sozialethik deduktionistische Verfahren aufgab und durch eine personalistische bzw. personaethische Theorie ersetzte. Deduktion im Sinne einer strengen Orientierung an naturrechtlich und/oder lehramtlich vorgegebene Normen, wie sie insbesondere in der neuscholastischen Phase (ca. 1865–1965) die kirchliche Soziallehre dominierten, wich so einem verantwortungsethischen Argumentationsstil. Damit kann die nachvatikanische Sozialethik dem Verhältnis des Christen zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Verfassung, zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie zum gesellschaftlich-politischen Pluralismus besser Rechnung tragen.⁷ Zugleich aber wurde mit der politik- und sozialetischen Umorientierung ein neues Verhältnis zu den gesellschaftlichen Kräften und zu den nicht dezidiert christlichen Parteien angebahnt. Allerdings ist die kirchenamtliche Neuorientierung selbst wohl kaum als Ursache für den kirchlichen und sozialetischen Wandel anzusehen, vielmehr ist die Hinwendung der päpstlichen und konziliaren Lehre seit den 1960er Jahren zu neuen Argumentationsmustern eher ein Nachvollzug der geistigen und gesellschaftlichen Entwicklungen im politi-

BEITNEHMERBEWEGUNG (KAB) DEUTSCHLANDS (Hg.): *Texte zur katholischen Soziallehre III. Dokumentierung des Kettelerjahres 1977*, Kevelaer 1978; Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811–1877), in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.): *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 4, Mainz 1980, S. 22 ff.; *Kapitalismus, Sozialreform, Sozialpolitik*, in: Anton RAUSCHER (Hg.): *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963*, Bd. 2, München–Wien 1982, S. 52 ff., auszugsweise unter dem Titel: *Der Sozialkatholizismus und die Sozialpolitik der Zentrumsparterie*, in: Günther RÜTHER (Hg.): *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 216), Bonn ³1989, S. 199 ff.; *Kirche und Demokratie. Über den Weg des deutschen Katholizismus in eine sozialstaatliche und demokratische politische Ordnung*, in: Peter HÜNERMANN/Margit ECKHOLT (Hg.): *Katholische Soziallehre – Wirtschaft – Demokratie. Ein lateinamerikanisch-deutsches Dialogprogramm* Teil 1 (Entwicklung und Frieden, Wissenschaftliche Reihe 51), Mainz 1989, S. 153 ff.; *Demokratie, Demokratisierung und Menschenrechte in den Dokumenten der Katholischen Soziallehre*, in: Peter HÜNERMANN/Juan Carlos SCANNONE (Hg.), *Lateinamerika und die Katholische Soziallehre. Ein lateinamerikanisch-deutsches Dialogprogramm*, Teil 3: *Christentum und Sozialismus*, hg. von Bernhard FRALING/Manfred MOLS/Felipe E. MAC GREGOR, Mainz 1993, S. 19 ff.

⁷ In seiner Dissertation *Demokratie als Lebensform* (Abhandlungen zur Sozialethik, Bd. 1), Paderborn 1969, widmete sich Lothar Roos dem „großen Nachholbedarf“ der christlichen Sozialethik, indem er das „Verhältnis der Kirche selbst zur Demokratie“ untersuchte (S. 7).

schen und sozialen Katholizismus und des allgemeinen Wertewandels, der bereits Ende der 1950er Jahre zu erkennen ist.

Ich werde im folgenden den Wandel innerhalb der christlichen Sozialethik und deren Stellung zu christlich-demokratischen und -sozialen Positionen für den Zeitraum 1945 bis in die 1960er Jahre skizzieren und anschließend anhand einzelner Beiträge der Festschrift versuchen, das gegenwärtige Verhältnis der christlichen Sozialethik zu grundsätzlichen und aktuellen politischen Fragestellungen zu beleuchten.

1. Die christliche Soziallehre und die frühen CDU-Programme

In der Gründungs- und Konsolidierungsphase der Unionsparteien war der christlichen Sozialethik eine wichtige Funktion zugewachsen. Hans Maier bemerkt: „Die Schrecksekunde des Zusammenbruchs ließ viele bei der christlichen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftslehre Zuflucht suchen. Alte konfessionelle wie politische Trennungslinien verloren in dieser Lage ihre Schärfe. Der Reflex des Christlichen im Zeitbewusstsein wuchs über den Kreis der Kirchentreuen weit hinaus. An vielen Orten nahmen Kirchen eine Art von politisch-moralischer Stellvertretung wahr, ähnlich wie Gewerkschaften, Lizenzparteien und -zeitungen und andere Kräfte des vopolitischen Raumes [...]“⁸ Damit wuchs dem Klerus, insbesondere den Vertretern der christlichen Soziallehre eine wichtige Leitfunktion in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu. Im Kölner Gründerkreis nahmen die Walberberger Dominikaner Eberhard Welty und Laurentius Siemer unmittelbar Einfluss auf die programmatischen, näherhin die sozialprogrammatischen Leitideen der Union. Bereitwillig folgten ihnen die Mitglieder der Sozialausschüsse in dem Bemühen, aus naturrechtlichen Grundsätzen, wie sie die Sozialzyklen der Kirche enthielten, eine gerechte Neuordnung zu folgern,⁹ wobei man angesichts der allgegenwärtigen Zerstörungen und materiellen Not für eine gemeinwirtschaftliche Ordnung mit Lenkungsarbeiten der öffentlichen Hand plädierte.

Diese naturrechtlich untermauerten Forderungen stießen auf energischen Widerstand protestantischer Gründerkreise. Der Wuppertaler Kreis unterzog die von den Dominikanern formulierten Kölner Leitsätze vom Juni 1945, die das erste Parteiprogramm der CDU in den westlichen Besatzungszonen darstellen, einer deutlichen Kritik.¹⁰ In ihr wurde das Naturrecht und die mit ihm

⁸ Hans MAIER, *Politischer Katholizismus – katholische Politik. Der Weg in ein neues Selbstverständnis*, in: *Die Neue Ordnung* 39 (1985); S. 131 ff.; vgl. auch Heinz HÜRZEN, *Normative Orientierung christlicher Parteien. Eine historische Betrachtung*, in: *Stimmen der Zeit* 208 (1990), S. 407 ff.

⁹ Zum Begriff „soziale Gerechtigkeit“ vgl. Norbert GLATZEL, FS Roos, S. 139 ff.

¹⁰ In der Kritik Otto Schmidts und des Wuppertaler Kreises an den Kölner Leitsätzen und deren naturrechtlichen Aussagen zeigen sich konfessionsspezifische Besonderheiten der frühen Unions-Programmatik. Vgl. Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus* (wie Anm. 4), S. 40 ff.

einhergehenden sozialprogrammatischen Forderungen eines christlichen Sozialismus verworfen. Diesem stellten die Wuppertaler CDU-Mitgründer mit ihrem sozialwirtschaftlichen Programm eines „Christlichen Realismus“ bereits im Frühjahr 1946 ein aus der evangelischen Sozialethik entwickeltes Konzept entgegen, in dem schon in beträchtlichem Maße theoretisch und ordnungspolitisch die liberal-wirtschaftlichen Intentionen der späteren Programmentwicklung im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft vorweggenommen sind.¹¹

Die katholischerseits naturrechtlich geprägten sozialprogrammatischen Forderungen orientierten sich im wesentlichen an der Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* (1931) Papst Pius' XI. Von deren ordnungspolitischem Leitbild her konnte die liberale Wirtschaftsweise prinzipiell durchaus gutgeheißen werden, allerdings akzentuierten die katholischen Sozialethiker und Sozialpolitiker im Umfeld der Sozialausschüsse in den späten 1940er und den 1950er Jahren eher die sozialreformerischen Ideen des päpstlichen Rundschreibens, das zu einer wichtigen Stimulanz für die ethische Legitimierung der sozialpolitischen und sozialstaatlichen Grundsätze breiter Kreise der Unionsparteien wurde.¹² Vor allem aus der Sicht der Amtskirche und der Sozialethiker kam dem christlichen Naturrecht neben seiner programmatisch-legitimierenden Funktion noch eine weitere Bedeutung zu. Die katholische Kirche wollte und konnte sich angesichts interkonfessioneller Parteien nicht mehr in die Angelegenheiten der politischen Parteien einmischen. Entsprechend sollte es seitens der katholischen Kirche ins Belieben der Christen gestellt werden, welcher Partei sie sich anschließen, welcher sie ihre Stimme geben wollten. Andererseits wollte die Kirche den Katholiken feste Orientierungen an die Hand geben und den Politikern und Staatsbürgern kultur- und gesellschaftspolitische Normen vermitteln.

Joseph Höffner, der spätere Erzbischof von Köln und Kardinal, seinerzeit Professor für Christliche Gesellschaftslehre in Trier, stellte 1946 Richtlinien für das Verhältnis der Kirche zu den Parteien angesichts der veränderten parteipolitischen Situation nach Kriegsende auf. Wenngleich man keine positiven Empfehlungen in die eine oder andere Richtung aussprechen wolle und könne,

11 Aufgrund seiner Verwurzelung in der christlichen Anthropologie und Sozialethik ist dieses Programm tiefer und ursprünglicher mit dem christlich-demokratischen Gedankengut verbunden als das von außen kommende Konzept der Sozialen Marktwirtschaft (Otto SCHMIDT, *Christlicher Realismus. Ein Versuch zu sozialwirtschaftlicher Neuordnung* [Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, Heft 7] Köln [1946], Neudruck in: *Die Neue Ordnung*, Sondernummer September 1985, S. 47 ff.). Vgl. Rudolf UERTZ, *Vordenker. Die programmatischen Ideen der rheinischen CDU*, in: *ebd.*, S. 59 ff.

12 Die Grundlagen der christlich-sozialen Ideen, die vor allem in den Sozialausschüssen und ihrem Umfeld Anhänger fanden und Einfluss auf das Ahlener Programm der CDU der britischen Zone vom Februar 1947 nahmen, sind zusammengefasst in Eberhard WELTY, *Was nun? Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum*, Brühl (1945); Neudruck in: *Die Neue Ordnung*, Sondernummer 1985, S. 15 ff.

so beteuerte er, gelte es doch zu bedenken, dass „heute [...] das natürliche Sittengesetz von allen nichtchristlichen Weltanschauungen entweder gänzlich oder teilweise abgelehnt oder doch in vielen Fragen in einem Sinne ausgelegt (wird), der dem katholischen Denken widerspricht. Es ist daher leicht begreiflich, dass in solcher Lage die Katholiken es für empfehlenswert oder gar für notwendig erachten, sich selbst in einer Partei zusammenzuschließen oder doch gemeinsam mit den nichtkatholischen Christen eine Partei zu bilden [...]“¹³ Eine solche Partei sei „im eigentlichen Sinne keine ‚katholische‘ Partei, sondern eine politische Partei von Katholiken“. Höffner sah es auch angesichts der Interkonfessionalität der Unionsparteien als möglich oder wahrscheinlich an, dass „eine politische Einheitspartei der Katholiken oder Christen – trotz aller Betonung ihres nicht konfessionellen Charakters – allzu leicht mit Kirche und Christentum gleichgesetzt“ werden könnte. Den Geistlichen solle es daher verwehrt werden, in den Parteien („auch in den Parteien der Katholiken“) politisch aktiv zu werden. Eine solche Tätigkeit könne nur ausnahmsweise infrage kommen. Es sei „nicht Aufgabe der Kirche und ihrer Priester, konkrete politische Entscheidungen zu treffen und in die Tagespolitik einzugreifen“, sondern vielmehr, „durch religiöse Schulung und Gewissensbildung die ewigen naturrechtlichen Grundsätze jeder Politik in die Herzen der Katholiken zu senken“. Aber eine nicht minder „schwere Verantwortung“ für die „Gleichsetzung einer ‚christlichen‘ Partei mit Kirche und Christentum“ trügen – so Höffner – „die christlichen Politiker“. Da eine solche Gleichsetzung „erfahrungsgemäß“ – auch wenn sie irrig sei – „nicht verhütet“ werden könne, sollten „die christlichen Politiker [...] in ihrer Politik und in ihrem Privatleben alles [...] vermeiden, was Ärgernis erregen könnte“.¹⁴

Auffällig ist der subtile und ambivalente Charakter des kirchlichen Naturrechtsverständnisses jener Zeit. Das Naturrecht hat neben seiner Bedeutung als Rechtfertigung sozialer und politischer Ziele im Sinne einer Sozialphilosophie auch die Funktion, die Säkularisierung von Gesellschaft, Politik und Partei aufzuhalten und eine Klammer für Kirche und Welt zu bilden.¹⁵ Die

13 Joseph HÖFFNER, *Kirche und Partei*, in: *Dokumente zur Christlichen Demokratie. Deutschland – Österreich – Schweiz*, (Handbücher der Politischen Akademie Eichholz, Bd. 2), Eichholz 1969, S. 197; Auszug aus Joseph HÖFFNER (wie Anm. 13), in: *Trierer Theologische Zeitschrift (Pastor bonus)* 56 (1947), S. 357 ff.

14 Joseph HÖFFNER (wie Anm. 13), S. 198.

15 Ein Teilgebiet der christlichen Soziallehre ist die christliche Staatslehre, die – am spät-scholastischen Denken orientiert (Franz Vitoria, Franz Suarez u.a.) – von einer organischen Einbindung des einzelnen ins Gemeinwesen und einem Koordinationsverhältnis von Staat und Kirche im Sinne der Zwei-Gewalten-Lehre (mit indirekter Gewalt der Kirche in zeitlichen Dingen) ausging. Die beste Übersicht über die christliche Staatslehre bietet immer noch Heinrich ROMMEN, *Der Staat in der katholischen Gedankenwelt*, Paderborn 1935; neu bearbeitete, das angelsächsische Denken einbeziehende englische Fassung: DERS., *The State in Catholic Thought. A Treatise in Political Philosophy*, St. Louis–London 1945.

schon auf die 1930er Jahre zurückgehende Kritik am neuscholastischen Naturrecht, die sich nach 1945 innerkirchlich erst allmählich Gehör zu verschaffen vermochte, konstatiert die Unangemessenheit eines heteronomen Naturrechtsverständnisses für ein pluralistisches Gemeinwesen.¹⁶ Denn die Amtskirche betrachtete sich als die berufene Interpretin des Naturrechts, was eine religiöse Modifikation beinhaltet, die der Grundintention jeglichen Naturrechtsdenkens entgegengerichtet ist.¹⁷ Dieses basiert nämlich auf dem Gedanken der menschlichen Vernunft und stellt somit eher ein Vernunftrecht dar, das mit besonderen religiösen Modifizierungen nicht vereinbar ist. Der Umstand etwa, dass die Kirche beansprucht, das Naturrecht – wenn nicht unfehlbar, so doch autoritativ – auszulegen, und dementsprechend von den Katholiken „gläubigen Gehorsam“ gegenüber dem kirchlichen Lehramt fordert, setzt den Glauben im Sinne des katholischen Dogmas voraus. Angesichts dieser konfessionellen Engführungen konnte das katholische Naturrecht nur insoweit als Grundlage politischer Programmatik und des interkonfessionellen Dialogs dienen, als das theologisch-kirchlich bestimmte Naturrechtsverständnis sowohl von Klerikern als auch von Laien in der Praxis mehr und mehr unterlaufen wurde.

Die Verantwortung des Politikers für die säkular-bürgerliche Ordnung und die „Autonomie der Kultursachgebiete“, wie es das II. Vatikanische Konzil 1965 formulierte, waren von der christlichen Soziallehre noch nicht systematisch bedacht worden. Mittels ihres religiös ausgeformten Naturrechtsverständnisses konnte die Kirche politisch-gesellschaftliche Entwicklungen unter Verweis auf ihr besonderes Wächteramt als widersittlich erklären und die Politiker damit – zumindest mittelbar und prinzipiell – auf spezifisch kirchliche Interessen verpflichten.¹⁸

Ähnlich wie Höffner äußert sich auch Oswald von Nell-Breuning im Jahre 1946 zur Frage des Naturrechts als Grundlage der (christlichen) politischen

16 Zur Kritik am neuscholastischen Naturrechtsdenken und zur sozialetischen Neuorientierung vgl. Wilhelm KORFF, *Wie kann der Mensch glücken? Perspektiven der Ethik*, München 1985, S. 33 ff., 48 ff., 56 f., 95 ff.; zur Entwicklung der christlichen Soziallehre vgl. Manfred HERMANN, *Wo steht die Christliche Gesellschaftslehre? Von Heinrich Weber über Joseph Höffner bis zur Gegenwart*, in: *Die Neue Ordnung* 55 (2001), S. 193 ff.; ferner Bernhard SUTOR, *Von der sozialen zur politischen Gerechtigkeit*, in: *Der demokratische Verfassungsstaat. Theorie, Geschichte, Probleme. Festschrift für Hans Buchheim zum 70. Geburtstag*, hg. von Oscar W. GABRIEL/Ulrich SARCINELLI/Bernhard SUTOR/Bernhard VOGEL, München 1992, S. 29 ff.

17 Vgl. Ernst Wolfgang BÖCKENFÖRDE, *Religionsfreiheit als Aufgabe des Christen* (Erstdruck: *Stimmen der Zeit* 90 [1964/65]), in: DERS., *Kirchlicher Auftrag und politische Entscheidung*, Freiburg 1973, S. 172 ff., 185.

18 Ein markantes Beispiel solcher Einflussnahme ist die Diskussion um die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Ehe und Familie. Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes („Männer und Frauen sind gleichberechtigt“) ist gemäß Art. 117 Abs. 1 GG in allen Rechtsbereichen zu verwirklichen. Gegenüber der Nivellierung des Autoritätsstatus des Mannes und Vaters in Ehe und Familie suchten katholische Theologen und deutsche Bischöfe mit naturrechtlichen und biblitzistischen Begründungen die überkommene Auffassung von der Vorrang-

Parteien und ihrer Programmatik. Der Jesuit Nell-Breuning geht von der Frage aus, wie christliches Politikengagement in einem kirchenfernen, pluralistischen Parteienspektrum vom Standpunkt der christlichen Soziallehre her zu beurteilen sei. Diese Frage sei schon in der Zentrumsparlei vor 1933 umstritten gewesen, sie verlange aber angesichts veränderter politischer und parteipolitischer Bedingungen wieder besondere Aufmerksamkeit. Mit der Gründung von CDU, CSU und Neu-Zentrum standen gleich mehrere christliche Parteien zur Wahl – eine Konstellation, die dem katholischen Naturrechtsverständnis abträglich ist. Das Naturrecht als „Leitstern“ für die politische Programmatik, so formulierte Nell-Breuning, sei „gewiss gut und wertvoll, wenngleich schon nicht völlig ausreichend“. „Nicht ohne Grund spricht man von christlichem Naturrecht, weil nur das Christentum die Kenntnis und die Achtung des Naturrechts gebracht hat und heute noch gewährleistet. Anerkennung des Naturrechts ist an und für sich genommen noch kein Bekenntnis zum Christentum, führt aber folgerichtig dazu.“¹⁹ Doch bestünden beträchtliche Meinungsunterschiede zwischen den Konfessionen. Ein „am wahren Naturrecht ausgerichtetes und in allen Stücken ehrlich Farbe bekennendes politisches Programm muss so beschaffen sein, dass nur Katholiken es sich zu eigen machen können oder doch nur solche, die [...] ihrer Überzeugung und Gesinnung nach ganz auf katholischem Boden stehen.“ Doch sei es „auf Dauer unvermeidlich“, dass in weltanschaulich und religiös-bekennnismäßig indifferenten Dingen Kontroversen entstünden, was zum Auseinanderbrechen des politischen Machtfaktors, d.h. der Partei, und zur einer Belastung der Bekenntnisgemeinschaft selbst führen könne.²⁰

stellung des Mannes zu verteidigen und zu erhärten. Der Kirchenrechtler Klaus MÖRSDORF, *Die rechtliche Stellung von Mann und Frau in Ehe und Familie nach kanonischem Recht*, in: *Zeitschrift für das gesamte Familienrecht* 1 (1954), S. 25 ff., hier S. 27, schrieb: „Das kirchliche Lehramt und die kanonistische Rechtslehre sehen in der hierarchischen Zuordnung der Gatten ein göttliches Grundgesetz der Ehe, das weder durch menschliche Gesetze noch durch Abreden der Vertragspartner abgeschafft oder abgeändert werden kann“ (vgl. dagegen Paul MIKAT, *Zur Problematik des natürlichen Entscheidungsrechts des Mannes in Ehe und Familie*, in: *ebd.* 7 [1960], S. 301). Joseph Kardinal Frings nahm als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz in Briefen an die Bundesregierung und den Bundestag hierzu Stellung (vgl. Johannes Hirschmanns Bericht in: *Herder-Korrespondenz* 7 (1953), S. 276 ff.; zum Ganzen aus sozial-ethischer Sicht: Wilhelm KORFF (wie Anm. 16), S. 165 ff.

19 Oswald von NELL-BREUNING, *Zur Programmatik politischer Parteien* (Zeit- und Streitfragen, Heft 1), Köln 1946, S. 17 f., gibt in diesem Aufsatz die strenge Position der kirchlichen Soziallehre wieder, der er sich verpflichtet fühlt. Seit den späten 1960er Jahre vertrat der Jesuit entschieden die personaethische Sozialethik, die er als befreiend empfand (vgl. Rudolf UERTZ, *Gerechtigkeit und Freiheit. Oswald von Nell-Breuning als politischer Denker*, in: *Sozialethik und politische Bildung. Bernhard Sutor zum 65. Geburtstag*, hg. von Karl Graf BALLESTREM/Hans BUCHHEIM/Manfred HÄTTICH/Heinz HÜRTE, Paderborn 1995, S. 139 ff.).

20 Oswald von NELL-BREUNING, *Zur Programmatik* (wie Anm. 19), S. 18 f.

Nell-Breuning verweist denn auf den jahrzehntelangen Streit zwischen Integralisten und liberalen Katholiken innerhalb der Zentrumspartei seit Abflauen des Kulturkampfes.²¹ Das Zentrum sei keine konfessionelle, sondern eine politische Partei gewesen, was selbstredend auch für die christlichen Parteien im Nachkriegsdeutschland zutreffe. Aber auf welchem geistigen Fundament sollte eine christliche Partei gegründet sein, wenn das Naturrecht konfessionell umstritten ist? Wie viel Spielraum konnte das Naturrecht einer Partei in einer pluralen Ordnung bieten? Nell-Breuning verwirft den Gedanken, dass die christliche Partei etwa auf der „christlichen Weltanschauung“ als „gemeinsame(m) Grundstock“ aufbauen könne, weil eben dadurch die umfängliche Naturrechtsdeutung, die nur von der katholischen Kirche vertreten werde, infragegestellt sei.²² Andererseits anerkennt der Jesuit die Notwendigkeit, der christlichen Partei ein allgemeines Wertfundament zu geben. Im Begriff „christliche Weltanschauung“ sieht Nell-Breuning, ähnlich wie Höffner, überzogene Ansprüche seitens einer politischen, christlichen Partei, wengleich er selbstredend den Christen zugesteht, sich in christlich firmierenden Parteien zu organisieren. Doch sei dies letztlich eine Frage sachlich-politischer Analyse, politischer Zweckmäßigkeit und Erfolgsaussichten. Kurz: die Frage nach dem Für und Wider einer christlichen Parteiformation ist moraltheologisch betrachtet eine Frage des Abwägens nach allgemeinen sittlichen Klugheitsregeln; christliche Parteien basierten so gesehen „auf dem praktischen Grundsatz des geringeren Übels“.²³

Doch bleibt die Legitimation der christlichen Partei unterbestimmt, wenn Nell-Breuning deren Repräsentanten, Mitgliedern und Wählern eine positive Bezugnahme auf eine christliche Wertebasis versperrt. Solange gemäß dem kirchenamtlichen Selbstverständnis der katholischen Soziallehre der Begriff „christliche Weltanschauung“ als gemeinsamer Bezugspunkt von Christen verschiedener Konfessionen verworfen wird, weil eben nur das katholische Naturrecht in vollem Umfang diesen Namen verdiene und es kein „generisches Christentum“ gebe, können sich christliche Parteien lediglich durch eine negative Dialektik rechtfertigen: Die christliche Parteibildung „ist nichts anderes als der Versuch, einen Anti-Macht-Faktor gegen die anti-christlichen Machtfaktoren zu schaffen und politisch zu aktivieren“. Das Weltanschauliche beschränke sich „daher streng genommen auf ein Anti-Anti, eine doppelte Negation“. Wohl sei diese doppelte Negation für den Christen heute wichtig, gar lebenswichtig, aber eine gemeinsame positive christliche Wertebasis sei nicht in Sicht.²⁴

21 Vgl. auch Oswald von NELL-BREUNING, „Integralismus“, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, hg. von Josef HÖFER und Karl RAHNER, Bd. 5, Freiburg 1960, Sp. 717 f.

22 Oswald von NELL-BREUNING (wie Anm. 19), S. 22 f.

23 Oswald von NELL-BREUNING (wie Anm. 19), S. 26.

24 Oswald von Nell-Breuning (wie Anm. 19), S. 24 ff.

Diese Qualifizierung, wonach sich die Christen aus Opportunitätsgründen wegen des anti-christlichen Charakters von Parteien mit materialistischen, liberalistischen, marxistischen u.a. ideologischen Ausrichtungen in einer eigenen Formation sammeln, ähnelt der in der Gründungsphase der Unionsparteien häufig gebrauchten Bezeichnung der CDU als „Sammelpartei“. Den „Sammlungsgedanken“ als Leitidee einer christlichen Partei hat Konrad Adenauer in einem Brief von 1946 an einen Parteifreund als „nichts in die Zukunft Weisendes“ verworfen.²⁵ Eine politische Partei als Repräsentantin der Christen mit Zukunftsaussichten bedurfte vielmehr eines positiven Bezugs auf das Christliche. Andererseits durfte die Orientierung der Parteiprogrammatik an der christlichen Sozialethik nicht in einem konfessionell verengten Sinne erfolgen, da sonst die Partei als Ausführungsorgan kirchlicher Interessen hätte erscheinen müssen. Genau zu diesem Missverständnis konnte aber das katholische Naturrecht durchaus Anlass geben.

Konrad Adenauer hat den komplizierten theoretischen Anforderungen an die christlich-demokratische Politik im Programm der CDU für die britische Zone (1946) und in seinen programmatischen Reden jener Zeit Rechnung getragen. Als die geistige Grundlage der Partei bezeichnete er die christliche Weltanschauung, die durch die „Grundsätze christlicher Ethik und Kultur“ gekennzeichnet sei. Als die Grundnormen von Staat, Recht, demokratischer Ordnung werden die christlich-anthropologischen Vorstellungen der „Würde und Freiheit der Person“ genannt, die das nationale und internationale Leben bestimmen und Richtschnur für Politik, Wirtschaft und Kultur sein sollten.²⁶ Mit dem synonymen Gebrauch der Begriffe „christliche Ethik“, „christlich-abendländische Kultur“ und „christliches Naturrecht“, „Menschenwürde“ und „Menschenrechte“ hat Adenauer mit sicherem Gespür die theoretische Fundierung der Christlichen Demokratie in der christlichen Anthropologie und Theologie unterstrichen, zugleich aber auch spezifisch konfessionell-kirchliche Interpretationen umgangen und überdies den christlich-demokratischen Gedanken mit der liberalen Grundrechts- und Rechtsstaatsidee verknüpft. Damit wurde die Nähe zum kirchlich verfassten Christentum und den Kirchen durchaus respektiert, zugleich aber die christliche Werthaltung als kulturchristliches Phänomen ausgewiesen.²⁷ Eine solche Position hielten Kirchenvertreter

²⁵ Vgl. Brief von Konrad Adenauer an Hans Schlange-Schöningen vom 29. Januar 1946, in: *Konrad Adenauer. Briefe über Deutschland 1945–1951*, Berlin 1986, S. 28 ff., hier S. 31.

²⁶ Vgl. das Programm der CDU der britische Zone (1946), in: Helmuth PÜTZ (Bearb.), *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*, Bonn 1975, S. 131 ff., insbesondere Präambel sowie die Teile A I–IV und B III.

²⁷ Vgl. Grundsatzrede des 1. Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union für die Britische Zone in der Aula der Kölner Universität am 24. März 1946, in: Konrad ADENAUER, *Reden 1917–1967. Eine Auswahl*, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, Stuttgart 1975, S. 82 ff.

und Sozialethiker wie Joseph Höffner, Oswald von Nell-Breuning und Gustav Gundlach z.T. noch in den 1950er Jahren von ihrem kirchlich-naturrechtlichen Standpunkt für defizitär.²⁸

Damit ist jener Punkt markiert, mit dem sich die christliche Soziallehre der Nachkriegszeit offenbar schwer tat: Einerseits bot sie sittliche Grundlagen und Normen für Politik, Recht, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, die der Christlich-Demokratischen und -Sozialen Union unverwechselbare Konturen verliehen und sie deutlich von den Konkurrenzparteien unterschieden; andererseits aber wurden – ausgehend von der kirchlich-doktrinären Sichtweise, d.h. dem umfassenden theologischen Wahrheitsanspruch im Sinne einer „christlichen Gesamtlebensordnung“²⁹ – der gesellschaftliche Pluralismus, der weltanschaulich-neutrale Staat und die liberale Verfassung kritisiert,³⁰ wenn gleich parallel hierzu seit der Weihnachtsansprache Pius' XII. von 1944 die päpstlichen Ansprachen zunehmend Demokratie und Menschenrechte forderten.

Oswald von Nell-Breuning spricht in seinem Aufsatz von 1946 mittelbar die Hintergründe der ambivalenten Naturrechtsdeutung an. Die neuscholastische Soziallehre konnte oder wollte das Phänomen der Säkularisierung und der pluralen Willensbildung moderner Gemeinwesen nicht berücksichtigen. Trotz liberaler Rhetorik (Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaat u.a.) scheinen noch deutlich organologisch-traditionalistische Elemente durch, die zum modernen Rechtsverständnis im Widerspruch stehen. So konzediert der Jesuit, dass das theologisch-kirchlich modifizierte Naturrechtssystem den katholischen Glaubensstaat voraussetzt.³¹ Elemente dieses Denkens waren u.a. die

28 So kritisiert Gustav GUNDLACH, *Die Ordnung der menschlichen Gesellschaft*, Bd. 2, Köln 1964, S. 174 f., im Jahre 1958 den christlichen Personalismus von Jacques Maritain, der die Verantwortung des Christen angesichts pluraler gesellschaftlich-politischer Gegebenheiten ins Zentrum rückt, als defizitär und vergleicht den christlichen Personalismus bzw. Humanismus mit der „Lessingschen Theorie von den Ringen“. Zur aktuellen Diskussion angesichts der bioethischen Fragen vgl. die Beiträge von Thomas Cremer, Ernst Pöppel, Gerhard Riecker, Ludger Schwienhorst-Schönberger, Udo Schnelle und Georg Kraus zum Thema: *Gibt es noch ein christliches Menschenbild?*, in: *Zur Debatte* 3/2001, S. 10 ff., 16 ff.; zum christlichen Personalismus: Heinz HÜRTE, *Der Einfluss Jacques Maritains auf das politische Denken in Deutschland*, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 26 (1985), S. 213 ff.

29 Vgl. Eberhard WELTY, *Was nun?* (wie Anm. 12), S. 18 ff.

30 Klaus MÖRSDORF, *Lehrbuch des Kirchenrechts*, Bd. I, Paderborn 1959, S. 63, führt den maßgeblichen kanonistischen Standpunkt aus: „Der religiös neutrale Staat der Neuzeit erscheint ihr als nationale Apostasie. Als getreue Hüterin der christlichen Offenbarung kann die Kirche dem Irrtum keinerlei Rechte zugestehen und muss daher die unbeschränkte Bekenntnis- und Kulturfreiheit ablehnen [...]“

31 Oswald von NELL-BREUNING (wie Anm. 19), S. 25 f., bemerkt: „Solange wir nicht den weltanschaulich einheitlichen, genauer gesprochen: den katholischen Glaubensstaat haben, lässt sich die Entscheidung ob Weltanschauungs-Partei oder Parteibildung nach rein politischer Programmatik, nicht allgemeingültig [...] fällen“. Der Glaubensstaat, ein historisch-kontingentes Phänomen, war in den staatsethischen Rundschreiben Leos XIII. von 1881 und 1885 als

Forderung nach berufsständischer Ordnung, die harmonische Zuordnung von Kirche und Staat (gemäß der Koordinationstheorie) mit dem Anspruch indirekter Gewalt in zeitlichen Dingen, die Staatsneutralitätsthese (prinzipielle Offenheit für Monarchie, Aristokratie und Demokratie), die Toleranzthese (der weltanschaulich-neutrale Staat kann nur geduldet werden, weil er dem theologischen Wahrheitsanspruch der Kirche widerspricht – ein Wahrheitsanspruch, der auch auf das Gemeinwesen ausgreift). In den Dokumenten des II. Vatikanischen Konzils wurden die genannten Hindernisse aus dem Wege geräumt und eine prinzipielle Anerkennung des liberalen Rechts- und Verfassungsstaates sowie der Menschenrechte, einschließlich der Religionsfreiheit, ausgesprochen. Es ist unübersehbar, dass es in hohem Maße katholische Laien aus den verschiedensten Bereichen von Wissenschaft, Politik und Kultur waren, die – im übrigen keineswegs beschränkt auf die Unionsparteien und auch nicht nur auf Parteien in Deutschland – der sozialetischen Neuorientierung der Kirche seit den 1960er Jahren vorgearbeitet haben.³²

Es ist deshalb zu kurz gegriffen, wenn der katholische Sozialetiker Wilhelm Weber den allgemeinen Rückgang des Interesses an der christlichen Sozialetik seit den späten 1950er Jahren vor allem auf eine „überwiegend pragmatische Politik“ der christlichen Politiker der Unions-Parteien zurückführt.³³ Man könnte umgekehrt ebenso die These vertreten, dass die christliche Sozialetik für größere Teile der Unionsparteien und der Katholiken in Politik und Gesellschaft nicht mehr hinreichend attraktiv war, da sie über den engeren sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich hinaus, d.h. für Fragen der Verfassung und Grundrechtsordnung, des gesellschaftlichen Pluralismus, des weltanschaulich-neutralen Staates, der rechtsstaatlichen Ordnung, der demokratischen Willensbildung, des Parlamentarismus u.a.m. in der Form der kirchenamtlichen Doktrin kaum Orientierung bot.

Idealbild der katholischen Staatslehre gezeichnet worden (vgl. zum Ganzen Rudolf UERTZ, *Die Rechtfertigung politischer Herrschaft. Das katholische Staatsdenken in Deutschland zwischen politischer Theologie und Naturrecht [1789–1965]*, Paderborn: voraussichtlich 2002).

32 Vgl. Heinz HÜRTE, *Der Beitrag Christlicher Demokraten zum geistigen und politischen Wiederaufbau und zur europäischen Integration nach 1945: Bundesrepublik Deutschland*, in: Winfried BECKER/Rudolf MORSEY (Hg.), *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert*, Köln 1988, S. 213 ff.; DERS., *Universalität und Singularität. Theorie und Praxis kirchlicher Doktrin in der Politik nationaler Katholizismen*, in: *Theorie und Praxis. Festschrift für Nikolaus Lobkowicz zum 65. Geburtstag*, hg. von Karl Graf BALLESTREM/Henning OTTMANN, Berlin 1996, S. 97 ff.

33 Wilhelm WEBER, *Geschichte der katholischen Sozialbewegung in Deutschland*, in: *Katholisches Soziallexikon*, hg. von Alfred KLOSE/Wolfgang MANTL/Valentin ZSIFKOVITS, Innsbruck/Graz ²1980, Sp. 442 ff., hier 451 f.

Die Veränderungen des Verhältnisses von christlicher Sozialethik und christlicher Demokratie sind durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt.³⁴ Als wichtigstes Moment ist der allgemeine gesellschaftlich-politische Wertewandel in Europa und der westlichen Welt zu nennen, der wiederum eng mit den religiös-kirchlichen und theologischen Umbrüchen zusammenhängt. Deren auffälligstes Merkmal – zumindest in der Bundesrepublik – ist die Auflösung des herkömmlichen katholischen Milieus (Wandlungen und Öffnungen des Verbandskatholizismus und die Herausbildung neuer gesellschaftlicher, politischer und parteipolitischer Präferenzen). Das bedeutete, dass sich zum einen die Wählerstimmen von Katholiken mehr und mehr auch auf die anderen Parteien verteilten und die Unionsparteien nicht länger als selbstverständliche Repräsentanten der katholischen (und evangelischen) Christen und kirchlich orientierten Wähler angesehen wurden, und zum anderen, dass diese sich ihrerseits verstärkt auch anderen Wählerschichten öffneten und öffnen mussten.

Der von Wilhelm Weber und anderen beklagte Verlust der alten Geschlossenheit und Stoßkraft der katholischen Soziallehre und Sozialbewegung war somit der „unvermeidliche Preis dafür, dass beide nach 1945 aufhörten, ein konfessionelles Reservat zu sein, dass sie (zunehmend auch) Aufmerksamkeit und Aufnahme fanden bei Theologen anderer Konfessionen, bei Politikern, Juristen, Nationalökonomern, bei Verbänden, Verwaltungen und Parteien“.³⁵ Daraus kann man folgern, dass die katholische Sozialethik nicht zureichend beschrieben ist, wenn man sie mit der kirchenamtlichen und der eng an ihr orientierten naturrechtlich geprägten christlichen Soziallehre identifiziert, wie sie von den Theologen an den theologischen Fakultäten und Hochschulen betrieben wurde.³⁶ Vielmehr ist die christliche Sozialethik inhaltlich und systematisch über diese Disziplin hinausgewachsen, mit der Konsequenz, dass sie ihren spezifisch konfessionellen Zuschnitt einbüßte und einer Vielzahl ethischer Argumentationsstile Platz machen musste.³⁷

34 Vgl. Franz-Xaver KAUFMANN/Johann Baptist METZ, *Zukunftsfähigkeit. Suchbewegungen im Christentum*, Freiburg i.Br. 1987, S. 16 ff.; Karl GABRIEL, *Christentum zwischen Tradition und Postmoderne*, Freiburg i.Br. 1992.

35 Hans MAIER (wie Anm. 8), S. 143.

36 Eine Vielzahl von Untersuchungen über die CDU und die frühe Bundesrepublik haben die Programmatik der CDU und der CSU mit der spezifisch kirchlich-naturrechtlich geprägten christlichen Sozial- und Staatslehre identifiziert und gelangen folglich zu einem einseitig konservativen Bild der Union. Die liberalen rechtlichen und politischen Grundlagen und Programme der Unionsparteien werden dabei weitgehend ignoriert. Vgl. hierzu meinen Beitrag in diesem Band (wie Anm. 5).

37 Der Begriff „christliche Soziallehre“ ist gebräuchlich für die mehr oder weniger eng an der kirchenamtlich-neuscholastischen Doktrin orientierte Theorie, die zumeist von Professoren an den theologischen Fakultäten und Hochschulen betrieben wurde. Seit dem II. Vatikanischen Konzil ist mehr und mehr der Begriff „christliche Sozialethik“ üblich; eingehend hierzu: Wilhelm KORFF (wie Anm. 16), S. 95 ff.

Symptomatisch für die sozialetische sowie die kirchlich-theologische und -strukturelle Öffnung des Katholizismus sind zwei Tagungen der Katholischen Akademie in Bayern in den Jahren 1958 und 1960, die das Verhältnis der katholischen Soziallehre zum demokratischen Sozialismus³⁸ und zum politischen Liberalismus behandelten. Bemerkenswerterweise irritierte der Austausch zwischen führenden katholischen Sozialetikern und Repräsentanten der Sozialdemokratie jedoch nicht die Amtskirche, sondern die Spitzen der Unionsparteien.³⁹ Der Bundesvorstand der CDU war besorgt, dass die Münchener Akademietagung vom Januar 1958 mittel- oder langfristig die Einstellung der katholischen Kirche zur Sozialdemokratie⁴⁰ positiv verändern und diese für Katholiken wählbar machen könnte. Dabei diagnostizierte Eugen Gerstenmaier, sehr zum Verdruss von Konrad Adenauer und anderen Vorstandsmitgliedern, dass dieses Treffen von theologisch-kirchlicher Warte aus nicht zu beanstanden sei.⁴¹ Denn zum einen gehöre es zum missionarischen Auftrag und zur Ökumene der Kirchen, Gespräche auch mit Nicht-Christen

38 Vgl. *Christentum und demokratischer Sozialismus*, (Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern, hg. von Karl FORSTER, Heft 3), mit Beiträgen von Adolf Arndt, Gustav Gundlach, Waldemar von Knoeringen, Oswald von Nell-Breuning, Götz Freiherr von Pölnitz, Carlo Schmid, Adolf Süsterhenn, Gerhard Weisser, München 1958. Karl Forster bemerkt im Bericht, ebd., S. 265, dass den Abschluss der Diskussion zu den Referaten von Gundlach, Schmid, Süsterhenn und Arndt vor allem die Frage des Naturrechts gebildet habe, durch die die anderen Fragen zurückgedrängt worden seien.

39 Friedrich Zimmermann, der als CSU-Generalsekretär und Berichterstatter der Vorstandssitzung beiwohnte, bemerkte, dass man seitens der CSU „in den letzten Tagen noch versucht [habe], Herrn Professor Gundlach zu überreden, dass er krank werden solle, damit die Tagung – weil der wichtigste Redner fehlt – nicht zustande käme. Das ist uns aber nicht gelungen. Nun haben wir gesehen, dass die SPD ihre gesamte erste Garnitur aus dem Bundestag und aus den Länderparlamenten nach München gebracht hat“ Siehe dazu: Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „...um den Frieden zu gewinnen“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, Düsseldorf 1994, S. 81.

40 Zum politischen Hintergrund vgl. Thomas M. GAULY, *Katholiken. Machtanspruch und Machtverlust*, Bonn 1991, S. 153 ff.; Dorothee BUCHHAAS, *Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973*, Düsseldorf 1981, S. 235 ff.; vgl. auch Günter BRAKELMANN, *Christliche Ethik und Demokratischer Sozialismus*, sowie Heinz RAPP, *Katholizismus und Sozialdemokratie – Entwicklungen und Aspekte*, in Thomas MEYER (Hg.), *Demokratischer Sozialismus. Geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft*, München 1980, S. 43 ff. bzw. 63 ff., Hans-Jochen VOGEL, *Sozialdemokratie und katholische Soziallehre. Die Entwicklung und der gegenwärtige Zustand ihres Verhältnisses – Referat anlässlich der Veranstaltung „Solidarität und Dialog“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Katholischen Akademie Münster am 5. Oktober 1991* (Manuskript).

41 Thomas GAULY (wie Anm. 40), S. 153 ff., bemerkt bezüglich der Kontakte von SPD und katholischer Kirche, dass schon seit den frühen 1950er Jahren Gespräche im Kloster Walberberg zwischen den Dominikanern und hochrangigen SPD-Vertretern stattgefunden hätten; nach Laurentius SIEMER, *Aufzeichnungen und Briefe*, Frankfurt 1957, S. 159 f., bestanden Kontakte dieser Art schon seit Herbst 1945. Oswald von Nell-Breuning berichtete mir in Gesprächen am 20. Juli 1976 in Frankfurt und 2. Dezember 1977 in München, dass auch Kurt Schumacher wiederholt in Walberberg zu Gast gewesen sei.

und den Vertretern anderer Parteien zu führen, zum anderen gab Gerstenmaier – als Theologe, wie er bemerkte – zu bedenken, dass bei dem Treffen seitens der Katholischen Kirche Motive im Spiel gewesen seien, „denen gegenüber wir nur mit größten Vorbehalten reagieren können und sollen“. Es sei daher nicht sinnvoll, gegenüber diesem Treffen Unmut zu äußern und bei den katholischen Bischöfen diesbezüglich Protest einzulegen, wie es Adenauer vorhatte.⁴²

Die beiden Tagungen der Katholischen Akademie in Bayern sind in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Zum einen markieren sie den Beginn eines neuen Verhältnisses der katholischen Kirche zum gesellschaftlich-politischen Pluralismus und zu den nicht dezidiert christlichen Parteien sowie nicht zuletzt auch zur evangelischen Sozialethik. Denn mögen die Beiträge der katholischen Sozialethiker in diesen interdisziplinären Akademiekreisen noch mehr ideengeschichtlich und bilanzierend angelegt gewesen sein, so sind sie doch im Kontext der sich modernisierenden Sozialethik zu sehen (Anerkennung des liberalen Verfassungsstaates und demokratieadäquater Werthaltungen, Betonung der Verantwortungsethik im Sinne des christlichen Personalismus u.a.m.). Augenscheinlich wird dies vor allem bei der zweiten Tagung „Christentum und Liberalismus“ im Jahre 1960, wo Paul Mikat die Engführungen der katholischen Staatslehre kritisiert und eine sozial- und politikethische Neubesinnung anmahnt.⁴³ Nur wenige Monate später wurde mit der Enzyklika

42 Eugen Gerstenmaier konzidierte, dass die Sozialdemokraten wohl primär aus taktischen Gründen eine Annäherung an die katholische Kirche versucht hätten, doch könne den katholischen Sozialethikern das Motiv des Taktierens nicht unterstellt werden. Dem widersprach Adenauer entschieden: „Das Ganze war [...] nichts anderes als eine politisch-propagandistische Aktion der Sozialdemokraten. Deswegen bedaure ich es außerordentlich, dass man sich in München von katholischer Seite dazu hergegeben hat. [...] Dafür sind die Kirchen nicht da! [...] Ich beabsichtige, bei den katholischen Bischöfen Protest einzulegen“; zit. nach Günter BUCHSTAB (wie Anm. 39), S. 73 ff. Adenauer missbilligte ausdrücklich auch die Teilnahme von Adolf Süsterhenn, der in München über die katholische Staatslehre referierte (vgl. ebd., S. 83). – Oswald von NELL-BREUNING, *Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre*, Düsseldorf 1972, S. 94 f., sieht „bei uns in der Bundesrepublik Deutschland [...] im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms der SPD (1959) nicht mehr und nicht weniger als ein kurzgefasstes Repetitorium der katholischen Soziallehre“. Bis dahin hatte sich die CDU – anders als die CSU – noch kein Grundsatzprogramm gegeben. Die Grundsatzprogramme der CDU von 1978 und 1994 zeigen – insbesondere in ihren Grundlagenteilen – eine weitgehende Orientierung an der christlichen Sozialethik und Anthropologie. Die Grundsatfragen innerhalb der Unionsparteien und in ihrem Umfeld finden in einer intensiven Erörterung des „C“ ihren Ausdruck. Eine gute Übersicht bieten die Materialien zur Grundsatzprogramm-Diskussion 3: *Die CDU und das „C“*. *Beiträge zum grundlegenden Selbstverständnis der CDU Deutschlands*, hg. von der CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE, Bonn 1993.

43 Vgl. *Christentum und Liberalismus* (Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern, hg. von Karl FORSTER, Heft 13), mit Beiträgen von Eric Voegelin, Erich Mende, Paul Mikat, Gustav Gundlach, Alexander Rüstow, Paul Luchtenberg, Wilhelm Geiger, München 1960. Paul Mikat, S. 100 f., betont – unter Bezug auf den Moraltheologen Werner SCHÖLLGEN, *Die soziologischen Grundlagen der katholischen Sittenlehre*, Düsseldorf 1953, S. 286 f.,

Mater et magistra (1961) Johannes' XXIII. die personalistische Theorie in die kirchliche Soziallehre eingeführt.⁴⁴

Die christliche Sozialethik hat sich seit etwa Mitte der 1960er Jahre in verschiedene Richtungen aufgespalten.⁴⁵ Zudem ist der Sozialethik i.e.S. mit der politischen Theologie und der Theologie der Befreiung – vielfach mit sozialistischen und marxistischen Ideen angereicherten Bewegungen – Konkurrenz erwachsen.⁴⁶ Damit wurden die bis dahin gültigen Grundlagen sozialetischer Fragen und Zielsetzungen aufgegeben; zugleich erfuhr das Zusammenspiel von biblisch-theologischen Normen und konkreter politischer und gesellschaftlicher Ordnung die vielgestaltigsten Interpretationsmuster. Ob und wie weit die Auflösung der traditionellen christlichen Soziallehre seit den 1960er Jahren mit ihrer Rezeption innerhalb der Christlichen Demokratie zusammenhängt und wieweit sich politiktheoretisch auch das Feld der christlich-demokratischen Bewegung pluralisiert hat, kann hier nicht behandelt werden.⁴⁷

das es bei aller Bedeutung des Naturrechts ein hoffnungsloser Versuch sei, „unmittelbar aus dem Naturrecht konkrete Schlüsse für die Fassung der einzelnen Normen des positiven Rechts zu ziehen“. Nichts könne „dem wichtigen Gedanken des Naturrechts mehr schaden, als wenn sein Geltungsbereich inflationistisch überdehnt werde“. Daher sei der Verfassungstheoretiker der Zentrumsparlei, der Moraltheologe Josef Mausbach, bei seinem Auftrag, für die Weimarer Verfassung „von seinem Fach aus rein positive Vorschläge (zu) machen“, „überfordert“ gewesen.

44 Ihr folgte 1963 die Enzyklika *Pacem in terris*, in der Papst Johannes XXIII. die Menschenrechte in die kirchliche Sozialethik aufnahm. Eine Kommentierung der Sozialenzykliken der Kirche seit 1891 bietet Oswald von NELL-BREUNING, *Soziallehre der Kirche. Erläuterungen der lehramtlichen Dokumente*, 3. Aufl. Wien 1983.

45 Arno ANZENBACHER, *Christliche Sozialethik* (unveröffentlichtes Manuskript), spricht von einer „Pluralisierung in der Sozialethik“ und unterteilt die neueren sozialetischen Ansätze idealtypisch: 1. Theorien mit neuscholastischer Systematik, die im Hinblick auf aktuelle Fragestellungen nur modifiziert sind; 2. Sozialethiken, die sich die neuscholastische (vorvatikanische) Systematik kritisch aneignen und sie mit dem Problembewusstsein der neuzeitlichen Sozialphilosophie verbinden; 3. Sozialethiken, die die traditionelle Systematik weitgehend aufgeben und Neuansätze versuchen; 4. Sozialethiken, welche systematische Anliegen nicht mehr verfolgen und sich auf einzelne Fragen und Praxisfelder konzentrieren. Vgl. DERS., *Christliche Sozialethik. Einführung und Prinzipien*, Paderborn 1998, S. 125–171.

46 Vgl. Johannes MESSNER, *Christliche Soziallehre unter Feuer*, in: *CIVITAS. Monatszeitschrift des Schweizer Studentenvereins*, November 1966, S. 135 ff.; ferner: Johannes B. METZ, *Friede und Gerechtigkeit. Überlegungen zu einer Politischen Theologie*, in: *Civitas. Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung* 6 (1967), S. 9 ff.

47 Die christliche Staats- und Soziallehre bildete bis in die 1960er Jahre einen zentralen Teil der theoretischen Grundlagen der Christlichen Demokratie; vgl. Band 1 der Handbücher der Politischen Akademie Eichholz: *Politische Bewegungen in Deutschland. Entwicklungen – Aufbau – Ziele*, Bonn ²1967, der das Schulungsprogramm für das Grundseminar des Politischen Seminars zusammenfasst und neben den Beiträgen zur Christlichen Demokratie, zum politischen Liberalismus, zur Sozialdemokratischen Partei, zum Sozialismus und Kommunismus im Grundlagenteil „Politik aus christlicher Verantwortung“ auch je eine Abhandlung zum Verhältnis des Christen zu Staat und Politik enthält, in der die katholische und evangelische Staatslehre referiert werden. Vgl. auch „Material zum Problem der Legitimität im modernen Staat“, mit Beiträgen von Albrecht Beckel, Andreas von Below, Bernd Guggenberger, Ingeborg Gug

2. Die christliche Sozialethik im Dialog

Die Festschrift für Lothar Roos bietet einen guten, wenngleich nicht repräsentativen Einblick in die gegenwärtige Forschungs- und Interessenlage der Sozialethik und theologisch-ethischer Grenzfragen. Es fällt auf, dass im Vergleich zur früheren Sozialethik die meisten Beiträge stärker theologisch-kirchlich ausgerichtet sind. Die Herausgeber haben die Aufsätze acht Themenbereichen zugeordnet. Unter dem ersten Themenbereich „Grundlagen der Sozialethik“ finden sich vornehmlich Beiträge von biblisch-theologischer Relevanz.⁴⁸ Heinz Josef Fabry, Professor für Altes Testament, behandelt unter der Überschrift „Von der Geschwistersolidarität zur Völkersolidarität“ Deuteronomium 15 als sozialetisches Regelwerk. Irmtraud Fischer, ebenfalls Professorin für Altes Testament, vertritt zudem die theologische Frauenforschung und fragt nach der Sozial- und Rechtslehre in Alt-Israel. Unter dem Titel „Nicht mehr Juden und Yavanas, nicht Brahmanen, Dalits und Adivasis... Interkulturelle Besinnung über eine neutestamentliche Zu-Mutung“ reflektiert der Neutestamentler Hans-Jürgen Findeis den Galaterbrief 3,28 im Kontext der indischen Kultur.

Der Fundamentaltheologe Heino Sonnemans widmet sich dem Verhältnis von Offenbarung und Religion, wobei er auf die Breite und Tiefe des Begriffspaares und seiner Facetten näher eingeht: Der Religionsbegriff werde von verschiedensten Bereichen der Wissenschaft traktiert. Hermann Lübbe und Niklas Luhmann deuteten die Religion als *Kontingenzbewältigung*, wobei Kontingenz im Sinne von unvorhergesehenen Ereignissen, die dem Leben eine

genberger, Manfred Hättich, Günter Radtke, Wolfgang Reeder, Theodor Schramm, Günther Rüter (Dokumentation), Eichholz 1975. Auf der anderen Seite ist bemerkenswert, dass sich etwa seit den 1970er Jahren der Ring Christlich-Demokratischer Studenten und Teile der Jungen Union auf den Kritischen Rationalismus Karl Poppers stützten, auf den sich ebenso auch Freie Demokraten und Sozialdemokraten bezogen (vgl. Georg LÜHRS/Thilo SARRAZIN/Frithjof SPREER/Manfred TIETZEL (Hg.), *Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt*, 2. Aufl. Berlin–Bonn–Bad Godesberg 1975). Vgl. Warnfried DETTLING, *Der kritische Rationalismus und die Programmatik der CDU*, in: *Zur Programmatik der CDU*, hg. von der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, Bonn 1974, S. 78 ff.; kritisch: Nikolaus LOBKOWICZ, *Pragmatismus und Programm. Die CDU und der kritische Rationalismus*, in: *Die Neue Ordnung* 39 (1985), S. 104 ff. Eine eingehendere Darstellung der christlichen Sozialethik und ihrer Bedeutung für die Christliche Demokratie müsste vor allem die Theorie-Zeitschriften *Civis*, *Civitas* und *Sonde* berücksichtigen. *Civitas* trug 1962–1968 den Untertitel „Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung“, ab 1969 „Jahrbuch für Sozialwissenschaften“. *Sonde* trug 1968–1993 den Untertitel „Neue Christlich-Demokratische Politik“; seit ihrer Vereinigung mit *Civis*. *Vierteljahresschrift für freie Bürger in einem freiheitlichen Staat* (1995) lautet der Zusatz „Vierteljahresschrift für eine offene und solidarische Gesellschaft“.

48 Die weiteren Gliederungspunkte sind: II. Aktuelle Fragen der Gesellschaft; III. Politische Ethik; IV. Ethik der Völkergemeinschaft; V. Wirtschaftsethik; VI. Umweltethik; VII. Medizinische Ethik; VIII. Sozialgeschichtliche Konkretionen.

andere Richtung gäben, verstanden werde. Émile Durkheim sehe Religion vor allem als Integrations- und Identifikationssystem, während Max Weber in ihr primär eine Deutungsleistung (Religion als „Sinnstiftung“) erkenne. Franz Xaver Kaufmann liste sechs Funktionen der Religion auf: Identitätsstiftung, Handlungsführung, Kontingenzbewältigung, Sozialintegration, Kosmisierung und Weltdistanzierung. Dabei betone der Soziologe, dass diese Funktionen „heute jedoch nicht mehr alle von einer Religion zugleich erfüllt“ werden. In der funktionalen Beschreibung von Religion sieht Heino Sonnemans mit Richard Schaeffler einen „systemimmanente(n) Mangel“, da hier die „Wahrheitsfrage [...] gänzlich ausgeblendet werde“ (FS Roos, S. 107). Damit aber stelle sich die Frage, ob man Religion beschreiben könne, „ohne zuvor Gott bzw. Transzendenz zu definieren und ob Religion als Religion nicht immer mehr ist als ‚nur Religion‘, d.h. ihre Verwurzelung im kulturellen und gesellschaftlichen Umfeld gesehen werden muss“.

Wie aber kann der theologisch-kirchliche Wahrheitsanspruch in der säkularen Welt, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Geltung beanspruchen? Wieweit können theologisch-biblische Normen Handlungsanleitungen für die politische Ordnung bieten? Gerät damit die christliche Soziallehre nicht in die Gefahr einer politischen oder politisierten Theologie? Die Frage der theologischen Begründung christlicher Sozialethik, die seit dem II. Vatikanum wesentlich intensiver als in der neuscholastischen Phase erörtert wird, wird in der Theologie auch unter dem Stichwort eines trinitarischen Humanismus traktiert. Lothar Roos hat sich in der Festschrift für Wilhelm Breuning dieser Thematik gewidmet. „Hat die Offenbarung“, so fragt er dort, „lediglich die Funktion, sozialphilosophisch-naturrechtliche Erkenntnisse nachträglich zu sanktionieren, sie tiefer zu begründen und damit für den Glaubenden ‚sicherer‘ zu machen? Oder enthält die ‚übernatürlich-christliche Offenbarung‘ einen ‚inhaltlichen Überschuss [...] an sozial bedeutsamen Wertbestimmungen und Zielsetzungen‘?“⁴⁹

Diese Frage wurde in der christlichen Soziallehre stets kontrovers diskutiert.⁵⁰ In der Festschrift für Roos widmen sich ihr aus je unterschiedlicher

49 Lothar ROOS, *Trinitarischer Humanismus als theologische Mitte einer christlichen Gesellschaftslehre*, in: *Im Gespräch mit dem dreieinen Gott. Elemente einer trinitarischen Theologie. Festschrift zum 65. Geburtstag von Wilhelm Breuning*, hg. von Michael BÖHNKE/Hanspeter HEINZ, Düsseldorf 1985, S. 457 ff., hier S. 459; der Begriff „inhaltlicher Überschuss“ zur Kennzeichnung einer über die sittlich-naturrechtliche Theorie hinausgehenden theologisch-biblichen Charakterisierung der christlichen Soziallehre stammt von Nikolaus MONZEL, *Solidarität und Selbstverantwortung*, München 1959, S. 18.

50 Kritisch zur Sozialtheologie: Johannes MESSNER, *Das Naturrecht*, 4. Aufl. München 1960, S. 115 f.; vgl. dagegen Nikolaus MONZEL, *Glaube und Pluralismus. Beiträge der katholischen Soziallehre zum Dialog*, hg. von Trude HERWEG und Karl Heinz GRENNER, Köln 1974, S. 200 ff.

Perspektive die Sozialethiker Michael Schramm und André Habisch. Letzterer fragt nach der Bedeutung der Religion, genauer der theologisch fundierten Sozialethik in der modernen Gesellschaft. Ausgehend von Lukas 3,10 („Was sollen wir tun“) reflektiert er das zeitgenössische Fragen der christlichen Sozialethik im „Horizont trinitarischer Glaubenserfahrung“. Das Problem der modernen Welt sei der Zerfall eines grundlegenden Wertekonsenses, mit dem sich auch die „Kontextbedingungen für eine Sozial- und Wirtschaftsethik in der Tradition der Botschaft Jesu radikal“ ändere. „Verschiedene Positionierungen“ seien möglich. Besonders am Anfang des Modernisierungsprozesses habe die „kirchliche Verkündigung mit einer totalen Ablehnung der neuentstandenen Sozialformen“ reagiert und damit aus einseitig pastoral-traditionalistischer Sicht im Sinne einer „Sozialromantik“ „die neuen Lebens- und Wirtschaftsformen als Verfallsformen“ beklagt. Erst allmählich habe sich die Einstellung der Kirche zu den neu entstandenen Wirtschafts- und Lebensformen geändert, habe sie den Wert marktwirtschaftlicher Produktionsweisen und der sie flankierenden „ordnungs- und sozialpolitische(n) Maßnahmen der Politik“ erkannt. Die Arbeiterschutz- und Sozialgesetzgebung sei weitgehend von Persönlichkeiten aus dem Lager politisch aktiver Christen beider Konfessionen gestaltet worden. „Entscheidend für die Humanität der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Kontext moderner Gesellschaften“, so urteilt Habisch, „sind nicht individuelle Moralität und guter Wille der Individuen, sondern Regeln und Institutionen, die erwünschte Folgewirkungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs unterstützen, aber die unerwünschten Folgen weitgehend abfedern. Der systematische Ort der Moral in der modernen Wirtschaft ist die Rahmenordnung (K. Homann) – und zwar insofern, als sie individuelles moralisches Handeln überhaupt ermöglicht und trägt. Christliche Verantwortung für die Humanitätsstandards einer Gesellschaft muss sich mithin in einer politischen Mitverantwortung für die Gestaltung der Rahmenordnung und des sozialen Institutionensystems niederschlagen“ (FS Roos, S. 130 ff.).

In der Tat sind die Regelsysteme bzw. Institutionen politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art grundlegend für eine funktionierende und befriedende Ordnung, so dass selbstredend mit dem Autor postuliert werden kann, dass auch die Christen als Mitträger von Gesellschaft und Staat in den verschiedensten Rollen als Politiker, Staatsbürger, Arbeitnehmer, Unternehmer, Konsument, Wissenschaftler, Sozialarbeiter usw. Verantwortung für diese übernehmen sollen. Dabei betont Habisch anders als die ältere Sozialethik, die gemäß der Enzyklika *Quadragesimo anno* von einem Zusammenspiel von Gesinnungs- und Strukturreform ausging, vor allem die Bedeutung der Rahmenordnung und der Institutionenethik. Das ist bis zu einem gewissen Grad sicherlich auch pädagogisch-didaktisch angezeigt, insofern die christliche Sozialethik in ihrer moraltheologischen Ausrichtung vielfach dazu neigt, den Gesinnungsaspekt überzubetonen und die Funktionsweise politischer und

sozialer Systeme und Institutionen gering zu schätzen. Andererseits bleibt die Sozialethik auf das komplizierte Zusammenwirken von individuellem Verhalten (Verantwortung) und sozialer, institutioneller Ordnung verwiesen, wenn sie nicht in Soziologie, Politik- und Wirtschaftswissenschaft oder Systemtheorie aufgehen will.

Fragwürdig scheint mir Habischs Vergleich der Institutionenethik mit der (Hoch-)Ethik Jesu und seines Jüngerkreises, die – im Gegensatz zur Ethik von Johannes dem Täufer – einen Gesinnungswandel durch Bedingungswandel beinhalte – eine bibeltheologische These, der der Autor für die aktuelle christliche Sozialethik Relevanz zubilligt. Diese Analogiebildung ist – auch wenn sie durch verschiedene Erklärungen abgedeckt ist – nicht überzeugend. Was tragen solche kontextuellen theologischen Überlegungen, die überdies in der Theologie kontroverse Auslegungsdebatten provozieren, für eine christliche Sozialethik aus, die sich doch nicht nur im Schonraum von Kirche und Pfarrei, sondern gerade auch im säkularen Umfeld bewegen möchte?

Die Ethik Jesu deutet Habisch in Anlehnung an Michael Schramm nicht im Sinne einer „Kontingenzbewältigung“, sondern Kontingenzeröffnung“. Sie setze „durch die Eröffnung neuer, befreiender Bedingungsräume die bestehende gesellschaftliche Praxis unter Rechtfertigungsdruck“ (FS Roos, S. 135). Michael Schramm versteht in seinem Beitrag „Religion und moderne Gesellschaft“ (FS Roos, S. 154 ff.) den Begriff Kontingenzeröffnung bzw. „kontingenzeröffnende Heuristik“ als „soziale Funktion der Kirche“. In diesem Zusammenhang heißt es: „Das religiöse Primärprodukt (Religion ‚pur‘), das ‚Mystische‘, ist zwar nicht substituierbar, aber als Religion ‚pur‘ eben nur für die religiöse ‚Kundschaft‘ selbst direkt von Nutzen“ (FS Roos, S. 162). Zu den „Sekundärprodukten“ von Religion zähle u.a. der „Sozialethische Beitrag der Kirchen auf dem zivilgesellschaftlichen Markt des Ethischen“, wobei die Sozialprinzipien der katholischen Soziallehre, so wie das „grundsätzlich unsagbar(e)“ „Mystische“, auch „nur“ heuristischen Charakter“ besäßen,⁵¹ mithin die Kirchen mangels „originäre(r) Kompetenz hinsichtlich der zweckdienlichen Mittel zur Lösung gesellschaftlicher (systemischer) Probleme“ eben „nur“ als kontingenzeröffnende Heuristik fungieren“ könnten (FS Roos, S. 164 f.). In der Tat sind die Sozialprinzipien nur Leitideen, aus denen verschiedenste Lösungen gefolgert werden können. Diese Feststellung entbindet jedoch nicht von der Notwendigkeit, die religiöse Ebene des „Mystischen“ ausdrücklich von der ethischen Ebene der „Sozialprinzipien“ zu unterscheiden. Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit (und Subsidiarität) sind – heute zumeist als

⁵¹ Vgl. Michael SCHRAMM, *Subsidiarität der Moral. Institutionenethische Überlegungen zum Subsidiaritätsprinzip der Katholischen Soziallehre*, in: Wolfgang J. MÜCKL (Hg.), *Subsidiarität. Gestaltungsprinzip für eine freiheitliche Ordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft*, Paderborn 1999, S. 9 ff.

Grundwerte bezeichnet – weithin Gemeingut des politischen Denkens. Das Schlagwort von der kontingenzeröffnenden Heuristik trägt hier nichts aus. Zudem werden Aufgaben und Anliegen der Sozialethik dabei durch fundamental-theologische Fragen überlagert; die Sozialethik droht darüber zum Appendix der Religionssoziologie zu werden.

Hervorzuheben sind die Arbeiten von Konrad Hilpert: „Caritas im Übergang. Auswirkungen der Transformation des Wohlfahrtsstaates in Deutschland“ (FS Roos, S. 195 ff.) und Heinrich Pompey: „Christliche Gemeinden als Ferment einer neuen Solidaritäts- und Hilfekultur in Europa. Plädoyer für eine bürgerschaftlich verstandene caritative Diakonie“ (FS Roos, S. 213 ff.). Die beiden Aufsätze demonstrieren am Beispiel des konkreten Aufgabenfeldes Sozialstaat – kirchliche Diakonie/Caritas theoretisch-praktische und institutionelle Probleme der christlichen Sozialethik.

Aniela Dylus und Helmut Juros widmen sich dem Thema „Nation im Widerspruch“ aus katholischer Perspektive. Die Rolle der Kirche bestehe darin, Europa zu helfen, seine Einheit zu finden, zugleich aber auch seine kulturelle Verschiedenheit zu bewahren. „Die Legitimität der Nationalstaaten darf also von der Kirche in keiner Weise relativiert werden.“ Der Beitrag der Kirche für das Zusammenwachsen Europas schließe „die Suche nach einer [...] politischen Formel“ für das Zusammenleben der verschiedenen Völker und Nationen in einem europäischen „Staatenverband“ ein, wobei „die Kirche mit ihren organisatorischen Strukturen und Institutionen ein Vorbild geben“ könne. Der Beitrag der Christen als Staatsbürger und Europäer erfolge „aus der Substanz des Glaubens und der Vernunft heraus“. Dabei verweisen die beiden polnischen Sozialethiker auf „das anthropologische (metaphysische) Fundament, die Wahrheit über den Menschen und seine Freiheit“ als dem entscheidenden Kriterium, nach dem jede Kultur zu beurteilen ist. Entsprechend verwerfen Dylus und Juros entschieden eine „Theologie der Nation, die das Leiden des Volkes wie ein Mysterium des Kreuzes glorifiziert, die die Geistesstärke der Nation heroisiert und ein Sendungsbewusstsein des Volkes und seine missionarische Verantwortung für die Zukunft Europas evoziert“ (FS Roos, S. 323 ff.).⁵² Die Spannung zwischen politischer bzw. politisierter Theologie und personaethischer Verantwortung der Laien in Gesellschaft und Politik wird hier zugunsten letzterer gelöst.

Bernhard Sutor befasst sich in seiner Fragestellung „Politik möglich machen?“ mit „Defizitanzeigen zur kirchlichen politischen Ethik“, die er anhand

52 Vgl. auch die Beiträge in der FS Roos von Anton RAUSCHER, *Europa auf dem Wege* (S. 329 ff.); Walter FÜRST, *Pastoralkonzept für Europa? Präliminarien und Desiderate, die zum Dialog über die Zukunft der Kirche(n) in Europa herausfordern* (S. 341 ff.); Hans WALDENFELS, *Die politische Bedeutung und Aufgabe der Kirche in einem vereinten Europa* (S. 357 ff.).

des Gemeinsamen Wortes des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“⁵³ (1997) sowie einer von der Deutschen Bischofskonferenz durchgeführten wissenschaftlichen Studientagung im Oktober 1998 in Bad Honnef aufzeigt. Ausgangspunkt ist der hohe Anspruch der christlichen Sozialethik, die unter Berufung auf die *Communio*-Theologie und die christliche Anthropologie eine „ekkesiologische Schlüsselstellung“ einnehmen will „für ein Modell der Öffentlichkeit als Ermöglichung von Politik“ (so Bischof Josef Homeyer in der Tagungseröffnung unter Bezugnahme auf das *Gemeinsame Wort*).⁵⁴

Können die kirchliche Sozialverkündigung und die wissenschaftlich entfaltete christliche Sozialethik diesem Anspruch gerecht werden? Sutor sieht in der Honnefer Tagung zwei strukturelle Probleme. Als Frage formuliert: 1. Was ist exakt gemeint, wenn es heißt, die Kirche solle Politik möglich machen? 2. Bewegt sich dieser Ermöglichungsversuch vornehmlich im Feld der Zivilgesellschaft bzw. Bürgergesellschaft oder betrifft er nicht darüber hinaus das politische System?

Zu 1. Die strukturellen Bedingungen und Abläufe im Prozess kirchlicher Meinungs- und Willensbildung zu politischen Fragen bezeichnet der Autor als unbefriedigend. „Dieser ist einseitig auf das Amt fokussiert und birgt damit Gefahren einer politischen, manchmal auch nur politisierenden Theologie. [...] Die ‚klassischen‘ Träger katholisch-sozialer Bewegung, die kirchlichen Sozialverbände, sind personell schwach geworden; ihre hauptamtlichen Kräfte sind von kirchlichen Finanzen abhängig, stehen häufig unmittelbar im kirchlichen Dienst. Die nachkonziliaren Räte haben ihre Rolle im Öffentlich-Politischen noch nicht recht gefunden [...].“ Die zahlreichen kirchlichen Hilfswerke, caritativen Einrichtungen u.dgl. seien in der Hand von Professionellen, unterstützen letztlich aber den Bischöfen, die sich zu den verschiedensten Fragen in kirchlichen bzw. kirchenamtlichen Verlautbarungen äußern, wobei sich pastorale und politische Probleme meist überschneiden (so bei Fragen der Ehe und Familie, von Jugend, Erziehung, Schule, soziale Fragen, Ausländer, Asyl, internationale Gerechtigkeit, Ökologie und Frieden). Demgegenüber stünden die Laienorgane, „deren Feld das alles in erster Linie ist oder sein sollte [...] unverbunden daneben“. Sutor plädiert daher für „rechtlich-strukturell gesi-

53 *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland*, hg. vom KIRCHENAMT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND und vom SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ, (Gemeinsame Texte 9), Hannover-Bonn 1997.

54 *Kann Kirche Politik möglich machen? Wissenschaftliche Studientagung in Bad Honnef, 1./2. Oktober 1998*, hg. vom SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ (Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, 21), Bonn 1998, S. 8.

cherte und genutzte Orte des Dialogs und der Kooperation“ von Amt und Laien (FS Roos, S. 286).

Zu 2. Angesichts des Rufs nach Stärkung der Bürgergesellschaft und der Grenzen der Leistungsfähigkeit des Sozialstaats sieht es der Autor als konsequent an, dass sich kirchliches Engagement und christliche Sozialethik in besonderer Weise dem weiten Feld individueller und sozialer Aktivitäten von öffentlicher Bedeutung und Wirksamkeit widmen. Es sei zu wünschen, dass mehr Positionen, Forderungen, Initiativen und Projekte Hand in Hand gingen und einen bloßen Verlautbarungskatholizismus zurücktreten ließen. Es sei der These zuzustimmen, dass „der christliche Anspruch auf Weltgestaltung [...] stärker als bisher ‚im zivilgesellschaftlichen Raum zu verorten‘“ sei (Michael N. Ebertz).⁵⁵ Doch plädiert Sutor dafür, dass Theologen und Sozialethiker – aufmerksamer als sie dies im Sozialwort und während der Studientagung getan hätten – die Wechselwirkungen von bürgerschaftlichem Engagement einerseits und politischer Gesellschaft andererseits berücksichtigen und entsprechend auch die staatlichen Organe und die politischen Parteien eingehender würdigen. Die Bürgergesellschaft dürfe nicht gegen das unverzichtbare parteipolitische Engagement ausgespielt werden. Es sei zu bedauern, dass heute Christen als Mitglieder kirchlicher Verbände viel seltener als früher den Weg zu parteipolitischer Betätigung fänden. Es sei daher auch Aufgabe der Kirche, näherhin kirchlicher Jugend- und Erwachsenenbildung, die Christen über die bürgerschaftlichen Initiativen hinaus „auch zu einem im engeren Sinn politischen Engagement“ zu ermutigen, zu motivieren und zu befähigen (FS Roos, S. 288 f.).

Bernhard Sutor, der als emeritierter Ordinarius an der Katholischen Universität Eichstätt Politikwissenschaft, Didaktik der politischen Bildung und Christliche Sozialethik lehrt und herausgehobene Positionen im Verbandskatholizismus innehatte und hat, zählt zu den Sozialethikern, die die nachvaticanische Sozialethik auf der Basis solider Kenntnis der (neu-)scholastischen Soziallehre und der zeitgenössischen Philosophie neu durchdacht haben.⁵⁶ Er ist daher ein berufener Partner für den interdisziplinären und interkonfessionellen Dialog. So ist seine Kritik an dem Gemeinsamen Wort der Kirchen und an der Bad Honnefer Studientagung als Empfehlung an die Vertreter der christlichen Sozialethik zu lesen, bei allen Bemühungen um ihr Fach dessen Ideengeschichte und politisch-gesellschaftliche Traditionen nicht aus dem Auge

55 Ebd., S. 100; vgl. Bernhard SUTOR, FS Roos, S. 287 f. Vgl. auch Andreas PÜTTMANN, „Vor allem müssen Christen führen“ (Adenauer). Zur Konvergenz von Funktions- und Werteliten als Forderung des Gemeinwohls, FS Roos, S. 259 ff.

56 Vgl. Bernhard SUTOR, *Politische Ethik. Gesamtdarstellung auf der Basis der Christlichen Gesellschaftslehre*, Paderborn 21992; Ders., *Kleine politische Ethik*, (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 341), Bonn 1997.

zu verlieren und über den binnenkirchlichen und -theologischen Raum hinaus den Dialog mit den Sozialwissenschaften und politischen Institutionen zu intensivieren.

Abstracts*

Fritz Hellwig: Konrad Adenauer. To commemorate his 125th birthday (pp. 1–10)

The author (b. 1912) first met Konrad Adenauer in 1948. From 1947 on he was a member of various economic committees within the CDU, from 1954 to 1959 a member of the German Bundestag, from 1953 to 1959 a member of the Consultative Assembly of the Council of Europe, from 1959 to 1967 a member of the High Authority of the European Coal and Steel Community (ECSC) and from 1967 to 1970 Vice-President of the European Commission. In his ceremonial address he pays tribute to Konrad Adenauer's political life-work.

Winfried Becker: Historical awareness in the democratic state. 25 years Archive of Christian Democratic Politics (pp. 11–32)

The establishment of party archives within the political foundations is a notable achievement of research policy in the Federal Republic. Party archives assist in the formation of democratic awareness and self-determination. Founded 25 years ago, the Archive of Christian Democratic Politics is an excellent example of what a modern party archive should be. The article pays tribute to the archive's achievements, and demonstrates on the basis of the archived material and the numerous surveys and publications to which it has given rise that the second democracy to be founded in Germany is rooted in the period immediately after 1947. By no means did this democracy emerge only as outcome of the extra-parliamentary opposition of the „68 movement“.

Martin Honecker: Protestant social ethics (pp. 33–44)

“Social ethics” is now used as a vague term to denote general social responsibility. The history of the concept and the problems of protestant social ethics elucidates both the original intention and the controversial nature of social ethics as a theological discipline. Introduced into theological terminology in 1868, the concept had initially to contend with the objection that ethics could only be individual as all responsibility is bound to the person. Perceiving it as a doctrine of goods and an ethics of structures, conservative social reformers called for social ethics to be oriented towards the nation and the community. This was paralleled by the emergence of Catholic social doctrine. During the struggle between church and state in the nazi era (“Kirchenkampf”), the conservative form of social ethics was challenged as a regulatory theological doctrine. The characteristic features of social ethics in its present form are secularisation, differentiation of sectoral ethics, globalisation and by extension the commitment to an ecumenical approach. The social ethics now practised by the churches is a contribution to political culture.

* Translated by Denise Lindsay.

Rudolf Uertz: Conservative cultural criticism in the early Federal Republic. The Abendländische Akademie at Eichstätt, 1952–1956 (pp. 45–71)

The conferences organised by the “Abendländische Akademie” at Eichstätt from 1952 to 1956 attracted public attention because the circle included prominent politicians, lawyers, academics and publicists who were members of the governing parties CDU, CSU and Deutsche Partei and allied bodies. The publications of the Abendländische Akademie provide an abundant source of material illustrating traditional religious and corporate state thought which is incompatible with the Basic Law of the Federal Republic. Yet these conferences at Eichstätt were also open to experts endeavouring to legitimise democracy, the rule of law and pluralism on the basis of a liberal Christian standpoint.

Torsten Oppelland: The “Ostpolitiker” Gerhard Schöder. A predecessor to the social-liberal policy toward Eastern Europe and East Germany? (pp. 73–94)

Although he later was one of the most uncompromising critics of the “new” *Ostpolitik* of Brandt and Bahr, Gerhard Schröder’s “policy of movement” toward eastern Europe is often qualified as a first step in that direction. In this article it is argued that there was no dramatic change in Schröder’s attitude towards *Ostpolitik* but that the structural differences outweigh by far all similarities between his approach and that of Brandt and Bahr. Schröder had never sought to overcome the status quo by recognizing it; rather his aim had been to change the status quo at the expense of the Soviet Union through his détente towards the “satellite” states of Eastern Europe. His major concern had always been to keep the United States’ power in Europe hoping that this would eventually lead to a decisive change in the power relations between east and west decisively.

Martin Schaad: The affair concerning Graf Huyn (pp. 95–111)

This paper examines in some detail the so-called „Huyn Affair“, which in 1965 threatened to disrupt the formation of Chancellor Ludwig Erhard’s second cabinet. By leaking information about internal political deliberations within the German Foreign Ministry, the junior official Hans Graf Huyn contributed to what was a concerted effort to prevent the reappointment of Gerhard Schröder as Foreign Minister. A detailed study of the relevant files of the Foreign Ministry as well as of the private papers of the leading protagonists Gerhard Schröder and Baron Karl Theodor von Guttenberg suggests that the whole affair was an orchestrated part of a conflict dividing the conservative camp; that between the so-called “Atlanticists” and “Gaulists”.

Günter Buchstab: Sport and politics in the divided Germany (pp. 113–130)

Since the GDR as part of the Soviet empire lacked any national and democratic legitimacy, it was able to exist only with the support of the Red Army and gain prominence only by stressing its dissociation from the Federal Republic of Germany. Sport was one of the means to this end. The article shows how the GDR leadership exploited sport to gain international acceptance. The turning-point came with the IOC’s decision in Mexico in 1968 to allow the GDR Olympic

team to take part in the games at Sapporo and Munich in 1972 under their own flag and national anthem.

Günther Schulz: The development of “Soziale Marktwirtschaft” and the political changeover in 1982. A break in the economic policy? (pp. 131–143)

Was the start of the Kohl era linked to a paradigm shift in economic policy? The article outlines the setting of a conference at which this question was discussed by contemporaries and academics. It spells out the concept of the social market economy and delineates the post-war economic and economic policy trends. Discontinuities identified by research are explained. In concluding, the author presents three points for discussion: The political changeover in 1982 did not result in a fundamental break in economic policy but rather demonstrated continuity of the model; yet there was a shift in the emphasis placed on policy instruments; free-market tendencies now gained considerably greater significance.

Werner Zohnhöfer and Reimut Zohnhöfer: Economic policy during the era Kohl. A change indicating Soziale Marktwirtschaft? (pp. 153–174)

Did the Christian-liberal coalition under Helmut Kohl implement economic policy reforms guided by the concept of *Soziale Marktwirtschaft* (Social Market Economy) between 1982 and 1989/90? This question is addressed in five steps. First, the economic problems confronting the new government in 1982 are summarized. The next steps analyse the programme and the actual policies of the Christian-liberal coalition in the 1980s. The economic policies of the governments are then evaluated from the point of view of *Soziale Marktwirtschaft*. The government managed to push through reforms more or less guided by this concept in fiscal and also – with some shortcomings – in deregulation and privatisation policies, but it failed to tackle the main problems of the labour market. In the last section the existence of this “incomplete policy turnaround” is explained as the result of the effects of party competition and the strong influence of the labour wing of the CDU.

Gerhard Stoltenberg: “The economic general trend was encouraging...”. A survey of the economic and financial policy 1982–1990 (pp.145–152)

Perceptibly reducing structural deficits in public budgets, reorganising the tax system to promote investment and employment and lessening the aggregate charge on individual and corporate taxpayers were stressed as central tasks in Helmut Kohl’s first government policy statement on 13 October 1982. As Federal Minister of Finance (1982 to 1989), Stoltenberg was responsible for implementing these plans. He concludes that the success of this policy meant that after 1989/90 it was possible for resources to be mobilised for the momentous task of reconstructing the east German economy. He identifies as deficiencies the failure to make lasting progress on dismantling subsidies and reducing the tax charge. In the field of economic policy, deregulation could have been tackled more resolutely. A growing number of social policy decisions were made that were no longer in line with the principles of a social market economy.

Alexander Latotzky: Mothers and children in soviet special camps (pp. 175–187)

In all the camps existing after 1945 in occupied Germany there were women with children. But in the internment camps in the western zones there were never so many as in the camps in the Soviet zone, nor were they held under similar conditions. When the camps were closed in 1950 many of the internees were turned over to the GDR authorities. Among these were about 30 children who were transferred with their mothers to Hoheneck, where they were separated. The children were moved to a children's hospital in Leipzig, where they were initially treated as orphans under the designation "children of the state government". Later they were assigned to orphanages within the GDR. Only when the mothers had been released from prison were they allowed to reclaim their children.

Michael Richter: Political reawakening at the grassroots. The state of the East-CDU starting with Gorbachev's reform policy up to the special party conference in December 1989. A documentation (pp. 189–240).

The situation of the CDU in the GDR was influenced by two factors: its enforced role as a subordinate vehicle for SED policy and its dual nature as target group (grassroots) and instrument of influence (leadership and party machine), which was reflected in the marked polarisation between the grassroots and the SED-dominated leadership. Once Gorbachev had started to carry out his reforms, party members (most of whom disapproved of the system) again voiced strong criticism of conditions in the GDR and the role of the CDU. In the autumn of 1989, the grassroots ensured a "bottom up" renewal and a change in policy which made the union with the federal CDU feasible.

Günter Wirth: Courses of Transformation within the GDR-CDU 1989/90. With biographical and editorial preliminary remarks by Manfred Agethen (pp. 241–265)

From 1972 to 1989, Günter Wirth was a member of the executive of the East-CDU and was one of the persons who shaped the party's intellectual and ideological profile. At the special party conference in December 1989 he was the only member of the party leadership to admit to bearing part of the responsibility for the undesirable trends in the GDR. Wirth refused to stand for the new party executive, as he was convinced that the old leadership could not be involved in the process of renewal. In his article he describes this process of renewal evolving from grassroots level in the East-CDU in the course of the peaceful revolution which began in the autumn of 1989. These views delivered with the hindsight of one who was actively involved are of great historical interest.

Rudolf Uertz: Christian social ethics and Christian democracy. On behalf of the possible future of the social-ethical dialogue (pp. 267–290).

In the last third of the 19th and the first third of the 20th century, Christian social ethics displays a symbiotic link to the Christian democratic and the Christian social movements. The Union parties are indebted to Christian social ethics for the theoretical basis and the normative orientation of their understanding of basic rights and the constitution and of their aims and ob-

jectives in relation to law, the state, the economy and society. The change in values and the developments in politics, society, churches and culture since the 1950s go hand in hand with the distinctions emerging in religious, theological and Christian democratic ways of thinking.

Résumés*

Fritz Hellwig: Konrad Adenauer. A l'occasion du 125^{ème} anniversaire de sa naissance (pp. 1–10)

L'auteur (né en 1912) rencontra Konrad Adenauer pour la première fois en 1948. Il a appartenu depuis 1947 à différentes instances politico-économiques de la CDU, fut membre du Bundestag entre 1954 et 1959, membre de l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe de 1953 à 1956, membre de la Haute Autorité de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier (CECA) entre 1959 et 1967, et enfin Vice-Président de la Commission de la CEE de 1967 à 1970. Il rend hommage dans son discours à l'œuvre politique d'Adenauer.

Winfried Becker: Prise de conscience historique dans l'Etat démocratique. 25 années passées au sein des Archives de la politique démocrate-chrétienne (pp. 11– 32)

La constitution d'archives des partis au sein des fondations politiques représente une performance particulière de la politique d'éducation civique et de recherche en RFA. Les archives de partis participent en effet à la prise de conscience démocratique et à l'auto-assurance démocratique. Fondées il y a 25 ans, les Archives de la politique démocrate-chrétienne (ACDP) constituent un excellent exemple d'archives de parti modernes. L'article rend hommage aux réalisations de ces archives et démontre, grâce aux documents et aux nombreuses publications et documentations qui en résultent, que le deuxième régime démocratique allemand a pu s'enraciner immédiatement après 1945. Il ne fut en aucun cas un produit de l'opposition extraparlimentaire du mouvement «soixante-huitard».

Martin Honecker: Ethique sociale protestante (pp. 33–44)

L'«éthique sociale» est devenu aujourd'hui un concept flou, qui ne décrit que de façon très générale la responsabilité sociale. L'histoire du concept et de la problématique de l'éthique sociale protestante illustre l'intention originelle ainsi que la contestation d'une éthique sociale en tant que discipline de l'enseignement théologique. Introduit en 1868 dans le jargon de l'enseignement théologique, sa conception dû d'abord s'affirmer contre l'objection selon laquelle il n'existerait qu'une éthique individuelle puisque toute responsabilité serait personnelle. Comprise comme doctrine des biens et éthique des structures, l'éthique sociale fut exigée par des réformateurs sociaux conservateurs qui avaient pour objectif de l'adapter au peuple et à la communauté. L'éthique sociale catholique fit son apparition simultanément. Dans le «Kirchenkampf» (conflit entre églises et Etat nazi) on remit en question la conception conservatrice, qui comprenait l'éthique sociale comme une théologie de l'ordre, et on fit plutôt une critique sociale. Les caractéristiques et les thèmes de l'éthique sociale actuelle sont la sécularisation, la distinction d'éthiques selon des domaines, la mondialisation et avec elle l'obligation de l'œcuménisme. Avec leur éthique sociale, les églises apportent aussi une contribution à la culture politique.

* Traduit de l'allemand par Johanna Touzel.

Rudolf Uertz: Critique culturelle conservatrice dans la jeune RFA. La «Abendländische Akademie» à Eichstätt, 1952–1956 (pp. 45–71)

Les sessions de la «Abendländische Akademie» (Académie de l'Action occidentale) à Eichstätt intéressèrent le public en raison de la participation d'hommes politiques éminents, de juristes, de scientifiques et de publicistes issus des partis de gouvernement tels que la CDU, la CSU et la Deutsche Partei ainsi que de leurs cercles proches. On découvre dans les publications de l'Action occidentale un riche matériel documentaire sur la pensée religieuse-traditionnaliste et sur l'Etat corporatiste, qui est en contradiction avec la Constitution de la République fédérale. Les sessions de Eichstätt s'ouvrirent cependant à des intervenants qui cherchèrent à légitimer la Démocratie, l'Etat de droit et le pluralisme de conception chrétienne et libérale.

Torsten Oppelland: Gerhard Schröder, „Ostpolitiker“. Un pionnier de la «Ostpolitik» du gouvernement sociale-libérale ? (pp. 73–94)

Bien qu'il se soit avéré ultérieurement comme l'un des critiques les plus radicaux de la nouvelle «Ostpolitik» de Brandt et de Bahr, Gerhard Schröder a cependant développé une «politique du mouvement» du fait de laquelle on le présente souvent comme leur précurseur. L'auteur développe des arguments qui démontrent qu'il n'y aurait pas eu de rupture dans sa pensée relative à l'Ostpolitik, mais plutôt que ce sont les différences structurelles entre la nouvelle Ostpolitik et la sienne qui prédominèrent. Schröder ne s'est jamais préoccupé de dépasser le *statu quo* en le reconnaissant; mais il a plutôt cherché à modifier ce *statu quo* par sa politique de rapprochement avec les Etats satellites d'Europe de l'Est aux dépens de l'Union soviétique. Cependant, l'essence de sa politique résida toujours dans la volonté de maintenir la puissance américaine en Europe, dans l'espoir que cela modifierait finalement de façon décisive l'équilibre des forces en présence.

Martin Schaad: Une mise en scène «gaulliste». Au sujet de l'affaire impliquant le Comte Huyn (pp. 95–111)

L'article examine l'origine et le déroulement de l'«affaire Huyn», qui faillit compromettre la formation du deuxième gouvernement de Ludwig Erhard à l'automne 1965. L'indiscrétion du conseiller de légation Hans Comte de Huyn sur les consultations internes au ministère des Affaires étrangères a été interprétée comme l'une des facettes de la campagne violente et de longue haleine dirigée contre la reconduite de Gerhard Schröder au poste de ministre des Affaires étrangères. Un dépouillement minutieux des documents du Ministère relatifs à cette affaire ainsi que l'examen des documents privés appartenant aux principaux protagonistes, Gerhard Schröder et le Baron Karl von Guttenberg, incite à penser qu'il s'agissait ici d'une mise en scène visant à alimenter l'opposition au sein de la CDU, entre ceux qu'on appelait les «atlantistes» et les «gaullistes».

Günter Buchstab: Sport et politique dans l'Allemagne divisée (pp. 113–130)

La RDA, en tant que partie intégrante de l'empire soviétique, ne disposait d'aucune légitimation nationale et démocratique. Elle ne pouvait se profiler qu'en s'appuyant sur l'Armée rouge et en se démarquant de la RFA. Un des moyens utilisés pour cela était le sport. L'article décrit comment le pouvoir en RDA instrumenta le sport pour obtenir une reconnaissance internatio-

nale. Un tournant fut pris avec la décision du CIO, en 1968 à Mexico, de permettre à l'équipe olympique de RDA de participer aux Jeux de Sapporo et de Munich en 1972 avec son drapeau et son hymne propre.

Günther Schulz: Le développement de l'économie sociale de marché et le changement de gouvernement en 1982. Une rupture dans la politique économique? (pp.131–143)

Y-a-t-il eu un changement de paradigme dans la politique économique en lien avec le début des années Kohl? L'article évoque un congrès au cours duquel des témoins de l'époque et des chercheurs ont tenté de répondre à cette question. On y décrit le concept d'économie sociale de marché et on esquisse les grandes lignes du développement économique et politico-économique d'alors. Les ruptures, que la recherche a fait apparaître, sont également évoquées. Pour terminer, l'auteur propose de débattre sur trois thèses: Le changement politique de 1982 n'a conduit à aucune rupture politico-économique fondamentale, mais s'est fait dans la continuité du modèle; cependant, on a mis un nouvel accent sur l'utilisation des instruments; les tendances de l'économie de marché ont alors gagné en importance.

Gerhard Stoltenberg: «Le développement économique global était encourageant... ». Un bilan de la politique économique et financière de 1982 à 1990 (pp. 145–152)

Dans sa première déclaration gouvernementale le 13 octobre 1982, Helmut Kohl a fixé comme objectifs principaux une nette diminution des déficits structurels dans les budgets publics, la réorganisation du système fiscal afin d'encourager les investissements et l'emploi, ainsi qu'une diminution des charges globales des travailleurs et des entreprises. C'est Stoltenberg qui, en tant que ministre fédéral des finances (1982–1989), porta la responsabilité de transposer cette politique. Les succès qui en résultèrent – selon son propre bilan – ont contribué à rendre possible, en 1989/90, la mobilisation de ressources pour financer l'important chantier de reconstruction de l'Est. Il désigne comme points faibles le fait que la réduction des subventions et des charges fiscales ne se soit pas inscrite dans la durée. En matière de politique économique, on aurait pu, selon lui, mener la dérégulation de façon plus conséquente. En matière de politique sociale, on a pris davantage de décisions qui n'étaient plus guidées par les principes de l'économie sociale de marché.

Werner Zohlnhöfer et Reimut Zohlnhöfer: La politique économique des années Kohl, 1982–1989/90. Un tournant sous le signe de l'économie sociale de marché? (pp. 153–174)

Les auteurs cherchent à savoir dans quelle mesure la politique économique dans la première partie des années Kohl, a représenté un tournant sous le signe de l'économie sociale de marché. Après avoir présenté les défis de la politique économique auxquels s'est vue confrontée la coalition chrétienne-libérale de 1982, l'article examine le programme et la politique économique concrète des gouvernements sous Helmut Kohl entre 1982 et 1989/90 et les apprécie à l'aune du concept d'économie sociale de marché. Il en ressort que, en dépit de certaines réserves, la politique financière peut se prévaloir d'avoir su suivre le modèle de l'économie sociale de marché; on décèle également dans la politique de privatisations une ébauche de dé-

veloppement ultérieur des composantes libérales de l'économie sociale de marché. En revanche, on n'obtint globalement aucun succès dans l'éradication du chômage structurel. Ce «tournant incomplet» s'explique par les effets néfastes de la concurrence entre partis et la relative puissance de l'aile représentant les travailleurs dans la CDU.

Alexander Latotzky: Les mères et leurs enfants dans les camps soviétiques spéciaux (pp. 175–187)

Dans tous les camps qui demeurèrent après 1945 en Allemagne occupée, se trouvaient des femmes et leurs enfants. Cependant, les camps d'internement à l'Ouest n'ont jamais présenté l'étendue ni les conditions de vie que l'on trouvait dans les camps de la zone soviétique. Lors de la fermeture des camps en 1950, de nombreux détenus ont été remis aux autorités de la RDA. Parmi eux, environ 30 enfants qui avaient été transférés avec leurs mères dans le camp d'internement spéciale de Hoheneck. C'est là qu'on les sépara. Les enfants furent amenés dans un hôpital pour enfants de Leipzig, où ils furent d'abord enregistrés comme orphelins sous la dénomination «enfants du gouvernement». Il furent plus tard répartis dans des orphelinats de RDA. Ce n'est qu'une fois sorties de captivité que les mères pouvaient récupérer leurs enfants.

Michael Richter: Renouveau à la base. De la situation dans la CDU de l'Est, du début de la politique réformatrice de Gorbatchev jusqu'au Congrès extraordinaire du parti en décembre 1989. Une documentation (pp.189–240)

La situation de la CDU en RDA était déterminée par deux facteurs: par son rôle forcé d'instrument de transmission subordonné à la SED, autant que par ses doubles caractéristiques, à la fois cible (pour la base du parti) et instrument d'influence (pour la direction et l'appareil du parti), ce qui se traduit par une forte polarisation de la base d'une part et de la direction instrumentalisée par la SED de l'autre. Avec le début de la politique réformatrice de Gorbatchev, les membres, qui dans leur majorité rejetaient le système, se remirent à critiquer clairement la situation en RDA et le rôle de la CDU. La base se chargea à l'automne 1989 de renouveler par le bas le parti et d'imprimer un changement de cours, ce qui permit la fusion avec la CDU de RFA.

Günther Wirth: Du processus de transformation de la CDU de RDA 1989/90. Avec un avant-propos biographique et éditorial de Manfred Agethen (pp. 241–265)

Günther Wirth fut de 1972 à 1989 membre de la présidence de la «Ost-CDU» et participa à l'élaboration de son profil intellectuel et idéologique. A l'occasion du congrès extraordinaire du parti en décembre 1989 à Berlin, il fut le seul parmi les dirigeants du parti à reconnaître sa part de responsabilité personnelle dans les erreurs dans l'évolution de la RDA. Wirth renonça à une candidature pour la nouvelle direction du parti, parce qu'il était convaincu que le processus de renouvellement ne pouvait être soutenu par les forces de l'ancienne direction. Il décrit dans son article le processus de renouvellement de la «Ost-CDU» issu de la base du parti, durant la révolution paisible dès l'automne 1989. Ces réflexions rétrospectives d'un participant actif sont d'un grand intérêt historique.

Rudolf Uertz: L'éthique sociale chrétienne et la démocratie chrétienne. Des chances du dialogue sur l'éthique sociale (pp. 267–290)

L'éthique sociale chrétienne se trouvait dans le premier tiers du XIX^{ème} siècle et dans le premier tiers du XX^{ème} siècle dans un rapport de symbiose avec le mouvement chrétien-démocrate et chrétien-social. C'est à l'éthique sociale chrétienne que les partis de l'Union doivent les principes théoriques ainsi que l'orientation normative de leur conception de la loi fondamentale et du droit constitutionnel ainsi que leur programme législatif, étatique, économique et social. La transformation des valeurs et le développement dans les domaines politique, social, religieux et culturel depuis les années 50 vont de pair avec la distinction entre la pensée theologico-ecclésiastique et la pensée chrétienne-démocrate.

Zusammenfassungen

Fritz Hellwig: Konrad Adenauer. Zum 125. Geburtstag (S. 1–10)

Der Autor (Jahrgang 1912) begegnete Konrad Adenauer zum ersten Mal 1948. Er gehörte seit 1947 verschiedenen wirtschaftspolitischen Gremien der CDU an, war 1954–1959 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1953–1956 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates, 1959–1967 Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) und 1967–1970 Vizepräsident der Kommission der EG. In seinem Festvortrag würdigt er das politische Lebenswerk Adenauers.

Winfried Becker: Historische Bewusstseinsbildung im demokratischen Staat. 25 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik (S. 11–32)

Der Aufbau von Parteiarchiven unter dem Dach der Politischen Stiftungen ist eine besondere Leistung der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Parteiarchive tragen bei zur demokratischen Bewusstseinsbildung und zur demokratischen Selbstvergewisserung. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), vor 25 Jahren gegründet, bildet das vorzügliche Beispiel eines modernen Parteiarchivs. Der Beitrag würdigt die Leistungen des Archivs und zeigt anhand des Aktenmaterials und der daraus zahlreich hervorgegangenen Dokumentationen und Publikationen, dass die zweite Demokratie in Deutschland unmittelbar nach 1945 ihre Verwurzelung fand. Sie war keinesfalls erst das Produkt der Außerparlamentarischen Opposition der „68er-Bewegung“.

Martin Honecker: Evangelische Sozialethik (S. 33–44)

„Sozialethik“ ist heute ein unscharfes Wort, das nur noch ganz allgemein gesellschaftliche Verantwortung beschreibt. Die Begriffs- und Problemgeschichte evangelischer Sozialethik veranschaulicht die ursprüngliche Intention ebenso wie die Strittigkeit einer Sozialethik als theologischer Fachdisziplin. 1868 in die theologische Fachsprache eingeführt, hatte sich ihre Konzeption zunächst gegen den Einwand zu behaupten, es gebe nur eine Individualethik, weil alle Verantwortung persönlich sei. Als Güterlehre und Strukturethik verstanden, wurde Sozialethik von konservativen Sozialreformern unter der Zielrichtung einer Orientierung an Volk und Gemeinschaft gefordert. Gleichzeitig entstand die katholische Soziallehre. Im Kirchenkampf wurde die konservative Fassung der Sozialethik als Ordnungstheologie fragwürdig und stattdessen prophetische Sozialkritik geübt. Kennzeichen und Themen gegenwärtiger Sozialethik sind Säkularisierung, Ausdifferenzierung von Bereichsethiken, Globalisierung und damit die Verpflichtung zur Ökumene. Die Kirchen leisten mit ihrer Sozialethik auch einen Beitrag zur politischen Kultur.

Rudolf Uertz: Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt, 1952–1956 (S. 45–71)

Die Tagungen der Abendländischen Akademie in Eichstätt 1952–1956 fanden in der Öffentlichkeit Beachtung, weil dem Kreis prominente Politiker, Juristen, Wissenschaftler und Publi-

zisten aus den Regierungsparteien CDU, CSU und Deutsche Partei sowie deren Umfeld angehörten. In den Publikationen der Abendländischen Aktion zeigt sich ein reiches Anschauungsmaterial für religiös-traditionalistisches und ständestaatliches Gedankengut, das im Widerspruch zum Grundgesetz der Bundesrepublik steht. Doch öffneten sich die Eichstätter Tagungen auch Referenten, die Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus vom christlich-liberalen Verständnis her zu legitimieren suchten.

Torsten Oppelland: Der „Ostpolitiker“ Gerhard Schröder. Ein Vorläufer der sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik? (S. 73–94)

Obwohl er sich später als einer der kompromisslosesten Kritiker der „neuen Ostpolitik“ von Brandt und Bahr herausstellte, wird Gerhard Schröders „Politik der Bewegung“ oft als deren Vorläufer dargestellt. Hier wird argumentiert, dass es keinerlei Bruch in seinen ostpolitischen Denken gegeben hat, sondern dass die strukturellen Unterschiede zwischen seiner und der „neuen Ostpolitik“ bei weitem überwogen. Schröder ging es nie darum, den Status quo durch dessen Anerkennung zu überwinden; vielmehr zielte er darauf, den Status quo durch seine Politik der Annäherung an die osteuropäischen „Satellitenstaaten“ zu Lasten der Sowjetunion zu verändern. Der Kern seiner Politik war es jedoch stets, die Macht der USA in Europa zu erhalten, in der Hoffnung, dass dies schließlich zu einer entscheidenden Veränderung des Mächtegleichgewichts führen würde.

Martin Schaad: Eine „gaullistische“ Inszenierung: Zur Affäre um den Grafen Huyn (S. 95–111)

Der Beitrag untersucht den Ursprung und Verlauf der „Affäre Huyn“, die im Herbst 1965 die Kabinettsbildung der zweiten Regierung Ludwig Erhards belastete. Die Indiskretion des Legationsrates Hans Graf Huyn über interne Beratungen im Auswärtigen Amt werden als Teil einer ebenso vehementen wie nachhaltigen Kampagne gegen die Wiederernennung von Außenminister Gerhard Schröder interpretiert. Eine genaue Auswertung der diesbezüglichen Akten des Auswärtigen Amtes sowie der privaten Papiere der Hauptbeteiligten Gerhard Schröder und Baron Karl Theodor von Guttenberg legen die Vermutung nahe, dass es sich bei Affäre um einen inszenierten Beitrag zum unionsinternen Streit zwischen so genannten Atlantikern und Gaullisten gehandelt hat.

Günter Buchstab: Sport und Politik im geteilten Deutschland (S. 113–130)

Da der DDR als Teil des sowjetischen Imperiums jede nationale und demokratische Legitimation fehlte, konnte sie nur gestützt auf die Rote Armee existieren und sich in Abgrenzung zur Bundesrepublik Deutschland profilieren. Eines der Mittel dazu war der Sport. Der Beitrag zeigt, wie die DDR-Führung den Sport instrumentalisierte, um internationale Anerkennung zu erlangen. Mit der Entscheidung des IOC in Mexiko 1968, die DDR-Olympiamannschaft unter eigener Flagge und Hymne an den Spielen in Sapporo und München 1972 antreten zu lassen, war ein Wendepunkt erreicht.

Günther Schulz: Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und der Regierungswechsel 1982. Eine Zäsur in der Wirtschaftspolitik? (S. 131–143)

War mit dem Beginn der Ära Kohl 1982 ein Paradigmawechsel in der Wirtschaftspolitik verbunden? Der Beitrag skizziert den Rahmen für eine Tagung, auf der Zeitzeugen und Wissenschaftler dieser Frage nachgingen. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wird erläutert. Die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklungslinien in der Nachkriegszeit werden skizziert. Zäsuren, wie sie sich in der Forschung herausbilden, werden erläutert. Am Ende stellt der Vf. drei Thesen zur Diskussion: Der politische Wechsel 1982 brachte keinen elementaren wirtschaftspolitischen Bruch, sondern Kontinuität des Leitbildes; doch der Einsatz der Instrumente wurde neu akzentuiert; marktwirtschaftliche Tendenzen gewannen nun erheblich an Gewicht.

Gerhard Stoltenberg: „Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung war ermutigend ...“. Eine Bilanz der Wirtschafts- und Finanzpolitik 1982–1990 (S. 145–152)

In der ersten Regierungserklärung von Helmut Kohl am 13. Oktober 1982 wurden als wesentliche Aufgaben die deutliche Verringerung der strukturellen Defizite in den öffentlichen Haushalten, die Umgestaltung des Steuersystems zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung sowie die Verringerung der Gesamtbelastung von Arbeitnehmern und Betrieben hervorgehoben. Stoltenberg trug als Bundesminister der Finanzen (1982–1989) Verantwortung für die Umsetzung dieser Politik. Die Erfolge – so seine Bilanz – haben dazu beigetragen, dass nach 1989/90 Ressourcen für die gewaltige Aufgabe des Aufbaus Ost mobilisiert werden konnten. Als Schwachpunkte nennt er fehlende nachhaltige Erfolge beim Abbau von Subventionen und bei der Rückführung der Steuerbelastung. In der Wirtschaftspolitik hätte die Deregulierung konsequenter vorangebracht werden können. In der Sozialpolitik nahmen die Entscheidungen zu, die nicht mehr an Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientiert waren.

Werner Zohlnhöfer und *Reimut Zohlnhöfer*: Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl 1982–1989/90. Eine Wende im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft? (S. 153–174)

Der Beitrag fragt, inwieweit die Wirtschaftspolitik in der ersten Hälfte der Ära Kohl eine Wende im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft darstellte. Nach Darstellung der wirtschaftspolitischen Herausforderungen, mit denen sich die christlich-liberale Koalition 1982 konfrontiert sah, wird die Programmatik und die praktische Wirtschaftspolitik der Regierungen unter Helmut Kohl zwischen 1982 und 1989/90 untersucht und auf der Basis der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft bewertet. Dabei wird deutlich, dass die Finanzpolitik mit einigen Einschränkungen dem Anspruch, sich am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft zu orientieren, gerecht wird; auch in der Entstaatlichungspolitik lassen sich Ansätze zur Fortentwicklung der liberalen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft feststellen. Dagegen blieben Erfolge bei der Bekämpfung der Sockelarbeitslosigkeit insgesamt aus. Diese „unvollständige Wende“ lässt sich auf die Wirkungen des Parteienwettbewerbs und die relative Stärke des Arbeitnehmerflügels der CDU zurückführen.

Alexander Latotzky: Mütter mit Kindern in sowjetischen Speziallagern (S. 175–187)

In allen Lagern, die nach 1945 im besetzten Deutschland bestanden, gab es Frauen mit Kindern. In den Internierungslagern des Westens allerdings nie in dem Umfang und unter den Bedingungen, wie in den Lagern der sowjetischen Zone. Mit der Schließung der Lager 1950 wurden viele Häftlinge den DDR-Behörden übergeben. Unter ihnen ca. 30 Kinder, die mit ihren Müttern in die SVA Hoheneck verlegt wurden. Hier trennte man sie. Die Kinder kamen in ein Kinderkrankenhaus nach Leipzig, wo sie zunächst als Waisen unter der Bezeichnung „Kinder der Landesregierung“ geführt wurden. Später wurden sie auf Kinderheime in der DDR verteilt. Erst nach der Haftentlassung konnten die Mütter ihre Kinder wieder zu sich holen.

Michael Richter: Aufbruch an der Basis. Zur Situation in der Ost-CDU vom Beginn der Gorbatschowschen Reformpolitik bis zum Sonderparteitag im Dezember 1989: Eine Dokumentation (S. 189–240)

Die Situation der CDU in der DDR war durch zwei Faktoren bestimmt: durch ihre erzwungene Rolle als nachgeordnetes Transmissionsinstrument der SED sowie durch ihren Doppelcharakter als Zielgruppe (Basis) und Beeinflussungsinstrument (Führung und Apparat) in einem, der in der starken Polarität von Basis und SED-bestimmter Führung zum Ausdruck kam. Seit Beginn der Reformpolitik Gorbatschows übten die Mitglieder, die dem System größtenteils ablehnend gegenüber standen, wieder deutliche Kritik an den Verhältnissen in der DDR und der Rolle der CDU. Im Herbst 1989 sorgte die Basis für eine Erneuerung „von unten“ und für einen Kurswechsel, der den Zusammenschluss mit der bundesdeutschen CDU ermöglichte.

Günter Wirth: Zu Transformationsprozessen in der DDR-CDU 1989/90. Mit einer biographisch-editorischen Vorbemerkung von Manfred Agethen (S. 241–265)

Günter Wirth war von 1972 bis 1989 Mitglied des Präsidiums der Ost-CDU und hat ihr geistig-ideologisches Profil mitgeprägt. Beim Sonderparteitag im Dezember 1989 in Berlin bekannte er als einziger aus der Parteileitung seine persönliche Mitschuld an den Fehlentwicklungen in der DDR. Auf eine Kandidatur für den neuen Parteivorstand verzichtete Wirth, weil er überzeugt war, dass der Erneuerungsprozess nicht von Kräften der alten Führung mitgetragen werden könne. In seinem Beitrag beschreibt er den von der Basis der Partei her kommenden Erneuerungsprozess der Ost-CDU im Verlauf der friedlichen Revolution seit dem Herbst 1989. Die retrospektiven Reflexionen eines aktiv Beteiligten sind von hohem historischen Interesse.

Rudolf Uertz: Christliche Sozialethik und christliche Demokratie. Zur Zukunftsfähigkeit des sozialethischen Dialogs (S. 267–290)

Die Christliche Sozialethik stand im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts in einem symbiotischen Verhältnis zur christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegung. Die Unionsparteien verdanken der christlichen Sozialethik die theoretischen Grundlagen und normativen Orientierungen ihres Grundrechts- und Verfassungsverständnisses sowie ihrer Rechts-, Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsprogrammatik. Der Wertewandel und die Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Kirchen und Kultur seit den 1950er Jahren gehen einher mit Ausdifferenzierungen des kirchlich-theologischen und des christlich-demokratischen Denkens.

Die Mitarbeiter dieses Bandes

Dr. Manfred Agethen, Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Rathausallee 12, D-53757 St. Augustin bei Bonn

Prof. Dr. Winfried Becker, Philosophische Fakultät der Universität Passau, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Innstraße 25, D-94032 Passau

Dr. Günter Buchstab, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilungsleiter Wissenschaftliche Dienste, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Rathausallee 12, D-53757 St. Augustin bei Bonn

Dr. habil. Fritz Hellwig, 1967–1970 Vizepräsident der Kommission der EG, Klosterbergstraße 117 c, D-53177 Bonn

Prof. em. Dr. Martin Honecker, Evangelisch-Theologisches Seminar der Universität Bonn, Abteilung für Sozialethik und Systematische Theologie, Am Hof 1, D-53113 Bonn

Alexander Latotzky, Helmstraße 1, D-10827 Berlin

Priv.-Doz. Dr. Torsten Oppelland, Friedrich-Schiller-Universität, Institut für Politikwissenschaft, Ernst-Abbe-Platz 8, D-07740 Jena

Dr. Michael Richter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismus-Forschung, Mommsenstraße 13, D-01062 Dresden

Dr. Martin Schaad, Stv. Direktor, Einstein Forum, Am Neuen Markt 7, D-14467 Potsdam

Prof. Dr. Günther Schulz, Historisches Seminar der Universität Bonn, Lehrstuhl für Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Konvikt Str. 11, D-53113 Bonn

Dr. habil. Gerhard Stoltenberg, Bundesminister a.D., Langenbergweg 105, D-53179 Bonn

Dr. habil. Rudolf Uertz, Priv.-Doz. für Politikwissenschaft an der Katholischen Universität Eichstätt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv für Christlich-

Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12,
D-53757 Sankt Augustin bei Bonn

Prof. Dr. Günter Wirth, Friedrichsteiner Straße 2, D-10318 Berlin

Dr. Reimut Zohlnhöfer, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische
Wissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Hauptstraße 120,
D-69117 Heidelberg

Prof. em. Dr. Werner Zohlnhöfer, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, FB
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, D-55099 Mainz